



Monatsbericht Oktober 2014

66. Jahrgang
Nr. 10

Deutsche Bundesbank
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02
60006 Frankfurt am Main

Fernruf 069 9566-0
Durchwahlnummer 069 9566-
und anschließend die gewünschte
Hausrufnummer wählen.

Telefax 069 9566-3077

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006 (Druckversion)
ISSN 1861-5872 (Internetversion)

Abgeschlossen am:
17. Oktober 2014, 11.00 Uhr.

Ein jährlicher und ein wöchentlicher Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken der Deutschen Bundesbank liegen vor und können unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird aufgrund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.



■ Inhalt

■ Kurzberichte	5
Konjunkturlage	5
Öffentliche Finanzen	7
Wertpapiermärkte.....	9
Zahlungsbilanz	10
■ Methodische Änderungen in der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung – Motivation, Konzeption und ausgewählte Ergebnisse	13
<i>Methodische Änderungen beim Auslandsvermögensstatus</i>	24
■ Die deutsche Wirtschaft in der internationalen Arbeitsteilung: ein Blick auf die Wertschöpfungsströme	29
<i>Globale Input-Output-Tabellen</i>	33
<i>Die Zerlegung der bilateralen Außenhandelsalden in direkten Wertschöpfungs- austausch und Drittländereffekte</i>	35
■ Der Start in die Bankenunion – Der einheitliche Aufsichtsmechanismus in Europa	45
<i>Bedeutende Institute in Deutschland</i>	49
<i>Verfahren bei den makroprudenziellen Befugnissen</i>	62

■ Statistischer Teil.....	1•
Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion.....	5•
Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion	8•
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems.....	16•
Banken	20•
Mindestreserven	42•
Zinssätze.....	43•
Versicherungen und Pensionseinrichtungen.....	48•
Kapitalmarkt	50•
Finanzierungsrechnung	54•
Öffentliche Finanzen in Deutschland.....	58•
Konjunkturlage in Deutschland	65•
Außenwirtschaft	74•
■ Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank	83•

Abkürzungen und Zeichen

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ... Angabe fällt später an
- . Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Kurzberichte

Konjunkturlage

Grundtendenzen

*Gegenläufige
Bewegungen im
Juli und August*

Die deutsche Wirtschaft ist im Sommerquartal 2014 kaum vorangekommen. Auf die vordergründig positiven Juli-Konjunkturdaten folgte im August wie erwartet eine heftige Gegenbewegung. Wesentlich für das Auf und Ab war eine Verlagerung von Schulferien in einigen Bundesländern vom Juli in die beiden Folge Monate. Dies machte sich vor allem bei der Automobilproduktion bemerkbar, bei der sich die diesjährigen Werksferien in besonderem Maß auf den August konzentrierten. Wird wegen der ferienbedingten Verschiebungen der Durchschnitt der Sommermonate betrachtet (was sich im laufenden Jahr noch mehr als in anderen Jahren empfiehlt), so zeigt sich im Vergleich zum zweiten Vierteljahr eine weitere leichte Abschwächung der Industriekonjunktur. Dies gilt sowohl für die Erzeugung als auch für die Auftragseingänge und steht im Einklang mit der Eintrübung der Stimmung im Unternehmenssektor. Zwar weist auch der September mehr Ferientage auf als im Durchschnitt der letzten Jahre, was die Quartalsdurchschnitte nochmals drücken könnte. Jedoch hat sich zumindest in der Automobilindustrie den Verbandsangaben zufolge das Produktionsniveau in diesem Monat bereits wieder weitgehend normalisiert.

*Wohl nur sehr
verhaltenes
Wirtschafts-
wachstum in
der zweiten
Jahreshälfte*

Von der Industrie ist im Sommerquartal ein leicht negativer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt zu erwarten. Auch vom Bau dürften keine größeren positiven Impulse ausgegangen sein. Dem stand aber eine recht gute Konsumkonjunktur gegenüber, die von dem kräftigen Beschäftigungswachstum und den spürbaren Reallohnsteigerungen profitiert hat, sodass die gesamtwirtschaftliche Leistung in etwa den Stand des zweiten Vierteljahres gehalten haben oder sogar leicht gestiegen sein könnte. Die Aussichten für das Schlussquartal

sind angesichts des schleppenden Auftrags-
eingangs und der eingetrübten Unternehmens-
stimmung ähnlich verhalten.

Industrie

Die Industrieproduktion ist im August nach der starken Zunahme im Vormonat saisonbereinigt um 4¾% zurückgegangen. Der Umschwung resultiert im Wesentlichen aus der Verringerung der Automobilproduktion um ein Viertel, die sich durch die ungewöhnliche Konzentration der Werksferien auf diesen Monat erklären lässt. Die übrigen Branchen waren von solchen Ferieneffekten nur in geringem Maß betroffen. Im Mittel der Monate Juli und August gab die industrielle Erzeugung gegenüber dem Frühjahr leicht um ½% nach. Die Produktion von Vorleistungsgütern verringerte sich um ¾%, während sich die Investitionsgüter- und die Konsumgüterproduktion knapp behaupteten.

*Industrie-
produktion
Juli/August
nur wenig
gesunken*

Die Umsätze büßten von Juli auf August saisonbereinigt zwar 3% ein, im Durchschnitt von Juli und August zeigten sich gegenüber dem Vorquartal aber kaum Veränderungen. Dabei gaben die Inlandsumsätze etwas nach, während die Auslandsumsätze ein wenig zulegten. Die Warenausfuhren erhöhten sich im Mittel der beiden Sommermonate sogar um 2%. Auch hier war auf einen hohen Juli-Wert ein niedriger August-Wert gefolgt. Die Einfuhren schwächten sich im August nur leicht ab und blieben damit im Vergleich der Monate Juli und August lediglich um ½% hinter dem Vorquartal zurück.

*Leicht nach-
gebender
Inlandsabsatz,
steigende
Exporte*

Der Auftragseingang in der deutschen Industrie ist im August mit einem Minus von 5¾% zum Vormonat kräftig gesunken. Den stärksten Rückgang gab es bei den Bestellungen im sonstigen Fahrzeugbau, wobei zu beachten ist, dass hier der Wert für Juli aufgrund einer Nachmeldung um ein Fünftel nach oben korrigiert worden war. Insgesamt wurde im Durchschnitt der

*Auftragseingang
ein wenig
niedriger*

Zur Wirtschaftslage in Deutschland ^{*)}

saisonbereinigt

Zeit	Auftragseingang (Volumen); 2010 = 100			
	Industrie			Bauhauptgewerbe
	insgesamt	davon:		
Inland		Ausland		
2013 4. Vj.	108,8	102,8	113,7	113,8
2014 1. Vj.	108,9	104,8	112,1	115,7
2. Vj.	108,6	103,8	112,4	110,2
Juni	106,3	101,9	109,8	102,6
Juli	111,5	103,4	118,0	110,2
Aug.	105,1	101,3	108,1	...
Produktion; 2010 = 100				
Industrie				
	insgesamt	darunter:		Baugewerbe
		Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	
2013 4. Vj.	109,3	106,1	115,4	107,2
2014 1. Vj.	110,3	107,1	116,7	112,1
2. Vj.	109,7	106,0	116,3	106,5
Juni	109,3	105,4	115,9	106,3
Juli	111,8	106,2	121,2	107,4
Aug.	106,4	104,2	110,5	105,2
Außenhandel; Mrd €				nachr.: Leistungsbilanzsaldo; Mrd €
	Ausfuhr	Einfuhr	Saldo	
2013 4. Vj.	278,39	226,33	52,06	51,15
2014 1. Vj.	279,12	230,71	48,41	51,45
2. Vj.	280,54	228,18	52,36	51,11
Juni	93,76	77,17	16,59	17,52
Juli	98,25	76,12	22,13	21,01
Aug.	92,60	75,10	17,50	17,91
Arbeitsmarkt				
	Erwerbstätige	Offene Stellen ¹⁾	Arbeitslose	Arbeitslosenquote in %
Anzahl in 1 000				
2014 1. Vj.	42 477	471	2 916	6,8
2. Vj.	42 580	478	2 899	6,7
3. Vj.	...	493	2 908	6,7
Juli	42 649	484	2 902	6,7
Aug.	42 675	494	2 905	6,7
Sept.	...	500	2 918	6,7
Preise; 2010 = 100				
	Einfuhrpreise	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	Baupreise ²⁾	Verbraucherpreise
2014 1. Vj.	104,4	106,4	109,2	106,4
2. Vj.	103,8	105,9	109,5	106,6
3. Vj.	110,0	106,9
Juli	103,6	105,7	.	106,8
Aug.	103,5	105,7	.	106,9
Sept.	107,1

* Erläuterungen siehe: Statistischer Teil, XI, und Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. ¹ Ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen. ² Nicht saisonbereinigt.

Deutsche Bundesbank

Monate Juli und August das Mittel des Frühjahrs fast gehalten (-¼%). Die Bestellungen von Investitionsgütern waren sogar im Plus (1%), während die Nachfrage nach Vorleistungsgütern um 1½% nachgab. Die Inlandsaufträge verfehlten im Mittel von Juli und August das Frühjahrsquartal um 1½%. Hingegen übertrafen die Auslandsorders wegen der reichlichen Großbestellungen im Juli das Niveau des Vorquartals leicht um ½%.

Baugewerbe

Im Baugewerbe wurde die Erzeugung im August den ersten Schätzungen zufolge deutlich um saisonbereinigt 2% zurückgenommen. Dies mag teilweise an den Ferienterminen gelegen haben, doch konnte die Bauleistung auch im Mittel der Monate Juli und August das bereits schwache Niveau des zweiten Quartals nur knapp halten. Im Hoch- und Tiefbau wurde es sogar jeweils um 1% verfehlt. Nur das Ausbaugewerbe verzeichnete ein Plus von ¾%.

Bauproduktion enttäuscht

Der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe ist im Juli – neuere Angaben liegen nicht vor – gegenüber dem Vormonat kräftig um 7½% gestiegen, erreichte damit aber lediglich das Durchschnittsniveau des zweiten Vierteljahres. Im Wohnungsbau nahm das Auftragsvolumen erheblich ab, während es im gewerblichen Bau überaus kräftig stieg und auch im öffentlichen Bau stark zunahm.

Auftragseingang kräftig gestiegen

Arbeitsmarkt

Die Beschäftigung tendiert weiter nach oben. Allerdings scheint das Expansionstempo zuletzt etwas nachgelassen zu haben. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm im August saisonbereinigt um 26 000 gegenüber dem Vormonat zu. Damit wurde der entsprechende Vorjahreswert um 355 000 Beschäftigte oder 0,8% übertroffen. Der Umfang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung erhöhte sich nach ersten Schätzungen im Juli um 30 000 Personen. Im Vor-

Anhaltender Beschäftigungszuwachs

jahresvergleich belief sich der Zuwachs auf 528 000 Beschäftigte oder 1,8%. Die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen war laut ifo Beschäftigungsbarometer im September weiter leicht expansiv, und der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit hat sich etwas verbessert.

Arbeitslosigkeit leicht erhöht

Die Arbeitslosenquote (BA-Konzept) verblieb im September auf dem Vormonatsstand von 6,7%, obwohl die Zahl der registrierten Arbeitslosen saisonbereinigt geringfügig um 13 000 gestiegen ist. Im Vergleich zum Vorjahr gab es allerdings 41 000 Arbeitslose weniger. Der Umfang der Unterbeschäftigung änderte sich gegenüber dem Vormonat nicht.

Preise

Internationale Rohölpreise weiter deutlich gesunken

Der Preis für ein Fass der Rohölsorte Brent lag im September um 4½% unter dem Durchschnitt des Vormonats. In der ersten Oktoberhälfte tendierten die Rohölnotierungen angesichts eines reichlichen Angebots und schwacher Nachfrage weiter deutlich nach unten. Zum Abschluss dieses Berichts wurden für ein Barrel Brent 84¾ US-\$ gezahlt. Der Aufschlag für zukünftige Rohöllieferungen betrug bei Bezug in sechs Monaten 2¼ US-\$ und bei Lieferung in 12 Monaten 4¼ US-\$.

Einfuhrpreise etwas gesunken, Erzeugerpreise unverändert

Bei den Einfuhrpreisen machte sich im August neben den Preisrückgängen bei Rohöl die Euro-Abwertung bemerkbar. Deshalb gaben sie saisonbereinigt im Vergleich zum Vormonat lediglich um 0,1% nach und stiegen ohne Energie gerechnet um 0,3% an. Die Erzeugerpreise blieben im Inlandsabsatz unverändert. Im Vorjahresvergleich ermäßigten sich die Preise der Einfuhren um 1,9% und die Preise auf der inländischen Erzeugerstufe um 0,8%.

Anstieg der Verbraucherpreise etwas verstärkt

Auf der Verbraucherstufe hat sich der Anstieg der Preise im September etwas verstärkt. Die Preise von Nahrungsmitteln sowie von gewerblichen Waren zogen saisonbereinigt leicht an. Der Vorjahresabstand belief sich sowohl beim nationalen Verbraucherpreisindex als auch in

der harmonisierten Abgrenzung unverändert auf 0,8%.

■ Öffentliche Finanzen¹⁾

Kommunal финанzen

Aus den jüngsten Kassenergebnissen des Statistischen Bundesamtes lässt sich für das zweite Quartal 2014 ein Rückgang des Überschusses der kommunalen Kern- und Extrahaushalte (einschl. Zweckverbände) um ¾ Mrd € gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf 2¾ Mrd € ableiten.²⁾ Diese Entwicklung ist auf eine Fortsetzung der bereits zu Jahresanfang beobachteten starken Ausgabendynamik (+7% bzw. 3½ Mrd €) zurückzuführen. Dabei wuchsen die Personalausgaben (+5%), der Sachaufwand (+7%), die Sozialleistungen (+6%) und insbesondere die Sachinvestitionen (+17%) weiter ausgesprochen kräftig. Bei den Personalausgaben fielen die Wachstumsraten gegenüber dem Vorjahr im zweiten Quartal nur wenig höher aus als zuvor – trotz der ersten Stufe der Tarifvereinbarung vom Frühjahr. Die genannten Zuwachsraten dürften weiterhin auch Einflüsse der Erweiterung des Berichtskreises um die Zweckverbände widerspiegeln. Die Zinsausgaben (–5%) waren hingegen weiter rückläufig. Der Zuwachs bei den Einnahmen (+5% bzw. gut 2½ Mrd €) entfiel zu etwa gleichen Teilen auf die wieder stärker anziehenden Steuern (+5¼% bzw. 1 Mrd €) und die Zuweisungen der Länder (einschl. der nochmals aufgestock-

Rückläufiger Überschuss im zweiten Quartal

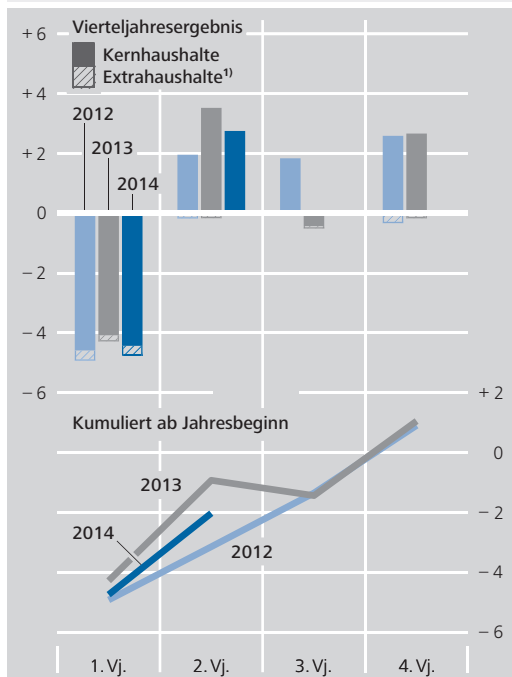
Zuwachsraten weiterhin durch Berichtskreiserweiterung beeinflusst

¹ Im Rahmen der Kurzberichte werden aktuelle Ergebnisse der öffentlichen Finanzen erläutert. In den Vierteljahresberichten (Februar, Mai, August, November) erfolgt eine umfassende Darstellung der Entwicklung der öffentlichen Haushalte im jeweils vorangegangenen Quartal. Detaillierte statistische Angaben zur Haushaltsentwicklung und zur Verschuldung finden sich im Statistischen Teil dieses Berichts.

² Der Berichtskreis der Extrahaushalte in der vierteljährlichen Kassenstatistik wurde ab 2014 um die dem Staatssektor zuzurechnenden Zweckverbände erweitert. Da die Vergleichszahlen des Vorjahres nicht vollständig nachgebildet werden konnten, sind der Finanzierungssaldo und einzelne Ausgaben- und Einnahmenpositionen nur eingeschränkt mit den Ergebnissen des Vorjahres vergleichbar. Darüber hinaus ist die Qualität der Kassenergebnisse weiterhin durch die fortschreitende Einführung der doppelten Buchführung beeinflusst.

Finanzierungssalden der Gemeindehaushalte

Mrd €



Quelle: Statistisches Bundesamt. 1 Ab 2014 umfasst der Saldo der Extrahaushalte auch den der kommunalen Zweckverbände des Staatssektors.

Deutsche Bundesbank

ten durchgeleiteten Bundesmittel für die Grundversicherung im Alter). Dabei entwickelten sich insbesondere der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und die Erträge aus der Grundsteuer sehr dynamisch, und auch das Nettoaufkommen aus der Gewerbesteuer (nach Abzug der Umlage) legte leicht zu.

Das Finanzierungsdefizit der Gemeindehaushalte belief sich im ersten Halbjahr insgesamt auf 2 Mrd € und lag damit um knapp 1½ Mrd € über dem Vorjahresniveau. Angesichts dieser Entwicklung dürfte im Gesamtjahr allenfalls noch ein leichter Haushaltsüberschuss erwirtschaftet werden (1 Mrd € im Vorjahr). Während sich nicht zuletzt infolge der Tarifanpassung und des Ausbaus der Kleinkinderbetreuung die Dynamik bei den Personalausgaben fortsetzen dürfte und auch beim laufenden Sachaufwand und den Sozialleistungen noch keine Anzeichen für eine spürbare Verlangsamung der Zuwächse zu erkennen sind, schlagen auf der Einnahmenseite voraussichtlich insbesondere die Schlüssel-

zuweisungen der Länder und die verstärkte finanzielle Beteiligung des Bundes bei den Sozialleistungen entlastend zu Buche. Für das kommende Jahr schlägt die von der Bundesregierung geplante zusätzliche Entlastung der Gemeindehaushalte für die Eingliederungshilfe im Umfang von 1 Mrd € zu Buche. Dem könnten jedoch Mindereinnahmen im Zusammenhang mit nunmehr niedriger veranschlagten gesamtwirtschaftlichen Zuwächsen entgegenwirken.

Die Schulden der kommunalen Kern- und Extrahaushalte (einschl. Zweckverbände) nahmen trotz des Überschusses im zweiten Quartal leicht um ½ Mrd € gegenüber dem Stand zum Ende des Vorquartals auf nunmehr 143 Mrd € zu. Davon entfielen 89 Mrd € auf Kreditmarktschulden, 49½ Mrd € auf Kassenkredite und 4½ Mrd € auf Schulden bei öffentlichen Haushalten. Damit verharrten die – eigentlich nur zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsengpässe vorgesehenen – Kassenkredite auf einem sehr hohen Niveau. Unter den vier Ländern mit der höchsten kommunalen Verschuldung je Einwohner nahmen die Kreditmarktschulden und Kassenkredite der Gemeinden in Hessen – ungeachtet eines rechnerischen kassenmäßigen Überschusses infolge sehr kräftiger Steueraufkommenszuwächse – am stärksten zu. Im Saarland und in etwas geringerem Maße in Nordrhein-Westfalen wurden aber ebenfalls weitere Anstiege der hohen Kassenkreditbestände verzeichnet, während in Rheinland-Pfalz Schulden abgebaut wurden. Grundsätzlich bestehen jedoch auch innerhalb dieser Länder erhebliche Unterschiede im Verschuldungsgrad der einzelnen Gemeinden.³⁾ Insgesamt dürften aber viele Kommunen noch beträchtliche Konsolidierungsaufgaben zu bewältigen haben.

Schuldenstand leicht gestiegen

Im Gesamtjahr allenfalls noch leichter Überschuss und auch für 2015 etwas eingetübte Aussichten

³ Vgl. hierzu auch die Gemeinschaftsveröffentlichung der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände, Stand 31. Dezember 2012, August 2014.

■ Wertpapiermärkte

Rentenmarkt

Gestiegener Umlauf von Schuldtiteln am deutschen Rentenmarkt im August

Das Brutto-Emissionsvolumen am deutschen Rentenmarkt belief sich im August 2014 auf 110,9 Mrd €, nach 118,4 Mrd € im Vormonat. Nach Abzug der deutlich gesunkenen Tilgungen und unter Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderungen der Emittenten stieg der Umlauf heimischer Rentenwerte um 14,9 Mrd €, verglichen mit einem Rückgang von 3,0 Mrd € im Juli. Der Umlauf ausländischer Schuldverschreibungen am deutschen Rentenmarkt sank im August um netto 5,9 Mrd €; zurückgeführt wurden überwiegend in Euro denominierte Schuldverschreibungen. Im Ergebnis stieg der Umlauf an Rentenpapieren in Deutschland damit um 9,0 Mrd €.

Gestiegene Kapitalmarktverschuldung der öffentlichen Hand

Die öffentliche Hand nahm den Kapitalmarkt im Berichtsmonat mit netto 11,5 Mrd € in Anspruch, was zum größten Teil auf den Bund zurückzuführen war (8,8 Mrd €). Er begab im Ergebnis vorwiegend zweijährige Schatzanweisungen (4,7 Mrd €), zehnjährige Anleihen (3,2 Mrd €) sowie fünfjährige Bundesobligationen (2,5 Mrd €). Hingegen wurden vor allem unverzinsliche Schatzanweisungen (Bubills, 1,8 Mrd €) per saldo getilgt. Die Länder nahmen den Kapitalmarkt im Berichtsmonat mit netto 2,7 Mrd € in Anspruch.

Nettoemissionen der heimischen Kreditinstitute

Die heimischen Kreditinstitute erhöhten im August ihre Kapitalmarktverschuldung im Ergebnis um 4,7 Mrd €. Dabei haben sie vor allem die flexibel gestaltbaren Sonstigen Bankschuldverschreibungen in Höhe von netto 4,1 Mrd € begeben, in geringerem Umfang aber auch Schuldverschreibungen der Spezialkreditinstitute (0,8 Mrd €) sowie Öffentliche Pfandbriefe (0,5 Mrd €).

Nettotilgungen von Schuldverschreibungen der inländischen Unternehmen

Inländische Unternehmen tilgten im Berichtsmonat per saldo eigene Anleihen in Höhe von 1,3 Mrd €, im Vergleich zu Nettoemissionen von 5,1 Mrd € im Juli. Im Ergebnis betrafen die

Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen

Mrd €

Position	2013	2014	
	August	Juli	August
Absatz			
Inländische Schuldverschreibungen ¹⁾	- 6,5	- 3,0	14,9
darunter:			
Bankschuldverschreibungen	- 13,0	- 2,2	4,7
Anleihen der öffentlichen Hand	6,4	- 5,8	11,5
Ausländische Schuldverschreibungen ²⁾	7,4	3,0	- 5,9
Erwerb			
Inländer	- 3,0	6,2	- 6,6
Kreditinstitute ³⁾	1,4	0,0	- 2,7
Deutsche Bundesbank	- 1,6	- 1,6	- 1,7
Übrige Sektoren ⁴⁾	- 2,8	7,8	- 2,2
darunter:			
inländische Schuldverschreibungen	- 8,8	3,5	0,1
Ausländer ²⁾	3,9	- 6,2	15,7
Absatz bzw. Erwerb insgesamt	0,9	0,0	9,0

¹ Nettoabsatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. ² Transaktionswerte. ³ Buchwerte, statistisch bereinigt. ⁴ Als Rest errechnet.

Deutsche Bundesbank

Tilgungen überwiegend Papiere mit einer Laufzeit von über einem Jahr.

Als Erwerber traten im August im Ergebnis ausschließlich ausländische Investoren am deutschen Rentenmarkt in Erscheinung; sie nahmen für 15,7 Mrd € Schuldverschreibungen in ihre Portfolios auf. Hingegen veräußerten heimische Kreditinstitute und inländische Nichtbanken Rentenwerte für netto 2,7 Mrd € beziehungsweise 2,2 Mrd €.

Ausländische Investoren als einzige Erwerbergruppe

Aktienmarkt

Am deutschen Aktienmarkt haben inländische Gesellschaften im Berichtsmonat junge Aktien für netto 0,3 Mrd € begeben; dabei handelte es sich vor allem um börsennotierte Unternehmen. Der Umlauf ausländischer Aktien am deutschen Markt sank gleichzeitig um 1,8 Mrd €. Erworben wurden Dividentitel im Ergebnis ausschließlich von ausländischen Anlegern

Kaum Aktienemissionen im August

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd €

Position	2013	2014	
	Aug.	Juli ^{p)}	Aug. ^{p)}
I. Leistungsbilanz	+ 7,9	+ 20,1	+ 10,3
1. Warenhandel ¹⁾	+ 12,8	+ 23,2	+ 14,5
Ausfuhr (fob)	84,4	99,4	83,0
Einfuhr (fob)	71,7	76,2	68,5
nachrichtlich:			
Außenhandel ²⁾	+ 13,3	+ 23,5	+ 14,1
Ausfuhr (fob)	85,0	101,1	84,1
Einfuhr (cif)	71,7	77,6	70,0
2. Dienstleistungen ³⁾	- 7,1	- 5,9	- 7,6
Einnahmen	15,9	17,4	16,5
Ausgaben	23,0	23,3	24,1
3. Primäreinkommen	+ 5,9	+ 5,9	+ 6,0
Einnahmen	16,0	16,0	15,6
Ausgaben	10,1	10,2	9,6
4. Sekundäreinkommen	- 3,6	- 3,1	- 2,5
II. Vermögensänderungsbilanz	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,4
III. Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 30,1	+ 17,0	+ 19,8
1. Direktinvestition	+ 8,7	+ 7,5	- 0,5
Inländische Anlagen im Ausland	+ 8,8	+ 3,1	+ 4,9
Ausländische Anlagen im Inland	+ 0,1	- 4,5	+ 5,4
2. Wertpapieranlagen	+ 4,2	+ 17,6	- 22,4
Inländische Anlagen in Wertpapieren ausländischer Emittenten	+ 9,3	+ 7,7	- 5,2
Aktien ⁴⁾	+ 0,4	+ 0,3	- 1,5
Investmentfondsanteile ⁵⁾	+ 1,5	+ 4,4	+ 2,1
Langfristige Schuldverschreibungen ⁶⁾	+ 5,7	+ 2,6	- 4,6
Kurzfristige Schuldverschreibungen ⁷⁾	+ 1,7	+ 0,4	- 1,2
Ausländische Anlagen in Wertpapieren inländischer Emittenten	+ 5,0	- 9,9	+ 17,2
Aktien ⁴⁾	+ 1,2	- 3,4	+ 1,4
Investmentfondsanteile	- 0,0	- 0,4	+ 0,1
Langfristige Schuldverschreibungen ⁶⁾	+ 6,8	- 12,3	+ 7,3
Kurzfristige Schuldverschreibungen ⁷⁾	- 2,9	+ 6,2	+ 8,4
3. Finanzderivate ⁸⁾	- 0,4	+ 1,9	+ 1,6
4. Übriger Kapitalverkehr ⁹⁾	+ 17,2	- 10,5	+ 40,9
Monetäre Finanzinstitute ¹⁰⁾	+ 12,4	- 0,2	- 4,7
darunter: kurzfristig Unternehmen und Privatpersonen ¹¹⁾	+ 17,9	- 2,4	- 11,7
Staat	- 4,1	- 17,1	+ 13,2
Bundesbank	+ 9,7	- 1,0	+ 10,2
Währungsreserven ¹²⁾	- 0,8	+ 7,8	+ 22,3
5. Währungsreserven ¹²⁾	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,2
IV. Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen ¹³⁾	+ 22,0	- 3,1	+ 9,0

1 Ohne Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 2 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). 3 Einschl. Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 4 Einschl. Genusscheine. 5 Einschl. reinvestierter Erträge. 6 Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. 7 Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit bis zu einem Jahr. 8 Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften sowie Mitarbeiteraktioptionen. 9 Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. 10 Ohne Bundesbank. 11 Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck. 12 Ohne Zuteilung von Sonderziehungsrechten und bewertungsbedingten Änderungen. 13 Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

Deutsche Bundesbank

(1,4 Mrd €). Inländische Kreditinstitute sowie Nichtbanken veräußerten hingegen Aktien für netto 2,0 Mrd € beziehungsweise 0,9 Mrd €.

Investmentfonds

Inländische Investmentfonds verzeichneten im August Mittelzuflüsse in Höhe von netto 9,5 Mrd € (nach 8,6 Mrd € im Juli). Hiervon profitierten überwiegend die den institutionellen Anlegern vorbehaltenen Spezialfonds (7,1 Mrd €). Unter den Anlageklassen konnten vor allem Gemischte Wertpapierfonds (5,2 Mrd €) und Rentenfonds (2,4 Mrd €) Anteile am Markt platzieren. Am deutschen Markt vertriebene ausländische Fonds setzten im Berichtsmontat Anteilscheine für per saldo 2,1 Mrd € ab. Erworben wurden Investmentzertifikate im Ergebnis nahezu ausschließlich von inländischen Nichtbanken (11,7 Mrd €). Gebietsfremde Investoren erwarben Fondsanteile für per saldo 0,1 Mrd €, während sich heimische Kreditinstitute von Anteilscheinen für netto 0,3 Mrd € trennten.

Moderate Mittelzuflüsse bei Investmentfonds

Zahlungsbilanz

Die deutsche Leistungsbilanz wies im August 2014 einen Überschuss von 10,3 Mrd € auf. Das Ergebnis lag um 9,8 Mrd € unter dem Niveau des Vormonats. Maßgeblich für den Rückgang war die kräftige Verringerung des Aktivsaldos im Warenhandel. Das Defizit im Bereich der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen, das Dienstleistungen sowie Primär- und Sekundäreinkommen umfasst, nahm nur in geringem Umfang zu.

Leistungsbilanzüberschuss gesunken

Ausschlaggebend für den rückläufigen Überschuss im Warenhandel war die Abnahme des positiven Saldos im Außenhandel, der sich den vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes zufolge um 9,4 Mrd € auf 14,1 Mrd € verkleinerte. Dabei gingen die Ausfuhren erheblich stärker zurück als die Einfuhren.

Aktivsaldo im Warenhandel verringert

*Erhöhtes Defizit
in der Dienst-
leistungsbilanz*

Das Defizit bei den „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen stieg im August um 1,0 Mrd € gegenüber dem Vormonat auf 4,1 Mrd € an. Verantwortlich für den erhöhten Passivsaldo ist die Dienstleistungsbilanz, deren Defizit sich gegenüber dem Vormonat um 1,7 Mrd € auf 7,6 Mrd € vergrößerte. Ursächlich hierfür waren vor allem die zu dieser Jahreszeit üblichen höheren Reiseverkehrausgaben. Der Fehlbetrag bei den Sekundäreinkommen verminderte sich dagegen um 0,6 Mrd € auf 2,5 Mrd €, im Wesentlichen wegen geringerer Ausgaben des Staates für Leistungen an den EU-Haushalt. Die Nettoeinnahmen bei den Primäreinkommen verbesserten sich geringfügig um 0,1 Mrd € auf 6,0 Mrd €.

*Netto-
Kapitalimporte
im Wertpapier-
verkehr*

Vor dem Hintergrund geopolitischer Spannungen kam es im grenzüberschreitenden Wertpapierverkehr Deutschlands im August zu Netto-Kapitalimporten in Höhe von 22,4 Mrd €. Ausländische Anleger stockten ihren Bestand an inländischen Wertpapieren um 17,2 Mrd € auf. Besonders stark war die Nachfrage nach deutschen Schuldverschreibungen (15,7 Mrd €); dabei standen insbesondere öffentliche Anleihen (9,7 Mrd €) und Geldmarktpapiere (8,4 Mrd €) hoch in der Gunst der Anleger, während diese sich von privaten Anleihen per saldo trennten (2,4 Mrd €). In geringerem Umfang bauten ausländische Investoren auch ihr Engagement in deutschen Eigenkapitaltiteln (1,4 Mrd €) aus. Demgegenüber reduzierten inländische Anleger den von ihnen gehaltenen Bestand im Ausland begebener Wertpapiere um 5,2 Mrd €. Sie stießen dabei per saldo sowohl ausländische Schuldverschreibungen (5,9 Mrd €) als auch Aktien (1,5 Mrd €) ab und nahmen ausländische Investmentzertifikate (2,1 Mrd €) in die Depots herein.

*Netto-
Kapitalimporte
bei den Direkt-
investitionen*

Im Bereich der Direktinvestitionen ergaben sich im August leichte Netto-Kapitalzuflüsse in Höhe von 0,5 Mrd €. Maßgeblich war, dass gebietsfremde Firmen in Deutschland mehr investierten

(5,4 Mrd €) als umgekehrt heimische Unternehmen im Ausland (4,9 Mrd €). Die ausländischen Investoren ließen ihren Niederlassungen in Deutschland vor allem Mittel über konzerninterne Finanzkredite zukommen (8,3 Mrd €) und erhöhten in geringerem Umfang auch ihr Beteiligungskapital (1,1 Mrd €); demgegenüber führten sie die über Handelskredite gewährten Mittel zurück (4,0 Mrd €). Heimische Unternehmen erhöhten vor allem ihr Beteiligungskapital im Ausland (4,8 Mrd €). Die treibende Kraft waren dabei Mittel aus reinvestierten Gewinnen (3,4 Mrd €). Im Rahmen der konzerninternen Kreditbereitstellung hielten sich der Abzug von Mitteln aus Handelskrediten (4,2 Mrd €) und die Gewährung von Finanzkrediten (4,3 Mrd €) annähernd die Waage.

Im übrigen statistisch erfassten Kapitalverkehr, der sowohl Finanz- und Handelskredite (soweit diese nicht zu den Direktinvestitionen zählen) als auch Bankguthaben und sonstige Anlagen umfasst, ergaben sich im August Netto-Kapitalexporte in Höhe von 40,9 Mrd €. Ausschlaggebend hierfür war eine Zunahme der inländischen Anlagen im Ausland um 16,3 Mrd €, während gleichzeitig die ausländischen Anlagen in Deutschland um 24,7 Mrd € zurückgingen. Sowohl deutsche Unternehmen und Privatpersonen (7,6 Mrd €) als auch der deutsche Staat (8,3 Mrd €) tilgten im Ausland aufgenommene Finanzkredite. Die Nettoforderungen der Bundesbank stiegen um 22,3 Mrd € an; davon entfielen 20,8 Mrd € auf eine höhere Forderungsposition durch die Zunahme des TARGET2-Saldos. Bei den Monetären Finanzinstituten führte der Abbau grenzüberschreitender Forderungen und Verbindlichkeiten im übrigen Kreditverkehr per saldo zu Netto-Kapitalimporten in Höhe von 4,7 Mrd €.

*Mittelabflüsse
im übrigen
Kapitalverkehr*

Die Währungsreserven der Bundesbank haben im August – zu Transaktionswerten gerechnet – um 0,2 Mrd € zugenommen.

*Währungs-
reserven*

Methodische Änderungen in der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung – Motivation, Konzeption und ausgewählte Ergebnisse

Mit der Einführung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010 (ESVG 2010) im September 2014 wurde die methodische Grundlage vieler makroökonomischer Statistiken in der Europäischen Union aktualisiert und vereinheitlicht. Als Teil der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist die gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank zentral von diesen neuen Vorgaben betroffen. Die Umstellungen führen im Wesentlichen zu einem erweiterten Datenausweis und konzeptionellen Änderungen. So werden unter anderem die Angaben über Forderungen und Verbindlichkeiten der jeweiligen Sektoren erstmals auch um umfassende Informationen darüber ergänzt, gegenüber welchem Sektor diese bestehen (sog. Schuldner-Gläubiger-Beziehungen). Zusätzlich werden die privaten Haushalte, die bisher gemeinsam mit den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck erfasst wurden, erstmals getrennt ausgewiesen. Einen deutlich differenzierteren Umgang erfährt auch der finanzielle Sektor, der in nunmehr neun Teilsektoren aufgeteilt wird. Auf Instrumentenebene zeigen sich die Neuerungen unter anderem bei den Ansprüchen gegenüber Versicherungen und Alterssicherungssystemen sowie in einem separaten Ausweis der Bargeldhaltung.

Die erweiterte Darstellung der finanziellen Vorgänge spiegelt dabei die jüngeren Entwicklungen auf den Güter- und Kapitalmärkten wider, die unter anderem durch das Auftreten neuer Akteure und vielschichtigerer Aktivitäten gekennzeichnet sind. So zeigen die aktuellen Ergebnisse der Finanzierungsrechnung gemäß dem ESGV 2010, dass die Sektoren über zahlreiche finanzielle Verflechtungen miteinander verbunden sind, wobei deren Umfang und Intensität zwischen den Sektoren teils deutlich variieren. Die methodischen Änderungen tragen somit zum besseren Verständnis der Aktivitäten im finanziellen Bereich der Volkswirtschaft bei und liefern wertvolle Angaben beispielsweise für die Geldpolitik, etwa in Bezug auf die monetäre Transmission oder die Identifikation möglicher Finanzierungsengpässe, aber auch für Analysen zur Finanzstabilität.

■ Einleitung

Das ESVG 2010 ersetzt das bisher gültige ESVG 1995 als methodische Grundlage vieler Statistiken ...

Mit der Einführung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010 (ESVG 2010) im September 2014 wurde die methodische Grundlage vieler makroökonomischer Statistiken in der Europäischen Union (EU) aktualisiert und weiter vereinheitlicht. Dieses Rahmenwerk enthält verbindliche Vorgaben und Definitionen zur statistischen Erfassung des Wirtschaftsprozesses und gewährleistet so eine einheitliche und vergleichbare Dokumentation ökonomischer Entwicklungen in allen Mitgliedstaaten der EU. Ziel der Aktualisierung ist es, den seit Einführung des bisher gültigen ESVG 1995 aufgetretenen Veränderungen im Wirtschaftsgeschehen Rechnung zu tragen, um auch weiterhin „vergleichbare, aktuelle und zuverlässige Informationen über die Struktur der Wirtschaft und die Entwicklung der wirtschaftlichen Situation eines jeden Mitgliedstaates“ zu erhalten.¹⁾ Zu den tiefer gehenden Veränderungen zählen unter anderem die fortschreitende Globalisierung der Güterproduktion sowie ein struktureller Wandel im Finanzsektor, dessen Intermediationsleistung und -struktur durch regulatorische Änderungen, finanzielle Innovationen und Fortschritte in der Kommunikations- und Informationstechnologie zunehmend komplexer geworden sind. Außerdem sollte auf diese Weise neuen sowie geänderten Anforderungen der Geld- und Wirtschaftspolitik an die Statistik Rechnung getragen werden, die sich unter anderem im Rahmen der Finanzkrise ergeben haben.

... und wurde nun auch in der Finanzierungsrechnung übernommen

Die gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank ist als Teil der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) zentral von dieser Aktualisierung betroffen. Sie ergänzt die aggregierte Darstellung realwirtschaftlicher Transaktionen einer Volkswirtschaft um die parallel ablaufenden Vorgänge in der finanziellen Sphäre und zeigt so auf, in welchem Ausmaß und in welcher Form (Kredite, Aktien, Einlagen etc.) die verschiedenen Sektoren der Volkswirtschaft in der betrachteten Periode Finanzierungsmittel in Anspruch genommen

oder zur Verfügung gestellt haben. Auch die involvierten Finanzintermediäre werden erfasst. Zusammen mit der konsistenten Dokumentation der dazugehörigen Bestände, also des sektoralen Geldvermögens und der Verbindlichkeiten, entsteht so ein umfassendes Bild der finanziellen Geschehnisse in der deutschen Volkswirtschaft.

Dieser Aufsatz beschreibt die wesentlichen konzeptionellen Änderungen, die sich durch die Einführung des ESVG 2010 in der Finanzierungsrechnung ergeben. Daran anschließend werden ausgewählte Ergebnisse präsentiert und deren Verwendung für geldpolitische Analysen skizziert. Auch die Herausforderungen und Probleme bei der Umsetzung einzelner Vorgaben werden diskutiert.

Aufsatz thematisiert Motivation, Konzeption und ausgewählte Ergebnisse

■ Wesentliche Änderungen im Überblick

Im Gegensatz zu früheren Änderungen der methodischen Vorgaben führt die Übernahme des ESVG 2010 in die gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung im Wesentlichen zu einer Erweiterung des bestehenden Datensatzes. Veränderungen in der Definition von Sektoren und Instrumenten gibt es hingegen nur wenige. Infolgedessen bleiben die bisher auf Basis des ESVG 1995 dokumentierten Entwicklungen in den Daten in ihrer Richtung und Dynamik überwiegend bestehen.

ESVG 2010 führt primär zu erweitertem Datensatz, ...

Ein wesentliches Element der mit der Einführung des ESVG 2010 verbundenen Änderungen besteht in einem erweiterten Ausweis von Sek-

¹ Vgl.: Abs.1 der Verordnung (EU) Nr. 549/2013 vom 21. Mai 2013. Auslöser der ESVG-Aktualisierung war die Überarbeitung des „System of National Accounts 1993“ (SNA 1993), der international gültigen Grundlage einschlägiger Statistiken. Wie schon im Fall der Vorgängerversion ist das SNA 2008 konzeptionell und inhaltlich weitgehend identisch mit dem ESVG 2010, Letzteres ist auf die besonderen Belange der EU ausgerichtet.

Sektoren der Finanzierungsrechnung	
Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen	
1995	2010
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften
Finanzielle Kapitalgesellschaften	Finanzielle Kapitalgesellschaften
Monetäre Finanzinstitute (einschl. Geldmarktfonds)	Monetäre Finanzinstitute Zentralbank und Kreditinstitute Geldmarktfonds
Sonstige Finanzinstitute (einschl. Investmentfonds ohne Geldmarktfonds)	Sonstige Finanzinstitute ¹⁾ Investmentfonds (ohne Geldmarktfonds)
Versicherungen und Pensionseinrichtungen	Versicherungsgesellschaften Pensionseinrichtungen
Staat	Staat
Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	Private Haushalte Private Organisationen ohne Erwerbszweck
Ausland	Ausland
¹ Einschl. firmeneigener Finanzierungseinrichtungen und Kapitalgeber. Deutsche Bundesbank	

... unter anderem in Form eines detaillierteren Ausweises von Sektoren und Instrumenten

toren und Instrumenten.²⁾ Dabei werden zum einen bisher zusammengefasste Positionen getrennt gezeigt, zum anderen aber auch zusätzliche Elemente aufgenommen. Beispielsweise werden die Sektoren private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck fortan separat ausgewiesen. Einen deutlich differenzierteren Umgang erfährt der finanzielle Sektor, der in nunmehr neun Teilsektoren aufgeteilt wird. Hintergrund ist eine erweiterte Definition des Sektors, der mit Einheiten wie finanziellen Zweckgesellschaften nun auch Akteure umfasst, die ihre Finanzdienstleistung ausschließlich einer bestimmten Unternehmensgruppe anbieten und nicht nur, wie bisher, ausschließlich einer breiten Öffentlichkeit. Hinsichtlich der finanziellen Instrumente gibt es vor allem bei den Ansprüchen gegenüber Versicherungen und Alterssicherungssystemen Neuerungen, sowohl in Form zusätzlicher Instrumente als auch in der Struktur des Ausweises. Außerdem wird die Bargeldhaltung erstmals separat von den Einlagen ausgewiesen. Schließlich werden einige Bezeichnungen finanzieller Instrumente geändert, unter anderem, um der erweiterten Erfassung Rechnung zu tragen. Die Schaubilder auf den Seiten 15 und 16 zeigen die neue Struktur von Sektoren und Instrumenten. Alle Erweiterungen betreffen grundsätzlich sowohl Transaktionen (d. h. die Geldvermögensbildung und die Außenfinanzierung) als auch Bestände

(d. h. das Geldvermögen und die Verbindlichkeiten).

Eine zentrale Erweiterung besteht in der erstmaligen Einführung sogenannter Schuldner-Gläubiger-Beziehungen. Damit werden die bisher ausgewiesenen Forderungen und Verbindlichkeiten der jeweiligen Sektoren um den Aspekt ergänzt, gegenüber welchem Sektor diese Forderungen und Verbindlichkeiten bestehen oder neu eingegangen wurden. Diese Verflechtungen der Sektoren untereinander werden für alle inländischen Sektoren und für die folgenden Finanzinstrumente ausgewiesen: Einlagen, Kredite, Schuldverschreibungen, börsennotierte Aktien sowie Anteile an Investmentfonds. Auch die Verflechtungen inländischer Sektoren mit dem Ausland werden berücksichtigt, wobei die Schuldner im Euro-Raum ebenfalls nach Sektoren differenziert werden.³⁾ Diese Daten ermöglichen beispielsweise Aussagen da-

Erstmaliger Ausweis umfassender Schuldner-Gläubiger-Beziehungen ...

² Mit der Einführung des ESVG 2010 ändern sich auch die Berichtspflichten der nationalen Zentralbanken und statistischen Ämter gegenüber den europäischen Institutionen. Für die Berichtspflichten gegenüber der EZB gilt nunmehr die Richtlinie EZB/2013/24 vom 25. Juli 2013. Die Berichtspflichten gegenüber der Europäischen Kommission sind in Verordnung (EU) Nr. 549/2013 vom 21. Mai 2013 geregelt. Die damit verbundenen Änderungen in der Finanzierungsrechnung sind in der nachfolgenden Darstellung berücksichtigt.

³ Gegenüber dem übrigen Ausland werden hingegen weiterhin nur die aggregierten Forderungen bzw. Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Finanzinstrumente der Finanzierungsrechnung

Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen	
1995	2010
Währungsgold und Sonderziehungsrechte	Währungsgold und Sonderziehungsrechte Währungsgold Sonderziehungsrechte
Bargeld und Einlagen Bargeld und Sichteinlagen	Bargeld und Einlagen Bargeld Sichteinlagen
Termineinlagen Spareinlagen Sparbriefe	Termineinlagen Spareinlagen Sparbriefe
Wertpapiere (ohne Anteilsrechte) Geldmarktpapiere langfristige festverzinsliche Wertpapiere Finanzderivate	Schuldverschreibungen kurzfristige Schuldverschreibungen langfristige Schuldverschreibungen zusätzlich: Schuldverschreibungen nach Emittenten
Kredite kurzfristige Kredite langfristige Kredite	Kredite kurzfristige Kredite langfristige Kredite zusätzlich: Kredite nach Kreditgebern
Anteilsrechte Aktien	Anteilsrechte börsennotierte Aktien (nach Emittenten) nicht börsennotierte Aktien Sonstige Anteilsrechte
Sonstige Anteilsrechte Investmentzertifikate	Anteile an Investmentfonds Anteile an Geldmarktfonds Anteile an Investmentfonds ohne Geldmarktfonds
Versicherungstechnische Rückstellungen kurzfristige Ansprüche langfristige Ansprüche	Versicherungs-, Alterssicherungs- und Standardgarantie-Systeme Ansprüche aus Rückstellungen bei Nicht-Lebensversicherungen und für Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien Ansprüche aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen Ansprüche gegenüber Alterssicherungssystemen ¹⁾
Sonstige Forderungen / Verbindlichkeiten	Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen Sonstige Forderungen und Verbindlichkeiten Handelskredite und Anzahlungen Übrige Forderungen und Verbindlichkeiten

1 Ansprüche aus Altersvorsorgeeinrichtungen, Ansprüche auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen sowie Ansprüche von Altersvorsorgeeinrichtungen an die Träger von Altersvorsorgeeinrichtungen.

Deutsche Bundesbank

rüber, welche Rolle inländische Banken bei der Kreditfinanzierung von nichtfinanziellen Unternehmen spielen, wie stark Banken mit anderen Akteuren des Finanzsektors (Versicherungen, sonstigen Finanzinstituten etc.) verflochten sind oder wie hoch der Anteil ausländischer Staatsanleihen im Portfolio der privaten Haushalte ist. Die Erhebung von Schuldner-Gläubiger-Beziehungen führt zudem zu einer größeren Genauigkeit bei der Ermittlung der konsolidierten (d. h. um intrasektorale Beziehungen bereinigten) Angaben.

Mit dem ESVG 2010 werden außerdem Bewertungs- sowie sonstige Volumen- und Klas-

sifikationsänderungen erstmals separat und detailliert für einzelne Instrumente und Sektoren erhoben und ausgewiesen. Hintergrund ist die Tatsache, dass sich der Bestand an Forderungen und Verbindlichkeiten in einem Berichtszeitraum nicht nur durch entsprechende Transaktionen, sondern auch durch Bewertungseffekte oder geänderte statistische Klassifikationen einzelner Finanzinstrumente und Sektoren verändern kann. Zu den Bewertungsänderungen gehören primär Preisänderungen, die sich im Berichtszeitraum ergeben, etwa in Form steigender Aktienkurse. Derartige Wertänderungen werden vor allem bei Instrumenten ausgewiesen, für die „echte“ Marktpreise existieren.

... und detailliertere Informationen zu Bewertungs- und Klassifikationsänderungen

tieren (bspw. Aktien); zu Nominalwerten ausgewiesene Positionen (bspw. Einlagen) sind hingegen kaum betroffen.⁴⁾ Die sonstigen Volumen- und Klassifikationsänderungen umfassen Änderungen in der sektoralen und instrumentellen Zuordnung sowie die Auswirkungen nicht vorhersehbarer Ereignisse auf den Bestand an Forderungen und Verbindlichkeiten. Erwirbt etwa ein nichtfinanzielles Unternehmen eine Vollbanklizenz und damit die Erlaubnis, sowohl im Einlagen- als auch im Kreditgeschäft tätig zu werden, wird es fortan im Sektor der Monetären Finanzinstitute (MFI) erfasst. Auch die vollständige Abschreibung uneinbringlicher Forderungen fällt in diese Kategorie. Im Vergleich zur bisherigen Berechnung, bei der die Bewertungs- und sonstigen Klassifikations- und Volumenänderungen stets als Summe und nur auf aggregierter Ebene für interne Zwecke geschätzt wurden, stellt dies eine deutliche Erweiterung des Datensatzes dar.

Konzeptionelle Änderungen vor allem bei der Definition von Sektoren

Neben dem umfassenderen Ausweis der Ergebnisse gibt es einige konzeptionelle Änderungen in der Finanzierungsrechnung. Die wichtigste Modifikation ergibt sich aus der erweiterten Definition des finanziellen Sektors und besteht in einer differenzierteren Zuordnung sogenannter Holdinggesellschaften und Hauptverwaltungen. Damit sind grundsätzlich Einheiten einer Unternehmensgruppe gemeint, die in der einen oder anderen Form Verantwortung für (im Mehrheitsbesitz befindliche) Tochterunternehmen tragen. Bei Holdinggesellschaften äußert sich diese Verantwortung in der Kontrolle der Vermögenswerte der Töchter. Weitere Einflussmöglichkeiten, insbesondere in Form von Führungs- und Managementtätigkeiten, bestehen nicht. Hauptverwaltungen sind hingegen durch Letzteres gekennzeichnet: Immer dann, wenn eine Einheit aktiv Managementkontrolle über Töchter ausübt, ist diese als Hauptverwaltung zu klassifizieren. Während Holdinggesellschaften immer dem finanziellen Sektor (konkret dem neuen Teilsektor „firmeneigene Finanzierungseinrichtungen und Kapitalgeber“) zuzuordnen sind, hängt die Zuordnung von Hauptverwaltungen davon ab, in welchem Sek-

tor der überwiegende Anteil der Wertschöpfung der Tochterunternehmen anfällt. Da das bisher gültige ESVG 1995 eine solche Differenzierung von Holdinggesellschaften und Hauptverwaltungen nicht kannte und alle Einheiten den nichtfinanziellen Unternehmen zuzurechnen waren, kommt es durch das ESVG 2010 zu Verschiebungen hin zum finanziellen Sektor.⁵⁾

Kleinere konzeptionelle Änderungen bestehen unter anderem in einer strengeren Definition von Einheiten, die dem Staatssektor zuzuordnen sind sowie einer umfassenderen Definition von Finanzderivaten.⁶⁾ Größere Auswirkungen auf die Ergebnisse der deutschen Finanzierungsrechnung haben diese Änderungen aber nicht.⁷⁾

Analog zur VGR sind alle methodisch bedingten Veränderungen grundsätzlich auch rückwirkend umzusetzen. So soll unter anderem vermieden werden, dass statistische Brüche in den Zeitreihen die Analyse der Ergebnisse einschränken. Dies gilt vor allem für die konzeptionellen Änderungen sowie für den erweiterten Ausweis von Transaktionen und Beständen bei bereits bestehenden Sektoren und Instrumenten. Gemäß den einschlägigen europäischen Vorgaben sind daher alle Änderungen auf Quartalsebene

Umsetzung der neuen Vorgaben auch für zurückliegende Zeiträume

⁴ Für finanzielle Instrumente, bei denen die jeweils genutzten Primärstatistiken keine Informationen über den aktuellen Marktwert enthalten, werden die Marktwerte anhand geeigneter Schätzungen approximiert.

⁵ So ist bspw. eine Unternehmenseinheit, die mehrere Töchter mit (primärer) Tätigkeit im nichtfinanziellen Bereich kontrolliert, gemäß ESVG 1995 ebenfalls dem nichtfinanziellen Sektor zuzuordnen. Dies gilt unabhängig davon, ob diese Einheit in die Steuerung der Töchter involviert ist oder ob sie lediglich deren Vermögenswerte hält. Das ESVG 2010 gibt nun vor, dass diese Einheit nur dann im nichtfinanziellen Sektor verbleibt, wenn sie aktiv Führungs- und Managementaufgaben wahrnimmt. Hält sie hingegen nur die Vermögenswerte, ist sie in jedem Fall in den finanziellen Sektor als „firmeneigener Kapitalgeber“ umzubuchen.

⁶ Im Rahmen der Einführung des ESVG 2010 wurde die Berechnung der Finanzderivate grundlegend überarbeitet. Dabei wurden auch Primärquellen in die Berechnung aufgenommen, die bisher in dieser Form nicht zur Verfügung standen. Infolgedessen kommt es bei den meisten Sektoren zu einer Bilanzverlängerung, teils in erheblichem Ausmaß. Die Änderungen, die sich diesbezüglich direkt durch die Übernahme des ESVG 2010 ergeben, sind hingegen überschaubar.

⁷ Für eine umfassende Übersicht der methodischen Änderungen des ESVG 2010 im Vergleich zum ESVG 1995 vgl.: Eurostat (2014), Manual on the changes between ESA 1995 and ESA 2010.

spätestens 2017 rückwirkend bis 1999 umzusetzen; Jahresdaten sind bereits aktuell bis 1995 auszuweisen. Für größere Neuerungen in Form der Schuldner-Gläubiger-Beziehungen oder Bewertungsänderungen müssen die Daten dagegen nur für kürzere Zeiträume zurückgerechnet werden.

■ Ausgewählte Ergebnisse

Finanzierungsrechnung führt ESVG 2010 mit der Berechnung des zweiten Quartals 2014 ein

Die Regeln des ESVG 2010 wurden in der Finanzierungsrechnung erstmals zur Berechnung der Daten für das zweite Quartal 2014 berücksichtigt, deren Publikation Mitte Oktober erfolgte.⁸⁾ Die bis zum ersten Quartal 2014 erhobenen Angaben gemäß ESVG 1995 werden mit ihrem derzeitigen Stand bis auf Weiteres ebenfalls bereitgestellt. Etwaige Änderungen, die sich beispielsweise aus rückwirkenden Revisionen von Primärquellen ergeben, werden jedoch nur noch in den Berechnungen gemäß ESVG 2010 berücksichtigt.

Nachfolgend werden einige ausgewählte Ergebnisse aus der Analyse der erweiterten Daten diskutiert.

Ausgewählte Ergebnisse: Sektoren über zahlreiche finanzielle Verflechtungen miteinander verbunden

Das Schaubild auf Seite 19 stellt die finanziellen Verflechtungen der Sektoren untereinander für alle verfügbaren Finanzinstrumente zum Ende des Jahres 2013 für Deutschland grafisch dar.⁹⁾ Es wird unmittelbar deutlich, dass die Sektoren über zahlreiche finanzielle Beziehungen eng miteinander verbunden sind, sowohl im Inland als auch mit dem Ausland. Die Intensität dieser Beziehungen fällt gleichwohl sehr unterschiedlich aus.

Umfang und Intensität der Verflechtungen variieren stark zwischen den Sektoren

Die privaten Haushalte sind beispielsweise sehr eng mit den Banken und Versicherungen verbunden, was daran liegt, dass ein Gutteil ihres Geldvermögens aus Bankeinlagen und Ansprüchen gegenüber Versicherungen besteht. Auch nichtfinanzielle Unternehmen sind über ihre Verbindlichkeiten mit Banken und Versicherungen verwoben, unterhalten darüber hinaus aber zusätzliche Finanzbeziehungen zu allen an-

deren Sektoren. Dazu zählen etwa die Investmentfonds, die ihnen über den Kauf von Schuldverschreibungen und Aktien Mittel gewähren, die firmeneigenen Finanzierungseinrichtungen, die sich um die konzerninterne Mittelallokation kümmern, oder das Ausland, das einen Gutteil der von den Unternehmen emittierten Aktien hält und damit als wichtiger Eigenkapitalgeber fungiert. Das Ausland spielt auch eine wichtige Rolle bei der Finanzierung des Staates, liegen doch rund drei Viertel der von der öffentlichen Hand begebenen Schuldverschreibungen in ausländischen Depots.¹⁰⁾ Die im Inland verbliebenen Staatsanleihen werden überwiegend von MFI gehalten, alle anderen Sektoren haben hingegen nur geringfügige Forderungen gegenüber dem Staat. Stattdessen halten Versicherungen und Pensionseinrichtungen vor allem inländische Investmentfondsanteile, während die Sonstigen Finanzinstitute ihre Mittel insbesondere in ausländische Schuldverschreibungen investieren.

Detaillierte Schuldner-Gläubiger-Beziehungen dieser Art ermöglichen erstmals fundierte Analysen zur Interaktion einzelner Sektoren bei sich plötzlich ändernden Umweltbedingungen (sog.

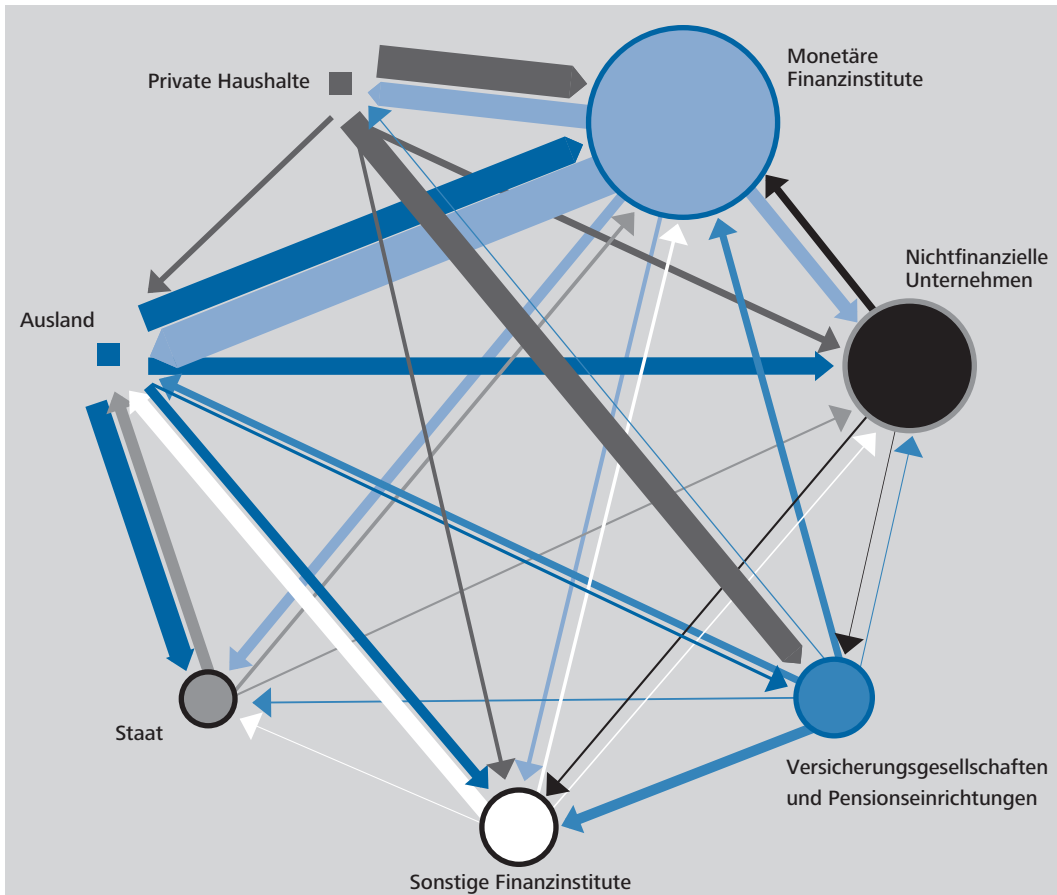
⁸ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Pressenotiz, Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung in Deutschland im zweiten Quartal 2014 nach der jüngsten Revision der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung, 17. Oktober 2014; sowie http://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Statistiken/Gesamtwirtschaftliche_Rechenwerke/Finanzierungsrechnung/finanzierungsrechnung.html

⁹ Da für einige Finanzinstrumente, darunter nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte, keine Schuldner-Gläubiger-Beziehungen vorliegen, dürften die tatsächlichen finanziellen Verflechtungen noch intensiver sein als dargestellt. Dies gilt vor allem für die nichtfinanziellen Unternehmen.

¹⁰ Die Zuflüsse aus dem Ausland in deutsche Staatsanleihen nahmen vor allem im Rahmen der Finanz- und Wirtschaftskrise spürbar zu, was insbesondere auf deren „Safe Haven“-Eigenschaft zurückzuführen ist. Vgl.: Deutsche Bundesbank, Renditen von Bundesanleihen unter dem Einfluss von „Safe haven“-Effekten, Monatsbericht, Oktober 2010, S. 32 f. Im Jahresverlauf 2013 hat die Bedeutung dieses Motivs für Kapitalzuflüsse nach Deutschland wieder etwas abgenommen. Vgl.: Deutsche Bundesbank, Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2013, Monatsbericht, März 2014, S. 37–53.

Finanzielle Verflechtungen der Sektoren in Deutschland

in % des BIP, Stand: Ende 2013



Die Pfeilspitze zeigt auf denjenigen Sektor gegenüber dem die Forderung besteht. Berücksichtigt sind alle finanziellen Instrumente, für die umfassende Schuldner-Gläubiger-Beziehungen vorliegen (Einlagen, Schuldverschreibungen, Kredite, börsennotierte Aktien, Investmentfondsanteile und Ansprüche gegenüber Versicherungen und Pensionseinrichtungen). Die Pfeildicke symbolisiert das Gesamtvolumen der Forderungen eines Sektors gegenüber einem anderen Sektor. Die Größe der Kreise repräsentiert die finanziellen Verflechtungen innerhalb eines Sektors (in der Finanzierungsrechnung werden diese intrasektoralen Verflechtungen für das Ausland und den Sektor der privaten Haushalte nicht ausgewiesen). Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind zum einen nur Verflechtungen mit einem Volumen von mehr als 1% des BIP dargestellt. Zum anderen wurden Sektoren zusammengefasst. So sind die Investmentfonds im Sektor Sonstige Finanzinstitute enthalten, die Versicherungen sind zusammen mit den Pensionseinrichtungen dargestellt und die privaten Haushalte umfassen die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Deutsche Bundesbank

Schuldner-Gläubiger-Beziehungen als wertvolle Grundlage für geldpolitisch orientierte Analysen

exogene Schocks).¹¹ Anhand von Netzwerkmodellen lässt sich beispielsweise untersuchen, wie sich plötzlich auftretende Vermögensverluste eines Sektors auf andere Sektoren übertragen und welche Auswirkungen, etwa auf die Güternachfrage, damit verbunden sind.¹² So könnten etwa Vermögensverluste, die sich über die finanziellen Verflechtungen der Sektoren schließlich in den Bilanzen der Banken materialisieren, deren Kreditangebot und damit die allgemeine Wirtschaftsdynamik beeinflussen. Führt eine solche Verknappung des Bankkreditangebots zu einer vermehrten Mittelbereitstellung anderer Sektoren (etwa der Sonstigen Finanzinstitute), können die damit verbundenen

Veränderungen in den Beziehungen der Sektoren untereinander ebenfalls anhand der Schuldner-Gläubiger-Beziehungen nachvollzogen werden. Darüber hinaus lässt sich untersuchen, wie sich Schocks, die alle Sektoren betreffen – wie

¹¹ Im Rahmen von makrofinanziellen Analysen werden in der akademischen Literatur schon seit Längerem finanzielle Netzwerke erstellt. Wegen fehlender Daten werden die zugrunde liegenden Schuldner-Gläubiger-Beziehungen dazu meist geschätzt. Infolgedessen ist diese Art der Analysen mit hoher Unsicherheit bezüglich der tatsächlichen finanziellen Verflechtungen verbunden. Vgl.: O. Castren und I. Kavonius (2009), Balance sheet interlinkages and macro-financial risk analysis in the euro area, Arbeitspapier der EZB, Nr. 1124.

¹² Vgl.: D. Gray und S. Malone (2008), Macrofinancial risk analysis, Wiley Finance.

Ausgewählte Ergebnisse der Finanzierungsrechnung nach alter und neuer Methodik

Mio €

Position	Private Haushalte (ESVG 2010)					Private Organisationen ohne Erwerbszweck (ESVG 2010); Geldvermögen Ende 2013	Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck (ESVG 1995); Geldvermögen Ende 2013
	Geldvermögen Ende 2012	Geldvermögensbildung 2013	Bewertungen 2013	Sonstige Vermögensänderungen 2013	Geldvermögen Ende 2013		
Bargeld	104 603	10 805	.	1	115 409	–	
Einlagen insgesamt	1 743 212	55 789	.	– 218	1 798 783	57 534	1) 2 082 164
Sichteinlagen	818 346	89 414	.	21	907 781	26 234	1) 1 159 862
Termineinlagen	255 904	– 9 779	.	– 240	245 885	17 684	263 569
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	668 962	– 23 846	.	1	645 117	13 616	658 733
Schuldverschreibungen insgesamt	200 100	– 17 806	– 2 944	– 365	178 985	36 978	215 964
inländischer Emittenten	134 016	– 14 861	– 1 829	– 383	116 943	20 702	.
ausländischer Emittenten	66 084	– 2 944	– 1 116	18	62 042	16 276	.
Anteilsrechte/Anteile an Investmentfonds	820 162	9 630	55 846	231	885 867	61 417	947 283
Börsennotierte Aktien	191 076	– 2 648	34 489	230	223 147	10 180	233 327
inländischer Emittenten	145 050	– 5 632	27 938	– 3	167 353	7 192	.
ausländischer Emittenten	46 026	2 987	6 547	234	55 794	2 988	.
Übrige Anteilsrechte 2)	255 686	2 236	6 509	.	264 431	–	264 431
Anteile an Investmentfonds	373 400	10 040	14 848	1	398 289	51 237	449 525
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	1 767 774	81 515	96	.	1 849 193	–	1 870 897
Sonstige Forderungen	37 050	7 083	.	– 7 608	36 525	–	36 525
Insgesamt	4 672 901	147 020	52 806	– 7 959	4 864 762	155 929	5 152 833

1 Einschl. Bargeld. 2 Nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. 3 Einschl. Pensionseinrichtungen.
 Deutsche Bundesbank

zum Beispiel Zinsänderungen –, auf deren Interaktion und die jeweiligen finanziellen Positionen auswirken. Die Daten ermöglichen ferner eine detailliertere Beschreibung der Vernetzung innerhalb des Finanzsystems, insbesondere zwischen dem sogenannten Schattenbankensystem und den Banken, sowie dessen Verbindung mit dem nichtfinanziellen Privatsektor.¹³⁾ Analysen auf der Grundlage von Schuldner-Gläubiger-Beziehungen tragen somit zu einer besseren Einschätzung der geldpolitischen Transmission und der Finanzstabilität bei.

Die oben stehende Tabelle zeigt das Geldvermögen der privaten Haushalte in Deutschland zum Ende der Jahre 2012 und 2013 sowie die Veränderungen im Jahresverlauf 2013 gemäß neuer Rechnung. Separat davon wird das Geldvermögen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (Kirchen, Gewerkschaften, Parteien etc.) ausgewiesen. Die privaten Haushalte verfügten demnach Ende 2013 über ein Geldvermögen von knapp 5 Billionen €. Auf die pri-

vativen Organisationen ohne Erwerbszweck entfielen immerhin rund 156 Mrd €. Die Strukturen der jeweiligen Portfolios sind sichtbar unterschiedlich. Bei den privaten Haushalten dominierten Einlagen und Ansprüche gegenüber Versicherungen mit Anteilen von 39% und 38% das Portfolio. Im Bereich der Wertpapiere und Anteilsrechte entfiel ein Großteil auf Investmentfondsanteile, die knapp 8% des Geldvermögens ausmachten; direkt gehaltene Aktien und Schuldverschreibungen blieben deutlich dahinter zurück. Zwar hielten auch die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck rund 37% ihres Geldvermögens in Form von Einlagen. Die übrigen 63% waren Ende 2013 jedoch vollständig in Wertpapieren und Anteilsrechten investiert, knapp ein Drittel davon in Form direkt gehaltener Schuldverschreibungen. Durch die

13 Für eine detaillierte Diskussion zur Definition, Aktivität und zu den geldpolitischen Implikationen des sog. Schattenbankensystems vgl.: Deutsche Bundesbank, Das Schattenbankensystem im Euro-Raum: Darstellung und geldpolitische Implikationen, Monatsbericht, März 2014, S. 15–35.

Separater Ausweis von privaten Haushalten und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck zeigt Unterschiede in der Portfoliostruktur, ...

Trennung der bisher nur gemeinsam gezeigten Sektoren fällt der Anteil von Wertpapieren und Anteilsrechten bei den privaten Haushalten nun geringer aus als dies die bisherige – nur aggregierte – Darstellung suggeriert hat.

... unterstreicht die Bedeutung von Bewertungseffekten bei der Entwicklung des Geldvermögens ...

Trotz ihrer geringen Bedeutung für das Portfolio der privaten Haushalte trugen Wertpapiere wesentlich zur Zunahme ihres Geldvermögens im Jahresverlauf 2013 bei. Verantwortlich dafür sind allerdings allein die Bewertungsgewinne bei bereits gehaltenen Papieren, allen voran bei Aktien, deren Kurse im insgesamt positiven Börsenumfeld des Jahres 2013 erheblich zulegen konnten. Alles in allem entfiel rund ein Drittel der Geldvermögenszunahme im Jahr 2013 auf Bewertungsgewinne. Dessen ungeachtet verkauften private Haushalte per saldo Aktien und Schuldverschreibungen, einzig Investmentfondsanteile wurden netto gekauft.

... und ermöglicht eine bessere Einschätzung des jeweiligen Anlageverhaltens

Der jeweils separate Ausweis des Geldvermögens privater Haushalte und privater Organisationen ohne Erwerbszweck sowie die differenzierte Darstellung von Bewertungs- und sonstigen Klassifikationsänderungen tragen zu einer besseren Einschätzung des Anlageverhaltens sowie der dafür verantwortlichen Faktoren (Risikoeinstellung, Liquiditätspräferenz etc.) bei. So deutet etwa die Tatsache, dass die privaten Haushalte in Deutschland Aktien trotz erheblicher Kurssteigerungen per saldo in spürbarem Umfang verkauft haben, auf eine gewisse Risikoaversion hin. Ferner lässt sich anhand der Angaben, die in ähnlicher Form nun auch für andere Länder des Euro-Raums vorliegen, besser verstehen, wie geldpolitische Signale auf die Güternachfrage und schließlich die Preisentwicklung wirken und welche Unterschiede diesbezüglich zwischen den Ländern des Euro-Raums bestehen. Darüber hinaus ermöglicht der getrennte Ausweis der beiden Sektoren eine bessere Vergleichbarkeit mit den Angaben mikroökonomisch orientierter Quellen, zum Beispiel mit der Eurosystem-Studie „Private Haushalte und ihre Finanzen“.¹⁴⁾

Die erweiterte Definition des finanziellen Sektors, insbesondere der differenzierte Umgang mit Hauptverwaltungen und Holdinggesellschaften, führt weiterhin – wie bereits angedeutet – zu einer Verlagerung finanzieller Aktiva und Passiva von den nichtfinanziellen zu den finanziellen Kapitalgesellschaften. Diese Änderungen des ESVG 2010 führen für sich genommen dazu, dass die Verschuldung der nichtfinanziellen Unternehmen Ende 2013 gut 2% niedriger ausfiel als zuvor, zugleich sank das Geldvermögen um rund 4%; Vermögen und Verbindlichkeiten der Sonstigen Finanzintermediäre stiegen um entsprechende Beträge. Das Volumen der Verlagerungen fiel in den Jahren zuvor ähnlich aus, sodass es infolge der methodischen Änderungen insgesamt zu einer Niveauverschiebung nach unten beziehungsweise oben kommt. An der grundsätzlichen Dynamik ändert sich hingegen wenig.

Erweiterte Definition des Finanzsektors hat Auswirkungen auf Geldvermögen und Verschuldung nichtfinanzieller Unternehmen ...

Mit der Verlagerung sind aber Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen den Sektoren verbunden: Unternehmen haben nun geringere direkte Verbindlichkeiten gegenüber MFI und anderen Betrieben, sind dafür aber deutlich enger und insbesondere in Form von Kreditverbindlichkeiten mit den Sonstigen Finanzinstituten verbunden. Letztere umfassen mit Holding- und anderen finanziellen Zweckgesellschaften nunmehr auch jene Unternehmensteile, die als interne Kapitalgeber und Finanzierungseinrichtungen fungieren, bisher aber im Unternehmenssektor selbst erfasst wurden. Dies spiegelt sich auch in der Struktur des verlagerten Geldvermögens wider, das zu rund 70% aus Anteilsrechten besteht und damit die Eigenschaften der Holdinggesellschaften als Eigentümer einer Gruppe von Tochterunternehmen reflektiert.

... sowie die finanziellen Verflechtungen der Sektoren ...

Für das aus geldpolitischer Perspektive besonders interessante Finanzierungsverhalten der nichtfinanziellen Unternehmen zeigen die neuen

... mit Implikationen für die geldpolitische Analyse

¹⁴ Für eine Übersicht zentraler methodischer Unterschiede zwischen der Studie „Private Haushalte und ihre Finanzen“ und der Finanzierungsrechnung gemäß ESVG 1995 vgl.: Deutsche Bundesbank, Abdeckung des sektoralen Vermögens, Monatsbericht, Juni 2013, S. 28–29.

Ergebnisse somit für Deutschland zwar keine substanziellen Änderungen in der bisherigen Dynamik. Sie verbessern aber das Verständnis der Gläubigerstruktur und machen deutlich, dass Unternehmen neben Banken auch auf andere finanzielle Mittler zugreifen. Schon in der Vergangenheit traten diese bisweilen an die Stelle von Banken,¹⁵⁾ und es ist nicht ausgeschlossen, dass sich Unternehmen diesen Finanzierungsformen in Zukunft noch stärker als bisher zuwenden – etwa aus steuerlichen Motiven oder aufgrund geänderter regulatorischer Rahmenbedingungen des Finanzsystems. Dies gilt insbesondere für einzelne Länder des Euro-Raums, in denen derartige Finanzierungsströme bereits in den letzten Jahren eine große Bedeutung hatten.¹⁶⁾ Derartig differenzierte Daten sind eine zentrale Voraussetzung, um die mit solchen Verschiebungen in der Struktur der Finanzintermediation verbundenen Implikationen für die geldpolitische Transmission besser untersuchen und verstehen zu können. Dies gilt umso mehr, als die vorgenommenen Verlagerungen aufgrund unzureichender Informationen in den Primärquellen die tatsächliche Bedeutung von firmeneigenen Finanzierungseinrichtungen und Kapitalgebern in Deutschland noch unterschätzen dürften (siehe unten).

Herausforderungen und Probleme bei der Umsetzung

Die Übernahme solch umfangreicher methodischer Änderungen in bestehende Statistiken stellt typischerweise eine große Herausforderung dar. Die Finanzierungsrechnung ist eine Sekundärstatistik, deren Berechnung nicht auf gesonderten Erhebungen, sondern auf zahlreichen Primärstatistiken beruht, die wiederum vor allem anderen Zwecken dienen. Die Umsetzung des ESVG 2010 bedeutet daher für die Finanzierungsrechnung, dass bereits genutzte Primärstatistiken anders ausgewertet und neue Datenquellen hinzugezogen werden müssen. Art und Weise der notwendigen Änderungen hängen dabei sowohl von allgemeinen, das heißt in

allen EU-Ländern gleichermaßen geltenden Aspekten, als auch von länderspezifischen Besonderheiten der Datenberechnung ab. Im Übrigen bietet die Anpassung einer etablierten Statistik an neue methodische Vorgaben auch die Gelegenheit, bestehende Konzepte und Berechnungen zu überprüfen und gegebenenfalls zu überarbeiten, um die Ergebnisqualität zusätzlich zu verbessern.

Im Vergleich zu früheren methodischen Revisionen dieser Art wurde die aktuelle Überarbeitung grundsätzlich dadurch erleichtert, dass viele der zur Verfügung stehenden Primärstatistiken mittlerweile ebenfalls dem ESVG-Konzept folgen. Sektoren und Instrumente werden häufig einheitlich definiert und erfasst, aufwendige Anpassungen für die Zwecke der Finanzierungsrechnung können reduziert werden oder entfallen ganz. Ähnliches gilt für die Periodizität: Die meisten Primärdaten liegen inzwischen auf Quartals-, teils sogar auf Monatsebene vor, Jahresdaten werden kaum noch verwendet. Auch die rechtzeitige Verfügbarkeit stellt meist kein Problem mehr dar, da die jeweiligen Fristen in den letzten Jahren weiter reduziert werden konnten. Insgesamt sind damit die Voraussetzungen für eine vollständige Umsetzung der neuen Vorgaben in die Finanzierungsrechnung besser als bei früheren Umstellungen, sodass auch nach der Revision insgesamt konsistente, belastbare und hochqualitative Ergebnisse bereitgestellt werden können.

Zu den verbleibenden Herausforderungen zählt im Wesentlichen die Verarbeitung derjenigen

Voraussetzungen für die Umsetzung grundsätzlich besser als bei früheren methodischen Revisionen

Umsetzung des ESVG 2010 mit Herausforderungen und Problemen verbunden

¹⁵ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Die langfristige Entwicklung der Unternehmensfinanzierung in Deutschland – Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung, Monatsbericht, Januar 2012, S. 13–28.

¹⁶ Vgl.: Arbeitsgruppe Eurosystem (2013), Corporate Finance and Economic Activity in the Euro Area, Occasional Paper der EZB, Nr. 151. Besonders bedeutend sind die Verbindungen zwischen nichtfinanziellen Unternehmen und den sonstigen Finanzinstituten bspw. in den Niederlanden, was zuletzt u. a. im Zusammenhang mit der Regulierung des sog. Schattenbankensystems diskutiert wurde. Vgl.: M. Broos, K. Carlier, J. Kakes und E. Klaaijns (2012), Shadow Banking: An Explanatory Study for the Netherlands, Occasional Study der De Nederlandsche Bank, Jahrgang 10, Heft 5.

Zentrale Herausforderungen bestehen in der Verarbeitung einiger Primärquellen ohne (ausreichend detaillierte) Struktur des ESVG 2010, ...

Primärquellen, die aktuell noch der Systematik des ESVG 1995 folgen oder in ihrer Umsetzung des ESVG 2010 hinter den Anforderungen der Finanzierungsrechnung zurückbleiben. So führt etwa die monatliche Bilanzstatistik der Banken (MFI) die neuen Vorgaben europaweit erst zum Berichtsmonat Dezember 2014 ein.¹⁷⁾ Die Umstellung der Versicherungsstatistik wird voraussichtlich erst zum Zeitpunkt der Einführung von Solvency II und der damit verbundenen Umstellung der Datengrundlage stattfinden. Für die Zahlungsbilanzstatistik wurde die Methodik zwar bereits zum Berichtsmonat Mai 2014 umgestellt, und im Auslandsvermögensstatus wurden die Anpassungen im September 2014 für das zweite Quartal 2014 vorgenommen. Beide Außenwirtschaftsstatistiken sind aber in ihrer Sektoren- und Instrumentenstruktur in einigen EU-Ländern (darunter Deutschland) noch nicht so fein untergliedert wie die Finanzierungsrechnung.¹⁸⁾ Einzelne Datenquellen – wie beispielsweise Angaben der BaFin zu den Versicherungen – folgen wiederum weder aktuell noch in absehbarer Zukunft dem Konzept des ESVG 2010, sind aber für die Zwecke der Finanzierungsrechnung derzeit unverzichtbar. Vor diesem Hintergrund entsteht der Bedarf, die fehlenden Angaben mittels komplementärer Datenquellen zu ergänzen und gegebenenfalls auf Schätzungen zurückzugreifen. Dabei sind etwaige Abweichungen von diesen Primärstatistiken minimal zu halten, um die Konsistenz der Statistiken untereinander zu bewahren.

... der rückwirkenden Umsetzung der neuen Vorgaben ...

Eine weitere Herausforderung ist in vielen Ländern der EU die rückwirkende Umsetzung der neuen Vorgaben. Dies gilt vor allem dann, wenn zurückliegende Zeiträume in den bereits verwendeten Primärstatistiken entweder gar nicht oder nicht rechtzeitig in dem Umfang revidiert werden, wie es die europäischen Anforderungen für die Finanzierungsrechnung verlangen. Angaben der Statistik über Wertpapieremissionen gemäß ESVG 2010 stehen beispielsweise erst ab dem Berichtsmonat Januar 2012 zur Verfügung, und für die monatliche Bilanzstatistik der Banken ist aktuell gar keine rückwirkende Revision vorgesehen. Die Übernahme

des neuen Standards auch für zurückliegende Zeiträume grenzt zudem die Auswahl neuer Primärquellen ein, die zur Berechnung erstmalig ausgewiesener Sektoren und Instrumente herangezogen werden können: Im Idealfall decken diese entweder direkt einen entsprechend langen Zeitraum ab, oder es gibt mehrere Quellen, die miteinander vergleichbar sind und mittels derer sich der gesamte Zeitraum konsistent abdecken lässt. In den Fällen, in denen die verfügbaren Quellen Daten für zurückliegende Zeiträume nicht gemäß den neuen Vorgaben zur Verfügung stellen, müssen die Angaben anhand modellbasierter Schätzungen approximiert werden.

Zu den deutschlandspezifischen Herausforderungen zählt vor allem die Umsetzung der neuen Differenzierung von Holdinggesellschaften und Hauptverwaltungen. Um diese – bisher stets gemeinsam und als Aggregat erfassten – Unternehmenseinheiten gemäß ESVG 2010 zu differenzieren, sind spezifische Informationen über die jeweiligen Unternehmenseinheiten notwendig.¹⁹⁾ Dazu zählen insbesondere Angaben zur Beschäftigungs- und Umsatzsituation, die für einen Großteil der inländischen Unternehmen typischerweise im nationalen Unternehmensregister enthalten sind, das in Deutschland vom Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder geführt wird. Aufgrund bestehender restriktiver rechtlicher

... sowie der vollständigen Umsetzung der erweiterten Definition des Finanzsektors

¹⁷ Die Einführung zum Berichtsmonat Dezember 2014 ist in der Verordnung (EU) Nr. 1071/2013 der Europäischen Zentralbank geregelt und betrifft alle Länder des Euro-Raums.

¹⁸ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Änderungen in der Methodik und Systematik der Zahlungsbilanz und des Auslandsvermögensstatus, Monatsbericht, Juni 2014, S. 59–70.

¹⁹ Da die im ESVG 2010 genannten Kriterien zur Differenzierung von Holdinggesellschaften und Hauptverwaltungen ausschließlich qualitativer Natur sind, wurden im Rahmen einer von EZB, Eurostat sowie OECD gebildeten gemeinsamen Arbeitsgruppe Empfehlungen erarbeitet, um die Kriterien international möglichst einheitlich zu quantifizieren. Zentraler Ausgangspunkt sind demnach Beschäftigung und Umsatz der jeweiligen Unternehmenseinheiten, wobei eine sehr niedrige Beschäftigungs- und Umsatzsituation kennzeichnend für Holdinggesellschaften ist. Eine exakte Quantifizierung bleibt jedoch den Ländern vorbehalten, um nationalen Besonderheiten Rechnung zu tragen. Weiterhin wird empfohlen, diese Informationen den nationalen Unternehmensregistern zu entnehmen.

Methodische Änderungen beim Auslandsvermögensstatus

Der Auslandsvermögensstatus (AVS) stellt die zu Marktpreisen bewerteten finanziellen Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen Inländern und Gebietsfremden am jeweiligen Quartalsultimo dar.¹⁾ Sein methodisches Konzept wurde Ende September 2014 auf den überarbeiteten Standard des Internationalen Währungsfonds (IWF) umgestellt, der sechsten Auflage des Handbuchs zur Zahlungsbilanz und zum Auslandsvermögensstatus (BPM6).²⁾ Damit steht der AVS nun auf der gleichen methodischen Grundlage wie die Zahlungsbilanz, die bereits seit dem Berichtsmonat Mai 2014 der neuen Methodik folgt.³⁾

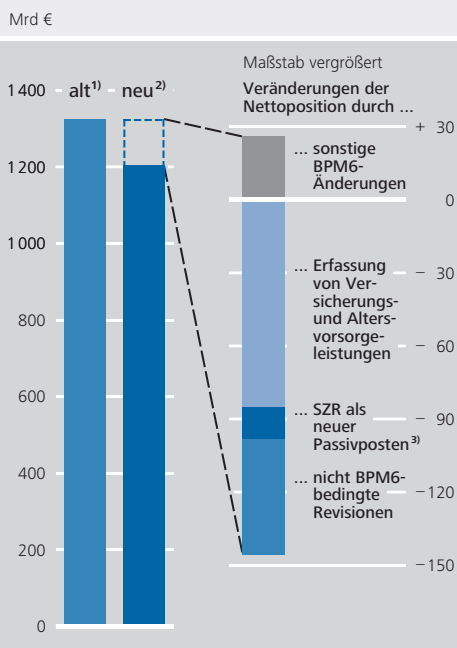
Quantitative Auswirkungen

Das Netto-Auslandsvermögen zum Jahresende 2013 wird nunmehr mit 1 204 Mrd € (oder 43% des Bruttoinlandsprodukts) und damit um 121 Mrd € niedriger ausgewiesen als bisher. Von dem Rückgang entfallen 73 Mrd €

auf die BPM6-Einführung, die restlichen 48 Mrd € auf nicht BPM6-bedingte Revisionen, die zeitgleich mit der Konzeptumstellung durchgeführt wurden. Den quantitativ größten Einfluss bei der methodisch bedingten Neuberechnung hat die erstmalige Verbuchung der Versicherungs- und Altersvorsorgeansprüche.⁴⁾ Da diese auf der Passivseite stärker zu Buche schlagen (119 Mrd €) als auf der Aktivseite (34 Mrd €), reduziert sich das Netto-Auslandsvermögen um 85 Mrd €. Dabei spielen auch Gast- und Saisonarbeiter eine Rolle, deren Versicherungsansprüche bei der Rückkehr in ihre Heimatländer erhalten bleiben. Darüber hinaus werden hier die Anwartschaften von Rentnern erfasst, die im Ruhestand ihren Wohnsitz dauerhaft ins Ausland verlegt haben.

Um zusätzliche 13 Mrd € sinkt das deutsche Netto-Auslandsvermögen durch die vom IWF zugeteilten Sonderziehungsrechte (SZR). Diese wurden zwar schon bisher auf der Aktivseite bei den Währungsreserven ausgewiesen, nunmehr sind sie aber zudem auf der Passivseite bei den übrigen Kapitalanlagen mit einer Gegenbuchung berücksichtigt. Dies bringt die neue BPM6-Philosophie zum Ausdruck, nach der sie auch als Verbindlichkeiten zu interpretieren sind, da sie unter bestimmten Umständen zurückgezahlt werden müssen. Durch die neue Buchungspraxis erhöht eine Zuteilung von SZR damit zwar die Währungsreserven, das Netto-Auslandsvermögen bleibt hingegen unverändert. Demgegenüber führt die Umsetzung einer Reihe weiterer BPM6-Maßnahmen

Netto-Auslandsvermögen Ende 2013 nach altem und neuem Konzept



1 Gemäß IWF, Balance of Payments and International Investment Position Manual, Fifth Edition (BPM5). **2** Gemäß BPM6. **3** Sonderziehungsrechte (SZR) des IWF.
 Deutsche Bundesbank

1 Für weitere grundsätzliche Informationen zum AVS vgl.: Deutsche Bundesbank, Zahlungsbilanzstatistik, Statistisches Beiheft 3 zum Monatsbericht, S. 104; sowie www.bundesbank.de/Navigation/DE/Statistiken/Aussenwirtschaft/Auslandsvermoegenstatus/auslandsvermoegenstatus.html

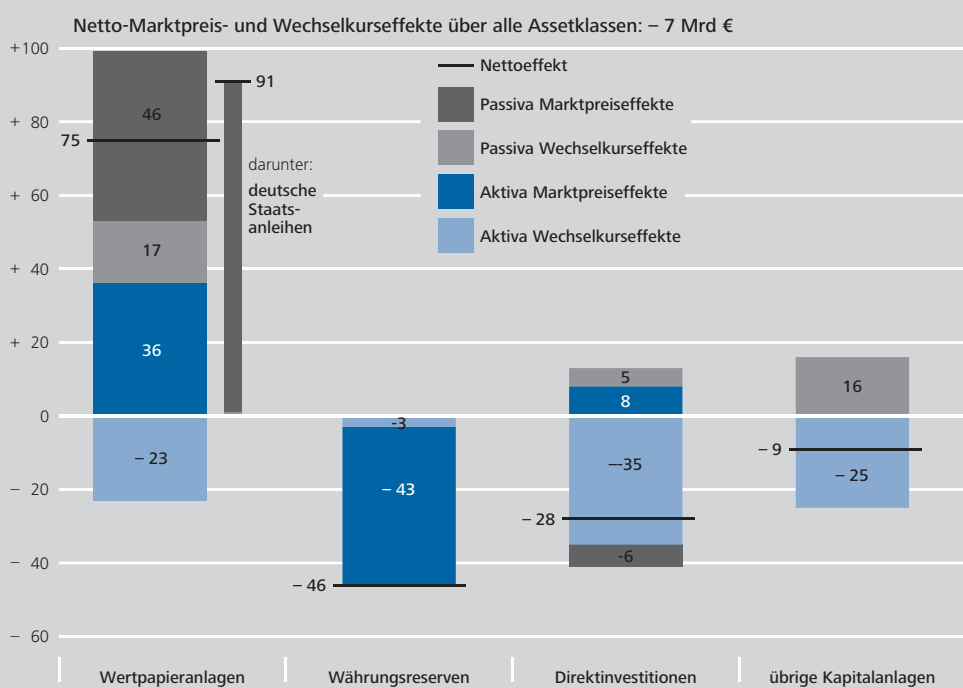
2 IWF (2009), Balance of Payments and International Investment Position Manual, Sixth Edition (BPM6).

3 Zu den wichtigsten methodischen Neuerungen vgl.: Deutsche Bundesbank, Änderungen in der Methodik und Systematik der Zahlungsbilanz und des Auslandsvermögensstatus, Monatsbericht, Juni 2014, S. 59–70.

4 Damit wird die Konsistenz zur Finanzierungsrechnung erhöht, die diese Leistungen schon bisher berücksichtigt hat.

Auslandsvermögensstatus – Bewertungseffekte 2013

Mrd €, + signalisiert Zunahme, – signalisiert Abnahme des Netto-Auslandsvermögens¹⁾



¹ Differenzen in den Summen können durch Rundung der Einzelwerte entstehen.

Deutsche Bundesbank

insgesamt zu einem höheren Ausweis beim Netto-Auslandsvermögen von rund 25 Mrd €.

Integriertes Kontensystem mit Veränderungsrechnung

Das integrierte Kontensystem der Außenwirtschaftsstatistik verbindet den AVS mit der Zahlungsbilanz, indem es die Veränderung der AVS-Bestände aufgliedert in Transaktionen der Kapitalbilanz, Bewertungseffekte aufgrund von Wechselkurs- und Marktpreisschwankungen sowie andere Anpassungen⁵⁾. Über einen längeren Zeitraum betrachtet haben die Transaktionen zwar gewöhnlich den größten Einfluss auf die Veränderung des Netto-Auslandsvermögens, Bewertungseffekte fallen aber durchaus ins Gewicht. Im Berichtsjahr 2013 beliefen sie sich per saldo auf –7 Mrd €. Dabei standen Marktpreisgewinnen in Höhe von 40 Mrd € Verluste durch Wechselkursänderungen in Höhe von 47 Mrd € gegenüber. Mit steigenden Bestandsgrößen und einer zunehmenden Netto-Auslandsposition gewinnen diese Einflüsse – in Abhängigkeit von der Portfoliostruktur – als Bestimmungsfaktoren für

die grenzüberschreitenden Vermögenspositionen an Bedeutung.⁶⁾

Wie wichtig detaillierte Informationen der Veränderungsrechnung für eine fundierte Analyse sind, lässt sich für das Jahr 2013 am Beispiel der öffentlichen Anleihen illustrieren. Hier könnte ein Blick nur auf den Bestandsrückgang um 62 Mrd € zu der Fehlinterpretation führen, dass ausländische Investoren das Interesse an deutschen Staatspapieren verloren hätten. Tatsächlich aber haben Gebietsfremde

⁵ Diese umfassen bspw. Abschreibungen auf nicht einholbare Kreditforderungen, geänderte Sektorenzugehörigkeiten, Änderungen der Funktionalategorie eines Finanzierungsinstruments und statistische Unterschiede zwischen AVS und Zahlungsbilanz durch verschiedene Datenquellen. Derzeit werden hier auch vollständig die nicht transaktionsbedingten Bestandsveränderungen der Finanzderivate gebucht.

⁶ Vgl. unter anderem: IWF (2014), World Economic Outlook, Oktober 2014, Chapter 4, P. R. Lane und G.-M. Milesi-Ferretti (2014), Global Imbalances and External Adjustment after the Crisis, in: IMF Working Paper 14/151; P.-O. Gourinchas und H. Rey (2013), External Adjustment, Global Imbalances, Valuation Effects, erscheint demnächst in: Handbook of International Economics, Vol IV.

im vergangenen Jahr öffentliche Anleihen in Höhe von 29 Mrd € zugekauft. Ausschlaggebend für den reduzierten Bestand waren allein die Bewertungseffekte in Höhe von fast – 91 Mrd €, die durch Kursrückgänge deutscher Anleihen mit langer Laufzeit zustande kamen.

Marktpreis- und Wechselkurseffekte spielten im Berichtsjahr 2013 auch bei den Währungsreserven der Bundesbank eine große Rolle. Vor allem der kräftige Preisrückgang des Goldes um 28% führte hier zu einer Wertberichtigung um – 46 Mrd €. Die inländischen Direktinvestoren erlitten Wechselkursverluste in Höhe von 35 Mrd €. Angesichts ihres Engagements in den BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China) traf sie der im Frühjahr 2013 einsetzende Kursverfall der Währungen dieser Länder spürbar. Auch bei den übrigen Kapitalanlagen hinterließ die Aufwertung des Euro ihre Spuren. Weil mehr Aktiva als Passiva in Fremdwährungen denominated sind, kam es per saldo zu rechnerischen Buchverlusten in Höhe von 9 Mrd €.

Erweitertes Veröffentlichungsprogramm

Publiziert werden die Quartalsdaten zum AVS im Statistischen Beiheft 3 zum Monatsbericht, der Zahlungsbilanzstatistik, und im Internet.⁷⁾ Jeweils Ende September wird der AVS des Vorjahres in einer Pressemitteilung kommentiert.⁸⁾ Nach den BPM6-Vorgaben erhobene Daten stehen ab dem Berichtsjahr 2013 zur Verfügung. Bis einschließlich 2008 werden die Quartalsangaben auf Basis von BPM5-Zeitreihen zurückgerechnet. Die Veränderungsrechnung wird für Daten ab dem ersten Quartal 2013 veröffentlicht.

⁷ Deutsche Bundesbank, Zahlungsbilanzstatistik, Statistisches Beiheft 3 zum Monatsbericht, Tabelle II. 9a) Gesamtübersicht und ab Oktober 2014 Tabelle II. 9b), Veränderungsrechnung, sowie im Internet unter www.bundesbank.de/Navigation/DE/Statistiken/Aussenwirtschaft/Auslandsvermoegensstatus/Tabellentabellen.html

⁸ www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/BBK/2014/2014_09_30_auslandsvermoegen_2013.html

Vorgaben, die insbesondere die Veröffentlichung der im Register enthaltenen Informationen betreffen, können diese Informationen in Deutschland – anders als in den meisten anderen EU-Ländern – bislang nicht für statistische Zwecke der Bundesbank genutzt werden. Somit stehen sie auch nicht für die Finanzierungsrechnung zur Verfügung. In Abstimmung mit dem Statistischen Bundesamt wird die Differenzierung daher gegenwärtig anhand alternativer Quellen, unter anderem der Unternehmensabschlussstatistik der Bundesbank, vorgenommen. Um das Register mittelfristig für die genannten Zwecke nutzen zu können, ist eine Anpassung der Rechtslage notwendig, die es dem Statistischen Bundesamt erlaubt, der Bundesbank im erforderlichen Umfang Daten aus dem Unternehmensregister zu übermitteln. Eine Möglichkeit hierfür könnte im Rahmen anstehender Novellierungen bundesgesetzlicher statistischer Regelungen bestehen.

Weitere Schwierigkeiten bestehen unter anderem in einer differenzierten Darstellung von Ansprüchen aus Versicherungs-, Alterssicherungs- und sogenannten Standardgarantiesystemen, die deswegen teils nur als Aggregat ausgewiesen werden, sowie der Erfassung nicht börsennotierter Aktien, insbesondere für die neu aufgenommenen Teilspektoren. Auch hier muss teilweise auf Schätzungen zurückgegriffen werden. Fundierte, konsistente und umfassende Angaben zu Schuldner-Gläubiger-Beziehungen können zudem derzeit nur zurück bis Anfang des Jahres 2013 erhoben werden. In der Summe kommt es durch die skizzierten Probleme teilweise zu Einschränkungen in der Qualität einzelner Daten, insbesondere für weiter zurückliegende Zeiträume. An der allgemein hohen Qualität und Belastbarkeit der Ergebnisse sowie deren analytischen Verwendungsmöglichkeiten ändert sich dadurch aber nichts.

Kleinere Schwierigkeiten bei der Differenzierung ausgewählter Finanzinstrumente

Zusammenfassung und Ausblick

ESVG 2010 trägt zu besserem Verständnis der finanziellen Entwicklungen bei

Die Darstellung der finanziellen Vorgänge und Verflechtungen in der deutschen Volkswirtschaft durch die Finanzierungsrechnung ist mit der Übernahme des ESVG 2010 komplexer geworden. Diese Komplexität spiegelt die jüngeren Entwicklungen auf den Güter- und Kapitalmärkten wider, die unter anderem durch das Auftreten neuer Akteure und vielschichtigerer finanzieller Aktivitäten gekennzeichnet waren. Deren konsistente und international vergleichbare Dokumentation trägt zu einem besseren Verständnis der aktuellen Entwicklungen im finanzieller Bereich der Volkswirtschaft bei. Wertvoll sind diese Angaben vor allem für die Geldpolitik, etwa für die Analyse der monetären Transmission oder die Identifikation potenzieller Finanzierungsengpässe, aber auch aus Finanzstabilitätspolitischer Perspektive.

Neue Vorgaben wurden rückwirkend bis 1999 umgesetzt

Um eine möglichst gute Grundlage für derartige Analysen zu schaffen, wurden die neuen methodischen Vorgaben in Deutschland bereits zum Zeitpunkt der Umstellung zurück bis zum Jahr 1999 – und damit früher und weiter als von den Vorgaben vorgesehen – übernommen. Mittelfristig ist eine Rückrechnung bis zum Jahr 1991 vorgesehen. Auf diese Weise wird die Konsistenz zur realwirtschaftlichen VGR gewahrt, welche die Vorgaben des ESVG 2010

bereits rückwirkend bis zum Jahr 1991 umgesetzt hat. Ferner wurden so Strukturbrüche in den Zeitreihen reduziert, was deren Nutzen für ökonomische Untersuchungen weiter erhöht.

Neben den Änderungen in der Methode der Finanzierungsrechnung führt die Übernahme des ESVG 2010 auch dazu, dass die Ergebnisse künftig früher zur Verfügung stehen. So werden die Daten fortan gut drei Monate nach Ablauf des Berichtsquartals vorliegen, etwa drei Wochen früher als bisher. Dies verbessert die Möglichkeiten, die Angaben auch für aktuelle geldpolitische Analysen zu verwenden. Darüber hinaus wurden im Rahmen der Umstellung technische Neuerungen vorgenommen, die vor allem den Datenaustausch zwischen nationalen und internationalen Institutionen erleichtern.²⁰ Mittelfristig soll die Finanzierungsrechnung zudem einer festen Revisionspolitik folgen, die für alle Länder der Europäischen Währungsunion einheitliche Termine für die Revision zurückliegender Zeiträume vorsieht. Über deren genaue Ausgestaltung wird derzeit noch innerhalb des Eurosystems diskutiert.

Ergebnisse künftig früher als bisher verfügbar

²⁰ Vergleichbare Änderungen, insbesondere in Form der Einführung des sog. „Statistical Data and Metadata Exchange (SDMX)“-Standards, werden auch bei anderen Statistiken durchgeführt. Vgl.: Deutsche Bundesbank, Änderungen in der Methodik und Systematik der Zahlungsbilanz und des Auslandsvermögensstatus, a. a. O.

Die deutsche Wirtschaft in der internationalen Arbeitsteilung: ein Blick auf die Wertschöpfungsströme

Die deutsche Volkswirtschaft hat sich in den letzten 20 Jahren im Zuge der fortschreitenden Globalisierung weiter geöffnet. Die deutschen Unternehmen haben die Chancen genutzt, welche sich beispielsweise aus der Integration der mittel- und osteuropäischen Länder in den europäischen Produktionsverbund und den Wachstumsverschiebungen hin zu den Schwellenländern ergeben haben. Sie positionierten sich frühzeitig auf den schnell wachsenden Absatzmärkten und erzielten Kostenvorteile durch die verstärkte Nutzung internationaler Wertschöpfungsketten. Dies ging mit einer größeren Spezialisierung und spürbar zunehmenden Aus- und Einfuhren, insbesondere auch von Vorleistungen, einher.

Dank neuer Daten lässt sich der Außenhandel mittlerweile auch detailliert auf Wertschöpfungsbasis darstellen. Dies und der Vergleich mit den Güterströmen liefert zusätzliche Erkenntnisse über seine Struktur und die Rolle der internationalen Arbeitsteilung. Die Einnahmen und Ausgaben des Außenhandels mit Waren und Dienstleistungen übertreffen das Volumen der grenzüberschreitenden Wertschöpfungsströme immer stärker. So beliefen sich die Wertschöpfungsexporte Deutschlands im Mittel der Jahre 2010 und 2011 auf 70% der Ausfuhrerlöse, nachdem es in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre noch beinahe 80% gewesen waren. Der gestiegene Anteil ausländischer Wertschöpfung bedeutet, dass an den deutschen Exporterfolgen Lieferanten von Vor- und Zwischenprodukten unter anderem aus dem europäischen Umfeld vermehrt teilhaben. Gerade die bilateralen Handelsbeziehungen werden überdies zunehmend von erzeugungs- und nachfrageseitig bedingten Drittländereffekten beeinflusst. Dadurch verschiebt sich auch die Bedeutung einzelner Länder beziehungsweise Ländergruppen für das Auslandsgeschäft der deutschen Wirtschaft. Auf Wertschöpfungsbasis betrachtet liegen bei den Exporten die USA an erster Stelle vor Frankreich, dem Spitzenreiter im Außenhandel.

Aus sektoraler Perspektive ist es vor allem das Verarbeitende Gewerbe, welches sehr eng in internationale Produktionsnetzwerke eingebunden ist und aufgrund dessen besonders am Vorleistungsgüterhandel partizipiert. Auf Dienstleistungen entfällt mit rund einem Fünftel ein vergleichsweise geringer Teil der deutschen Exporte. Demgegenüber macht Dienstleistungswertschöpfung, die auch über den Warenhandel transferiert wird, inzwischen beinahe die Hälfte der gesamten Ausfuhrerlöse Deutschlands aus. Mithin sind die Wettbewerbs- und Kostenstrukturen in den Dienstleistungsbranchen von großer Bedeutung für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft.

Verbreiterung der globalen Nachfrage und Aufspaltung der Wertschöpfungsketten

Internationale Integration der deutschen Volkswirtschaft weiter fortgeschritten

Die Integration der deutschen Volkswirtschaft in den weltweiten Handel von Waren und Dienstleistungen ist im Verlauf der vergangenen 20 Jahre weiter vorangeschritten. Die deutschen Unternehmen haben den Globalisierungsschub durch die Öffnung des Eisernen Vorhangs Anfang der neunziger Jahre und die Integration der Schwellenländer in die Weltwirtschaft insbesondere nach Abklingen des Wiedervereinigungsbooms genutzt, um neue Absatzmärkte zu erschließen und durch die Neuorientierung von Lieferverbindungen sowie die Schaffung internationaler Produktionsverbünde Kostenvorteile zu erlangen. Für deutsche Verbraucher erhöhte sich zudem in diesem Zeitraum das Angebot im Ausland erzeugter Produkte.

Wachstumschancen verbessert, aber auch konjunkturelle Anfälligkeiten erhöht

Mit der spürbaren Intensivierung des Außenhandels ist die deutsche Volkswirtschaft tendenziell zwar anfälliger gegenüber externen Störeinflüssen geworden, was sich insbesondere in einer verstärkten Abhängigkeit von internationalen Konjunkturschwankungen niederschlägt. Auf den langfristigen Wachstumstrend hat sich die Offenheit jedoch positiv ausgewirkt, da die zunehmende Präsenz auf den schnell wachsenden Auslandsmärkten es erlaubt hat, sich verstärkt auf komparative Vorteile zu konzentrieren. So eröffneten sich Absatzmöglichkeiten, welche das Inland und die traditionellen Lieferregionen nicht boten.

Bedeutung der ausländischen Absatzmärkte für deutsche Unternehmen

Zwischen 1995 und 2013 ist die reale Endnachfrage in Deutschland aufgrund des flachen gesamtwirtschaftlichen Wachstumspfades im Durchschnitt lediglich um rund 1% pro Jahr gestiegen. Demgegenüber expandierten die deutschen Auslandsmärkte gemessen an den realen Importen der deutschen Handelspartner um etwa 5% pro Jahr. Dabei nahmen die Absatzmöglichkeiten auf den Drittmärkten deutlich schneller zu als innerhalb des europäischen Währungsraumes.

Dass deutsche Unternehmen inzwischen pro Jahr Waren und Dienstleistungen in Höhe von rund 45% des nominalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Ausland absetzen, nachdem es in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre lediglich ein Viertel gewesen war, hat aber nicht nur an der starken Expansion der globalen Nachfrage gelegen. Ebenso wichtig war, dass es den Firmen gelang, auf regionale und waren-spezifische Verschiebungen in der weltweiten Wachstumsdynamik zu reagieren. Das Gewicht der fortgeschrittenen Volkswirtschaften an den globalen Warenimporten hat sich nach Berechnungen der UNCTAD¹⁾ in den vergangenen 20 Jahren von sieben Zehntel auf etwas mehr als die Hälfte verringert. Der Anteil der EWU ging von drei Zehntel in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre auf ein Viertel am aktuellen Rand zurück. Das Gewicht der USA ermäßigte sich in dieser Zeit von einem Sechstel auf ein Achtel. Die Schwellenländer – vorwiegend in Asien – haben indessen stark an Bedeutung gewonnen. Auf China entfällt inzwischen ein Zehntel der weltweiten Warenimporte, nach einem Vierzigstel 20 Jahre zuvor.

Waren- und Regionalprofil des Außenhandels mit strukturellen Veränderungen

Die weltweite Nachfrage hat sich regional deutlich breiter verteilt. Das zeigen Konzentrationsmaße, welche die UNCTAD auf Basis der länderspezifischen Verteilung der globalen Warenimporte berechnet.²⁾ Der Diversifikationsprozess war für die Produktgruppen gleichwohl unterschiedlich stark ausgeprägt. Beispielsweise sieht sich die Automobilindustrie heutzutage einem viel stärker aufgefächerten Weltmarkt gegenüber als noch vor 20 Jahren. Dasselbe gilt für Nahrungsmittel und mineralische Brennstoffe.

Regionale und waren-spezifische Diversifizierung des Außenhandels

1 UNCTAD: United Nations Conference on Trade and Development.

2 Als Konzentrationsmaß wird der Herfindahl-Hirschmann-Index verwendet, welcher Werte zwischen 0 (Gleichverteilung über alle Länder) und 1 (Konzentration auf ein Land) annimmt. Die Berechnung erfolgt gemäß folgender Formel:

$$H_i = \frac{\sqrt{\sum_{j=1}^n \left(\frac{x_{ij}}{\sum_{j=1}^n x_{ij}\right)^2} - \sqrt{\frac{1}{n}}}{1 - \sqrt{\frac{1}{n}}}$$

wobei H_i den Konzentrationsindex für das Produkt i , x_{ij} den Wert der Exporte von Land j und Produkt i und n die Anzahl der Länder abbildet.

Nachfrage auf den internationalen Gütermärkten

Position	1995 bis 1999	2000 bis 2004	2005 bis 2009	2010 bis 2013
Warenanteil an den Importen (Waren und Dienste)	in %			
Welt	80,1	80,2	80,5	80,7
darunter: EWU	79,1	78,4	78,5	78,0
Länderanteil an den weltweiten Warenimporten ¹⁾				
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	69,6	69,0	63,4	56,1
darunter: EWU	30,6	29,5	28,6	24,4
darunter: Deutschland	8,3	7,5	7,3	6,6
Frankreich	5,4	5,0	4,5	3,8
Italien	3,8	3,7	3,5	2,8
Vereinigtes Königreich	5,4	5,2	4,4	3,7
USA	16,1	17,6	14,3	12,5
Japan	5,8	5,2	4,6	4,6
Transformationsökonomien	1,9	1,8	2,8	3,2
Schwellen- und Entwicklungsländer	28,5	29,2	33,8	40,7
darunter: Asien	20,6	21,7	25,6	31,4
darunter: China	2,6	4,6	6,8	9,7
Indien	0,7	0,9	1,7	2,5
Amerika	5,5	5,3	5,3	6,0
Afrika	2,3	2,1	2,7	3,2
Regionale Konzentration der weltweiten Warenimporte ²⁾	Herfindahl-Hirschmann-Index ³⁾			
Alle Waren	0,175	0,184	0,158	0,152
darunter: Nahrungsmittel	0,157	0,153	0,130	0,114
Rohstoffe (ohne Nahrungsmittel und mineralische Brennstoffe)	0,174	0,175	0,227	0,319
Mineralische Brennstoffe	0,201	0,217	0,193	0,172
Chemische Erzeugnisse	0,138	0,153	0,146	0,140
Bearbeitete Waren	0,152	0,156	0,136	0,125
Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse und Fahrzeuge	0,192	0,194	0,163	0,165
darunter: Straßenfahrzeuge	0,249	0,265	0,195	0,181
Maschinen für verschiedene Zwecke	0,142	0,157	0,139	0,138
Elektrische Geräte und Einrichtungen	0,186	0,179	0,196	0,216

Quelle: UNCTAD. 1 Zusammensetzung der Ländergruppen gemäß UNCTAD. 2 Güterklassifikation gemäß SITC Rev. 3. 3 Normiert auf das Intervall von 0 (Gleichverteilung über alle Länder) bis 1 (Konzentration auf ein Land).
 Deutsche Bundesbank

Die Nachfrage nach Maschinen und chemischen Erzeugnissen hat sich im Betrachtungszeitraum demgegenüber regional nicht verbreitert, während für elektrische Geräte und Einrichtungen dem vorliegenden Zahlenmaterial zufolge sogar eine stärkere Konzentration zu konstatieren ist.

Die deutsche Exportwirtschaft hat die Herausforderungen, welche die Strukturverschiebungen auf den globalen Gütermärkten mit sich brachten, insgesamt gut gemeistert.³⁾ Der Weltmarktanteil Deutschlands im Warenhandel hat in den vergangenen 20 Jahren von 10% auf 8% moderat nachgegeben; bereinigt um Preis- und Wechselkurseffekte ist er jedoch konstant ge-

blieben. Mit der regionalen Diversifikation der Weltnachfrage ging gemessen an den einschlägigen Konzentrationsmaßen nahezu parallel eine entsprechende regionale Auffächerung der deutschen Warenexporte einher.

Um die Wettbewerbsfähigkeit zu halten oder zu steigern und so die Position auf etablierten Märkten zu festigen und neue zu erschließen, bedurfte es einer Vielzahl unternehmensspezifischer Maßnahmen. Ein attraktives Güter-

... unter anderem durch Einbindung in globale Wertschöpfungsketten

Deutsche Exportwirtschaft behauptet sich auf globalen Märkten ...

³ Vgl. dazu auch: Deutsche Bundesbank, Leistungsbilanzüberschuss der deutschen Wirtschaft, Geschäftsbericht 2013, insbesondere S. 47 ff.

Absatz der deutschen Wirtschaft auf den internationalen Gütermärkten

Position	1995 bis 1999	2000 bis 2004	2005 bis 2009	2010 bis 2013
Exporte (Waren und Dienste)	in % des Bruttoinlandsprodukts			
	24,8	32,7	40,7	44,6
Warenanteil an den Exporten	in %			
	86,2	85,7	84,9	84,7
Weltmarktanteil Deutschlands (Warenhandel) ¹⁾				
nominal	9,9	9,5	9,2	8,1
real ²⁾	8,9	9,4	9,3	9,2
Auslandsgeschäft	in % des Gesamtumsatzes ³⁾			
Verarbeitendes Gewerbe	28,1	32,4	35,2	36,9
darunter: Ernährungsgewerbe (einschl. Tabakverarbeitung)	9,9	11,8	14,4	15,6
Chemische Industrie	41,2	42,4	41,8	43,9
Metallindustrie	21,7	26,7	30,4	30,0
Elektroindustrie	32,9	40,4	41,7	41,4
Maschinenbau	37,6	42,1	46,9	47,9
Fahrzeugbau	48,1	53,0	54,8	59,7
Baugewerbe	1,4	1,9	2,1	1,7
Handel	7,6	9,4	11,1	12,2
Verkehr und Lagerei	24,9	27,3	27,4	24,2
Information und Kommunikation ⁴⁾	–	–	6,5	3,8
Unternehmensdienstleister ⁴⁾	–	–	5,6	4,7
Regionale Konzentration der Warenexporte (Spezialhandel)	Herfindahl-Hirschmann-Index ⁵⁾			
Alle Waren	0,172	0,171	0,156	0,150

1 Quelle: IFS-Datenbank des Internationalen Währungs fonds. Angaben bis 2012. 2 Zur Berechnung der realen Weltmarktanteile werden die nominalen Weltmarktanteile um Wechselkurs- und Preiseffekte bereinigt; Basisjahr 2005. 3 Angaben erst ab 1997 und lediglich bis 2012. Bis 2007 auf Basis der Wirtschaftszweigklassifikation (WZ) 1993/2003, ab 2008 auf Basis der WZ 2008. 4 Angaben erst ab 2008. 5 Normiert auf das Intervall von 0 (Gleichverteilung über alle Länder) bis 1 (Konzentration auf ein Land).

Deutsche Bundesbank

angebot ist durch leistungsstarke und innovative Produkte gekennzeichnet, die auch preislich konkurrenzfähig sein müssen. Zum Erarbeiten von Kostenvorteilen haben deutsche Unternehmen verbreitet auf eine stärkere internationale Arbeitsteilung gesetzt. Dies drückt sich in verlängerten Wertschöpfungsketten, erhöhten Vorleistungsquoten, Standortverlagerungen ins Ausland sowie Zusammenschlüssen und Kooperationen mit ausländischen Partnern aus. Außerdem erfordert die zunehmende Komplexität der Erzeugnisse vermehrte Serviceleistungen im Vertrieb und bei der Kundenbetreuung.

Aus ökonomischer Sicht reagierten die deutschen Unternehmen auf die infolge der Globalisierung nachhaltig veränderten Angebots- und Nachfragebedingungen. Durch das wirtschaftliche Zusammenrücken der Weltregionen sind die relativen Knappheiten der Produktionsfaktoren inzwischen anders gelagert als vor zwei Jahrzehnten. Neben der zunehmenden Aufspal-

tung der Wertschöpfungsprozesse, die durch gesunkene Transportkosten sowie leichtere Kommunikation und Koordination begünstigt wurde, haben sich weitere Trends durchgesetzt. Zum einen ist die globale Industrierzeugung spürbar kapitalintensiver geworden, was insbesondere auf die raschen Akkumulationsprozesse in den Schwellenländern zurückzuführen ist. Außerdem hat der Beitrag hochqualifizierter Arbeit zur weltweiten Wertschöpfung zugenommen, während mittel- und geringqualifizierte Tätigkeiten in den letzten 20 Jahren an Bedeutung verloren haben. Hierfür waren entsprechende Verschiebungen in fortgeschrittenen Volkswirtschaften ausschlaggebend.⁴⁾

All diese Aspekte bedeuten für die Analyse der Außenhandelsbeziehungen, dass aus der Betrachtung der Güterströme allein kein umfas-

Veränderte
Knappheiten
im weltweiten
Maßstab

4 Vgl. dazu: M. P. Timmer, A. A. Erumban, B. Los, R. Stehrer und G. J. de Vries (2014), Slicing up Global Value Chains, Journal of Economic Perspectives, Vol 28, No 2, S. 99–118.

Globale Input-Output-Tabellen

Die empirische Forschung zum Wertschöpfungshandel und zu globalen Wertschöpfungsketten basiert zum Großteil auf sogenannten globalen Input-Output-Tabellen, welche die sektoralen Produktionsbeziehungen zwischen Ländern auf globaler Ebene abbilden. Globale Input-Output-Tabellen beruhen auf einer Verknüpfung harmonisierter nationaler Input-Output-Tabellen mit disaggregierten Außenhandelsdaten. Konkret werden die Güterströme zwischen Ländern den betreffenden Wirtschaftsbereichen zugewiesen und gemäß ihrem Verbrauch in Vorleistungsgüter und Endprodukte eingeteilt. Dies erfordert zahlreiche Annahmen. Zum einen wird innerhalb eines Sektors unterstellt, dass sich Vorleistungsgüterimporte proportional zum nationalen Verbrauch auf die unterschiedlichen Sektoren verteilen. Weiterhin weichen bilaterale Export- und Importdaten der Statistikämter unterschiedlicher Länder häufig voneinander ab¹⁾ und müssen für die Erstellung globaler Input-Output-Tabellen abgeglichen werden.

Die für die Öffentlichkeit frei zugänglichen globalen Input-Output-Tabellen von WIOD²⁾ sind eine neue, analytisch gehaltvolle und vielseitig verwendbare Datenbasis für die Untersuchung internationaler Produktions- und Nachfragezusammenhänge sowie des dadurch induzierten Außenhandels. Sie machen es unter anderem möglich, Wertschöpfungshandel im Detail entlang unterschiedlicher Dimensionen zu quantifizieren, was zuvor mit Einschränkungen lediglich in Fallstudien realisierbar war. Die Verknüpfung globaler Input-Output-Tabellen mit sektoralen Beschäftigungsstatistiken und Kapitalstockdaten erlaubt es beispielsweise, die Effekte von strukturellen Veränderungen des internationalen Handels auf Kapitalintensität

und Arbeitsnachfrage nach Ausbildungsniveau zu schätzen.³⁾ Weiterhin können mithilfe globaler Input-Output-Tabellen erstmals die Auswirkungen von grenzüberschreitenden Produktionsverknüpfungen auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit einzelner Volkswirtschaften theoretisch und empirisch erforscht werden.⁴⁾

Für die Zukunft bleibt die Aufgabe, globale Input-Output-Tabellen Forschern und politischen Entscheidungsträgern möglichst zeitnah zugänglich zu machen und die Datenqualität weiter zu verbessern. Durch die notwendigen Annahmen in der Erstellung globaler Input-Output-Tabellen kommt es beispielsweise hinsichtlich der bilateralen Außenhandelsströme zu Abweichungen zwischen den nationalen amtlichen Angaben und den entsprechenden Daten aus globalen Input-Output-Tabellen der OECD beziehungsweise von WIOD. Trotz dieser statistischen Ungenauigkeiten sind die präsentierten Ergebnisse mit Blick auf die Grundtendenzen als relativ robust einzuschätzen.

¹ Laut der IWF-WEO-Datenbank ergab sich so im Jahr 2013 über alle Länder hinweg rein rechnerisch ein Handelsüberschuss von knapp 1% des globalen BIP.

² WIOD steht für World Input-Output Database.

³ Vgl.: M. P. Timmer, A. A. Erumban, B. Los, R. Stehrer und G. J. de Vries (2014), Slicing up Global Value Chains, *Journal of Economic Perspectives*, Vol 28, No 2, S. 99–118.

⁴ Vgl.: R. Bems und R. C. Johnson (2012), Value-Added Exchange Rates, NBER Working Paper, No 18498.

Außenhandelsanalyse nimmt internationale Wertschöpfungsketten verstärkt in den Blick

sendes Bild abzuleiten ist. In Bezug auf den bilateralen Handel kann der reine Abgleich zwischen den Aus- und Einfuhren von Waren und Dienstleistungen zu einer verzerrten Diagnose führen, wenn nicht der Vorleistungsgehalt in den gelieferten Erzeugnissen und die von Drittländern induzierten Nachfrageeffekte mit in den Blick genommen werden. Deshalb hat sich die wirtschaftswissenschaftliche Forschung in den vergangenen Jahren intensiv der Analyse internationaler Handelsverflechtungen auf Basis von Wertschöpfungsströmen gewidmet.⁵⁾ Hintergrund war dabei nicht zuletzt mit Blick auf den Euro-Raum die Fragestellung, warum manche Volkswirtschaften mit dem durch die Globalisierung erzeugten Wettbewerbsdruck besser umgehen konnten als andere. Als vorteilhaft für diese Untersuchungen erwies sich, dass inzwischen auf globale Input-Output-Tabellen zurückgegriffen werden kann. Eine entsprechende statistische Basis wurde zum einen im Rahmen einer OECD-WTO-Initiative geschaffen. Zum anderen finanzierte die Europäische Kommission das sogenannte WIOD-Projekt,⁶⁾ auf dessen Daten für die nachfolgend dargestellten Analysen zurückgegriffen wurde.

Güterströme versus Wertschöpfungsaustausch

Betrachtung des grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehrs

Die Außenhandelsstatistik bezieht sich auf die Ausfuhr und Einfuhr von Waren. Im Folgenden wird analog zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der grenzüberschreitende Güterhandel, das heißt unter Einschluss des Dienstleistungsverkehrs, betrachtet.⁷⁾ In dieser breiteren Abgrenzung werden die mit den grenzüberschreitenden Lieferungen und Leistungen verbundenen Einnahmen- und Ausgabenströme erfasst. Dabei ist unerheblich, ob die Warenerzeugung ganz oder nur teilweise im Herkunftsland stattfand.

Die länderübergreifende Aufteilung von Produktionsschritten geht mit dem internationalen Handel von Vorleistungen einher. Dies führt dazu, dass sich aus direkten Handelsströmen

zwischen zwei Ländern nur bedingt darauf schließen lässt, wo im Ausland und in welcher Höhe die inländische Wertschöpfung im Ergebnis absorbiert wird. So enthalten die Exporte eines Landes nicht ausschließlich inländische Wertschöpfung, sofern importierte Vorleistungen in die exportierten End- und Zwischengüter eingehen. Umgekehrt wird die in exportierten Vorleistungen enthaltene inländische Wertschöpfung nicht zwangsläufig vom importierenden Land in der Endnachfrage absorbiert. In diesem Zusammenhang kann es in den Außenhandelsstatistiken im Hinblick auf die Wertschöpfung zu Doppelzählungen kommen.⁸⁾

Die grenzüberschreitenden Wertschöpfungsströme können auf zweierlei Weise dargestellt werden. Die Wertschöpfungsexporte messen denjenigen Teil der inländischen Wertschöpfung, der im Ausland in die Endnachfrage eingeht. Es handelt sich hierbei also um den Teil des heimischen BIP, der originär auf Konsum- und Investitionsentscheidungen im Ausland zurückzuführen ist. Demgegenüber umfasst der Wertschöpfungsgehalt der Exporte die darin enthaltene inländische Wertschöpfung, und zwar unabhängig davon, ob sie dort in die Endnachfrage eingeht oder in Form von Vorleistungsgütern oder Fertigprodukten eine weitere Grenze – möglicherweise auch die ins ursprüngliche Herkunftsland – überquert. In der aggregierten Betrachtung (d. h. für alle Handelspart-

Internationale Arbeitsteilung führt zu Abweichung zwischen Warenströmen und Wertschöpfungsaustausch

Wertschöpfungsexporte versus Wertschöpfungsgehalt der Exporte

5 Vgl. hierzu bspw. die Publikationen im Rahmen des ESZB-Forschungsnetzwerks CompNet (www.ecb.europa.eu/home/html/researcher_compnet.en.html).

6 WIOD steht für World Input-Output Database. Die Daten sind unter www.wiod.org allgemein verfügbar.

7 Bei der Interpretation der Analysen basierend auf den Daten von WIOD ist zu beachten, dass sowohl die cif/fob-Korrektur als auch die Konsumausgaben von Gebietsansässigen in der übrigen Welt und die Konsumausgaben von Gebietsfremden im Inland nicht nach Handelspartnern aufgeschlüsselt vorliegen. Deshalb beziehen sich die vorliegenden Auswertungen auf die Abgrenzung des Handels mit Waren und Dienstleistungen ohne Reiseverkehr und internationale Transportmargen.

8 Vgl.: R. Koopman, Z. Wang und S. Wei (2014), Tracing Value-Added and Double Counting in Gross Exports, *American Economic Review* 104, 2, S. 459–495. Eine Doppelzählung ergibt sich bspw., wenn ein Automotor zur weiteren Verarbeitung ins Ausland exportiert wird und dieser nach seinem Reimport ein zweites Mal eingebettet in das fertigestellte Kraftfahrzeug in die Ausfuhrerlöse des Ursprungslandes eingeht.

Die Zerlegung der bilateralen Außenhandelssalden in direkten Wertschöpfungsaustausch und Drittländereffekte

Überschüsse und Defizite im grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr gelten häufig als Befund vorteilhafter beziehungsweise mangelnder Wettbewerbsfähigkeit. Rückschlüsse dieser Art greifen allerdings insbesondere in der Betrachtung zwischen Ländern oder Ländergruppen zu kurz, da bilaterale Außenhandels- und Wertschöpfungssalden im Kontext stark ausgeprägter internationaler Produktionsverflechtungen teilweise erheblich voneinander abweichen können. Für die bilateralen Außenhandelsergebnisse ist nicht nur der direkte Wertschöpfungsaustausch der betrachteten Handelspartner relevant, sondern es spielen auch Drittländereffekte auf der Erzeugungs- und Nachfrageseite eine wichtige Rolle.

Der Handelssaldo zwischen zwei Ländern lässt sich entlang der Dimensionen Ursprungsland und Endverbraucherland der Wertschöpfung aufteilen. Damit können insgesamt vier Bestandteile unterschieden werden: Die Wertschöpfung der zwei Handelspartner, die per saldo in einem der beiden Handelspartner (IW^i) oder in Drittländern (IW^a) endgültig verwendet wird, sowie die Wertschöpfung aus Drittländern, die per saldo in einem der beiden Handelspartner

(AW^i) oder in Drittländern (AW^a) in die Endnachfrage eingeht. IW^i stimmt weitgehend mit dem bilateralen Wertschöpfungssaldo überein, ist mit ihm jedoch nicht vollständig deckungsgleich. Dies liegt zum einen an Doppelzählungen und Reimporten, die zwar in IW^i , jedoch nicht im Wertschöpfungssaldo enthalten sind, und zum anderen daran, dass für den Wertschöpfungssaldo relevante Wertschöpfungsströme auch in den bilateralen Handelssalden der beiden Handelspartner mit Drittländern enthalten sein können.¹⁾ Die Nachfrage in Drittländern hat somit aufgrund von globalen Wertschöpfungsketten einen direkten Einfluss auf die bilateralen Außenhandelssalden anderer Länder, was durch die Bestandteile IW^a und AW^a abgebildet wird. Beispielsweise kann die Nachfrage in Spanien den Handelsüberschuss Deutschlands mit Frankreich erhöhen, wenn aus Deutschland nach Frankreich gelieferte Vorleistungsgüter

¹ Bspw. führen die USA deutsche Wertschöpfung in vielen Fällen über Drittländer ein, sodass dieser Teil der deutschen Wertschöpfungsbilanz mit den USA nicht in den bilateralen Güterströmen zwischen den beiden Ländern enthalten ist. Vgl.: A. J. Nagengast und R. Stehrer (2014), Collateral imbalances in intra-European trade? Accounting for the differences between gross and value added trade balances, Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank, Nr. 14/2014.

Zerlegung der bilateralen Außenhandelsbilanzen Deutschlands nach Ländern

in % der jeweiligen Außenhandelsbilanz

Position	Wertschöpfung	Endgültige Verwendung	Handelspartner						
			EWU	darunter:			Nicht-EWU	darunter:	
				Frankreich	Italien	Spanien		USA	Vereinigtes Königreich
IW^i	Handelspartner	Handelspartner	125	63	75	71	95	83	81
IW^a	Handelspartner	Drittländer	- 7	7	- 15	- 2	- 15	- 23	- 42
AW^i	Drittländer	Handelspartner	- 6	25	40	29	20	41	61
AW^a	Drittländer	Drittländer	- 12	5	0	2	0	- 1	- 1
nachrichtlich: Wertschöpfungssaldo			135	77	92	90	93	108	91

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Daten von WIOD (www.wiod.org). Waren- und Dienstleistungshandel ohne Reiseverkehr und internationaler Transportmargen. Zerlegung der Handelsbilanzen gemäß Nagengast und Stehrer (2014).

Deutsche Bundesbank

Drittländereffekte in den Außenhandelsbilanzen Deutschlands mit den EWU- und den Nicht-EWU-Ländern

in % der jeweiligen Außenhandelsbilanz

Position	Außenhandelsbilanz mit EWU		Außenhandelsbilanz mit Nicht-EWU	
	nach Ursprung der Wertschöpfung (AW ^a +AW ^b)	nach Endverbraucherland (IW ^a +AW ^b)	nach Ursprung der Wertschöpfung (AW ^a +AW ^b)	nach Endverbraucherland (IW ^a +AW ^b)
EWU	–	–	20	– 15
Frankreich	–	–	4	– 4
Italien	–	–	3	– 3
Niederlande	–	–	4	– 2
Österreich	–	–	3	– 3
Nicht-EWU	– 18	– 19	–	–
Vereinigtes Königreich	– 7	2	–	–
Mittel- und Osteuropäische EU-Länder ¹⁾	7	– 3	–	–
USA	– 6	– 4	–	–
China	3	– 7	–	–

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Daten von WIOD (www.wiod.org). Waren- und Dienstleistungshandel ohne Reiseverkehr und internationaler Transportmargen. Zerlegung der Handelsbilanzen gemäß Nagengast und Stehrer (2014).
¹ Bulgarien, Litauen, Polen, Rumänien, Tschechische Republik und Ungarn.

Deutsche Bundesbank

dort weiterverarbeitet werden, um die Endnachfrage in Spanien zu bedienen.

Ergebnisse für Deutschland

In den bilateralen Außenhandelssalden Deutschlands schlagen sich die Effekte der zunehmenden internationalen Arbeitsteilung deutlich nieder. So überschätzen die deutschen Aktivpositionen im Außenhandel mit Frankreich, Italien und Spanien allesamt den tatsächlichen Wertschöpfungsüberschuss. In allen drei Fällen liegt dies primär daran, dass deutsche Güter einen großen Anteil ausländischer Wertschöpfung enthalten.

Für die meisten kleineren EWU-Länder fällt der deutsche Handelssaldo dem Betrag nach ebenfalls höher als der Wertschöpfungssaldo aus. Gleichwohl ergibt sich für Deutschland gegenüber den EWU-Partnerländern insgesamt ein Wertschöpfungsüberhang, der den Handelsüberschuss übertrifft. Ausschlaggebend hierfür sind erheblich unter den entsprechenden negativen Handelssalden liegende Wertschöpfungsdefizite mit den Niederlanden und Irland. Abgesehen von statistischen Ungenauigkeiten in

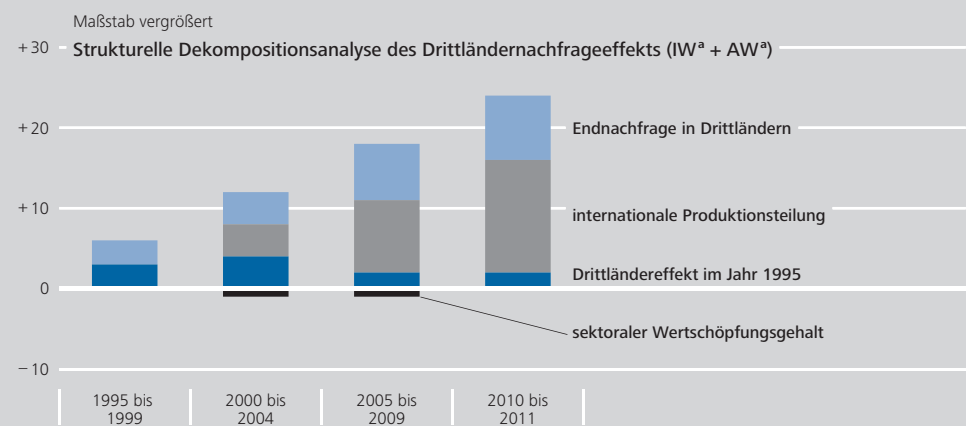
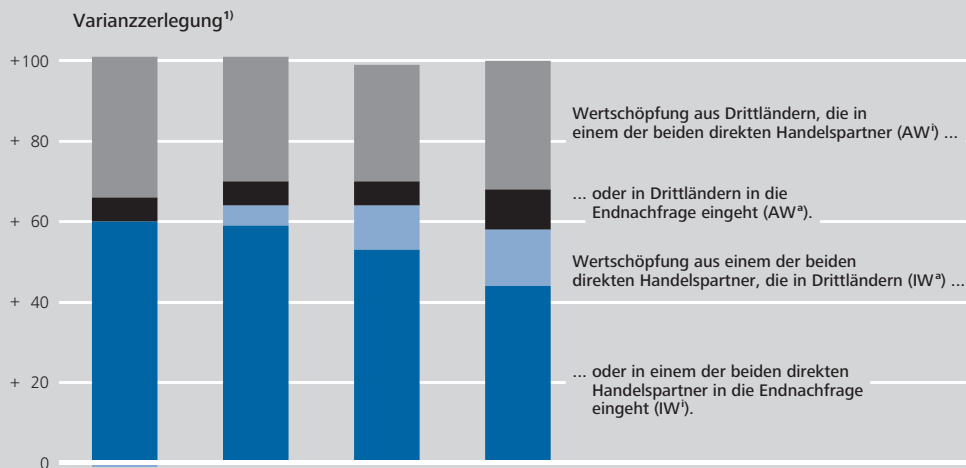
den globalen Input-Output-Tabellen von WIOD²⁾ könnten im Fall dieser Länder Drittlandernachfrageeffekte, die durch den Seehafen in Rotterdam beziehungsweise durch die Firmensitzwahl internationaler Konzerne (insbesondere aus dem Pharmabereich) bedingt sind und die deutschen Handelsdefizite mit beiden Ländern deutlich über die entsprechenden Wertschöpfungssalden drücken, eine Rolle spielen.

Der den Außenhandelsüberschuss übertreffende Wertschöpfungssaldo gegenüber den EWU-Partnerländern ist mit Blick auf die Zerlegung in Wertschöpfungs- und Nachfrageeffekte zum einen darauf zurückzuführen, dass die Teilnehmerstaaten des Währungsraumes deutsche Wertschöpfung nicht nur direkt, sondern auch über Drittstaaten einführen. Zum anderen importiert Deutschland Vorleistungen aus dem Euro-Raum, um die Endnachfrage in Nicht-EWU-Ländern zu befriedigen, sodass die für den Wertschöpfungssaldo tatsächlich relevante in Deutschland absorbierte Wertschöpfung der EWU-Partnerländer entsprechend geringer aus-

² WIOD steht für World Input-Output Database.

Zerlegung der bilateralen Außenhandelsbilanzen zwischen Ländern der EU

in % der Gesamtvarianz



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Angaben der WIOD. Waren- und Dienstleistungen ohne Reiseverkehr sowie internationale Transportmargen. ¹ Varianz der bilateralen Handelsbilanzsalden zwischen allen EU-Ländern ohne Kroatien, d.h. 27²-27=702 bilaterale Salden bzw. 351 Länderpaare.

Deutsche Bundesbank

fällt. Hierbei ist vor allem die Nachfrage in China, den USA sowie den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländern von Bedeutung.

Ein gegenüber dem Handelsüberschuss niedrigerer Saldo der Wertschöpfungsbilanz ergibt sich zwischen Deutschland und den Ländern außerhalb der EWU aus der Konsistenzanforderung, dass sich die Differenzen zwischen Handels- und Wertschöpfungssaldo in der Aufteilung nach EWU und Nicht-EWU rechnerisch aufheben müssen. Die Zerlegung der Außenhandelsposition zeigt, dass Deutschland ein beträchtliches

Volumen Wertschöpfung aus EWU-Ländern – vor allem den Niederlanden, Frankreich und Italien – in Drittstaaten exportiert. Dem wirkt entgegen, dass inländische Wertschöpfung in den deutschen Drittländerexporten teilweise im Euro-Raum – besonders in Frankreich, Italien und Österreich – absorbiert wird. Quantitativ überwiegt der erste Effekt.

Der Wertschöpfungssaldo Deutschlands mit den USA übertrifft den entsprechenden Handelsüberschuss und stellt somit eine gewisse Ausnahme dar. Dies ist darauf zurückzuführen, dass deutsche Wertschöpfung,

eingebettet beispielsweise in Flug- und Kraftfahrzeuge, oft nicht direkt aus Deutschland, sondern über andere Länder in die USA ausgeführt wird. Der deutsche Wertschöpfungssaldo mit dem Vereinigten Königreich hingegen liegt wie für die meisten Länder unter dem bilateralen Handelsüberschuss. Wertschöpfung aus Drittländern erhöht den deutschen Handelsüberschuss sowohl gegenüber den USA als auch gegenüber Großbritannien. Der Drittländernachfrageeffekt hat jedoch in beiden Fällen ein negatives Vorzeichen. Dies bedeutet, dass sich Deutschland für die mit den USA und Großbritannien gehandelten und in Drittländern endgültig verwendeten Vorleistungsgüter besonders auf nachgelagerte Produktionsschritte spezialisiert hat.

Internationale Tendenzen

Die Analyse einer größeren Länderstichprobe erlaubt es, die durchschnittliche quantitative Bedeutung abzuschätzen, die die einzelnen Komponenten der bilateralen Außenhandelsalden für internationale Handelsungleichgewichte haben. Eine Varianzzerlegung aller bilateralen Handelsalden zwischen den Ländern der EU zeigt, dass die Wertschöpfungsbilanzen mit den bilateralen Güterströmen immer weniger übereinstimmen. Der Beitrag der Wertschöpfung des direkten Handelspartners, die auch tatsächlich von einem der beiden Handelspartner endgültig verwendet wird (IW^i), verringerte sich von 60% im Mittel der Jahre 1995 bis 1999 auf 44% im Durchschnitt der Jahre 2010 und 2011. Auf ausländische Wertschöpfung, die von einem der beiden direkten Handelspartner absorbiert wird (AW^i), entfiel mit durchschnittlich 32% der Großteil des Restbetrages. Der Beitrag dieser Komponente hat sich im Untersuchungszeitraum nur wenig verändert. Eine ausgeprägte Dynamik lässt sich hingegen vor allem in der wachsenden Bedeutung der Nachfrage in

Drittländern ($IW^a + AW^a$) verorten, deren Anteil von 5% (1995 bis 1999) auf 24% (2010 und 2011) anstieg. Davon gingen im Mittel der Jahre 2010 und 2011 19 Prozentpunkte auf die Nachfrage in Ländern außerhalb der EU zurück. Dies bedeutet, dass die bilateralen Außenhandelspositionen zwischen Ländern der EU aufgrund der Nachfrage in Nicht-EU-Ländern in der Regel betragsmäßig etwas größer ausfallen als die entsprechenden Salden auf Wertschöpfungsbasis.

Die wachsende Bedeutung des Drittländernachfrageeffekts kann auf Veränderungen der Endnachfrage von Drittländern, der zunehmenden Arbeitsteilung im Rahmen internationaler Produktionsverbünde sowie des Wertschöpfungsgehalts einzelner Sektoren zurückgehen. Eine strukturelle Zerlegungsanalyse deutet darauf hin, dass Veränderungen im Niveau und in der Struktur der Endnachfrage ein gutes Drittel des Zuwachses ausmachten. Der größte Beitrag von 14 Prozentpunkten zum Anstieg des Drittländernachfrageeffekts ergab sich durch die intensivierte Produktionsteilung innerhalb der EU. Exemplarisch für diese Entwicklung sind die zunehmend engeren wechselseitigen Handelsbeziehungen Deutschlands mit den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländern. So legte sowohl der Wertschöpfungsanteil dieser Ländergruppe in deutschen Exporten (1995: ½%, 2008: 2%) als auch der Anteil deutscher Wertschöpfung in den Exporten mittel- und osteuropäischer EU-Länder deutlich zu (1995: 4½%; 2008: 6½%). Die Zunahme der innereuropäischen Handelsungleichgewichte der letzten Dekade geht somit nicht nur auf eine höhere Nachfrage in Europa nach europäischen Produkten, sondern ebenso auf die Wachstumsdynamik in Drittländern als auch auf die durch Marktkräfte getriebene Intensivierung internationaler Produktionsverflechtungen zurück.

ner zusammen) unterscheiden sich beide Konzepte lediglich durch die Reimporte inländischer Wertschöpfung, die typischerweise ein relativ geringes Ausmaß annehmen.

Unterschiede vor allem bei bilateralen Handelsbeziehungen

Von quantitativ größerer Bedeutung ist die Unterscheidung von Wertschöpfungsexport und Wertschöpfungsgehalt der Exporte jedoch im Rahmen von Untersuchungen bilateraler Außenhandelsbeziehungen. Das Regionalprofil der Wertschöpfungsexporte lässt sich interpretieren als länderspezifische Aufteilung der BIP-Wirkungen des Auslandsgeschäfts nach Maßgabe der endgültigen Verwendung in Form von Konsum und Investitionen. Die Gegenüberstellung des Wertschöpfungsgehalts bilateraler Handelsströme ermöglicht hingegen Rückschlüsse auf die tatsächlichen Ströme der in Gütern eingeschlossenen Wertschöpfung, von ihrer Schaffung bis zur endgültigen Verwendung. Hieraus lassen sich enge Bezüge zur relativen Position von Volkswirtschaften in internationalen Wertschöpfungsketten herstellen, indem die Anzahl der vorgelagerten Produktionsschritte mit jener der nachgelagerten Fertigungsstufen bis zur endgültigen Verwendung verglichen wird.⁹⁾ Weiterhin lassen sich effektive Zollquoten in internationalen Wertschöpfungsketten quantifizieren. Hierfür wird berücksichtigt, dass Zölle auf den Nominalwert von Gütern erhoben werden und Wertschöpfung aufgrund dessen durch mehrfache Grenzübertritte wiederholt tarifiert werden kann (Zollvergrößerungseffekt).¹⁰⁾

Außenhandels-salden versus Wertschöpfungssalden

Für die Bewertung der relativen Attraktivität der Fertigungsleistung, welche auf die primären Produktionsfaktoren entfällt, sind im Vergleich einzelner Länder beziehungsweise Ländergruppen miteinander Wertschöpfungssalden konzeptionell besser geeignet als Außenhandels-salden, die einen nicht zu vernachlässigenden Anteil an ausländischer Wertschöpfung enthalten. Analog zu den Wertschöpfungsexporten werden Wertschöpfungssalden über den Ursprung der Wertschöpfung sowie deren Absorption in der Endnachfrage im Ausland definiert. Die Gegenüberstellung der zwischen

zwei Ländern gehandelten Wertschöpfung kann erheblich von der Einnahmen-Ausgaben-Bilanz im grenzüberschreitenden Güterverkehr abweichen (vgl. Erläuterungen auf S. 35 ff.). In der Gesamtbetrachtung über alle Handelspartner ist der Wertschöpfungssaldo mit dem Außenhandelsaldo allerdings identisch. Dies ist darauf zurückzuführen, dass importierte Vorleistungen, die zur Herstellung von Exportgütern verwendet werden, sowohl einfuhr- als auch ausfuhrseitig in die Wertermittlung eingehen und sich deshalb mit Blick auf den Saldo aufheben.

Das Auslandsgeschäft in der Wertschöpfungsbetrachtung

Die Wertschöpfungsexporte Deutschlands beliefen sich im Mittel der Jahre 2010 und 2011 auf sieben Zehntel der Ausfuhrerlöse, nachdem es in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre noch beinahe vier Fünftel (genau 78%) gewesen waren. Der Rückgang belegt, dass die im Ausland bezogenen Vorleistungen eine deutlich größere Bedeutung für die inländische Erzeugung von Waren und Dienstleistungen bekommen haben. Die zunehmende Einbettung der deutschen Wirtschaft in die internationale Arbeitsteilung bedeutet zwar, dass von jedem im Auslandsgeschäft erlösten Euro gegenwärtig nur noch 70 Cent statt 78 Cent vor knapp 20 Jahren als Einkommen im Inland entstehen. Gleichzeitig ist der gegenwärtige Umfang der Ausfuhren nur bei einer intensiven Nutzung importierter Vorleistungen vorstellbar.

Der Wertschöpfungsgehalt der gesamten Exporterlöse lag im Mittel der Jahre 2010 und 2011 mit 73% leicht über der für die Wertschöpfungsexporte gemessenen Quote. Hierbei schlug sich reimportierte Wertschöpfung, die im Inland in den Endverbrauch einging (2 Pro-

Exporte mit rückläufigem Anteil an heimischer Wertschöpfung

Volkswirtschaften profitieren vom Exporterfolg ihrer Handelspartner

⁹ Vgl.: P. Antras, D. Chor, T. Fally und R. Hillberry (2012), Measuring the Upstreamness of Production, American Economic Review, Vol 102, No 3, S. 412–416.

¹⁰ Vgl.: OECD (2013), Interconnected Economies: Benefiting from Global Value Chains, OECD Publishing.

Zerlegung der deutschen Waren- und Dienstleistungsexporte^{*)}

in % der Exporte

Position	1995 bis 1999	2000 bis 2004	2005 bis 2009	2010 bis 2011
Inländischer Wertschöpfungsgehalt Wertschöpfungsexporte ¹⁾	82	78	74	73
beim direkten Handelspartner endgültig verwendet	78	75	71	70
exportiert in Fertigprodukten	63	59	54	54
exportiert in Vorleistungen	34	32	29	28
vom direkten Handelspartner zur endgültigen Verwendung in Drittländer exportiert	30	26	25	26
von Deutschland re-importiert	15	16	17	16
zur endgültigen Verwendung in Deutschland	3	3	3	3
Ausländischer Wertschöpfungsgehalt in Fertigprodukten	3	2	2	2
in Vorleistungen	18	22	26	27
Doppelzahlungen in Vorleistungsexporten	8	10	11	11
	6	7	8	9
	4	5	7	7

* Ohne Reiseverkehr und internationale Transportmargen. Eigene Berechnungen auf Basis der Daten von WIOD (www.wiod.org). Zerlegung der Exporte gemäß Koopman, Wang und Wei (2014). ¹⁾ Inländischer Wertschöpfungsgehalt, der im Ausland endgültig verwendet wird ohne Doppelzahlungen. Unterteilung der Wertschöpfungsexporte gemäß Nagengast und Stehrer (2014).

Deutsche Bundesbank

zentpunkte) beziehungsweise wieder reexportiert wurde – in der Literatur als Doppelzählung bezeichnet – (1 Prozentpunkt) nieder. Der verbleibende Anteil von 27% entfiel auf ausländische Wertschöpfung, die in Gütern enthalten ist, welche im Inland produziert und anschließend exportiert werden. Davon stammte knapp ein Drittel aus Ländern des Euro-Raums. Der deutsche Exporterfolg kam somit auch Ländern mit vorgelagerten Arbeitsschritten in internationalen Wertschöpfungsketten zugute; rein rechnerisch erhöhte sich deren BIP im Durchschnitt um 20 Cent für jeden von deutschen Exporteuren erlösten Euro.¹¹⁾ Umgekehrt profitierte Deutschland aber auch von der Nachfrage nach ausländischen Produkten, da deutsche Firmen teilweise als Zwischenglied in internationalen Wertschöpfungsketten fungieren. Knapp ein Viertel der deutschen Wertschöpfungsexporte wurde nicht von Deutschlands direkten Handelspartnern absorbiert, sondern überquerte noch mindestens eine weitere internationale Grenze, bevor es zum Endnachfrager gelangte.

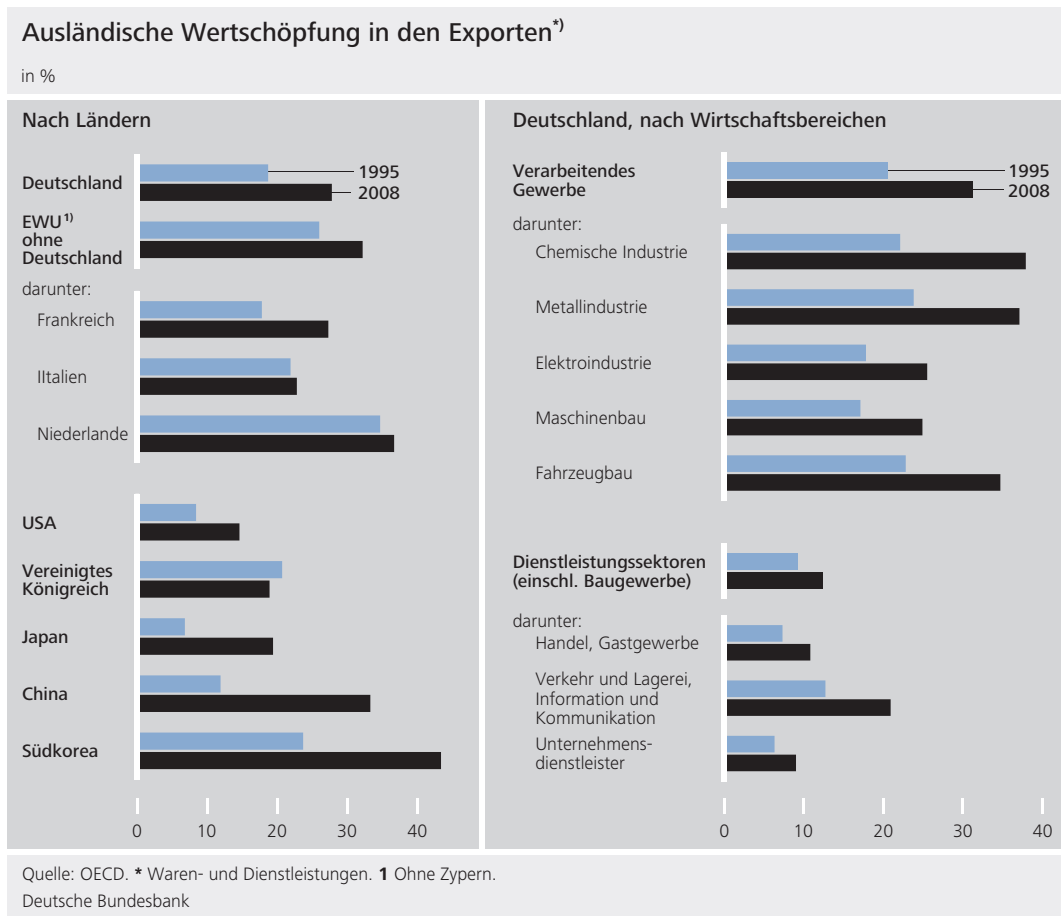
land) verringerte sich der inländische Wertschöpfungsanteil von einem bereits niedrigen Niveau im Jahr 1995 noch einmal um 6 Prozentpunkte auf 68% im Jahr 2008, was die enge Arbeitsteilung im europäischen Produktionsverbund widerspiegelt. In Asien war der Internationalisierungsprozess in der letzte Dekade besonders dynamisch. So stieg beispielsweise der Anteil ausländischer Wertschöpfung in chinesischen Exporterzeugnissen zwischen 1995 und 2008 um mehr als 20 Prozentpunkte auf ein Drittel. Davon entfiel mehr als ein Prozentpunkt auf die Zunahme deutscher Wertschöpfung. Das unterstreicht die wachsende Bedeutung Chinas als Produktionsstandort deutscher Firmen, wobei häufig hochwertige Vorleistungsgüter aus Deutschland von den ortsansässigen Tochterunternehmen importiert werden.¹²⁾ Im Vergleich zu anderen Industrienationen ist die Vernetzung der deutschen Wirtschaft relativ stark ausgeprägt. Die USA, Japan und Großbritannien beispielsweise wiesen im Jahr 2008 einen deutlich niedrigeren ausländischen Wert-

Intensivierte grenzüberschreitende Arbeitsteilung reduziert inländischen Wertschöpfungsgehalt

Der Rückgang des inländischen Wertschöpfungsgehalts der Exporte ist ein globales Phänomen, das die Spezialisierung von Volkswirtschaften auf Produktionsschritte reflektiert, die besonders im Einklang mit der inländischen Faktorausstattung und den eigenen komparativen Vorteilen stehen. Im Euro-Raum (ohne Deutsch-

¹¹ Obwohl ausländische Wertschöpfung im Mittel der Jahre 2010 und 2011 27% der deutschen Exporterlöse ausmachte, lag der für das BIP des Auslands relevante Anteil aufgrund von Doppelzahlungen in Vorleistungsexporten lediglich bei 20%. Vgl.: R. Koopman et al. (2014), a. a. O.

¹² Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zu den Ursachen für die jüngste Schwäche der deutschen Warenexporte nach China, November 2013, S. 50–52.



schöpfungsanteil der Exporte als Deutschland auf.

Verschiebungen in den Gewichten der deutschen Handelspartner

In der bilateralen Betrachtung des deutschen Außenhandels zeigt sich ein deutlicher Einfluss der Distanz auf die Ausprägung von internationalen Wertschöpfungsketten, da Vorleistungsgüterhandel mit benachbarten Staaten aufgrund von geringen Transportkosten besonders attraktiv ist. Wegen des hohen Gehalts importierter Vorleistungen in den Ausfuhren fällt der nationale Wertschöpfungsanteil der Güterströme besonders zwischen geografisch nahen Handelspartnern der Tendenz nach eher gering aus. Insgesamt kommt es zu Verschiebungen in den Gewichten der deutschen Handelspartner, wenn statt der Waren- und Dienstleistungserlöse die entsprechenden Wertschöpfungsströme betrachtet werden. Die EWU-Länder verlieren in Wertschöpfungsbetrachtung sowohl auf der Export- als auch auf der Importseite merklich an Bedeutung. Die USA hingegen überholen Frankreich als Deutschlands wichtig-

ten Handelspartner. Ebenso gewinnen sowohl Japan als auch China auf Wertschöpfungsbasis leicht an Gewicht. Für die Einschätzung der Konsequenzen realwirtschaftlicher Schocks im Ausland auf die deutsche Volkswirtschaft sind prinzipiell wertschöpfungs-basierte Handelsgewichte zu bevorzugen, da diese die Endnachfrage nach deutscher Wirtschaftsleistung besser abbilden.

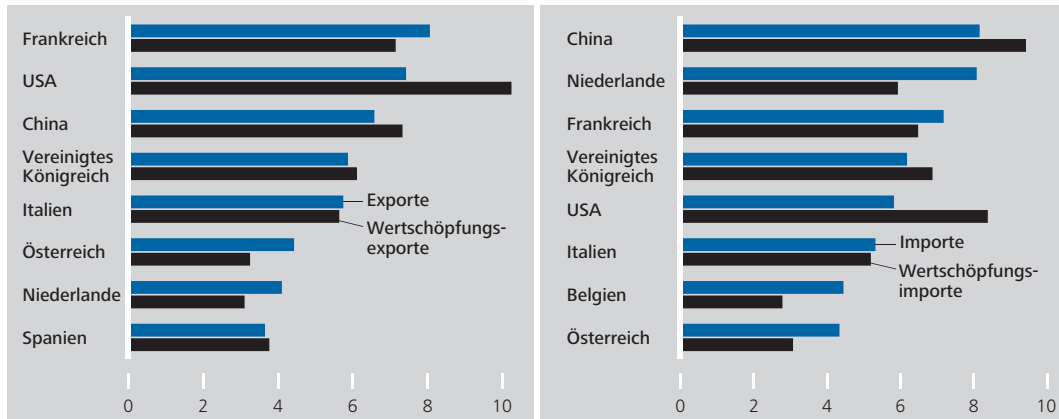
Sektorale und güterspezifische Ausfuhrtenendenzen

Die realwirtschaftlichen Globalisierungstendenzen haben mit der Auslandsverlagerung des Güterabsatzes eine nachfrageseitige und mit der Aufspaltung von Wertschöpfungsketten eine angebotsseitige Komponente. Während der Anstieg des grenzüberschreitenden Warenhandels auf beiden Komponenten beruht, läuft der zunehmende internationale Austausch von

Direkte Dienstleistungsexporte nicht an Bedeutung gewonnen

Länderanteile im deutschen Außen- und Wertschöpfungshandel

in % der Gesamtsumme



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Angaben der WIOD. Waren- und Dienstleistungen ohne Reiseverkehr sowie internationale Transportmargen. Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2011.

Deutsche Bundesbank

Dienstleistungen vornehmlich über die zweite Schiene. Das Gewicht der Dienstleistungen an den weltweit gehandelten Gütern verharrte während der letzten 20 Jahre unverändert bei einem Fünftel. Selbst unter fortgeschrittenen Volkswirtschaften wie dem Euro-Raum ist der Anteil grenzüberschreitender Dienstleistungsströme anteilmäßig nur wenig gestiegen. Dementsprechend ist es auch nicht erstaunlich, dass es seit Mitte der neunziger Jahre bei den Güterexporten der deutschen Wirtschaft zu keinen nennenswerten Verschiebungen zwischen Waren und Dienstleistungen gekommen ist.

Auslandsgeschäft im Verarbeitenden Gewerbe von großer Bedeutung

Im deutschen Exportgeschäft entfallen 85% der Erlöse – und damit spürbar mehr als im internationalen Mittel – auf Warenlieferungen. Dies hängt zum Großteil mit der soliden industriellen Basis hierzulande und deren Exportstärke zusammen. So entfällt im Verarbeitenden Gewerbe deutlich mehr als ein Drittel der Umsätze auf das Auslandsgeschäft. Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes steht der Fahrzeugbau mit einem Anteil von drei Fünfteln an der Spitze. Dahinter rangieren der Maschinenbau, die Chemieproduzenten und die Elektroindustrie mit Anteilen zwischen 40% und 50%. Außerhalb der Industrie kommen lediglich der Verkehrssektor mit einem Viertel und die Handelsbranchen mit einem Achtel auf zweistellige Exportquoten. In den anderen Wirtschaftsberei-

chen spielen grenzüberschreitende Absatzbeziehungen hingegen keine nennenswerte Rolle. Mit Ausnahme der nach wie vor auf die Inlandsmärkte bezogenen Bau- und Energiewirtschaft handelt es sich dabei um Dienstleistungsbranchen, deren Leistungen entweder gar nicht handelbar sind oder teilweise auch aufgrund sprachlicher Hindernisse und länderspezifischer Anforderungen nur eingeschränkt direkt grenzüberschreitend angeboten werden können.

Demgegenüber hat der in den Warenexporten enthaltene Dienstleistungsanteil an Gewicht gewonnen. Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt lag er im Jahr 2008 mit 45% um 6 Prozentpunkte höher als 1995. Im Verarbeitenden Gewerbe belief er sich auf 35%, nach 29%, und im Fahrzeugbau waren es sogar knapp 40%, nach 27% im Jahr 1995. In den meisten anderen Industrienationen sind ähnliche Tendenzen zu erkennen. Der steigende Wertschöpfungsanteil der Dienstleistungen an den Exporten impliziert, dass die Qualität inländischer Dienste und die Kosten ihrer Bereitstellung als Komponenten der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften immer wichtiger werden.

Dienstleistungswertschöpfung häufig in Waren eingebettet exportiert

Die Betrachtung des Wertschöpfungsgehalts im Außenhandel legt außerdem offen, dass in den

Ausprägung internationaler Wertschöpfungsketten wichtiger Faktor

Exporten des Verarbeitenden Gewerbes der Anteil ausländischer Wertschöpfung inzwischen teils mehr als ein Drittel erreicht. Vor allem in der Chemie- und Metallindustrie sowie im Fahrzeugbau ist er seit dem Jahr 1995 stark gestiegen. Mehr als die Hälfte der importierten Vorleistungsgüter des Verarbeitenden Gewerbes wurde im Jahr 2008 für den Endverbrauch im Ausland wieder ausgeführt.

Wertschöpfungsketten der deutschen Industrie von Kapitalintensivierung und Bedeutungsgewinn hochqualifizierter Arbeit geprägt

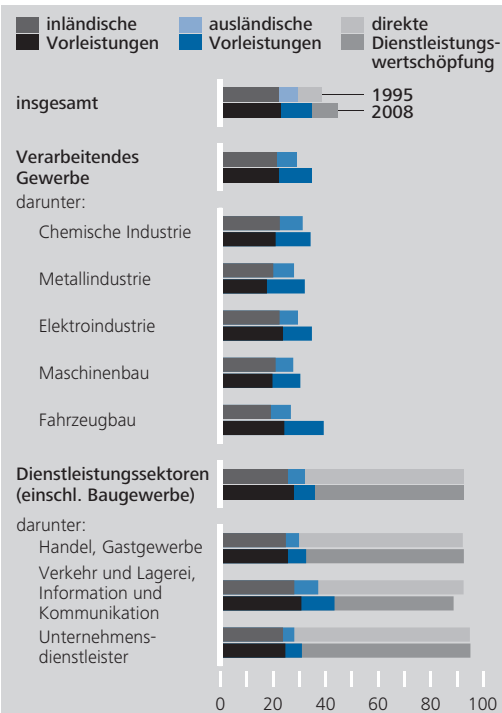
Wird auf die Beiträge der primären Produktionsfaktoren in den Wertschöpfungsketten abgestellt, so zeigt sich für die deutsche Industrie im Zeitraum von 1995 bis 2008 eine vergleichsweise kräftige Kapitalintensivierung. Sie geht über das für andere fortgeschrittene Volkswirtschaften beobachtbare Ausmaß zum Teil deutlich hinaus. Dabei handelt es sich um den Anteil der industriellen Wertschöpfung, der auf in Deutschland installierte Anlagen – unabhängig von der Produktionsstufe und damit der sektoralen Zugehörigkeit – rechnerisch zurückgeführt werden kann. Darüber hinaus dürfte bei vielen Produkten der deutschen Industrie auch der Beitrag des Faktors Kapital im ausländischen Wertschöpfungsanteil gestiegen sein. Im Fall der Erzeugnisse hiesiger Automobilhersteller handelt es sich beim Aufbau von Produktionskapazitäten außerhalb Deutschlands sogar um den expansivsten Posten. Offenbar spielen Auslandsinvestitionen für die Schaffung konkurrenzfähiger Produkte und zur Festigung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit eine wichtige Rolle. Der Beitrag hochqualifizierter Tätigkeiten hat in den Wertschöpfungsketten der deutschen Industrie zwar zugenommen. Vor allem gegenüber den anderen großen europäischen Staaten, aber auch im Vergleich zu den USA und Kanada, blieb die Dynamik hierzulande gleichwohl zurück.¹³⁾

■ Fazit

Die Analyse der Außenhandelsströme hat durch die Betrachtung des Leistungsbilanzsaldos im Rahmen makroökonomischer Ungleichgewichtsverfahren an wirtschaftspolitischer Be-

Dienstleistungswertschöpfung in den deutschen Exporten¹⁾

in % der Exporte



Quelle: OECD. * Waren- und Dienstleistungen.
 Deutsche Bundesbank

deutung gewonnen. Unausgewogene Positionen im grenzüberschreitenden Handel werden unter dem Gesichtspunkt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit diskutiert. In diesem Zusammenhang ist aber aus konzeptioneller Sicht häufig nicht die Betrachtung der Aus- und Einfuhrerlöse, sondern der Wertschöpfungsströme angezeigt. In der Gesamtschau auf alle Handelspartner sind die Rechenergebnisse identisch. Je stärker allerdings auf Länderebene disaggregiert wird, umso größer können die Unterschiede werden. Hintergrund sind die angebots- und nachfrageseitigen Einflüsse durch Handelsbeziehungen mit Drittländern. Blickt man auf die Aufteilung des deutschen Auslandsgeschäfts nach EWU und Nicht-EWU, so weichen Handels- und Wertschöpfungsbilanz nicht markant voneinander ab. Insbesondere die Tendenzen sind weitgehend einheitlich. Mithin dürfte sich der Wertschöpfungsüberhang Deutschlands mit den EWU-Partnerstaa-

Bilaterale Handelsströme sind auch mit Blick auf die darin enthaltene Wertschöpfung zu analysieren

¹³ Vgl.: M. P. Timmer et al. (2014), a. a. O.

ten ähnlich wie der Außenhandelsaldo seit 2007 beträchtlich verringert haben, wohingegen der Überschuss gegenüber dem Nicht-EWU-Bereich in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen ist.¹⁴⁾

*Bilaterale
Außenhandels-
ungleich-
gewichte keine
Besonderheit*

Im grenzüberschreitenden Handel mit Waren und Dienstleistungen sind Ungleichgewichte zwischen einzelnen Ländern oder Regionen keine Besonderheit. Sie reflektieren in der Regel die globalen Nachfragetendenzen vor dem Hintergrund der internationalen Arbeitsteilung, die sich an den relativen Vorteilen der in die Weltwirtschaft eingebundenen Volkswirtschaften ausrichtet. Überschüsse sind insoweit als das Ergebnis einer erarbeiteten Marktstellung und günstiger Rahmenbedingungen zu interpretieren. Für die globalisierten Wirtschaftsbeziehungen ist ein schneller Wandel charakteristisch. Dies erleichtert für sich genommen die Korrektur unausgeglichener Handelspositionen – vorausgesetzt, die zurückgefallenen Volkswirtschaften verstärken ihre Anpassungsbemühungen und die endogenen Marktkräfte können ihre ausgleichende Wirkung entfalten.

Die Auslandsnachfrage ist für die deutsche Volkswirtschaft, deren angebots- und nachfrage-seitigen Potenziale durch demografische Belastungen zunehmend beeinträchtigt werden, von zentraler Bedeutung für Wachstum und Wohlstand. Die Exporterfolge der vergangenen Jahre sind Indiz dafür, dass die deutschen Unternehmen insgesamt richtige Weichenstellungen vorgenommen haben, um auf den Weltmärkten zu bestehen. In diesem Zusammenhang spielen der Bezug importierter Vorleistungen aus dem Ausland ebenso wie die Auslagerung von Produktionsschritten und Kooperationen mit ausländischen Partnerfirmen eine wichtige Rolle. Gerade innerhalb Europas bildeten sich enge Produktionsverbände und vernetzte Wertschöpfungsketten heraus. Dadurch kommt der deutschen Wirtschaft auch eine wichtige Funktion bei der Übertragung internationaler Konjunkturimpulse auf das europäische Umfeld zu.

*Deutschland
überträgt
internationale
Nachfrage-
impulse für
Europa*

¹⁴ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2013, Monatsbericht, März 2014, S. 37–53.

Der Start in die Bankenunion – Der einheitliche Aufsichtsmechanismus in Europa

Am 4. November 2014 nimmt der einheitliche europäische Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism: SSM) für Banken seine Arbeit auf. Während die Bankenregulierung, das heißt die Entwicklung verbindlicher Vorschriften für das Verhalten der Kreditinstitute, insbesondere auf EU-Ebene schon seit längerem intensiv harmonisiert wurde, ist der einheitliche Aufsichtsmechanismus der erste bedeutende Schritt zu einer stärkeren Vergemeinschaftung der Aufsichtspraxis in Europa, das heißt der Anwendung und Überwachung dieser Vorschriften in den konkreten Einzelfällen. Künftig wird die Europäische Zentralbank (EZB) eine zentrale Funktion in der Aufsicht über die Banken des Euro-Raums (sowie etwaiger EU-Mitgliedstaaten außerhalb des Euro-Raums, die sich zu einem freiwilligen Beitritt entscheiden) übernehmen und dabei mit den nationalen Aufsichtsbehörden eng zusammenarbeiten.

Die Rechtsgrundlagen für den SSM, die die Zuständigkeiten und die Aufgabenverteilung zwischen der EZB und den nationalen Aufsichtsbehörden regeln, wurden bereits im Jahr 2013 beschlossen und gelangen nunmehr, nach Ablauf einer einjährigen Übergangsfrist, zur Anwendung. Die EZB ist künftig im Hinblick auf die 120 bedeutenden, größeren Banken beziehungsweise Bankengruppen unter enger Einbindung der nationalen Behörden direkt für die Beaufsichtigung zuständig. Eine wesentliche Rolle für die Beaufsichtigung von bedeutenden Banken werden gemeinsame Aufsichtsteams spielen, die aus Mitarbeitern der nationalen Behörden und der EZB bestehen und von der EZB geleitet werden. Die mittelgroßen und kleinen Institute unterliegen hingegen wie bislang der direkten Aufsicht der nationalen Bankenaufsichter, jedoch kann auch für diese Institute die EZB bestimmte Rahmenbedingungen vorgeben beziehungsweise unter Umständen direkt in die Aufsicht eingreifen. Der SSM hat den Charakter eines Netzwerks, in dem nationale Behörden und EZB unter Leitung der EZB kooperieren.

Der SSM bildet einen Teil des Gesamtprojekts Bankenunion, das im nächsten Schritt ab dem Jahr 2016 einen gemeinsamen europäischen Abwicklungsmechanismus für Kreditinstitute vorsieht. Eine wichtige Voraussetzung für einen erfolgreichen Start in eine Bankenunion sind gesunde und stabile Banken. Um dies sicherzustellen, müssen sämtliche jetzt bestehenden Lasten und Schwachstellen der Banken rechtzeitig identifiziert und noch vor Übergang der Verantwortung auf die europäische Ebene bereinigt werden. Da diese „Altlasten“ unter der Aufsicht der bislang zuständigen nationalen Behörden entstanden sind, liegt deren Beseitigung dem Prinzip des Gleichlaufs von Haftung und Kontrolle folgend auch noch in der Verantwortlichkeit der jeweiligen Nationalstaaten.

Zu diesem Zweck wurden die größten Banken des Euro-Raums in den letzten Monaten einer umfassenden Überprüfung (Comprehensive Assessment) unterzogen. Neben der Prüfung einer Auswahl der bestehenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen der Banken (Asset Quality Review), wurden Stresstests durchgeführt, bei denen mögliche Krisenszenarien simuliert und die sich daraus ergebenden Auswirkungen auf die Institute abgeschätzt wurden. Die Ergebnisse werden am 26. Oktober 2014, also gut eine Woche vor Übernahme der Aufsicht durch die EZB, veröffentlicht.

Motivation zur Schaffung des einheitlichen Aufsichtsmechanismus

Einheitlicher europäischer Aufsichtsmechanismus wurde in gut zwei Jahren auf die Beine gestellt

Am 29. Juni 2012 einigten sich die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten grundsätzlich darauf, eine zentrale Bankenaufsicht bei der EZB für diejenigen Mitgliedstaaten einzurichten, deren Währung der Euro ist.¹⁾ Knapp zweieinhalb Jahre später wird der Plan, der einem „organisatorischen Kraftakt“ gleicht, nun Realität: Am 4. November 2014 wird die EZB die Aufsicht über die Banken des Euro-Raums übernehmen. Damit wird sich die bisherige Aufsichtspraxis in Europa sowohl in institutioneller als auch in organisatorischer Hinsicht grundlegend verändern.

Enge Verknüpfung zwischen Banken und Staatshaushalten soll reduziert werden

Der SSM soll auch dazu beitragen den „Teufelskreis“ zwischen Banken und Staatshaushalten zu durchbrechen, der in der Krise eine große Rolle gespielt hat. Die zur Rettung oder Unterstützung von Banken eingesetzten öffentlichen Mittel haben die Staatshaushalte teilweise erheblich belastet. Unsolide Staatsfinanzen wirkten sich wiederum negativ auf die Banken aus, zum Beispiel wenn diese Staatspapiere in ihren Bilanzen hielten. Die zuvor rein national organisierte Bankenaufsicht wird durch den SSM nun auf eine europäische Ebene gehoben, was auch die Gefahr einer von nationalen Interessen geprägten Bankenaufsicht mit möglicherweise nicht angemessener Rücksichtnahme (sog. „home bias“) vermindert.

Als länderübergreifende Aufsicht schafft SSM umfangreiche Informationsgrundlage für die Aufseher

Der Schritt zu einer stärkeren Vergemeinschaftung der Bankenaufsicht durch den SSM folgt zudem den in einem hohen Maße integrierten und finanziell verflochtenen europäischen Finanzmärkten. Durch länderübergreifende Informationen und Quervergleiche sollen auch Risiken, die vom Bankensystem ausgehen oder dieses bedrohen, besser und früher erkannt werden. Der SSM eröffnet den Aufsehern darüber hinaus gänzlich neue Möglichkeiten im Rahmen ihrer bankaufsichtlichen Tätigkeit. Der Austausch und die Zusammenarbeit über nationale Grenzen hinweg können im Idealfall die

sich in den nationalen Aufsichtssystemen der SSM-Länder bewährten und etablierten Verfahren und Arbeitsweisen zusammenführen und in den institutionellen Gesamtrahmen des SSM überführen. Dieser soll letztlich die Widerstandsfähigkeit des Bankensystems stärken und die wirtschaftliche Stabilität im Euro-Raum sichern.²⁾

Strukturen des SSM

Geltungsbereich des SSM

Am 3. November 2013 ist die Verordnung zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank in Kraft getreten (SSM-Verordnung).³⁾ Sie errichtet den SSM, durch den der EZB mit Wirkung vom 4. November 2014 weitreichende Kompetenzen im Bereich der Bankenaufsicht übertragen werden. Diese Kompetenzen erstrecken sich auf alle Banken, die das Kredit- und Einlagengeschäft betreiben und somit dem europarechtlichen Begriff eines Einlagenkreditinstituts entsprechen. Ebenso erfasst werden die in den aufsichtlichen Konsolidierungskreis einbezogenen Muttergesellschaften von Kreditinstituten, einschließlich der Finanzholdinggesellschaften und der gemischten Finanzholdinggesellschaften. Die Bereiche der Bankenaufsicht, die sich auf den Verbraucherschutz und die Verhinderung von Geld-

SSM als Aufsichtsmechanismus für die Einlagenkreditinstitute des Euro-Raums

¹ Zum 1. Januar 2015 wird Litauen als 19. Land in der EU den Euro einführen und somit auch Mitglied des einheitlichen europäischen Aufsichtsmechanismus werden.

² Vgl. zu den Zielen des SSM auch: Die Bankenunion – eine europäische Perspektive: Gründe, Chancen und Herausforderungen; Rede von Yves Mersch, Mitglied des Direktoriums der EZB im Rahmen des Kolloquiums „Auf dem Weg zu mehr Stabilität – Ein Dialog über die Ausgestaltung der Bankenunion zwischen Wissenschaft und Praxis“, Berlin, 5. April 2013 – abrufbar unter www.ecb.europa.eu/press/key/date/2013/html/sp130405.de.html sowie Deutsche Bundesbank, Fortschritte auf dem Weg zur europäischen Bankenunion, Geschäftsbericht 2013, S. 23 ff. – abrufbar unter www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/Geschaeftsberichte/2013_geschaeftsbericht.pdf?_blob=publicationFile

³ Verordnung (EU) Nr. 1024/2013 des Rates vom 15. Oktober 2013 zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank.

wäsche und Terrorismusfinanzierung beziehen, werden nicht auf die EZB übertragen. Sie verbleiben komplett bei den nationalen Aufsichtsbehörden. In diesen Bereichen soll die EZB jedoch, soweit angemessen, uneingeschränkt mit den nationalen Behörden zusammenarbeiten, um den Verbraucherschutz und die Bekämpfung der Geldwäsche sicherzustellen.

Opt-in-Möglichkeit für Nicht-Euro-Mitgliedstaaten der EU

Geografisch werden zunächst nur diejenigen EU-Mitgliedstaaten erfasst, deren Währung der Euro ist. Mitgliedstaaten, deren Währung nicht der Euro ist, können dem SSM im Rahmen einer engen Zusammenarbeit freiwillig beitreten (sog. Opt-in). Inwieweit die Nicht-Euro-Länder von dieser Möglichkeit Gebrauch machen werden, wird erst die Zukunft zeigen.

Bedeutende und weniger bedeutende Institute

Grundlegende Differenzierung zwischen bedeutenden und weniger bedeutenden Instituten

Obwohl die SSM-Verordnung der EZB die aufsichtliche Verantwortung für alle Banken im Geltungsbereich des SSM überträgt, wird die EZB die direkte Aufsicht nur über die als bedeutend eingestuftes Institute übernehmen. Hinsichtlich der als weniger bedeutend eingestuftes Institute bleibt ein Großteil der aufsichtlichen Entscheidungsbefugnisse zunächst bei den nationalen Aufsichtsbehörden (National Competent Authorities: NCA). Darüber hinaus gibt es auch gemeinsame Aufsichtsverfahren,⁴ die unabhängig sind von der Einstufung als bedeutendes oder weniger bedeutendes Institut.

Kriterien für die Abgrenzung der bedeutenden und weniger bedeutenden Institute

Für die Einstufung eines Institutes als bedeutend oder weniger bedeutend gibt Artikel 6 der SSM-Verordnung folgende Kriterien vor: Größe, Relevanz für die Wirtschaft der Europäischen Union oder eines teilnehmenden Mitgliedstaates und Bedeutung der grenzüberschreitenden Tätigkeiten.

Bedeutend gemessen an der Größe und der Relevanz für die Wirtschaft sind danach zunächst Institute beziehungsweise Institutsgruppen, deren Gesamtwert der Aktiva 30 Mrd €

beziehungsweise 20% des nationalen Bruttoinlandsproduktes übersteigt, sofern der Gesamtwert der Aktiva nicht unter 5 Mrd € liegt. Es können auch solche Banken diskretionär für bedeutend erklärt werden, die aus Sicht der NCA und nach Bestätigung durch die EZB als bedeutend für die betreffende Volkswirtschaft eingestuft werden. Die Feststellung erfolgt immer auf der obersten für Aufsichtszwecke gebildeten Konsolidierungsebene. Konkretisiert wird die angewandte Methode zur Feststellung der Bedeutung durch die am 25. April 2014 von der EZB veröffentlichte SSM-Rahmenverordnung.⁵

Ferner kann die EZB ein Institut als bedeutend betrachten, wenn es Tochterbanken in mehr als einem teilnehmenden Mitgliedstaat errichtet hat und seine grenzüberschreitenden Aktiva oder Passiva einen wesentlichen Teil seiner gesamten Aktiva beziehungsweise Passiva darstellen. Die SSM-Rahmenverordnung konkretisiert das Kriterium dahingehend, dass eine grenzüberschreitende Tätigkeit nur dann als bedeutend angesehen werden kann, wenn der Anteil der grenzüberschreitenden Aktiva an den gesamten Aktiva 20% übersteigt beziehungsweise der Anteil der grenzüberschreitenden Passiva 20% der gesamten Passiva übersteigt. Grenzüberschreitend bedeutet, dass die Gegenpartei ein Kreditinstitut oder eine andere juristische Person ist, die in einem anderen teilnehmenden Mitgliedstaat als demjenigen Mitgliedstaat ansässig ist, in dem das Mutterunternehmen der betreffenden beaufsichtigten Gruppe seinen Hauptsitz hat.

Darüber hinaus werden Institute als bedeutend eingestuft, die direkte öffentliche Unterstützung durch die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (European Financial Stability Facility)

⁴ Zu den gemeinsamen Aufsichtsverfahren siehe auch S. 59 ff.

⁵ Verordnung der Europäischen Zentralbank vom 16. April 2014 zur Einrichtung eines Rahmenwerks für die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Zentralbank und den nationalen zuständigen Behörden und den nationalen benannten Behörden innerhalb des einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM-Rahmenverordnung) (EZB/2014/17).

ity: EFSF) oder den Europäischen Stabilitätsmechanismus (European Stability Mechanism: ESM) beantragt oder entgegengenommen haben. Ebenso gelten die drei bedeutendsten Institute in jedem Mitgliedstaat als bedeutend. Da es der EZB obliegt, einheitlich hohe Aufsichtsstandards sicherzustellen, kann sie nach Konsultation der jeweiligen NCA ein Institut beziehungsweise eine Institutsgruppe auch auf eigene Initiative als bedeutend erachten. Bedingung ist, dass die EZB es für notwendig erachtet, die direkte Aufsicht zu übernehmen, um das Ziel einheitlich hoher Aufsichtsstandards zu erreichen.

Einstufung als bedeutend wirkt sich auf die gesamte Gruppe aus

Die genannten Kriterien sind alternativ zu betrachten, sodass es auch ausreicht, wenn nur eine der genannten Voraussetzungen erfüllt ist, um das betreffende Institut als bedeutend einzustufen. Die Beurteilung auf der obersten Konsolidierungsebene führt dazu, dass auch gruppenangehörige Institute als bedeutend betrachtet werden, die für sich genommen nicht die Kriterien zur Feststellung der Bedeutung erfüllen.

Erfüllt ein Institut die Kriterien für die Einstufung als bedeutend, so können gemäß Artikel 6 Absatz 4 SSM-Verordnung „besondere Umstände“ dazu führen, dass das Institut diskretionär dennoch als weniger bedeutend eingestuft wird und nicht der direkten Aufsicht der EZB unterliegt. Nach der SSM-Rahmenverordnung liegen „besondere Umstände“ vor, wenn aufgrund spezifischer und tatsächlicher Gegebenheiten die Einstufung eines Unternehmens als bedeutend unangemessen ist. Diese Rückausnahme sollte jedoch nur im Rahmen einer Entscheidung auf Einzelfallbasis und bei enger Auslegung des Begriffs „besondere Umstände“ angewandt werden. Sie soll inkonsistente Ergebnisse bei der Feststellung der Bedeutung eines Instituts im Hinblick auf die Ziele des SSM vermeiden. Angewendet wurde diese Regelung in Deutschland bei der Wüstenrot-Gruppe, die zwar die Kriterien für ein bedeutendes Institut erfüllt, bei der aber die Gruppenstruktur (Bankengruppe mit einem Rückversicherungsunternehmen an der Spitze) eine direkte Aufsicht durch die EZB für ungeeignet erscheinen ließ.

Beginn und Ende der Aufsicht durch die EZB

Die EZB legt in einem Beschluss den Tag fest, an dem sie die direkte Aufsicht über ein Institut oder eine Institutsgruppe übernimmt. Dieser Beschluss wird dem Institut mindestens einen Monat vor dem Tag bekannt gegeben, an dem die EZB die direkte Aufsicht übernimmt. Außerdem wird dem betroffenen Institut Gelegenheit gegeben, sich vor Erlass eines solchen Beschlusses schriftlich zu äußern.

Über die Einstufung als bedeutendes Institut entscheidet die EZB in Form eines Beschlusses

Grundsätzlich überprüft die EZB jährlich die Einstufung eines Instituts als bedeutend. Sofern ein Institut in drei aufeinander folgenden Jahren keines der Kriterien zur Feststellung der Bedeutung erfüllt, endet die direkte Aufsicht durch die EZB. In einem solchen Fall erlässt die EZB erneut einen Beschluss für das betroffene Institut, in dem der Tag festgelegt wird, an dem die direkte Beaufsichtigung durch die EZB endet. Auch hier gilt, dass der Beschluss mindestens einen Monat vor Ende der Aufsicht durch die EZB erlassen werden muss und das Institut zuvor Gelegenheit haben muss, eine Stellungnahme abzugeben.

Die EZB veröffentlicht eine Liste mit den Namen aller Institute und Gruppen, die von der EZB beaufsichtigt werden.⁶⁾ Diese Liste wird regelmäßig von der EZB aktualisiert und gibt auch Auskunft darüber, welches der Kriterien dazu geführt hat, das jeweilige Institut beziehungsweise die Gruppe als bedeutend einzustufen. Danach übernimmt die EZB ab dem 4. November 2014 die direkte Aufsicht über 120 Bankengruppen⁷⁾ im Euro-Raum, die fast 85% der Bilanzsummen aller Banken des Euro-Raums repräsentieren. In Deutschland wird die EZB die direkte Aufsicht über 21 Gruppen übernehmen.

⁶ Die für den Start des SSM zum 4. November 2014 geltende Liste ist abrufbar unter www.ecb.europa.eu/pub/pdf/other/ssm-listofsupervisedentities1409de.pdf?acb6610cecc0e97103dd16a8b200a5bc

⁷ In manchen Fällen handelt es sich dabei auch um Kreditinstitute oder Tochterunternehmen, die einzeln überwacht werden. Die 120 Bankengruppen setzen sich aus ungefähr 1 200 beaufsichtigten Unternehmen zusammen.

Bedeutende Institute in Deutschland

Aareal Bank AG	NRW.Bank
Bayerische Landesbank	SEB AG
Commerzbank AG	Volkswagen Financial Services AG
DekaBank Deutsche Girozentrale	WGZ BANK AG Westdeutsche Genossen-
Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG	schafts-Zentralbank
Deutsche Bank AG	
DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossen-	
schaftsbank	
HASPA Finanzholding	
HSB Nordbank AG	
Hypo Real Estate Holding AG	
Landesbank Baden-Württemberg	
Landesbank Berlin Holding AG	
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale	
Landeskreditbank Baden-Württemberg-	
Förderbank	
Landwirtschaftliche Rentenbank	
Münchener Hypothekbank eG	
Norddeutsche Landesbank-Girozentrale	

Die direkte Aufsicht über die rund 3 600 nicht bedeutenden Institute im Euro-Raum verbleibt zunächst bei den jeweiligen NCA der Mitgliedstaaten. Darunter sind etwa 1 700 deutsche Institute, die weiterhin der direkten Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und die Bundesbank unterliegen.

Gremien und institutionelle Strukturen im SSM

Eine der größten Herausforderungen bei der Schaffung des SSM dürfte es gewesen sein, die künftigen Entscheidungsstrukturen zu entwickeln. So standen der europäische Gesetzgeber und die EZB vor der Aufgabe, die neuen aufsichtlichen Kompetenzen so in den institutionellen Rahmen der EZB einzufügen, dass Zielkonflikte und Interessenkollisionen zwischen Bankenaufsicht einerseits und Geldpolitik andererseits möglichst vermieden werden. Diese bei-

den Politikbereiche sollten nach der SSM-Verordnung ausdrücklich getrennt voneinander wahrgenommen werden (u. a. Erwägungsgründe 65 und 73, Art. 25). Ein Beispiel für einen möglichen Interessenkonflikt könnte sich aus der Doppelrolle der EZB als Zentralbank und oberster Bankenaufseherin ergeben. Ihr primäres Mandat ist es, die Preisstabilität im Euro-Raum zu gewährleisten. Zu diesem Zweck kann sie den Banken über monetäre Instrumente Liquidität bereitstellen. In ihrer Doppelrolle als Bankenaufseherin besteht nun die Gefahr, dass der Zusammenbruch eines von ihr beaufsichtigten Instituts ihre Reputation als Aufsichtsbehörde schädigt. Die EZB könnte daher versucht sein, ein Institut, das aus aufsichtlicher Perspektive eigentlich nicht mehr tragfähig ist, mithilfe monetärer Liquiditätsinstrumente zu stützen, selbst wenn geldpolitische Erwägungen, insbesondere das Ziel der Preisstabilität, dagegensprechen.

Die Gefahr von Interessenkonflikten zwischen Bankenaufsicht und Geldpolitik würde eine institutionelle Trennung erfordern, ...

... die aber nach geltendem europäischem Recht nicht strikt durchgeführt werden kann

Allerdings ermöglicht das europäische Primärrecht die notwendige strikte Trennung von Geldpolitik und Bankenaufsicht nicht, da dort in jedem Fall der EZB-Rat als oberstes Beschlussorgan vorgesehen ist. Über diese Letztverantwortung des EZB-Rats für beide Politikbereiche kann sich die SSM-Verordnung als Teil des Sekundärrechts nicht hinwegsetzen. Die nunmehr entstandenen Gremien und Entscheidungsstrukturen im SSM können vor diesem Hintergrund somit nur als notwendiger Kompromiss und nicht als Ideallösung angesehen werden.⁸⁾ Diese könnte nur durch eine entsprechende Änderung des Primärrechts erreicht werden.

Auch im Bereich der Bankenaufsicht wird also der EZB-Rat als oberstes Beschlussorgan fungieren. Um der Trennung von aufsichtlichen und geldpolitischen Entscheidungen soweit wie möglich gerecht zu werden, wird der EZB-Rat künftig neben seinen Sitzungen zu geldpolitischen Entscheidungen als „EZB-Rat SSM“ gesondert tagen – allerdings in gleicher Zusammensetzung.⁹⁾

Neu errichtetes Aufsichtsgremium als Kernbaustein der institutionellen Struktur im SSM

Eine wesentliche Rolle kommt jedoch dem neu errichteten Aufsichtsgremium (Supervisory Board) zu, das die Planung und Ausführung der der EZB übertragenen Aufsichtsaufgaben „uneingeschränkt“ ausüben soll. Es ermöglicht darüber hinaus denjenigen Nicht-Euro-Mitgliedstaaten, die im Wege des Opt-in am SSM teilnehmen möchten, aufsichtliche Entscheidungen mitzugestalten. Im obersten Beschlussorgan, dem EZB-Rat, sind nach den geltenden Verträgen hingegen nur die Präsidenten der Zentralbanken solcher Mitgliedstaaten stimmberechtigt, deren Währung der Euro ist. Das Aufsichtsgremium legt dem EZB-Rat Beschlussentwürfe für einzelne Aufsichtsmaßnahmen zur Annahme vor. Im sogenannten Non-objection-Verfahren gilt ein Beschlussentwurf als vom EZB-Rat angenommen, wenn dieser nicht innerhalb einer Frist von höchstens zehn Tagen widerspricht.

Mitglieder des Aufsichtsgremiums sind der/die Vorsitzende, der/die stellvertretende Vorsitzende, vier Vertreter der EZB, sowie je ein Vertreter der NCA. Handelt es sich bei der NCA nicht um eine Zentralbank des jeweiligen Landes, kann die NCA sich von einem Vertreter der Zentralbank zu den Sitzungen des Aufsichtsgremiums begleiten lassen. Für die Abstimmung gelten jedoch die Vertreter der Behörden eines Mitgliedstaates als ein einziges Mitglied. Diese Regelung findet im Falle Deutschlands Anwendung, da dort die BaFin als NCA benannt ist. Gleichzeitig ist die Bundesbank im Rahmen einer seit Langem praktizierten Arbeitsteilung jedoch eng in die aufsichtliche Arbeit eingebunden – sowohl auf dem Gebiet der laufenden Überwachung als auch insbesondere bei den bankgeschäftlichen Prüfungen. Es wäre daher kaum vertretbar, die Bundesbank, deren Präsident Mitglied im letztverantwortlichen Gremium – dem EZB-Rat – ist, nicht auch in die Arbeiten des vorbereitenden Gremiums einzubinden.

Bei seiner Tätigkeit wird das Aufsichtsgremium von einem Sekretariat und einem Lenkungsausschuss unterstützt. Der Lenkungsausschuss ist eine „kleine Besetzung“ aus den Reihen der Mitglieder des Aufsichtsgremiums. Seine Aufgabe ist es, die Sitzungen des Aufsichtsgremiums vorzubereiten und es bei seiner generellen Arbeit zu unterstützen.

Die konstituierende Sitzung des Aufsichtsgremiums fand im Januar 2014 statt. Zur Vorsitzenden wurde Danièle Nouy benannt, zur stellvertretenden Vorsitzenden Sabine Lautenschläger, die ehemalige Vizepräsidentin der Deutschen Bundesbank und derzeitiges Direktoriumsmitglied der EZB.

⁸ Vgl. auch: Deutsche Bundesbank, Gemeinsame europäische Bankenaufsicht – Erster Schritt auf dem Weg zur Bankenunion, Monatsbericht, Juli 2013, S. 23 ff. – abrufbar unter www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/Monatsberichtsauftaetze/2013/2013_07_bankenunion.pdf?_blob=publicationFile

⁹ Vgl. auch: Art. 25 Abs. 4 SSM-Verordnung.

Schlichtungsstelle soll Meinungsverschiedenheiten zwischen den NCA in Bezug auf Einwände des EZB-Rats gegen Beschlussentwürfe des Aufsichtsgremiums beilegen

Die in Artikel 25 Absatz 5 SSM-Verordnung vorgesehene Schlichtungsstelle (Mediation Panel) ist ein weiteres Mittel, um die Trennung zwischen geldpolitischen und aufsichtlichen Aufgaben sicherzustellen. Sie kommt dann zum Einsatz, wenn zwischen den NCA der betroffenen Mitgliedstaaten Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf Einwände des EZB-Rats gegen einen Beschlussentwurf des Aufsichtsgremiums bestehen. Die Schlichtungsstelle besteht aus einem Mitglied je teilnehmendem Mitgliedstaat, das von jedem Mitgliedstaat unter seinen Mitgliedern im EZB-Rat und im Aufsichtsgremium ausgewählt wird. Die/der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsgremiums wird zunächst die Sitzungen der Schlichtungsstelle leiten, hat jedoch kein Stimmrecht. Von der Schlichtungsstelle verabschiedete Stellungnahmen können jedoch den EZB-Rat nicht binden, da er das oberste Beschlussorgan ist.

Administrativer Überprüfungsausschuss bearbeitet außergerichtliche Rechtsbehelfe

Als weiteres Gremium wird der administrative Überprüfungsausschuss gemäß Artikel 24 SSM-Verordnung errichtet. Er besteht aus fünf Personen, die aus den Mitgliedstaaten stammen. Sie müssen nachweislich über einschlägige Kenntnisse und berufliche Erfahrungen, auch im Aufsichtswesen, verfügen. Außerdem dürfen sie nicht zum aktuellen Personal der EZB, der NCA oder anderer Einrichtungen gehören, die mit der Wahrnehmung von Aufgaben im Zusammenhang mit dem SSM betraut sind. Am 8. September 2014 wurden die fünf Mitglieder und zwei Stellvertreter für die erste Amtsperiode des administrativen Überprüfungsausschusses vom EZB-Rat ernannt. Darunter auch ein ehemaliges Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank, Edgar Meister.¹⁰ Inhaltlich sollen die Mitglieder sowohl die verfahrensmäßige als auch die materielle Rechtmäßigkeit der ergangenen Aufsichtsbeschlüsse im Hinblick auf die Vorgaben der SSM-Verordnung überprüfen. Der Administrative Überprüfungsausschuss kann von jeder natürlichen oder juristischen Person angerufen werden, an die sich ein EZB-Aufsichtsbeschluss richtet oder die von einem Aufsichtsbeschluss unmittelbar oder individuell betroffen ist. Nach Überprüfung der

Zulässigkeit des Antrags hat der Überprüfungsausschuss innerhalb einer Frist eine Stellungnahme abzugeben. Diese Frist sollte der Dringlichkeit der Angelegenheit angemessen sein, darf jedoch einen Zeitraum von zwei Monaten nach Eingang des Antrags nicht überschreiten. Die Stellungnahme wird dann an das Aufsichtsgremium überwiesen und dient dort als Grundlage, um einen neuen Beschlussentwurf auszuarbeiten. Durch den neuen Beschluss wird der vorherige Beschluss aufgehoben oder ersetzt. Die Anrufung des administrativen Überprüfungsausschusses berührt nicht das Recht, ein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) anzustrengen. Sie ist auch nicht Voraussetzung für eine Klage vor dem EuGH.

Mit Blick auf die operativen aufsichtlichen Tätigkeiten wurden in der EZB vier zusätzliche Organisationseinheiten geschaffen. Diese werden, entsprechend der in der EZB üblichen Terminologie, mit dem Begriff Generaldirektion (Directorate-General: DG) bezeichnet und sind jeweils für bestimmte aufsichtliche Aufgaben zuständig (siehe auch Schaubild auf S. 52).

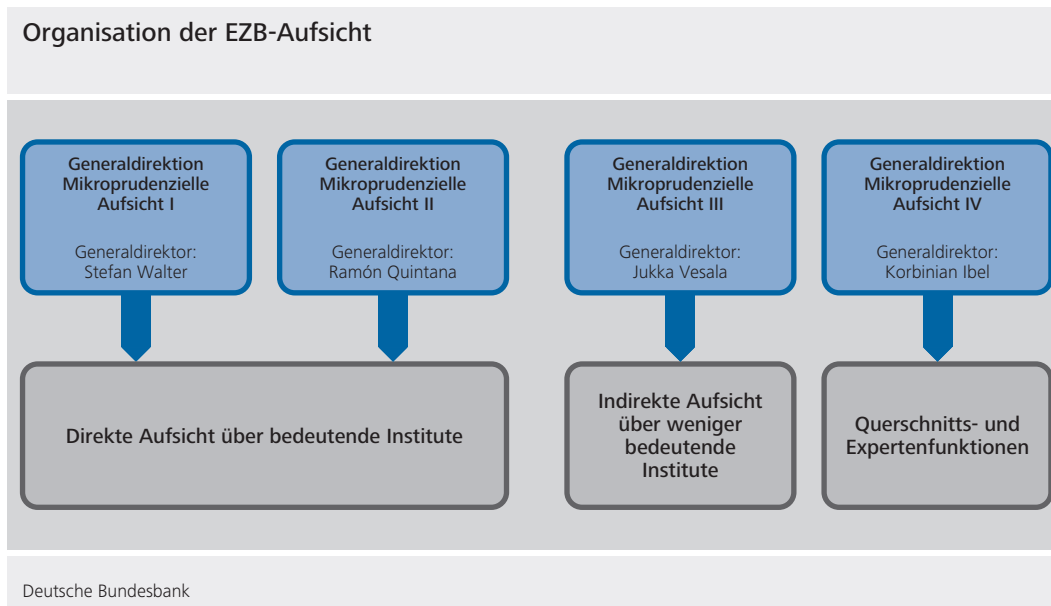
Vier neue Generaldirektionen in der EZB

Praktische Arbeitsweise im SSM

Wie bereits dargestellt, wird die EZB zum 4. November 2014 die direkte Aufsicht über 120 bedeutende Gruppen im Euro-Raum übernehmen. Davon sind in Deutschland 21 Institute betroffen. Allerdings verfügt die EZB trotz der Schaffung von vier Generaldirektionen mit derzeit circa 800 Mitarbeitern nicht über die Kapazitäten, die Aufsicht über diese Gruppen im Alleingang auszuüben. Daher werden gemeinsame Aufsichtsteams – sogenannte Joint Supervisory Teams (JST) – errichtet, für die die NCA Mitarbeiter stellen. Hierdurch kommt den nationalen Behörden auch künftig eine gewichtige Rolle zu. Durch Analysen und Datenerhebungen bleiben sie auch weiterhin in die Ban-

Errichtung gemeinsamer Aufsichtsteams (sog. JST)

¹⁰ Vgl. auch Presseerklärung der EZB unter: www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2014/html/pr140908.en.html



kenaufsicht für bedeutende Institute involviert. Ihr Know-how und ihr Erfahrungsschatz werden für die EZB insbesondere in all den Fällen relevant werden, in denen sie nationales Recht anzuwenden hat. Dies ist vor allem im Bereich von EU-Richtlinien der Fall, die von jedem Mitgliedstaat in nationales Recht umzusetzen sind. Darüber hinaus kann die EZB im Bereich der täglichen Kommunikation mit den beaufsichtigten Banken die Vorteile nutzen, die ihr durch die Zusammenarbeit mit Muttersprachlern in den jeweiligen JST zukommen.

Weiterhin fortbestehende Zuständigkeit der NCA für weniger bedeutende Institute

Die weniger bedeutenden Institute verbleiben weitgehend unter der Aufsicht der NCA. Die EZB kann auf diesem Gebiet zwar keine Einzelfallanweisungen erlassen, nimmt aber durch die ihr zugewiesene Oversight-Verantwortung eine Aufsichtsfunktion für das Gesamtsystem wahr. Die EZB hat jedoch nach Konsultation der jeweiligen NCA die Möglichkeit, die Aufsicht über ein weniger bedeutendes Institut von der NCA komplett zu übernehmen, wenn dies ihrer Ansicht nach zur Sicherstellung einheitlich hoher Aufsichtsstandards erforderlich ist.

Deutsche Besonderheit: Zusammenarbeit zwischen BaFin und Bundesbank in der Bankenaufsicht

In Deutschland übt die BaFin die Aufsicht über sämtliche Institute in Zusammenarbeit mit der Bundesbank aus. Die BaFin hat zwar den Status der NCA, die Bundesbank ist jedoch nach geltendem Recht in die laufende Überwachung

der Institute eingebunden. Ihr kommt somit der Status einer Zentralbank mit Aufsichtsaufgaben zu, die nicht NCA ist. Die derzeit mehr als 1 300 Mitarbeiter der Bundesbank, die in der Bankenaufsicht tätig sind, werten Meldungen und Berichte der Institute aus, führen Aufsichtsgespräche und prüfen vor Ort, insbesondere in den Bereichen Risikomanagement und Zulassung interner Modelle. Die BaFin ist zuständig für hoheitliche Entscheidungen in Form von Aufsichtsmaßnahmen, die sie unter anderem auf Grundlage der Arbeit der Bundesbank erlässt. Darüber hinaus ist die BaFin für die Beaufsichtigung der Finanzdienstleistungsinstitute, Zahlungsdienstleister und für den Verbraucherschutz zuständig. Die Zuständigkeiten für die letztgenannten Bereiche werden von der SSM-Verordnung jedoch nicht berührt. Diese bewährte Arbeitsteilung zwischen BaFin und der Bundesbank sollte auch im SSM hinsichtlich der weniger bedeutenden Institute direkt und bei den bedeutenden Instituten über die JST fortgeführt werden.

Gemeinsame Aufsichtsteams (Joint Supervisory Teams)

Zur Gewährleistung einer angemessenen Einbindung der nationalen Aufsichtsbehörden in die Beaufsichtigung der bedeutenden Institute

JST setzen sich aus Mitarbeitern der EZB und der NCA zusammen, unter Leitung der EZB

wird für jedes dieser Institute ein JST bestehend aus Mitarbeitern der EZB und den NCA eingerichtet. In ihren Aufgaben werden die JST von den Querschnitts- und Expertenfunktionen der EZB und den NCA unterstützt.

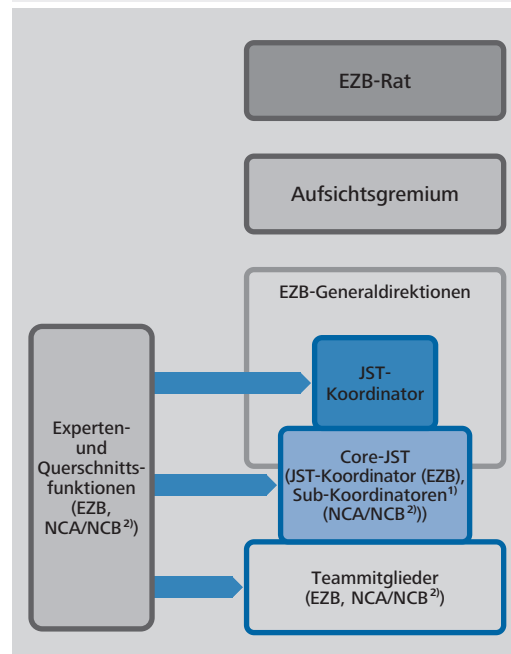
Die Leitung des Teams obliegt jeweils einem JST-Koordinator, der durch die EZB gestellt wird. Jede im JST vertretene NCA bestimmt einen Sub-Koordinator, der als Bindeglied zu den jeweiligen NCA agieren soll.

Ein sogenanntes Core-JST aus EZB-Koordinator und nationalen Sub-Koordinatoren nimmt für das jeweilige JST eine Steuerungsfunktion wahr, um eine größere Effizienz bei der Entscheidungsfindung zu ermöglichen. Es soll die potenziell unterschiedlichen Sichtweisen der JST-Mitglieder zusammenführen. Das Core-JST organisiert die Aufgabenverteilung unter den JST-Mitgliedern, entwirft und überprüft die Aufsichtsplanung und überwacht deren Implementierung. In Deutschland werden sowohl die BaFin als auch die Bundesbank Sub-Koordinatoren für die JST stellen.

Die Zusammensetzung der JST hängt maßgeblich von der Bedeutung, der Komplexität, dem Geschäftsmodell und dem Risikoprofil des beaufsichtigten Instituts ab. Zudem spiegelt die JST-Zusammensetzung den jeweiligen Anteil der Geschäftsaktivitäten eines beaufsichtigten Instituts in den einzelnen SSM-Mitgliedstaaten wider. Für die Beaufsichtigung einer grenzüberschreitend tätigen Bankengruppe durch das zuständige JST wird grundsätzlich ein konsolidierter Aufsichtsansatz verfolgt. Dies bedeutet, dass nur ein JST eingerichtet wird, welches durch EZB-Mitarbeiter, Mitarbeiter der NCA für die Aufsicht über die Muttergesellschaft sowie Mitarbeiter der für die Aufsicht über die Tochtergesellschaften zuständigen NCA besetzt ist (siehe oben stehendes Schaubild).

Die JST sind für die Umsetzung der Vorgaben des EZB-Rats und des Aufsichtsgremiums verantwortlich. Im Entscheidungsprozess kommt den JST die Aufgabe zu, Beschlussentwürfe zu

Struktur eines Joint Supervisory Teams (JST)



1 In Deutschland stellen Bundesbank und BaFin jeweils einen Sub-Koordinator. **2** JST-Mitglieder sind auch Mitarbeiter nationaler Zentralbanken (NCB), die zwar nationale Aufsichtsaufgaben wahrnehmen, aber keine NCA sind.
 Deutsche Bundesbank

erstellen und mit den Generaldirektionen der EZB und den Querschnittsfunktionen abzustimmen. Das Aufsichtsgremium prüft anschließend die Entwürfe und entscheidet über die Vorschläge, die an den EZB-Rat zur finalen Beschlussfassung weitergeleitet werden.

Im Rahmen der laufenden Aufsicht sind die JST darüber hinaus zuständig für die Aufstellung und Organisation des jährlichen Aufsichtsprogramms und für die operative Durchführung der Aufsicht auf konsolidierter, unterkonsolidierter sowie auf Einzelinstitutsbasis für alle Banken, die direkt durch die EZB beaufsichtigt werden. Unter diese Aufgaben fallen zahlreiche Prozesse wie die Informationsbeschaffung, die Risikobewertung, die Vorbereitung des aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process), die Durchführung von Ad-hoc-Analysen, die Mitarbeit bei Grundsatzarbeit und Regulierungsvorhaben, die Auswertung von Sanierungsplänen sowie die Bearbeitung formaler Erlaubnisanfra-

Inhaltliche Aufgaben der JST

gen. Des Weiteren sind die JST bei der Genehmigung interner Modelle beteiligt, nehmen an Krisenmanagementtreffen teil und sind in Aufsichtskollegien eingebunden.

*JST und General-
direktion IV
geben
Prüfungen in
Auftrag*

Bankgeschäftliche Prüfungen für bedeutende Banken werden durch das jeweils zuständige JST sowie – aus einer institutsübergreifenden Perspektive – durch die EZB-Generaldirektion Mikroprudenzielle Aufsicht IV beauftragt und gesteuert. Bei einer Vor-Ort-Prüfung sind ebenfalls Mitarbeiter der NCA und der EZB beteiligt, von denen die EZB einen als Teamleiter benennt.

*Deutsche
Beteiligung
an den JST*

Für den Zeitpunkt der Übernahme der Aufsicht durch den SSM am 4. November 2014 wurden 120 JST, das heißt ein JST für jede Bankengruppe unter direkter EZB-Aufsicht, eingerichtet. Aufseher der BaFin und der Bundesbank sind an 34 JST beteiligt, davon sind 21 JST deutschen SSM-Instituten und 13 JST deutschen Tochtergesellschaften ausländischer SSM-Institute zuzuordnen.

SSM-Aufsichtshandbuch (Supervisory Manual)

*Ein internes Auf-
sichtshandbuch
erläutert die
Einzelheiten des
Aufsichtsmodells*

Das SSM-Aufsichtshandbuch ist ein rechtlich unverbindliches internes Handbuch für die Mitarbeiter, die mit dem SSM befasst sind. Es basiert auf allgemein anerkannten, grundlegenden Funktionsprinzipien des SSM. Dazu zählen insbesondere der risikobasierte Ansatz sowie der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Grundlage hierfür sind die bewährten Methoden und Prozesse, die sich aus den Erfahrungen der Aufsichtsbehörden der Euro-Staaten speisen und die ein stabiles und funktionierendes Bankensystem sicherstellen sollen.

*Das Aufsichts-
handbuch
erläutert die
Zusammenarbeit
im SSM sowie
mit Behörden
außerhalb des
SSM ...*

Das Aufsichtshandbuch erläutert die Zusammenarbeit und die Entscheidungsfindung innerhalb des SSM, wobei dem Zusammenspiel zwischen zentralisierten Prozessen und dezentraler Unterstützung eine wesentliche Rolle zukommt. Die Kooperation mit Behörden außer-

halb des SSM bezieht sich sowohl auf die Zusammenarbeit mit anderen nationalen, europäischen und internationalen Behörden als auch auf die Mitarbeit in Aufsichtskollegien.

Des Weiteren wird in dem Handbuch auf die Methoden der Vor-Ort-Prüfung, die SSM-Risikobewertung (Risk Assessment System) und den aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozess eingegangen. Diese Ansätze werden ausführlich beschrieben, der Anhang stellt ergänzende Informationen, insbesondere zur Vor-Ort-Prüfung, bereit. Da es sich hierbei um Kernprozesse der Aufsicht handelt, wird eine möglichst weitgehende Harmonisierung der Verfahren und ein klarer Rahmen für anschließende Aufsichtsmaßnahmen unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit angestrebt.

Der aufsichtliche Überprüfungs- und Bewertungsprozess spielt eine wesentliche Rolle dafür, effiziente und konsistente Aufsichtsergebnisse zu erreichen. Er basiert im Wesentlichen auf zwei Säulen: der Risikobewertung eines Instituts sowie, in einem zweiten Schritt, der Methodik zur Bestimmung der notwendigen Kapital- und Liquiditätsausstattung. Die Risikobewertung soll als eine in die Zukunft gerichtete, übergeordnete und kontinuierliche Bewertung des Risikoprofils eines Instituts verstanden werden und quantitative sowie qualitative Informationen heranziehen. Nach Auswertung aller im Rahmen dieses Prozesses gesammelten Daten wird bewertet, ob das Institut über eine angemessene Kapital- und Liquiditätsausstattung verfügt und gegebenenfalls aufsichtliche Maßnahmen ergriffen werden müssen. In der Praxis obliegt die Überwachung der Anforderungen und Indikatoren sowie die Dokumentation dieses Prozesses dem zuständigen JST.

Aufsichtsverfahren der EZB

Hinsichtlich des bei Aufsichtsverfahren im SSM anzuwendenden Verwaltungsverfahrenrechts ist zu differenzieren, ob es sich um ein Verfahren der NCA oder der EZB handelt.

*... und geht auf
die Methodik
der Vor-Ort-
Prüfungen ein*

*Unterschiedliche
Verfahrens-
vorschriften
je nach han-
delnder Behörde*

Verfahren der NCA werden insbesondere bei den weniger bedeutenden Instituten relevant sein, da dort die Befugnis zum Erlass aufsichtlicher Rechtsakte weiterhin bei den NCA liegt. Je nach Fallkonstellation kann allerdings auch gegenüber einem bedeutenden Institut ein Rechtsakt der NCA erlassen werden, etwa dann, wenn sie von der EZB hierzu angewiesen wird (Art. 9 Abs. 1 Unterabs. 3 SSM-Verordnung, Art. 22 SSM-Rahmenverordnung), oder wenn der EZB die notwendige Kompetenz nicht durch die SSM-Verordnung übertragen wurde beziehungsweise nicht übertragen werden konnte.

Soweit die NCA aufsichtlich tätig werden, handelt es sich um ein nationales Verwaltungsverfahren, das sich nach den Bestimmungen des jeweiligen nationalen Verwaltungsrechts richtet. In Deutschland ist dieses in erster Linie durch das Verwaltungsverfahrensgesetz des Bundes (VwVfG) geregelt, das auf die Arbeit von BaFin und Bundesbank anwendbar ist.

Anders stellt sich die Situation dar, soweit es um ein Verfahren zum Erlass aufsichtlicher Akte durch die EZB selbst geht – was insbesondere bei den bedeutenden Instituten von Relevanz sein wird. Hier kommt eine Anwendung nationalen Verwaltungsverfahrensrechts nicht in Betracht, da sich die Verfahren europäischer Behörden nur nach europäischem Recht richten. Es gelten daher die verwaltungsrechtlichen Grundsätze des Europarechts, die zwar nicht, wie in Deutschland, in einem zentralen Dokument kodifiziert sind, sich allerdings aus den ungeschriebenen allgemeinen Rechtsgrundsätzen, die als Rechtsquelle des Europarechts anerkannt sind, ergeben und in langjähriger Rechtsprechung durch den EuGH entwickelt und formuliert wurden. Vor diesem Hintergrund ist die gelegentlich zu hörende Aussage, es gebe kein „europäisches Verwaltungsrecht“, ungenau, da durchaus im Rahmen des europäischen Primärrechts oder der ungeschriebenen Rechtsgrundsätze rechtlich verbindliche Vorgaben für das Verwaltungshandeln europäischer Organe bestehen. Zu nennen sind hier beispielsweise das

Recht auf rechtliches Gehör oder das Recht auf Akteneinsicht.

Diese europarechtlichen Vorgaben werden in der SSM-Rahmenverordnung, die die EZB selbst erlassen hat, näher konkretisiert und für die aufsichtliche Arbeit im SSM operationalisiert. So respektiert sie beispielsweise das Recht von Verfahrensparteien – diese sind in erster Linie Institute, die einen Antrag an die EZB gestellt haben oder an die eine Aufsichtsentscheidung gerichtet werden soll – auf Akteneinsicht, allerdings unter dem Vorbehalt einer Abwägung mit den legitimen Interessen Dritter auf Schutz von Geschäftsgeheimnissen sowie des Schutzes vertraulicher Informationen (Art. 32 SSM-Rahmenverordnung). Das Recht auf Anhörung wird ebenfalls geschützt, allerdings kann in den Fällen, in denen ein dringender Beschluss erforderlich erscheint, um ernsthaften Schaden vom Finanzsystem abzuwenden, die Anhörung nach Erlass der Entscheidung nachgeholt werden. Ferner besitzt die EZB, je nach Sachverhalt, Spielräume bei der Festsetzung der Anhörungsfrist sowie der Form der Anhörung (etwa einer schriftlichen Äußerung der Partei oder mündliche Äußerungen in einer Sitzung). Die Einzelheiten regelt Artikel 31 SSM-Rahmenverordnung.

Ein differenziertes Regime wurde zur Lösung der Sprachenfrage entwickelt. Die Schwierigkeit des Themas ergibt sich vor allem aus der Kollision zweier entgegengesetzter Ziele: Einerseits dem Wunsch nach einer effizienten und reibungslosen Aufsicht einschließlich Zusammenarbeit der beteiligten Behörden im SSM, die für eine europaweit einheitliche Sprache in Aufsichtsverfahren sprechen würde; andererseits dem Grundsatz, dass – dem polyglotten Charakter der EU entsprechend – die Grundrechtecharta die Vielfalt der Sprachen Europas respektiert und demgemäß das Recht gewährleistet, sich in jeder beliebigen der 24 Amtssprachen der EU an Unionsorgane zu wenden und eine Antwort in derselben Sprache zu erhalten (Art. 41 Abs. 4 Grundrechtecharta). Demgemäß sieht die SSM-Rahmenverordnung vor, dass Do-

Ausgestaltung der europäischen verwaltungsrechtlichen Grundsätze durch die SSM-Rahmenverordnung

EZB erlässt Akte nach europäischem Verwaltungs(verfahrens)recht, das in einigen Punkten vom deutschen Recht abweicht

Sprachenfrage als politisch sensibles Thema im SSM

kumente, die im Rahmen von EZB-Aufsichtsverfahren an die EZB gesandt werden, in jeder der EU-Amtssprachen verfasst werden dürfen. Allerdings kann zwischen den Beteiligten eines Aufsichtsverfahrens vereinbart werden, ausschließlich eine bestimmte EU-Amtssprache in der Kommunikation zu verwenden – hier bietet sich unter dem Gesichtspunkt der effizienten Verwaltung insbesondere Englisch, die Arbeitssprache der EZB, an. Der Abschluss solcher Vereinbarungen ist allerdings nicht verpflichtend; daher können Kreditinstitute darauf insistieren, in ihrer jeweiligen Landessprache mit der EZB zu kommunizieren, ohne dass ihnen hieraus Nachteile entstehen dürften. Es bleibt abzuwarten, ob sich dieses Modell etablieren wird oder ob nicht doch in der alltäglichen Praxis des SSM ein faktischer Druck zur Verwendung der englischen Sprache zu spüren sein wird.

Die genannte grundrechtliche Verbürgung des Rechts auf freie Wahl der Amtssprache gilt nur im Verhältnis von Unionsangehörigen zu Unionsorganen. Demgemäß steht es EZB und NCA frei, untereinander Regelungen über die im Innenverhältnis zu verwendenden Sprachen zu treffen (Art. 23 SSM-Rahmenverordnung). Die bisher im Rahmen der Vorbereitungsarbeiten zum SSM etablierte Praxis lässt es vermuten, dass hier der weitaus überwiegende Teil der Kommunikation der SSM-Behörden untereinander auf Englisch stattfinden wird. Anders stellt sich die Lage bei Verwaltungsverfahren dar, die die NCA eigenverantwortlich nach nationalem Recht durchführen, insbesondere im Bereich der weniger bedeutenden Institute. Hier bleibt es bei den Verfahrensvorschriften des nationalen Rechts, die im Falle Deutschlands die Verwendung der deutschen Sprache vorsehen (§ 23 VwVfG).

Untersuchungsbefugnisse der EZB

Zur Wahrnehmung ihrer aufsichtlichen Verantwortung kann die EZB auf Erkenntnisse und Analysen zurückgreifen, die auf nationaler

Ebene vorhanden sind oder durch Datenerhebungen zur Verfügung gestellt werden. Angesichts ihrer Verantwortung insbesondere für die bedeutenden Institute kann sich die EZB allerdings nicht allein auf Zulieferungen verlassen. Artikel 10 bis 13 SSM-Verordnung beinhalten daher eigenständige Aufklärungsbefugnisse, die, dem Charakter der Verordnung entsprechend, in den Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten unmittelbar anwendbar sind. Funktional, nicht jedoch in allen Details der Voraussetzungen und Anwendungsbereiche, entsprechen diese Befugnisse dem, was im deutschen Recht seit Langem der BaFin über § 44 KWG zur Verfügung steht, wobei die Sachverhaltsaufklärung für die BaFin nach der in Deutschland verankerten Arbeitsteilung durch die Bundesbank erfolgt. Sie nimmt diese Aufgabe sowohl im Rahmen ihrer Zuständigkeit für die laufende Aufsicht als auch durch die bankgeschäftlichen Prüfungen im Auftrag der BaFin wahr.

Artikel 10 regelt ein umfassendes Auskunftsrecht der EZB. Sie kann sämtliche Informationen verlangen, die sie für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach der SSM-Verordnung benötigt, und zwar nicht nur von den Kreditinstituten beziehungsweise sonstigen beaufsichtigten Unternehmen selbst, sondern auch von beschäftigten Personen oder von Dritten, auf die die beaufsichtigten Unternehmen Funktionen oder Tätigkeiten ausgelagert haben. Damit besteht beispielsweise auch ein Recht auf Auskunftsverlangen gegenüber Mitarbeitern von Banken oder von Servicedienstleistern, die im Rahmen eines Outsourcing-Verhältnisses bestimmte Aktivitäten für Banken ausüben. Diesem Auskunftsverlangen stehen etwaige anderweitig bestehende gesetzliche Geheimhaltungspflichten nicht entgegen, sodass die Aufsicht umfassend auf die von ihr benötigten Daten zugreifen kann; nach dem Zugriff unterliegen sie allerdings auf aufsichtlicher Seite den Verschwiegenheitspflichten gegenüber Dritten, die in Artikel 27 SSM-Verordnung unter Verweis auf andere Rechtsakte für die Aufsichtstätigkeit der EZB statuiert werden.

Eigene Aufklärungsbefugnisse der EZB aus SSM-Verordnung mit unmittelbarer Anwendbarkeit

Artikel 10 SSM-Verordnung als Generalklausel

*Weitere
Befugnisse
aus Artikel 11
SSM-Verordnung*

Ein weiterer Auskunftstatbestand ist Artikel 11 SSM-Verordnung. Er konkretisiert die in Artikel 10 offenbleibenden Möglichkeiten, mit denen die EZB zu Aufsichtszwecken Untersuchungen durchführen kann: Sie kann die Vorlage von Unterlagen verlangen, Bücher und Aufzeichnungen prüfen und Kopien oder Auszüge dieser anfertigen sowie schriftliche und mündliche Erklärungen von auskunftspflichtigen Personen einfordern. Auch über den Adressatenkreis des Artikels 10 hinaus kann sie jede andere Person befragen; die Zustimmung dieser – nicht von sich aus auskunftspflichtigen – Person ist zwar erforderlich, nicht aber die des beaufsichtigten Unternehmens, das keine Unterlassungsansprüche gegen die Befragung der betroffenen Person geltend machen kann.

*Möglichkeit
zu On-site-
Prüfungen*

Die bisher genannten Untersuchungsbefugnisse werden in aller Regel Off-site ausgeübt, das heißt durch Mitarbeiter der Aufsichtsbehörde, die sich außerhalb der Geschäftsräume der beaufsichtigten Bank aufhalten. Diese Befugnisse werden jedoch im Rahmen des SSM durch Prüfungen vor Ort, das heißt in den Räumlichkeiten der Bank, ergänzt (sog. On-site examinations). Hierzu wird ein Team von bankgeschäftlichen Prüfern zusammengestellt, das auf Grundlage eines aufsichtlichen Prüfungsauftrags für einen begrenzten Zeitraum in den Geschäftsräumen der Bank beispielsweise Dokumente prüft und interne Organisations- und Governancestrukturen sowie die im Alltag praktizierten Prozesse begutachtet. Die SSM-Verordnung (Art. 12) stellt der EZB daher Befugnisse für solche Prüfungen zur Verfügung, bei Bedarf auch ohne die in der Regel übliche vorherige Mitteilung an die Bank. Eine auf Grundlage dieser Bestimmung angeordnete Prüfung ist rechtlich eine solche der EZB, nicht der NCA, auch wenn die EZB schon allein aus Ressourcengründen bei der Zusammenstellung der Prüfungsteams auf die in den NCA tätigen Mitarbeiter zurückgreifen wird. Um „home bias“ seitens der Aufseher vorzubeugen und die Entwicklung einer europaweit kohärenten und konsistenten Aufsichtspraxis zu fördern, ist dabei vorgesehen, in die Prüfungsteams rotierend jeweils

auch Prüfer aus anderen Mitgliedstaaten zu entsenden und so eine grenzüberschreitende Perspektive in die Alltagsarbeit der On-site-Aufseher einzubringen.

Die EZB, wie auch die EU im Allgemeinen, verfügt über keine eigenen Vollzugsbeamten, mit denen sie Behinderungen ihrer Untersuchungen abwehren kann. Die SSM-Verordnung verpflichtet daher die nationalen Behörden – hier ist insbesondere an die nationalen Polizeibehörden zu denken – zur Amtshilfe, mit der die EZB unterstützt und etwaiger Widerstand gegen ihre Maßnahmen abgewendet wird (Art. 11 Abs. 2). Nationale Richtervorbehalte – die insbesondere beim Betreten und Durchsuchen von Geschäftsräumen im Rahmen einer Prüfung vor Ort in Betracht kommen – werden von der SSM-Verordnung zwar respektiert, allerdings wird der Prüfungsumfang des nationalen Gerichts auf die Prüfung der Echtheit des EZB-Beschlusses sowie die Frage, ob die Maßnahme nicht willkürlich oder unverhältnismäßig ist, reduziert. Eine Prüfung der Notwendigkeit der Maßnahme oder ein Recht, die Übermittlung der Akten der EZB zu verlangen, steht dem nationalen Gericht nicht zu (Art. 13 SSM-Verordnung).

Pflicht der Mitgliedstaaten und ihrer Behörden zur Amtshilfe

Verwaltungssanktionen

Die europäische Bankenaufsicht wäre unglaublich unwirksam und ineffektiv, wenn die EZB nicht auch über wirksame Instrumente verfügte, mit denen sie Verstöße gegen Aufsichtsrecht ahnden und so die Einhaltung des Rechts durchsetzen kann. Dementsprechend statet die SSM-Verordnung sie in Artikel 18 mit den Möglichkeiten zu Verwaltungssanktionen aus. Diese entsprechen funktional in etwa den Bußgeldern im deutschen Ordnungswidrigkeitenrecht, da es sich um pekuniäre Sanktionen handelt, die durch die Aufsichtsbehörde selbst und nicht durch ein Gericht, verhängt werden.

Eigenes Sanktionsregime, funktional vergleichbar dem deutschen Ordnungswidrigkeitenrecht

Grundvoraussetzung für die Verhängung einer administrativen Sanktion durch die EZB ist, dass es sich um einen vorsätzlichen oder fahrlässigen

Voraussetzungen und Reichweite der Bußgeldbefugnisse der EZB

Verstoß gegen eine Anforderung aus direkt anwendbaren Rechtsakten der Europäischen Union (insbesondere Verordnungen) handelt und das Unionsrecht den zuständigen Behörden die Möglichkeit verleiht, Verwaltungsgeldbußen wegen dieses Verstoßes zu verhängen. Die SSM-Verordnung begründet also keine neuen Sanktionstatbestände, sondern setzt diese voraus, stellt aber klar, dass die andernorts begründete Sanktionsmöglichkeit nun auf die EZB übergeht. Allerdings ist die EZB dabei auf Sanktionen gegen Kreditinstitute, Finanzholdinggesellschaften oder gemischte Finanzholdinggesellschaften beschränkt; gegen andere juristische Personen oder gegen natürliche Personen kann sie keine Sanktionen verhängen (siehe auch Erwägungsgrund 53 der SSM-Verordnung). Der Grund für diese Einschränkung dürfte mutmaßlich darin liegen, dass eine Befugnis zur Verhängung von Sanktionen über den Kreis der beaufsichtigten Unternehmen hinaus in den Bereich des allgemeinen Straf- und Ordnungswidrigkeitenrechts übergreifen würde, der nach der Kompetenzverteilung in der EU nach wie vor weitgehend den Mitgliedstaaten vorbehalten ist.

Möglichkeit zur Nutzung nationaler Sanktionsmöglichkeiten durch die NCA auf Weisung der EZB

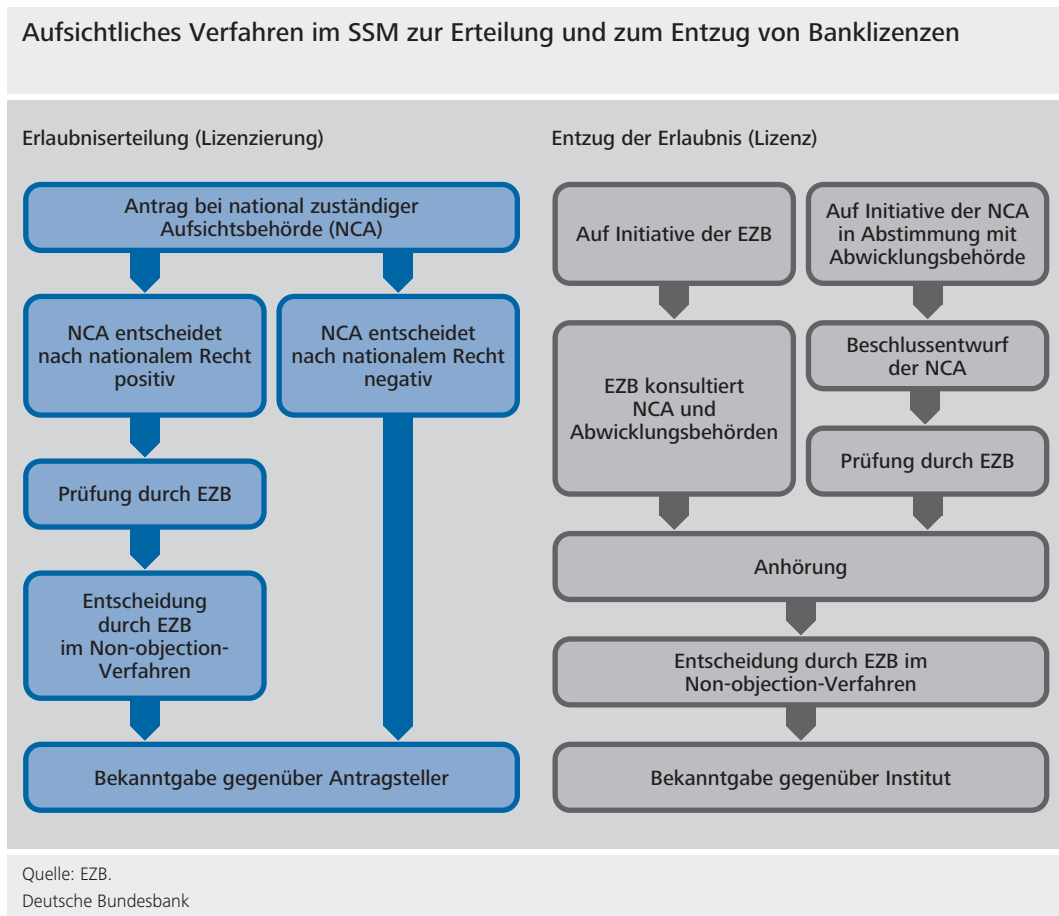
Diese Einschränkungen bedeuten aber nicht, dass Rechtsverstöße, für die keine Sanktionsmöglichkeit der EZB besteht, zwangsläufig ungeahndet bleiben. Stattdessen sieht die SSM-Verordnung (Art. 18 Abs. 5) vor, dass hier die EZB von den NCA verlangen kann, dass diese Verfahren zur Verhängung von Sanktionen einleiten. Auf diese Weise können vorhandene nationale Sanktionstatbestände für den SSM nutzbar gemacht werden. Dieses Vorgehen ist nach dem Wortlaut der Verordnung vor allem für Verstöße gegen Richtlinien sowie Sanktionen gegen natürliche Personen, etwa Mitglieder des Leitungsorgans einer Bank, intendiert. Die entsprechenden Maßnahmen werden nach nationalem Recht verhängt. In Deutschland kommt dabei insbesondere ein Ordnungswidrigkeitenverfahren durch die BaFin in Betracht, das zu einem Bußgeld führen kann. Die SSM-Verordnung begrenzt diesen Weg aber nicht auf Verhängung von Sanktionen durch die NCA selbst,

sondern ermöglicht darüber hinaus der EZB, die Einleitung von Verfahren durch die NCA zu fordern. Dies würde es der EZB in den Mitgliedstaaten, in denen die nationale Bankenaufsichtsbehörde die Möglichkeit hat, Strafverfahren einzuleiten, erlauben, die Einleitung eines solchen zu verlangen. In Deutschland dürfte diese Möglichkeit jedoch nicht relevant sein, da die BaFin nach deutschem Strafprozessrecht keine Strafverfolgungsbehörde ist und selbst keine Strafverfahren einleiten kann.

Eine aus Sicht des deutschen Ordnungswidrigkeitenrechts bemerkenswerte Regelung betrifft die Quantifizierung der Sanktionen, das heißt die Festsetzung der Höhe der zu zahlenden Geldbuße. Das deutsche Recht bemisst die Höhe einer Geldbuße klassischerweise nach der Bedeutung der Ordnungswidrigkeit und dem Vorwurf, der den Täter trifft; die wirtschaftlichen Verhältnisse des Täters sind nur ein weiterer Aspekt, der in Betracht kommt (§ 17 Ordnungswidrigkeitengesetz). Demgegenüber verlangt die SSM-Rahmenverordnung, dass Sanktionen – sowohl solche nationaler Behörden als auch solche der EZB – wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein müssen, und stellt damit den Aspekt der Generalprävention stärker in den Vordergrund. Als Höchstgrenze für EZB-verhängte Sanktionen wird das Doppelte der aufgrund des Verstoßes erzielten Gewinne oder verhinderten Verluste, soweit bezifferbar, oder 10% des jährlichen Gesamtumsatzes im konsolidierten Abschluss der Muttergesellschaft der Gruppe statuiert. Dies könnte bei entsprechenden Verstößen zu deutlich höheren absoluten Beträgen führen, als bislang im deutschen Ordnungswidrigkeitenrecht üblicherweise verhängt werden. Diese Geldbußen haben jedoch nicht den Charakter einer Möglichkeit zum „Freikaufen“ von einer unerwünschten bankaufsichtlichen Vorschrift, da die Pflicht der Institute zum Handeln im Einklang mit dem geltenden Recht durch die Zahlung einer Geldbuße nicht aufgehoben wird.

Von deutschen Rechts-traditionen abweichende Bemessung der Geldbußen

Das im Sanktionsverfahren anwendbare Recht richtet sich danach, ob es sich um ein von der



Verfahrensrecht im Sanktionsverfahren

EZB selbst durchgeführtes Verfahren handelt oder um ein Verfahren, das die nationale Behörde auf Verlangen der EZB einleitet. Im letzteren Fall findet nationales Recht Anwendung, in Deutschland vor allem das Ordnungswidrigkeitengesetz, das in weiten Teilen auf die Regelungen der Strafprozessordnung verweist. Im ersteren Falle findet europäisches Recht in Form der Verordnung (EG) Nr. 2532/98 Anwendung. Dabei handelt es sich um eine bei Errichtung der EZB geschaffene und seither wiederholt geänderte Verordnung, die die Möglichkeiten der EZB zur Verhängung von Sanktionen regelt. Bislang war dieses Verfahren vor allem in Bereichen der Mindestreserve und der statistischen Meldepflichten relevant, in dem die EZB bereits länger eigene Sanktionsmöglichkeiten besaß; mit Schaffung des SSM wird dieses Verfahren nun auf den Bereich der Bankenaufsicht ausgedehnt. Die genannte Verordnung sieht Regelungen zum Schutz der Rechte des Betroffenen vor, insbesondere das Anhörungsrecht. Die Entscheidung über eine Sanktion trifft das EZB-

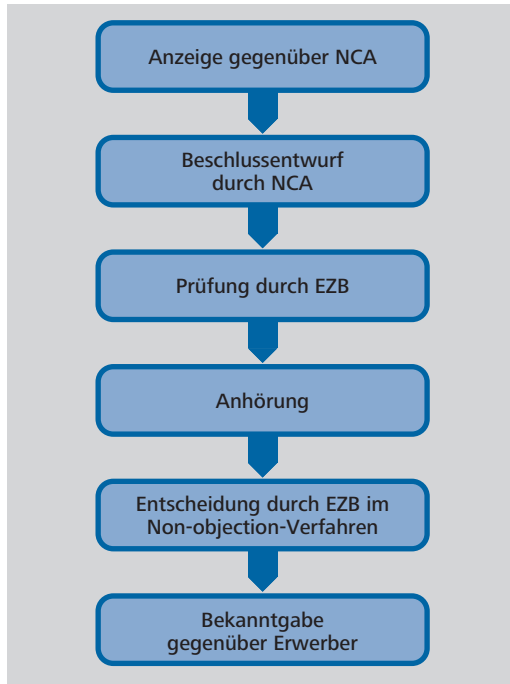
Direktorium, allerdings kann das betroffene Unternehmen eine Überprüfung der Entscheidung durch den EZB-Rat verlangen. Die Möglichkeit zur richterlichen Überprüfung durch den EuGH bleibt unbenommen. Als Verjährungsfrist ist ein Jahr ab Kenntnis von dem Rechtsverstoß durch die EZB beziehungsweise die NCA vorgesehen, höchstens aber fünf Jahre ab dem Verstoß.

Gemeinsame Verfahren

Aus der bereits skizzierten und an der Bedeutung des Instituts ansetzenden Aufgabenteilung zwischen EZB und NCA sind drei Themenbereiche herausgelöst, die für alle – bedeutende und weniger bedeutende – Institute in einem Zusammenwirken zwischen EZB und NCA bearbeitet werden und daher unter dem Sammelbegriff „gemeinsame Verfahren“ geregelt sind.

Drei Verfahren werden gemeinsam von EZB und NCA bearbeitet

Aufsichtliches Verfahren zur Entscheidung über den Erwerb qualifizierter Beteiligungen



Quelle: EZB.
Deutsche Bundesbank

Antrag zur Erteilung einer Banklizenz ist bei NCA einzureichen

Das wichtigste gemeinsame Verfahren betrifft die Entscheidung über die Zulassung zur Aufnahme der Tätigkeit eines Kreditinstituts. Bereits seit Langem ist die Tätigkeit eines Kreditinstituts erlaubnispflichtig. Während die entsprechenden Erlaubnisse – verkürzt oft als Banklizenz bezeichnet – bisher von den nationalen Behörden erteilt wurden, wird in Zukunft die EZB die alleinige Zuständigkeit für die Vergabe von Banklizenzen besitzen. Der entsprechende Antrag ist allerdings bei der jeweiligen NCA einzureichen. Diese prüft, ob der Antragsteller die Lizenzvoraussetzungen im jeweiligen nationalen Recht – die gegebenenfalls über die Vorgaben des europäischen Rechts hinausgehen können – einhält. Ist dies der Fall, übermittelt sie der EZB einen Entwurf für einen Beschluss zur Erteilung der Banklizenz. Die EZB nimmt jedoch eine weitere Prüfung hinsichtlich der Vereinbarkeit mit materiellem europäischem Recht (insbesondere Art. 8 ff. CRD IV) vor und hat die Letztentscheidung über Erteilung oder Verwei-

gerung der Lizenz (Details in den Art. 73 bis 79 SSM-Rahmenverordnung).

Analog hierzu regelt eine zweite Art von gemeinsamen Verfahren den Entzug einer Banklizenz ebenfalls in einem Zusammenwirken zwischen NCA und EZB. Jede NCA kann den Entzug einer Lizenz vorschlagen – entweder aufgrund nationalen oder aufgrund europäischen Rechts (Art. 80 SSM-Rahmenverordnung) – allerdings hat auch hier die EZB die Letztentscheidung darüber, ob sie dem Vorschlag folgt. Sie kann auch aus eigener Initiative ein Lizenzentzugsverfahren einleiten; dann muss sie die jeweilige NCA konsultieren, hat aber auch dann die Letztentscheidung.

Zusammenarbeit gilt auch für den Entzug einer Lizenz

Die dritte Art von gemeinsamen Verfahren erfasst den Bereich qualifizierter Beteiligungen. Bereits jetzt ist es nach europäischem Recht erforderlich, dass eine natürliche oder juristische Person oder mehrere gemeinsam handelnde Personen, die eine qualifizierte Beteiligung an einem Kreditinstitut erwerben wollen, dies vorab der NCA zu notifizieren haben. Eine qualifizierte Beteiligung ist dabei definiert als eine Beteiligung, die 10% oder mehr des Kapitals oder der Stimmrechte eines Unternehmens ausmacht oder eine andere Möglichkeit der Wahrnehmung eines maßgeblichen Einflusses auf die Geschäftsführung dieses Unternehmens verschafft. Der Erwerb der qualifizierten Beteiligung ist zwar nicht genehmigungspflichtig, allerdings kann die Aufsichtsbehörde binnen 60 Arbeitstagen den Erwerb untersagen. Im Rahmen des SSM ist die Notifikation eines geplanten Erwerbs weiterhin an die jeweilige NCA zu richten, die die EZB davon in Kenntnis zu setzen hat und ihr einen Vorschlag unterbreiten muss, ob der Erwerb abgelehnt werden sollte oder nicht. Auch hier ist allerdings die EZB nicht an den Vorschlag der NCA gebunden, sondern entscheidet in letzter Instanz selbst über die Untersagung des Erwerbs (Art. 87 SSM-Rahmenverordnung).

Erwerb qualifizierter Beteiligungen

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Gesamtverantwortung der EZB über den gesamten

Bankensektor der teilnehmenden Mitgliedstaaten – und nicht nur für die bedeutenden Institute – anhand der gemeinsamen Verfahren deutlich illustriert wird. Besonders der Lizenzentzug als Ultima Ratio des aufsichtlichen Instrumentariums ist auch hinsichtlich der weniger bedeutenden Institute der EZB vorbehalten.

Verfahren im Zusammenhang mit der Ausübung grenzüberschreitender Tätigkeiten

SSM beeinflusst auch das Passporting-Regime innerhalb des SSM

Während die Zulassung eines Kreditinstituts in einem SSM-Mitgliedstaat immer einer Lizenz durch die EZB bedarf, verhält es sich bei der Errichtung von rechtlich nicht selbstständigen Zweigstellen unterschiedlich. Für diese gilt grundsätzlich der „Europäische Pass“; das heißt, Kreditinstitute, die in einem Staat des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) zugelassen sind, dürfen in jedem anderen EWR-Staat Zweigstellen errichten, ohne hierfür eine gesonderte Lizenz zu benötigen. Allerdings besteht eine Notifizierungspflicht. Das Kreditinstitut hat die Absicht der Errichtung einer Zweigstelle anzuzeigen, um den Aufsichtsbehörden der beteiligten Staaten zu ermöglichen, die Einhaltung der für dieses sogenannte Passporting geltenden Vorschriften zu überwachen. Dabei soll der Aufsichtsbehörde des Aufnahmestaates insbesondere ermöglicht werden zu prüfen, ob in Anbetracht der geplanten Tätigkeiten Zweifel an der Angemessenheit der Verwaltungsstrukturen und der Finanzlage des betreffenden Kreditinstituts bestehen (vgl. Art. 35 Abs. 3 CRD IV). Hierfür gelten Verfahren, die von der Europäischen Bankenaufsicht (European Banking Authority: EBA) entwickelt wurden und ebenfalls von der Errichtung des SSM betroffen sind.¹¹⁾

Verfahren zur Errichtung einer Zweigstelle mit Sitz im SSM-Raum

Beabsichtigt ein Kreditinstitut mit Hauptsitz im EWR eine Zweigstelle in einem anderen SSM-Mitgliedstaat zu errichten, so liegt die Zuständigkeit für die Entscheidung hierüber nur bei der EZB, falls es sich hierbei um die Zweigstelle

eines bedeutenden Instituts handelt. Andernfalls ist die Aufsichtsbehörde des Heimatmitgliedstaates zuständig. In beiden Fällen muss die Absichtsanzeige jedoch zunächst bei der Aufsichtsbehörde des Heimatmitgliedstaates eingereicht und von dieser geprüft werden.

Für die Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs, das heißt der Erbringung von (Bank-) Dienstleistungen über Staatsgrenzen hinweg und ohne Errichtung einer Auslandszweigstelle, gilt für alle Staaten im gesamten EWR prinzipiell das gleiche Verfahren, unabhängig von der Mitgliedschaft im SSM: Jedes Kreditinstitut mit Sitz in einem EWR-Staat, das seine Tätigkeit erstmals im Hoheitsgebiet eines anderen EWR-Staats ausüben möchte, zeigt seiner Heimataufsichtsbehörde an, welche Tätigkeiten aus der „Liste der Tätigkeiten, für die die gegenseitige Anerkennung gilt“ (s. Anhang I der CRD IV) es ausüben möchte. Hierbei ergibt sich im Zusammenhang mit der SSM-Rahmenverordnung folgende Besonderheit: Ist der Heimatstaat des Kreditinstituts ein EWR-Staat außerhalb des SSM und der Aufnahmestaat ein SSM-Staat, so liegen die entsprechenden Befugnisse des Aufnahmestaats immer bei der EZB, sodass hier immer eine europäische Perspektive hinsichtlich der Tätigkeiten eines Nicht-SSM-Kreditinstituts im SSM-Raum eingenommen wird.

Der SSM hat auch weitreichende Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Aufsichtskollegien, die derzeit für die effektive Aufsicht über grenzüberschreitende Bankengruppen zuständig sind. Sie wurden für Bankengruppen mit Tochterunternehmen oder bedeutenden Zweigstellen in verschiedenen EWR-Staaten errichtet und bilden somit die erste Anlaufstelle für die konsistente Anwendung und Durchsetzung europäischer Aufsichtsregelungen und Leit-

Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs

Auswirkungen des SSM auf die Zusammensetzung und Arbeit der Aufsichtskollegien

¹¹ Vgl. auch: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 926/2014 der Kommission vom 27. August 2014 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards in Bezug auf Standardformulare, -meldebögen und -verfahren für Notifizierungen im Zusammenhang mit der Ausübung des Niederlassungsrechts und des freien Dienstleistungsverkehrs gemäß der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates.

Verfahren bei den makroprudenziellen Befugnissen

Die jüngste Finanzkrise hat gezeigt, dass die Sicherung der Stabilität einzelner Finanzinstitute im Zweifelsfall nicht ausreicht, um die Stabilität des Finanzsystems insgesamt zu gewährleisten. Wegen der starken Vernetzung der Finanzmarktakteure untereinander kann der Ausfall eines bedeutenden Finanzinstituts die Stabilität und Funktionsfähigkeit des gesamten Finanzsystems gefährden und schließlich erhebliche negative Folgen für die gesamte Volkswirtschaft mit sich bringen. Diese systemweite Perspektive ist die Aufgabe der makroprudenziellen Überwachung. Sie ist damit eine notwendige Ergänzung der etablierten mikroprudenziellen Aufsicht über die einzelnen Finanzinstitute. Gleichzeitig ist die makroprudenzielle Aufsicht auf mikroprudenzielle Erkenntnisse angewiesen. So sind die Informationen, die durch die aufsichtlichen Meldungen der Institute verfügbar sind, für die makroprudenzielle Politik essenziell, um abzuschätzen, inwieweit sich in den einzelnen Geldhäusern oder in Gruppen von Kreditinstituten systemische Risiken aufbauen.

Zur Umsetzung dieses Ziels regelt Artikel 5 der SSM-Verordnung, dass die makroprudenziellen Aufgaben und Instrumente weiterhin in erster Linie von den national zuständigen Behörden wahrgenommen werden. Im Grundsatz verbleibt also auch nach der Einführung des SSM die Zuständigkeit für den Einsatz makroprudenzieller Instrumente auf nationaler Ebene. Allerdings kann die EZB die auf Grundlage europäischer Rechtsakte eingesetzten makroprudenziellen Instrumente verschärfen. Dieses Recht umfasst auch die Möglichkeit den Einsatz bestimmter makroprudenzieller Instrumente für die Institute der am SSM teilnehmenden Länder verpflichtend einzufordern, selbst wenn die betreffenden Instrumente in dem

Mitgliedstaat bislang noch nicht aktiviert wurden. Derweil hat die EZB nicht die Befugnis, die auf nationaler Ebene eingesetzten Instrumente zu lockern.

Durch diese asymmetrische Interventionsmöglichkeit wird verhindert, dass nationale Stellen notwendige restriktive Maßnahmen aus Rücksicht auf mögliche negative Folgen für die Wirtschaftsleistung und Beschäftigungssituation ihres Landes unterlassen und so einem Risikoaufbau mit möglicherweise grenzüberschreitenden Folgen nicht rechtzeitig entgegenwirken. Jedoch ist zu beachten, dass nur solche Instrumente von der EZB verschärft werden können, die auf der CRR und CRD IV beruhen. Alle Maßnahmen der EZB sind demnach auf den Bankensektor begrenzt; eine Möglichkeit, auf Entwicklungen zum Beispiel im Versicherungssektor Einfluss zu nehmen, besitzt sie demzufolge nicht. Ein Beispiel für ein von der CRR vorgesehenes makroprudenzielles Instrument ist der Antizyklische Kapitalpuffer, mit dem Zuschläge zu den Eigenmittelanforderungen gemäß CRR an Kreditinstitute verhängt werden können. Er kann von den national zuständigen Behörden im Verlauf eines Finanzzyklus so variiert werden, dass die zusätzlichen Eigenkapitalanforderungen an die Kreditinstitute im Verlauf dieses Zyklus mit den systemischen Risiken atmen. Dadurch wird während der Phase eines zyklischen Risikoaufbaus einerseits die Verlustabsorptionsfähigkeit der Institute gestärkt und andererseits deren Kreditvergabe in gewissem Maße gedämpft. Kommt es zu einem zyklischen Abschwung, so können die Kapitalanforderungen des Antizyklischen Kapitalpuffers wieder gelockert und dadurch die Kreditversorgung der Realwirtschaft gestützt werden.

Eine wichtige Rolle für die makroprudenzielle Politik spielt auch der Europäische Ausschuss für Systemrisiken (European Systemic Risk Board: ESRB¹⁾). Das oberste Beschlussorgan dieses EU-Gremiums setzt sich aus dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten der EZB, den Präsidenten der nationalen Zentralbanken, einem Mitglied der Kommission, den Vorsitzenden der drei sektoralen europäischen Finanzaufsichtsbehörden EBA, ESMA und EIOPA sowie dem Vorsitzenden des beratenden Fachausschusses (ATC) und dem des beratenden wissenschaftlichen Ausschusses (ASC) des ESRB zusammen. Mitglieder ohne Stimmrecht sind zudem jeweils ein hochrangiger Vertreter der nationalen Aufsichtsbehörden sowie der Vorsitzende des europäischen Wirtschafts- und Finanzausschusses (WFA). Der ESRB verfügt selbst über keine eigenen Befugnisse zum Einsatz makroprudenzieller Instrumente, kann aber Warnungen und Empfehlungen

gegenüber der Europäischen Union insgesamt, einzelnen Mitgliedstaaten, den ESAs²⁾ oder den Aufsichtsbehörden aussprechen, um systemischen Risiken entgegenzuwirken.³⁾ Somit kann in Zukunft auch die EZB Adressat von ESRB-Empfehlungen sein, die sie bei Wahrnehmung ihrer Aufsichtsaufgaben berücksichtigen wird.

1 Der ESRB ist für alle EU-Staaten und das gesamte Finanzsystem zuständig. Der SSM ist nur für die teilnehmenden Staaten und die Bankenaufsicht zuständig.

2 Dies sind EBA, ESMA und EIOPA.

3 Näheres zu Aufgaben und Zusammensetzung des ESRB siehe: Deutsche Bundesbank, Finanzstabilitätsbericht 2010, S. 130 f.

linien. Ihre Hauptaufgabe besteht in der koordinierten Planung und Durchführung von aufsichtlichen Schlüsselaufgaben sowohl in der laufenden Institutsaufsicht als auch in Notfallsituationen.¹²⁾ Mit Inkrafttreten des SSM wird dieses Konzept nicht grundsätzlich aufgegeben, allerdings ergeben sich an verschiedenen Stellen Neuerungen. Die Beteiligung der EZB und der national zuständigen Aufsichtsbehörden an Aufsichtskollegien ist in den Artikeln 8 bis 10 der SSM-Rahmenverordnung geregelt. Aufsichtskollegien, in denen alle Mitglieder Aufsichtsbehörden über bedeutende beaufsichtigte Unternehmen aus dem SSM sind, entfallen und werden durch die JST ersetzt. Demnach bleibt ein Aufsichtskollegium nur dann weiterhin bestehen, wenn mindestens eine nationale Aufsichtsbehörde aus einem Nicht-SSM-Staat über ein von ihr beaufsichtigtes Mutterinstitut, ein Tochterunternehmen oder eine bedeutende Zweigstelle der jeweiligen Gruppe in das Aufsichtskollegium eingebunden ist oder es sich um eine Bankengruppe mit ausschließlich

weniger bedeutenden Instituten im SSM-Raum handelt, für welche im Aufsichtskollegium weiterhin die jeweiligen nationalen Aufsichtsbehörden zuständig bleiben.

An der eigentlichen Aufgabe der Aufsichtskollegien, soweit sie fortbestehen, ändert sich mit Inkrafttreten des SSM nichts. Sie bilden weiterhin ein wichtiges Instrumentarium für die Aufsicht über grenzüberschreitende Institute – eine Rolle, die mit Inkrafttreten des CRD IV-Pakets nochmals gewürdigt und konsolidiert wurde, indem rechtlich nicht bindende Grundprinzipien für die operative Arbeit der Aufsichtskollegien durch bindende technische Standards der EBA ersetzt und damit in unmittelbar anzuwendend-

Aufsichtskollegien bilden auch im SSM ein wichtiges Instrument

12 Vgl. auch: Deutsche Bundesbank, Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der laufenden Bankenaufsicht, Monatsbericht, Dezember 2009, S. 53 ff. – abrufbar unter: www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/Monatsberichtsauftaetze/2009/2009_12_zusammenarbeit.pdf?_blob=publicationFile

des Recht überführt sowie im Detail näher ausgearbeitet wurden.

■ Personal und Finanzierung

Personalrekrutierung im Rahmen des SSM

SSM erfordert erheblichen Personalaufbau bei der EZB

Die Übernahme der Aufsichtsverantwortung im Rahmen des SSM geht für die EZB mit einem erheblichen Personalaufbau einher. Für die bankaufsichtlichen Tätigkeiten des SSM hat die EZB eine Personalausstattung von rund 770 Stellen vorgesehen. Zudem werden rund 200 Stellen für SSM-Unterstützungstätigkeiten (z. B. für die Bereiche IT, Recht, Personal, Controlling und Revision) benötigt. Schon während der Vorbereitungsarbeiten zeigte sich, dass nur durch enge und konstruktive Kooperation zwischen der EZB und den nationalen Aufsichtsbehörden die Ziele des SSM erreicht werden können. In diesem Sinne fördert die Bundesbank den Aufbau des SSM nicht nur durch ihre fachliche Expertise. Seit April 2013 wurden sukzessive Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur EZB entsandt, um die Aufbauarbeiten vor Ort zu unterstützen. Zu Beginn des vierten Quartals 2013 hat die EZB damit begonnen, die neuen Stellen auszuschreiben.

Personalwirtschaftliche Herausforderungen

Englischer Sprache kommt in der täglichen Zusammenarbeit deutlich stärkeres Gewicht zu

Die Beaufsichtigung der signifikanten SSM-Banken in den künftigen JST sowie in den On-site Inspection Teams (OIT) stellt eine völlig neue Form der Zusammenarbeit dar und bringt aus personalwirtschaftlicher Sicht einige Herausforderungen mit sich. So werden künftig Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus verschiedenen Ländern und Aufsichtsbehörden¹³⁾, die jeweils durch eine eigene nationale Aufsichtskultur geprägt sind und unterschiedlichen arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen unterliegen, grenzüberschreitend zusammenarbeiten. In der täglichen Zusammenarbeit wird der englischen

Sprache als Arbeitssprache ein erheblich stärkeres Gewicht zufallen, als das bisher der Fall war.

Die künftige Zusammenarbeit im Rahmen des SSM stellt sowohl für die Bundesbank als auch die beteiligten Beschäftigten eine völlig neue Form der Arbeitsweise dar. Die Beschäftigten werden von unterschiedlichen Standorten aus gemeinsam die laufende Aufsicht über die bedeutenden Institute ausüben. Dabei wird die Zusammenarbeit in den JST ähnlich wie in virtuellen Teams ablaufen. Im Rahmen einer Matrixorganisation wird der JST-Koordinator bei der EZB die fachlichen Vorgaben machen, der Bundesbank-Vorgesetzte ist für die personalrechtlichen Belange und Rahmenbedingungen der Bundesbank-Teammitglieder zuständig.

Arbeit in JST erfolgt im Rahmen einer Matrixorganisation ...

Eine abschließende Beantwortung aller personalwirtschaftlichen Fragestellungen, die sich aus dem besonderen und in vielerlei Hinsicht neuen Charakter der Zusammenarbeit und der Strukturen im SSM ergeben, wird erst im weiteren Zeitablauf möglich sein. Dies betrifft insbesondere die Themenbereiche, bei denen die jeweiligen nationalen Beschäftigungsbedingungen eine bedeutsame Rolle spielen.

... und stellt alle Beteiligten vor neue Fragestellungen

Aufsichtsgebühren

Die Kosten für die Bankenaufsicht durch die EZB sollen von den beaufsichtigten Unternehmen selbst übernommen werden. Die EZB wird daher gemäß Artikel 30 der SSM-Verordnung eine jährliche Gebühr von den in den teilnehmenden Mitgliedstaaten niedergelassenen Kreditinstituten erheben. Die Gebühren der EZB werden die Ausgaben der EZB für die Wahrnehmung der ihr durch die SSM-Verordnung übertragenen Aufgaben decken.

EZB wird bei Banken der SSM-Länder eine jährliche Aufsichtsgebühr erheben

Nähere Regelungen zur Festsetzung des Gesamtbetrages der Aufsichtsgebühr, zur Berech-

¹³ Der Begriff Aufsichtsbehörde wird im Abschnitt Personalwirtschaft sowohl für Aufsichtsbehörden im engeren Sinn als auch für die Notenbanken mit Aufgaben im Bereich Bankenaufsicht verwendet.

nung des von jeder beaufsichtigten Bank oder Bankengruppe zu entrichtenden Betrages, zur Einziehung der jährlichen Aufsichtsgebühr sowie weiteren Verfahrensaspekten trifft die „Verordnung der EZB über Aufsichtsgebühren“¹⁴). Das Konsultationspapier zur „Verordnung der EZB über Aufsichtsgebühren“ vom Mai 2014 enthält Erläuterungen zu den einzelnen Aspekten dieser Verordnung.

Sowohl die direkten als auch die anteiligen indirekten Kosten werden umgelegt

Mit der Aufsichtsgebühr wird die EZB sowohl ihre direkten Kosten für die Erledigung der operativen Tätigkeiten in den vier neu geschaffenen aufsichtlichen Generaldirektionen, der Generaldirektion Makroprudenzielle Politik und Finanzstabilität, des Aufsichtsgremiums und des Sekretariats als auch die anteiligen indirekten Kosten für sogenannte „shared services“ wie etwa Rechtsdienste, Statistik, IT, Personal und Gebäude umlegen. Entsprechend der SSM-Verordnung müssen die Kosten für die Beaufsichtigung für alle Kreditinstitute tragbar und angemessen sein. Um dies sicherzustellen, verständigt sich die EZB vor der Entscheidung über die endgültige Höhe der Gebühr mit den NCA.

Getrennte Berechnung für bedeutende und weniger bedeutende Banken

Zur Festsetzung der Aufsichtsgebühr wird die EZB ihre jährlichen Kosten in die Kategorien „Aufsichtskosten für bedeutende Unternehmen“ und „Aufsichtskosten für weniger bedeutende Unternehmen“ aufteilen. Die Kosten werden innerhalb der jeweiligen Kategorie auf die Institute umgelegt.

Fixe Mindestgebühr und variable Komponente

Die Aufsichtsgebühr der EZB setzt sich in beiden Kategorien aus einer fixen Mindestgebühr und einer variablen Komponente zusammen. Die Mindestgebühr beträgt grundsätzlich 10% der Kosten der betreffenden Kategorie dividiert durch die Anzahl der Institute der Kategorie. Wegen der besonderen Situation, dass die drei größten Institute eines jeden Landes ungeachtet ihrer tatsächlichen Größe als signifikant angesehen werden, wird die Mindestgebühr bei den kleineren signifikanten Instituten mit Aktiva von weniger als 10 Mrd € halbiert. Die variablen Gebühren errechnen sich zu je 50% aus den

gesamten Aktiva des Instituts und den risikogewichteten Aktiva als Indikator für das Risikoprofil.

Den genauen Betrag kann die EZB zwar erst 2015 bestätigen, nach ihrer vorläufigen Analyse belaufen sich jedoch die Aufwendungen der EZB für die bankaufsichtlichen Aufgaben für November und Dezember 2014 auf rund 40 Mio €, für 2015 werden rund 260 Mio € veranschlagt. Von den 300 Mio € Gesamtkosten für diese erste Rechnungsperiode sollen die signifikanten Institute 255 Mio €, die weniger signifikanten Institute 45 Mio € tragen. Für die direkt beaufsichtigten signifikanten Institute erwartet die EZB eine Bandbreite für die Aufsichtsgebühr von etwa 150 000 € bis 15 Mio € pro Jahr, wobei die Mehrzahl zwischen 0,7 Mio € und 2 Mio € zu zahlen haben wird. Bei den indirekt beaufsichtigten weniger signifikanten Instituten soll die Gebühr circa 2 000 € bis 200 000 € jährlich betragen. Die meisten der indirekt beaufsichtigten Institute sollen zwischen 2 000 € und 7 000 € entrichten.

Genauere Beträge zu erstattender Aufsichtskosten kann EZB erst 2015 bestätigen

Der Gebührenbescheid der EZB ergeht kalenderjährlich zwischen 1. Juni und 31. August. Die Zahlung wird innerhalb von 35 Tagen nach Erlass des Gebührenbescheides fällig. Der erste Gebührenbescheid wird im Jahr 2015 erlassen und betrifft den Abrechnungszeitraum November/Dezember 2014 sowie die Vorauszahlung für 2015.

■ Ausblick

Der einheitliche europäische Abwicklungsmechanismus

Der einheitliche Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism: SRM) ist neben dem

SRM ergänzt SSM zeitnah

¹⁴ Die Veröffentlichung der Verordnung über die EZB-Aufsichtsgebühren ist für den 20. Oktober 2014 vorgesehen.

SSM die zweite Säule der Bankenunion.¹⁵⁾ Mit dem SRM werden ein europäisches Abwicklungsgremium (Single Resolution Board: SRB) sowie ein einheitlicher europäischer Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund: SRF) errichtet. Damit schafft der SRM für die am SSM teilnehmenden Mitgliedstaaten einen einheitlichen institutionellen Rahmen für die Abwicklung von Kreditinstituten. Haftung und Verantwortung werden so auf europäischer Ebene zusammengeführt.

Bankenabgabe ist in Verhandlung

Derzeit wird noch über die Details der Beitragszahlung in den Abwicklungsfonds verhandelt. Die Bemessung dieser Beiträge wird durch einen delegierten Rechtsakt nach Artikel 103 Absatz 7 BRRD (Bank Recovery and Resolution Directive) und einen Durchführungsrechtsakt des Rates nach Artikel 70 SRM-Verordnung festgelegt. Nach den Entwürfen des delegierten Rechtsaktes soll jede Bank eine Abgabe zahlen, die sich grundsätzlich aus einem Grundbeitrag und einer zusätzlichen Risikoadjustierung zusammensetzen soll.

Eine ideale Berechnungsweise müsste sicherstellen, dass Institute entsprechend den von ihnen ausgehenden systemischen Risiken an den Kosten zukünftiger Banken Krisen beteiligt werden. Besonders wichtig sind hierbei die adäquate Berücksichtigung des Risikoprofils der jeweiligen Bank sowie des Proportionalitätsprinzips, nach dem kleine und risikoarme Institute relativ betrachtet weniger zum Abwicklungsfonds beitragen sollten als große, systemrelevante Banken.

Comprehensive Assessment

SRM soll nicht für Altlasten Anwendung finden, die auf nationaler Ebene entstanden sind

Der europäische Abwicklungsfonds des SRM soll nicht für Altlasten der SSM-Institute angewendet werden, für solche Kapitallücken also, die bereits jetzt in den Bankbilanzen vorhanden sind: Diese Kapitallücken sind noch unter nationaler Aufsicht entstanden und müssen daher auch unter nationaler Verantwortung geschlossen werden. Ein zentrales Element der Vorberei-

tungsarbeiten zum SSM ist daher die umfassende Prüfung der bedeutenden Kreditinstitute (Comprehensive Assessment), die in Artikel 33 Absatz 4 SSM-Verordnung vorgesehen ist. Im Rahmen des Comprehensive Assessments wird die Qualität vorhandener Bankaktiva zum Stichtag 31. Dezember 2013 geprüft. Zusätzlich zu diesem Asset Quality Review (AQR) führt die EZB in Zusammenarbeit mit der EBA auch Stresstests durch, bei denen mögliche Szenarien simuliert und die sich daraus ergebenden Auswirkungen auf die Stabilität der Institute abgeschätzt werden. Die Szenarien umfassen ein sogenanntes Basisszenario (baseline scenario), bei dem ein typischer Konjunkturverlauf über einen Zeitraum von drei Jahren hinweg simuliert wird, sowie ein adverses Szenario, bei dem ein besonders ungünstiger und unwahrscheinlicher, allerdings möglicher Konjunkturverlauf angenommen wird.¹⁶⁾

Das Comprehensive Assessment wird derzeit in engem Zusammenwirken von EZB, EBA und nationalen Behörden durchgeführt; die Ergebnisse werden am 26. Oktober 2014 veröffentlicht – gut eine Woche vor Übernahme der direkten Aufsicht über die bedeutenden Institute durch die EZB. Sollten im Rahmen des Comprehensive Assessments bei einem Institut Kapitallücken aufgedeckt werden, so erhält das betroffene Institut zwei Wochen Zeit, um einen Plan vorzulegen, wie es diese Lücken in eigener Verantwortung – etwa durch Kapitalerhöhungen am Markt – schließen will. Um seinen Plan umzusetzen, erhält das Institut sechs Monate (für Lücken aus AQR oder dem Basisszenario) beziehungsweise neun Monate (für Lücken aus dem adversen Szenario) Zeit. Ist es dem Institut nicht

Instrumentarien für den Fall, dass sich im Comprehensive Assessment Kapitallücken zeigen

¹⁵ Näheres zum SRM, seinem Aufbau und seiner Finanzierungsstruktur siehe: Deutsche Bundesbank, Die neuen europäischen Regeln zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten, Monatsbericht, Juni 2014, S. 31 ff. – abrufbar unter: www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/Monatsberichtsauftaetze/2014/2014_06_europ_regeln_sanierung_ki.pdf?__blob=publicationFile

¹⁶ Die EZB stellt auf ihrer Website umfassende Informationen über die Details des Comprehensive Assessment zur Verfügung – abrufbar unter: www.ecb.europa.eu/ssm/assessment/html/index.en.html

möglich, seinen Kapitalbedarf aus eigener Kraft zu decken, so müssen die Behörden des jeweiligen Mitgliedstaates eingreifen. Sofern erforderlich, könnte dies auch zur Abwicklung führen. Da es in nationaler Verantwortung liegt, die Altlasten zu bereinigen, steht die Wahl der dabei eingesetzten Instrumente prinzipiell im Ermessen des jeweiligen Mitgliedstaates. Allerdings müssen dabei die Vorgaben des europäischen Beihilferechts beachtet werden. Dieses verlangt eine Verlusttragung der Anteilseigner und nachrangigen Gläubiger, ehe Rekapitalisierungen mit öffentlichen Mitteln durchgeführt werden dürfen.¹⁷⁾ Obwohl die deutsche Umsetzung der Abwicklungsinstrumente der BRRD voraussichtlich erst zum 1. Januar 2015 erfolgt, kann diese Bedingung in Deutschland bereits jetzt durch das Instrument der Übertragungsanordnung (§§ 48a ff. KWG) bewerkstelligt werden, gegebenenfalls in Kombination mit der Errichtung einer Brückenbank. Als Backstops für externe Finanzierung stehen in Deutschland der aus Bankenabgaben finanzierte Restrukturierungsfonds sowie der fiskalisch finanzierte Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) zur Verfügung. Im Sinne des Grundsatzes, dass primär die Investoren die aus ihrer Investition folgenden Risiken und Verluste tragen sollten, sollte der SoFFin aber nur als Ultima Ratio herangezogen werden. Für den Fall, dass das Comprehensive Assessment zu Handlungsbedarf bei deutschen Instituten führen sollte, ist Deutschland gut vorbereitet.

■ Fazit

Die Bankenunion mit dem SSM als wesentlichem Bestandteil stellt eine notwendige und wichtige Ergänzung der Europäischen Währungsunion dar. Insbesondere die auf den hoch integrierten europäischen Finanzmärkten grenzüberschreitend tätigen Bankengruppen bedürfen eines gleichermaßen europäisch aufgestellten und vernetzten Aufsichtsmechanismus unter dem Dach einer zentralen Aufsichtsbehörde.

Der SSM löst die bislang rein national ausgerichtete Bankenaufsicht in den Euro-Ländern ab und führt insgesamt zu einer fundamentalen Änderung der Aufsichtspraxis. In einer relativ kurzen Vorbereitungsphase wurden rechtliche, institutionelle und organisatorische Voraussetzungen dafür geschaffen, dass der Übergang am 4. November 2014 möglichst reibungslos verlaufen kann.

Mit dem SSM sind hohe Erwartungen verbunden. Die Änderung der Sichtweise von der nationalen Betrachtung hin zu einer übergreifenden europäischen Perspektive mit einer einheitlichen Verwaltungspraxis kann zu einem verbesserten Wettbewerbsumfeld im europäischen Bankenmarkt führen.

Wichtig hierbei ist die intensive Einbindung der NCA. Der SSM ist als Aufsichtsmechanismus von EZB und NCA zu sehen, die auf kooperativer Basis zusammenwirken und Aufgaben und Funktionen übernehmen. Damit kann einerseits die spezielle Expertise der NCA über die nationalen Märkte und Banken genutzt werden; andererseits können Fehlanreize durch unterschiedliche Aufsichtspraktiken – verbunden mit der Gefahr einer Bevorzugung der heimischen Banken – vermieden werden.

Für einen erfolgreichen Start in die Bankenunion ist eine vorherige Bestandsaufnahme bestehender Lasten und Risiken der künftig in den direkten Zuständigkeitsbereich der EZB fallenden bedeutenden Banken essenziell. Auch wenn das Comprehensive Assessment für die betroffenen Banken und für die Bankenaufsicht einen sehr hohen administrativen Aufwand mit sich brachte, sind die umfassende Bewertung und die nachfolgende Bereinigung erkannter Probleme für die Glaubwürdigkeit des SSM unabdingbar.

¹⁷ Vgl. auch: „Bankenmitteilung“ – abrufbar unter: [eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52013XC0730\(01\)&from=EN](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52013XC0730(01)&from=EN)

Statistischer Teil

■ Inhalt

■ I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze.....	5*
2. Außenwirtschaft.....	5*
3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren.....	6*

■ II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang.....	8*
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs).....	10*
3. Liquiditätsposition des Bankensystems.....	14*

■ III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva.....	16*
2. Passiva.....	18*

■ IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Bundesbank) in Deutschland..	20*
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen..	24*
3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland.....	26*
4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland.....	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland.....	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland.....	38*
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland.....	39*
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs).	40*

■ V. Mindestreserven

1. Reservesätze.....	42•
2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998.....	42•
3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion.....	42•

■ VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze.....	43•
2. Basiszinssätze.....	43•
3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren).....	43•
4. Geldmarktsätze nach Monaten.....	43•
5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs).....	44•

■ VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva.....	48•
2. Passiva.....	49•

■ VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland.....	50•
2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland.....	51•
3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland.....	52•
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten.....	52•
5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere.....	53•
6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland.....	53•

■ IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften.....	54•
2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften.....	55•
3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte.....	56•
4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte.....	57•

■ X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“.....	58•
2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.....	58•
3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung.....	59•
4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden.....	59•

5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen	60*
6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten	60*
7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern	61*
8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen	61*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung	62*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung	62*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung	63*
12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme	63*
13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern	63*
14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten	64*

■ XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens..	65*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe	66*
3. Auftragseingang in der Industrie	67*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe	68*
5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen	68*
6. Arbeitsmarkt	69*
7. Preise	70*
8. Einkommen der privaten Haushalte	71*
9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft	71*
10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen	72*
11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen	73*

■ XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion	74*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	75*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern	76*
4. Dienstleistungen sowie Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland	77*
5. Sekundäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland	77*
6. Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	77*
7. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland	78*
8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank bis zum Jahresende 1998	79*
9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der EWU	79*
10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland	80*
11. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen	81*
12. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der EWWU	81*
13. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft	82*

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)				Zinssätze		
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)	
				gleitender Dreimonatsdurchschnitt							
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %							% p. a. im Monatsdurchschnitt			
2012 Dez.	6,4	4,5	3,5	3,5	0,7	- 0,5	- 1,5	0,07	0,19	3,0	
2013 Jan.	6,5	4,4	3,4	3,3	0,3	- 0,7	- 1,7	0,07	0,20	3,0	
Febr.	7,0	4,2	3,1	3,0	0,2	- 0,6	- 1,6	0,07	0,22	3,1	
März	7,0	4,1	2,5	2,9	0,3	- 0,5	- 1,2	0,07	0,21	3,0	
April	8,6	4,8	3,2	2,8	0,3	- 0,5	- 1,5	0,08	0,21	2,7	
Mai	8,3	4,6	2,8	2,8	0,2	- 0,6	- 1,0	0,08	0,20	2,6	
Juni	7,5	4,3	2,4	2,4	0,1	- 0,6	- 1,0	0,09	0,21	3,0	
Juli	7,0	4,0	2,1	2,2	- 0,4	- 1,1	- 1,0	0,09	0,22	3,0	
Aug.	6,7	4,0	2,3	2,1	- 0,3	- 0,9	- 1,2	0,08	0,23	3,0	
Sept.	6,6	3,8	2,0	1,9	- 0,7	- 1,0	- 1,3	0,08	0,22	3,1	
Okt.	6,5	3,2	1,4	1,6	- 0,9	- 1,3	- 0,9	0,09	0,23	2,9	
Nov.	6,5	3,0	1,5	1,3	- 1,1	- 1,3	- 0,9	0,10	0,22	2,8	
Dez.	5,7	2,5	1,0	1,2	- 1,8	- 2,0	- 1,2	0,17	0,27	2,9	
2014 Jan.	6,1	2,4	1,2	1,2	- 1,8	- 2,3	- 1,1	0,20	0,29	2,8	
Febr.	6,2	2,4	1,4	1,2	- 1,9	- 2,4	- 1,2	0,16	0,29	2,6	
März	5,6	2,2	1,0	1,1	- 2,1	- 2,5	- 1,0	0,19	0,31	2,5	
April	5,2	2,0	0,8	1,0	- 2,2	- 2,6	- 1,0	0,25	0,33	2,3	
Mai	5,0	2,1	1,1	1,2	- 2,4	- 2,7	- 1,2	0,25	0,32	2,2	
Juni	5,4	2,3	1,6	1,5	- 2,4	- 2,3	- 1,6	0,08	0,24	2,1	
Juli	5,6	2,5	1,8	1,8	- 1,8	- 1,8	- 1,3	0,04	0,21	1,9	
Aug.	5,8	2,7	2,0	...	- 1,7	- 1,9	- 1,1	0,02	0,19	1,7	
Sept.	0,01	0,10	1,6	

1 Quelle: EZB. 2 Saisonbereinigt. 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFI's gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen Nicht-MFI's.

5 Euro OverNight Index Average. 6 Euro Interbank Offered Rate. 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.4, S.43 • 8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen. Einbezogene Länder:DE,FR,NL,BE,AT,FI,IE,PT,ES,IT,GR, (nach Umschuldung im März 2012 Neuemission).

2. Außenwirtschaft *)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz der EWU							Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz			Kapitalbilanz				Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)	
	Saldo	darunter: Handelsbilanz	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapierverkehr 2)	übriger Kapitalverkehr	Währungsreserven		nominal	real 4)
	Mio €							1 EUR = ... USD	1. Vj. 1999=100	
2012 Dez.	+ 27 259	+ 9 287	- 43 470	+ 6 340	+ 12 066	- 62 497	+ 620	1,3119	98,7	96,3
2013 Jan.	- 5 404	- 3 373	+ 3 853	- 21 755	+ 30 963	- 587	- 4 768	1,3288	100,4	98,0
Febr.	+ 9 684	+ 10 815	- 11 133	+ 12 126	- 12 306	- 13 388	+ 2 437	1,3359	101,6	99,0
März	+ 24 325	+ 21 850	- 15 952	- 15 544	- 8 053	+ 5 368	+ 2 278	1,2964	100,2	97,9
April	+ 15 682	+ 15 966	- 22 109	- 7 492	- 12 040	- 2 536	- 41	1,3026	100,5	97,9
Mai	+ 13 281	+ 16 534	- 19 277	+ 43 749	+ 16 032	- 78 503	- 555	1,2982	100,5	98,1
Juni	+ 31 110	+ 17 359	- 30 802	- 14 289	+ 38 096	- 54 018	- 591	1,3189	101,6	98,9
Juli	+ 25 727	+ 18 655	- 28 642	+ 6 932	- 33 262	- 2 551	+ 239	1,3080	101,5	98,9
Aug.	+ 10 197	+ 6 737	- 6 788	- 311	+ 25 517	- 30 025	- 1 969	1,3310	102,2	99,5
Sept.	+ 15 496	+ 12 674	- 20 433	- 19 275	+ 20 258	- 20 286	- 1 131	1,3348	102,0	99,1
Okt.	+ 26 444	+ 17 447	- 19 823	+ 17 937	- 1 006	- 37 608	+ 855	1,3635	102,8	99,7
Nov.	+ 28 788	+ 17 698	- 32 897	- 23 194	+ 56 136	- 66 021	+ 181	1,3493	102,6	99,5
Dez.	+ 32 480	+ 12 947	- 48 851	- 11 048	+ 7 261	- 43 720	- 1 344	1,3704	103,9	100,7
2014 Jan.	+ 2 778	+ 1 836	+ 8 048	- 9 239	+ 46 651	- 26 631	- 2 733	1,3610	103,4	100,3
Febr.	+ 9 296	+ 15 923	- 10 969	- 521	+ 38 839	- 49 800	+ 513	1,3659	103,6	100,4
März	+ 19 555	+ 19 157	- 25 746	- 14 616	- 16 924	+ 6 130	- 336	1,3823	104,6	101,4
April	+ 18 793	+ 15 723	- 19 137	- 18 708	- 83 554	+ 83 464	- 339	1,3813	104,5	101,1
Mai	+ 12 716	+ 16 533	- 11 031	+ 10 644	+ 57 814	- 79 032	- 457	1,3732	103,8	p) 100,1
Juni	+ 24 844	+ 18 676	- 28 344	+ 7 875	+ 21 930	- 58 637	+ 488	1,3592	103,0	p) 99,2
Juli	+ 32 259	+ 21 015	- 37 800	- 2 790	- 10 819	- 24 833	+ 641	1,3539	102,6	p) 98,8
Aug.	1,3316	101,9	p) 98,1
Sept.	1,2901	100,4	p) 96,6

* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 5. Auflage des Internationalen Währungsfonds. 1 Siehe auch Tab. XII.12 und

13, S. 79 • / 80 • 2 Einschl. Finanzderivate. 3 Gegenüber den Währungen der EWK-20-Gruppe. 4 Auf Basis der Verbraucherpreisindizes.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	EWU	Belgien	Deutschland	Estland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien	Lettland
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾³⁾										
2011	1,6	1,8	3,6	8,7	2,8	2,0	- 7,1	2,2	0,4	5,0
2012	- 0,7	- 0,1	0,4	4,5	- 1,0	0,0	- 7,0	0,2	- 2,4	4,8
2013	- 0,4	0,2	0,1	2,2	- 1,4	0,2	- 3,9	- 0,3	- 1,8	4,2
2013 1.Vj.	- 1,1	- 0,5	- 1,8	4,2	- 3,2	- 0,7	- 6,0	- 1,7	- 2,6	3,1
2.Vj.	- 0,6	0,1	0,5	1,4	- 0,8	0,7	- 4,0	- 1,6	- 2,3	4,6
3.Vj.	- 0,3	0,4	0,8	1,9	- 0,8	0,6	- 3,2	2,7	- 1,5	4,6
4.Vj.	0,5	0,8	1,0	1,6	- 0,2	0,6	- 2,3	- 0,7	- 1,0	4,4
2014 1.Vj.	1,0	1,1	2,5	- 0,1	- 0,1	0,7	- 1,1	...	- 0,5	2,8
2.Vj.	0,7	1,0	0,8	2,6	...	0,1	- 0,3	...	- 0,6	2,3
Industrieproduktion ¹⁾⁴⁾										
2011	3,5	4,4	7,2	19,7	2,1	2,3	- 5,8	- 0,4	1,2	8,8
2012	- 2,5	- 3,3	5) - 0,4	1,5	- 1,6	- 2,7	- 2,1	- 1,5	- 6,4	6,2
2013	- 0,7	0,8	0,2	3,0	- 3,6	- 0,6	- 3,2	- 1,8	- 3,1	- 0,4
2013 1.Vj.	- 2,3	- 3,3	- 1,8	4,2	- 3,6	- 1,8	- 2,1	- 4,6	- 4,6	- 1,0
2.Vj.	- 1,0	1,3	- 0,3	3,8	- 6,4	0,2	- 0,4	- 1,3	- 3,9	- 0,1
3.Vj.	- 1,1	0,8	- 0,2	2,6	- 2,4	- 1,6	- 5,4	- 1,8	- 3,6	0,2
4.Vj.	1,5	4,5	3,0	1,4	- 2,0	0,6	- 4,8	0,5	- 0,2	- 0,6
2014 1.Vj.	1,3	4,0	3,0	- 1,3	- 5,7	- 0,8	- 2,5	11,9	0,5	- 2,8
2.Vj.	1,0	4,0	1,1	2,5	- 3,0	- 1,8	- 3,0	21,0	0,0	- 0,2
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁶⁾										
2011	80,7	80,5	86,1	73,3	80,5	83,4	67,9	-	72,6	67,6
2012	78,9	77,7	83,5	70,2	78,8	82,2	64,9	-	70,1	70,8
2013	78,0	76,6	82,1	71,3	78,4	80,9	65,0	-	70,1	72,0
2013 2.Vj.	77,5	76,4	81,5	70,8	77,4	80,9	64,0	-	68,4	72,0
3.Vj.	78,3	76,4	82,5	71,5	80,3	80,8	64,9	-	71,3	71,8
4.Vj.	78,4	78,2	82,3	72,5	77,5	79,6	65,9	-	72,2	72,2
2014 1.Vj.	80,1	79,5	83,3	72,3	79,1	81,8	65,9	-	72,5	72,1
2.Vj.	79,5	79,0	83,9	72,6	79,9	81,3	67,7	-	71,7	72,0
3.Vj.	79,8	79,2	84,0	74,0	78,9	82,3	70,4	-	72,5	71,5
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁷⁾⁸⁾										
2011	10,1	7,2	6,0	12,3	7,8	9,2	17,9	14,7	8,4	16,2
2012	11,3	7,6	5,5	10,0	7,7	9,8	24,5	14,7	10,7	15,0
2013	12,0	8,4	5,3	8,6	8,2	10,3	27,5	13,1	12,2	11,9
2014 März	11,7	8,4	5,3	7,7	8,5	10,1	27,1	11,9	12,4	11,4
April	11,6	8,5	5,2	7,8	8,5	10,1	27,1	11,8	12,5	10,8
Mai	11,6	8,5	5,0	7,3	8,6	10,2	26,8	11,7	12,6	10,8
Juni	11,5	8,5	4,9	7,3	8,6	10,4	26,7	11,6	12,3	10,8
Juli	11,5	8,5	4,7	7,4	8,6	10,5	26,4	11,5	12,6	...
Aug.	11,5	8,5	5,1	...	8,6	10,5	...	11,4	12,3	...
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾										
2011	9) 2,7	3,4	2,5	5,1	3,3	2,3	3,1	1,2	2,9	4,2
2012	2,5	2,6	2,1	4,2	3,2	2,2	1,0	1,9	3,3	2,3
2013	1,4	1,2	1,6	3,2	2,2	1,0	- 0,9	0,5	1,3	0,0
2014 April	0,7	0,9	1,1	0,8	1,3	0,8	- 1,6	0,4	0,5	0,8
Mai	0,5	0,8	0,6	0,6	1,0	0,8	- 2,1	0,4	0,4	0,8
Juni	0,5	0,7	1,0	0,4	1,1	0,6	- 1,5	0,5	0,2	0,8
Juli	0,4	0,6	0,8	0,0	1,0	0,6	- 0,8	0,5	0,0	0,6
Aug.	0,4	0,4	0,8	- 0,2	1,2	0,5	- 0,2	0,6	- 0,2	0,8
Sept.	p) 0,3	0,2	0,8	0,2	1,5	0,4	- 1,1	0,5	- 0,1	1,2
Staatlicher Finanzierungssaldo ¹⁰⁾										
2011	- 4,1	- 3,8	- 0,9	1,1	- 0,7	- 5,2	- 9,6	- 13,1	- 3,7	- 3,5
2012	- 3,7	- 4,1	0,1	- 0,2	- 1,8	- 4,9	- 8,9	- 8,2	- 3,0	- 1,3
2013	- 3,0	- 2,6	0,1	- 0,2	- 2,1	- 4,3	- 12,7	- 7,2	- 3,0	- 1,0
Staatliche Verschuldung ¹⁰⁾										
2011	87,4	99,2	77,6	6,1	49,3	86,2	170,3	104,1	120,7	42,0
2012	90,7	101,1	79,0	9,8	53,6	90,6	157,2	117,4	127,0	40,8
2013	92,6	101,5	76,9	10,0	57,0	93,5	175,1	123,7	132,6	38,1

Quellen: Nationale Statistiken, Europäische Kommission, Eurostat, Europäische Zentralbank. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Pressemeldungen und sind vorläufig.
1 Veränderung gegen Vorjahreszeitraum in Prozent. **2** Bruttoinlandsprodukt der EWU aus saisonbereinigten Werten berechnet. **3** Bruttoinlandsprodukt Deutschland und

Lettland: ESVG 2010. **4** Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Energie; arbeitstäglich bereinigt. **5** Positiv beeinflusst durch Nachmeldungen. **6** Verarbeitendes Gewerbe, in Prozent; saisonbereinigt; Vierteljahreswerte jeweils erster Monat im Quartal. **7** In Prozent der zivilen Erwerbspersonen; saisonbereinigt. **8** Standardisierte Arbeits-

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

Luxemburg	Malta	Niederlande	Österreich	Portugal	Slowakische Republik	Slowenien	Spanien	Zypern	Zeit
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾³⁾									
1,9	1,4	0,9	2,8	- 1,2	3,0	0,7	0,1	0,4	2011
- 0,2	1,1	- 1,2	0,9	- 3,2	1,8	- 2,5	- 1,6	- 2,4	2012
2,1	2,9	- 0,8	0,3	- 1,4	1,0	- 1,1	...	- 5,4	2013
0,6	2,0	- 1,8	- 0,5	- 4,6	0,5	- 4,6	- 2,5	- 5,3	2013 1.Vj.
2,1	4,4	- 1,7	- 0,1	- 2,4	0,8	- 1,4	- 1,7	- 6,1	2.Vj.
2,8	2,5	- 0,6	0,4	- 1,8	0,9	- 0,5	- 0,6	- 5,2	3.Vj.
3,1	2,6	0,8	1,3	3,2	1,5	2,1	- 0,1	- 5,1	4.Vj.
3,8	4,0	- 0,5	0,1	0,6	2,4	1,9	0,6	- 3,8	2014 1.Vj.
...	2,9	...	0,6	...	2,5	...	1,1	- 2,2	2.Vj.
Industrieproduktion ¹⁾⁴⁾									
2,0	-	- 0,7	6,8	- 1,0	5,4	2,1	- 1,7	- 8,1	2011
- 4,3	-	- 0,5	0,3	- 6,1	7,7	- 0,5	- 6,9	- 9,7	2012
- 3,4	-	0,6	0,3	0,5	5,3	- 1,4	- 1,7	- 12,3	2013
- 8,1	-	2,2	0,5	- 1,3	2,8	- 2,2	- 4,1	- 15,2	2013 1.Vj.
- 7,3	-	0,2	0,2	- 1,1	3,0	- 2,3	- 2,6	- 12,9	2.Vj.
- 2,6	-	- 0,4	0,3	- 1,5	4,5	- 2,3	- 0,9	- 10,8	3.Vj.
5,1	-	0,3	0,3	3,8	10,8	1,3	1,0	- 10,2	4.Vj.
7,6	-	- 7,1	3,1	2,3	6,0	1,8	1,5	- 2,4	2014 1.Vj.
8,6	-	- 1,9	1,4	2,3	5,2	3,8	2,3	- 1,0	2.Vj.
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁶⁾									
83,2	78,7	80,3	85,4	74,4	61,6	80,4	73,3	61,4	2011
76,4	75,2	78,4	84,6	73,8	69,6	79,1	72,1	56,5	2012
64,5	77,0	76,7	83,6	73,5	60,6	78,3	73,3	49,3	2013
62,3	76,2	75,9	83,5	73,9	72,3	78,4	74,6	43,7	2013 2.Vj.
63,1	76,1	76,6	83,5	73,2	55,2	78,2	76,2	50,5	3.Vj.
65,8	78,4	77,4	82,6	73,2	54,0	78,6	73,5	50,8	4.Vj.
67,7	80,2	79,7	84,1	76,3	57,6	79,7	77,0	52,5	2014 1.Vj.
64,8	76,8	81,0	85,1	74,8	46,8	79,5	74,1	54,1	2.Vj.
65,4	77,2	79,6	84,2	75,6	56,5	80,8	75,3	54,5	3.Vj.
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁷⁾⁸⁾									
4,8	6,4	4,4	4,2	12,9	13,7	8,2	21,4	7,9	2011
5,1	6,3	5,3	4,3	15,8	14,0	8,9	24,8	11,9	2012
5,9	6,4	6,7	4,9	16,4	14,2	10,1	26,1	15,9	2013
6,1	6,0	7,2	4,9	14,8	13,6	10,1	25,1	16,1	2014 März
6,1	6,0	7,2	4,9	14,7	13,5	9,7	24,9	15,9	April
6,2	6,0	7,0	5,0	14,4	13,4	9,5	24,7	15,9	Mai
6,1	5,9	6,8	5,0	14,1	13,3	9,3	24,6	15,8	Juni
6,2	6,0	6,7	4,8	14,0	13,3	9,1	24,5	15,7	Juli
6,1	5,9	6,6	4,7	14,0	13,3	9,1	24,4	15,5	Aug.
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾									
3,7	2,5	2,5	3,6	3,6	4,1	2,1	3,1	3,5	2011
2,9	3,2	2,8	2,6	2,8	3,7	2,8	2,4	3,1	2012
1,7	1,0	2,6	2,1	0,4	1,5	1,9	1,5	0,4	2013
0,9	0,5	0,6	1,6	- 0,1	- 0,2	0,5	0,3	- 0,4	2014 April
1,4	0,4	0,1	1,5	- 0,3	0,0	1,0	0,2	- 0,1	Mai
1,2	0,7	0,3	1,7	- 0,2	- 0,1	1,0	0,0	0,0	Juni
1,2	0,6	0,3	1,7	- 0,7	- 0,2	0,3	- 0,4	0,9	Juli
0,7	0,8	0,4	1,5	- 0,1	- 0,2	0,0	- 0,5	0,8	Aug.
0,3	0,6	0,2	p) 1,4	0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,3	0,0	Sept.
Staatlicher Finanzierungssaldo ¹⁰⁾									
0,2	- 2,7	- 4,3	- 2,5	- 4,3	- 4,8	- 6,4	- 9,6	- 6,3	2011
0,0	- 3,3	- 4,1	- 2,6	- 6,4	- 4,5	- 4,0	- 10,6	- 6,4	2012
0,1	- 2,8	- 2,5	- 1,5	- 4,9	- 2,8	- 14,7	- 7,1	- 5,4	2013
Staatliche Verschuldung ¹⁰⁾									
18,7	68,8	65,7	73,1	108,2	43,6	47,1	70,5	71,5	2011
21,7	70,8	71,3	74,4	124,1	52,7	54,4	86,0	86,6	2012
23,1	73,0	73,5	74,5	129,0	55,4	71,7	93,9	111,7	2013

losenquote Deutschland: Eigene Berechnung auf Basis von Ursprungswerten des Statistischen Bundesamtes. **9** Ab 2011 einschl. Estland. **10** In Prozent des Bruttoinlandsprodukts; EWU-Aggregat: Europäische Zentralbank (Stand Mai 2014, Basis

ESVG 1995), Mitgliedstaaten (Maastricht-Definition): Europäische Kommission (Stand April 2014, Basis ESGV 1995), Deutschland (Maastricht-Definition): Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen (Stand Oktober 2014, Basis ESGV 2010).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang *) a) Europäische Währungsunion¹⁾

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter Wertpapiere	zusammen	darunter Wertpapiere								
2013 Jan.	55,4	24,8	- 2,5	30,6	26,5	32,4	60,3	28,0	- 6,6	- 4,3	- 1,0	- 7,1	5,8
Febr.	0,4	- 4,2	- 3,4	4,6	43,8	- 10,5	- 10,6	- 0,1	- 4,6	- 8,4	- 2,0	- 1,0	6,9
März	53,4	18,0	24,1	35,4	29,8	11,5	- 42,1	- 53,7	- 6,0	16,7	- 1,5	- 32,4	11,2
April	14,5	13,3	34,0	1,2	- 8,8	- 6,0	58,9	65,0	- 24,9	- 7,6	- 1,9	- 15,7	0,2
Mai	7,2	- 19,3	0,3	26,5	52,1	77,6	- 0,0	- 77,6	- 5,5	4,6	- 2,1	- 19,5	11,5
Juni	- 7,3	- 35,8	- 24,8	28,5	36,5	36,0	- 56,6	- 92,5	13,7	- 0,6	- 1,3	- 22,4	37,9
Juli	- 120,7	- 83,5	- 12,1	- 37,2	- 39,5	- 1,8	- 27,9	- 26,1	- 35,0	- 4,2	- 1,2	- 25,8	- 3,8
Aug.	- 53,7	- 35,9	- 6,0	- 17,8	- 2,8	34,3	- 15,8	- 50,1	- 8,8	- 6,3	- 0,8	- 13,7	12,0
Sept.	3,2	19,3	- 0,6	- 16,1	- 16,3	23,8	- 31,6	- 55,4	- 8,6	- 4,2	- 1,3	- 2,0	- 1,0
Okt.	- 43,1	- 61,4	- 26,5	18,2	5,8	34,1	65,3	31,3	8,4	2,0	- 0,5	15,3	- 8,4
Nov.	- 18,9	7,6	- 2,5	- 26,5	- 7,8	51,6	5,6	- 46,0	- 2,2	1,7	- 0,3	- 2,3	- 1,4
Dez.	- 181,2	- 106,4	- 38,7	- 74,8	- 73,0	79,5	- 84,8	- 164,4	- 10,8	- 8,8	- 0,5	- 9,8	8,2
2014 Jan.	45,4	- 16,8	9,6	62,2	42,5	9,0	124,9	116,0	- 1,1	- 2,7	0,1	- 12,4	13,9
Febr.	- 5,8	- 9,9	- 16,4	4,1	12,3	32,7	16,3	- 16,4	- 11,8	- 5,9	0,1	- 11,3	5,3
März	6,5	4,9	- 3,2	1,6	3,9	12,7	- 23,6	- 36,3	10,4	- 8,6	- 0,2	- 0,1	19,3
April	- 1,9	- 2,0	- 17,1	0,1	- 0,1	- 9,3	65,0	74,2	- 24,9	- 31,1	- 0,3	- 0,9	7,4
Mai	- 27,5	- 38,1	23,8	10,7	9,1	51,4	36,6	- 14,9	- 21,0	- 14,9	- 0,4	3,3	- 9,1
Juni	7,5	21,5	- 12,9	- 14,1	- 6,4	69,8	- 33,2	- 103,0	- 14,9	- 10,5	- 1,4	- 22,3	19,3
Juli	- 24,1	- 12,7	6,5	- 11,4	- 19,1	28,0	61,3	33,3	- 7,1	- 12,5	0,6	- 9,9	14,7
Aug.	- 43,9	- 49,4	- 15,7	5,5	16,6	- 1,5	- 7,3	- 5,8	- 0,4	- 6,3	1,3	- 10,7	15,2

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter: Wertpapiere	zusammen	darunter: Wertpapiere								
2013 Jan.	34,9	34,0	10,6	0,9	- 1,0	- 13,7	- 2,1	11,6	- 7,9	- 2,0	- 1,8	- 4,9	0,8
Febr.	- 8,7	- 2,0	- 3,5	- 6,7	- 1,8	4,4	- 3,2	- 7,6	- 2,8	- 4,4	- 1,5	1,4	1,8
März	- 2,4	0,7	7,9	- 3,0	- 0,7	16,7	- 3,4	- 20,1	- 7,2	- 0,9	- 0,8	- 10,8	5,3
April	26,3	16,3	17,2	10,0	- 0,7	5,0	6,1	1,2	- 5,2	- 4,4	- 1,5	- 2,6	3,3
Mai	- 22,9	- 11,7	- 14,2	- 11,2	- 0,5	21,9	- 2,0	- 23,9	- 11,0	- 0,9	- 2,0	- 11,5	3,4
Juni	0,2	3,6	- 6,1	- 3,4	- 0,4	- 0,3	- 8,3	- 8,0	- 2,4	- 1,0	- 0,9	- 8,7	8,2
Juli	- 3,0	- 12,8	0,8	9,8	4,8	- 3,8	- 9,7	- 5,9	- 14,0	- 4,9	- 1,0	- 7,6	- 0,5
Aug.	- 13,5	- 9,5	- 2,0	- 4,1	1,9	1,2	- 13,4	- 14,6	- 10,1	- 4,3	- 0,9	- 5,1	0,2
Sept.	- 3,7	2,4	1,3	- 6,1	- 5,1	22,3	- 17,6	- 39,9	- 1,1	- 3,9	- 0,8	3,3	0,2
Okt.	9,4	- 0,6	0,3	10,1	2,3	22,3	25,8	3,5	- 4,2	- 3,4	- 0,1	- 0,6	- 0,1
Nov.	5,0	7,9	1,7	- 2,9	1,8	14,6	16,1	1,5	- 1,5	- 0,7	- 0,0	- 1,3	0,5
Dez.	- 17,0	- 8,3	- 6,3	- 8,7	- 2,2	40,7	- 25,6	- 66,3	- 6,5	- 1,5	- 0,2	- 5,7	0,9
2014 Jan.	15,2	9,7	10,4	5,4	- 0,8	- 12,1	32,5	44,7	- 8,6	- 1,4	- 0,5	- 7,2	0,4
Febr.	- 3,1	- 3,9	- 8,7	0,8	4,6	24,4	4,7	- 19,7	- 2,7	- 3,5	0,3	0,2	0,4
März	4,1	7,8	6,0	- 3,7	1,0	15,8	- 3,7	- 19,6	- 5,0	- 2,9	- 0,0	- 2,8	0,7
April	21,3	20,5	13,8	0,9	- 0,1	0,4	8,2	7,8	- 15,7	- 3,6	- 0,3	- 12,0	0,1
Mai	- 2,3	- 4,7	- 9,6	2,4	1,0	7,5	17,7	10,2	12,1	- 2,6	- 0,2	10,8	3,9
Juni	- 7,2	0,5	- 0,9	- 7,8	0,6	34,6	12,3	- 22,3	5,5	- 3,1	- 1,1	- 3,0	12,7
Juli	10,3	3,2	3,3	7,1	4,1	21,9	23,5	1,7	- 1,2	- 4,3	0,7	- 0,6	3,1
Aug.	- 6,6	0,8	- 3,3	- 7,4	- 2,0	- 17,0	- 11,3	5,7	- 3,0	- 1,3	0,9	- 6,3	3,7

* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe dazu auch die „Hinweise zu den Zahlenwerten“ in den methodischen Erläuterungen im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, S. 112*). **1** Quelle: EZB. **2** Abzüglich Bestand der MFIs. **3** Nach Abzug der Inter-

MFIs-Beteiligungen. **4** Einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. **5** Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). **6** In Deutschland nur Spareinlagen. **7** Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. **8** Abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

a) Europäische Währungsunion

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)											Zeit										
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2							Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 2) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufz. bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.) (netto) 2) 7)											
				zusammen	Geldmenge M1			Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)															
					zusammen	Bargeld-umlauf	täglich fällige Einlagen 5)																	
33,9	85,0	-	-	24,6	-	35,3	-	53,9	-	19,8	-	34,1	-	5,4	24,1	14,1	7,2	-	6,7	2013 Jan.				
5,7	-	12,5	-	1,2	-	9,9	-	5,1	-	1,2	-	6,2	-	3,4	8,2	26,9	6,3	-	13,4	Febr.				
10,6	15,5	-	-	44,8	-	58,0	-	47,2	-	11,7	-	35,5	-	5,1	5,6	22,7	-	5,9	-	5,4	März			
-	50,6	26,1	-	57,9	-	54,1	-	73,8	-	7,2	-	66,7	-	26,5	6,7	-	8,8	-	0,4	1,4	April			
62,5	26,6	-	-	1,1	-	11,6	-	25,8	-	5,0	-	20,8	-	17,2	3,0	13,2	-	3,4	-	7,4	Mai			
30,3	-	8,6	-	6,7	-	25,7	-	45,1	-	6,2	-	38,9	-	19,2	-	0,2	21,8	-	19,6	-	2,1	Juni		
-	26,1	-	55,1	-	6,4	-	7,0	-	8,3	-	6,9	-	15,2	-	2,2	3,5	-	48,9	-	1,1	-	6,7	Juli	
-	55,7	12,4	-	32,8	-	27,4	-	25,4	-	1,4	-	24,0	-	0,5	1,5	4,4	-	9,5	-	1,1	-	1,1	Aug.	
11,2	58,1	-	-	33,8	-	1,3	-	23,6	-	0,2	-	23,8	-	19,2	-	5,6	-	8,0	-	26,4	-	6,5	Sept.	
-	28,0	-	5,3	-	15,7	-	22,0	-	38,5	-	3,9	-	34,6	-	9,4	-	7,1	-	5,5	-	1,3	-	12,4	Okt.
18,4	-	11,9	-	28,4	-	33,9	-	47,1	-	5,4	-	41,7	-	15,1	1,9	3,7	-	1,1	-	4,0	-	4,0	Nov.	
-	49,3	-	25,1	-	16,4	-	15,7	-	14,2	-	17,9	-	3,6	-	0,2	1,7	-	15,1	-	12,8	-	12,9	Dez.	
20,4	39,7	-	-	4,5	-	39,7	-	36,5	-	13,6	-	23,0	-	15,6	12,5	-	7,2	-	25,3	-	0,9	-	0,9	2014 Jan.
36,9	-	14,2	-	16,0	-	14,4	-	12,2	-	1,9	-	10,2	-	2,3	-	0,0	19,6	-	0,7	-	4,9	-	4,9	Febr.
-	5,3	1,9	-	12,2	-	38,5	-	33,0	-	6,3	-	26,7	-	0,6	4,9	-	13,3	-	17,6	-	3,2	-	3,2	März
-	10,7	-	2,5	-	26,9	-	27,9	-	38,2	-	5,3	-	32,9	-	7,9	-	2,4	-	8,8	-	5,4	-	11,8	April
33,1	-	52,1	-	64,0	-	57,9	-	55,0	-	7,1	-	47,9	-	1,0	1,9	-	14,1	-	4,1	-	8,6	-	8,6	Mai
26,3	49,5	-	-	16,3	-	22,8	-	44,3	-	6,4	-	37,9	-	19,5	-	1,9	28,1	-	12,9	-	2,3	-	2,3	Juni
-	23,1	3,8	-	30,2	-	15,4	-	10,4	-	9,4	-	1,0	-	6,6	-	1,6	2,8	-	17,4	-	7,0	-	7,0	Juli
-	46,4	-	43,4	-	44,9	-	37,8	-	33,0	-	2,0	-	30,9	-	3,4	-	3,0	-	3,4	-	2,6	-	2,6	Aug.

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse			VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)										Zeit						
	insgesamt	darunter:		insgesamt	Komponenten der Geldmenge							Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)		Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)					
		Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	Bargeldumlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)		täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)													
								Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)											
-	0,9	40,4	-	0,9	-	3,6	-	12,1	-	1,9	-	10,2	-	0,9	2,7	-	0,1	-	3,6	2013 Jan.
-	2,9	12,4	-	2,0	-	0,6	-	13,8	-	2,5	-	8,3	-	1,4	16,6	-	0,3	-	1,5	Febr.
-	1,7	35,1	-	2,4	-	2,5	-	11,8	-	10,3	-	3,6	-	1,4	2,7	-	0,1	-	1,1	März
-	2,7	6,2	-	0,3	-	2,5	-	33,1	-	30,2	-	1,3	-	0,6	1,9	-	0,6	-	2,2	April
5,0	1,0	-	2,9	0,7	-	4,0	-	4,0	-	5,4	-	0,1	-	0,4	0,9	-	0,0	-	0,9	Mai
1,1	-	4,6	-	1,3	-	1,7	-	5,7	-	0,6	-	5,7	-	0,2	15,4	-	0,5	-	2,7	Juni
-	1,8	23,1	-	3,3	-	1,4	-	14,1	-	9,1	-	3,0	-	0,6	23,5	-	0,0	-	3,9	Juli
-	8,9	3,4	-	3,4	-	0,4	-	3,2	-	13,0	-	2,4	-	0,2	9,4	-	0,0	-	3,0	Aug.
1,1	14,2	-	3,2	0,2	-	4,5	-	4,5	-	12,9	-	6,5	-	0,3	0,7	-	0,5	-	1,8	Sept.
-	3,3	7,0	-	2,2	-	0,6	-	32,2	-	27,1	-	0,7	-	0,0	4,0	-	0,3	-	2,1	Okt.
0,5	18,8	-	1,5	1,4	-	1,9	-	1,9	-	10,4	-	1,9	-	0,0	3,5	-	0,1	-	3,0	Nov.
2,6	31,0	-	2,5	3,7	-	3,3	-	13,6	-	13,6	-	7,1	-	4,1	2,9	-	0,0	-	3,9	Dez.
-	3,1	16,2	-	10,4	-	13,0	-	1,3	-	5,1	-	4,9	-	0,6	1,2	-	0,1	-	2,2	2014 Jan.
-	3,7	5,1	-	2,4	-	0,2	-	15,2	-	8,7	-	4,4	-	0,5	0,1	-	0,0	-	1,6	Febr.
-	1,6	37,3	-	1,6	-	1,9	-	10,7	-	7,9	-	3,7	-	1,2	2,8	-	0,2	-	2,2	März
-	2,3	6,1	-	2,2	-	1,4	-	33,6	-	35,9	-	3,3	-	1,6	2,5	-	0,0	-	0,1	April
1,9	-	24,5	-	3,0	-	1,3	-	15,7	-	11,2	-	7,3	-	0,6	3,0	-	0,1	-	0,7	Mai
-	0,9	30,9	-	2,8	-	1,9	-	8,1	-	8,3	-	2,5	-	0,4	0,4	-	0,1	-	2,7	Juni
-	1,3	24,4	-	4,5	-	2,4	-	7,6	-	5,5	-	0,0	-	0,9	3,2	-	0,0	-	0,2	Juli
-	4,8	38,4	-	3,7	-	0,1	-	22,6	-	15,8	-	2,9	-	0,6	1,7	-	0,3	-	1,9	Aug.

9 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. 10 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 11 Differenz zwischen den tat-

sächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Aktiva											Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	sonstige Aktiv- positionen
	Aktiva / Passiva insgesamt	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	sonstige Aktiv- positionen		
		insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen				öffentliche Haushalte						
				Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 2)	Aktien und sonstige Dividenden- werte			Schuld- verschrei- bungen 3)				
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)													
2012 Juli	27 538,2	16 703,9	13 375,1	11 222,2	1 416,1	736,8	3 328,8	1 186,4	2 142,4	5 183,4	5 651,0		
Aug.	27 308,5	16 630,7	13 308,3	11 168,4	1 400,8	739,1	3 322,4	1 177,0	2 145,4	5 104,1	5 573,7		
Sept.	27 168,2	16 703,9	13 333,5	11 196,6	1 386,6	750,3	3 370,4	1 180,1	2 190,3	5 045,6	5 418,6		
Okt.	26 635,7	16 703,7	13 308,5	11 176,6	1 384,2	747,8	3 395,2	1 194,7	2 200,5	5 013,0	4 918,9		
Nov.	26 703,9	16 727,0	13 301,5	11 169,7	1 370,3	761,5	3 425,5	1 185,1	2 240,4	4 996,6	4 980,3		
Dez.	26 251,1	16 610,8	13 245,1	11 044,3	1 433,8	767,0	3 365,7	1 170,3	2 195,4	4 845,6	4 794,7		
2013 Jan.	26 397,8	16 646,9	13 249,6	11 053,1	1 415,9	780,7	3 397,3	1 174,2	2 223,1	4 799,6	4 951,2		
Febr.	26 517,2	16 640,3	13 243,1	11 048,6	1 418,7	775,8	3 397,2	1 135,6	2 261,7	4 826,1	5 050,8		
März	26 567,8	16 698,5	13 262,6	11 044,6	1 433,3	784,7	3 435,9	1 141,2	2 294,8	4 844,2	5 025,1		
April	26 709,3	16 730,7	13 270,3	11 014,5	1 440,4	815,4	3 460,3	1 151,1	2 309,3	4 818,7	5 159,9		
Mai	26 371,6	16 728,1	13 249,1	10 992,1	1 446,8	810,2	3 479,0	1 125,4	2 353,7	4 798,6	4 844,9		
Juni	25 926,2	16 691,6	13 200,4	10 975,2	1 432,7	792,6	3 491,1	1 116,9	2 374,3	4 669,1	4 565,6		
Juli	25 675,6	16 573,2	13 113,1	10 895,5	1 432,0	785,7	3 460,0	1 120,3	2 339,8	4 636,9	4 465,6		
Aug.	25 458,7	16 417,2	12 977,1	10 767,7	1 427,9	781,6	3 440,0	1 105,3	2 334,8	4 661,9	4 379,6		
Sept.	25 420,6	16 423,1	12 996,1	10 781,6	1 421,9	792,7	3 426,9	1 105,5	2 321,4	4 587,6	4 409,9		
Okt.	25 463,9	16 386,4	12 927,6	10 732,8	1 401,5	793,3	3 458,8	1 118,1	2 340,7	4 625,3	4 452,2		
Nov.	25 426,6	16 364,8	12 929,5	10 736,1	1 398,2	795,2	3 435,3	1 099,5	2 335,8	4 616,6	4 445,2		
Dez.	24 649,7	16 162,3	12 803,0	10 650,3	1 360,6	792,1	3 359,3	1 097,4	2 262,0	4 488,2	3 999,1		
2014 Jan.	25 045,4	16 244,7	12 806,2	10 643,1	1 368,4	794,7	3 438,5	1 118,5	2 320,0	4 681,4	4 119,3		
Febr.	24 988,5	16 224,0	12 773,7	10 637,6	1 343,7	792,3	3 450,4	1 110,2	2 340,1	4 672,3	4 092,1		
März	24 907,2	16 234,4	12 773,7	10 639,5	1 330,0	804,2	3 460,6	1 108,0	2 352,6	4 639,5	4 033,4		
April	25 048,8	16 238,4	12 772,4	10 652,1	1 294,8	825,6	3 465,9	1 107,7	2 358,2	4 698,2	4 112,3		
Mai	25 177,6	16 220,3	12 736,9	10 588,9	1 333,1	815,0	3 483,4	1 109,4	2 373,9	4 771,3	4 186,0		
Juni	25 134,0	16 210,8	12 731,6	10 607,8	1 318,3	805,5	3 479,2	1 101,3	2 377,9	4 752,3	4 170,9		
Juli	25 309,0	16 180,2	12 705,1	10 578,1	1 321,3	805,7	3 475,1	1 110,6	2 364,6	4 854,0	4 274,9		
Aug.	25 545,5	16 148,6	12 658,1	10 545,4	1 310,0	802,7	3 490,5	1 099,7	2 390,9	4 875,8	4 521,1		
Deutscher Beitrag (Mrd €)													
2012 Juli	6 448,1	3 784,2	3 006,9	2 629,3	154,0	223,6	777,3	402,5	374,8	1 205,4	1 458,5		
Aug.	6 408,2	3 779,1	3 005,1	2 625,9	153,0	226,2	774,0	395,7	378,2	1 206,3	1 422,8		
Sept.	6 361,1	3 785,2	3 004,1	2 620,0	153,3	230,8	781,1	395,6	385,5	1 209,7	1 366,2		
Okt.	6 314,2	3 803,4	3 010,6	2 631,5	147,6	231,5	792,8	402,8	390,0	1 201,4	1 309,5		
Nov.	6 280,7	3 798,0	3 005,5	2 625,8	148,3	231,4	792,5	396,6	395,9	1 194,7	1 288,1		
Dez.	6 158,5	3 745,1	2 970,5	2 593,8	147,9	228,9	774,6	385,1	389,5	1 158,8	1 253,7		
2013 Jan.	6 067,4	3 774,6	2 998,7	2 611,3	146,5	240,9	775,9	386,9	389,0	1 140,9	1 151,9		
Febr.	6 062,6	3 765,7	2 998,6	2 614,6	148,2	235,8	767,1	382,0	385,1	1 143,4	1 153,5		
März	6 075,5	3 766,8	3 000,8	2 608,8	150,0	242,0	765,9	379,8	386,2	1 154,8	1 154,0		
April	6 087,6	3 792,2	3 014,9	2 605,5	148,6	260,7	777,3	390,5	386,9	1 139,0	1 156,4		
Mai	5 962,4	3 768,8	3 003,0	2 607,6	146,3	249,0	765,9	379,8	386,1	1 132,8	1 060,8		
Juni	5 846,2	3 766,9	3 005,4	2 616,6	148,4	240,3	761,6	376,7	384,9	1 103,7	975,6		
Juli	5 814,2	3 762,3	2 990,9	2 601,1	147,7	242,1	771,4	381,7	389,8	1 097,2	954,7		
Aug.	5 642,3	3 656,3	2 889,1	2 501,7	145,7	241,7	767,2	375,7	391,5	1 100,0	886,0		
Sept.	5 637,5	3 650,6	2 889,5	2 500,3	144,3	244,8	761,2	374,6	386,6	1 070,0	916,9		
Okt.	5 668,2	3 659,4	2 887,3	2 497,3	145,4	244,6	772,1	382,6	389,5	1 090,1	918,8		
Nov.	5 680,6	3 663,8	2 894,5	2 502,7	146,9	244,9	769,3	377,9	391,4	1 101,1	915,7		
Dez.	5 571,3	3 644,0	2 884,1	2 498,8	145,3	240,0	759,9	371,4	388,5	1 065,2	862,1		
2014 Jan.	5 651,4	3 659,6	2 893,1	2 498,5	144,8	249,8	766,6	377,8	388,8	1 111,0	880,7		
Febr.	5 617,5	3 654,6	2 886,9	2 500,6	143,2	243,1	767,7	373,9	393,7	1 111,8	851,1		
März	5 600,4	3 658,2	2 894,0	2 501,7	144,3	247,9	764,3	369,2	395,0	1 105,8	836,3		
April	5 631,0	3 679,4	2 914,4	2 508,2	145,2	261,0	765,0	369,8	395,2	1 112,1	839,6		
Mai	5 688,2	3 679,0	2 910,7	2 513,9	146,5	250,4	768,2	371,2	397,0	1 136,0	873,2		
Juni	5 697,3	3 670,8	2 910,9	2 515,1	145,8	250,0	759,9	362,6	397,3	1 150,9	875,5		
Juli	5 765,7	3 681,2	2 914,0	2 515,6	143,9	254,6	767,2	365,7	401,5	1 183,5	900,9		
Aug.	5 843,8	3 675,7	2 915,7	2 520,4	142,6	252,7	760,1	360,4	399,6	1 179,0	989,0		

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosysteem). 1 Quelle: EZB. 2 Einschl. Geldmarktpapiere von Unter-

nehmen. 3 Einschl. Schatzwechsel und sonstige Geldmarktpapiere von öffentlichen Haushalten. 4 Euro-Bargeldumlauf (siehe auch Anm. 8, S. 12*) Ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält den Euro-Banknotenumlauf der

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Passiva											Stand am Jahres- bzw. Monatsende	
Bargeld- umlauf 4)	Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet											
	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	Unternehmen und Privatpersonen							von mehr als 2 Jahren		von mehr als 3 Monaten
			zusammen	tätlich fällig	mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)					
					bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren		bis zu 3 Monaten				
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)												
871,5	10 686,7	10 067,8	10 064,9	3 886,4	1 405,2	302,9	2 381,5	1 983,4	105,5	2012 Juli		
870,2	10 643,2	10 063,2	10 071,1	3 896,1	1 391,5	301,5	2 384,1	1 993,5	104,4	Aug.		
866,7	10 716,2	10 109,3	10 110,9	3 940,3	1 390,3	300,8	2 381,1	1 995,3	103,1	Sept.		
864,3	10 745,5	10 155,5	10 153,9	3 965,3	1 405,5	306,6	2 368,1	2 005,9	102,5	Okt.		
864,1	10 807,6	10 183,5	10 170,2	3 994,2	1 386,1	309,5	2 365,1	2 013,4	101,9	Nov.		
876,8	10 809,5	10 247,1	10 269,7	4 061,3	1 392,7	312,8	2 359,7	2 042,8	100,5	Dez.		
857,0	10 821,5	10 224,9	10 253,7	4 036,1	1 380,3	319,7	2 354,8	2 064,1	98,6	2013 Jan.		
855,8	10 836,5	10 221,3	10 262,6	4 047,8	1 367,3	330,8	2 347,7	2 072,3	96,7	Febr.		
867,5	10 915,5	10 288,3	10 326,1	4 090,3	1 357,1	339,8	2 365,2	2 078,3	95,3	März		
874,7	10 895,0	10 325,1	10 354,6	4 147,6	1 320,3	350,5	2 358,7	2 084,1	93,5	April		
879,7	10 966,5	10 332,1	10 351,2	4 160,2	1 285,3	363,8	2 363,4	2 087,1	91,5	Mai		
885,9	11 010,7	10 339,5	10 356,6	4 191,4	1 256,1	371,3	2 360,2	2 087,3	90,4	Juni		
892,8	10 958,0	10 321,2	10 341,5	4 181,5	1 243,0	383,2	2 354,4	2 090,2	89,3	Juli		
894,2	10 922,7	10 336,4	10 362,1	4 208,3	1 241,3	385,9	2 346,9	2 091,3	88,4	Aug.		
894,0	10 924,4	10 323,2	10 348,0	4 227,6	1 212,3	392,3	2 343,0	2 085,6	87,2	Sept.		
898,0	10 915,2	10 342,4	10 372,6	4 264,1	1 193,0	405,6	2 344,3	2 078,9	86,8	Okt.		
903,4	10 961,8	10 369,7	10 389,6	4 295,5	1 162,4	419,6	2 345,1	2 080,3	86,7	Nov.		
921,2	10 901,1	10 352,5	10 402,0	4 311,2	1 153,6	431,3	2 335,0	2 084,5	86,4	Dez.		
908,3	10 919,8	10 349,3	10 400,1	4 305,2	1 132,1	442,6	2 337,7	2 096,5	86,0	2014 Jan.		
910,2	10 949,9	10 339,2	10 383,5	4 308,3	1 129,1	445,4	2 319,9	2 094,6	86,2	Febr.		
916,5	10 967,3	10 356,3	10 399,7	4 333,2	1 129,0	441,5	2 311,5	2 098,5	86,1	März		
921,8	10 948,8	10 351,4	10 394,9	4 365,3	1 124,3	442,6	2 280,2	2 096,5	86,0	April		
928,9	11 021,4	10 387,9	10 426,5	4 415,3	1 121,4	439,4	2 266,4	2 098,4	85,6	Mai		
935,3	11 051,1	10 388,3	10 424,7	4 448,0	1 104,3	434,9	2 255,9	2 097,2	84,4	Juni		
944,7	11 023,5	10 379,1	10 420,7	4 449,5	1 115,4	430,7	2 244,9	2 095,2	85,1	Juli		
946,7	11 012,5	10 412,4	10 451,9	4 477,7	1 123,8	427,4	2 240,1	2 096,5	86,3	Aug.		
Deutscher Beitrag (Mrd €)												
216,9	3 104,4	3 034,0	2 878,4	1 205,8	249,6	43,0	763,1	520,7	96,2	2012 Juli		
215,9	3 111,3	3 040,9	2 888,5	1 220,9	247,7	42,4	761,2	521,5	94,8	Aug.		
214,7	3 117,3	3 045,7	2 891,7	1 237,8	239,2	41,8	757,8	521,9	93,3	Sept.		
214,4	3 150,2	3 077,3	2 926,3	1 291,6	229,9	41,2	749,0	522,0	92,5	Okt.		
214,2	3 162,1	3 088,7	2 929,4	1 311,1	220,5	40,6	743,5	522,4	91,2	Nov.		
216,3	3 131,3	3 060,2	2 930,4	1 307,2	222,8	40,0	742,2	528,6	89,6	Dez.		
212,7	3 116,1	3 045,2	2 928,9	1 315,4	216,1	39,6	740,4	529,6	87,8	2013 Jan.		
212,1	3 103,6	3 034,1	2 921,3	1 320,1	209,7	38,4	736,0	530,9	86,2	Febr.		
214,7	3 093,1	3 026,7	2 905,9	1 311,8	207,3	37,1	734,8	529,5	85,4	März		
217,1	3 112,2	3 047,8	2 928,5	1 340,3	208,8	36,1	730,7	528,9	83,8	April		
217,9	3 120,7	3 051,1	2 925,7	1 343,8	205,7	35,4	730,0	529,0	81,8	Mai		
219,6	3 113,0	3 041,2	2 911,2	1 340,2	198,5	34,3	728,4	528,8	81,0	Juni		
221,0	3 110,3	3 040,5	2 916,4	1 353,3	198,9	33,3	722,9	528,2	79,9	Juli		
220,7	3 111,9	3 051,4	2 924,9	1 365,3	200,3	32,8	719,1	528,4	79,0	Aug.		
220,9	3 115,2	3 051,4	2 926,9	1 378,4	193,3	32,5	716,4	528,1	78,2	Sept.		
221,5	3 134,5	3 075,3	2 955,7	1 408,4	195,1	32,9	713,0	528,1	78,1	Okt.		
222,9	3 142,9	3 081,9	2 956,1	1 415,6	188,8	33,3	712,2	528,1	78,1	Nov.		
226,6	3 140,9	3 075,9	2 955,8	1 403,8	197,6	33,6	710,9	532,2	77,8	Dez.		
213,5	3 136,4	3 074,8	2 960,6	1 414,2	195,0	32,8	709,6	531,7	77,3	2014 Jan.		
213,7	3 149,6	3 084,0	2 965,9	1 419,3	198,7	32,4	705,8	532,1	77,6	Febr.		
215,6	3 139,6	3 074,6	2 954,0	1 410,5	200,0	32,0	703,1	530,9	77,5	März		
217,0	3 164,3	3 101,6	2 984,7	1 446,5	200,8	31,5	699,3	529,2	77,4	April		
218,3	3 182,1	3 116,5	2 992,7	1 455,0	203,1	32,0	696,8	528,6	77,2	Mai		
220,3	3 165,8	3 101,0	2 972,3	1 446,5	195,6	32,1	693,6	528,3	76,1	Juni		
222,6	3 168,9	3 102,0	2 976,7	1 455,9	195,5	31,5	689,5	527,5	76,8	Juli		
222,5	3 183,4	3 120,4	2 992,7	1 467,7	199,8	31,3	688,2	528,0	77,7	Aug.		

Bundesbank entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit

der Position „Intra-Eurosystem- Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten“ ermitteln (siehe „sonstige Passivpositionen“). 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	noch: Passiva														
	noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet											Begebene Schuld-			
	öffentliche Haushalte											Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet		Geldmarkt- fonds- anteile (netto) 3)	
	Zentral- staaten	sonstige öffentliche Haushalte					mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)		insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen	insgesamt	darunter: auf Euro	
zusammen		tätlich fällig	bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten								
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)															
2012 Juli	300,7	321,1	136,0	119,9	6,2	43,0	9,5	6,4	444,8	438,9	508,8	2 996,9	2 275,9		
Aug.	261,3	310,8	124,6	120,9	6,3	42,9	9,9	6,3	427,5	422,3	513,2	2 965,8	2 264,9		
Sept.	294,5	310,8	127,4	117,8	6,2	43,0	10,3	6,2	432,3	428,3	492,5	2 938,5	2 251,6		
Okt.	271,7	319,8	140,0	113,7	6,0	43,1	11,1	6,0	414,8	411,2	497,3	2 914,4	2 226,2		
Nov.	312,3	325,1	143,7	114,0	6,1	43,5	11,9	5,9	421,2	417,4	495,5	2 889,4	2 206,6		
Dez.	251,0	288,7	134,9	86,7	6,0	43,9	11,6	5,6	376,4	372,4	467,9	2 853,2	2 183,1		
2013 Jan.	284,9	282,9	129,2	83,5	6,0	43,4	14,4	6,4	390,1	386,2	459,7	2 807,6	2 172,3		
Febr.	290,5	283,3	129,3	83,6	6,0	43,5	14,6	6,3	417,3	412,0	465,9	2 806,9	2 151,4		
März	301,2	288,2	126,0	91,0	6,6	44,0	14,4	6,2	440,3	434,2	459,6	2 775,5	2 122,0		
April	250,7	289,7	130,1	87,7	6,9	43,7	15,1	6,1	431,3	423,8	459,1	2 747,3	2 102,0		
Mai	313,2	302,1	137,1	91,8	7,3	44,6	15,3	6,0	444,5	437,7	455,7	2 721,4	2 076,4		
Juni	343,5	310,6	142,5	95,5	7,6	44,3	14,9	5,9	466,2	459,7	436,0	2 695,8	2 061,8		
Juli	317,4	299,1	131,9	94,1	7,2	45,1	14,9	5,8	417,1	411,3	434,8	2 656,5	2 031,2		
Aug.	261,7	299,0	130,7	95,3	7,5	44,5	15,1	5,8	339,1	332,9	444,4	2 646,2	2 012,9		
Sept.	272,9	303,5	133,8	96,8	7,5	44,8	15,0	5,8	331,1	325,3	417,9	2 642,7	2 003,7		
Okt.	245,2	297,3	132,3	91,8	7,9	45,0	14,7	5,6	313,9	308,0	419,1	2 638,0	2 006,1		
Nov.	263,6	308,6	140,0	94,8	8,2	45,3	14,7	5,6	310,6	303,4	417,9	2 631,1	1 999,9		
Dez.	214,8	284,4	121,3	92,0	8,5	45,1	12,2	5,2	294,8	288,1	404,8	2 586,4	1 978,6		
2014 Jan.	236,4	283,2	120,9	89,6	8,6	45,1	13,4	5,6	287,9	279,4	422,6	2 581,8	1 969,1		
Febr.	272,5	293,8	127,5	91,0	9,1	45,5	15,2	5,6	307,3	295,7	421,8	2 556,5	1 956,7		
März	267,2	300,4	128,2	95,9	9,1	45,4	16,4	5,5	294,0	285,4	404,1	2 558,8	1 961,5		
April	256,5	297,4	130,2	91,0	9,3	45,4	16,0	5,4	285,2	276,3	409,3	2 544,4	1 948,4		
Mai	289,6	305,3	130,0	99,0	9,4	45,4	16,2	5,3	271,3	262,6	405,2	2 563,1	1 948,8		
Juni	315,9	310,5	133,6	101,3	9,4	45,3	15,6	5,2	299,4	285,1	392,2	2 533,2	1 919,9		
Juli	292,8	310,0	132,6	101,8	9,2	45,0	16,1	5,2	302,4	293,5	409,6	2 524,3	1 898,4		
Aug.	246,4	314,2	138,0	100,2	9,3	45,1	16,4	5,2	305,5	296,5	412,9	2 521,5	1 889,0		
Deutscher Beitrag (Mrd €)															
2012 Juli	32,9	193,1	50,9	97,0	4,3	38,1	2,3	0,5	106,6	103,2	4,4	668,8	371,1		
Aug.	31,9	190,9	47,6	98,0	4,4	38,0	2,4	0,5	108,1	105,4	4,0	658,6	366,5		
Sept.	32,6	193,0	53,8	93,9	4,4	38,1	2,4	0,5	98,0	97,3	3,8	654,1	367,7		
Okt.	30,5	193,4	55,6	92,6	4,3	38,0	2,4	0,5	107,8	107,3	4,2	649,9	362,0		
Nov.	31,9	200,9	62,0	93,4	4,5	38,1	2,5	0,5	107,0	106,6	4,1	644,4	357,6		
Dez.	29,2	171,7	58,5	67,5	4,4	38,2	2,5	0,5	80,4	80,1	4,3	627,0	350,3		
2013 Jan.	30,1	157,0	47,6	64,2	4,4	37,7	2,5	0,6	83,1	82,6	4,4	610,1	345,1		
Febr.	27,2	155,1	46,0	63,8	4,4	37,7	2,6	0,6	99,7	98,7	4,6	620,0	346,1		
März	25,4	161,9	44,8	70,8	4,9	38,1	2,6	0,6	97,0	95,8	4,7	610,5	338,4		
April	22,7	161,0	45,7	69,1	5,1	37,8	2,6	0,6	98,9	96,6	5,3	605,6	340,1		
Mai	27,8	167,2	47,2	72,6	5,4	38,5	2,8	0,6	98,0	96,7	5,3	593,2	330,7		
Juni	28,9	172,9	50,1	75,6	5,4	38,3	2,9	0,6	113,3	112,8	4,8	581,3	326,4		
Juli	27,1	166,7	45,7	73,5	5,0	39,0	2,9	0,6	89,8	89,7	4,8	574,5	322,1		
Aug.	18,2	168,9	46,8	74,8	5,1	38,4	3,0	0,7	3,0	2,8	4,8	567,8	316,2		
Sept.	19,2	169,2	46,4	75,4	5,1	38,6	3,0	0,7	3,7	3,2	4,3	566,6	316,5		
Okt.	16,0	162,9	43,2	71,9	5,4	38,8	3,0	0,7	7,7	6,2	4,0	565,3	316,5		
Nov.	16,5	170,4	46,4	76,0	5,4	38,9	2,9	0,7	3,9	3,3	3,9	561,7	314,1		
Dez.	19,0	166,1	44,4	73,8	5,7	38,7	2,9	0,7	6,7	5,1	3,9	550,0	309,5		
2014 Jan.	15,9	159,9	39,7	72,3	5,7	38,7	2,8	0,7	7,9	7,1	4,1	545,0	304,4		
Febr.	18,7	165,0	42,7	73,7	6,1	38,9	2,9	0,7	8,0	6,5	4,0	543,2	303,5		
März	17,1	168,5	43,6	76,5	6,1	38,7	2,8	0,7	5,2	4,5	3,8	538,2	305,3		
April	14,9	164,7	43,4	72,8	6,2	38,8	2,8	0,7	7,7	7,1	3,8	525,9	293,7		
Mai	16,8	172,6	46,7	77,5	6,1	38,8	2,8	0,7	4,8	4,8	3,7	540,8	296,7		
Juni	15,9	177,6	46,8	82,4	6,1	38,9	2,8	0,7	5,2	5,2	3,7	540,3	294,3		
Juli	17,3	174,9	43,6	83,2	5,9	38,7	2,8	0,7	8,4	7,7	3,7	543,2	291,5		
Aug.	12,4	178,2	47,8	82,1	6,0	38,8	2,8	0,6	10,1	9,0	3,4	541,0	289,6		

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (Eurosysteem). 1 Quelle: EZB. 2 In Deutschland nur Spareinlagen. 3 Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. 4 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren. 5 Ohne Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. 6 Nach Abzug der Inter-MFI-Betei-

lungen. 7 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosysteams sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 8 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (siehe auch Anm. 4, S. 10*). 9 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

verschreibungen (netto) 3)							sonstige Passivpositionen		Nachrichtlich			Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter) 14)	Stand am Jahres- bzw. Monatsende
mit Laufzeit			Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet 5)	Kapital und Rücklagen 6)	Überschuss der Inter-MFI-Verbindlichkeiten	insgesamt 8)	darunter: Intra-Eurosistem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9)	Geldmengenaggregate 7) (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)					
bis zu 1 Jahr 4)	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren						M1 10)	M2 11)	M3 12)	Geldkapitalbildung 13)		
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)													
136,0	96,2	2 764,7	4 201,9	2 353,7	- 63,2	5 537,2	-	4 982,7	8 834,6	9 712,7	7 654,8	113,5	2012 Juli
122,7	96,4	2 746,8	4 115,7	2 361,9	- 47,0	5 458,0	-	4 979,0	8 827,3	9 688,6	7 646,4	113,0	Aug.
119,8	92,6	2 726,0	4 047,7	2 405,8	- 57,2	5 325,8	-	5 022,9	8 868,1	9 701,8	7 665,2	113,1	Sept.
113,6	93,5	2 707,3	4 020,9	2 394,4	- 73,0	4 857,2	-	5 056,5	8 930,4	9 756,9	7 621,4	112,1	Okt.
96,1	91,2	2 702,1	3 940,0	2 408,9	- 67,4	4 944,8	-	5 091,6	8 957,5	9 761,1	7 627,4	114,6	Nov.
87,4	93,8	2 672,1	3 793,4	2 396,4	- 52,1	4 729,6	-	5 168,7	9 045,7	9 809,1	7 578,1	120,0	Dez.
70,1	92,3	2 645,3	3 774,6	2 387,7	- 32,6	4 932,3	-	5 109,7	9 002,2	9 749,0	7 536,2	112,0	2013 Jan.
61,7	88,1	2 657,0	3 812,7	2 378,2	- 38,3	4 982,2	-	5 119,4	9 018,5	9 757,0	7 529,6	111,1	Febr.
59,2	84,1	2 632,1	3 798,4	2 414,3	- 58,9	4 955,7	-	5 170,4	9 081,9	9 805,9	7 557,1	110,9	März
62,5	81,6	2 603,3	3 832,7	2 390,1	- 43,1	5 122,2	-	5 239,7	9 128,2	9 855,0	7 495,4	111,2	April
62,9	74,4	2 584,0	3 755,3	2 377,8	- 54,6	4 825,3	-	5 265,1	9 139,4	9 856,7	7 467,3	111,9	Mai
66,1	68,4	2 561,4	3 651,9	2 335,9	- 63,2	4 507,1	-	5 309,1	9 165,4	9 850,1	7 398,0	113,0	Juni
62,1	66,7	2 527,8	3 599,3	2 365,2	- 59,0	4 411,0	-	5 299,1	9 155,4	9 841,6	7 387,5	116,5	Juli
66,1	63,1	2 517,0	3 572,1	2 391,4	- 61,5	4 310,0	-	5 325,6	9 185,4	9 885,0	7 394,1	115,9	Aug.
76,0	58,3	2 508,5	3 500,7	2 372,9	- 45,1	4 381,9	-	5 347,6	9 181,4	9 846,9	7 362,1	116,6	Sept.
63,7	58,1	2 516,1	3 511,7	2 376,8	- 45,1	4 436,5	-	5 384,3	9 200,5	9 859,6	7 374,6	114,3	Okt.
63,7	53,4	2 514,0	3 474,2	2 357,7	- 51,9	4 421,8	-	5 432,0	9 236,1	9 888,4	7 354,4	117,2	Nov.
38,5	49,1	2 498,9	3 308,9	2 340,4	- 62,3	3 954,3	-	5 445,1	9 250,0	9 852,8	7 311,0	114,1	Dez.
42,3	43,9	2 495,6	3 473,8	2 385,1	- 42,3	4 108,4	-	5 419,2	9 224,8	9 855,2	7 355,3	107,7	2014 Jan.
42,1	39,1	2 475,3	3 427,9	2 405,4	- 29,9	4 039,4	-	5 428,4	9 235,6	9 867,3	7 337,9	105,3	Febr.
49,1	35,4	2 474,4	3 391,9	2 422,1	- 29,2	3 981,7	-	5 461,6	9 274,3	9 879,7	7 344,9	106,1	März
37,9	32,6	2 474,0	3 462,9	2 433,7	- 17,9	4 060,6	-	5 499,3	9 301,5	9 903,7	7 324,6	104,5	April
43,8	35,1	2 484,3	3 476,6	2 426,9	- 32,3	4 116,5	-	5 557,1	9 363,3	9 971,5	7 313,9	105,4	Mai
44,4	35,9	2 452,8	3 374,8	2 457,3	- 48,1	4 138,9	-	5 601,3	9 386,3	9 987,0	7 301,0	106,7	Juni
37,7	35,2	2 451,3	3 437,2	2 470,6	- 42,6	4 239,4	-	5 612,0	9 403,1	10 018,4	7 302,0	107,8	Juli
40,7	35,2	2 445,7	3 448,2	2 495,5	- 53,7	4 456,3	-	5 646,9	9 443,6	10 066,3	7 317,9	107,4	Aug.
Deutscher Beitrag (Mrd €)													
15,5	11,2	642,1	937,5	512,6	- 840,9	1 953,8	184,5	1 256,7	2 173,6	2 311,3	2 052,6	-	2012 Juli
14,6	10,3	633,7	951,4	513,4	- 857,1	1 918,4	188,5	1 268,5	2 184,9	2 322,0	2 041,6	-	Aug.
16,2	10,4	627,5	900,0	521,5	- 806,5	1 872,9	191,9	1 291,6	2 195,0	2 323,4	2 038,7	-	Sept.
17,3	10,3	622,3	889,1	515,3	- 822,5	1 820,3	194,7	1 347,2	2 239,6	2 379,2	2 017,6	-	Okt.
17,8	10,8	615,8	857,9	516,9	- 813,3	1 801,6	197,3	1 373,1	2 257,0	2 396,7	2 005,9	-	Nov.
16,0	10,3	600,7	780,0	510,2	- 759,5	1 784,7	200,3	1 365,7	2 231,6	2 342,6	1 981,4	-	Dez.
13,5	8,9	587,7	783,8	507,3	- 715,8	1 678,5	199,4	1 363,0	2 219,5	2 329,4	1 961,3	-	2013 Jan.
14,1	10,0	595,9	782,3	503,7	- 719,8	1 668,6	201,4	1 366,1	2 215,9	2 344,3	1 960,1	-	Febr.
13,5	8,9	588,1	768,2	517,6	- 696,6	1 681,0	203,8	1 356,6	2 208,8	2 332,9	1 964,6	-	März
14,9	9,5	581,1	764,4	508,0	- 696,5	1 689,7	204,1	1 386,1	2 236,6	2 365,2	1 942,0	-	April
14,6	9,0	569,7	740,9	506,2	- 693,4	1 591,5	207,0	1 391,0	2 242,0	2 368,8	1 926,8	-	Mai
12,3	8,5	560,5	731,8	495,3	- 696,9	1 503,6	208,2	1 390,3	2 235,9	2 374,8	1 904,0	-	Juni
15,8	8,8	549,9	722,1	503,6	- 681,6	1 490,7	211,5	1 399,1	2 240,8	2 360,0	1 895,9	-	Juli
13,9	7,8	546,1	719,8	509,3	- 696,3	1 422,0	214,8	1 412,2	2 256,5	2 286,0	1 892,6	-	Aug.
12,0	7,8	546,8	676,5	502,4	- 696,5	1 465,4	218,0	1 424,8	2 262,2	2 290,0	1 883,0	-	Sept.
13,6	8,2	543,6	677,2	501,5	- 694,8	1 472,8	220,2	1 451,6	2 287,9	2 321,4	1 875,6	-	Okt.
12,5	6,3	542,9	679,5	495,3	- 679,0	1 472,5	221,7	1 462,1	2 296,5	2 323,1	1 868,1	-	Nov.
8,9	5,9	535,1	610,6	490,2	- 652,9	1 422,0	224,3	1 448,1	2 293,9	2 319,4	1 853,4	-	Dez.
8,4	4,3	532,3	658,5	498,1	- 638,1	1 439,4	234,7	1 453,9	2 294,3	2 319,0	1 856,7	-	2014 Jan.
9,1	5,1	528,9	634,6	502,7	- 633,8	1 409,2	237,1	1 462,0	2 307,9	2 334,2	1 854,6	-	Febr.
8,0	4,0	526,2	615,1	501,1	- 601,5	1 398,8	238,7	1 454,1	2 302,5	2 323,5	1 847,3	-	März
7,5	4,6	513,8	622,3	500,8	- 594,4	1 400,7	240,8	1 489,9	2 333,2	2 356,9	1 830,8	-	April
7,3	5,7	527,8	636,4	504,7	- 618,1	1 433,7	243,8	1 501,7	2 351,8	2 373,3	1 846,1	-	Mai
9,1	6,6	524,6	613,8	521,8	- 591,5	1 438,1	246,7	1 493,3	2 340,6	2 365,2	1 855,7	-	Juni
9,2	6,4	527,7	619,9	526,1	- 570,3	1 465,8	251,2	1 499,4	2 345,9	2 373,5	1 859,5	-	Juli
10,2	7,4	523,5	628,6	531,3	- 607,3	1 553,4	254,8	1 515,6	2 365,6	2 396,6	1 860,1	-	Aug.

entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). **10** Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für EWU) Bargeldumlauf sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten, die in der Konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. **11** M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten)

sowie (für EWU) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. **12** M2 zuzüglich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. **13** Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. **14** Kommen in Deutschland nicht vor.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

3. Liquiditätsposition des Bankensystems *) Bestände

Mrd €; Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)
	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems					Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)	Banknoten-umlauf 5)	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)			
	Nettoaktiva in Gold und Devisen	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)					Einlagefazilität		
Eurosystem 2)												
2012 April	667,6	56,4	1 093,4	3,0	280,6	771,3	215,8	871,2	146,3	- 13,3	109,6	1 752,1
Mai	659,3	47,0	1 088,7	1,0	281,3	771,4	214,0	872,7	137,1	- 28,5	110,5	1 754,6
Juni	656,8	58,1	1 071,0	1,6	281,1	770,8	212,8	880,8	117,8	- 24,2	110,8	1 762,3
Juli	666,7	160,7	1 074,9	1,8	280,7	770,6	210,9	892,5	138,8	60,6	111,5	1 774,6
Aug.	678,9	146,0	1 079,9	0,8	281,0	343,1	211,5	897,7	130,7	93,5	510,2	1 751,0
Sept.	676,8	130,6	1 076,8	0,8	279,7	328,6	210,5	897,6	107,0	81,0	540,0	1 766,2
Okt.	681,5	117,6	1 062,8	1,1	279,6	305,4	209,0	892,7	101,4	96,0	538,1	1 736,2
Nov.	708,5	84,4	1 053,8	1,0	278,9	256,1	209,3	890,0	95,7	146,4	529,2	1 675,3
Dez.	708,0	74,0	1 044,1	1,6	277,3	231,8	208,5	889,3	121,1	144,5	509,9	1 631,0
2013 Jan.	683,9	78,2	1 036,8	3,7	276,8	238,4	206,6	903,5	100,1	141,7	489,0	1 630,9
Febr.	656,5	127,5	960,3	0,3	273,4	184,3	207,8	883,4	90,8	185,6	466,3	1 534,0
März	655,7	130,5	843,2	0,9	269,9	145,3	205,5	880,5	78,8	187,1	403,0	1 428,8
April	656,8	123,7	782,9	0,5	269,1	133,8	205,5	889,2	89,7	168,7	346,0	1 369,0
Mai	657,3	113,0	749,9	0,9	265,7	114,5	204,3	897,1	82,5	166,2	322,2	1 333,8
Juni	656,0	104,7	728,4	0,5	259,9	90,5	199,4	904,1	83,1	172,3	300,3	1 294,9
Juli	615,9	108,8	708,0	1,3	256,4	92,1	195,0	909,3	92,5	115,1	286,5	1 287,9
Aug.	532,3	104,5	698,6	0,2	255,0	82,6	195,5	917,6	97,1	28,2	269,6	1 269,8
Sept.	531,8	97,5	692,3	0,4	251,1	79,2	191,7	920,4	72,6	34,7	274,5	1 274,2
Okt.	538,2	96,2	674,6	0,2	248,2	58,9	189,8	918,3	80,1	41,9	268,4	1 245,6
Nov.	550,9	90,8	652,4	0,1	244,6	52,1	187,2	920,4	70,9	63,4	244,9	1 217,4
Dez.	550,8	91,6	625,3	0,1	241,5	48,3	177,4	925,9	80,2	57,2	220,2	1 194,4
2014 Jan.	532,7	129,3	592,1	0,3	236,8	60,1	149,3	947,9	61,2	- 24,7	248,1	1 256,0
Febr.	510,3	105,4	576,4	0,3	232,5	42,1	164,4	931,8	83,4	- 12,9	216,0	1 190,0
März	510,4	91,8	570,4	0,3	229,5	29,5	175,5	932,1	81,8	- 17,6	201,1	1 162,8
April	518,9	105,4	534,6	0,7	227,5	29,2	175,5	938,4	73,8	- 25,0	195,2	1 162,8
Mai	536,4	128,1	519,6	0,2	222,6	29,7	152,4	947,9	87,7	- 2,1	191,2	1 168,8
Juni	536,8	148,1	507,8	0,1	215,9	28,3	126,0	951,0	111,6	- 0,5	192,3	1 171,6
Juli	540,0	111,7	460,1	0,1	209,0	23,9	27,2	958,1	110,0	- 12,5	214,3	1 196,3
Aug.	547,6	106,6	414,7	0,3	202,2	24,6	0,0	967,6	92,4	- 23,6	210,2	1 202,5
Sept.	547,8	114,7	387,4	0,2	196,3	25,2	0,0	971,8	66,2	- 27,0	210,1	1 207,1
Deutsche Bundesbank												
2012 April	182,0	1,2	73,8	0,1	68,8	257,2	142,7	218,1	0,7	- 321,6	28,8	504,1
Mai	181,3	1,3	73,4	0,1	68,8	260,5	144,6	217,8	0,7	- 327,5	28,9	507,2
Juni	180,4	3,8	74,6	0,5	68,7	276,9	150,3	219,8	0,8	- 349,1	29,3	526,0
Juli	180,3	3,1	76,5	0,1	68,6	293,3	152,1	222,3	1,0	- 369,8	29,6	545,2
Aug.	179,6	2,5	76,3	0,2	68,8	102,0	162,9	225,1	4,2	- 351,5	184,8	511,9
Sept.	177,7	1,6	75,4	0,0	68,6	112,1	134,6	224,6	6,0	- 349,1	195,2	531,9
Okt.	181,8	1,7	74,5	0,2	68,7	108,2	124,0	223,4	6,8	- 325,3	189,9	521,4
Nov.	190,7	1,9	72,9	0,1	68,2	76,7	126,2	222,4	7,1	- 291,0	192,5	491,5
Dez.	190,8	1,8	70,5	0,2	67,5	61,3	124,6	222,0	8,9	- 277,5	191,5	474,8
2013 Jan.	185,1	2,1	69,7	0,1	67,4	56,1	117,2	225,3	10,0	- 242,5	158,2	439,6
Febr.	176,8	0,7	58,9	0,0	66,3	34,2	109,9	219,2	2,5	- 207,3	144,2	397,5
März	176,4	0,7	34,9	0,0	65,3	30,4	107,3	219,7	2,1	- 203,2	121,0	371,1
April	177,1	0,1	21,8	0,0	65,0	24,4	95,7	221,6	1,9	- 189,2	109,7	355,8
Mai	176,7	0,3	16,2	0,0	64,3	26,8	88,2	223,2	1,0	- 182,0	100,3	350,4
Juni	175,4	0,2	13,0	0,0	63,0	23,9	93,0	226,0	0,7	- 189,0	97,0	346,9
Juli	161,3	0,6	11,7	0,0	61,8	26,1	79,2	226,3	0,8	- 194,0	97,0	349,4
Aug.	136,9	0,6	11,3	0,0	61,1	27,5	73,6	228,6	0,7	- 207,5	87,0	343,1
Sept.	136,3	0,2	10,6	0,0	59,7	22,3	72,2	229,2	0,7	- 206,2	88,7	340,3
Okt.	138,3	0,2	10,1	0,1	58,9	15,8	63,4	229,2	1,3	- 195,0	92,9	337,9
Nov.	142,5	0,2	8,8	0,0	57,9	15,1	61,4	229,0	1,6	- 176,2	78,4	322,5
Dez.	142,3	0,3	8,5	0,0	57,0	12,9	66,7	230,0	1,4	- 170,0	67,1	310,0
2014 Jan.	136,4	18,3	13,2	0,1	56,0	11,0	60,2	231,1	1,9	- 155,2	75,1	317,1
Febr.	128,8	13,5	10,7	0,0	54,7	9,5	58,7	219,4	1,3	- 145,3	64,1	293,0
März	128,5	4,5	11,0	0,1	53,8	9,1	52,5	221,0	1,4	- 147,1	61,0	291,1
April	130,9	5,5	11,6	0,1	53,2	8,2	49,0	222,6	1,4	- 138,4	58,6	289,4
Mai	136,2	19,3	13,8	0,1	52,0	7,9	46,8	225,0	1,4	- 115,6	55,8	288,7
Juni	136,2	28,4	18,1	0,0	50,7	7,7	41,9	226,0	1,4	- 99,0	55,5	289,2
Juli	136,9	10,0	16,1	0,1	48,9	8,4	9,0	228,1	1,6	- 99,6	64,6	301,0
Aug.	138,8	6,2	11,3	0,0	47,4	6,8	0,0	230,5	0,9	- 96,7	62,3	299,5
Sept.	138,7	4,1	10,0	0,1	45,9	8,7	0,0	231,1	1,0	- 103,5	61,5	301,2

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. * Die Liquiditätsposition des Bankensystems besteht aus den Euro-Guthaben auf den Girokonten der Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets beim Eurosystem. Die Angaben sind dem konsolidierten Ausweis des Eurosystems bzw. dem Ausweis der Bundesbank entnommen. 1 Werte sind Tagesdurchschnitte der in dem jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. — 2 Quelle: EZB. 3 Einschl. der Programme des Eurosystems zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen sowie für die Wertpapiermärkte. 4 Ab

Aug. 2009 einschl. der durch Devisenswapgeschäfte des Eurosystems abgeschöpften Liquidität. 5 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berich-

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)	Ende der Mindestreserveerfüllungsperiode 1)
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlagefazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)	Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)	Banknoten-umlauf 5)	Einlagen von Zentralregierungen			
	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)								
Eurosystem 2)												
- 20,6	- 32,7	+ 233,3	+ 0,8	- 7,5	+150,3	- 3,7	+ 2,4	+ 17,3	+ 6,1	+ 0,7	+ 153,5	2012 April
- 8,3	- 9,4	- 4,7	- 2,0	+ 0,7	+ 0,1	- 1,8	+ 1,5	- 9,2	- 15,2	+ 0,9	+ 2,5	Mai
- 2,5	+ 11,1	- 17,7	+ 0,6	- 0,2	- 0,6	- 1,2	+ 8,1	- 19,3	+ 4,3	+ 0,3	+ 7,7	Juni
+ 9,9	+102,6	+ 3,9	+ 0,2	- 0,4	- 0,2	- 1,9	+ 11,7	+ 21,0	+ 84,8	+ 0,7	+ 12,3	Juli
+ 12,2	- 14,7	+ 5,0	+ 1,0	+ 0,3	-427,5	+ 0,6	+ 5,2	- 8,1	+ 32,9	+ 398,7	+ 23,6	Aug.
- 2,1	- 15,4	- 3,1	+ 0,0	- 1,3	- 14,5	- 1,0	- 0,1	- 23,7	- 12,5	+ 29,8	+ 15,2	Sept.
+ 4,7	- 13,0	- 14,0	+ 0,3	- 0,1	- 23,2	- 1,5	- 4,9	- 5,6	+ 15,0	- 1,9	- 30,0	Okt.
+ 27,0	- 33,2	- 9,0	- 0,1	- 0,7	- 49,3	+ 0,3	- 2,7	- 5,7	+ 50,4	- 8,9	- 60,9	Nov.
- 0,5	- 10,4	- 9,7	+ 0,6	- 1,6	- 24,3	- 0,8	- 0,7	+ 25,4	- 1,9	- 19,3	- 44,3	Dez.
- 24,1	+ 4,2	- 7,3	+ 2,1	- 0,5	+ 6,6	- 1,9	+ 14,2	- 21,0	- 2,8	- 20,9	- 0,1	2013 Jan.
- 27,4	+ 49,3	- 76,5	- 3,4	- 3,4	- 54,1	+ 1,2	- 20,1	- 9,3	+ 43,9	- 22,7	- 96,9	Febr.
- 0,8	+ 3,0	- 117,1	+ 0,6	- 3,5	- 39,0	- 2,3	- 2,9	- 12,0	+ 1,5	- 63,3	- 105,2	März
+ 1,1	- 6,8	- 60,3	- 0,4	- 0,8	- 11,5	± 0,0	+ 8,7	+ 10,9	- 18,4	- 57,0	- 59,8	April
+ 0,5	- 10,7	- 33,0	+ 0,4	- 3,4	- 19,3	- 1,2	+ 7,9	- 7,2	- 2,5	- 23,8	- 35,2	Mai
- 1,3	- 8,3	- 21,5	- 0,4	- 5,8	- 24,0	- 4,9	+ 7,0	+ 0,6	+ 6,1	- 21,9	- 38,9	Juni
- 40,1	+ 4,1	- 20,4	+ 0,8	- 3,5	+ 1,6	- 4,4	+ 5,2	+ 9,4	- 57,2	- 13,8	- 7,0	Juli
- 83,6	- 4,3	- 9,4	+ 1,1	- 1,4	- 9,5	+ 0,5	+ 8,3	+ 4,6	- 86,9	- 16,9	- 18,1	Aug.
- 0,5	- 7,0	- 6,3	+ 0,2	- 3,9	- 3,4	- 3,8	+ 2,8	- 24,5	+ 6,5	+ 4,9	+ 4,4	Sept.
+ 6,4	- 1,3	- 17,7	- 0,2	- 2,9	- 20,3	- 1,9	- 2,1	+ 7,5	+ 7,2	- 6,1	- 28,6	Okt.
+ 12,7	- 5,4	- 22,2	- 0,1	- 3,6	- 6,8	- 2,6	+ 2,1	+ 9,2	+ 21,5	- 23,5	- 28,2	Nov.
- 0,1	+ 0,8	- 27,1	+ 0,0	- 3,1	- 3,8	- 9,8	+ 5,5	+ 9,3	- 6,2	- 24,7	- 23,0	Dez.
- 18,1	+ 37,7	- 33,2	+ 0,2	- 4,7	+ 11,8	- 28,1	+ 22,0	- 19,0	- 32,5	+ 27,9	+ 61,6	2014 Jan.
- 22,4	- 23,9	- 15,7	+ 0,0	- 4,3	- 18,0	+ 15,1	- 16,1	+ 22,2	- 37,6	- 32,1	- 66,0	Febr.
+ 0,1	- 13,6	- 6,0	+ 0,0	- 3,0	- 12,6	+ 11,1	+ 0,3	- 1,6	- 4,7	- 14,9	- 27,2	März
+ 8,5	+ 13,6	- 35,8	+ 0,4	- 2,0	- 0,3	± 0,0	+ 6,3	- 8,0	- 7,4	- 5,9	+ 0,0	April
+ 17,5	+ 22,7	- 15,0	- 0,5	- 4,9	+ 0,5	- 23,1	+ 9,5	+ 13,9	+ 22,9	- 4,0	+ 6,0	Mai
+ 0,4	+ 20,0	- 11,8	- 0,1	- 6,7	- 1,4	- 26,4	+ 3,1	+ 23,9	+ 1,6	+ 1,1	+ 2,8	Juni
+ 3,2	- 36,4	- 47,7	+ 0,0	- 6,9	- 4,4	- 98,8	+ 7,1	- 1,6	- 12,0	+ 22,0	+ 24,7	Juli
+ 7,6	- 5,1	- 45,4	+ 0,2	- 6,8	+ 0,7	- 27,2	+ 9,5	- 17,6	- 11,1	- 4,1	+ 6,2	Aug.
+ 0,2	+ 8,1	- 27,3	- 0,1	- 5,9	+ 0,6	± 0,0	+ 4,2	- 26,2	- 3,4	- 0,1	+ 4,6	Sept.
Deutsche Bundesbank												
- 1,6	+ 0,0	+ 14,4	+ 0,1	- 0,4	+ 64,7	+ 0,5	+ 1,1	- 0,0	- 54,7	+ 1,1	+ 66,8	2012 April
- 0,7	+ 0,1	- 0,4	- 0,0	- 0,0	+ 3,3	+ 1,8	- 0,3	- 0,0	- 5,9	+ 0,1	+ 3,1	Mai
- 0,9	+ 2,5	+ 1,1	+ 0,4	- 0,1	+ 16,4	+ 5,7	+ 2,0	+ 0,1	- 21,6	+ 0,4	+ 18,8	Juni
- 0,1	- 0,7	+ 1,9	- 0,4	- 0,1	+ 16,4	+ 1,8	+ 2,5	+ 0,3	- 20,7	+ 0,3	+ 19,2	Juli
- 0,6	- 0,5	- 0,2	+ 0,2	+ 0,2	-191,3	+ 10,9	+ 2,8	+ 3,1	+ 18,3	+ 155,2	- 33,2	Aug.
- 1,9	- 0,9	- 0,9	- 0,2	+ 0,2	+ 10,0	- 28,3	- 0,4	+ 1,8	+ 2,4	+ 10,4	+ 20,0	Sept.
+ 4,1	+ 0,1	- 0,9	+ 0,1	+ 0,1	- 3,9	- 10,6	- 1,3	+ 0,8	+ 23,8	- 5,3	- 10,5	Okt.
+ 8,9	+ 0,2	- 1,6	- 0,1	- 0,5	- 31,5	+ 2,2	- 1,0	+ 0,3	+ 34,4	+ 2,6	- 29,9	Nov.
+ 0,2	- 0,1	- 2,4	+ 0,1	- 0,7	- 15,3	- 1,6	- 0,4	+ 1,8	+ 13,5	- 1,0	- 16,7	Dez.
- 5,8	+ 0,3	- 0,8	- 0,1	- 0,1	- 5,2	- 7,4	+ 3,3	+ 1,1	+ 35,0	- 33,3	- 35,2	2013 Jan.
- 8,3	- 1,3	- 10,8	- 0,1	- 1,0	- 21,9	- 7,3	- 6,1	- 7,5	+ 35,3	- 14,0	- 42,1	Febr.
- 0,3	- 0,1	- 23,9	- 0,0	- 1,0	- 3,8	- 2,6	+ 0,6	- 0,4	+ 4,1	- 23,2	- 26,4	März
+ 0,7	- 0,5	- 13,1	+ 0,0	- 0,3	- 6,0	- 11,6	+ 1,9	- 0,3	+ 14,0	- 11,2	- 15,4	April
- 0,4	+ 0,2	- 5,6	- 0,0	- 0,8	+ 2,5	- 7,6	+ 1,6	- 0,8	+ 7,2	- 9,4	- 5,4	Mai
- 1,3	- 0,2	- 3,2	+ 0,0	- 1,3	- 3,0	+ 4,8	+ 2,8	- 0,3	- 7,0	- 3,3	- 3,5	Juni
- 14,2	+ 0,4	- 1,3	- 0,0	- 1,1	+ 2,3	- 13,8	+ 0,3	+ 0,1	- 5,0	- 0,0	+ 2,5	Juli
- 24,4	+ 0,0	- 0,5	- 0,0	- 0,7	+ 1,4	- 5,6	+ 2,3	- 0,2	- 13,5	- 9,9	- 6,3	Aug.
- 0,5	- 0,4	- 0,7	+ 0,0	- 1,4	- 5,2	- 1,4	+ 0,6	- 0,0	+ 1,3	+ 1,7	- 2,8	Sept.
+ 2,0	+ 0,0	- 0,5	+ 0,0	- 0,8	- 6,6	- 8,8	- 0,0	+ 0,6	+ 11,2	+ 4,2	- 2,4	Okt.
+ 4,2	- 0,0	- 1,3	- 0,0	- 1,0	- 0,7	- 2,0	- 0,2	+ 0,3	+ 18,8	- 14,5	- 15,3	Nov.
- 0,2	+ 0,2	- 0,2	- 0,0	- 0,9	- 2,2	+ 5,3	+ 1,0	- 0,2	+ 6,2	- 11,2	- 12,5	Dez.
- 5,9	+ 17,9	+ 4,7	+ 0,0	- 1,0	- 1,9	- 6,5	+ 1,1	+ 0,5	+ 14,8	+ 7,9	+ 7,1	2014 Jan.
- 7,6	- 4,7	- 2,5	- 0,0	- 1,3	- 1,5	- 1,4	- 11,6	- 0,5	+ 9,9	- 11,0	- 24,1	Febr.
- 0,3	- 9,1	+ 0,3	+ 0,0	- 0,9	- 0,4	- 6,3	+ 1,6	+ 0,0	- 1,8	- 3,1	- 1,9	März
+ 2,4	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,0	- 0,6	- 0,9	- 3,5	+ 1,6	+ 0,1	+ 8,7	- 2,4	- 1,7	April
+ 5,3	+ 13,7	+ 2,2	- 0,0	- 1,2	- 0,3	- 2,2	+ 2,4	- 0,0	+ 22,8	- 2,8	- 0,7	Mai
+ 0,0	+ 9,1	+ 4,3	- 0,0	- 1,4	- 0,2	- 5,0	+ 1,0	- 0,0	+ 16,6	- 0,3	+ 0,5	Juni
+ 0,7	- 18,4	- 2,0	+ 0,1	- 1,7	+ 0,7	- 32,9	+ 2,1	+ 0,2	- 0,6	+ 9,1	+ 11,9	Juli
+ 1,9	- 3,8	- 4,8	- 0,1	- 1,5	- 1,6	- 9,0	+ 2,4	- 0,6	+ 2,9	- 2,3	- 1,5	Aug.
- 0,2	- 2,0	- 1,3	+ 0,1	- 1,6	+ 1,9	± 0,0	+ 0,6	+ 0,1	- 6,8	- 0,7	+ 1,7	Sept.

tigung wird unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknoten-Umlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird

ebenfalls unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Ab 2003 nur Euro-Banknoten. 6 Restliche Positionen des konsolidierten Ausweises des Eurosystems bzw. des Ausweises der Bundesbank. 7 Entspricht der Differenz zwischen der Summe der liquiditätszuführenden Faktoren und der Summe der liquiditätsabschöpfenden Faktoren. 8 Berechnet als Summe der Positionen „Einlagefazilität“, „Banknoten-Umlauf“ und „Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten“.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/Monatsende 1)	Aktiva insgesamt	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II	
Eurosystem 2)										
2014 Jan. 31.	2 217,1	303,2	244,2	81,4	162,8	23,7	20,2	20,2	–	
Febr. 7.	2 190,3	303,2	244,2	81,0	163,2	22,8	19,2	19,2	–	
14.	2 190,1	303,2	244,5	80,5	164,0	23,1	19,1	19,1	–	
21.	2 184,8	303,2	244,1	80,7	163,4	23,0	18,8	18,8	–	
28.	2 181,1	303,2	243,8	80,7	163,1	24,1	19,0	19,0	–	
März 7.	2 172,3	303,2	244,3	80,8	163,5	23,9	18,8	18,8	–	
14.	2 167,8	303,1	244,5	80,8	163,7	23,8	18,3	18,3	–	
21.	2 166,1	303,1	244,7	80,7	164,0	23,9	19,2	19,2	–	
28.	2 152,1	303,1	244,5	80,7	163,9	23,1	17,7	17,7	–	
April 4.	2 161,0	326,5	244,4	80,9	163,5	23,1	17,4	17,4	–	
11.	2 169,1	326,5	244,4	80,9	163,5	23,5	17,7	17,7	–	
18.	2 167,8	326,5	244,1	80,9	163,2	23,8	17,3	17,3	–	
25.	2 169,1	326,5	245,2	81,8	163,4	23,8	18,4	18,4	–	
Mai 2.	2 217,1	326,5	245,6	81,8	163,8	23,5	18,7	18,7	–	
9.	2 167,7	326,5	246,3	81,6	164,7	23,2	18,6	18,6	–	
16.	2 185,0	326,5	244,5	81,3	163,2	24,2	19,5	19,5	–	
23.	2 163,7	326,5	245,3	81,3	164,0	24,5	20,3	20,3	–	
30.	2 197,1	326,5	245,9	81,3	164,6	23,8	19,6	19,6	–	
Juni 6.	2 172,3	326,5	248,3	81,7	166,6	22,9	19,9	19,9	–	
13.	2 124,3	326,5	247,5	81,6	165,9	23,4	18,8	18,8	–	
20.	2 080,0	326,5	244,4	81,0	163,5	25,5	18,4	18,4	–	
27.	2 088,1	326,5	244,4	80,6	163,8	24,4	18,6	18,6	–	
2014 Juli 4.	2 070,3	334,4	249,6	81,7	167,9	23,3	18,2	18,2	–	
11.	2 057,1	334,4	249,2	81,6	167,6	22,9	18,5	18,5	–	
18.	2 062,5	334,4	248,2	81,6	166,5	24,5	19,5	19,5	–	
25.	2 044,3	334,4	248,1	81,6	166,5	25,2	18,6	18,6	–	
Aug. 1.	2 059,7	334,4	248,5	81,7	166,8	24,9	18,5	18,5	–	
8.	2 025,3	334,4	249,4	81,1	168,3	24,5	18,9	18,9	–	
15.	2 023,2	334,4	249,1	80,8	168,3	24,5	19,3	19,3	–	
22.	2 013,0	334,4	249,3	80,8	168,5	24,3	19,9	19,9	–	
29.	2 038,7	334,4	249,5	80,9	168,7	24,2	20,9	20,9	–	
Sept. 5.	2 012,1	334,4	249,8	81,4	168,4	25,4	21,8	21,8	–	
12.	2 003,8	334,4	250,1	81,4	168,7	25,7	21,1	21,1	–	
19.	1 988,2	334,4	247,3	81,1	166,1	26,9	19,9	19,9	–	
26.	2 038,2	334,4	248,4	81,2	167,2	26,5	20,5	20,5	–	
Okt. 3.	2 053,7	334,5	263,1	84,5	178,6	27,8	20,6	20,6	–	
Deutsche Bundesbank										
2012 Nov.	1 098,6	150,2	52,8	23,0	29,8	2,3	–	–	–	
Dez.	1 026,0	137,5	51,1	22,3	28,8	3,3	–	–	–	
2013 Jan.	964,1	137,5	51,6	22,5	29,1	1,6	–	–	–	
Febr.	934,9	137,5	51,3	22,2	29,0	3,2	–	–	–	
März	906,7	136,5	52,0	22,4	29,6	3,4	–	–	–	
April	916,9	136,5	52,0	22,4	29,7	2,8	–	–	–	
Mai	891,6	136,5	52,0	22,3	29,7	0,8	–	–	–	
Juni	839,7	100,3	50,5	21,9	28,6	0,9	–	–	–	
Juli	838,1	100,3	49,9	21,9	28,0	0,7	–	–	–	
Aug.	832,2	100,3	50,3	21,5	28,8	0,2	–	–	–	
Sept.	835,0	107,8	48,6	21,3	27,3	0,4	–	–	–	
Okt.	823,5	107,7	48,4	21,1	27,3	0,1	–	–	–	
Nov.	806,9	107,7	48,8	21,0	27,8	0,1	–	–	–	
Dez.	800,7	94,9	48,9	20,8	28,1	0,1	–	–	–	
2014 Jan.	768,1	94,9	48,5	20,8	27,7	0,1	–	–	–	
Febr.	752,9	94,9	47,6	20,6	27,1	0,1	–	–	–	
März	737,8	102,2	48,4	20,6	27,9	0,1	–	–	–	
April	770,6	102,2	48,6	21,0	27,6	0,1	–	–	–	
Mai	764,9	102,1	48,0	20,9	27,0	0,1	–	–	–	
Juni	725,5	104,6	48,4	20,8	27,6	0,1	–	–	–	
Juli	697,1	104,6	48,8	20,9	27,9	0,1	–	–	–	
Aug.	712,0	104,6	49,0	20,8	28,2	0,1	–	–	–	
Sept.	738,3	104,6	51,7	21,9	29,9	–	–	–	–	

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitglied-

staaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende ¹⁾	
insgesamt	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuers-operationsoperationen	Strukturelle befristete Operationen	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Forderungen aus dem Margenausgleich		insgesamt	Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	sonstige Wertpapiere				
Eurosystem ²⁾														
691,9	115,6	576,0	–	–	0,3	0,0	72,9	587,4	231,3	356,1	28,3	245,3	2014 Jan.	31.
671,3	95,1	575,6	–	–	0,5	0,0	70,5	586,2	230,6	355,6	28,2	244,8	Febr.	7.
666,6	93,3	573,2	–	–	0,1	0,0	74,7	587,2	229,9	357,3	28,2	243,4		14.
665,2	92,9	572,2	–	–	0,2	0,0	77,0	585,8	229,4	356,5	28,2	239,5		21.
664,5	94,0	569,7	–	–	0,8	0,0	74,1	586,4	229,3	357,1	28,2	237,7		28.
654,0	87,0	566,7	–	–	0,3	0,0	72,9	588,0	229,3	358,7	28,2	239,0	März	7.
648,9	92,6	556,3	–	–	0,0	0,0	76,0	587,9	228,8	359,0	28,2	237,0		14.
644,1	96,9	546,2	–	–	0,9	0,0	77,8	588,5	228,6	359,9	28,2	236,6		21.
640,8	121,3	518,0	–	–	1,4	–	66,0	590,4	228,4	362,0	28,2	238,2		28.
627,4	110,6	516,5	–	–	0,2	–	66,5	588,4	224,9	363,5	28,2	239,1	April	4.
636,7	104,6	532,1	–	–	–	–	64,9	588,1	224,7	363,4	28,2	239,0		11.
636,3	112,2	523,8	–	–	0,3	–	63,6	588,3	224,7	363,7	28,2	239,5		18.
638,1	121,8	516,3	–	–	0,0	0,0	60,1	586,7	224,7	362,0	28,2	242,0		25.
688,3	172,6	515,0	–	–	0,8	0,0	61,3	581,6	219,6	362,0	27,3	244,2	Mai	2.
642,4	129,1	513,2	–	–	–	–	60,6	583,1	219,6	363,6	27,3	239,7		9.
651,5	137,3	514,2	–	–	0,0	0,0	68,4	583,6	219,6	364,1	27,3	239,4		16.
640,0	131,9	508,0	–	–	0,1	–	61,2	576,6	216,7	360,0	27,3	242,0		23.
679,7	174,0	505,7	–	–	0,1	0,0	57,4	573,7	215,3	358,5	27,3	243,2		30.
653,3	149,4	503,9	–	–	0,0	–	61,1	570,9	212,8	358,0	27,3	242,3	Juni	6.
607,6	136,8	470,8	–	–	0,0	–	63,8	570,0	212,5	357,4	27,3	239,4		13.
565,0	97,9	467,1	–	–	0,0	–	62,9	569,4	209,9	359,5	27,3	240,6		20.
568,4	115,0	453,3	–	–	0,1	–	65,2	570,6	209,9	360,7	27,3	242,8		27.
545,9	97,1	448,8	–	–	–	–	61,6	566,9	205,2	361,7	26,7	243,6	2014 Juli	4.
529,2	94,2	434,8	–	–	0,2	–	60,9	568,8	204,8	364,0	26,7	246,5		11.
531,7	99,9	431,1	–	–	0,7	0,0	68,3	565,8	204,1	361,7	26,7	243,4		18.
507,8	97,9	409,6	–	–	0,4	–	74,2	566,3	203,5	362,8	26,7	242,8		25.
533,5	133,3	400,2	–	–	0,0	0,0	74,2	556,8	199,0	357,8	26,7	242,1	Aug.	1.
504,9	107,9	397,0	–	–	0,0	–	66,1	559,1	199,0	360,1	26,7	241,1		8.
501,0	108,2	392,8	–	–	0,0	–	66,8	560,9	199,0	361,9	26,7	240,5		15.
497,6	107,6	390,0	–	–	0,0	0,1	61,9	557,7	195,4	362,3	26,7	241,1		22.
517,6	131,8	384,9	–	–	0,9	–	62,6	559,9	195,4	364,4	26,7	242,9		29.
492,7	111,2	381,4	–	–	0,1	0,0	62,4	560,7	195,4	365,3	26,7	238,1	Sept.	5.
483,1	110,7	372,3	–	–	0,2	–	63,5	561,6	195,1	366,5	26,7	237,5		12.
472,3	105,7	366,3	–	–	0,3	–	63,3	561,4	194,5	366,9	26,7	236,0		19.
520,2	90,3	429,6	–	–	0,3	0,0	66,3	561,8	194,5	367,3	26,7	233,3		26.
513,9	89,1	424,7	–	–	0,1	–	67,0	561,9	194,6	367,2	26,7	238,1	Okt.	3.
Deutsche Bundesbank														
72,4	1,9	69,7	–	–	0,8	–	2,5	67,4	67,4	–	4,4	746,6	2012 Nov.	
73,1	2,9	69,7	–	–	0,6	–	1,4	67,5	67,5	–	4,4	687,5	Dez.	
49,5	0,3	49,1	–	–	0,0	–	4,9	66,2	66,2	–	4,4	648,3	2013 Jan.	
25,8	0,8	24,9	–	–	0,0	–	5,0	65,2	65,2	–	4,4	642,5	Febr.	
21,8	0,1	21,6	–	–	0,2	–	5,7	65,0	65,0	–	4,4	617,9	März	
14,8	0,5	14,3	–	–	0,0	–	5,8	63,8	63,8	–	4,4	636,7	April	
12,3	0,1	12,1	–	–	0,0	–	4,9	62,9	62,9	–	4,4	617,8	Mai	
12,8	0,9	11,8	–	–	0,0	–	4,8	61,9	61,9	–	4,4	604,1	Juni	
12,2	1,0	11,2	–	–	0,0	–	4,5	61,1	61,1	–	4,4	605,0	Juli	
10,8	0,2	10,6	–	–	0,0	–	4,6	59,5	59,5	–	4,4	602,1	Aug.	
10,8	0,2	9,9	–	–	0,7	–	4,9	58,6	58,6	–	4,4	599,5	Sept.	
9,3	0,2	8,7	–	–	0,4	–	5,0	57,6	57,6	–	4,4	591,0	Okt.	
9,2	0,7	8,4	–	–	0,1	–	5,1	57,0	57,0	–	4,4	574,5	Nov.	
52,1	38,2	13,8	–	–	0,1	–	4,7	55,8	55,8	–	4,4	539,8	Dez.	
31,3	20,3	11,0	–	–	–	–	5,1	54,2	54,2	–	4,4	529,5	2014 Jan.	
18,2	7,1	11,0	–	–	0,1	–	5,7	53,8	53,8	–	4,4	528,2	Febr.	
24,4	10,7	11,0	–	–	2,7	–	5,6	53,6	53,6	–	4,4	499,0	März	
51,4	38,2	12,9	–	–	0,2	–	5,7	51,6	51,6	–	4,4	506,7	April	
60,0	41,5	18,5	–	–	0,0	–	3,8	50,7	50,7	–	4,4	495,8	Mai	
26,1	7,4	16,1	–	–	2,6	–	2,3	49,0	49,0	–	4,4	490,6	Juni	
17,8	7,1	10,5	–	–	0,2	–	1,6	47,4	47,4	–	4,4	472,3	Juli	
14,3	4,0	9,7	–	–	0,6	–	1,1	45,7	45,7	–	4,4	492,7	Aug.	
21,6	6,3	14,9	–	–	0,3	–	1,8	45,5	45,5	–	4,4	508,6	Sept.	

-preisen bewertet. **1** Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank: Ausweis für Monatsultimo. **2** Quelle: EZB.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)	Passiva insgesamt	Banknotennum- lauf 2)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet						Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet		
			insgesamt	Einlagen auf Girokonten (einschl. Mindestreserveguthaben)	Einlagefazilität	Termin-einlagen	Verbindlichkeiten aus Geschäften mit Rücknahmevereinbarung	Einlagen aus dem Margenausgleich			insgesamt	Einlagen von öffentlichen Haushalten	Sonstige Verbindlichkeiten
Eurosistem 4)													
2014 Jan. 31.	2 217,1	932,5	423,1	215,7	56,1	151,2	–	0,2	3,1	–	116,1	92,9	23,2
Febr. 7.	2 190,3	932,6	423,2	200,4	47,2	175,5	–	0,0	4,1	–	94,1	74,5	19,6
14.	2 190,1	931,2	429,6	223,7	29,9	175,5	–	0,5	5,2	–	86,4	65,8	20,6
21.	2 184,8	929,1	403,8	196,3	32,0	175,5	–	0,0	5,1	–	116,8	91,7	25,1
28.	2 181,1	933,8	392,5	187,4	29,4	175,5	–	0,2	5,2	–	126,1	99,3	26,9
März 7.	2 172,3	937,0	393,6	187,1	30,9	175,5	–	0,0	5,2	–	113,9	74,7	39,2
14.	2 167,8	938,1	425,8	226,8	23,5	175,5	–	0,0	5,0	–	83,4	56,4	27,1
21.	2 166,1	936,9	405,2	195,2	34,5	175,5	–	0,0	5,1	–	103,4	77,7	25,8
28.	2 152,1	938,7	382,9	179,2	28,3	175,5	–	–	9,5	–	117,1	89,9	27,2
April 1.	2 161,0	942,5	382,4	181,1	25,7	175,5	–	0,0	10,3	–	95,1	69,9	25,2
11.	2 169,1	944,2	392,0	198,2	21,2	172,5	–	0,2	4,1	–	99,9	68,9	31,0
18.	2 167,8	951,9	386,4	202,9	30,1	153,4	–	0,0	4,1	–	98,7	63,7	35,0
25.	2 169,1	946,4	356,9	166,1	24,0	166,8	–	0,0	4,0	–	129,2	91,1	38,1
Mai 2.	2 217,1	950,3	383,3	240,2	39,1	103,9	–	0,1	2,8	–	147,7	105,3	42,4
9.	2 167,7	948,9	349,5	150,0	33,8	165,5	–	0,1	2,9	–	139,6	101,4	38,2
16.	2 185,0	947,7	363,2	201,4	17,5	144,3	–	0,0	2,5	–	142,4	102,6	39,8
23.	2 163,7	947,2	329,8	168,5	23,8	137,5	–	0,0	2,8	–	157,7	121,1	36,5
30.	2 197,1	953,8	352,2	209,4	39,9	102,9	–	0,0	1,7	–	163,0	119,8	43,3
Juni 6.	2 172,3	957,8	343,7	187,1	37,3	119,2	–	0,1	1,8	–	141,6	100,3	41,3
13.	2 124,3	956,5	325,8	199,8	17,2	108,7	–	0,2	2,7	–	124,1	89,2	34,9
20.	2 080,0	955,9	237,8	211,2	26,5	–	–	0,0	8,0	–	168,3	130,1	38,2
27.	2 088,1	958,3	243,2	217,7	25,4	–	–	0,0	8,6	–	171,6	131,9	39,7
2014 Juli 4.	2 070,3	963,9	241,5	214,2	27,3	–	–	0,0	3,7	–	141,1	100,3	40,9
11.	2 057,1	965,2	226,3	206,2	20,2	–	–	0,0	4,2	–	144,1	107,2	36,8
18.	2 062,5	965,6	233,9	211,1	22,7	–	–	0,1	5,0	–	140,9	103,2	37,7
25.	2 044,3	965,5	217,7	196,4	21,3	–	–	0,0	4,8	–	139,9	107,1	32,8
Aug. 1.	2 059,7	971,4	263,9	219,7	44,1	–	–	0,0	4,8	–	105,8	70,9	34,9
8.	2 025,3	973,4	235,9	214,5	21,1	–	–	0,3	5,0	–	96,7	66,6	30,2
15.	2 023,2	975,6	241,5	221,6	19,8	–	–	0,0	4,8	–	86,3	57,7	28,6
22.	2 013,0	970,3	230,9	205,2	25,6	–	–	0,0	4,8	–	95,1	66,4	28,7
29.	2 038,7	971,3	253,7	222,8	30,9	–	–	0,0	4,9	–	93,1	63,8	29,3
Sept. 5.	2 012,1	972,6	220,4	193,7	26,7	–	–	0,0	4,9	–	98,5	70,7	27,8
12.	2 003,8	971,9	200,3	179,2	21,1	–	–	0,0	4,8	–	111,4	80,0	31,4
19.	1 988,2	970,4	185,5	162,4	23,1	–	–	0,0	4,9	–	115,8	86,0	29,8
26.	2 038,2	970,0	234,1	209,4	24,7	–	–	0,0	4,8	–	116,6	87,1	29,5
Okt. 3.	2 053,7	975,1	237,1	206,8	30,4	–	–	0,0	4,8	–	100,0	69,5	30,5
Deutsche Bundesbank													
2012 Nov.	1 098,6	221,5	361,9	184,1	51,9	125,9	–	–	–	–	47,2	11,4	35,9
Dez.	1 026,0	227,2	300,0	129,6	40,5	129,9	–	–	0,0	–	39,9	11,9	28,1
2013 Jan.	964,1	219,7	260,4	128,3	39,1	93,0	–	–	–	–	25,9	2,3	23,6
Febr.	934,9	219,1	240,8	100,8	23,9	116,0	–	–	–	–	22,4	0,5	21,8
März	906,7	223,1	222,9	108,7	20,8	93,3	–	–	–	–	10,9	0,5	10,4
April	916,9	224,5	215,5	102,9	30,8	81,8	–	–	–	–	28,7	0,9	27,7
Mai	891,6	225,4	198,3	88,3	20,6	89,4	–	–	–	–	20,6	0,6	20,1
Juni	839,7	226,9	195,1	89,6	23,5	82,1	–	–	–	–	8,1	0,5	7,6
Juli	838,1	227,9	187,0	90,2	20,1	76,7	–	–	–	–	12,5	0,5	12,0
Aug.	832,2	228,1	179,2	90,8	15,1	73,4	–	–	–	–	10,6	0,5	10,0
Sept.	835,0	227,9	173,7	97,7	17,5	58,5	–	–	–	–	13,5	1,9	11,6
Okt.	823,5	229,3	139,0	61,5	12,3	65,3	–	–	–	–	33,0	1,4	31,5
Nov.	806,9	230,1	135,5	64,0	13,9	57,6	–	–	–	–	19,1	1,0	18,1
Dez.	800,7	237,3	141,5	83,9	10,7	46,9	–	–	–	–	10,5	2,0	8,5
2014 Jan.	768,1	220,6	123,2	64,1	10,7	48,4	–	–	–	–	9,5	1,0	8,5
Febr.	752,9	220,9	115,0	53,0	9,1	53,0	–	–	–	–	11,8	1,2	10,7
März	737,8	222,2	103,3	50,2	4,7	48,5	–	–	–	–	8,4	1,1	7,3
April	770,6	224,5	112,6	68,4	7,8	36,4	–	–	–	–	26,6	1,4	25,2
Mai	764,9	225,7	103,4	62,2	7,2	34,0	–	–	–	–	24,7	0,9	23,9
Juni	725,5	227,0	65,5	60,0	5,5	–	–	–	–	–	18,9	1,2	17,7
Juli	697,1	229,4	56,5	49,9	6,6	–	–	–	–	–	14,2	0,8	13,4
Aug.	712,0	229,8	68,8	59,9	9,0	–	–	–	–	–	12,8	0,7	12,1
Sept.	738,3	229,8	85,1	81,1	4,0	–	–	–	–	–	15,1	1,1	13,9

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. 1 Für Eurosistem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank:

Ausweis für Monatsultimo. 2 Entsprechend dem vom Eurosistem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumsatzes zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird als „Intra-Eurosistem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ausgewiesen. Die verbleibenden

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva ³⁾	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ²⁾	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende ¹⁾
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II						
Eurosystem ⁴⁾										
106,1	2,9	5,1	5,1	–	52,7	222,0	–	262,9	90,6	2014 Jan. 31.
101,9	1,0	6,4	6,4	–	52,7	220,9	–	262,9	90,6	Febr. 7.
99,4	1,4	7,2	7,2	–	52,7	223,5	–	262,9	90,6	14.
94,0	1,0	6,4	6,4	–	52,7	220,9	–	262,9	92,1	21.
93,5	2,8	4,9	4,9	–	52,7	214,2	–	262,9	92,4	28.
90,6	1,9	5,8	5,8	–	52,7	216,5	–	262,9	92,4	März 7.
88,1	1,2	6,5	6,5	–	52,7	211,5	–	262,9	92,5	14.
88,2	1,0	6,9	6,9	–	52,7	211,2	–	262,9	92,5	21.
81,6	1,4	5,7	5,7	–	52,7	206,8	–	262,9	92,7	28.
84,1	1,1	4,6	4,6	–	52,8	206,1	–	288,9	93,0	April 4.
82,9	1,1	4,9	4,9	–	52,8	205,4	–	288,9	93,0	11.
78,3	1,3	4,4	4,4	–	52,8	208,0	–	288,9	93,0	18.
80,5	1,4	4,5	4,5	–	52,8	211,4	–	288,9	93,0	25.
78,4	1,5	4,5	4,5	–	52,8	214,0	–	288,9	93,0	Mai 2.
79,8	1,2	5,1	5,1	–	52,8	206,3	–	288,9	92,8	9.
79,7	1,1	4,9	4,9	–	52,8	209,1	–	288,9	92,6	16.
77,1	1,2	5,8	5,8	–	52,8	207,8	–	288,9	92,6	23.
76,5	1,0	5,3	5,3	–	52,8	209,2	–	288,9	92,6	30.
78,3	1,0	6,6	6,6	–	52,8	206,3	–	288,9	93,4	Juni 6.
67,1	1,0	6,6	6,6	–	52,8	205,3	–	288,9	93,4	13.
61,6	1,1	6,2	6,2	–	52,8	204,0	–	288,9	95,3	20.
59,7	0,8	5,5	5,5	–	52,8	203,4	–	288,9	95,3	27.
56,9	1,0	5,4	5,4	–	53,4	206,6	–	301,4	95,3	2014 Juli 4.
53,2	1,1	4,8	4,8	–	53,4	208,1	–	301,4	95,3	11.
52,2	1,3	5,0	5,0	–	53,4	208,5	–	301,4	95,3	18.
48,5	1,1	5,6	5,6	–	53,4	211,1	–	301,4	95,3	25.
44,2	1,3	5,4	5,4	–	53,4	212,8	–	301,4	95,3	Aug. 1.
43,8	1,0	6,3	6,3	–	53,4	213,1	–	301,4	95,3	8.
43,8	1,0	6,1	6,1	–	53,4	213,9	–	301,4	95,3	15.
42,0	1,1	5,9	5,9	–	53,4	213,0	–	301,4	95,3	22.
41,6	1,1	6,1	6,1	–	53,4	217,1	–	301,4	95,3	29.
43,2	0,9	7,0	7,0	–	53,4	214,7	–	301,4	95,3	Sept. 5.
40,6	0,9	7,6	7,6	–	53,4	216,2	–	301,4	95,3	12.
40,9	1,0	6,2	6,2	–	53,4	213,4	–	301,4	95,3	19.
40,3	0,8	7,0	7,0	–	53,4	214,5	–	301,4	95,3	26.
41,0	0,9	7,3	7,3	–	55,5	221,1	–	315,5	95,3	Okt. 3.
Deutsche Bundesbank										
81,8	0,0	0,3	0,3	–	14,4	22,8	197,3	146,5	5,0	2012 Nov.
83,3	0,0	0,1	0,1	–	14,1	23,6	200,3	132,6	5,0	Dez.
83,0	0,0	0,5	0,5	–	14,1	23,5	199,4	132,6	5,0	2013 Jan.
74,4	0,0	0,7	0,7	–	14,1	24,5	201,4	132,6	5,0	Febr.
70,2	0,0	0,6	0,6	–	14,1	24,0	203,8	132,1	5,0	März
67,9	0,0	0,6	0,6	–	14,1	24,4	204,1	132,1	5,0	April
63,5	0,0	0,6	0,6	–	14,1	25,0	207,0	132,1	5,0	Mai
61,5	0,0	0,7	0,7	–	13,9	25,3	208,2	95,0	5,0	Juni
59,7	0,0	0,1	0,1	–	13,9	25,5	211,5	95,0	5,0	Juli
58,9	0,0	0,7	0,7	–	13,9	26,0	214,8	95,0	5,0	Aug.
54,7	0,0	0,2	0,2	–	13,7	26,6	218,0	101,6	5,0	Sept.
54,6	0,0	0,1	0,1	–	13,7	27,0	220,2	101,6	5,0	Okt.
52,1	0,0	0,7	0,7	–	13,7	27,4	221,7	101,6	5,0	Nov.
52,0	1,8	0,0	0,0	–	13,5	26,8	224,3	88,1	5,0	Dez.
45,3	0,4	0,8	0,8	–	13,5	27,2	234,7	88,1	5,0	2014 Jan.
33,1	– 0,0	0,6	0,6	–	13,5	27,8	237,1	88,1	5,0	Febr.
26,4	0,0	1,3	1,3	–	13,5	23,6	238,7	95,4	5,0	März
27,4	0,0	1,0	1,0	–	13,5	23,8	240,8	95,4	5,0	April
28,9	0,0	0,5	0,5	–	13,5	24,0	243,8	95,4	5,0	Mai
25,4	0,0	0,7	0,7	–	13,7	24,4	246,7	98,3	5,0	Juni
3,4	0,0	1,0	1,0	–	13,7	24,5	251,2	98,3	5,0	Juli
2,7	0,0	1,4	1,4	–	13,7	24,6	254,8	98,3	5,0	Aug.
3,6	0,0	1,1	1,1	–	14,2	25,0	258,7	100,8	5,0	Sept.

92 % des Wertes am in Umlauf befindliche Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknoten-Umlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der

von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls als „Intra-Eurosystem-Forderung/Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. ³ Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. ⁴ Quelle: EZB.

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet											Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet		Sonstige Aktivpositionen 1)	Zeit
an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern											insgesamt	darunter Buchkredite		
Privat- öffentliche Haushalte				zu- sammen	Unternehmen und Privatpersonen			öffentliche Haushalte						
Wert- papiere	zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere 2)		zu- sammen	zu- sammen	darunter Buch- kredite	zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere				
Stand am Jahres- bzw. Monatsende														
278,2	580,7	408,7	171,9	322,4	169,1	65,0	153,3	30,7	122,6	993,8	796,8	166,7	2005	
294,1	549,5	390,2	159,2	376,6	228,1	85,2	148,5	26,1	122,4	1 172,7	936,2	188,8	2006	
267,3	505,8	360,7	145,0	425,5	294,6	124,9	130,9	26,0	104,9	1 339,5	1 026,9	224,4	2007	
329,6	476,1	342,8	133,4	475,1	348,1	172,1	127,0	27,6	99,4	1 279,2	1 008,6	275,7	2008	
335,4	495,0	335,1	160,0	450,4	322,2	162,9	128,2	23,5	104,7	1 062,6	821,1	237,5	2009	
314,5	633,8	418,4	215,3	421,6	289,2	164,2	132,4	24,8	107,6	1 021,0	792,7	1 181,1	2010	
294,3	561,1	359,8	201,2	403,1	276,9	161,2	126,2	32,6	93,6	995,1	770,9	1 313,8	2011	
259,8	594,0	350,3	243,7	399,2	275,1	158,1	124,1	30,4	93,7	970,3	745,0	1 239,4	2012	
262,3	585,8	339,2	246,6	392,3	267,6	144,6	124,6	27,8	96,9	921,2	690,5	849,7	2013	
257,2	612,2	360,2	252,0	407,1	282,8	160,3	124,3	32,0	92,3	996,2	778,1	1 274,5	2012 Nov.	
259,8	594,0	350,3	243,7	399,2	275,1	158,1	124,1	30,4	93,7	970,3	745,0	1 239,4	Dez.	
266,8	592,1	352,2	239,9	404,6	277,6	157,0	127,0	30,3	96,8	955,4	728,8	1 137,7	2013 Jan.	
260,8	588,7	347,3	241,4	404,6	280,2	157,0	124,4	30,3	94,1	959,5	739,4	1 140,0	Febr.	
264,8	586,8	345,2	241,6	408,1	284,8	157,6	123,4	30,1	93,2	965,3	740,5	1 141,2	März	
285,8	597,1	355,2	241,9	406,6	282,3	158,7	124,4	30,8	93,5	964,2	736,2	1 143,8	April	
268,9	581,6	344,6	237,0	411,8	282,3	155,8	129,5	30,7	98,8	962,8	733,7	1 048,1	Mai	
262,9	580,8	342,3	238,5	405,7	278,1	152,3	127,6	29,9	97,7	951,9	723,2	962,7	Juni	
261,7	589,2	347,3	241,9	408,2	279,2	151,0	129,0	29,9	99,1	937,8	706,4	942,0	Juli	
262,1	583,3	340,6	242,8	407,2	275,1	149,8	132,1	30,7	101,5	934,2	703,9	873,3	Aug.	
263,0	582,2	340,0	242,2	401,7	273,6	147,5	128,0	30,2	97,8	912,8	681,8	904,2	Sept.	
264,1	592,2	347,2	245,0	400,0	271,3	145,5	128,6	30,9	97,7	935,2	704,6	906,1	Okt.	
263,4	589,3	342,6	246,7	403,8	274,8	146,4	129,0	30,8	98,1	952,7	721,5	902,8	Nov.	
262,3	585,8	339,2	246,6	392,3	267,6	144,6	124,6	27,8	96,9	921,2	690,5	849,7	Dez.	
268,9	590,5	345,4	245,0	399,4	272,6	146,9	126,9	27,9	99,0	960,8	729,9	868,4	2014 Jan.	
262,0	587,6	341,1	246,5	400,6	270,1	145,8	130,4	28,4	102,1	959,2	735,1	838,8	Febr.	
267,4	583,2	336,7	246,5	401,3	270,1	145,2	131,2	28,1	103,1	954,9	723,4	824,1	März	
284,3	584,4	336,7	247,7	402,4	270,0	148,1	132,4	28,7	103,7	961,7	732,7	827,4	April	
272,7	587,6	338,2	249,5	405,2	273,0	148,8	132,2	28,6	103,6	986,8	754,4	861,0	Mai	
270,2	581,7	330,2	251,4	404,8	273,3	147,8	131,4	27,9	103,5	997,6	762,8	863,5	Juni	
273,4	587,8	333,0	254,8	407,5	273,9	148,8	133,6	28,2	105,4	1 028,4	793,4	888,9	Juli	
270,9	583,3	327,4	256,0	404,7	272,1	147,8	132,6	28,6	104,0	1 022,4	786,3	977,2	Aug.	
Veränderungen 3)														
19,3	31,0	18,6	12,4	54,5	59,6	20,9	5,1	1,3	3,8	205,7	165,7	9,8	2006	
- 14,6	- 39,6	- 29,3	- 10,3	55,1	73,6	41,5	- 18,6	0,0	- 18,6	222,7	136,5	21,1	2007	
65,4	- 28,4	- 16,9	- 11,5	37,8	42,3	40,4	- 4,5	1,6	- 6,1	- 40,3	- 7,6	29,7	2008	
10,5	21,3	- 5,1	26,4	- 20,9	- 20,9	- 7,1	0,0	- 3,9	3,9	- 182,5	- 162,3	- 99,8	2009	
- 14,3	139,7	83,4	56,3	- 29,6	- 36,4	0,2	6,8	3,1	3,7	- 74,1	- 61,9	- 46,3	2010	
- 18,0	- 74,0	- 59,1	- 14,9	- 16,6	- 13,8	- 5,5	- 2,7	8,0	- 10,7	- 39,5	- 34,9	112,9	2011	
- 11,8	10,7	- 10,5	21,2	- 0,2	- 0,7	- 1,5	0,5	- 2,2	2,7	- 15,5	- 17,7	- 62,2	2012	
2,0	- 7,0	- 10,9	3,9	- 3,0	- 3,4	- 9,3	0,5	- 2,6	3,1	- 38,8	- 47,2	- 420,8	2013	
2,7	- 18,3	- 9,9	- 8,5	- 7,3	- 7,2	- 1,6	- 0,2	- 1,6	1,4	- 19,8	- 27,4	- 35,8	2012 Dez.	
7,1	- 1,6	2,0	- 3,5	6,6	3,6	0,1	3,0	- 0,1	3,1	- 3,1	- 4,8	- 103,9	2013 Jan.	
- 6,0	- 3,4	- 4,9	1,5	- 0,7	2,0	- 0,5	- 2,7	0,0	- 2,7	- 2,4	1,6	- 1,1	Febr.	
4,1	- 2,0	- 2,1	0,2	2,8	3,9	0,0	- 1,1	- 0,2	- 0,9	- 3,1	- 7,1	0,6	März	
20,9	10,3	10,1	0,2	- 0,8	- 1,8	1,9	0,9	0,7	0,3	5,7	2,1	2,5	April	
- 17,1	- 15,5	- 10,5	- 4,9	5,1	- 0,1	- 3,0	5,1	- 0,1	5,2	- 1,9	- 2,8	- 95,6	Mai	
- 5,6	- 0,7	- 2,3	1,6	- 5,6	- 3,8	- 3,3	- 1,8	- 0,7	- 1,1	- 8,4	- 8,8	- 87,3	Juni	
- 1,4	8,5	5,1	3,5	3,3	1,8	- 0,5	1,5	- 0,0	1,5	- 9,2	- 11,8	- 21,0	Juli	
0,5	- 5,7	- 6,7	1,0	- 0,5	- 3,5	- 1,1	3,1	0,8	2,3	- 14,4	- 13,3	- 69,9	Aug.	
0,5	- 1,1	- 0,6	- 0,5	- 5,0	- 0,9	- 1,7	- 4,1	- 0,5	- 3,6	- 16,8	- 17,6	11,4	Sept.	
0,7	10,0	7,1	2,8	- 1,2	- 1,9	- 1,5	0,6	0,7	- 0,1	26,1	26,6	2,1	Okt.	
- 0,8	- 2,7	- 4,6	1,9	4,3	3,9	1,5	0,3	- 0,1	0,4	15,8	15,5	- 3,4	Nov.	
- 0,9	- 3,1	- 3,4	0,3	- 11,0	- 6,7	- 1,3	- 4,4	- 3,1	- 1,3	- 27,1	- 26,8	- 55,2	Dez.	
7,4	4,6	6,2	- 1,6	6,8	4,8	1,8	2,0	0,1	2,0	33,4	33,3	15,3	2014 Jan.	
- 7,1	- 2,8	- 4,3	1,5	1,7	- 1,9	- 0,3	3,6	0,5	3,1	5,0	11,5	- 30,5	Febr.	
5,5	- 4,4	- 4,5	0,0	0,7	- 0,1	- 0,6	0,8	- 0,2	1,0	- 4,4	- 12,0	- 15,4	März	
16,9	1,6	0,4	1,2	1,1	- 0,1	3,0	1,2	0,6	0,6	7,9	10,4	3,0	April	
- 11,8	3,1	1,4	1,7	2,3	2,4	0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,1	18,7	15,9	33,7	Mai	
- 2,2	- 5,8	- 7,6	1,9	- 0,4	0,3	- 0,9	- 0,8	- 0,7	- 0,1	12,3	9,1	0,5	Juni	
3,5	6,1	2,7	3,4	2,5	0,4	0,6	2,2	0,3	1,8	23,6	23,9	24,1	Juli	
- 2,2	- 4,7	- 5,7	1,1	- 2,9	- 1,9	- 0,8	- 1,0	0,4	- 1,3	- 6,3	- 7,1	88,4	Aug.	

Schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Stat. Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe auch Anmerkung * in Tabelle II, 1).

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern 2)				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repogeschäften mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet	Geldmarktfondsanteile 3)	Begebene Schuldverschreibungen 3)		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passivpositionen 1)	Zeit
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		insgesamt	darunter inländische Zentralstaaten			insgesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren 3)				
zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten										
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
50,2	9,8	2,4	2,0	41,6	38,8	19,5	31,7	1 611,9	113,8	626,2	346,9	324,5	2005
45,9	9,3	2,3	1,9	45,5	41,9	17,1	32,0	1 636,7	136,4	638,5	389,6	353,7	2006
53,2	22,0	2,3	1,8	40,1	38,3	26,6	28,6	1 637,6	182,3	661,0	428,2	398,2	2007
49,5	24,9	2,4	1,8	36,6	34,8	61,1	16,4	1 609,9	233,3	666,3	461,7	451,5	2008
43,7	17,0	2,5	2,0	22,8	22,2	80,5	11,4	1 500,5	146,3	565,6	454,8	415,6	2009
46,4	16,1	2,8	2,2	39,8	38,7	86,7	9,8	1 407,8	82,3	636,0	452,6	1 290,2	2010
49,6	18,4	3,3	2,5	39,5	37,9	97,1	6,2	1 345,7	75,7	561,5	468,1	1 436,6	2011
42,3	14,7	3,8	2,8	28,9	25,9	80,4	7,3	1 233,1	56,9	611,4	487,3	1 344,7	2012
44,0	16,9	3,5	2,7	17,6	16,0	6,7	4,1	1 115,2	39,0	479,5	503,0	944,5	2013
39,9	12,3	3,8	2,9	31,5	26,6	107,0	5,4	1 255,2	60,8	685,8	490,6	1 367,4	2012 Nov.
42,3	14,7	3,8	2,8	28,9	25,9	80,4	7,3	1 233,1	56,9	611,4	487,3	1 344,7	Dez.
41,2	14,2	3,7	2,8	30,0	24,0	83,1	7,4	1 212,4	52,0	613,2	489,8	1 242,9	2013 Jan.
38,9	13,1	3,7	2,8	27,1	23,6	99,7	6,8	1 215,9	51,7	612,0	499,8	1 230,6	Febr.
38,3	13,0	3,6	2,8	25,4	23,4	97,0	6,8	1 201,5	49,5	600,1	502,9	1 238,6	März
38,0	13,1	3,6	2,8	22,6	21,8	98,9	7,4	1 192,5	50,2	602,5	502,7	1 244,1	April
38,0	12,5	3,6	2,8	27,7	22,5	98,0	7,3	1 177,8	48,5	585,4	506,6	1 141,6	Mai
37,5	11,5	3,6	2,8	28,8	21,9	113,3	5,7	1 166,0	45,5	574,3	517,2	1 050,5	Juni
37,8	12,4	3,6	2,8	27,0	23,5	89,8	5,7	1 149,8	49,5	565,9	518,3	1 032,7	Juli
39,0	14,5	3,5	2,8	18,1	16,7	3,0	5,7	1 142,8	46,2	560,2	522,6	960,6	Aug.
38,1	12,7	3,5	2,8	17,6	15,4	3,7	5,3	1 139,7	43,9	523,1	521,3	999,8	Sept.
39,5	14,2	3,5	2,7	15,2	13,9	7,7	4,7	1 131,1	44,0	525,3	520,5	1 004,2	Okt.
40,5	13,6	3,5	2,7	15,8	14,3	3,9	4,6	1 129,7	42,4	535,2	515,2	1 000,6	Nov.
44,0	16,9	3,5	2,7	17,6	16,0	6,7	4,1	1 115,2	39,0	479,5	503,0	944,5	Dez.
40,3	13,2	3,5	2,7	15,1	11,7	7,9	4,3	1 107,6	35,8	518,9	517,5	964,1	2014 Jan.
39,6	13,5	3,5	2,7	17,9	12,0	8,0	4,2	1 098,5	37,4	511,3	514,6	930,7	Febr.
41,6	15,8	3,4	2,7	16,4	11,7	5,2	4,0	1 090,4	35,1	501,5	511,5	921,0	März
40,4	14,9	3,4	2,7	14,0	13,2	7,7	4,0	1 078,9	35,4	511,2	508,3	919,0	April
41,8	16,0	3,4	2,7	16,1	10,9	4,8	4,0	1 091,2	36,7	519,8	516,8	947,6	Mai
38,3	12,8	3,4	2,7	15,0	12,8	5,2	3,9	1 085,5	39,7	498,9	531,8	946,9	Juni
37,5	12,3	3,4	2,7	16,6	11,8	8,4	3,9	1 084,0	39,0	524,2	537,7	967,4	Juli
40,3	14,4	3,3	2,7	11,8	10,6	10,1	3,7	1 079,5	40,9	523,9	550,4	1 051,3	Aug.
Veränderungen 4)													
- 3,9	- 0,3	- 0,1	- 0,2	- 3,9	- 3,1	- 3,3	- 0,3	- 34,8	- 22,1	- 32,4	- 27,5	- 36,6	2006
- 8,0	- 12,9	- 0,0	- 0,1	- 5,8	- 4,3	- 8,1	- 3,4	- 20,9	- 49,3	- 48,7	- 42,3	- 68,3	2007
- 7,5	- 0,6	- 0,1	- 0,0	- 3,3	- 3,2	- 36,1	- 12,2	- 33,9	- 50,2	- 0,1	- 39,3	- 56,1	2008
- 5,7	- 7,7	- 0,1	- 0,2	- 2,4	- 0,8	- 19,4	- 5,0	- 104,6	- 87,1	- 95,3	- 0,3	- 65,0	2009
- 6,8	- 5,8	- 0,3	- 0,3	- 17,0	- 16,5	- 6,2	- 1,6	- 106,7	- 63,2	- 54,4	- 7,1	- 78,6	2010
- 2,2	- 1,7	- 0,5	- 0,3	- 0,1	- 0,7	- 10,0	- 3,7	- 76,9	- 6,6	- 80,5	- 13,7	- 137,8	2011
- 7,2	- 3,6	- 0,5	- 0,3	- 7,9	- 9,2	- 19,6	- 1,2	- 107,0	- 18,6	- 54,2	- 21,0	- 68,5	2012
- 0,5	- 2,2	- 0,3	- 0,1	- 11,3	- 10,0	- 4,1	- 3,2	- 104,9	- 17,6	- 134,1	- 18,9	- 417,1	2013
- 2,5	- 2,5	- 0,1	- 0,1	- 2,6	- 0,7	- 26,5	- 1,9	- 17,6	- 3,7	- 71,5	- 2,5	- 28,1	2012 Dez.
- 1,0	- 0,5	- 0,1	- 0,0	- 1,1	- 2,0	- 2,7	- 0,1	- 12,0	- 4,6	- 7,3	- 5,0	- 102,9	2013 Jan.
- 2,4	- 1,1	- 0,0	- 0,0	- 2,9	- 0,4	- 16,6	- 0,5	- 2,2	- 0,5	- 5,5	- 8,4	- 9,4	Febr.
- 0,6	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 1,7	- 0,2	- 2,7	- 0,1	- 19,8	- 2,3	- 16,3	- 1,8	- 8,4	März
- 0,3	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 2,8	- 1,6	- 1,9	- 0,7	- 4,3	- 0,8	- 6,0	- 0,9	- 4,7	April
- 0,9	- 0,6	- 0,0	- 0,0	- 5,1	- 0,7	- 0,9	- 0,1	- 14,7	- 1,7	- 17,6	- 4,0	- 101,7	Mai
- 0,5	- 1,0	- 0,0	- 0,0	- 1,1	- 0,6	- 15,4	- 1,6	- 10,8	- 3,0	- 10,1	- 10,8	- 91,2	Juni
- 0,3	- 0,9	- 0,0	- 0,0	- 1,8	- 1,5	- 23,5	- 0,0	- 12,7	- 4,0	- 5,7	- 2,0	- 18,3	Juli
- 1,2	- 2,2	- 0,0	- 0,0	- 8,9	- 6,8	- 9,4	- 0,0	- 8,4	- 3,4	- 17,6	- 3,6	- 72,1	Aug.
- 2,2	- 1,8	- 0,0	- 0,0	- 0,5	- 1,3	- 0,7	- 0,5	- 0,2	- 2,2	- 34,5	- 0,5	- 21,4	Sept.
- 1,5	- 1,6	- 0,0	- 0,0	- 2,5	- 1,5	- 4,0	- 0,5	- 5,9	- 0,1	- 4,2	- 0,1	- 4,2	Okt.
- 1,0	- 0,7	- 0,0	- 0,0	- 0,6	- 0,4	- 3,5	- 0,1	- 2,1	- 1,6	- 9,3	- 5,5	- 3,8	Nov.
- 3,5	- 3,3	- 0,0	- 0,0	- 1,8	- 1,7	- 2,9	- 0,5	- 11,7	- 3,3	- 53,7	- 11,5	- 56,5	Dez.
- 3,8	- 3,7	- 0,0	- 0,0	- 2,5	- 4,2	- 1,2	- 0,1	- 12,2	- 3,3	- 37,2	- 13,5	- 19,8	2014 Jan.
- 0,6	- 0,3	- 0,0	- 0,0	- 3,6	- 1,1	- 0,1	- 0,0	- 5,1	- 1,7	- 4,5	- 2,2	- 33,2	Febr.
- 2,0	- 2,3	- 0,0	- 0,0	- 1,5	- 0,3	- 2,8	- 0,2	- 8,1	- 2,3	- 9,9	- 3,1	- 9,7	März
- 1,2	- 0,9	- 0,0	- 0,0	- 2,4	- 1,5	- 2,5	- 0,0	- 11,0	- 0,3	- 10,2	- 3,0	- 1,9	April
- 1,3	- 1,0	- 0,0	- 0,0	- 2,2	- 2,3	- 3,0	- 0,0	- 8,6	- 1,2	- 5,7	- 7,6	- 28,4	Mai
- 3,5	- 3,2	- 0,0	- 0,0	- 1,1	- 1,9	- 0,4	- 0,1	- 5,6	- 3,0	- 20,7	- 15,1	- 0,8	Juni
- 0,8	- 0,5	- 0,0	- 0,0	- 1,6	- 1,0	- 3,2	- 0,0	- 5,5	- 0,8	- 22,1	- 5,0	- 20,3	Juli
- 2,8	- 2,1	- 0,0	- 0,0	- 4,8	- 1,1	- 1,7	- 0,2	- 3,8	- 2,5	- 0,2	- 12,0	- 83,9	Aug.

Zentralregierungen. 3 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar

2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht. 4 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe a. Anm. * in Tabelle II,1).

IV. Banken

2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen *)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen 1)
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		Wechsel	Wertpapiere von Nichtbanken		
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
Alle Bankengruppen													
2014 März	1 840	7 565,3	77,5	2 582,0	1 961,1	611,8	3 852,0	378,7	2 727,6	0,5	733,9	132,0	921,7
April	1 840	7 595,2	96,0	2 564,9	1 943,5	611,8	3 877,9	386,2	2 732,7	0,5	745,9	132,2	924,3
Mai	1 840	7 671,8	88,9	2 614,6	1 993,7	611,2	3 877,3	385,4	2 739,9	0,5	740,2	132,6	958,4
Juni	1 836	7 640,7	90,1	2 583,6	1 966,6	605,9	3 874,3	387,8	2 731,8	0,5	742,5	132,6	960,1
Juli	1 834	7 707,7	79,2	2 617,4	2 003,7	603,1	3 893,6	388,4	2 742,7	0,5	750,7	132,2	985,3
Aug.	1 831	7 801,6	90,5	2 616,1	2 003,5	601,4	3 888,8	376,8	2 752,9	0,5	748,0	132,1	1 074,1
Kreditbanken 6)													
2014 Juli	275	2 911,8	32,1	1 011,4	913,6	94,6	1 093,1	200,8	666,9	0,2	217,5	67,2	708,0
Aug.	276	2 976,5	45,7	995,5	898,8	93,7	1 087,7	194,0	670,1	0,2	216,3	67,4	780,3
Großbanken 7)													
2014 Juli	4	1 851,4	4,6	637,6	585,2	49,5	474,6	113,9	247,5	0,1	107,9	59,9	674,7
Aug.	4	1 910,5	13,0	621,4	570,2	48,4	470,6	109,9	249,1	0,1	106,8	59,9	745,6
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
2014 Juli	163	824,5	14,1	221,9	178,2	43,4	555,1	67,8	385,4	0,1	101,3	6,6	27,0
Aug.	163	830,4	20,1	221,6	177,9	43,5	553,8	65,6	386,9	0,1	100,7	6,6	28,3
Zweigstellen ausländischer Banken													
2014 Juli	108	235,9	13,4	152,0	150,3	1,7	63,4	19,2	34,0	-	8,3	0,7	6,4
Aug.	109	235,6	12,6	152,5	150,7	1,7	63,3	18,6	34,0	-	8,8	0,9	6,4
Landesbanken													
2014 Juli	9	1 085,1	6,6	372,0	265,5	104,4	560,2	67,4	373,0	0,1	117,3	12,6	133,7
Aug.	9	1 087,9	4,9	370,0	263,2	104,2	556,9	64,7	375,4	0,1	114,5	12,6	143,6
Sparkassen													
2014 Juli	417	1 106,8	13,4	216,2	82,4	133,2	845,3	55,5	658,5	0,1	131,2	15,0	16,8
Aug.	417	1 111,3	14,4	217,5	83,4	133,4	847,2	53,5	661,4	0,1	132,1	15,0	17,2
Genossenschaftliche Zentralbanken													
2014 Juli	2	277,6	0,5	157,6	124,9	32,7	63,5	13,0	22,2	0,0	28,1	14,6	41,4
Aug.	2	287,3	0,1	165,9	133,9	32,0	63,2	12,9	22,5	0,0	27,8	14,4	43,7
Kreditgenossenschaften													
2014 Juli	1 072	770,5	10,6	171,5	54,7	116,3	555,1	32,5	439,8	0,1	82,5	14,1	19,3
Aug.	1 070	776,4	10,1	175,0	57,5	116,9	557,6	32,1	442,2	0,1	83,1	14,1	19,6
Realkreditinstitute													
2014 Juli	17	411,4	0,2	102,7	63,7	35,9	293,5	5,7	218,5	-	69,3	0,6	14,4
Aug.	17	411,7	0,2	103,5	65,1	35,3	292,4	5,6	217,6	-	69,2	0,6	15,0
Bausparkassen													
2014 Juli	22	209,0	0,0	61,5	45,0	16,5	141,6	1,7	120,2	.	19,8	0,4	5,5
Aug.	21	209,4	0,0	61,6	45,1	16,5	141,9	1,6	120,4	.	19,9	0,3	5,5
Banken mit Sonderaufgaben													
2014 Juli	20	935,5	15,8	524,5	453,9	69,5	341,4	11,8	243,6	-	85,1	7,6	46,2
Aug.	19	941,0	15,1	527,1	456,4	69,4	341,9	12,4	243,5	-	85,1	7,7	49,3
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)													
2014 Juli	145	871,7	22,1	338,6	294,6	41,2	416,0	65,9	242,4	0,1	103,4	5,2	89,9
Aug.	146	886,2	29,6	339,1	295,8	40,4	415,0	64,7	242,2	0,1	103,7	5,4	97,1
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)													
2014 Juli	37	635,8	8,7	186,6	144,3	39,5	352,6	46,8	208,4	0,1	95,1	4,5	83,5
Aug.	37	650,6	17,1	186,6	145,1	38,7	351,7	46,2	208,2	0,1	95,0	4,5	90,7

* Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden – Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen siehe Anm. zur Tabelle IV.3. 1 Aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts vom 25. Mai 2009 enthalten die "sonstigen Aktiv- bzw. Passivpositionen" ab dem Meldetermin Dezember 2010 derivative Finanzinstrumente des

Handelsbestands (Handelsbestandsderivate) i.S. des § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB i.V.m. § 35 Abs. 1 Nr.1a RechKredV. Eine separate Darstellung der Handelsbestandsderivate finden Sie im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, Bankenstatistik, in den Tabellen I.1 bis I.3. 2 Für „Bausparkassen“: Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3 In den Termineinlagen enthalten. 4 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. 5 Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschrei-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)									Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 5)	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen 1)	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:					insgesamt	Sparbriefe	Spareinlagen 4)				
	Sichteinlagen	Termin-einlagen		Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung 2)		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 3)	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist							
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)										
Alle Bankengruppen															
1 685,9	406,4	1 279,5	3 299,9	1 546,2	312,3	735,6	75,3	618,3	538,8	87,5	1 161,7	439,1	978,8	2014 März	
1 720,7	402,8	1 318,0	3 312,6	1 565,6	312,0	733,0	78,2	616,3	537,0	85,7	1 146,9	439,2	975,8	April	
1 728,2	408,8	1 319,4	3 332,9	1 586,7	313,9	732,0	78,5	615,6	536,5	84,6	1 163,5	443,2	1 004,0	Mai	
1 700,6	438,8	1 261,8	3 322,7	1 587,1	309,0	728,5	79,8	614,1	536,1	84,1	1 159,5	456,5	1 001,4	Juni	
1 722,0	454,7	1 267,2	3 343,0	1 602,3	319,4	724,7	92,4	613,8	535,1	82,8	1 160,1	460,1	1 022,5	Juli	
1 716,7	418,4	1 298,3	3 349,9	1 599,8	328,5	724,3	85,8	615,3	535,7	82,0	1 164,6	463,8	1 106,5	Aug.	
Kreditbanken 6)															
703,4	294,6	408,8	1 233,0	722,9	172,6	200,2	68,9	112,1	99,0	25,2	144,1	152,6	678,6	2014 Juli	
697,4	269,3	428,0	1 228,3	710,3	178,1	200,5	63,3	114,2	100,1	25,2	143,4	156,4	751,0	Aug.	
Großbanken 7)															
480,8	228,9	251,9	548,0	306,6	86,8	75,4	68,9	70,3	68,1	8,8	106,1	90,3	626,1	2014 Juli	
473,3	201,0	272,3	540,6	292,0	92,9	75,1	63,2	71,6	69,3	9,0	105,1	93,8	697,7	Aug.	
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken															
127,6	38,4	89,2	560,6	338,4	66,1	99,3	0,1	41,6	30,8	15,2	37,3	53,8	45,2	2014 Juli	
130,4	42,0	88,5	562,0	339,8	65,0	99,8	0,0	42,4	30,6	15,0	37,9	54,0	46,0	Aug.	
Zweigstellen ausländischer Banken															
95,0	27,4	67,6	124,5	77,9	19,7	25,5	-	0,2	0,1	1,2	0,6	8,5	7,3	2014 Juli	
93,6	26,4	67,3	125,8	78,4	20,3	25,6	-	0,2	0,1	1,2	0,4	8,6	7,2	Aug.	
Landesbanken															
320,9	60,6	260,3	311,6	113,0	61,6	122,3	20,5	14,6	10,9	0,1	255,0	59,8	137,9	2014 Juli	
314,9	49,7	265,3	310,5	111,9	61,4	122,5	19,8	14,6	10,9	0,1	256,9	59,8	145,8	Aug.	
Sparkassen															
149,1	15,2	133,8	811,1	426,8	28,2	15,1	-	298,6	257,6	42,4	14,1	89,7	42,8	2014 Juli	
147,8	14,2	133,6	817,0	433,6	28,4	15,0	-	298,3	257,3	41,8	13,9	89,7	42,8	Aug.	
Genossenschaftliche Zentralbanken															
135,2	28,5	106,7	32,5	10,3	9,3	10,6	2,4	-	-	2,2	55,3	15,6	39,1	2014 Juli	
141,3	29,4	111,9	32,4	9,1	10,4	10,6	2,2	-	-	2,2	56,6	15,6	41,4	Aug.	
Kreditgenossenschaften															
102,1	6,0	96,1	568,1	310,1	36,5	21,6	-	188,0	167,1	11,8	9,5	59,7	31,1	2014 Juli	
101,5	5,0	96,5	574,6	316,8	36,9	21,5	-	187,7	166,9	11,7	9,4	59,8	31,1	Aug.	
Realkreditinstitute															
99,3	7,0	92,4	152,1	8,6	7,7	135,5	-	0,2	0,2	.	125,3	16,6	18,1	2014 Juli	
100,2	8,1	92,1	151,7	8,4	8,2	134,9	-	0,2	0,2	.	124,6	16,6	18,6	Aug.	
Bausparkassen															
24,2	2,9	21,4	157,3	0,5	0,6	155,0	-	0,3	0,3	1,0	3,0	9,2	15,2	2014 Juli	
24,1	2,4	21,6	157,8	0,5	0,6	155,5	-	0,3	0,3	1,0	3,0	9,1	15,4	Aug.	
Banken mit Sonderaufgaben															
187,7	39,9	147,8	77,3	10,0	3,0	64,3	0,7	-	-	.	553,8	57,0	59,7	2014 Juli	
189,5	40,2	149,3	77,5	9,2	4,4	63,9	0,5	-	-	.	556,9	56,8	60,4	Aug.	
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)															
223,3	76,5	146,8	480,1	307,2	65,8	74,2	11,9	21,7	21,3	11,1	25,2	47,9	95,3	2014 Juli	
227,4	73,8	153,6	482,4	308,8	66,7	74,5	10,1	21,7	21,3	10,7	25,4	48,2	102,8	Aug.	
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)															
128,2	49,0	79,2	355,6	229,3	46,1	48,7	11,9	21,6	21,2	9,9	24,6	39,4	88,0	2014 Juli	
133,8	47,4	86,4	356,7	230,3	46,4	48,9	10,1	21,5	21,2	9,5	25,0	39,6	95,6	Aug.	

bungen; ohne nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen. 6 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. 7 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG (bis Nov. 2009), Commerzbank AG, UniCredit Bank AG (vormals Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG) und Deutsche Postbank AG. 8 Summe der in anderen

Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. 9 Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Eurowährungen	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs)					Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)					
			insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite	Wechsel	Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken 1)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2004	14,9	41,2	1 676,3	1 075,8	0,0	7,4	592,9	2,1	3 001,3	2 644,0	2,7	2,6	351,0
2005	15,1	47,9	1 684,5	1 096,8	0,0	6,7	580,9	2,1	2 995,1	2 632,7	2,4	2,4	357,6
2006	16,0	49,4	1 637,8	1 086,3	-	9,3	542,2	1,9	3 000,7	2 630,3	1,9	2,0	366,5
2007	17,5	64,6	1 751,8	1 222,5	0,0	25,3	504,0	2,3	2 975,7	2 647,9	1,6	1,5	324,7
2008	17,4	102,6	1 861,7	1 298,1	0,0	55,7	507,8	2,0	3 071,1	2 698,9	1,2	3,1	367,9
2009	16,9	78,9	1 711,5	1 138,0	-	31,6	541,9	2,2	3 100,1	2 691,8	0,8	4,0	403,5
2010	16,0	79,6	1 686,3	1 195,4	-	7,5	483,5	1,8	3 220,9	2 770,4	0,8	27,9	421,8
2011	15,8	93,8	1 725,6	1 267,9	-	7,1	450,7	2,1	3 197,8	2 774,6	0,8	6,4	415,9
2012	18,5	134,3	1 655,0	1 229,1	-	2,4	423,5	2,4	3 220,4	2 785,5	0,6	2,2	432,1
2013	18,5	85,6	1 545,6	1 153,1	0,0	1,7	390,8	2,2	3 131,6	2 692,6	0,5	1,2	437,2
2013 März	16,0	112,8	1 591,0	1 176,5	-	2,0	412,5	2,3	3 234,0	2 795,7	0,5	1,9	435,9
April	14,9	103,3	1 588,2	1 176,9	-	2,1	409,1	2,3	3 260,9	2 801,4	0,4	2,9	456,2
Mai	15,1	89,3	1 578,5	1 168,8	-	2,1	407,6	2,3	3 232,1	2 795,8	0,4	2,9	433,0
Juni	14,9	91,7	1 560,6	1 151,6	-	1,9	407,2	2,4	3 238,0	2 806,0	0,4	1,3	430,3
Juli	14,5	89,9	1 536,2	1 132,8	0,0	2,0	401,4	2,3	3 230,8	2 796,7	0,4	2,0	431,7
Aug.	15,1	91,5	1 637,1	1 235,3	-	1,9	399,9	2,3	3 127,2	2 691,9	0,4	1,9	433,1
Sept.	14,7	97,8	1 620,4	1 219,6	-	1,7	399,0	2,2	3 127,5	2 691,9	0,4	2,1	433,1
Okt.	15,6	60,7	1 617,5	1 222,3	-	1,5	393,6	2,2	3 138,2	2 698,4	0,4	1,6	437,7
Nov.	15,0	62,5	1 627,0	1 231,9	0,0	1,4	393,8	2,2	3 139,2	2 698,3	0,4	1,8	438,6
Dez.	18,5	85,6	1 545,6	1 153,1	0,0	1,7	390,8	2,2	3 131,6	2 692,6	0,5	1,2	437,2
2014 Jan.	14,7	63,3	1 566,3	1 177,0	0,0	1,7	387,6	2,2	3 140,7	2 696,3	0,4	1,2	442,7
Febr.	14,9	51,6	1 578,3	1 192,8	0,0	1,7	383,8	1,6	3 134,5	2 695,3	0,4	1,4	437,4
März	14,4	50,5	1 551,1	1 168,8	0,0	1,5	380,8	1,6	3 136,4	2 692,5	0,4	1,4	442,1
April	15,3	65,2	1 527,8	1 146,6	0,0	1,3	379,8	1,6	3 158,0	2 696,1	0,4	1,7	459,8
Mai	15,2	58,4	1 550,5	1 170,8	0,0	1,2	378,5	1,6	3 154,3	2 702,7	0,4	1,4	449,9
Juni	14,7	59,9	1 511,7	1 136,0	0,0	2,6	373,0	1,6	3 147,3	2 697,0	0,3	1,8	448,1
Juli	14,7	48,6	1 508,3	1 135,2	0,0	2,4	370,8	1,6	3 155,7	2 699,2	0,3	1,9	454,3
Aug.	15,3	60,2	1 512,3	1 140,9	0,0	2,3	369,1	1,6	3 155,0	2 699,5	0,3	1,4	453,8
Veränderungen *)													
2005	+ 0,2	+ 6,7	+ 8,4	+ 21,0	- 0,0	- 0,8	- 11,9	- 0,0	- 6,7	- 11,8	- 0,3	- 0,2	+ 6,6
2006	+ 0,9	+ 1,5	- 3,6	+ 24,5	- 0,0	+ 2,6	- 30,6	- 0,2	- 12,4	- 20,3	- 0,5	- 0,4	+ 8,8
2007	+ 1,5	+ 15,2	+ 114,8	+ 137,6	+ 0,0	+ 17,0	- 39,8	+ 0,4	- 15,9	+ 12,1	- 0,3	- 0,5	- 27,2
2008	- 0,1	+ 39,4	+ 125,9	+ 90,1	± 0,0	+ 30,6	+ 5,2	- 0,8	+ 92,0	+ 47,3	- 0,4	+ 1,8	+ 43,3
2009	- 0,5	- 23,6	- 147,2	- 157,3	- 0,0	- 24,1	+ 34,3	+ 0,2	+ 25,7	- 11,2	- 0,4	+ 1,4	+ 35,9
2010	- 0,9	+ 0,6	- 19,3	+ 61,5	± 0,0	- 24,0	- 56,8	- 0,3	+ 130,5	+ 78,7	+ 0,0	+ 23,8	+ 28,0
2011	- 0,2	+ 14,2	+ 47,3	+ 80,5	-	- 0,4	- 32,8	- 0,1	- 30,6	- 3,2	+ 0,0	- 21,5	- 5,9
2012	+ 2,7	+ 40,5	- 68,6	- 37,5	-	- 4,6	- 26,5	+ 0,1	+ 21,0	+ 9,8	- 0,2	- 4,3	+ 15,7
2013	+ 0,0	- 48,8	- 204,1	- 170,6	+ 0,0	- 0,7	- 32,7	- 0,2	+ 4,4	+ 0,3	- 0,1	- 0,6	+ 4,8
2013 März	+ 1,6	+ 9,3	- 37,4	- 31,3	-	- 0,2	- 5,9	- 0,0	- 3,4	- 8,7	- 0,0	- 0,0	+ 5,4
April	- 1,1	- 9,5	- 2,8	+ 0,5	-	+ 0,2	- 3,4	- 0,0	+ 26,9	+ 5,7	- 0,0	+ 1,0	+ 20,3
Mai	+ 0,3	- 14,0	- 9,8	- 8,2	-	- 0,0	- 1,5	- 0,0	- 28,8	- 5,6	- 0,0	+ 0,0	- 23,2
Juni	- 0,2	+ 2,5	- 17,9	- 17,2	-	- 0,2	- 0,5	+ 0,0	+ 5,9	+ 10,2	+ 0,0	- 1,3	- 3,1
Juli	- 0,4	- 1,8	- 24,5	- 18,8	+ 0,0	+ 0,1	- 5,8	- 0,1	- 7,2	- 9,3	- 0,0	+ 0,7	+ 1,4
Aug.	+ 0,6	+ 1,4	+ 3,4	+ 5,0	- 0,0	- 0,1	- 1,4	+ 0,0	- 10,7	- 12,0	- 0,0	- 0,2	+ 1,4
Sept.	- 0,4	+ 6,3	- 16,7	- 15,6	-	- 0,2	- 0,9	- 0,1	+ 0,3	+ 0,1	- 0,0	+ 0,2	+ 0,0
Okt.	+ 0,9	- 37,0	- 2,9	+ 2,7	-	- 0,2	- 5,4	- 0,0	+ 10,8	+ 6,6	+ 0,0	- 0,5	+ 4,6
Nov.	- 0,6	+ 1,8	+ 9,5	+ 9,5	+ 0,0	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	+ 1,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,8
Dez.	+ 3,5	+ 23,1	- 81,4	- 78,8	+ 0,0	+ 0,4	- 3,0	+ 0,0	- 7,5	- 5,6	+ 0,1	- 0,6	- 1,3
2014 Jan.	- 3,8	- 22,3	+ 20,8	+ 23,9	- 0,0	- 0,0	- 3,2	- 0,0	+ 9,1	+ 3,7	- 0,1	- 0,1	+ 5,6
Febr.	+ 0,2	- 11,7	+ 12,0	+ 15,9	-	- 0,1	- 3,8	- 0,0	- 6,2	- 1,0	- 0,0	+ 0,2	- 5,3
März	- 0,6	- 1,0	- 27,2	- 24,0	-	- 0,1	- 3,0	- 0,0	+ 2,1	- 2,7	- 0,0	+ 0,0	+ 4,7
April	+ 0,9	+ 14,7	- 23,3	- 22,2	-	- 0,2	- 0,9	- 0,0	+ 21,5	+ 3,6	+ 0,0	+ 0,3	+ 17,7
Mai	- 0,1	- 6,8	+ 22,7	+ 24,1	-	- 0,1	- 1,3	- 0,0	- 3,7	+ 6,6	- 0,0	- 0,3	- 9,9
Juni	- 0,6	+ 1,5	- 38,9	- 34,8	+ 0,0	+ 1,4	- 5,5	+ 0,1	- 6,0	- 4,7	- 0,0	+ 0,5	- 1,7
Juli	+ 0,1	- 11,3	- 3,4	- 0,9	-	- 0,3	- 2,2	- 0,1	+ 8,4	+ 2,2	- 0,0	+ 0,0	+ 6,1
Aug.	+ 0,5	+ 11,6	+ 4,3	+ 6,0	-	- 0,1	- 1,7	- 0,0	- 0,8	+ 0,2	- 0,0	- 0,5	- 0,5

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldver-

schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nach-

IV. Banken

Ausgleichs- forderungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	Beteiligun- gen an in- ländischen Banken und Unter- nehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) 3)					Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Nach- richtlich: Treuhand- kredite	Zeit	
			insgesamt	Sicht- einlagen 4)	Termin- ein- lagen 4)	weiter- gegebene Wechsel 5)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	insgesamt	Sicht- ein- lagen	Termin- ein- lagen 6)	Spar- ein- lagen 7)	Spar- briefe 8)			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
1,0	61,8	99,6	1 271,2	119,7	1 151,4	0,1	30,3	2 200,0	646,9	851,2	603,5	98,4	43,7	2004	
-	56,6	108,5	1 300,0	120,5	1 179,4	0,1	26,5	2 276,6	717,0	864,4	603,4	91,9	42,4	2005	
-	53,0	106,3	1 348,2	125,4	1 222,7	0,0	22,3	2 394,6	747,7	962,8	586,5	97,5	37,8	2006	
-	51,1	109,4	1 478,6	122,1	1 356,5	0,0	20,0	2 579,1	779,9	1 125,4	555,4	118,4	36,4	2007	
-	47,2	111,2	1 582,5	138,5	1 444,0	0,0	41,6	2 781,4	834,6	1 276,1	535,2	135,4	32,3	2008	
-	43,9	106,1	1 355,1	128,9	1 226,2	0,0	35,7	2 829,7	1 029,5	1 102,6	594,5	103,2	43,4	2009	
-	33,7	96,8	1 238,3	135,3	1 102,6	0,0	13,8	2 935,2	1 104,4	1 117,1	618,2	95,4	37,5	2010	
-	36,3	94,6	1 210,5	114,8	1 095,3	0,0	36,1	3 045,5	1 168,3	1 156,2	616,1	104,8	36,5	2011	
-	34,8	90,0	1 135,5	132,9	1 002,6	0,0	36,3	3 090,2	1 306,5	1 072,5	617,6	93,6	34,9	2012	
-	31,6	92,3	1 140,3	125,6	1 014,7	0,0	33,2	3 048,7	1 409,9	952,0	610,1	76,6	32,9	2013	
-	34,2	89,3	1 092,4	130,8	961,5	0,0	35,8	3 096,3	1 330,3	1 064,7	614,5	86,8	34,8	2013 März	
-	33,7	89,3	1 088,3	130,5	957,8	0,0	35,4	3 100,3	1 344,5	1 058,4	612,3	85,1	34,6	April	
-	33,5	91,8	1 070,5	126,2	944,2	0,0	35,3	3 115,4	1 363,4	1 058,3	610,7	83,0	34,5	Mai	
-	33,2	91,0	1 059,4	124,9	934,5	0,0	34,8	3 129,7	1 369,8	1 069,2	609,7	81,0	34,4	Juni	
-	32,8	91,0	1 049,2	121,8	927,4	0,0	34,1	3 105,2	1 374,8	1 042,7	608,1	79,6	34,4	Juli	
-	32,6	91,0	1 148,5	140,4	1 008,2	0,0	34,0	3 023,6	1 372,9	964,4	607,5	78,8	34,4	Aug.	
-	31,9	91,1	1 147,2	146,3	1 000,9	0,0	33,9	3 020,6	1 379,4	956,9	606,4	78,0	33,5	Sept.	
-	31,6	91,1	1 141,4	150,1	991,2	0,0	33,4	3 027,2	1 392,9	950,6	606,4	77,3	33,4	Okt.	
-	31,6	91,0	1 161,7	162,1	999,7	0,0	33,7	3 044,4	1 413,4	947,8	606,3	76,9	33,3	Nov.	
-	31,6	92,3	1 140,3	125,6	1 014,7	0,0	33,2	3 048,7	1 409,9	952,0	610,1	76,6	32,9	Dez.	
-	31,2	92,0	1 138,1	143,5	994,6	0,0	33,1	3 047,2	1 416,0	946,7	609,1	75,4	32,9	2014 Jan.	
-	28,0	91,6	1 148,8	153,5	995,3	0,0	12,1	3 056,6	1 422,6	949,8	609,8	74,4	32,7	Febr.	
-	27,8	92,3	1 131,6	149,1	982,5	0,0	12,0	3 048,0	1 416,9	948,8	608,6	73,7	32,5	März	
-	27,6	92,5	1 153,3	148,1	1 005,2	0,0	11,8	3 057,2	1 431,5	947,0	606,7	72,0	32,4	April	
-	27,6	92,9	1 163,8	152,4	1 011,4	0,0	11,9	3 072,1	1 446,2	949,0	606,0	70,9	31,9	Mai	
-	27,5	94,0	1 144,5	166,2	978,3	0,0	12,0	3 066,2	1 442,8	948,4	604,5	70,5	31,4	Juni	
-	27,1	94,5	1 134,6	167,5	967,1	0,0	11,8	3 073,9	1 455,0	945,4	604,4	69,2	31,3	Juli	
-	27,1	94,4	1 124,5	144,1	980,4	0,0	11,8	3 091,6	1 472,1	945,3	605,9	68,4	31,3	Aug.	
Veränderungen *)															
-	1,0	- 4,9	+ 8,9	+ 28,9	+ 0,8	+ 28,0	+ 0,0	- 3,5	+ 76,6	+ 70,7	+ 12,4	- 1,2	- 5,4	- 1,2	2005
-	-	- 3,7	- 2,2	+ 79,0	+ 8,6	+ 70,5	- 0,1	- 4,5	+ 118,0	+ 30,0	+ 97,7	- 16,8	+ 7,2	- 4,1	2006
-	-	- 2,3	+ 3,1	+ 132,0	- 3,3	+ 135,3	- 0,0	- 2,3	+ 181,1	+ 31,6	+ 160,5	- 31,1	+ 20,1	- 2,0	2007
-	-	- 5,4	+ 7,8	+ 124,3	+ 23,0	+ 101,3	- 0,0	- 3,6	+ 207,6	+ 54,3	+ 156,6	- 20,2	+ 17,0	- 1,3	2008
-	-	- 4,2	+ 0,7	- 225,4	- 9,7	- 215,7	- 0,0	- 5,7	+ 59,7	+ 211,4	- 179,3	+ 59,3	- 31,6	- 0,9	2009
-	-	- 2,1	- 9,2	- 96,5	+ 22,3	- 119,1	- 0,0	- 0,2	+ 77,8	+ 76,0	- 18,9	+ 24,0	- 3,3	- 1,7	2010
-	-	- 1,1	- 2,2	- 25,0	- 20,0	- 5,1	- 0,0	+ 0,1	+ 111,2	+ 63,7	+ 40,9	- 2,6	+ 9,3	- 1,1	2011
-	-	- 1,3	- 4,1	- 70,8	+ 21,5	- 91,9	- 0,0	+ 0,2	+ 42,2	+ 138,7	- 86,7	+ 1,5	- 11,2	- 1,6	2012
-	-	- 3,3	+ 2,4	- 79,4	- 24,1	- 55,3	+ 0,0	- 3,4	+ 40,2	+ 118,4	- 53,9	- 7,4	- 17,0	- 1,7	2013
-	-	- 0,3	- 1,2	- 9,6	+ 1,6	- 11,3	- 0,0	+ 0,2	- 1,2	- 6,2	+ 8,9	- 2,2	- 1,8	- 0,1	2013 März
-	-	- 0,5	+ 0,1	- 4,1	- 0,8	- 3,3	+ 0,0	- 0,4	+ 4,1	+ 14,6	- 6,7	- 2,1	- 1,6	- 0,2	April
-	-	- 0,2	+ 2,5	- 17,8	- 5,1	- 12,7	+ 0,0	- 0,1	+ 15,0	+ 18,9	- 0,1	- 1,6	- 2,2	- 0,1	Mai
-	-	- 0,3	- 0,8	- 11,4	- 1,4	- 10,0	- 0,0	- 0,5	+ 14,6	+ 6,4	+ 11,3	- 1,1	- 2,0	- 0,1	Juni
-	-	- 0,5	- 0,1	- 10,2	- 3,0	- 7,1	+ 0,0	- 0,7	- 24,5	+ 5,0	- 26,5	- 1,5	- 1,5	- 0,0	Juli
-	-	- 0,2	+ 0,1	+ 15,0	+ 2,8	+ 12,2	-	- 0,1	+ 0,1	+ 13,3	- 11,8	- 0,7	- 0,7	+ 0,0	Aug.
-	-	- 0,7	+ 0,1	- 1,3	+ 5,9	- 7,3	+ 0,0	- 0,5	- 3,0	+ 6,4	- 7,5	- 1,1	- 0,9	- 0,5	Sept.
-	-	- 0,4	- 0,0	- 5,8	+ 3,9	- 9,7	- 0,0	- 0,5	+ 6,6	+ 13,5	- 6,3	- 0,0	- 0,6	- 0,1	Okt.
-	-	+ 0,0	- 0,1	+ 20,3	+ 11,9	+ 8,4	+ 0,0	+ 0,3	+ 17,3	+ 20,6	- 2,8	- 0,0	- 0,5	- 0,0	Nov.
-	-	- 0,0	+ 1,3	- 21,5	- 36,5	+ 15,0	+ 0,0	- 0,4	+ 4,3	- 3,5	+ 4,1	+ 3,9	- 0,2	- 0,4	Dez.
-	-	- 0,3	- 0,3	- 2,2	+ 17,9	- 20,1	+ 0,0	- 0,1	- 1,5	+ 6,1	- 5,4	- 1,0	- 1,2	- 0,1	2014 Jan.
-	-	- 0,1	- 0,3	+ 10,7	+ 10,0	+ 0,7	+ 0,0	- 0,1	+ 9,5	+ 6,7	+ 3,1	+ 0,7	- 1,0	- 0,1	Febr.
-	-	- 0,2	+ 0,7	- 17,1	- 4,4	- 12,8	- 0,0	- 0,1	- 8,7	- 5,8	- 0,9	- 1,2	- 0,7	- 0,2	März
-	-	- 0,2	+ 0,2	+ 21,7	- 1,0	+ 22,7	- 0,0	- 0,2	+ 9,2	+ 14,6	- 1,8	- 1,9	- 1,7	- 0,1	April
-	-	+ 0,0	+ 0,4	+ 10,4	+ 4,3	+ 6,2	- 0,0	+ 0,1	+ 15,0	+ 14,7	+ 2,0	- 0,7	- 1,1	- 0,6	Mai
-	-	- 0,1	+ 1,1	- 19,2	+ 13,8	- 33,1	- 0,0	+ 0,1	- 5,9	- 3,4	- 0,6	- 1,4	- 0,4	- 0,5	Juni
-	-	- 0,4	+ 0,5	- 10,0	+ 1,2	- 11,2	-	- 0,2	+ 7,8	+ 12,2	- 2,9	- 0,2	- 1,3	- 0,0	Juli
-	-	- 0,1	- 0,1	- 10,0	- 23,4	+ 13,3	-	+ 0,0	+ 17,7	+ 17,1	- 0,1	+ 1,5	- 0,8	- 0,0	Aug.

rangiger Verbindlichkeiten. 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen
Geschäften mit der Bundesbank. 5 Eigene Akzepte und Solawechsel im
Umlauf. 6 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 7 Ohne Bauspareinlagen;

siehe auch Anm. 8. 8 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaber-
schuldverschreibungen.

IV. Banken

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Nicht-Eurowährungen	Kredite an ausländische Banken (MFIs)							Kredite an ausländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)					
		insgesamt	Guthaben und Buchkredite, Wechsel			börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite, Wechsel			Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken
			zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig					zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2004	0,2	889,4	760,2	606,5	153,7	2,8	126,3	1,5	629,5	362,5	136,6	225,9	10,9	256,1
2005	0,2	1 038,8	860,0	648,5	211,5	5,8	173,0	1,5	712,0	387,9	132,8	255,1	9,3	314,8
2006	0,4	1 266,9	1 003,2	744,5	258,7	13,3	250,4	0,8	777,0	421,0	156,0	264,9	7,2	348,9
2007	0,3	1 433,5	1 105,9	803,6	302,4	13,4	314,2	0,5	908,3	492,9	197,5	295,4	27,5	387,9
2008	0,3	1 446,6	1 131,6	767,2	364,3	15,6	299,5	1,9	908,4	528,9	151,4	377,5	12,9	366,6
2009	0,3	1 277,4	986,1	643,5	342,6	6,2	285,0	2,9	815,7	469,6	116,9	352,7	9,8	336,3
2010	0,5	1 154,1	892,7	607,7	285,1	2,1	259,3	1,8	773,8	461,4	112,6	348,8	10,1	302,3
2011	0,6	1 117,6	871,0	566,3	304,8	4,6	241,9	2,6	744,4	455,8	102,0	353,8	8,5	280,1
2012	0,8	1 046,0	813,5	545,5	268,1	5,4	227,0	2,6	729,0	442,2	105,1	337,1	9,0	277,8
2013	0,2	1 019,7	782,4	546,6	235,8	7,2	230,1	2,5	701,0	404,9	100,3	304,6	8,2	287,8
2013 März	1,0	1 045,3	810,6	548,3	262,3	5,6	229,1	2,5	739,3	450,6	116,6	334,0	8,6	280,1
April	0,8	1 046,9	813,3	557,4	256,0	5,2	228,3	2,5	737,3	449,1	118,9	330,2	9,0	279,2
Mai	0,8	1 046,0	811,0	552,8	258,2	5,1	229,9	2,5	741,3	444,6	118,0	326,6	10,6	286,1
Juni	0,8	1 051,5	816,5	563,5	253,0	5,6	229,4	2,5	728,8	433,3	109,8	323,6	9,7	285,8
Juli	0,7	1 024,5	791,2	542,0	249,2	5,4	228,0	2,5	730,8	429,4	108,9	320,6	10,1	291,3
Aug.	1,3	1 032,2	796,0	548,1	247,9	5,2	230,9	2,5	723,6	425,0	108,6	316,4	12,7	285,9
Sept.	0,6	1 021,7	786,8	542,1	244,7	5,8	229,0	2,5	712,2	415,1	102,2	312,8	9,4	287,8
Okt.	0,4	1 040,7	806,7	564,2	242,5	5,6	228,5	2,5	709,1	413,0	102,8	310,2	10,6	285,5
Nov.	0,3	1 060,2	822,5	579,9	242,6	6,8	230,8	2,5	718,5	418,1	109,1	309,0	10,0	290,4
Dez.	0,2	1 019,7	782,4	546,6	235,8	7,2	230,1	2,5	701,0	404,9	100,3	304,6	8,2	287,8
2014 Jan.	0,2	1 051,7	813,1	577,8	235,3	6,9	231,7	2,5	715,2	417,7	110,5	307,2	8,0	289,6
Febr.	0,2	1 043,7	805,9	572,5	233,5	7,2	230,6	1,7	711,1	418,1	113,4	304,7	8,4	284,6
März	0,2	1 030,9	792,4	554,2	238,2	7,4	231,1	1,7	715,6	413,9	108,9	305,1	9,9	291,8
April	0,2	1 037,1	796,9	560,9	235,9	8,2	232,0	1,7	719,9	423,0	118,6	304,4	10,7	286,2
Mai	0,2	1 064,1	823,0	580,9	242,1	8,4	232,6	1,2	723,0	422,8	116,3	306,5	9,9	290,3
Juni	0,2	1 072,0	830,7	595,3	235,4	8,4	232,8	1,1	726,9	422,7	116,9	305,9	9,9	294,3
Juli	0,2	1 109,1	868,6	634,1	234,5	8,1	232,3	1,1	737,9	432,1	122,7	309,4	9,5	296,4
Aug.	0,2	1 103,8	862,7	624,0	238,6	8,9	232,2	1,1	733,8	430,4	118,2	312,3	9,1	294,2
Veränderungen *)														
2005	+ 0,0	+ 127,3	+ 78,9	+ 26,3	+ 52,6	+ 2,9	+ 45,4	- 0,0	+ 59,4	+ 7,3	- 9,4	+ 16,7	- 1,8	+ 54,0
2006	+ 0,1	+ 238,3	+ 153,5	+ 109,7	+ 43,8	+ 7,5	+ 77,2	- 0,7	+ 81,4	+ 51,6	+ 25,9	+ 25,8	- 1,8	+ 31,5
2007	- 0,0	+ 190,3	+ 123,7	+ 72,9	+ 50,8	+ 7,5	+ 59,1	- 0,4	+ 167,7	+ 94,3	+ 50,1	+ 44,2	+ 20,1	+ 53,3
2008	+ 0,0	+ 8,5	+ 20,2	- 43,0	+ 63,2	+ 2,1	- 13,7	- 0,0	+ 4,3	+ 45,1	- 31,9	+ 77,0	- 14,5	- 26,3
2009	- 0,0	- 170,0	- 141,3	- 122,5	- 18,8	- 10,3	- 18,4	- 0,2	- 72,8	- 43,8	- 31,7	- 12,1	- 3,3	- 25,7
2010	+ 0,1	- 141,5	- 116,2	- 47,3	- 68,9	- 4,8	- 20,4	- 0,2	- 62,0	- 24,5	- 12,6	- 11,9	+ 0,4	- 38,0
2011	+ 0,1	- 48,4	- 32,6	- 45,3	+ 12,7	+ 2,5	- 18,4	+ 0,0	- 38,9	- 13,6	- 12,8	- 0,9	- 1,6	- 23,6
2012	+ 0,1	- 70,1	- 56,8	- 23,1	- 33,7	+ 0,9	- 14,1	- 0,1	- 9,4	- 7,5	+ 8,3	- 15,9	+ 0,6	- 2,5
2013	- 0,5	- 22,7	- 26,9	- 1,3	- 25,6	+ 1,8	+ 2,4	- 0,0	- 21,2	- 33,1	- 5,8	- 27,2	- 0,7	+ 12,6
2013 März	+ 0,3	- 15,9	- 16,6	- 16,6	- 0,0	- 0,1	+ 0,7	+ 0,0	+ 4,3	+ 2,7	+ 4,7	- 2,1	- 0,7	+ 2,3
April	- 0,2	+ 6,1	+ 7,2	+ 11,5	- 4,4	- 0,4	- 0,7	- 0,0	+ 1,8	+ 1,6	+ 2,9	- 1,4	+ 0,4	- 0,1
Mai	+ 0,0	- 0,9	- 2,4	- 4,6	+ 2,2	- 0,1	+ 1,7	+ 0,0	+ 3,8	- 4,8	- 1,0	- 3,7	+ 1,6	+ 6,9
Juni	+ 0,0	+ 6,7	+ 6,8	+ 11,4	- 4,6	+ 0,5	- 0,5	- 0,0	- 11,4	- 10,3	- 8,0	- 2,3	- 0,9	- 0,1
Juli	- 0,2	- 23,3	- 21,8	- 19,5	- 2,2	- 0,1	- 1,4	- 0,0	+ 4,9	- 1,6	- 0,4	- 1,3	+ 0,4	+ 6,1
Aug.	+ 0,6	- 5,5	- 8,2	- 6,1	- 2,1	- 0,2	+ 2,8	+ 0,0	- 8,0	- 5,0	- 0,6	- 4,4	+ 2,6	- 5,6
Sept.	- 0,6	- 7,2	- 6,0	- 4,2	- 1,8	+ 0,6	- 1,8	+ 0,0	- 9,0	- 8,1	- 6,2	- 2,0	- 3,3	+ 2,4
Okt.	- 0,2	+ 23,5	+ 24,4	+ 25,3	- 1,0	- 0,3	- 0,6	- 0,0	- 2,4	- 2,0	- 0,8	- 1,2	+ 1,2	- 1,6
Nov.	- 0,1	+ 19,4	+ 15,9	+ 15,6	+ 0,3	+ 1,2	+ 2,3	+ 0,0	+ 7,8	+ 3,7	+ 6,1	- 2,5	- 0,6	+ 4,8
Dez.	- 0,1	- 37,5	- 37,3	- 31,7	- 5,6	+ 0,4	- 0,6	+ 0,0	- 15,3	- 11,5	- 8,5	- 3,0	- 1,8	- 2,0
2014 Jan.	- 0,0	+ 35,5	+ 34,4	+ 36,9	- 2,4	- 0,4	+ 1,5	- 0,0	+ 10,7	+ 10,0	+ 9,7	+ 0,4	- 0,2	+ 0,9
Febr.	- 0,0	- 3,2	- 2,6	- 2,5	- 0,0	+ 0,4	- 1,0	-	- 0,8	+ 3,1	+ 3,5	- 0,3	+ 0,4	- 4,3
März	- 0,0	- 13,0	- 14,0	- 18,4	+ 4,4	+ 0,2	+ 0,7	- 0,1	+ 4,4	- 4,0	- 4,6	+ 0,6	+ 1,5	+ 6,9
April	+ 0,0	+ 7,7	+ 5,3	+ 7,2	- 2,0	+ 0,8	+ 1,6	+ 0,0	+ 4,1	+ 9,5	+ 9,8	- 0,3	+ 0,8	- 6,2
Mai	- 0,0	+ 22,7	+ 22,0	+ 17,5	+ 4,5	+ 0,2	+ 0,5	- 0,5	+ 0,0	- 2,7	- 2,9	+ 0,2	- 0,8	+ 3,5
Juni	+ 0,0	+ 8,1	+ 8,0	+ 14,6	- 6,6	- 0,0	+ 0,2	- 0,1	+ 4,0	+ 0,1	+ 0,6	- 0,5	- 0,0	+ 4,0
Juli	- 0,0	+ 32,1	+ 33,0	+ 35,7	- 2,8	- 0,3	- 0,6	- 0,0	+ 7,7	+ 6,6	+ 5,2	+ 1,5	- 0,4	+ 1,4
Aug.	- 0,0	- 9,3	- 9,9	- 12,6	+ 2,8	+ 0,8	- 0,2	+ 0,0	- 6,4	- 3,5	- 4,9	+ 1,4	- 0,3	- 2,6

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu be-

trachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt.

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhandkredite	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs)							Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)							Zeit
		insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite			
				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristige				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristige				
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)																
9,8	39,3	603,3	87,0	516,2	403,2	113,0	0,5	311,2	36,6	274,7	123,4	151,2	0,8	2004		
10,6	37,2	651,7	102,9	548,8	420,4	128,4	0,6	316,4	62,0	254,4	119,4	135,0	1,2	2005		
5,8	50,4	689,7	168,1	521,6	397,3	124,3	0,4	310,1	82,1	228,0	111,5	116,5	1,5	2006		
5,7	48,3	738,9	164,7	574,1	461,2	113,0	0,2	303,1	76,0	227,1	122,3	104,8	3,1	2007		
25,5	45,1	703,3	218,1	485,1	362,3	122,9	0,3	286,1	92,2	193,9	95,1	98,8	2,5	2008		
32,1	45,4	652,6	213,6	439,0	307,4	131,6	0,2	216,3	78,1	138,2	73,7	64,5	1,9	2009		
15,6	48,8	741,7	258,7	483,0	349,3	133,6	0,1	227,6	84,8	142,7	76,7	66,0	1,5	2010		
32,9	45,0	655,7	242,6	413,1	289,4	123,7	0,1	225,9	92,3	133,6	66,9	66,6	1,3	2011		
32,6	46,4	691,1	289,4	401,7	284,6	117,0	0,1	237,6	107,2	130,3	69,1	61,2	1,2	2012		
30,8	39,0	515,7	222,6	293,2	196,0	97,2	0,1	257,8	118,1	139,7	76,8	62,9	1,0	2013		
32,6	45,8	681,2	278,8	402,4	296,2	106,2	0,1	243,6	116,1	127,5	65,2	62,3	1,1	2013 März		
32,5	46,3	689,5	302,2	387,2	283,1	104,1	0,1	255,6	122,4	133,3	71,9	61,4	1,1	April		
32,5	46,4	657,2	293,5	363,7	259,4	104,4	0,1	261,4	132,2	129,2	67,9	61,2	1,1	Mai		
32,1	46,4	649,3	269,6	379,7	275,1	104,6	0,1	255,5	126,6	128,9	67,9	61,0	1,1	Juni		
32,0	46,3	641,4	277,6	363,8	260,3	103,5	0,1	250,6	126,4	124,2	63,7	60,5	1,1	Juli		
32,0	46,3	627,6	254,2	373,3	269,3	104,0	0,1	253,6	129,3	124,3	65,0	59,3	1,1	Aug.		
31,7	46,1	601,4	273,2	328,2	225,5	102,7	0,1	246,8	123,1	123,7	63,6	60,0	1,1	Sept.		
31,5	46,1	594,9	258,7	336,2	235,7	100,5	0,1	246,8	124,2	122,6	62,3	60,3	1,1	Okt.		
31,8	44,1	591,4	274,9	316,4	216,2	100,2	0,1	257,7	126,6	131,1	68,7	62,4	1,1	Nov.		
30,8	39,0	515,7	222,6	293,2	196,0	97,2	0,1	257,8	118,1	139,7	76,8	62,9	1,0	Dez.		
31,0	41,6	574,8	274,6	300,2	206,7	93,5	0,1	257,4	127,1	130,3	67,1	63,2	1,0	2014 Jan.		
14,4	40,0	554,1	256,2	297,9	205,6	92,3	0,1	256,1	128,6	127,5	66,2	61,3	1,0	Febr.		
14,4	39,7	554,2	257,3	297,0	200,1	96,9	0,1	251,9	129,4	122,5	62,8	59,7	1,0	März		
14,4	39,7	567,4	254,6	312,8	215,7	97,0	0,1	255,4	134,1	121,3	61,6	59,7	1,0	April		
14,4	39,7	564,4	256,4	308,0	212,7	95,3	0,1	260,8	140,6	120,2	59,7	60,6	1,0	Mai		
14,2	38,6	556,0	272,6	283,5	190,5	92,9	0,1	256,5	144,2	112,2	53,0	59,3	1,1	Juni		
14,3	37,7	587,4	287,2	300,2	209,6	90,5	0,1	269,1	147,3	121,8	62,8	59,0	0,9	Juli		
14,7	37,7	592,2	274,2	317,9	230,3	87,6	0,1	258,3	127,7	130,5	70,5	60,1	1,3	Aug.		
Veränderungen *)																
+ 0,8	- 3,5	+ 28,6	+ 12,6	+ 16,0	+ 4,9	+ 11,1	+ 0,1	- 4,9	+ 23,9	- 28,8	- 7,7	- 21,1	+ 0,4	2005		
- 5,1	+ 13,8	+ 56,2	+ 68,3	- 12,1	- 13,7	+ 1,6	- 0,2	- 0,8	+ 21,2	- 22,0	- 5,1	- 17,0	- 0,2	2006		
- 0,1	- 0,8	+ 67,3	+ 1,5	+ 65,8	+ 74,0	- 8,3	- 0,1	+ 4,6	- 5,5	+ 10,2	+ 16,6	- 6,4	+ 1,6	2007		
+ 0,7	- 3,1	- 50,1	+ 52,2	- 102,3	- 120,7	+ 18,5	+ 0,1	- 12,4	+ 16,1	- 28,5	- 19,4	- 9,1	- 0,6	2008		
- 3,2	+ 0,1	- 81,4	- 2,1	- 79,3	- 57,5	- 21,7	- 0,2	- 33,5	- 13,3	- 20,1	- 17,0	- 3,1	- 0,6	2009		
+ 0,2	+ 1,4	+ 895,4	+ 42,0	+ 542,4	+ 38,1	+ 136,8	- 0,1	- 1,6	+ 6,0	- 7,6	- 3,3	- 4,4	- 0,4	2010		
- 0,1	- 3,9	- 88,8	- 13,8	- 75,0	- 61,8	- 13,1	- 0,0	- 9,3	+ 6,4	- 15,7	- 10,4	- 5,3	- 0,2	2011		
- 0,3	+ 1,5	+ 38,2	+ 51,7	- 13,5	- 7,5	- 6,0	- 0,0	+ 12,6	+ 15,2	- 2,6	+ 2,5	- 5,1	- 0,1	2012		
- 1,8	- 7,2	- 174,0	- 75,6	- 98,4	- 83,1	- 15,4	- 0,0	+ 13,5	+ 9,6	+ 3,9	+ 6,9	- 3,0	- 0,2	2013		
+ 0,4	- 1,0	- 14,6	- 29,0	+ 14,4	+ 14,5	- 0,1	- 0,0	- 7,8	- 7,4	- 0,4	+ 0,4	- 0,8	- 0,0	2013 März		
- 0,1	+ 0,6	+ 11,4	+ 24,6	- 13,1	- 11,6	- 1,5	-	+ 13,2	+ 6,8	+ 6,4	+ 7,0	- 0,6	- 0,0	April		
- 0,0	+ 0,1	- 32,5	- 9,1	- 23,5	- 23,7	+ 0,2	-	+ 5,2	+ 10,3	- 5,1	- 4,0	- 1,1	- 0,0	Mai		
- 0,4	- 0,0	- 7,0	- 23,5	+ 16,5	+ 16,1	+ 0,3	- 0,0	- 5,5	- 5,4	- 0,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	Juni		
- 0,1	- 0,1	- 5,7	+ 8,9	- 14,6	- 13,9	- 0,6	-	- 4,0	+ 0,3	- 4,2	- 4,0	- 0,3	+ 0,0	Juli		
- 0,0	+ 0,0	- 24,9	- 34,0	+ 9,1	+ 8,8	+ 0,3	-	- 0,5	- 0,4	- 0,1	+ 1,2	- 1,3	- 0,0	Aug.		
- 0,3	- 0,2	- 23,9	+ 19,5	- 43,5	- 42,4	- 1,1	- 0,0	- 7,3	- 5,9	- 1,4	- 1,1	- 0,3	- 0,0	Sept.		
- 0,2	+ 0,0	- 4,8	- 13,7	+ 8,9	+ 10,8	- 1,9	-	+ 0,6	+ 1,3	- 0,7	- 1,2	+ 0,5	+ 0,0	Okt.		
+ 0,2	- 1,9	- 2,8	+ 15,7	- 18,5	- 18,1	- 0,4	-	+ 9,5	+ 2,6	+ 6,9	+ 4,8	+ 2,0	- 0,0	Nov.		
- 0,9	- 5,1	- 73,9	- 51,7	- 22,2	- 19,5	- 2,7	- 0,0	+ 0,9	- 8,2	+ 9,1	+ 8,3	+ 0,8	- 0,1	Dez.		
+ 0,2	+ 2,5	+ 56,6	+ 51,1	+ 5,5	+ 9,7	- 4,2	-	- 1,5	+ 8,6	- 10,1	- 10,0	- 0,1	- 0,1	2014 Jan.		
- 0,1	- 1,6	- 18,0	- 17,2	- 0,9	- 0,1	- 0,8	-	- 0,3	+ 1,9	- 2,2	- 0,6	- 1,6	- 0,0	Febr.		
+ 0,0	- 0,2	+ 0,0	+ 0,9	- 0,9	- 5,5	+ 4,6	- 0,0	- 4,3	+ 0,7	- 5,0	- 3,4	- 1,5	+ 0,0	März		
- 0,1	- 0,0	+ 13,6	- 2,4	+ 16,0	+ 15,8	+ 0,2	-	+ 3,7	+ 4,9	- 1,2	- 1,2	+ 0,0	+ 0,0	April		
+ 0,0	- 0,1	- 5,4	+ 0,9	- 6,3	- 4,1	- 2,2	-	+ 4,4	+ 6,0	- 1,6	- 2,1	+ 0,6	+ 0,0	Mai		
- 0,2	- 1,0	- 8,2	+ 16,2	- 24,4	- 22,1	- 2,3	- 0,0	- 4,3	+ 3,7	- 8,0	- 6,7	- 1,3	+ 0,0	Juni		
+ 0,1	- 1,0	+ 28,6	+ 13,5	+ 15,1	+ 18,0	- 2,8	-	+ 11,6	+ 2,6	+ 9,0	+ 9,6	- 0,5	- 0,1	Juli		
+ 0,4	- 0,0	+ 2,7	- 14,0	+ 16,7	+ 19,8	- 3,1	-	- 11,5	- 20,0	+ 8,4	+ 7,6	+ 0,8	+ 0,3	Aug.		

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt mit börsenfähige(n) Geldmarktpapieren(n), Wertpapieren(n), Ausleihforderungen		Kurzfristige Kredite							Mittel- und langfristige	
			insgesamt	an Unternehmen und Privatpersonen			an öffentliche Haushalte			insgesamt	an Unter-
				zu-	Buchkredite und Wechsel	börsen-fähige Geldmarkt-papiere	zu-	Buch-kredite	Schatz-wechsel		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)											
2004	3 001,3	2 646,7	320,9	283,8	283,0	0,8	37,1	35,3	1,8	2 680,4	2 114,2
2005	2 995,1	2 635,1	309,7	273,5	272,9	0,6	36,2	34,4	1,8	2 685,4	2 141,3
2006	3 000,7	2 632,2	303,1	269,8	269,3	0,6	33,3	31,9	1,4	2 697,6	2 181,8
2007	2 975,7	2 649,5	331,2	301,8	301,5	0,3	29,4	28,2	1,2	2 644,6	2 168,3
2008	3 071,1	2 700,1	373,0	337,5	335,3	2,2	35,5	34,5	1,0	2 698,1	2 257,8
2009	3 100,1	2 692,6	347,3	306,3	306,2	0,1	41,0	37,1	3,9	2 752,8	2 299,7
2010	3 220,9	2 771,3	428,0	283,0	282,8	0,2	145,0	117,2	27,7	2 793,0	2 305,6
2011	3 197,8	2 775,4	383,3	316,5	316,1	0,4	66,8	60,7	6,0	2 814,5	2 321,9
2012	3 220,4	2 786,1	376,1	316,8	316,3	0,5	59,3	57,6	1,7	2 844,3	2 310,9
2013	3 131,6	2 693,2	269,1	217,7	217,0	0,6	51,4	50,8	0,6	2 862,6	2 328,6
2013 März	3 234,0	2 796,2	387,5	332,7	331,7	1,0	54,8	53,9	0,9	2 846,5	2 315,9
April	3 260,9	2 801,8	391,4	326,7	325,5	1,2	64,7	63,0	1,7	2 869,5	2 338,4
Mai	3 232,1	2 796,2	380,3	325,9	324,9	1,1	54,3	52,5	1,9	2 851,9	2 325,8
Juni	3 238,0	2 806,4	389,9	338,8	338,2	0,6	51,1	50,4	0,7	2 848,2	2 319,6
Juli	3 230,8	2 797,1	376,1	319,9	319,3	0,6	56,1	54,7	1,4	2 854,8	2 323,0
Aug.	3 127,2	2 692,3	269,9	220,6	220,1	0,6	49,3	48,0	1,3	2 857,3	2 324,5
Sept.	3 127,5	2 692,3	276,7	226,0	225,3	0,8	50,7	49,4	1,3	2 850,8	2 320,5
Okt.	3 138,2	2 698,8	279,4	220,9	220,3	0,6	58,5	57,5	1,0	2 858,7	2 326,0
Nov.	3 139,2	2 698,7	270,3	216,8	216,2	0,6	53,5	52,3	1,2	2 868,8	2 334,0
Dez.	3 131,6	2 693,2	269,1	217,7	217,0	0,6	51,4	50,8	0,6	2 862,6	2 328,6
2014 Jan.	3 140,7	2 696,8	272,9	214,7	213,9	0,8	58,2	57,8	0,4	2 867,8	2 335,9
Febr.	3 134,5	2 695,7	271,7	216,6	215,9	0,7	55,1	54,5	0,6	2 862,7	2 330,7
März	3 136,4	2 692,9	271,7	220,6	219,8	0,7	51,2	50,5	0,7	2 864,7	2 333,1
April	3 158,0	2 696,5	269,9	217,2	216,6	0,7	52,6	51,6	1,0	2 888,1	2 356,7
Mai	3 154,3	2 703,1	271,1	216,5	215,7	0,9	54,5	54,0	0,5	2 883,2	2 350,5
Juni	3 147,3	2 697,3	273,3	223,4	222,6	0,8	49,9	48,8	1,0	2 874,1	2 342,6
Juli	3 155,7	2 699,5	268,1	215,3	214,6	0,7	52,8	51,6	1,2	2 887,6	2 352,9
Aug.	3 155,0	2 699,8	260,5	212,2	211,6	0,5	48,4	47,5	0,9	2 894,5	2 359,6
Veränderungen *)											
2005	- 6,7	- 12,1	- 11,5	- 10,6	- 10,4	- 0,2	- 0,9	- 0,9	+ 0,0	+ 4,8	+ 26,8
2006	- 12,4	- 20,8	- 7,1	- 4,5	- 4,4	- 0,0	- 2,7	- 2,3	- 0,4	- 5,2	+ 23,6
2007	- 15,9	+ 11,8	+ 27,6	+ 31,5	+ 31,7	- 0,2	- 3,9	- 3,7	- 0,3	- 43,5	- 7,1
2008	+ 92,0	+ 46,9	+ 43,1	+ 36,8	+ 34,9	+ 1,8	+ 6,3	+ 6,3	- 0,0	+ 48,9	+ 83,4
2009	+ 25,7	- 11,6	- 26,1	- 31,5	- 30,0	- 1,5	+ 5,5	+ 2,5	+ 2,9	+ 51,8	+ 36,6
2010	+ 130,5	+ 78,7	+ 80,4	- 23,4	- 23,5	+ 0,1	+ 103,8	+ 80,1	+ 23,7	+ 50,1	+ 14,9
2011	- 30,6	- 3,2	- 45,2	+ 33,6	+ 33,3	+ 0,2	- 78,7	- 57,0	- 21,7	+ 14,6	+ 9,4
2012	+ 21,0	+ 9,6	- 9,7	- 1,6	- 1,7	+ 0,1	- 8,2	- 3,8	- 4,3	+ 30,7	+ 10,9
2013	+ 4,4	+ 0,1	- 13,8	- 5,8	- 6,3	+ 0,5	- 8,0	- 7,0	- 1,1	+ 18,2	+ 17,6
2013 März	- 3,4	- 8,7	- 8,6	- 5,7	- 5,8	+ 0,1	- 2,9	- 2,8	- 0,1	+ 5,3	+ 4,4
April	+ 26,9	+ 5,7	+ 3,9	- 6,0	- 6,2	+ 0,2	+ 9,9	+ 9,1	+ 0,8	+ 23,0	+ 22,5
Mai	- 28,8	- 5,6	- 11,1	- 0,7	- 0,6	- 0,1	- 10,4	- 10,5	+ 0,1	- 17,6	- 12,6
Juni	+ 5,9	+ 10,2	+ 10,0	+ 13,2	+ 13,3	- 0,1	- 3,2	- 2,1	- 1,1	- 4,1	- 6,6
Juli	- 7,2	- 9,3	- 13,8	- 18,8	- 18,8	+ 0,0	+ 5,1	+ 4,3	+ 0,7	+ 6,6	+ 3,3
Aug.	- 10,7	- 12,0	- 16,4	- 9,6	- 9,5	- 0,1	- 6,8	- 6,7	- 0,1	+ 5,6	+ 4,7
Sept.	+ 0,3	+ 0,1	+ 6,9	+ 5,6	+ 5,4	+ 0,2	+ 1,3	+ 1,4	- 0,0	- 6,6	- 4,1
Okt.	+ 10,8	+ 6,7	+ 2,9	- 4,8	- 4,6	- 0,2	+ 7,7	+ 8,0	- 0,3	+ 7,9	+ 5,5
Nov.	+ 1,0	- 0,1	- 7,3	- 2,4	- 2,3	- 0,0	- 4,9	- 5,2	+ 0,3	+ 8,3	+ 6,2
Dez.	- 7,5	- 5,5	- 1,3	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,0	- 2,2	- 1,5	- 0,6	- 6,2	- 5,4
2014 Jan.	+ 9,1	+ 3,6	+ 3,5	- 3,3	- 3,4	+ 0,2	+ 6,8	+ 7,1	- 0,3	+ 5,6	+ 7,7
Febr.	- 6,2	- 1,1	- 1,2	+ 1,9	+ 2,0	- 0,1	- 3,1	- 3,4	+ 0,3	- 5,0	- 5,3
März	+ 2,1	- 2,7	+ 0,1	+ 4,0	+ 4,1	- 0,0	- 3,9	- 4,0	+ 0,1	+ 2,0	+ 2,5
April	+ 21,5	+ 3,6	- 1,9	- 3,3	- 3,3	- 0,0	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,3	+ 23,4	+ 23,2
Mai	- 3,7	+ 6,6	+ 1,2	- 0,7	- 0,9	+ 0,2	+ 1,9	+ 2,4	- 0,5	- 4,9	- 6,2
Juni	- 6,0	- 4,7	+ 2,2	+ 6,8	+ 6,9	- 0,1	- 4,6	- 5,2	+ 0,5	- 8,2	- 7,1
Juli	+ 8,4	+ 2,2	- 5,2	- 8,1	- 8,0	- 0,1	+ 2,9	+ 2,8	+ 0,1	+ 13,5	+ 10,2
Aug.	- 0,8	+ 0,2	- 7,4	- 3,0	- 2,8	- 0,2	- 4,4	- 4,1	- 0,3	+ 6,6	+ 6,4

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrach-

ten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldverschreibungen aus

IV. Banken

Kredite													Zeit
nehmen und Privatpersonen					an öffentliche Haushalte								
Buchkredite			Wert- papiere	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	zu- sammen	Buchkredite			Wert- papiere 1)	Aus- gleichs- forde- rungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite		
zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig				zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
1 940,8	194,3	1 746,5	173,5	55,3	566,1	387,7	32,9	354,8	177,5	1,0	6,5	2004	
1 953,4	194,7	1 758,8	187,9	52,1	544,1	374,4	32,9	341,4	169,7	–	4,5	2005	
1 972,7	194,5	1 778,1	209,1	48,2	515,8	358,4	31,7	326,6	157,4	–	4,8	2006	
1 987,3	207,7	1 779,6	181,1	46,5	476,2	332,5	31,9	300,6	143,7	–	4,7	2007	
2 022,0	222,0	1 800,0	235,8	42,8	440,3	308,2	29,7	278,5	132,1	–	4,5	2008	
2 051,3	242,7	1 808,6	248,4	39,6	453,1	298,0	32,2	265,8	155,1	–	4,3	2009	
2 070,0	238,1	1 831,8	235,7	30,7	487,3	301,2	36,1	265,1	186,1	–	3,1	2010	
2 099,5	247,9	1 851,7	222,4	32,7	492,6	299,1	41,1	258,0	193,5	–	3,6	2011	
2 119,5	249,7	1 869,8	191,4	31,4	533,4	292,7	39,4	253,3	240,7	–	3,5	2012	
2 136,9	248,0	1 888,9	191,7	28,9	534,0	288,4	38,8	249,7	245,6	–	2,7	2013	
2 119,3	249,6	1 869,7	196,6	30,8	530,6	291,3	40,5	250,8	239,3	–	3,4	2013 März	
2 121,1	249,8	1 871,3	217,3	30,4	531,1	292,2	40,8	251,4	238,9	–	3,3	April	
2 126,7	252,0	1 874,7	199,1	30,3	526,1	292,2	40,3	251,8	233,9	–	3,2	Mai	
2 125,9	250,5	1 875,4	193,7	30,0	528,6	292,0	40,5	251,4	236,6	–	3,2	Juni	
2 130,5	252,0	1 878,5	192,4	29,6	531,8	292,6	41,2	251,4	239,2	–	3,1	Juli	
2 131,7	249,5	1 882,2	192,8	29,5	532,8	292,6	41,2	251,3	240,3	–	3,1	Aug.	
2 127,1	247,6	1 879,4	193,4	29,3	530,3	290,6	40,7	249,9	239,7	–	2,7	Sept.	
2 131,3	248,0	1 883,4	194,7	29,0	532,8	289,7	39,3	250,4	243,1	–	2,6	Okt.	
2 139,9	249,5	1 890,5	194,1	29,0	534,8	290,3	39,1	251,3	244,5	–	2,6	Nov.	
2 136,9	248,0	1 888,9	191,7	28,9	534,0	288,4	38,8	249,7	245,6	–	2,7	Dez.	
2 137,4	248,6	1 888,8	198,5	28,6	531,8	287,6	38,4	249,2	244,2	–	2,7	2014 Jan.	
2 138,7	248,5	1 890,2	192,0	25,8	532,1	286,6	38,0	248,6	245,4	–	2,3	Febr.	
2 136,4	249,1	1 887,3	196,7	25,5	531,6	286,2	37,4	248,8	245,4	–	2,3	März	
2 143,2	251,0	1 892,3	213,4	25,4	531,4	285,1	36,7	248,4	246,3	–	2,2	April	
2 149,2	250,1	1 899,1	201,3	25,4	532,8	284,2	36,8	247,4	248,6	–	2,2	Mai	
2 144,5	248,9	1 895,6	198,1	25,3	531,5	281,4	36,1	245,4	250,0	–	2,2	Juni	
2 151,9	249,5	1 902,4	200,9	25,0	534,7	281,4	36,0	245,4	253,4	–	2,1	Juli	
2 160,8	250,6	1 910,2	198,8	24,9	534,8	279,9	32,9	247,0	255,0	–	2,1	Aug.	
Veränderungen *)													
+ 12,5	+ 1,7	+ 10,8	+ 14,3	– 3,0	– 22,1	– 13,4	+ 0,9	– 14,2	– 7,7	– 1,0	– 2,0	2005	
+ 2,3	+ 0,2	+ 2,2	+ 21,2	– 3,9	– 28,8	– 16,4	– 1,4	– 15,0	– 12,4	–	+ 0,3	2006	
+ 9,6	+ 10,1	– 0,6	– 16,7	– 2,2	– 36,3	– 25,8	+ 0,1	– 26,0	– 10,5	–	– 0,1	2007	
+ 28,8	+ 12,0	+ 16,8	+ 54,7	– 5,3	– 34,5	– 23,2	– 2,3	– 20,8	– 11,4	–	– 0,1	2008	
+ 23,5	+ 17,3	+ 6,3	+ 13,1	– 3,9	+ 15,2	– 7,6	+ 2,5	– 10,2	+ 22,8	–	– 0,2	2009	
+ 18,6	– 4,0	+ 22,6	– 3,8	– 1,7	+ 35,2	+ 3,5	+ 3,5	– 0,0	+ 31,7	–	– 0,3	2010	
+ 22,6	+ 2,2	+ 20,4	– 13,2	– 1,0	+ 5,2	– 2,1	+ 4,9	– 7,0	+ 7,3	–	– 0,2	2011	
+ 21,6	+ 1,5	+ 20,1	– 10,7	– 1,1	+ 19,8	– 6,6	– 1,9	– 4,7	+ 26,4	–	– 0,2	2012	
+ 17,7	– 0,1	+ 17,8	– 0,1	– 2,5	+ 0,6	– 4,3	– 0,7	– 3,6	+ 4,9	–	– 0,8	2013	
– 0,8	+ 0,3	– 1,0	+ 5,1	– 0,2	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,3	– 0,6	+ 0,3	–	– 0,0	2013 März	
+ 1,8	+ 0,2	+ 1,6	+ 20,7	– 0,3	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,6	– 0,4	–	– 0,2	April	
+ 5,6	+ 2,2	+ 3,3	– 18,2	– 0,2	– 5,1	– 0,0	– 0,5	+ 0,4	– 5,0	–	– 0,0	Mai	
– 0,8	– 1,5	+ 0,7	– 5,8	– 0,2	+ 2,5	– 0,2	+ 0,2	– 0,4	+ 2,7	–	– 0,0	Juni	
+ 4,5	+ 1,2	+ 3,3	– 1,2	– 0,4	+ 3,3	+ 0,7	+ 0,7	– 0,0	+ 2,6	–	– 0,1	Juli	
+ 4,3	+ 0,6	+ 3,7	+ 0,4	– 0,1	+ 1,0	– 0,1	+ 0,0	– 0,1	+ 1,0	–	– 0,0	Aug.	
– 4,7	– 2,0	– 2,7	+ 0,6	– 0,2	– 2,5	– 2,0	– 0,5	– 1,4	– 0,6	–	– 0,5	Sept.	
+ 4,2	+ 0,4	+ 3,7	+ 1,3	– 0,3	+ 2,5	– 0,9	– 1,4	+ 0,6	+ 3,4	–	– 0,0	Okt.	
+ 6,8	+ 1,2	+ 5,7	– 0,6	+ 0,0	+ 2,1	+ 0,6	– 0,2	+ 0,8	+ 1,4	–	+ 0,0	Nov.	
– 3,0	– 1,5	– 1,5	– 2,4	– 0,1	– 0,8	– 1,9	– 0,3	– 1,6	+ 1,1	–	+ 0,1	Dez.	
+ 0,8	+ 0,8	– 0,0	+ 6,9	– 0,3	– 2,1	– 0,8	– 0,4	– 0,5	– 1,3	–	– 0,0	2014 Jan.	
+ 1,3	– 0,1	+ 1,4	– 6,5	– 0,1	+ 0,2	– 1,0	– 0,4	– 0,6	+ 1,2	–	– 0,0	Febr.	
– 2,3	+ 0,6	– 2,9	+ 4,7	– 0,2	– 0,5	– 0,5	– 0,7	+ 0,2	+ 0,0	–	– 0,0	März	
+ 6,4	+ 3,4	+ 3,1	+ 16,7	– 0,1	+ 0,2	– 0,7	– 0,6	– 0,1	+ 0,9	–	– 0,0	April	
+ 6,0	– 0,9	+ 6,9	– 12,2	+ 0,0	+ 1,3	– 0,9	+ 0,1	– 1,0	+ 2,3	–	– 0,0	Mai	
– 4,0	– 1,2	– 2,8	– 3,1	– 0,1	– 1,0	– 2,5	– 0,7	– 1,7	+ 1,4	–	– 0,0	Juni	
+ 7,4	+ 0,6	+ 6,8	+ 2,8	– 0,4	+ 3,3	– 0,0	– 0,1	+ 0,0	+ 3,3	–	– 0,0	Juli	
+ 8,5	+ 1,0	+ 7,5	– 2,1	– 0,1	+ 0,3	– 1,3	– 0,7	– 0,7	+ 1,6	–	– 0,0	Aug.	

dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldver-
schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche *)

Mrd €

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)														
Zeit	insgesamt		Kredite für den Wohnungsbau			Kredite an Unternehmen und Selbständige								
	Hypothekarkredite insgesamt	zusammen	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke	sonstige Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	Verarbeitendes Gewerbe	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Baugewerbe	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	Finanzierungsinstitutionen (ohne MFIs) und Versicherungsunternehmen	
Kredite insgesamt														
2012	2 435,9	1 170,6	1 135,0	922,4	212,6	1 377,6	311,2	131,1	92,7	59,6	126,1	44,5	76,7	195,4
2013 Juni	2 464,2	1 173,0	1 143,3	928,7	214,6	1 402,0	314,0	131,9	94,6	60,1	124,8	45,6	74,0	219,9
Sept.	2 352,4	1 177,9	1 152,6	933,4	219,2	1 282,8	316,6	130,3	95,7	60,1	124,9	46,2	72,0	104,5
Dez.	2 354,0	1 179,5	1 159,3	935,4	223,9	1 281,1	319,2	127,7	97,3	58,9	124,2	45,7	70,0	104,9
2014 März	2 356,3	1 179,3	1 160,3	936,4	223,8	1 283,4	320,0	129,1	97,0	59,5	124,2	46,0	68,9	107,1
Juni	2 367,1	1 181,3	1 166,6	940,0	226,7	1 288,3	320,9	129,1	98,1	59,9	124,3	47,0	68,7	104,7
Kurzfristige Kredite														
2012	316,4	-	7,9	-	7,9	277,7	3,8	34,8	6,9	12,0	43,0	3,3	6,8	112,8
2013 Juni	338,2	-	8,0	-	8,0	301,4	3,9	37,4	6,7	12,9	41,8	4,1	6,3	135,1
Sept.	225,3	-	8,1	-	8,1	187,8	4,0	35,9	6,5	13,0	42,2	4,0	6,2	23,9
Dez.	217,1	-	8,3	-	8,3	180,2	4,1	33,9	6,4	12,0	40,9	3,4	6,4	22,8
2014 März	219,9	-	8,6	-	8,6	183,5	4,4	35,4	5,9	12,7	41,5	3,6	6,4	23,8
Juni	222,6	-	8,6	-	8,6	186,1	4,3	36,3	6,2	12,8	41,5	4,0	6,6	22,3
Mittelfristige Kredite														
2012	249,7	-	35,3	-	35,3	176,7	11,8	25,6	7,0	9,3	16,5	4,0	11,0	35,9
2013 Juni	250,5	-	35,7	-	35,7	176,6	12,3	24,7	6,7	9,4	16,9	3,9	11,2	37,7
Sept.	247,6	-	35,7	-	35,7	173,1	12,3	24,8	6,6	9,4	16,5	4,0	11,3	34,5
Dez.	248,0	-	35,6	-	35,6	173,6	12,5	24,7	6,0	9,4	16,9	3,9	11,5	35,3
2014 März	249,1	-	35,0	-	35,0	175,0	12,3	25,3	5,9	9,3	16,5	4,0	11,4	35,8
Juni	248,9	-	35,3	-	35,3	176,2	12,8	24,7	5,4	9,3	16,9	4,1	11,5	35,5
Langfristige Kredite														
2012	1 869,8	1 170,6	1 091,8	922,4	169,4	923,2	295,6	70,7	78,8	38,3	66,6	37,2	58,9	46,7
2013 Juni	1 875,4	1 173,0	1 099,7	928,7	170,9	924,0	297,8	69,9	81,2	37,8	66,1	37,6	56,5	47,1
Sept.	1 879,4	1 177,9	1 108,8	933,4	175,4	922,0	300,3	69,6	82,6	37,7	66,2	38,2	54,5	46,1
Dez.	1 888,9	1 179,5	1 115,4	935,4	180,0	927,2	302,5	69,1	82,6	37,5	66,3	38,4	52,1	46,8
2014 März	1 887,3	1 179,3	1 116,7	936,4	180,3	924,9	303,3	68,4	85,2	37,5	66,1	38,5	51,1	47,5
Juni	1 895,6	1 181,3	1 122,8	940,0	182,9	926,1	303,8	68,1	86,5	37,8	66,0	38,9	50,7	46,9
Kredite insgesamt														
Veränderungen im Vierteljahr *)														
2013 2.Vj.	+ 13,1	- 0,5	+ 5,9	+ 2,2	+ 3,8	+ 7,8	+ 1,8	- 1,2	+ 0,0	- 0,2	- 2,1	+ 0,9	- 2,2	+ 10,9
3.Vj.	- 18,8	+ 2,4	+ 9,1	+ 4,7	+ 4,4	- 26,5	+ 2,4	- 1,5	+ 1,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,6	- 2,0	- 22,6
4.Vj.	+ 2,0	+ 2,3	+ 6,2	+ 2,6	+ 3,5	- 1,5	+ 2,1	- 2,4	+ 1,5	- 1,2	- 1,0	- 0,5	- 1,3	+ 0,6
2014 1.Vj.	+ 2,3	- 0,2	+ 0,9	+ 1,0	- 0,1	+ 2,2	+ 0,6	+ 1,2	- 0,2	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,3	- 1,1	+ 2,3
2.Vj.	+ 11,2	+ 1,3	+ 6,3	+ 2,5	+ 3,8	+ 5,7	+ 1,0	+ 0,0	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,2	+ 1,0	- 0,2	- 1,4
Kurzfristige Kredite														
2013 2.Vj.	+ 6,5	-	+ 0,2	-	+ 0,2	+ 6,5	+ 0,1	- 0,1	- 0,8	- 0,1	- 1,8	+ 0,5	- 0,7	+ 9,8
3.Vj.	- 23,0	-	+ 0,1	-	+ 0,1	- 23,7	+ 0,0	- 1,4	- 0,2	+ 0,1	+ 0,4	- 0,1	- 0,1	- 21,4
4.Vj.	- 6,0	-	+ 0,2	-	+ 0,2	- 5,9	+ 0,2	- 1,8	- 0,2	- 1,0	- 1,3	- 0,7	+ 0,2	- 0,9
2014 1.Vj.	+ 2,6	-	+ 0,3	-	+ 0,3	+ 3,0	+ 0,2	+ 1,5	- 0,4	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,2	- 0,0	+ 1,1
2.Vj.	+ 2,7	-	- 0,0	-	- 0,0	+ 2,6	- 0,1	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,2	- 1,6
Mittelfristige Kredite														
2013 2.Vj.	+ 0,9	-	+ 0,6	-	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,6	- 1,2	- 0,1	+ 0,2	+ 0,4	- 0,0	- 0,1	+ 0,5
3.Vj.	- 0,2	-	- 0,1	-	- 0,1	- 0,6	- 0,1	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	- 0,4	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1
4.Vj.	+ 0,1	-	- 0,1	-	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	- 0,2	- 0,6	- 0,0	+ 0,4	- 0,0	+ 0,2	+ 0,8
2014 1.Vj.	+ 1,3	-	- 0,7	-	- 0,7	+ 1,7	- 0,2	+ 0,5	- 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	+ 0,5
2.Vj.	+ 1,3	-	+ 0,3	-	+ 0,3	+ 1,6	+ 0,4	- 0,6	- 0,5	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	- 0,3
Langfristige Kredite														
2013 2.Vj.	+ 5,7	- 0,5	+ 5,2	+ 2,2	+ 3,0	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,1	+ 0,9	- 0,2	- 0,6	+ 0,4	- 1,5	+ 0,6
3.Vj.	+ 4,3	+ 2,4	+ 9,0	+ 4,7	+ 4,4	- 2,3	+ 2,5	- 0,3	+ 1,3	- 0,2	+ 0,0	+ 0,6	- 2,0	- 1,0
4.Vj.	+ 7,9	+ 2,3	+ 6,0	+ 2,6	+ 3,4	+ 4,2	+ 1,7	- 0,4	+ 2,3	- 0,2	- 0,1	+ 0,2	- 1,7	+ 0,7
2014 1.Vj.	- 1,6	- 0,2	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,3	- 2,5	+ 0,6	- 0,8	+ 0,3	- 0,1	- 0,2	+ 0,1	- 1,0	+ 0,7
2.Vj.	+ 7,1	+ 1,3	+ 6,0	+ 2,5	+ 3,6	+ 1,5	+ 0,6	- 0,2	+ 0,7	+ 0,3	- 0,1	+ 0,4	- 0,4	+ 0,4

* Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bausparkassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistische Brüche sind in den Verände-

runge ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)						Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen					Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit		
zusammen	darunter:			nachrichtlich:		zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	sonstige Kredite			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau			
	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstücks-wesen	Kredite an Selbstständige 2)	Kredite an das Handwerk			zusammen	Ratenkredite 3)	darunter:			Debitsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten		
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)													Kredite insgesamt		
651,6	184,6	39,0	178,5	388,4	51,0	1 044,9	820,3	224,6	147,2	13,0	13,4	3,5	2012		
651,2	186,7	38,5	178,1	388,0	51,1	1 048,6	825,8	222,9	147,7	12,4	13,5	3,6	2013 Juni		
649,1	187,4	37,4	176,0	388,7	50,7	1 056,2	832,6	223,6	147,0	12,5	13,4	3,5	2013 Sept.		
652,4	191,4	37,3	175,2	388,0	49,7	1 059,4	836,6	222,8	147,3	11,9	13,6	3,5	2013 Dez.		
651,5	192,1	37,1	175,9	387,5	49,4	1 059,4	836,8	222,6	148,0	12,0	13,5	3,5	2014 März		
656,5	192,8	39,1	176,4	388,0	49,6	1 065,5	842,3	223,2	148,7	11,8	13,3	3,5	2014 Juni		
													Kurzfristige Kredite		
58,0	9,3	7,9	12,9	30,0	7,2	37,7	4,0	33,7	2,1	13,0	1,1	0,0	2012		
57,1	9,4	7,8	12,5	29,9	7,6	35,8	4,0	31,8	1,9	12,4	1,0	0,0	2013 Juni		
56,0	9,2	7,4	12,3	28,8	7,4	36,6	4,1	32,5	1,7	12,5	1,0	0,0	2013 Sept.		
54,5	9,3	6,8	12,1	28,1	6,8	35,8	4,2	31,6	1,8	11,9	1,1	0,0	2013 Dez.		
54,0	8,9	6,6	12,4	27,8	7,0	35,4	4,2	31,2	1,8	12,0	1,0	0,0	2014 März		
56,5	8,8	7,8	12,6	28,0	7,2	35,7	4,2	31,5	1,7	11,8	0,9	0,0	2014 Juni		
													Mittelfristige Kredite		
67,5	8,9	7,9	20,2	32,2	3,5	72,5	23,5	49,0	44,1	-	0,5	0,0	2012		
66,2	8,7	7,1	19,8	32,0	3,7	73,4	23,3	50,0	44,7	-	0,5	0,0	2013 Juni		
65,9	9,1	7,0	19,5	32,2	3,6	74,0	23,4	50,7	45,4	-	0,5	0,0	2013 Sept.		
65,8	9,6	6,8	18,9	32,2	3,6	73,9	23,1	50,8	45,6	-	0,5	0,0	2013 Dez.		
66,8	9,9	6,7	20,1	32,1	3,5	73,6	22,6	51,0	45,8	-	0,4	0,0	2014 März		
68,8	10,4	7,2	20,5	31,7	3,6	72,2	22,5	49,7	44,6	-	0,5	0,0	2014 Juni		
													Langfristige Kredite		
526,1	166,4	23,2	145,5	326,2	40,3	934,7	792,8	142,0	100,9	-	11,8	3,5	2012		
527,9	168,6	23,6	145,7	326,1	39,8	939,4	798,4	141,0	101,1	-	12,0	3,5	2013 Juni		
527,2	169,1	23,0	144,2	327,6	39,6	945,6	805,1	140,5	99,9	-	11,9	3,4	2013 Sept.		
532,0	172,4	23,7	144,3	327,7	39,3	949,7	809,4	140,3	99,9	-	12,0	3,5	2013 Dez.		
530,6	173,3	23,9	143,4	327,6	38,9	950,4	810,0	140,4	100,4	-	12,0	3,5	2014 März		
531,2	173,6	24,2	143,3	328,3	38,8	957,6	815,6	142,0	102,3	-	12,0	3,5	2014 Juni		
Veränderungen im Vierteljahr *)													Kredite insgesamt		
+ 1,8	+ 1,9	+ 0,0	- 0,6	+ 0,7	- 0,2	+ 5,1	+ 4,1	+ 1,0	+ 1,3	- 0,3	+ 0,2	+ 0,0	2013 2.Vj.		
- 2,1	+ 1,0	- 1,1	- 2,2	+ 1,2	- 0,4	+ 7,8	+ 6,8	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,2	- 0,1	- 0,1	2013 3.Vj.		
+ 2,7	+ 3,6	- 0,0	- 0,5	- 0,7	- 1,0	+ 3,3	+ 4,0	- 0,7	+ 0,2	- 0,7	+ 0,2	+ 0,0	2013 4.Vj.		
- 1,1	+ 0,6	- 0,1	+ 0,7	- 0,7	- 0,2	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	+ 0,7	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	2014 1.Vj.		
+ 5,2	+ 0,6	+ 2,0	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,2	+ 5,6	+ 5,3	+ 0,3	+ 0,8	- 0,1	- 0,1	- 0,0	2014 2.Vj.		
													Kurzfristige Kredite		
- 0,2	+ 0,5	- 0,4	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,3	+ 0,0	+ 0,0	2013 2.Vj.		
- 1,0	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 1,0	- 0,2	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,7	- 0,2	+ 0,2	- 0,0	-	2013 3.Vj.		
- 0,3	+ 0,5	- 0,3	- 0,0	- 0,5	- 0,7	- 0,2	+ 0,1	- 0,3	+ 0,2	- 0,7	+ 0,1	- 0,0	2013 4.Vj.		
- 0,5	- 0,4	- 0,2	+ 0,4	- 0,3	+ 0,2	- 0,4	+ 0,0	- 0,4	- 0,0	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	2014 1.Vj.		
+ 2,5	- 0,1	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,0	2014 2.Vj.		
													Mittelfristige Kredite		
+ 0,4	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,8	+ 0,9	-	- 0,0	+ 0,0	2013 2.Vj.		
- 0,3	+ 0,4	- 0,1	- 0,3	+ 0,2	- 0,0	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,4	-	+ 0,0	- 0,0	2013 3.Vj.		
- 0,4	+ 0,4	- 0,2	- 0,6	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,3	+ 0,2	+ 0,3	-	-	- 0,0	2013 4.Vj.		
+ 1,0	+ 0,3	- 0,1	+ 1,2	- 0,1	- 0,1	- 0,3	- 0,4	+ 0,2	+ 0,2	-	- 0,1	+ 0,0	2014 1.Vj.		
+ 2,3	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	- 0,1	+ 0,0	- 0,3	- 0,1	- 0,2	- 0,1	-	+ 0,1	+ 0,0	2014 2.Vj.		
													Langfristige Kredite		
+ 1,6	+ 1,3	+ 0,5	- 0,3	+ 0,8	- 0,1	+ 4,4	+ 4,0	+ 0,4	+ 0,5	-	+ 0,1	+ 0,0	2013 2.Vj.		
- 0,7	+ 0,8	- 0,6	- 1,7	+ 2,0	- 0,1	+ 6,7	+ 6,7	+ 0,0	+ 0,9	-	- 0,1	- 0,1	2013 3.Vj.		
+ 3,4	+ 2,6	+ 0,5	+ 0,2	- 0,2	- 0,3	+ 3,6	+ 4,3	- 0,6	- 0,3	-	+ 0,0	+ 0,0	2013 4.Vj.		
- 1,6	+ 0,8	+ 0,2	- 0,9	- 0,3	- 0,4	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,5	-	+ 0,1	+ 0,0	2014 1.Vj.		
+ 0,5	+ 0,3	+ 0,3	- 0,0	+ 0,8	- 0,1	+ 5,7	+ 5,4	+ 0,3	+ 0,9	-	- 0,1	- 0,0	2014 2.Vj.		

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Treuhandkredite. 2 Einschl. Einzelkaufleute. 3 Ohne Hypothekarkredite und ohne

Kredite für den Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Nichtbanken insgesamt													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2011	3 045,5	1 168,3	1 156,2	386,1	770,2	31,5	738,7	616,1	104,8	36,5	34,3	97,1		
2012	3 090,2	1 306,5	1 072,5	341,3	731,2	32,0	699,2	617,6	93,6	34,9	31,7	82,9		
2013	3 048,7	1 409,9	952,0	254,8	697,2	29,7	667,5	610,1	76,6	32,9	29,0	5,4		
2013 Sept.	3 020,6	1 379,4	956,9	251,2	705,7	29,0	676,7	606,4	78,0	33,5	30,2	1,2		
Okt.	3 027,2	1 392,9	950,6	247,6	703,0	29,4	673,6	606,4	77,3	33,4	30,1	3,1		
Nov.	3 044,4	1 413,4	947,8	246,4	701,4	29,6	671,7	606,3	76,9	33,3	30,1	1,0		
Dez.	3 048,7	1 409,9	952,0	254,8	697,2	29,7	667,5	610,1	76,6	32,9	29,0	5,4		
2014 Jan.	3 047,2	1 416,0	946,7	250,8	695,9	29,0	666,9	609,1	75,4	32,9	29,1	2,5		
Febr.	3 056,6	1 422,6	949,8	255,8	694,0	29,1	664,9	609,8	74,4	32,7	29,0	3,1		
März	3 048,0	1 416,9	948,8	257,3	691,5	28,8	662,7	608,6	73,7	32,5	28,8	1,9		
April	3 057,2	1 431,5	947,0	258,2	688,8	28,4	660,4	606,7	72,0	32,4	28,7	4,3		
Mai	3 072,1	1 446,2	949,0	262,0	687,0	28,4	658,6	606,0	70,9	31,9	28,6	0,9		
Juni	3 066,2	1 442,8	948,4	263,7	684,7	28,4	656,3	604,5	70,5	31,4	28,2	1,7		
Juli	3 073,9	1 455,0	945,4	264,3	681,1	28,0	653,1	604,4	69,2	31,3	27,9	2,7		
Aug.	3 091,6	1 472,1	945,3	265,6	679,7	28,2	651,5	605,9	68,4	31,3	27,6	2,3		
Veränderungen *)														
2012	+ 42,2	+ 138,7	- 86,7	- 47,7	- 39,0	+ 0,6	- 39,6	+ 1,5	- 11,2	- 1,6	- 2,6	- 16,8		
2013	+ 40,2	+ 118,4	- 53,9	- 22,8	- 31,1	- 0,2	- 30,8	- 7,4	- 17,0	- 1,7	- 2,7	+ 3,6		
2013 Sept.	- 3,0	+ 6,4	- 7,5	- 3,7	- 3,8	- 0,2	- 3,6	- 1,1	- 0,9	- 0,5	- 0,2	- 0,0		
Okt.	+ 6,6	+ 13,5	- 6,3	- 3,4	- 2,9	+ 0,5	- 3,4	- 0,0	- 0,6	- 0,1	- 0,1	+ 1,9		
Nov.	+ 17,3	+ 20,6	- 2,8	- 1,2	- 1,6	+ 0,3	- 1,9	- 0,0	- 0,5	- 0,0	- 0,0	- 2,0		
Dez.	+ 4,3	- 3,5	+ 4,1	+ 8,3	- 4,2	+ 0,0	- 4,2	+ 3,9	- 0,2	- 0,4	- 1,1	+ 4,4		
2014 Jan.	- 1,5	+ 6,1	- 5,4	- 4,0	- 1,4	- 0,7	- 0,7	- 1,0	- 1,2	- 0,1	+ 0,1	- 2,9		
Febr.	+ 9,5	+ 6,7	+ 3,1	+ 5,0	- 1,9	+ 0,1	- 2,0	+ 0,7	- 1,0	- 0,1	- 0,2	+ 0,6		
März	- 8,7	- 5,8	- 0,9	+ 1,5	- 2,4	- 0,3	- 2,1	- 1,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	- 1,2		
April	+ 9,2	+ 14,6	- 1,8	+ 0,9	- 2,7	- 0,4	- 2,3	- 1,9	- 1,7	- 0,1	- 0,2	+ 2,4		
Mai	+ 15,0	+ 14,7	+ 2,0	+ 3,8	- 1,8	+ 0,0	- 1,8	- 0,7	- 1,1	- 0,6	- 0,1	- 3,4		
Juni	- 5,9	- 3,4	- 0,6	+ 1,7	- 2,3	- 0,0	- 2,3	- 1,4	- 0,4	- 0,5	- 0,4	+ 0,8		
Juli	+ 7,8	+ 12,2	- 2,9	+ 0,6	- 3,5	- 0,3	- 3,2	- 0,2	- 1,3	- 0,0	- 0,3	+ 1,0		
Aug.	+ 17,7	+ 17,1	- 0,1	+ 1,3	- 1,4	+ 0,2	- 1,6	+ 1,5	- 0,8	- 0,0	- 0,3	- 0,4		
Inländische öffentliche Haushalte													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2011	168,5	46,2	118,4	69,5	48,8	3,8	45,0	2,4	1,5	34,0	5,9	3,1		
2012	186,2	50,8	130,7	73,0	57,7	4,5	53,1	3,1	1,6	32,7	5,9	3,1		
2013	183,0	48,2	129,6	81,1	48,5	5,7	42,8	3,6	1,6	30,7	4,8	4,7		
2013 Sept.	184,4	49,5	129,9	78,9	51,0	5,1	45,9	3,7	1,4	31,2	5,8	0,8		
Okt.	177,5	46,8	125,5	74,4	51,2	5,4	45,8	3,7	1,4	31,1	5,8	1,5		
Nov.	184,7	49,6	130,0	78,6	51,3	5,4	46,0	3,7	1,5	31,1	5,8	0,5		
Dez.	183,0	48,2	129,6	81,1	48,5	5,7	42,8	3,6	1,6	30,7	4,8	4,7		
2014 Jan.	172,1	43,4	123,7	75,3	48,4	5,6	42,8	3,5	1,4	30,7	4,8	0,8		
Febr.	178,1	47,1	125,9	76,9	49,0	6,1	43,0	3,6	1,5	30,6	4,8	1,5		
März	180,5	47,3	128,2	79,4	48,8	6,1	42,7	3,5	1,5	30,5	4,7	0,7		
April	178,1	46,4	126,7	78,1	48,6	6,1	42,5	3,5	1,5	30,4	4,7	2,9		
Mai	183,4	49,2	129,0	80,5	48,4	6,1	42,4	3,6	1,6	29,9	4,7	0,0		
Juni	190,1	50,0	135,0	86,6	48,4	6,0	42,4	3,5	1,6	29,5	4,7	0,9		
Juli	187,1	47,4	134,6	86,5	48,0	5,9	42,2	3,5	1,7	29,5	4,7	1,7		
Aug.	189,7	51,1	133,4	85,3	48,1	5,9	42,1	3,4	1,8	29,5	4,7	1,1		
Veränderungen *)														
2012	+ 2,2	+ 2,9	- 1,6	+ 2,7	- 4,3	+ 0,7	- 5,0	+ 0,7	+ 0,1	- 1,4	- 0,1	+ 0,1		
2013	- 3,8	- 2,9	- 1,4	+ 7,6	- 9,0	+ 0,8	- 9,8	+ 0,5	+ 0,1	- 1,6	- 1,1	+ 1,6		
2013 Sept.	- 0,7	- 1,2	+ 0,6	+ 1,0	- 0,4	- 0,0	- 0,4	- 0,0	+ 0,0	- 0,5	+ 0,0	+ 0,6		
Okt.	- 7,0	- 2,7	- 4,3	- 4,5	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	-	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,7		
Nov.	+ 7,2	+ 2,8	+ 4,4	+ 4,3	+ 0,2	- 0,0	+ 0,2	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 1,0		
Dez.	- 1,7	- 1,4	+ 0,4	+ 2,5	- 2,9	+ 0,3	- 3,2	- 0,0	+ 0,1	- 0,4	- 1,0	+ 4,2		
2014 Jan.	- 10,9	- 4,8	- 5,8	- 5,8	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,0	- 3,9		
Febr.	+ 5,5	+ 3,2	+ 2,1	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	-	+ 0,7		
März	+ 2,4	+ 0,1	+ 2,3	+ 2,5	- 0,2	- 0,0	- 0,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,8		
April	- 2,6	- 0,9	- 1,7	- 1,4	- 0,4	+ 0,1	- 0,5	- 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 2,2		
Mai	+ 5,3	+ 2,8	+ 2,3	+ 2,5	- 0,2	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 0,5	- 0,0	- 2,9		
Juni	+ 7,0	+ 0,8	+ 6,3	+ 6,2	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,9		
Juli	- 2,8	- 2,6	- 0,3	- 0,0	- 0,3	- 0,1	- 0,2	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 0,8		
Aug.	+ 2,6	+ 3,7	- 1,2	- 1,2	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,6		

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

ten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Verbind-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland
von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Unternehmen und Privatpersonen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2011	2 877,0	1 122,0	1 037,9	316,5	721,3	27,7	693,7	613,8	103,3	2,5	28,4	94,0		
2012	2 904,0	1 255,7	941,7	268,3	673,5	27,5	646,0	614,5	92,0	2,2	25,8	79,8		
2013	2 865,7	1 361,7	822,4	173,7	648,7	24,0	624,7	606,5	75,0	2,2	24,2	0,7		
2013 Sept.	2 836,2	1 329,9	827,0	172,3	654,7	23,9	630,7	602,7	76,6	2,3	24,5	0,4		
Okt.	2 849,7	1 346,0	825,0	173,3	651,8	24,0	627,8	602,7	75,9	2,3	24,3	1,6		
Nov.	2 859,7	1 363,8	817,8	167,8	650,0	24,3	625,8	602,7	75,4	2,2	24,3	0,5		
Dez.	2 865,7	1 361,7	822,4	173,7	648,7	24,0	624,7	606,5	75,0	2,2	24,2	0,7		
2014 Jan.	2 875,1	1 372,6	822,9	175,5	647,4	23,4	624,1	605,6	74,0	2,2	24,3	1,7		
Febr.	2 878,5	1 375,5	823,9	178,9	644,9	23,0	621,9	606,2	72,9	2,1	24,2	1,6		
März	2 867,4	1 369,6	820,6	177,9	642,7	22,7	620,0	605,0	72,2	2,1	24,1	1,2		
April	2 879,1	1 385,1	820,3	180,1	640,2	22,2	618,0	603,2	70,5	2,0	24,0	1,4		
Mai	2 888,8	1 397,0	820,0	181,5	638,6	22,4	616,2	602,4	69,3	2,0	23,8	0,9		
Juni	2 876,1	1 392,8	813,4	177,1	636,2	22,4	613,9	601,1	68,9	1,9	23,5	0,8		
Juli	2 886,8	1 407,6	810,9	177,8	633,1	22,1	610,9	600,9	67,5	1,9	23,2	1,0		
Aug.	2 901,9	1 421,0	811,9	180,3	631,6	22,3	609,4	602,4	66,6	1,8	22,9	1,3		
Veränderungen *)														
2012	+ 40,1	+ 135,8	- 85,1	- 50,4	- 34,7	- 0,1	- 34,6	+ 0,8	- 11,3	- 0,3	- 2,6	- 16,8		
2013	+ 43,9	+ 121,3	- 52,5	- 30,4	- 22,1	- 1,1	- 21,0	- 7,9	- 17,1	- 0,1	- 1,6	+ 2,0		
2013 Sept.	- 2,4	+ 7,6	- 8,0	- 4,6	- 3,4	- 0,2	- 3,2	- 1,1	- 0,9	- 0,0	- 0,2	- 0,7		
Okt.	+ 13,5	+ 16,2	- 2,0	+ 1,1	- 3,0	+ 0,2	- 3,2	- 0,0	- 0,6	- 0,0	- 0,1	+ 1,2		
Nov.	+ 10,0	+ 17,8	- 7,2	- 5,4	- 1,7	+ 0,3	- 2,0	- 0,0	- 0,6	- 0,0	- 0,0	- 1,1		
Dez.	+ 5,9	- 2,2	+ 4,5	+ 5,8	- 1,3	- 0,2	- 1,1	+ 4,0	- 0,3	- 0,0	- 0,1	+ 0,2		
2014 Jan.	+ 9,4	+ 10,9	+ 0,4	+ 1,8	- 1,4	- 0,6	- 0,7	- 0,9	- 1,0	- 0,0	+ 0,1	+ 1,0		
Febr.	+ 4,0	+ 3,5	+ 1,0	+ 3,5	- 2,5	- 0,3	- 2,2	+ 0,6	- 1,1	- 0,1	- 0,2	- 0,1		
März	- 11,1	- 5,9	- 3,3	- 1,0	- 2,2	- 0,3	- 1,9	- 1,2	- 0,7	- 0,1	- 0,1	- 0,4		
April	+ 11,8	+ 15,5	- 0,1	+ 2,2	- 2,3	- 0,5	- 1,8	- 1,9	- 1,7	- 0,0	- 0,2	+ 0,2		
Mai	+ 9,7	+ 11,9	- 0,3	+ 1,3	- 1,6	+ 0,1	- 1,7	- 0,7	- 1,1	- 0,1	- 0,1	- 0,5		
Juni	- 12,9	- 4,1	- 6,9	- 4,5	- 2,4	+ 0,0	- 2,4	- 1,4	- 0,5	- 0,1	- 0,4	- 0,1		
Juli	+ 10,6	+ 14,8	- 2,6	+ 0,7	- 3,2	- 0,2	- 3,0	- 0,2	- 1,4	- 0,0	- 0,3	+ 0,2		
Aug.	+ 15,1	+ 13,4	+ 1,0	+ 2,5	- 1,5	+ 0,1	- 1,6	+ 1,5	- 0,9	- 0,0	- 0,2	+ 0,3		
darunter: inländische Unternehmen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2011	1 156,5	374,8	758,9	222,9	536,0	9,4	526,7	5,6	17,3	2,5	20,3	94,0		
2012	1 105,3	414,2	668,5	185,9	482,5	10,4	472,2	6,5	16,1	2,2	18,2	79,8		
2013	1 011,3	429,1	559,7	105,6	454,0	10,1	444,0	7,2	15,3	2,2	17,2	0,7		
2013 Sept.	1 013,2	424,3	566,4	102,4	464,0	10,1	453,9	7,4	15,2	2,3	17,3	0,4		
Okt.	1 017,9	430,3	565,0	104,3	460,8	10,2	450,5	7,5	15,1	2,2	17,2	1,6		
Nov.	1 007,5	427,8	557,4	99,3	458,0	10,4	447,7	7,4	15,0	2,2	17,3	0,5		
Dez.	1 011,3	429,1	559,7	105,6	454,0	10,1	444,0	7,2	15,3	2,2	17,2	0,7		
2014 Jan.	1 016,9	434,6	559,6	107,6	452,1	9,9	442,2	7,4	15,2	2,2	17,5	1,7		
Febr.	1 011,5	429,4	559,6	110,8	448,8	9,7	439,1	7,4	15,0	2,1	17,4	1,6		
März	1 004,6	426,1	555,9	109,7	446,2	9,6	436,6	7,5	15,1	2,0	17,5	1,2		
April	1 008,4	430,5	555,8	112,1	443,6	9,4	434,3	7,5	14,7	2,0	17,5	1,4		
Mai	1 008,7	432,0	554,7	113,3	441,3	9,6	431,7	7,4	14,6	2,0	17,5	0,9		
Juni	996,5	427,9	546,4	108,1	438,3	9,5	428,9	7,5	14,7	1,8	17,2	0,8		
Juli	1 000,1	434,5	543,7	108,7	435,0	9,3	425,6	7,5	14,5	1,8	17,2	1,0		
Aug.	1 004,8	438,0	544,5	111,5	433,0	9,5	423,5	7,5	14,8	1,8	17,1	1,3		
Veränderungen *)														
2012	- 37,3	+ 42,6	- 79,6	- 39,2	- 40,4	+ 1,1	- 41,5	+ 0,9	- 1,2	- 0,2	- 2,1	- 16,8		
2013	- 12,0	+ 30,3	- 42,3	- 16,4	- 25,9	+ 1,9	- 27,8	+ 0,8	- 0,8	- 0,1	- 1,0	+ 2,0		
2013 Sept.	- 0,2	+ 7,0	- 7,1	- 3,5	- 3,6	+ 0,1	- 3,7	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,2	- 0,7		
Okt.	+ 4,7	+ 6,0	- 1,3	+ 1,9	- 3,2	+ 0,2	- 3,4	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 1,2		
Nov.	- 10,4	- 2,5	- 7,7	- 4,9	- 2,7	+ 0,1	- 2,9	- 0,0	- 0,2	- 0,0	+ 0,1	- 1,1		
Dez.	+ 3,8	+ 1,3	+ 2,2	+ 6,2	- 4,0	- 0,3	- 3,7	- 0,1	+ 0,3	- 0,0	- 0,0	+ 0,2		
2014 Jan.	+ 5,2	+ 5,3	- 0,2	+ 1,9	- 2,0	- 0,2	- 1,8	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,3	+ 1,0		
Febr.	- 4,7	- 4,7	+ 0,0	+ 3,3	- 3,3	- 0,1	- 3,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,1	- 0,1		
März	- 6,9	- 3,3	- 3,7	- 1,1	- 2,6	- 0,1	- 2,5	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	- 0,4		
April	+ 4,2	+ 4,4	+ 0,2	+ 2,4	- 2,2	- 0,2	- 2,0	+ 0,0	- 0,4	- 0,0	- 0,0	+ 0,2		
Mai	+ 0,3	+ 1,5	- 1,1	+ 1,2	- 2,3	+ 0,3	- 2,6	- 0,0	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,5		
Juni	- 12,5	- 4,0	- 8,6	- 5,4	- 3,2	- 0,1	- 3,0	+ 0,0	+ 0,1	- 0,1	- 0,3	- 0,1		
Juli	+ 3,6	+ 6,5	- 2,8	+ 0,6	- 3,4	- 0,1	- 3,3	- 0,0	- 0,2	- 0,0	- 0,1	+ 0,2		
Aug.	+ 4,7	+ 3,5	+ 0,9	+ 2,8	- 1,9	+ 0,1	- 2,1	+ 0,0	+ 0,3	- 0,0	- 0,1	+ 0,3		

lichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. 2. Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3. Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. 2. 4. Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen					Termineinlagen 1) 2)					
		insgesamt	nach Gläubigergruppen				insgesamt	nach Gläubigergruppen				
			inländische Privatpersonen					inländische Organisationen ohne Erwerbszweck				
			zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen		zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2011	1 720,4	747,3	724,9	131,5	490,4	103,0	22,4	278,9	261,1	23,3	218,5	19,3
2012	1 798,7	841,5	816,5	147,1	548,6	120,8	25,0	273,3	256,6	18,8	219,3	18,6
2013	1 854,4	932,5	906,3	161,3	613,0	132,0	26,2	262,8	247,2	16,5	215,1	15,6
2014 März	1 862,8	943,5	914,6	161,1	621,5	132,0	28,9	264,7	249,4	16,6	217,8	15,0
April	1 870,7	954,6	926,0	165,0	627,6	133,4	28,6	264,6	249,1	16,8	217,3	15,0
Mai	1 880,1	965,0	935,5	166,3	637,0	132,1	29,5	265,4	249,5	16,8	217,9	14,9
Juni	1 879,6	964,9	934,5	162,9	639,7	132,0	30,3	266,9	251,0	16,8	219,0	15,2
Juli	1 886,7	973,1	942,7	168,0	642,3	132,5	30,4	267,2	251,1	17,2	218,9	15,0
Aug.	1 897,1	983,0	952,2	170,6	648,9	132,8	30,7	267,4	251,1	17,1	219,2	14,9
Veränderungen *)												
2012	+ 77,3	+ 93,2	+ 90,5	+ 14,0	+ 57,2	+ 19,3	+ 2,7	- 5,6	- 4,4	- 4,5	- 0,4	+ 0,5
2013	+ 56,0	+ 91,0	+ 89,7	+ 14,2	+ 62,1	+ 13,5	+ 1,3	- 10,1	- 9,4	- 2,4	- 4,5	- 2,6
2014 März	- 4,2	- 2,7	- 2,3	- 4,2	+ 1,9	- 0,1	- 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,3	- 0,1
April	+ 7,7	+ 11,0	+ 11,5	+ 4,4	+ 6,4	+ 0,7	- 0,4	- 0,3	+ 0,3	+ 0,1	- 0,3	- 0,1
Mai	+ 9,4	+ 10,4	+ 9,4	+ 1,3	+ 9,4	- 1,3	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,4	- 0,0	+ 0,5	- 0,1
Juni	- 0,4	- 0,1	- 0,9	- 3,4	+ 2,0	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,7	+ 1,5	+ 0,1	+ 1,2	+ 0,3
Juli	+ 7,1	+ 8,2	+ 8,2	+ 5,1	+ 2,6	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,4	- 0,1	- 0,2
Aug.	+ 10,4	+ 9,9	+ 9,5	+ 2,6	+ 6,6	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,0	- 0,1	+ 0,2	- 0,1

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Ver-

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite													
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)						Länder						
		zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen			Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite	zusammen	Sicht-einlagen	Termineinlagen		Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr	bis 1 Jahr einschl.					über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2011	168,5	37,9	6,2	9,4	22,2	0,1	16,9	34,8	11,4	10,7	12,5	0,2	16,8	
2012	186,2	25,9	3,7	6,0	16,2	0,1	16,4	47,2	9,1	13,7	24,2	0,2	15,9	
2013	183,0	16,0	2,9	7,7	5,3	0,1	15,7	43,6	10,2	10,1	23,0	0,2	14,6	
2014 März	180,5	11,7	3,3	3,0	5,3	0,1	15,6	48,1	11,6	13,4	23,0	0,2	14,5	
April	178,1	13,2	2,8	5,4	5,0	0,1	15,6	44,9	11,9	9,8	23,0	0,2	14,4	
Mai	183,4	10,9	2,7	3,2	5,0	0,1	15,1	44,0	11,0	9,9	22,9	0,2	14,4	
Juni	190,1	12,8	3,5	4,3	4,9	0,1	14,8	49,7	12,5	13,8	23,1	0,2	14,3	
Juli	187,1	11,8	3,3	3,5	4,9	0,1	14,8	51,0	13,2	15,0	22,7	0,2	14,3	
Aug.	189,7	10,6	2,3	3,4	4,9	0,1	14,9	49,9	12,2	14,9	22,7	0,2	14,2	
Veränderungen *)														
2012	+ 2,2	- 9,2	- 2,5	- 0,7	- 6,0	+ 0,0	- 0,5	- 2,3	- 3,9	+ 2,7	- 1,1	- 0,0	- 0,9	
2013	- 3,8	- 9,8	- 0,8	+ 1,8	- 10,8	- 0,0	- 0,7	- 4,2	+ 0,8	- 3,8	- 1,1	+ 0,0	- 0,9	
2014 März	+ 2,4	- 0,3	+ 0,0	- 0,2	- 0,1	-	- 0,1	+ 4,5	+ 1,3	+ 3,2	- 0,0	-	- 0,1	
April	- 2,6	+ 1,5	- 0,5	+ 2,4	- 0,3	+ 0,0	+ 0,0	- 3,3	+ 0,3	- 3,6	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	
Mai	+ 5,3	- 2,3	- 0,1	- 2,2	- 0,0	+ 0,0	- 0,5	- 0,8	- 0,9	+ 0,1	- 0,0	-	- 0,0	
Juni	+ 7,0	+ 1,9	+ 0,8	+ 1,1	- 0,0	- 0,0	- 0,3	+ 5,6	+ 1,5	+ 4,0	+ 0,2	- 0,0	- 0,1	
Juli	- 2,8	- 1,0	- 0,1	- 0,9	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 1,5	+ 0,7	+ 1,2	- 0,4	- 0,0	- 0,0	
Aug.	+ 2,6	- 1,1	- 1,0	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 1,2	- 1,0	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom

AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffentlichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

IV. Banken

nach Befristung					Spareinlagen ³⁾			Nachrichtlich:				Zeit
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr ²⁾		insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe ⁴⁾	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) ⁵⁾	Verbindlichkeiten aus Repos		
		zusammen	darunter:									
			bis 2 Jahre einschl.								über 2 Jahre	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}												
17,8	93,6	185,3	18,3	167,0	608,2	599,0	9,2	86,1	0,1	8,1	–	2011
16,7	82,3	190,9	17,1	173,8	608,0	597,8	10,2	76,0	0,0	7,6	–	2012
15,6	68,1	194,7	14,0	180,7	599,3	589,6	9,7	59,8	0,0	7,0	–	2013
15,3	68,2	196,5	13,2	183,4	597,6	587,9	9,7	57,1	0,0	6,6	–	2014 März
15,5	68,0	196,6	12,9	183,7	595,7	586,1	9,6	55,8	0,0	6,5	–	April
15,9	68,1	197,2	12,7	184,5	595,0	585,5	9,5	54,8	0,0	6,3	–	Mai
15,9	69,0	197,9	12,9	185,0	593,6	584,1	9,5	54,2	0,0	6,2	–	Juni
16,1	69,1	198,1	12,8	185,3	593,4	584,0	9,5	52,9	0,0	6,0	–	Juli
16,3	68,8	198,6	12,8	185,9	594,9	585,5	9,5	51,8	0,0	5,9	–	Aug.
Veränderungen ^{*)}												
– 1,1	– 11,2	+ 5,6	– 1,3	+ 6,9	– 0,2	– 1,1	+ 1,0	– 10,1	– 0,0	– 0,5	–	2012
– 0,7	– 14,0	+ 3,9	– 3,0	+ 6,8	– 8,7	– 8,3	– 0,4	– 16,2	– 0,0	– 0,6	–	2013
+ 0,2	+ 0,0	+ 0,4	– 0,2	+ 0,5	– 1,2	– 1,2	– 0,0	– 0,8	+ 0,0	– 0,1	–	2014 März
+ 0,1	– 0,2	– 0,1	– 0,3	+ 0,2	– 1,9	– 1,8	– 0,1	– 1,3	+ 0,0	– 0,1	–	April
+ 0,4	+ 0,1	+ 0,7	– 0,1	+ 0,8	– 0,7	– 0,6	– 0,1	– 1,1	– 0,0	– 0,1	–	Mai
+ 0,1	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,6	– 1,4	– 1,3	– 0,1	– 0,6	+ 0,0	– 0,1	–	Juni
+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	– 0,1	+ 0,3	– 0,2	– 0,2	+ 0,0	– 1,2	+ 0,0	– 0,2	–	Juli
+ 0,1	– 0,3	+ 0,5	– 0,0	+ 0,5	+ 1,5	+ 1,5	– 0,0	– 1,1	– 0,0	– 0,1	–	Aug.

bindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. **2** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **5** In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)						Sozialversicherung						Zeit
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen ³⁾		Spareinlagen und Sparbriefe ^{2) 4)}	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe ²⁾	Nachrichtlich: Treuhandkredite	
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}												
39,3	18,1	13,0	5,0	3,2	0,4	56,5	10,5	36,4	9,1	0,4	0,0	2011
43,8	23,0	11,3	5,9	3,6	0,4	69,3	15,0	42,0	11,4	0,8	0,0	2012
44,9	23,5	10,7	6,6	4,1	0,4	78,7	11,6	52,7	13,5	0,9	0,0	2013
41,4	19,7	11,0	6,6	4,1	0,4	79,3	12,7	52,0	13,9	0,7	0,0	2014 März
40,8	19,2	11,0	6,6	4,0	0,4	79,2	12,6	51,9	14,0	0,7	0,0	April
45,1	22,2	12,2	6,6	4,1	0,4	83,2	13,3	55,3	13,9	0,7	0,0	Mai
43,3	21,1	11,5	6,5	4,1	0,4	84,4	12,9	56,9	13,8	0,7	0,0	Juni
40,5	18,5	11,3	6,5	4,2	0,4	83,8	12,4	56,8	13,9	0,8	0,0	Juli
46,2	22,9	12,4	6,6	4,3	0,4	83,0	13,7	54,8	13,9	0,7	0,0	Aug.
Veränderungen ^{*)}												
+ 4,3	+ 4,8	– 1,7	+ 0,7	+ 0,4	– 0,0	+ 9,4	+ 4,5	+ 2,4	+ 2,1	+ 0,4	– 0,0	2012
+ 1,1	+ 0,5	– 0,6	+ 0,7	+ 0,5	– 0,0	+ 9,1	– 3,4	+ 10,1	+ 2,3	+ 0,1	– 0,0	2013
– 0,7	– 0,8	+ 0,3	– 0,2	– 0,0	– 0,0	– 1,1	– 0,4	– 0,8	+ 0,1	– 0,0	– 0,0	2014 März
– 0,6	– 0,5	– 0,0	+ 0,0	– 0,0	–	– 0,3	– 0,1	– 0,1	– 0,1	+ 0,0	–	April
+ 4,3	+ 3,0	+ 1,2	– 0,0	+ 0,1	–	+ 4,0	+ 0,7	+ 3,4	– 0,1	– 0,0	–	Mai
– 1,8	– 1,1	– 0,7	– 0,1	– 0,0	–	+ 1,3	– 0,4	+ 1,8	– 0,0	– 0,0	–	Juni
– 2,7	– 2,7	– 0,2	+ 0,0	+ 0,1	–	– 0,5	– 0,5	– 0,2	+ 0,2	+ 0,0	– 0,0	Juli
+ 5,7	+ 4,4	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,1	– 0,0	– 0,8	+ 1,3	– 2,0	– 0,0	– 0,0	–	Aug.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche

Einheit“, Lastenausgleichsfonds. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **3** Einschl. Bauspareinlagen. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. **3**.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €															
Spareinlagen 1)										Sparbriefe 3), abgegeben an					
Zeit	von Inländern						von Ausländern				Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spareinlagen	inländische Nichtbanken			ausländische Nichtbanken
	insgesamt	zusammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten		zusammen	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist	zusammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren		Nichtbanken insgesamt	zusammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren	
			zusammen	darunter Sonderformen 2)	zusammen	darunter Sonderformen 2)									
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2011	626,3	616,1	515,3	413,7	100,8	91,3	10,2	7,8	10,0	122,5	104,8	74,6	17,7		
2012	628,2	617,6	528,4	418,1	89,2	77,7	10,6	8,1	9,8	110,5	93,6	68,6	16,9		
2013	620,0	610,1	532,4	413,5	77,8	65,2	9,9	7,9	7,5	92,2	76,6	59,3	15,6		
2014 April	616,3	606,7	529,3	406,5	77,3	64,7	9,7	7,7	0,2	85,7	72,0	56,2	13,6		
Mai	615,6	606,0	528,8	405,4	77,2	64,4	9,6	7,7	0,2	84,6	70,9	55,2	13,7		
Juni	614,1	604,5	528,4	404,2	76,1	63,3	9,5	7,6	0,2	84,1	70,5	54,7	13,6		
Juli	613,8	604,4	527,6	402,7	76,7	63,9	9,4	7,5	0,2	82,8	69,2	53,8	13,7		
Aug.	615,3	605,9	528,2	402,7	77,7	64,7	9,4	7,5	0,2	82,0	68,4	53,5	13,7		
Veränderungen *)															
2012	+ 1,9	+ 1,5	+ 14,1	+ 5,6	- 12,6	- 14,6	+ 0,4	+ 0,3	.	- 12,0	- 11,2	- 6,1	- 0,7		
2013	- 8,0	- 7,4	+ 4,0	- 4,4	- 11,3	- 12,4	- 0,7	- 0,2	.	- 18,4	- 17,0	- 9,3	- 1,4		
2014 April	- 1,9	- 1,9	- 1,6	- 2,2	- 0,3	- 0,3	- 0,1	- 0,0	.	- 1,8	- 1,7	- 1,3	- 0,1		
Mai	- 0,8	- 0,7	- 0,5	- 1,1	- 0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,0	.	- 1,0	- 1,1	- 1,0	+ 0,1		
Juni	- 1,5	- 1,4	- 0,4	- 1,4	- 1,1	- 1,1	- 0,1	- 0,0	.	- 0,5	- 0,4	- 0,5	- 0,1		
Juli	- 0,3	- 0,2	- 0,8	- 1,5	+ 0,7	+ 0,6	- 0,1	- 0,1	.	- 1,3	- 1,3	- 0,9	+ 0,1		
Aug.	+ 1,5	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,9	+ 0,9	- 0,1	- 0,0	.	- 0,8	- 0,8	- 0,4	- 0,0		

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Bauspareinlagen, die

den Termineinlagen zugeordnet werden. 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere										Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere 6)		Nachrangig begebene		
Zeit	insgesamt	darunter:								insgesamt	darunter: mit Laufzeit über 2 Jahre	börsenfähige Schuldverschreibungen	nicht börsenfähige Schuldverschreibungen	
		variabel verzinsliche Anleihen 1)	Null-Kupon-Anleihen 1) 2)	Fremdwährungsanleihen 3) 4)	Certificates of Deposit	mit Laufzeit								
						zusammen	darunter ohne Nominalbetragsgarantie 5)	zusammen	darunter ohne Nominalbetragsgarantie 5)					über 2 Jahre
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2011	1 375,4	352,6	37,2	373,9	75,3	95,2	3,0	53,6	4,5	1 226,6	0,6	0,4	43,2	1,5
2012	1 265,1	346,8	31,6	362,3	58,9	76,4	3,0	51,3	4,4	1 137,4	0,3	0,3	38,6	1,1
2013	1 142,7	315,9	26,3	321,2	54,8	69,0	2,5	34,7	4,4	1 039,0	0,6	0,2	37,0	1,1
2014 April	1 111,9	306,5	23,6	316,8	63,0	75,5	2,4	28,1	5,2	1 008,3	0,8	0,2	35,0	1,1
Mai	1 124,7	308,1	23,9	331,4	68,4	80,4	2,5	28,7	5,4	1 015,6	1,0	0,2	38,7	1,1
Juni	1 121,4	304,5	23,9	335,1	71,7	85,1	2,4	28,7	5,1	1 007,6	1,0	0,2	38,1	1,1
Juli	1 122,1	303,9	26,2	343,5	71,9	87,2	2,7	28,1	5,2	1 006,9	1,3	0,2	38,0	1,1
Aug.	1 129,9	302,4	28,6	353,6	80,2	96,8	2,6	29,3	5,2	1 003,8	1,3	0,2	34,7	1,1
Veränderungen *)														
2012	- 111,0	- 7,4	- 6,3	- 12,0	- 16,4	- 19,5	- 0,0	- 2,3	- 0,3	- 89,2	+ 0,3	- 0,1	- 4,6	- 0,5
2013	- 122,4	- 30,9	- 5,3	- 41,2	- 4,1	- 7,4	- 0,4	- 16,6	+ 0,1	- 98,4	+ 0,3	- 0,0	- 1,6	- 0,0
2014 April	- 14,6	+ 0,0	- 2,5	- 4,1	- 0,7	- 2,7	+ 0,1	- 0,2	+ 0,2	- 11,6	+ 0,0	- 0,0	- 0,2	-
Mai	+ 12,8	+ 1,6	+ 0,2	+ 14,7	+ 5,4	+ 5,0	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,1	+ 7,3	+ 0,2	-	+ 3,7	-
Juni	- 3,3	- 3,6	- 0,0	+ 3,6	+ 3,3	+ 4,7	- 0,1	- 0,0	- 0,2	- 8,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,7	- 0,0
Juli	+ 0,7	- 0,6	+ 2,3	+ 8,4	+ 0,2	+ 2,0	+ 0,3	- 0,6	+ 0,1	- 0,7	+ 0,2	- 0,0	- 0,1	-
Aug.	+ 7,8	- 1,5	+ 2,4	+ 10,1	+ 8,3	+ 9,7	- 0,1	+ 1,2	+ 0,0	- 3,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,2	-

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. 2 Emissionswert bei Auflegung. 3 Einschl. auf Fremdwährung

lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. 4 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. 5 Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen bzw. Geldmarktpapiere mit einer Nominalbetragsgarantie von unter 100 Prozent. 6 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet siehe auch Tab. IV. 10, Anm. 2.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *) Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Anzahl der Institute	Bilanzsumme 13)	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaberschuldverreibungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rücklagen) 7)	Nachrichtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abgeschlossene Verträge 8)
			Guthaben und Darlehen (ohne Baudarlehen) 1)	Baudarlehen 2)	Bank-schuldver-schrei-bun-gen 3)	Baudarlehen		Wert-papiere (einschl. Schatz-wechsel und U-Schät-ze) 4)	Bauspar-einlagen	Sicht- und Termin-gelder	Bauspar-einlagen	Sicht- und Termin-gelder 6)				
						Bauspar-darlehen	Vor- und Zwi-schen-finan-zie-rungs-kredite						sonstige Baudar-lehen			
Alle Bausparkassen																
2012	22	200,6	42,2	0,0	17,5	24,0	78,3	16,0	14,5	1,3	21,0	141,9	6,4	4,9	8,7	101,8
2013	22	205,2	43,6	0,0	16,9	21,0	82,5	17,0	17,6	1,6	21,1	149,0	5,7	4,0	9,0	105,4
2014 Juni	22	209,1	45,2	0,0	16,7	20,1	84,5	17,1	19,4	1,7	22,6	152,1	5,2	3,1	9,2	7,7
Juli	22	209,0	45,0	0,0	16,5	20,0	84,8	17,1	19,8	1,7	22,5	152,1	5,2	3,0	9,2	7,9
Aug.	21	209,4	45,2	0,0	16,5	19,8	85,1	17,1	19,9	1,7	22,4	152,7	5,2	3,0	9,1	7,5
Private Bausparkassen																
2014 Juni	12	146,9	27,9	-	9,7	14,1	66,5	14,7	8,9	1,1	19,1	100,4	5,1	3,1	6,1	4,6
Juli	12	146,5	27,8	-	9,5	14,0	66,6	14,7	9,0	1,1	18,9	100,3	5,1	3,0	6,1	4,8
Aug.	12	146,5	27,7	-	9,5	13,9	66,8	14,7	8,9	1,1	18,5	100,7	5,1	3,0	6,1	4,7
Öffentliche Bausparkassen																
2014 Juni	10	62,2	17,2	0,0	7,0	6,1	18,1	2,4	10,5	0,6	3,5	51,7	0,1	-	3,1	3,1
Juli	10	62,5	17,2	0,0	6,9	6,0	18,2	2,4	10,8	0,6	3,6	51,8	0,1	-	3,1	3,1
Aug.	9	63,0	17,4	0,0	7,0	5,9	18,3	2,4	11,0	0,6	3,9	52,0	0,1	-	3,0	2,8

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen					Noch bestehende Auszahlungsverpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen 10)		Nachrichtlich: Eingegangene Wohnungsbauprämien 12)	
	eingezahlte Bausparbeiträge 9)	Zinsgutschriften auf Bauspäreinlagen	Rückzahlungen von Bauspäreinlagen aus nicht zuge- teilten Ver- trägen	ins- gesamt	darunter Netto-Zutei- lungen 11)	Zuteilungen			neu ge- währte Vor- und Zwi- schen- finan- zierungs- kredite und sonstige Bau- darlehen	dar- unter aus Zutei- lungen	ins- gesamt	dar- unter aus Til- gungen im Quartal	ins- gesamt			
						Bauspäreinlagen	Bauspardarlehen 9)	darunter zur Ab- lösung von Vor- und Zwi- schenfinan- zierungs- krediten								
Alle Bausparkassen																
2012	28,5	2,6	6,8	48,3	31,0	40,8	18,3	4,1	6,8	3,7	15,7	13,2	7,7	12,1	10,1	0,4
2013	29,7	2,6	6,7	47,9	30,3	41,3	18,0	4,3	6,5	3,7	16,8	13,9	8,0	11,6	9,4	0,4
2014 Juni	2,4	0,0	0,5	3,9	2,5	3,6	1,6	0,3	0,5	0,3	1,5	14,3	8,2	0,9	2,1	0,0
Juli	2,3	0,0	0,7	4,2	2,5	3,6	1,5	0,4	0,5	0,3	1,6	14,5	8,2	0,9		0,0
Aug.	2,3	0,0	0,5	3,7	2,1	3,1	1,2	0,3	0,5	0,3	1,4	14,7	8,2	0,8		0,0
Private Bausparkassen																
2014 Juni	1,6	0,0	0,2	2,8	1,8	2,7	1,2	0,3	0,4	0,2	1,1	9,7	4,7	0,6	1,4	0,0
Juli	1,4	0,0	0,4	3,1	1,8	2,7	1,1	0,3	0,4	0,2	1,2	9,9	4,7	0,6		0,0
Aug.	1,5	0,0	0,3	2,6	1,4	2,3	0,9	0,3	0,3	0,2	1,1	10,1	4,7	0,5		0,0
Öffentliche Bausparkassen																
2014 Juni	0,8	0,0	0,3	1,0	0,7	0,8	0,4	0,1	0,1	0,1	0,3	4,6	3,5	0,2	0,7	0,0
Juli	0,9	0,0	0,3	1,1	0,7	0,9	0,4	0,1	0,1	0,1	0,3	4,6	3,5	0,3		0,0
Aug.	0,8	0,0	0,2	1,1	0,7	0,8	0,4	0,1	0,1	0,1	0,3	4,6	3,5	0,2		0,0

* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. 2 Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. 3 Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. 4 Einschl. Ausgleichsforderungen. 5 Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. 6 Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. 7 Einschl. Genussrechtskapital und Fonds für allgemeine

Bankrisiken. 8 Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. 9 Auszahlungen von Bauspäreinlagen aus zugeordneten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. 10 Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. 11 Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. 12 Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeiträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten. 13 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1.

IV. Banken

13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Anzahl der		Kredite an Banken (MFIs)						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Sonstige Aktivpositionen 7)		
	deutschen Banken (MFIs) mit Auslandsfilialen bzw. -töchtern	Auslandsfilialen 1) bzw. Auslands-töchter	Bilanzsumme 7)	Guthaben und Buchkredite			Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2) 3)	Buchkredite			Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2)	insgesamt	darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands			
				insgesamt	zusammen	deutsche Banken		ausländische Banken	insgesamt	zusammen				an deutsche Nichtbanken	an ausländische Nichtbanken	
Auslandsfilialen															Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2011	56	209	2 316,6	603,9	584,9	199,1	385,8	19,0	642,5	504,3	23,2	481,0	138,2	1 070,2	885,0	
2012	55	210	2 042,7	552,1	537,9	179,5	358,4	14,2	550,2	427,1	16,9	410,2	123,1	940,4	671,8	
2013	56	209	1 726,4	435,6	421,9	141,6	280,3	13,7	519,6	411,3	11,0	400,3	108,3	771,1	485,6	
2013 Okt.	55	204	1 779,4	475,8	462,5	145,6	317,0	13,2	549,2	439,7	10,7	429,0	109,5	754,4	487,0	
Nov.	55	206	1 787,6	485,8	472,0	146,7	325,3	13,8	540,5	428,9	10,3	418,6	111,6	761,4	494,0	
Dez.	56	209	1 726,4	435,6	421,9	141,6	280,3	13,7	519,6	411,3	11,0	400,3	108,3	771,1	485,6	
2014 Jan.	56	209	1 814,4	480,7	466,8	146,1	320,7	13,9	543,7	433,4	10,3	423,1	110,3	790,1	457,6	
Febr.	56	210	1 769,7	485,5	472,1	147,8	324,3	13,5	543,5	436,9	9,9	426,9	106,7	740,7	433,8	
März	56	209	1 695,7	469,6	455,3	159,0	296,3	14,3	558,2	450,2	9,6	440,6	108,1	667,9	425,2	
April	56	209	1 731,7	473,1	459,1	157,4	301,7	14,0	569,0	458,2	9,7	448,5	110,8	689,5	431,7	
Mai	56	207	1 766,9	478,5	465,8	154,9	310,9	12,7	570,9	454,3	9,3	445,0	116,6	717,6	443,0	
Juni	56	206	1 741,9	483,2	469,0	148,3	320,7	14,3	584,6	469,5	9,0	460,5	115,1	674,1	430,4	
Juli	56	206	1 828,9	511,1	496,3	137,7	358,6	14,8	603,0	484,9	13,0	471,9	118,1	714,8	428,6	
Veränderungen *)																
2012	- 1	+ 1	- 261,8	- 45,7	- 41,0	- 19,6	- 21,4	- 4,7	- 86,9	- 73,0	- 6,4	- 66,7	- 13,9	- 129,3	- 213,2	
2013	+ 1	- 1	- 279,1	- 98,0	- 97,7	- 37,9	- 59,8	- 0,3	- 13,7	- 2,1	- 5,9	+ 3,8	- 11,7	- 167,4	- 186,2	
2013 Nov.	-	+ 2	+ 7,1	+ 9,9	+ 9,3	+ 1,1	+ 8,2	+ 0,5	- 9,9	- 11,8	- 0,4	- 11,3	+ 1,9	+ 7,1	+ 7,1	
Dez.	+ 1	+ 3	- 52,4	- 45,8	- 45,7	- 5,1	- 40,6	- 0,1	- 17,1	- 14,6	+ 0,7	- 15,3	- 2,5	+ 10,6	- 8,5	
2014 Jan.	-	-	+ 76,2	+ 40,0	+ 40,0	+ 4,5	+ 35,5	+ 0,1	+ 18,1	+ 17,1	- 0,7	+ 17,8	+ 0,9	+ 18,1	- 28,0	
Febr.	-	+ 1	- 31,8	+ 11,1	+ 11,4	+ 1,7	+ 9,7	+ 0,3	+ 5,5	+ 8,1	- 0,4	+ 8,5	- 2,6	- 48,5	- 23,8	
März	-	- 1	- 74,5	- 16,4	- 17,3	+ 11,1	- 28,4	+ 0,9	+ 14,7	+ 13,3	- 0,4	+ 13,7	+ 1,4	- 72,8	- 8,6	
April	-	-	+ 37,7	+ 4,7	+ 5,0	- 1,6	+ 6,5	- 0,3	+ 11,4	+ 8,5	+ 0,1	+ 8,4	+ 2,9	+ 21,7	+ 6,5	
Mai	-	- 2	+ 23,7	+ 0,2	+ 1,6	- 2,5	+ 4,1	- 1,4	- 3,7	- 8,5	- 0,4	- 8,1	+ 4,8	+ 27,3	+ 11,3	
Juni	-	- 1	- 24,4	+ 5,5	+ 3,9	- 6,6	+ 10,5	+ 1,6	+ 13,5	+ 15,0	- 0,3	+ 15,3	- 1,5	- 43,4	- 12,6	
Juli	-	-	+ 74,4	+ 21,9	+ 21,5	- 10,6	+ 32,0	+ 0,4	+ 12,5	+ 10,3	+ 4,0	+ 6,4	+ 2,1	+ 40,1	- 1,8	
Auslandstöchter															Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2011	35	87	478,6	210,3	172,8	95,3	77,5	37,5	210,5	165,1	35,6	129,5	45,5	57,7	-	
2012	35	83	458,7	199,5	166,3	94,5	71,8	33,2	204,7	162,1	30,6	131,5	42,5	54,6	-	
2013	33	75	425,2	187,9	158,7	91,4	67,3	29,2	185,4	148,3	26,1	122,3	37,1	52,0	-	
2013 Okt.	33	77	427,3	190,3	160,1	97,5	62,6	30,2	187,1	148,8	27,9	120,9	38,3	50,0	-	
Nov.	33	76	425,6	189,4	160,0	95,1	64,9	29,4	184,0	146,8	27,7	119,1	37,2	52,2	-	
Dez.	33	75	425,2	187,9	158,7	91,4	67,3	29,2	185,4	148,3	26,1	122,3	37,1	52,0	-	
2014 Jan.	33	74	425,9	187,3	159,3	92,2	67,1	28,0	181,2	145,8	25,5	120,2	35,4	57,4	-	
Febr.	33	74	408,3	170,0	142,7	75,9	66,8	27,4	181,5	145,5	25,5	120,0	35,9	56,8	-	
März	32	73	407,3	171,3	145,7	80,0	65,7	25,5	181,5	146,4	25,0	121,4	35,1	54,6	-	
April	32	73	401,4	168,3	143,3	79,1	64,1	25,1	178,1	143,0	25,1	117,9	35,2	54,9	-	
Mai	32	72	404,9	166,4	141,9	77,5	64,4	24,5	177,2	140,9	24,7	116,1	36,3	61,3	-	
Juni	32	71	410,4	169,0	145,5	84,8	60,7	23,5	181,7	145,9	24,7	121,2	35,8	59,7	-	
Juli	31	70	403,1	167,3	146,0	86,6	59,4	21,2	172,2	137,5	21,4	116,1	34,7	63,7	-	
Veränderungen *)																
2012	-	- 4	- 18,2	- 9,9	- 5,9	- 0,8	- 5,1	- 4,1	- 5,2	- 2,3	- 5,0	+ 2,7	- 2,9	- 3,1	-	
2013	- 2	- 8	- 28,7	- 9,0	- 5,7	- 3,1	- 2,7	- 3,3	- 17,2	- 11,5	- 4,6	- 7,0	- 5,7	- 2,5	-	
2013 Nov.	-	- 1	- 2,0	- 1,0	- 0,2	- 2,4	+ 2,2	- 0,9	- 3,2	- 2,2	- 0,2	- 2,0	- 1,0	+ 2,2	-	
Dez.	-	+ 1	+ 0,7	- 0,9	- 0,8	- 3,7	+ 2,9	- 0,1	+ 1,8	+ 1,9	- 1,7	+ 3,6	- 0,1	- 0,2	-	
2014 Jan.	-	- 1	- 1,2	- 1,6	- 0,3	+ 0,8	- 1,1	- 1,3	- 5,0	- 3,3	- 0,5	- 2,8	- 1,7	+ 5,4	-	
Febr.	-	-	- 15,8	- 16,2	- 15,7	- 16,4	+ 0,7	- 0,5	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,5	- 0,6	-	
März	- 1	- 1	- 1,0	+ 1,1	+ 3,0	+ 4,1	- 1,2	- 1,8	+ 0,0	+ 0,8	- 0,6	+ 1,4	- 0,8	- 2,2	-	
April	-	-	- 5,6	- 2,7	- 2,3	- 0,8	- 1,4	- 0,4	- 3,2	- 3,3	+ 0,1	- 3,4	+ 0,1	+ 0,3	-	
Mai	-	- 1	+ 2,0	- 2,9	- 2,1	- 1,6	- 0,5	- 0,7	- 1,5	- 2,7	- 0,4	- 2,3	+ 1,2	+ 6,3	-	
Juni	-	- 1	+ 5,7	+ 2,7	+ 3,7	+ 7,3	- 3,7	- 1,0	+ 4,5	+ 5,0	- 0,0	+ 5,0	- 0,5	- 1,5	-	
Juli	- 1	- 1	- 9,1	- 2,8	- 0,4	+ 1,8	- 2,2	- 2,4	- 10,2	- 9,1	- 3,3	- 5,8	- 1,1	+ 3,9	-	

* „Ausland“ umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtskreises werden bei den Auslandstöchtern grundsätzlich nicht in den Veränderungswerten ausgeschaltet). Die

Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Mehrere Filialen in einem Sitzland

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite												Sonstige Passivpositionen 6) 7)		Zeit
insgesamt	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Geldmarkt-papiere und Schuld-verschrei-bungen im Um-lauf 5)	Betriebs-kapital bzw. Eigen-kapital	ins-gesamt	darunter: Derivative Finanz-instrumente des Handels-bestands			
	zu-sammen	deutsche Banken	aus-ländische Banken	ins-gesamt	deutsche Nichtbanken 4)							auslän-dische Nicht-banken		
					zu-sammen	kurz-fristig	mittel-und lang-fristig							
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												Auslandsfilialen		
1 179,6	814,0	406,6	407,4	365,6	35,9	30,3	5,6	329,7	141,2	38,6	957,2	880,2	2011	
1 054,8	727,7	371,2	356,5	327,1	34,7	26,9	7,8	292,4	127,0	39,9	821,1	670,8	2012	
890,9	596,4	327,0	269,4	294,5	24,2	19,1	5,1	270,3	125,4	41,2	668,9	484,1	2013	
1 004,8	649,5	329,4	320,1	355,4	27,7	23,2	4,5	327,6	127,0	39,9	607,6	498,5	2013 Okt.	
1 010,6	674,3	347,7	326,6	336,2	28,1	23,4	4,7	308,1	126,8	39,4	610,9	501,1	Nov.	
890,9	596,4	327,0	269,4	294,5	24,2	19,1	5,1	270,3	125,4	41,2	668,9	484,1	Dez.	
1 011,7	672,1	342,4	329,7	339,5	26,8	21,7	5,1	312,7	127,3	40,9	634,6	469,6	2014 Jan.	
1 008,5	664,1	336,0	328,1	344,4	28,0	23,0	5,0	316,4	130,1	40,4	590,6	450,4	Febr.	
964,2	625,5	340,9	284,6	338,7	29,0	24,0	5,0	309,7	125,3	40,5	565,7	435,1	März	
1 001,9	653,8	341,1	312,7	348,1	27,4	22,4	4,9	320,7	127,1	40,4	562,4	436,0	April	
1 011,4	663,0	349,1	313,9	348,4	25,8	20,9	4,9	322,6	134,1	40,3	581,2	452,3	Mai	
1 003,6	668,2	351,1	317,1	335,4	23,1	18,7	4,5	312,3	134,3	41,0	563,1	436,7	Juni	
1 103,3	732,0	371,2	360,8	371,4	22,8	18,3	4,5	348,6	133,6	41,6	550,4	434,8	Juli	
Veränderungen *)												Auslandstöchter		
- 114,6	- 80,1	- 35,3	- 44,8	- 34,5	- 1,3	- 3,4	+ 2,1	- 33,2	- 14,3	+ 1,4	- 134,3	- 209,4	2012	
- 142,1	- 118,2	- 44,3	- 74,0	- 23,9	- 10,4	- 7,7	- 2,7	- 13,4	- 1,5	+ 1,2	- 136,7	- 186,7	2013	
+ 4,9	+ 24,5	+ 18,3	+ 6,2	- 19,7	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,3	- 20,1	- 0,2	- 0,5	+ 3,0	+ 2,6	2013 Nov.	
- 114,0	- 74,7	- 20,7	- 54,0	- 39,3	- 3,9	- 4,2	+ 0,4	- 35,4	- 1,4	+ 1,8	+ 61,2	- 16,9	Dez.	
+ 113,2	+ 71,6	+ 15,4	+ 56,2	+ 41,6	+ 2,6	+ 2,5	+ 0,0	+ 39,0	+ 1,9	- 0,3	- 38,6	- 14,6	2014 Jan.	
+ 5,5	- 3,2	- 6,4	+ 3,2	+ 8,6	+ 1,2	+ 1,3	- 0,1	+ 7,5	+ 2,8	- 0,4	- 39,7	- 19,2	Febr.	
- 44,6	- 38,8	+ 4,9	- 43,8	- 5,8	+ 1,0	+ 1,1	- 0,1	- 6,8	- 4,9	+ 0,0	- 25,0	- 15,3	März	
+ 38,8	+ 29,0	+ 0,2	+ 28,7	+ 9,9	- 1,6	- 1,6	- 0,0	+ 11,5	+ 1,8	- 0,1	- 2,8	+ 0,9	April	
+ 1,9	+ 5,2	+ 8,0	- 2,8	- 3,3	- 1,5	- 1,5	- 0,0	- 1,8	+ 7,0	- 0,1	+ 14,9	+ 16,3	Mai	
- 7,3	+ 5,6	+ 2,0	+ 3,6	- 12,9	- 2,7	- 2,2	- 0,5	- 10,2	+ 0,3	+ 0,7	- 18,1	+ 15,6	Juni	
+ 91,5	+ 59,2	+ 20,1	+ 39,0	+ 32,4	- 0,4	- 0,4	+ 0,0	+ 32,8	- 0,8	+ 0,7	- 17,0	- 1,9	Juli	
377,5	229,6	142,4	87,2	147,9	26,7	19,8	6,9	121,2	25,1	30,8	45,2	-	2011	
356,8	207,7	120,4	87,2	149,2	22,0	17,8	4,2	127,1	24,9	32,1	44,9	-	2012	
334,2	201,1	113,4	87,7	133,0	18,5	16,4	2,0	114,6	21,3	30,0	39,8	-	2013	
337,9	193,3	111,5	81,8	144,6	22,7	18,7	4,0	121,9	21,9	30,1	37,4	-	2013 Okt.	
336,6	193,7	109,7	84,0	142,9	23,0	19,0	4,0	119,9	21,6	29,9	37,5	-	Nov.	
334,2	201,1	113,4	87,7	133,0	18,5	16,4	2,0	114,6	21,3	30,0	39,8	-	Dez.	
333,9	197,0	109,9	87,1	136,9	20,5	18,5	2,0	116,4	21,3	30,4	40,2	-	2014 Jan.	
320,7	186,5	94,5	92,0	134,2	19,8	17,8	2,0	114,3	21,0	28,9	37,7	-	Febr.	
319,5	186,3	95,0	91,3	133,2	19,6	17,6	2,0	113,6	20,3	29,1	38,4	-	März	
312,7	181,1	94,5	86,6	131,5	19,2	17,2	2,0	112,3	20,9	29,2	38,7	-	April	
316,4	186,7	95,6	91,1	129,7	18,8	16,7	2,1	110,9	20,5	28,5	39,4	-	Mai	
322,8	189,7	106,4	83,2	133,1	18,6	15,2	3,4	114,5	20,4	27,3	39,9	-	Juni	
315,1	184,0	97,8	86,3	131,1	20,4	15,4	5,0	110,7	20,4	26,8	40,9	-	Juli	
Veränderungen *)												Auslandstöchter		
- 19,6	- 21,3	- 22,0	+ 0,7	+ 1,7	- 4,7	- 2,0	- 2,7	+ 6,4	- 0,2	+ 1,3	+ 0,3	-	2012	
- 18,9	- 4,6	- 7,0	+ 2,4	- 14,3	- 3,6	- 1,4	- 2,2	- 10,7	- 3,6	- 2,1	- 4,1	-	2013	
- 1,5	+ 0,3	- 1,8	+ 2,1	- 1,8	+ 0,3	+ 0,3	- 2,0	- 2,1	- 0,3	- 0,2	+ 0,0	-	2013 Nov.	
- 1,5	+ 7,9	+ 3,7	+ 4,2	- 9,5	- 4,6	- 2,6	- 0,0	- 4,9	- 0,2	+ 0,1	+ 2,4	-	Dez.	
- 1,7	- 4,9	- 3,5	- 1,4	+ 3,2	+ 2,1	+ 2,1	- 0,0	+ 1,2	- 0,0	+ 0,5	+ 0,1	-	2014 Jan.	
- 11,8	- 9,6	- 15,4	+ 5,8	- 2,2	- 0,7	- 0,7	- 0,0	- 1,5	- 0,4	- 1,5	- 2,2	-	Febr.	
- 1,2	- 0,3	+ 0,5	- 0,8	- 1,0	- 0,2	- 0,2	- 0,0	- 0,8	- 0,7	+ 0,1	+ 0,7	-	März	
- 6,6	- 5,0	- 0,5	- 4,5	- 1,6	- 0,4	- 0,4	- 0,0	- 1,2	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,3	-	April	
+ 2,6	+ 4,8	+ 1,1	+ 3,7	- 2,2	- 0,4	- 0,5	+ 0,1	- 1,8	- 0,4	- 0,7	+ 0,4	-	Mai	
+ 6,5	+ 3,1	+ 10,8	- 7,7	+ 3,4	- 0,2	- 1,5	+ 1,3	+ 3,6	- 0,1	- 1,2	+ 0,5	-	Juni	
- 9,1	- 6,5	- 8,7	+ 2,2	- 2,6	+ 1,8	+ 0,2	+ 1,6	- 4,4	- 0,0	- 0,6	+ 0,6	-	Juli	

zählen als eine Filiale. 2 Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. 3 Einschl. eigener Schuldverschreibungen. 4 Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und nicht börsenfähige Schuld-

verschreibungen. 5 Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. 6 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. 7 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1.

V. Mindestreserven

1. Reservesätze Deutschland

% der reservspflichtigen Verbindlichkeiten

Gültig ab:	Sichtverbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen
1995 1. August	2	2	1,5

Europäische Währungsunion

% der Reservebasis 1)

Gültig ab:	Satz
1999 1. Januar	2
2012 18. Januar	1

1 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt).

2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998

– gemäß der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR) –

Mio DM

Durchschnitt im Monat 1)	Reservspflichtige Verbindlichkeiten				Reserve-Soll 2)	Ist-Reserve 3)	Überschussreserven 4)		Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls
	insgesamt	Sichtverbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen			Betrag	in % des Reserve-Solls	
1995 Dez.	2 066 565	579 337	519 456	967 772	36 492	37 337	845	2,3	3
1996 Dez.	2 201 464	655 483	474 342	1 071 639	38 671	39 522	851	2,2	4
1997 Dez.	2 327 879	734 986	476 417	1 116 477	40 975	41 721	745	1,8	3
1998 Dez.	2 576 889	865 444	564 878	1 146 567	45 805	46 432	627	1,4	4

1 Gemäß §§ 5 bis 7 der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR). 2 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die reservspflichtigen Verbindlichkeiten (§ 5 Abs. 1 AMR). 3 Durchschnittliche Guthaben der

reservspflichtigen Kreditinstitute auf Girokonten bei der Deutschen Bundesbank. 4 Ist-Reserve abzüglich Reserve-Soll.

3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion

– ab 1999 gemäß der EZB-Verordnung über Mindestreserven nach Art. 19.1 EZB/ESZB-Statut –

Erfüllungsperiode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Freibetrag 4)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages	Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven 6)	Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
Europäische Währungsunion (Mrd €)							
2014 Febr.	10 330,4	103,3	0,5	102,8	201,1	98,3	0,0
März	10 403,5	104,0	0,5	103,6	195,2	91,6	0,0
April	10 397,4	104,0	0,5	103,5	191,2	87,7	0,0
Mai	10 438,9	104,4	0,5	103,9	192,3	88,3	0,0
Juni	10 489,4	104,9	0,5	104,4	214,3	109,8	0,0
Juli	10 546,8	105,5	0,5	105,0	210,2	105,2	0,0
Aug.	10 568,8	105,7	0,5	105,2	210,1	104,9	0,0
Sept. p)	10 581,0	105,8	0,5	105,3	192,6	87,3	...
Okt. p)	105,7
Darunter: Deutschland (Mio €)							
2014 Febr.	2 733 718	27 337	178	27 159	61 004	33 845	3
März	2 765 104	27 651	178	27 473	58 580	31 107	0
April	2 769 221	27 692	178	27 515	55 827	28 312	2
Mai	2 759 990	27 600	178	27 422	55 483	28 061	0
Juni	2 783 746	27 837	177	27 660	64 558	36 898	1
Juli	2 814 276	28 143	177	27 966	62 255	34 289	0
Aug.	2 790 404	27 904	176	27 728	61 507	33 779	1
Sept.	2 813 922	28 139	175	27 964	63 078	35 114	0
Okt. p)	2 843 205	28 432	175	28 257

1 Ab März 2004 beginnt die Erfüllungsperiode am Abwicklungstag des Hauptfinanzierungsgeschäfts, das auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die monatliche Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. 2 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt). 3 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. 4 Art. 5 Abs. 2 der Verordnung

der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht. 5 Durchschnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. 6 Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 7 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze

% p.a.

Gültig ab	Einlagefazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität	Gültig ab	Einlagefazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität
		Festsatz	Mindestbietungssatz				Festsatz	Mindestbietungssatz	
2005 6. Dez.	1,25	–	2,25	3,25	2009 21. Jan.	1,00	2,00	–	3,00
2006 8. März	1,50	–	2,50	3,50	11. März	0,50	1,50	–	2,50
15. Juni	1,75	–	2,75	3,75	8. April	0,25	1,25	–	2,25
9. Aug.	2,00	–	3,00	4,00	13. Mai	0,25	1,00	–	1,75
11. Okt.	2,25	–	3,25	4,25	2011 13. April	0,50	1,25	–	2,00
13. Dez.	2,50	–	3,50	4,50	13. Juli	0,75	1,50	–	2,25
2007 14. März	2,75	–	3,75	4,75	9. Nov.	0,50	1,25	–	2,00
13. Juni	3,00	–	4,00	5,00	14. Dez.	0,25	1,00	–	1,75
2008 9. Juli	3,25	–	4,25	5,25	2012 11. Juli	0,00	0,75	–	1,50
8. Okt.	2,75	–	3,75	4,75	2013 8. Mai	0,00	0,50	–	1,00
9. Okt.	3,25	3,75	–	4,25	13. Nov.	0,00	0,25	–	0,75
12. Nov.	2,75	3,25	–	3,75	2014 11. Juni	–0,10	0,15	–	0,40
10. Dez.	2,00	2,50	–	3,00	10. Sept.	–0,20	0,05	–	0,30

1 Gemäß § 247 BGB.

2. Basiszinssätze

% p.a.

Gültig ab	Basiszinssatz gemäß BGB 1)	Gültig ab	Basiszinssatz gemäß BGB 1)
2002 1. Jan.	2,57	2008 1. Jan.	3,32
1. Juli	2,47	1. Juli	3,19
2003 1. Jan.	1,97	2009 1. Jan.	1,62
1. Juli	1,22	1. Juli	0,12
2004 1. Jan.	1,14	2011 1. Juli	0,37
1. Juli	1,13	2012 1. Jan.	0,12
2005 1. Jan.	1,21	2013 1. Jan.	–0,13
1. Juli	1,17	1. Juli	–0,38
2006 1. Jan.	1,37	2014 1. Jan.	–0,63
1. Juli	1,95	1. Juli	–0,73
2007 1. Jan.	2,70		
1. Juli	3,19		

3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren *)

Gutschriftstag	Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengtender		Zinstender		Laufzeit
			Festsatz	Mindestbietungssatz	marginaler Satz 1)	gewichteter Durchschnittssatz	
Mio €	% p.a.		Tage				
Hauptrefinanzierungsgeschäfte							
2014 3. Sept.	111 199	111 199	0,15	–	–	–	7
10. Sept.	110 702	110 702	0,05	–	–	–	7
17. Sept.	105 689	105 689	0,05	–	–	–	7
24. Sept.	90 307	90 307	0,05	–	–	–	7
1. Okt.	89 075	89 075	0,05	–	–	–	7
8. Okt.	84 212	84 212	0,05	–	–	–	7
15. Okt.	82 518	82 518	0,05	–	–	–	7
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte							
2014 31. Juli	6 786	6 786	2) ...	–	–	–	91
28. Aug.	7 244	7 244	2) ...	–	–	–	91
24. Sept.	82 602	82 602	0,15	–	–	–	1 463
25. Sept.	10 971	10 971	2) ...	–	–	–	84

* Quelle: EZB. 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden. 2 Berechnung am Ende der Laufzeit; Zuteilung zu

dem durchschnittlichen Mindestbietungssatz aller Hauptrefinanzierungsgeschäfte während der Laufzeit.

4. Geldmarktsätze nach Monaten *)

% p.a.

Durchschnitt im Monat	EONIA Swap Index 2)					EURIBOR 3)					
	EONIA 1)	Wochengeld	Monatsgeld	Drei-monatsgeld	Sechs-monatsgeld	Zwölf-monatsgeld	Wochengeld	Monatsgeld	Drei-monatsgeld	Sechs-monatsgeld	Zwölf-monatsgeld
2014 März	0,19	0,18	0,18	0,16	0,16	0,15	0,20	0,23	0,31	0,41	0,58
April	0,25	0,23	0,21	0,19	0,16	0,15	0,22	0,25	0,33	0,43	0,60
Mai	0,25	0,23	0,19	0,14	0,11	0,10	0,24	0,26	0,32	0,42	0,59
Juni	0,08	0,07	0,06	0,06	0,05	0,04	0,11	0,15	0,24	0,33	0,51
Juli	0,04	4)	4)	4)	4)	4)	0,05	0,10	0,21	0,30	0,49
Aug.	0,02	0,04	0,09	0,19	0,29	0,47
Sept.	0,01	–0,01	0,02	0,10	0,20	0,36

* Monatsdurchschnitte sind eigene Berechnungen. Weder die Deutsche Bundesbank noch eine andere Stelle kann bei Unstimmigkeiten des EONIA Satzes, der EURIBOR Sätze und der EONIA Swap Sätze haftbar gemacht werden. 1 Euro OverNight Index Average: Seit 4. Januar 1999 von der Europäischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze nach der Zinsmethode act/360 berechneter gewichteter Durchschnittssatz für Tagesgelder im Interbankengeschäft, der von Reuters veröffentlicht

wird. 2 EONIA Swap Index: Seit 20. Juni 2005 bis 30. Juni 2014 von Reuters veröffentlichter Referenzzinssatz für Eurogeldmarktderivate, der als Spot-Wert (T+2) auf der Zinsmethode act/360 basiert. 3 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Reuters nach der Zinsmethode act/360 berechneter ungewichteter Durchschnittssatz. 4 Die Daten werden ab 1. Juli 2014 nicht mehr erhoben.

VI. Zinssätze

5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *) a) Bestände ^{o)}

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2013 Aug.	1,16	101 003	2,02	223 993	0,52	80 986	3,14	20 406
Sept.	1,12	99 321	2,01	223 867	0,53	79 626	3,11	20 467
Okt.	1,07	97 939	2,00	223 989	0,50	80 517	3,11	20 505
Nov.	1,05	97 422	1,98	224 581	0,49	79 894	3,10	20 486
Dez.	1,03	96 913	1,97	226 745	0,48	81 898	3,07	20 531
2014 Jan.	1,01	95 966	1,95	227 207	0,48	83 425	3,04	20 595
Febr.	0,99	95 572	1,94	227 617	0,44	86 581	3,02	20 561
März	0,97	95 257	1,92	227 604	0,45	85 751	3,01	20 226
April	0,95	94 627	1,91	226 848	0,45	86 699	2,98	19 598
Mai	0,92	94 570	1,89	226 619	0,46	87 856	2,95	19 903
Juni	0,91	95 671	1,87	226 527	0,44	84 165	2,92	19 989
Juli	0,87	95 197	1,85	225 989	0,41	85 704	2,87	19 674
Aug.	0,84	94 384	1,84	225 881	0,39	86 373	2,83	19 536

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte ³⁾						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte ^{4) 5)}					
	mit Ursprungslaufzeit											
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2013 Aug.	3,25	5 525	3,20	28 947	4,07	971 598	7,49	58 961	5,10	77 302	5,10	309 848
Sept.	3,29	5 599	3,18	29 073	4,05	973 593	7,64	60 893	5,08	77 444	5,08	308 291
Okt.	3,23	5 786	3,15	29 061	4,02	976 282	7,64	59 053	5,07	77 656	5,06	308 891
Nov.	3,17	5 644	3,13	29 027	4,01	979 253	7,55	56 483	5,03	77 800	5,05	309 729
Dez.	3,29	5 683	3,12	28 778	3,98	978 740	7,61	59 488	5,01	77 624	5,01	307 844
2014 Jan.	3,16	5 704	3,10	28 563	3,96	977 215	7,66	57 235	4,99	77 651	5,00	308 100
Febr.	3,20	5 602	3,08	28 337	3,94	979 347	7,61	56 749	4,97	77 550	4,98	308 406
März	3,22	5 707	3,06	28 267	3,92	980 208	7,75	58 723	4,97	77 679	4,97	307 181
April	3,17	5 744	3,03	28 198	3,90	981 947	7,53	57 688	4,91	76 672	4,99	309 107
Mai	3,17	5 764	3,01	28 197	3,88	984 889	7,51	56 479	4,94	75 911	4,98	309 887
Juni	3,17	5 762	2,99	28 112	3,86	986 700	7,59	59 098	4,92	76 099	4,96	308 827
Juli	3,08	5 812	2,96	28 148	3,83	989 997	7,51	56 579	4,89	76 766	4,94	309 761
Aug.	3,09	5 667	2,94	28 220	3,82	994 510	7,36	55 731	4,86	77 128	4,91	309 784

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
	2013 Aug.	3,05	132 912	2,87	125 631	3,28
Sept.	3,12	135 674	2,87	123 701	3,28	580 155
Okt.	3,08	132 962	2,86	124 612	3,27	581 133
Nov.	3,07	133 346	2,85	124 895	3,26	584 312
Dez.	3,13	131 319	2,86	124 094	3,24	585 809
2014 Jan.	3,10	129 373	2,86	124 931	3,24	585 957
Febr.	3,11	131 524	2,84	125 835	3,23	586 261
März	3,23	133 290	2,84	126 844	3,22	582 771
April	3,17	132 664	2,83	130 113	3,21	583 996
Mai	3,14	133 191	2,81	130 069	3,20	586 337
Juni	3,11	138 116	2,76	129 524	3,18	582 780
Juli	2,97	133 446	2,72	129 959	3,15	583 339
Aug.	2,96	131 886	2,71	130 274	3,14	585 889

* Gegenstand der MFI-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber in den Mitgliedstaaten der EWU gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur MFI-Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik / Meldewesen / Bankenstatistik / MFI-Zinsstatistik) entnehmen. ^o Die Bestände werden zeitpunktbezogen zum Monatsultimo erhoben. ¹ Die Effektivzinssätze werden

entweder als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. ² Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. ³ Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichtigen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. ⁴ Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. ⁵ Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. ⁶ Einschl. Überziehungskredite (s.a. Anm. 13 bis 15 S. 47*).

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Einlagen privater Haushalte												
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)				
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten		
		Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.
Erhebungszeitraum												
2013 Aug.	0,42	904 740	0,75	7 310	1,17	546	1,36	1 130	0,85	528 142	1,12	78 869
Sept.	0,41	905 458	0,73	7 130	1,16	586	1,45	1 237	0,85	527 842	1,09	78 103
Okt.	0,40	915 399	0,71	7 583	1,06	883	1,44	1 553	0,82	527 870	1,06	78 030
Nov.	0,39	935 789	0,74	7 097	1,09	869	1,58	1 750	0,83	527 862	1,02	77 998
Dez.	0,39	931 980	0,66	7 630	1,06	700	1,48	1 406	0,79	532 012	0,99	77 698
2014 Jan.	0,38	937 354	0,75	8 957	1,10	837	1,58	1 785	0,77	531 516	0,96	77 239
Febr.	0,38	945 510	0,78	7 933	0,99	810	1,34	1 514	0,80	531 906	0,94	77 471
März	0,37	942 554	0,69	7 426	0,98	583	1,33	1 496	0,72	530 731	0,92	77 451
April	0,36	953 725	0,68	8 300	1,03	808	1,29	1 523	0,73	529 024	0,91	77 285
Mai	0,36	964 096	0,66	7 869	0,92	690	1,33	1 895	0,72	528 416	0,88	77 128
Juni	0,35	963 948	0,65	7 904	1,02	595	1,36	1 420	0,70	528 104	0,84	76 049
Juli	0,30	972 397	0,53	8 497	0,87	691	1,26	1 493	0,66	527 278	0,82	76 712
Aug.	0,30	982 201	0,54	6 962	0,96	600	1,11	1 293	0,61	527 851	0,83	77 648

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften								
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		
		Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.
Erhebungszeitraum								
2013 Aug.	0,16	312 892	0,17	16 639	0,73	516	1,62	191
Sept.	0,16	318 355	0,17	17 489	0,72	463	1,38	224
Okt.	0,16	321 180	0,15	18 642	0,71	381	1,48	277
Nov.	0,16	322 015	0,16	17 258	0,72	383	1,46	232
Dez.	0,16	328 291	0,23	23 419	0,79	367	1,63	428
2014 Jan.	0,15	320 229	0,24	25 407	0,66	391	1,36	417
Febr.	0,15	315 847	0,23	22 970	0,65	371	2,07	265
März	0,17	313 232	0,22	22 601	0,67	525	1,03	389
April	0,17	315 372	0,26	26 114	0,68	576	1,04	345
Mai	0,16	318 469	0,25	27 178	0,60	432	0,91	390
Juni	0,14	314 270	0,18	24 006	0,54	313	1,02	615
Juli	0,12	320 536	0,18	17 300	0,53	335	1,06	436
Aug.	0,12	326 545	0,16	15 252	0,48	188	0,82	186

Kredite an private Haushalte												
Sonstige Kredite an private Haushalte mit anfänglicher Zinsbindung 5)												
variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		darunter: Kredite an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen 10)						
						variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
						Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.
Erhebungszeitraum												
2013 Aug.	1,93	4 052	3,55	961	3,03	2 398	2,04	2 464	3,75	628	2,97	1 568
Sept.	1,93	4 695	3,56	900	3,03	2 472	2,08	2 756	3,67	669	2,96	1 331
Okt.	1,85	5 116	3,48	1 047	3,09	2 141	2,05	2 979	3,62	760	3,04	1 271
Nov.	1,89	3 676	3,61	909	2,99	2 024	2,11	2 160	3,78	666	2,92	1 275
Dez.	1,87	6 139	3,45	1 098	2,90	2 922	2,01	3 261	3,57	858	2,85	1 729
2014 Jan.	1,98	5 139	3,38	1 102	2,91	2 188	2,31	2 887	3,49	806	2,83	1 438
Febr.	1,89	3 836	3,32	902	2,94	2 153	2,21	2 252	3,63	622	2,85	1 223
März	2,06	4 627	3,50	1 162	2,89	2 841	2,32	2 832	3,68	694	2,86	1 427
April	2,02	4 931	3,47	1 092	2,91	2 814	2,23	2 924	3,64	778	2,88	1 368
Mai	1,96	4 047	3,52	1 023	2,84	2 136	2,26	2 277	3,74	789	2,75	1 213
Juni	2,04	4 245	3,46	947	2,77	2 325	2,29	2 615	3,62	712	2,72	1 346
Juli	1,88	4 952	3,33	1 196	2,71	2 713	2,15	3 073	3,50	888	2,66	1 470
Aug.	2,14	3 449	3,51	799	2,59	1 996	2,24	2 089	3,66	622	2,57	1 314

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*. + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer revolving Krediten und Überziehungskrediten, Kreditkartenkrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmonats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist sowie revolving Kredite und Überziehungskredite, Kreditkartenkredite gilt: Das Neugeschäft

wird aus Vereinfachungsgründen wie die Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet, dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Meldemonats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen werden. 7 Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. 8 Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. 9 Ohne Überziehungskredite. 10 Ab Juni 2010 erhoben.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte										
Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)										
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)			variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
	effektiver Jahreszinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt										
2013 Aug.	6,44	6,34	5 253	5,40	554	5,09	2 288	7,73	2 411	
Sept.	6,40	6,32	4 759	5,79	379	5,02	2 195	7,71	2 185	
Okt.	6,40	6,33	5 232	5,95	504	5,02	2 417	7,77	2 311	
Nov.	6,31	6,22	4 766	5,78	592	5,01	2 218	7,73	1 956	
Dez.	5,97	5,87	4 327	5,32	588	5,00	2 254	7,41	1 485	
2014 Jan.	6,56	6,47	5 445	5,73	538	5,20	2 478	7,93	2 429	
Febr.	6,40	6,32	5 076	5,87	591	5,09	2 300	7,73	2 185	
März	6,19	6,12	5 954	5,72	832	4,99	2 702	7,51	2 420	
April	6,26	6,20	5 613	5,44	395	4,92	2 606	7,59	2 612	
Mai	6,34	6,25	5 665	5,33	497	5,02	2 520	7,59	2 648	
Juni	6,26	6,24	5 571	5,17	406	5,00	2 438	7,51	2 727	
Juli	6,31	6,23	5 983	5,28	414	4,96	2 704	7,57	2 865	
Aug.	6,21	6,14	6 293	5,21	486	4,86	2 782	7,47	3 025	
darunter: besicherte Kredite 12)										
2013 Aug.	.	4,16	259	3,49	44	4,69	137	3,60	78	
Sept.	.	4,28	246	3,47	33	4,67	143	3,87	70	
Okt.	.	4,37	250	3,63	38	4,70	146	4,07	66	
Nov.	.	4,40	221	3,64	35	4,71	133	4,12	53	
Dez.	.	4,24	247	3,48	42	4,63	149	3,79	56	
2014 Jan.	.	4,04	245	2,65	61	4,73	122	4,06	62	
Febr.	.	4,35	217	3,11	33	4,84	119	4,10	65	
März	.	4,23	261	3,41	53	4,75	138	3,84	70	
April	.	3,99	248	2,15	52	4,63	133	4,14	63	
Mai	.	4,32	220	3,57	22	4,64	129	3,97	69	
Juni	.	4,21	215	3,43	28	4,64	121	3,76	66	
Juli	.	3,85	299	2,68	102	4,79	128	3,82	69	
Aug.	.	4,42	193	3,33	20	4,74	120	4,11	53	

noch: Kredite an private Haushalte											
Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)											
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)			variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren	
	effektiver Jahreszinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt											
2013 Aug.	2,87	2,79	16 749	2,81	2 302	2,45	2 166	2,74	7 027	2,97	5 254
Sept.	2,92	2,86	15 567	2,86	2 266	2,46	2 017	2,82	6 594	3,07	4 690
Okt.	2,97	2,89	17 153	2,75	3 065	2,373	2 373	2,91	7 044	3,14	4 671
Nov.	2,98	2,90	14 279	2,82	2 106	2,51	1 912	2,91	5 686	3,09	4 575
Dez.	2,90	2,83	14 896	2,75	2 436	2,45	2 119	2,85	6 169	3,04	4 172
2014 Jan.	2,94	2,84	16 675	2,70	3 082	2,54	2 460	2,86	6 752	3,07	4 381
Febr.	2,90	2,83	15 089	2,85	2 762	2,43	2 061	2,81	5 540	3,02	4 726
März	2,82	2,75	16 442	2,75	2 449	2,36	2 266	2,73	6 455	2,94	5 272
April	2,85	2,75	17 947	2,69	2 754	2,40	2 574	2,71	7 202	3,02	5 417
Mai	2,73	2,66	16 015	2,70	2 259	2,33	2 229	2,63	6 506	2,84	5 021
Juni	2,65	2,58	15 767	2,49	2 436	2,31	2 091	2,55	6 359	2,79	4 881
Juli	2,55	2,50	19 296	2,50	2 866	2,21	2 638	2,48	7 957	2,65	5 835
Aug.	2,51	2,44	16 191	2,59	2 398	2,17	2 018	2,38	6 408	2,55	5 367
darunter: besicherte Kredite 12)											
2013 Aug.	.	2,69	7 910	2,51	979	2,33	1 045	2,68	3 307	2,91	2 579
Sept.	.	2,76	7 391	2,65	860	2,36	1 045	2,76	3 193	2,99	2 293
Okt.	.	2,84	8 293	2,64	1 219	2,49	1 268	2,87	3 471	3,09	2 335
Nov.	.	2,83	6 718	2,68	801	2,45	969	2,85	2 709	3,03	2 239
Dez.	.	2,74	6 812	2,55	895	2,34	1 066	2,80	2 849	2,95	2 002
2014 Jan.	.	2,79	7 816	2,68	1 079	2,48	1 271	2,80	3 255	3,01	2 211
Febr.	.	2,80	7 211	2,87	1 276	2,37	1 011	2,76	2 664	2,99	2 260
März	.	2,69	7 808	2,69	954	2,31	1 152	2,66	3 125	2,90	2 577
April	.	2,73	8 786	2,61	1 159	2,35	1 336	2,65	3 499	3,07	2 792
Mai	.	2,60	7 592	2,61	923	2,24	1 110	2,58	3 109	2,80	2 450
Juni	.	2,53	7 151	2,41	901	2,20	1 017	2,50	2 955	2,76	2 278
Juli	.	2,44	9 007	2,45	1 163	2,14	1 371	2,42	3 718	2,61	2 755
Aug.	.	2,39	7 432	2,54	900	2,08	992	2,33	3 015	2,52	2 525

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*; Anmerkung 12 s. S. 47*. 11 Effektivzinssatz, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie

z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften					
	Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter			
			Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Echte Kreditkartenkredite				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €		
2013 Aug.	9,44	44 307	9,49	37 586	14,60	4 183	4,22	66 681	4,24	66 472		
Sept.	9,48	46 356	9,54	39 542	14,63	4 254	4,31	69 234	4,33	68 982		
Okt.	9,43	44 775	9,44	38 011	14,63	4 258	4,26	66 570	4,28	66 316		
Nov.	9,35	42 848	9,30	36 099	14,64	4 288	4,21	67 193	4,23	66 944		
Dez.	9,30	45 730	9,41	38 335	14,62	4 358	4,28	66 825	4,30	66 572		
2014 Jan.	9,36	43 888	9,38	37 050	14,51	4 288	4,27	65 336	4,29	65 106		
Febr.	9,31	43 418	9,29	36 571	14,55	4 259	4,28	66 556	4,31	66 281		
März	9,33	45 617	9,34	38 706	14,58	4 313	4,39	68 638	4,41	68 379		
April	9,20	43 618	9,27	37 048	15,35	3 587	4,38	66 730	4,39	66 493		
Mai	9,21	42 626	9,22	36 563	15,42	3 566	4,39	66 148	4,41	65 901		
Juni	9,26	44 696	9,30	38 374	15,43	3 657	4,35	69 615	4,37	69 358		
Juli	9,20	42 604	9,21	36 390	15,36	3 630	4,17	65 960	4,19	65 707		
Aug.	9,08	41 864	9,14	35 282	15,34	3 721	4,13	65 735	4,14	65 554		

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften											
	Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 17)						Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 17)					
	variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt												
2013 Aug.	2,80	6 715	3,66	830	2,80	1 275	1,70	32 698	2,51	1 386	2,83	4 394
Sept.	2,97	7 696	3,69	822	2,82	1 074	1,80	38 460	2,84	1 757	2,87	4 817
Okt.	2,92	8 264	3,61	992	2,95	1 181	1,79	42 301	2,86	2 872	3,03	4 462
Nov.	2,99	6 860	3,69	903	2,85	1 022	1,70	32 900	2,43	1 180	2,70	5 032
Dez.	3,01	7 750	3,59	1 032	2,74	1 380	1,86	44 537	2,62	3 368	2,75	8 311
2014 Jan.	2,92	7 777	3,50	995	2,93	1 164	1,85	40 304	2,41	1 534	2,82	4 479
Febr.	2,97	6 822	3,67	726	2,87	1 009	1,71	32 393	2,14	1 285	2,91	3 721
März	3,01	8 295	3,54	1 018	2,80	1 121	1,91	37 918	2,53	1 289	2,77	4 529
April	2,95	8 017	3,54	1 087	2,73	1 156	1,83	44 756	2,34	1 752	2,87	4 473
Mai	3,06	7 005	3,64	919	2,63	1 102	1,74	36 580	2,19	1 457	2,66	3 829
Juni	2,97	7 708	3,62	897	2,59	1 098	1,65	43 000	2,31	2 259	2,42	5 386
Juli	2,82	8 292	3,36	1 336	2,55	1 355	1,61	48 992	2,56	2 124	2,58	5 078
Aug.	2,77	6 174	3,26	1 080	2,47	1 156	1,46	36 472	2,22	1 864	2,40	4 379
darunter: besicherte Kredite 12)												
2013 Aug.	2,82	799	3,08	130	2,61	404	2,14	4 994	2,60	459	2,86	1 245
Sept.	2,87	904	2,80	138	2,65	318	2,10	5 972	3,08	926	2,71	1 439
Okt.	2,67	1 133	2,88	153	2,79	326	2,22	8 531	2,99	1 523	2,92	1 288
Nov.	2,88	746	2,97	114	2,77	274	2,11	4 596	2,75	415	2,65	1 445
Dez.	2,83	912	2,75	154	2,55	449	2,24	6 744	2,35	1 542	2,73	3 014
2014 Jan.	2,71	1 122	2,69	161	2,85	324	2,16	8 627	2,65	519	2,87	1 224
Febr.	2,86	772	2,72	105	2,66	316	2,16	4 281	2,39	300	2,73	796
März	2,81	1 000	2,72	145	2,70	320	2,27	5 618	2,74	408	2,66	994
April	2,66	1 161	2,73	152	2,60	340	2,09	9 522	2,31	658	2,98	1 495
Mai	2,86	862	2,71	118	2,48	358	2,23	5 063	2,60	477	2,64	984
Juni	2,87	952	2,67	109	2,46	344	2,07	4 950	2,33	1 055	2,22	1 518
Juli	2,61	1 318	2,55	196	2,44	461	2,05	8 769	2,64	786	2,85	1 477
Aug.	2,79	776	2,46	127	2,32	326	1,90	4 212	2,61	854	2,41	815

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*; Anmerkung 11 s. S. 46*. 12 Ab Juni 2010 erhoben. Für die Zwecke der Zinsstatistik gilt ein Kredit als besichert, wenn für den Kreditbetrag eine Besicherung (u.a. Finanzwerte, Immobiliensicherheiten, Schuldverschreibungen) in mindestens gleicher Höhe bestellt, verpfändet oder abgetreten wurde. 13 Ab Juni 2010 einschl. revolvingender Kredite, die alle folgenden Eigenschaften besitzen: a) der Kreditnehmer kann die Mittel bis zu einem im Voraus genehmigten Kreditlimit nutzen oder abheben, ohne den Kreditgeber davon im Voraus in Kenntnis zu setzen; b) der verfügbare Kreditbetrag kann sich mit Aufnahme und Rückzahlung von Krediten erhöhen bzw. verringern; c) der Kredit kann wiederholt genutzt werden; d) es besteht keine Pflicht zu regelmäßiger Rückzahlung der Mittel. 14 Überziehungskredite sind als Sollsalden auf laufenden Konten definiert.

Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. 15 Ab Juni 2010 einschl. echter und unechter Kreditkartenkredite. Unter einem unechten Kreditkartenkredit ist die Stundung von Kreditkartenforderungen, die während der Abrechnungsperiode zusammenkommen, zu verstehen. Da in dieser Phase üblicherweise keine Sollzinsen in Rechnung gestellt werden, ist der Zinssatz für unechte Kreditkartenkredite definitionsgemäß 0 %. 16 Von Januar 2003 bis Mai 2010 geschätzt. Der von den Berichtspflichtigen gemeldete Gesamtbestand zum Monatsende wurde mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. Ab Juni 2010 basieren die Angaben auf der monatlichen Bilanzstatistik. 17 Der Betrag bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Aktiva									
	insgesamt	Finanzielle Aktiva							Nichtfinanzielle Aktiva	
	insgesamt	Bargeld und Einlagen bei Banken (MFIs) 1)	Schuld- verschreibungen (einschl. Finanzderivate)	Kredite 2)	Aktien und sonstige Anteilsrechte 3)	Investment- fondsanteile	Anteile der Rück- versicherer an den ver- sicherungs- technischen Bruttorück- stellungen	Sonstige finanzielle Aktiva	Nichtfinanzielle Aktiva	
Versicherungen und Pensionseinrichtungen 4)										
2005	1 696,0	1 633,7	486,8	153,0	240,8	240,3	356,4	79,6	76,9	62,4
2006	1 771,5	1 709,2	524,1	149,9	244,8	261,5	385,6	74,5	68,7	62,3
2007	1 838,3	1 779,8	558,3	155,1	248,2	275,3	409,6	70,2	63,1	58,5
2008	1 770,6	1 714,8	574,5	159,4	243,3	228,9	379,7	65,8	63,4	55,8
2009	1 836,8	1 779,6	588,9	173,9	259,8	210,5	426,9	58,6	61,2	57,1
2010	1 961,9	1 900,5	570,9	210,4	267,2	223,5	501,4	59,9	67,2	61,4
2011	2 011,2	1 947,8	576,3	226,2	271,9	221,9	522,1	62,2	67,1	63,4
2012	2 157,2	2 090,9	560,1	289,6	278,4	223,7	611,6	63,1	64,4	66,3
2013	2 236,8	2 164,6	540,1	322,9	285,2	225,6	660,7	64,9	65,2	72,2
2012 2.Vj.	2 078,0	2 013,1	568,9	259,6	275,6	221,0	561,3	62,6	64,0	64,9
3.Vj.	2 124,8	2 059,2	566,1	277,5	277,0	223,5	588,0	62,9	64,3	65,6
4.Vj.	2 157,2	2 090,9	560,1	289,6	278,4	223,7	611,6	63,1	64,4	66,3
2013 1.Vj.	2 196,3	2 129,1	559,9	304,0	280,3	225,2	629,3	64,9	65,6	67,2
2.Vj.	2 190,5	2 122,6	554,2	306,4	280,5	224,6	626,6	64,7	65,6	67,9
3.Vj.	2 207,7	2 138,3	546,9	311,8	284,0	224,3	641,8	64,6	64,9	69,4
4.Vj.	2 236,8	2 164,6	540,1	322,9	285,2	225,6	660,7	64,9	65,2	72,2
2014 1.Vj.	2 289,8	2 216,5	541,6	339,1	286,2	227,2	694,7	64,2	63,5	73,3
2.Vj.	2 333,9	2 260,0	538,3	355,8	287,6	228,0	722,7	64,1	63,4	73,9
Versicherungen										
2005	1 436,7	1 391,4	384,7	130,4	221,3	234,2	272,0	78,6	70,2	45,3
2006	1 489,2	1 444,6	410,4	127,6	224,7	254,2	292,7	73,1	62,0	44,6
2007	1 526,2	1 485,5	432,5	130,7	226,4	267,1	304,0	68,2	56,6	40,7
2008	1 454,7	1 416,5	436,7	133,7	221,7	221,4	284,3	63,4	55,2	38,2
2009	1 490,3	1 452,2	440,4	146,2	236,4	202,7	317,6	55,6	53,2	38,1
2010	1 553,3	1 513,1	420,0	170,9	243,2	210,7	356,5	56,5	55,4	40,3
2011	1 584,6	1 542,9	419,8	191,3	246,0	210,4	361,4	58,4	55,5	41,7
2012	1 694,4	1 651,1	403,7	247,6	251,7	211,4	425,1	59,0	52,7	43,3
2013	1 743,4	1 697,0	383,5	273,6	257,9	211,1	458,2	60,6	52,2	46,4
2012 2.Vj.	1 635,4	1 592,7	412,5	220,6	249,3	209,0	389,9	58,7	52,6	42,7
3.Vj.	1 671,2	1 628,1	409,4	236,7	250,6	211,3	408,6	58,8	52,7	43,0
4.Vj.	1 694,4	1 651,1	403,7	247,6	251,7	211,4	425,1	59,0	52,7	43,3
2013 1.Vj.	1 726,1	1 682,3	402,1	261,5	253,5	212,5	438,2	60,7	53,8	43,8
2.Vj.	1 719,6	1 675,3	397,2	262,2	253,8	211,9	436,1	60,5	53,7	44,3
3.Vj.	1 730,7	1 685,2	390,1	266,6	256,8	211,3	447,2	60,4	52,8	45,5
4.Vj.	1 743,4	1 697,0	383,5	273,6	257,9	211,1	458,2	60,6	52,2	46,4
2014 1.Vj.	1 788,4	1 741,3	381,6	289,1	259,1	212,2	488,4	59,7	51,2	47,0
2.Vj.	1 821,4	1 774,0	378,0	303,0	260,4	212,9	509,1	59,6	51,0	47,4
Pensionseinrichtungen 4)										
2005	259,3	242,3	102,0	22,6	19,5	6,1	84,4	1,0	6,6	17,0
2006	282,3	264,6	113,8	22,4	20,1	7,3	92,8	1,5	6,7	17,7
2007	312,1	294,3	125,8	24,4	21,9	8,2	105,6	1,9	6,6	17,8
2008	315,9	298,3	137,8	25,6	21,6	7,4	95,3	2,4	8,2	17,5
2009	346,5	327,4	148,4	27,7	23,3	7,7	109,3	3,0	8,0	19,1
2010	408,5	387,4	150,9	39,5	24,0	12,8	144,9	3,5	11,8	21,1
2011	426,6	404,9	156,5	34,9	25,9	11,5	160,8	3,8	11,6	21,7
2012	462,8	439,8	156,5	42,0	26,7	12,3	186,5	4,1	11,7	23,0
2013	493,3	467,6	156,6	49,3	27,3	14,5	202,6	4,3	13,0	25,8
2012 2.Vj.	442,6	420,4	156,4	39,0	26,2	12,0	171,4	3,9	11,4	22,2
3.Vj.	453,6	431,1	156,7	40,9	26,4	12,2	179,4	4,0	11,5	22,5
4.Vj.	462,8	439,8	156,5	42,0	26,7	12,3	186,5	4,1	11,7	23,0
2013 1.Vj.	470,3	446,8	157,8	42,5	26,8	12,7	191,1	4,2	11,8	23,4
2.Vj.	470,9	447,3	157,0	44,2	26,7	12,8	190,6	4,2	11,9	23,6
3.Vj.	477,0	453,1	156,8	45,2	27,3	12,9	194,6	4,3	12,0	23,9
4.Vj.	493,3	467,6	156,6	49,3	27,3	14,5	202,6	4,3	13,0	25,8
2014 1.Vj.	501,5	475,2	159,9	50,0	27,2	15,0	206,4	4,5	12,4	26,3
2.Vj.	512,5	486,0	160,4	52,7	27,2	15,1	213,7	4,5	12,5	26,5

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. * Bewertung der Wertpapierpositionen zu Zeitwerten, der übrigen Positionen zu Buchwerten. Werte für das 1. Vj. 2014 wurden revidiert. 1 Einschl. Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Pfandbriefe von Kreditinstituten. 2 Einschl. Depotforderungen. 3 Einschl. Genuss-Scheine. 4 Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen“ („insurance corpora-

tions and pension funds“) des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Pensionseinrichtungen umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (Pensionskassen, Pensionsfonds, Pensionstreuhand (CTAs; ab 2010 enthalten) und öffentliche, kirchliche und kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen) sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Passiva				Versicherungstechnische Rückstellungen			Sonstige Ver- bindlichkeiten	Reinvermögen 4)
	insgesamt	Schuld- verschreibungen (einschl. Finanzderivate)	Kredite 1)	Aktien und sonstige Anteilsrechte 2)	insgesamt	Ansprüche pri- vater Haushalte aus Rückstel- lungen bei Le- bensversiche- rungen und Pen- sionseinrich- tungen 3)	Beitragsüber- träge und Rück- stellungen für eingetretene Versicherungs- fälle		
Versicherungen und Pensionseinrichtungen 5)									
2005	1 696,0	6,7	89,8	186,0	1 263,8	989,0	274,8	83,9	65,8
2006	1 771,5	8,4	91,6	210,0	1 318,8	1 049,1	269,6	81,3	61,5
2007	1 838,3	11,7	88,9	214,8	1 377,9	1 119,2	258,7	78,2	66,9
2008	1 770,6	14,7	77,0	136,0	1 396,3	1 141,5	254,8	74,7	71,8
2009	1 836,8	16,2	71,6	136,2	1 460,5	1 211,6	249,0	73,1	79,2
2010	1 961,9	17,8	72,3	137,6	1 573,3	1 318,9	254,4	71,5	89,3
2011	2 011,2	17,0	72,1	111,8	1 625,0	1 360,3	264,7	71,5	113,8
2012	2 157,2	22,4	77,1	158,9	1 703,2	1 432,0	271,2	71,4	124,0
2013	2 236,8	16,9	80,1	197,7	1 793,0	1 514,4	278,6	73,8	75,3
2012 2.Vj.	2 078,0	18,7	75,5	123,0	1 667,9	1 398,2	269,7	71,5	121,3
3.Vj.	2 124,8	19,3	77,2	141,1	1 684,5	1 414,5	270,0	71,4	131,3
4.Vj.	2 157,2	22,4	77,1	158,9	1 703,2	1 432,0	271,2	71,4	124,0
2013 1.Vj.	2 196,3	21,4	78,1	169,7	1 739,0	1 460,7	278,3	72,8	115,3
2.Vj.	2 190,5	17,8	79,0	172,1	1 751,6	1 474,0	277,6	73,1	97,0
3.Vj.	2 207,7	16,5	79,6	177,0	1 766,0	1 488,6	277,3	73,4	95,3
4.Vj.	2 236,8	16,9	80,1	197,7	1 793,0	1 514,4	278,6	73,8	75,3
2014 1.Vj.	2 289,8	16,3	83,1	191,3	1 819,9	1 537,9	282,0	71,7	107,5
2.Vj.	2 333,9	16,2	83,6	184,1	1 837,1	1 555,3	281,8	72,0	141,0
Versicherungen									
2005	1 436,7	6,7	88,4	178,9	1 025,7	751,3	274,4	81,9	55,1
2006	1 489,2	8,4	89,8	202,0	1 061,3	792,0	269,2	79,1	48,6
2007	1 526,2	11,7	86,4	206,7	1 090,1	831,7	258,3	75,7	55,6
2008	1 454,7	14,7	74,2	130,6	1 095,7	841,3	254,4	72,3	67,2
2009	1 490,3	16,2	68,3	130,8	1 136,4	887,8	248,5	71,1	67,5
2010	1 553,3	17,8	68,7	131,8	1 191,3	937,3	254,0	69,4	74,4
2011	1 584,6	17,0	68,3	107,0	1 224,3	960,1	264,2	69,6	98,3
2012	1 694,4	22,4	73,1	152,0	1 280,0	1 009,2	270,8	69,5	97,4
2013	1 743,4	16,9	75,8	188,8	1 338,3	1 060,2	278,1	71,8	51,8
2012 2.Vj.	1 635,4	18,7	71,5	117,7	1 256,4	987,1	269,3	69,7	101,4
3.Vj.	1 671,2	19,3	73,2	135,0	1 268,5	998,9	269,6	69,6	105,6
4.Vj.	1 694,4	22,4	73,1	152,0	1 280,0	1 009,2	270,8	69,5	97,4
2013 1.Vj.	1 726,1	21,4	74,0	162,3	1 308,8	1 031,0	277,8	70,9	88,6
2.Vj.	1 719,6	17,8	74,8	164,5	1 317,7	1 040,5	277,2	71,2	73,7
3.Vj.	1 730,7	16,5	75,4	169,2	1 326,8	1 050,0	276,9	71,4	71,4
4.Vj.	1 743,4	16,9	75,8	188,8	1 338,3	1 060,2	278,1	71,8	51,8
2014 1.Vj.	1 788,4	16,3	78,8	182,7	1 361,1	1 079,5	281,5	69,8	79,8
2.Vj.	1 821,4	16,2	79,2	175,7	1 372,6	1 091,2	281,3	70,0	107,7
Pensionseinrichtungen 5)									
2005	259,3	–	1,3	7,2	238,1	237,7	0,4	2,0	10,7
2006	282,3	–	1,8	8,0	257,5	257,1	0,4	2,1	12,9
2007	312,1	–	2,4	8,1	287,8	287,5	0,3	2,5	11,2
2008	315,9	–	2,8	5,4	300,6	300,2	0,4	2,4	4,7
2009	346,5	–	3,2	5,4	324,2	323,7	0,4	1,9	11,7
2010	408,5	–	3,6	5,8	382,1	381,7	0,4	2,1	15,0
2011	426,6	–	3,8	4,8	400,6	400,2	0,5	1,9	15,5
2012	462,8	–	4,1	6,9	423,3	422,8	0,4	1,9	26,6
2013	493,3	–	4,3	8,9	454,7	454,2	0,5	2,0	23,5
2012 2.Vj.	442,6	–	3,9	5,3	411,5	411,1	0,5	1,9	19,9
3.Vj.	453,6	–	4,0	6,1	416,0	415,6	0,4	1,9	25,7
4.Vj.	462,8	–	4,1	6,9	423,3	422,8	0,4	1,9	26,6
2013 1.Vj.	470,3	–	4,1	7,4	430,1	429,7	0,5	1,9	26,7
2.Vj.	470,9	–	4,2	7,5	433,9	433,5	0,5	1,9	23,3
3.Vj.	477,0	–	4,2	7,8	439,1	438,7	0,5	2,0	23,9
4.Vj.	493,3	–	4,3	8,9	454,7	454,2	0,5	2,0	23,5
2014 1.Vj.	501,5	–	4,3	8,6	458,8	458,3	0,5	2,0	27,8
2.Vj.	512,5	–	4,4	8,3	464,5	464,1	0,5	2,0	33,2

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. * Bewertung der Wertpapierpositionen zu Zeitwerten, der übrigen Positionen zu Buchwerten. Unterjährige Werte sowie Werte ab 2013 sind teilweise geschätzt. Werte für das 1. Vj. 2014 wurden revidiert. 1 Einschl. Depotverbindlichkeiten. 2 Einschl. Genuss-Scheine. 3 Einschl. Altersrückstellungen der Krankenversicherungen und Deckungsrückstellungen der Unfallversicherungen mit Beitragsrückgewähr. 4 Nach der Definition des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) berechnet sich das Reinvermögen als Summe der Aktiva abzüglich Verbindlichkeiten sowie Rückstellungen. Das Ei-

genkapital setzt sich danach aus der Summe aus Reinvermögen und der Passivposition „Aktien und sonstige Anteilsrechte“ zusammen. 5 Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen“ („insurance corporations and pension funds“) des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Pensionseinrichtungen umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (Pensionskassen, Pensionsfonds, Pensionstreuhand (CTAs; ab 2010 enthalten) und öffentliche, kirchliche und kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen) sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland

Mio €

Festverzinsliche Wertpapiere											
Zeit	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz					Erwerb				
		inländische Schuldverschreibungen 1)					Inländer				
		zu- sammen	Bank- schul- ver- schrei- bungen	Anleihen von Unter- nehmen 2) (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffent- lichen Hand 3)	aus- ländische Schuldver- schrei- bungen 4)	zu- sammen 5)	Kredit- institute einschließ- lich Bauspar- kassen 6)	Deutsche Bundesbank	übrige Sektoren 7)	Aus- länder 8)
2002	175 396	124 035	47 296	14 506	62 235	51 361	60 476	13 536	.	46 940	114 920
2003	184 679	134 455	31 404	30 262	72 788	50 224	105 557	35 748	.	69 809	79 122
2004	233 890	133 711	64 231	10 778	58 703	100 179	108 119	121 841	.	13 723	125 772
2005	252 658	110 542	39 898	2 682	67 965	142 116	94 718	61 740	.	32 978	157 940
2006	242 006	102 379	40 995	8 943	52 446	139 627	125 423	68 893	.	56 530	116 583
2007	217 798	90 270	42 034	20 123	28 111	127 528	26 762	96 476	.	123 238	244 560
2008	76 490	66 139	45 712	86 527	25 322	10 351	18 236	68 049	.	49 813	58 254
2009	70 208	538	114 902	22 709	91 655	70 747	90 154	12 973	8 645	68 536	19 945
2010	146 620	1 212	7 621	24 044	17 635	147 831	92 682	103 271	22 967	172 986	53 938
2011	36 638	13 575	46 796	850	59 521	23 064	17 173	94 793	36 805	40 814	53 811
2012	54 965	21 419	98 820	8 701	86 103	76 382	7 184	42 017	3 573	52 774	47 781
2013	11 186	101 616	117 187	153	15 415	90 429	24 256	25 778	12 708	62 744	35 442
2013 Okt.	7 451	5 582	5 401	5 716	5 266	1 869	6 018	3 717	751	10 486	1 433
Nov.	19 214	4 316	8 410	1 251	13 977	14 898	6 386	7 717	167	1 164	12 828
Dez.	38 456	39 871	24 847	4 973	10 051	1 415	4 338	4 647	1 215	1 524	34 118
2014 Jan.	6 624	2 476	3 705	3 516	4 744	4 147	4 478	4 149	1 511	1 182	11 102
Febr.	4 043	691	8 978	409	9 260	3 352	9 935	1 895	560	7 480	13 978
März	5 306	14 577	12 262	1 890	425	19 883	15 646	641	203	15 208	10 340
April	6 811	23 586	12 132	635	12 088	16 775	7 854	1 680	1 786	7 960	14 665
Mai	32 039	28 566	11 336	1 127	18 357	3 473	5 235	1 764	966	4 437	26 804
Juni	1 737	5 765	9 400	4 686	8 321	7 502	3 553	2 240	1 632	7 425	1 816
Juli	3	2 955	2 229	5 062	5 788	2 958	6 192	32	1 640	7 800	6 188
Aug.	9 038	14 890	4 695	1 327	11 523	5 853	6 643	2 744	1 666	2 233	15 680

Mio €

Aktien								
Zeit	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz			Erwerb			
		inländische Aktien 9)		ausländische Aktien 10)	Inländer			
		zu- sammen	Netto- Veräuße- rung (-)	zu- sammen 11)	Kredit- institute 6)	übrige Sektoren 12)	Ausländer 13)	
2002	39 338	9 232		30 106	18 398	23 236	41 634	20 941
2003	11 896	16 838	-	4 946	15 121	7 056	22 177	27 016
2004	3 317	10 157	-	13 474	7 432	5 045	2 387	10 748
2005	32 364	13 766		18 597	1 036	10 208	9 172	31 329
2006	26 276	9 061		17 214	7 528	11 323	3 795	18 748
2007	5 009	10 053	-	15 062	62 308	6 702	55 606	57 299
2008	29 452	11 326	-	40 778	2 743	23 079	25 822	32 194
2009	35 980	23 962		12 018	30 496	8 335	38 831	5 484
2010	37 767	20 049		17 719	36 406	7 340	29 066	1 361
2011	23 718	21 713		2 005	38 558	670	37 888	14 838
2012	19 164	5 120		14 044	18 022	10 259	7 763	1 142
2013	30 015	10 106		19 910	24 993	11 991	13 002	5 022
2013 Okt.	1 847	181		1 666	5 545	242	5 787	3 698
Nov.	1 327	153	-	1 480	4 639	347	4 986	3 312
Dez.	2 573	1 042	-	3 615	7 874	2 257	5 617	5 301
2014 Jan.	3 931	115		3 816	11 526	8 586	2 940	7 595
Febr.	4 284	599	-	4 883	9 985	11 608	1 623	5 701
März	5 095	111		4 984	9 181	10 246	1 065	4 086
April	2 250	136		2 114	12 035	9 932	2 103	9 785
Mai	9 679	868		8 811	3 517	7 328	10 845	6 162
Juni	11 395	9 015		2 380	117	168	51	11 278
Juli	3 313	1 770		1 543	6 650	3 182	3 468	3 337
Aug.	1 493	291	-	1 784	2 884	2 003	881	1 391

1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Einschl. Bundeseseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. 5 In- und ausländische Schuldverschreibungen. 6 Buchwerte; statistisch bereinigt. 7 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. Bis Ende 2008 einschließlich Deutsche Bundesbank. 8 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktions-

werte. 9 Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. 10 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. 11 In- und ausländische Aktien. 12 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. 13 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig; Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Kapitalmarkt

2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Insgesamt	Bankschuldverschreibungen 1)				Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs) 2)	Anleihen der öffentlichen Hand 3)	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben	
		zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Darlehen	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten				Sonstige Bankschuldverschreibungen
Brutto-Absatz 4)									
2002	818 725	569 232	41 496	119 880	117 506	290 353	17 574	231 923	10 313
2003	958 917	668 002	47 828	107 918	140 398	371 858	22 510	268 406	2 850
2004	990 399	688 844	33 774	90 815	162 353	401 904	31 517	270 040	12 344
2005	988 911	692 182	28 217	103 984	160 010	399 969	24 352	272 380	600
2006	925 863	622 055	24 483	99 628	139 193	358 750	29 975	273 834	69
2007	1 021 533	743 616	19 211	82 720	195 722	445 963	15 043	262 872	–
2008	1 337 337	961 271	51 259	70 520	382 814	456 676	95 093	280 974	–
2009	1 533 616	1 058 815	40 421	37 615	331 566	649 215	76 379	398 423	–
2010	1 375 138	757 754	36 226	33 539	363 828	324 160	53 654	563 731	–
2011	1 337 772	658 781	31 431	24 295	376 876	226 180	86 615	592 376	–
2012	1 340 568	702 781	36 593	11 413	446 153	208 623	63 259	574 529	–
2013	1 433 628	908 107	25 775	12 963	692 611	176 758	66 630	458 891	–
2014 Jan.	139 700	84 157	3 375	739	67 865	12 178	8 279	47 264	–
Febr.	124 699	75 356	1 798	1 693	56 175	15 689	6 962	42 382	–
März	106 104	67 913	1 311	1 140	51 987	13 474	6 396	31 795	–
April	112 584	64 982	1 556	669	50 865	11 892	8 150	39 451	–
Mai	126 094	76 179	147	1 356	58 774	15 902	5 531	44 384	–
Juni	97 623	59 724	2 532	816	42 949	13 427	3 509	34 390	–
Juli	116 843	61 883	2 752	1 431	43 306	14 394	9 710	45 250	–
Aug.	109 326	75 365	932	940	54 900	18 594	2 172	31 789	–
darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 5)									
2002	309 157	176 486	16 338	59 459	34 795	65 892	12 149	120 527	9 213
2003	369 336	220 103	23 210	55 165	49 518	92 209	10 977	138 256	2 850
2004	424 769	275 808	20 060	48 249	54 075	153 423	20 286	128 676	4 320
2005	425 523	277 686	20 862	63 851	49 842	143 129	16 360	131 479	400
2006	337 969	190 836	17 267	47 814	47 000	78 756	14 422	132 711	69
2007	315 418	183 660	10 183	31 331	50 563	91 586	13 100	118 659	–
2008	387 516	190 698	13 186	31 393	54 834	91 289	84 410	112 407	–
2009	361 999	185 575	20 235	20 490	59 809	85 043	55 240	121 185	–
2010	381 687	169 174	15 469	15 139	72 796	65 769	34 649	177 863	–
2011	368 039	153 309	13 142	8 500	72 985	58 684	41 299	173 431	–
2012	421 018	177 086	23 374	6 482	74 386	72 845	44 042	199 888	–
2013	372 805	151 797	16 482	10 007	60 662	64 646	45 244	175 765	–
2014 Jan.	47 766	19 040	1 966	678	11 913	4 483	5 450	23 277	–
Febr.	37 065	14 515	1 456	1 193	4 557	7 309	5 831	16 718	–
März	30 525	14 067	1 025	555	8 299	4 188	4 175	12 283	–
April	37 733	11 784	1 456	669	3 499	6 159	6 284	19 665	–
Mai	35 993	12 714	147	856	3 161	8 551	3 794	19 485	–
Juni	34 521	11 498	2 122	632	5 037	3 707	2 280	20 743	–
Juli	39 896	13 217	2 585	1 280	4 513	4 839	7 835	18 845	–
Aug.	21 235	8 481	717	410	1 715	5 639	463	12 291	–
Netto-Absatz 6)									
2002	131 976	56 393	7 936	– 26 806	20 707	54 561	14 306	61 277	– 44 546
2003	124 556	40 873	2 700	– 42 521	44 173	36 519	18 431	65 253	– 54 990
2004	167 233	81 860	1 039	– 52 615	50 142	83 293	18 768	66 605	– 22 124
2005	141 715	65 798	– 2 151	– 34 255	37 242	64 962	10 099	65 819	– 35 963
2006	129 423	58 336	– 12 811	– 20 150	44 890	46 410	15 605	55 482	– 19 208
2007	86 579	58 168	– 10 896	– 46 629	42 567	73 127	– 3 683	32 093	– 29 750
2008	119 472	8 517	15 052	– 65 773	25 165	34 074	82 653	28 302	– 31 607
2009	76 441	– 75 554	858	– 80 646	25 579	– 21 345	48 508	103 482	– 21 037
2010	21 566	– 87 646	– 3 754	– 63 368	28 296	– 48 822	23 748	85 464	– 10 904
2011	22 518	– 54 582	1 657	– 44 290	32 904	– 44 852	– 3 189	80 289	– 5 989
2012	– 85 298	– 100 198	– 4 177	– 41 660	– 3 259	– 51 099	– 6 401	21 298	– 2 605
2013	– 140 017	– 125 932	– 17 364	– 37 778	– 4 027	– 66 760	1 394	– 15 479	– 3 057
2014 Jan.	– 16 657	669	1 245	– 6 460	14 678	– 8 795	1	– 17 327	–
Febr.	12 134	– 8 752	1 965	– 703	– 3 936	– 2 149	4 413	16 473	– 4
März	– 16 495	– 14 777	– 862	– 956	– 9 313	– 3 646	505	– 2 223	–
April	– 17 187	– 12 316	– 18	– 1 898	– 10 837	438	5 177	– 10 048	– 2 500
Mai	31 808	12 395	– 1 996	– 614	11 034	3 971	– 257	19 671	–
Juni	– 5 487	– 5 439	– 544	– 5 692	6 003	– 5 206	– 3 862	3 813	–
Juli	– 7 850	– 7 611	– 1 612	– 992	– 3 445	– 1 562	– 5 283	– 5 522	–
Aug.	16 022	– 4 579	– 1 287	437	– 595	4 834	– 1 109	12 552	–

* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen im Statistischen Beiheft 2 Kapitalmarktstatistik, S. 63 ff. 1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Einschl. Bundes-

eisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. 4 Brutto-Absatz ist nur der Erstabsatz neu aufgelegter Wertpapiere. 5 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. 6 Brutto-Absatz minus Tilgung.

VIII. Kapitalmarkt

3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen 1)						Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
2002	2 481 220	1 563 034	155 620	649 061	222 427	535 925	36 646	881 541	247 655
2003	2 605 775	1 603 906	158 321	606 541	266 602	572 442	55 076	946 793	192 666
2004	2 773 007	1 685 766	159 360	553 927	316 745	655 734	73 844	1 013 397	170 543
2005	2 914 723	1 751 563	157 209	519 674	323 587	751 093	83 942	1 079 218	134 580
2006	3 044 145	1 809 899	144 397	499 525	368 476	797 502	99 545	1 134 701	115 373
2007	3 130 723	1 868 066	133 501	452 896	411 041	870 629	95 863	1 166 794	85 623
2008	3 250 195	1 876 583	150 302	377 091	490 641	858 550	178 515	1 195 097	54 015
2009	3 326 635	1 801 029	151 160	296 445	516 221	837 203	227 024	1 298 581	32 978
2010	3 348 201	2) 1 570 490	147 529	232 954	544 517	645 491	250 774	2) 1 526 937	22 074
2011	3 370 721	1 515 911	149 185	188 663	577 423	600 640	247 585	1 607 226	16 085
2012	3 285 422	2) 1 414 349	145 007	147 070	574 163	548 109	220 456	2) 1 650 617	13 481
2013	3 145 329	1 288 340	127 641	109 290	570 136	481 273	221 851	1 635 138	10 422
2014 Febr.	3 140 805	1 280 256	126 922	102 127	580 879	470 329	226 265	1 634 283	10 419
März	3 124 310	1 265 480	126 060	101 171	571 566	466 683	226 770	1 632 060	10 419
April	3 107 123	1 253 164	126 042	99 273	560 728	467 121	231 947	1 622 012	7 919
Mai	3 138 932	1 265 558	124 045	98 659	571 762	471 092	231 690	1 641 683	7 919
Juni	3 133 444	1 260 119	123 501	92 967	577 765	465 886	227 829	1 645 496	7 919
Juli	3 125 595	1 252 508	121 889	91 975	574 320	464 324	233 112	1 639 975	7 919
Aug.	3 141 617	1 257 088	120 602	92 412	574 915	469 158	232 002	1 652 527	7 919

Aufgliederung nach Restlaufzeiten 3)

Stand Ende: August 2014

bis unter 2	1 231 649	590 703	52 027	44 430	247 945	246 300	52 674	588 271	2 588
2 bis unter 4	633 034	284 039	31 184	24 737	141 950	86 167	34 857	314 140	1 876
4 bis unter 6	441 926	165 056	22 346	11 424	83 550	47 737	40 630	236 241	204
6 bis unter 8	270 918	90 479	9 219	5 924	49 387	25 948	18 270	162 169	341
8 bis unter 10	229 733	46 659	4 343	3 214	20 510	18 592	16 194	166 880	1 333
10 bis unter 15	74 707	25 476	1 329	2 232	12 304	9 611	6 803	42 427	599
15 bis unter 20	64 403	11 099	25	247	5 362	5 466	3 167	50 136	10
20 und darüber	195 246	43 577	128	204	13 908	29 337	59 406	92 262	967

* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. 1 Ohne dem Treuhänder zur zeitweiligen Verwahrung übergebene Stücke. 2 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. 3 Gerechnet

vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit bei gesamt-fälligen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamt-fälligen Schuldverschreibungen.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichtszeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichtszeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von								Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitalisierung) Stand am Ende des Berichtszeitraums 2)
			Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen 1)	Ausgabe von Kapitalberichtsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, Kuxen, GmbH-Anteilen u.Ä.	Verschmelzung und Vermögensübertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalherabsetzung und Auflösung		
2002	168 716	2 528	4 307	1 291	486	1 690	868	2 152	2 224	647 492	
2003	162 131	6 585	4 482	923	211	513	322	10 806	1 584	851 001	
2004	164 802	2 669	3 960	1 566	276	696	220	1 760	2 286	887 217	
2005	163 071	1 733	2 470	1 040	694	268	1 443	3 060	1 703	1 058 532	
2006	163 764	695	2 670	3 347	604	954	1 868	1 256	3 761	1 279 638	
2007	164 560	799	3 164	1 322	200	269	682	1 847	1 636	1 481 930	
2008	168 701	4 142	5 006	1 319	152	0	428	608	1 306	830 622	
2009	175 691	6 989	12 476	398	97	97	3 741	1 269	974	927 256	
2010	174 596	1 096	3 265	497	178	10	486	993	3 569	1 091 220	
2011	177 167	2 570	6 390	552	462	9	552	762	3 532	924 214	
2012	178 617	1 449	3 046	129	570	9	478	594	2 411	1 150 188	
2013	171 741	6 879	2 971	718	476	9	1 432	619	8 992	1 432 658	
2014 Febr.	171 638	22	131	0	17	9	3	143	24	1 439 031	
März	171 576	62	96	200	0	9	81	246	30	1 435 810	
April	171 385	191	100	36	1	9	215	62	52	1 428 621	
Mai	171 398	13	52	153	4	9	5	81	120	1 455 934	
Juni	172 946	1 548	1 434	20	233	9	7	24	108	1 445 714	
Juli	173 470	524	668	255	31	9	48	219	164	1 409 428	
Aug.	173 650	180	189	474	9	9	145	115	223	1 389 822	

* Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. 2 Einbezogen sind Gesellschaften, deren Aktien zum Regulierte Markt (mit dessen Einführung wurde am 1. November 2007 die Unterteilung der organisierten Zulassungssegmente in den Amtlichen und Regelierte Markt aufge-

hoben) oder zum Neuen Markt (Börsensegment wurde am 24. März 2003 eingestellt) zugelassen sind; ferner auch Gesellschaften, deren Aktien im Open Market (Freiverkehr) gehandelt werden. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausgebergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG.

VIII. Kapitalmarkt

5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten 1)							Indizes 2) 3)			
	insgesamt	Anleihen der öffentlichen Hand			Bank-schuldverschreibungen		Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Renten		Aktien	
		zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre		Deutscher Renten-index (REX)	iBoxx-€-Deutschland-Kursindex	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktien-index (DAX)
			zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren 4)							
% p.a.							Tagesdurchschnittskurs	Ende 1998=100	Ende 1987=100	Ende 1987=1000	
2002	4,7	4,6	4,6	4,8	4,7	5,1	6,0	117,56	97,80	188,46	2 892,63
2003	3,7	3,8	3,8	4,1	3,7	4,3	5,0	117,36	97,09	252,48	3 965,16
2004	3,7	3,7	3,7	4,0	3,6	4,2	4,0	120,19	99,89	268,32	4 256,08
2005	3,1	3,2	3,2	3,4	3,1	3,5	3,7	120,92	101,09	335,59	5 408,26
2006	3,8	3,7	3,7	3,8	3,8	4,0	4,2	116,78	96,69	407,16	6 596,92
2007	4,3	4,3	4,2	4,2	4,4	4,5	5,0	114,85	94,62	478,65	8 067,32
2008	4,2	4,0	4,0	4,0	4,5	4,7	6,3	121,68	102,06	266,33	4 810,20
2009	3,2	3,1	3,0	3,2	3,5	4,0	5,5	123,62	100,12	320,32	5 957,43
2010	2,5	2,4	2,4	2,7	2,7	3,3	4,0	124,96	102,95	368,72	6 914,19
2011	2,6	2,4	2,4	2,6	2,9	3,5	4,3	131,48	109,53	304,60	5 898,35
2012	1,4	1,3	1,3	1,5	1,6	2,1	3,7	135,11	111,18	380,03	7 612,39
2013	1,4	1,3	1,3	1,6	1,3	2,1	3,4	132,11	105,92	466,53	9 552,16
2014 April	1,3	1,3	1,3	1,5	1,1	2,0	3,3	134,91	108,60	465,58	9 603,23
Mai	1,2	1,2	1,2	1,3	1,0	1,9	3,2	136,00	109,49	474,47	9 943,27
Juni	1,1	1,1	1,1	1,3	0,9	1,8	3,0	136,38	109,92	469,36	9 833,07
Juli	1,0	1,0	1,0	1,1	0,8	1,6	2,8	136,83	110,37	447,74	9 407,48
Aug.	0,9	0,9	0,9	1,0	0,7	1,5	2,7	138,12	112,28	450,83	9 470,17
Sept.	0,8	0,8	0,8	0,9	0,7	1,4	2,7	137,92	111,89	449,76	9 474,30

1 Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.Ä., Schuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Anleihen, die nicht in Euro denominiert sind. Die Gruppenrenditen für die Wertpapier-

arten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. 3 Quelle: Deutsche Börse AG. 4 Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt.

6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Zeit	Absatz											Erwerb				
	Absatz = Erwerb insgesamt	inländische Fonds 1) (Mittelaufkommen)						ausländische Fonds 4)	Inländer				Ausländer 5)			
		zusammen	Publikumsfonds		Geldmarktfonds	Wertpapierfonds	Offene Immobilienfonds		Spezialfonds	zusammen	Kreditinstitute 2) einschl. Bausparkassen			übrige Sektoren 3)		
			zusammen	darunter							darunter ausländische Anteile	darunter ausländische Anteile				
2002	66 571	59 482	25 907	3 682	7 247	14 916	33 575	7 089	67 251	2 100	3 007	65 151	4 082	- 680		
2003	47 754	43 943	20 079	- 924	7 408	14 166	23 864	3 811	49 547	- 2 658	734	52 205	3 077	- 1 793		
2004	14 435	1 453	- 3 978	- 6 160	- 1 246	3 245	5 431	12 982	10 267	8 446	3 796	1 821	9 186	4 168		
2005	85 268	41 718	6 400	- 124	7 001	- 3 186	35 317	43 550	79 252	21 290	7 761	57 962	35 789	6 016		
2006	47 264	19 535	- 14 257	490	- 9 362	- 8 814	33 791	27 729	39 006	14 676	5 221	24 330	22 508	8 258		
2007	55 778	13 436	- 7 872	- 4 839	- 12 848	6 840	21 307	42 342	51 309	- 229	4 240	51 538	38 102	4 469		
2008	2 598	- 7 911	- 14 409	- 12 171	- 11 149	799	6 498	10 509	11 315	- 16 625	- 9 252	27 940	19 761	- 8 717		
2009	49 929	43 747	10 966	- 5 047	11 749	2 686	32 780	6 182	38 132	- 14 995	- 8 178	53 127	14 361	11 796		
2010	106 190	84 906	13 381	- 148	8 683	1 897	71 345	21 284	102 591	3 873	6 290	98 718	14 994	3 598		
2011	46 497	45 221	- 1 340	- 379	- 2 037	1 562	46 561	1 277	39 401	- 7 576	- 694	46 977	1 970	7 095		
2012	111 639	89 942	2 084	- 1 036	97	3 450	87 859	21 696	115 438	- 3 062	- 1 562	118 500	23 257	- 3 799		
2013	122 658	91 337	9 184	- 574	5 596	3 376	82 153	31 321	116 657	771	100	115 886	31 220	6 001		
2014 Febr.	12 757	8 445	2 163	- 52	2 426	114	6 282	4 312	12 737	- 99	243	12 836	4 069	20		
März	13 527	10 588	- 173	- 205	- 558	192	10 761	2 939	14 325	121	322	14 204	2 617	- 798		
April	5 268	2 764	192	14	- 254	181	2 573	2 504	8 707	2 236	- 731	6 471	3 235	- 3 439		
Mai	7 434	6 762	1 519	- 20	1 081	158	5 243	672	4 590	- 2 624	- 220	7 214	892	2 845		
Juni	10 089	4 615	766	- 80	224	290	3 849	5 473	8 840	849	1 001	7 991	4 472	1 249		
Juli	13 042	8 609	1 430	- 33	1 069	86	7 179	4 433	13 417	504	- 4	12 913	4 437	- 375		
Aug.	11 586	9 452	2 328	- 61	1 965	88	7 124	2 134	11 442	- 278	- 325	11 720	2 459	144		

1 Einschl. Investmentaktiengesellschaften. 2 Buchwerte. 3 Als Rest errechnet. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. 5 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-)

inländischer Investmentfondsanteile durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2011	2012	2013	2013				2014	
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.
Geldvermögensbildung									
Bargeld und Einlagen	-23,78	-34,16	- 9,11	- 59,39	- 22,36	53,54	19,10	- 37,51	- 2,59
Schuldverschreibungen insgesamt	4,86	- 2,65	0,28	1,16	- 2,02	1,70	- 0,56	1,33	0,28
kurzfristige Schuldverschreibungen	2,15	- 2,61	1,56	1,79	- 0,63	0,78	- 0,38	1,79	- 0,13
langfristige Schuldverschreibungen	2,71	- 0,03	- 1,28	- 0,62	- 1,39	0,92	- 0,18	- 0,46	0,41
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	1,55	- 4,87	- 1,27	0,68	- 1,55	0,70	- 1,10	- 0,26	1,05
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	.	0,81	1,06	- 0,11	0,41	- 0,55	0,03	0,34
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	.	- 2,14	- 0,16	- 1,65	- 0,09	- 0,25	- 0,37	0,05
Staat	.	.	0,07	- 0,22	0,21	0,38	- 0,31	0,08	0,66
Schuldverschreibungen des Auslands	3,32	2,22	1,55	0,48	- 0,47	0,99	0,54	1,59	- 0,77
Kredite insgesamt	3,25	2,37	-10,01	4,76	- 0,18	3,68	- 18,27	6,81	- 1,93
kurzfristige Kredite	11,09	- 5,46	8,32	9,22	- 1,63	2,12	- 1,40	7,81	0,13
langfristige Kredite	- 7,84	7,83	-18,33	- 4,46	1,45	1,56	- 16,87	- 1,00	- 2,07
nachrichtlich:									
Kredite an inländische Sektoren	- 1,05	14,23	-19,56	- 1,02	- 9,21	2,95	- 12,28	4,88	0,75
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	0,81	8,94	-16,55	- 1,00	- 7,63	2,32	- 10,24	3,92	1,29
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 2,53	4,79	- 3,22	- 0,08	- 1,63	0,57	- 2,09	0,96	- 0,53
Staat	0,67	0,50	0,21	0,05	0,05	0,05	0,05	0,00	0,00
Kredite an das Ausland	4,31	-11,86	9,54	5,78	9,03	0,74	- 6,00	1,93	- 2,69
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	35,45	42,42	34,51	19,26	- 2,15	9,69	7,72	15,92	13,49
Anteilsrechte insgesamt	49,96	42,24	21,25	12,90	- 6,70	8,20	6,85	10,36	6,91
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	.	.	8,70	4,07	0,58	2,99	1,05	- 0,93	- 0,69
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	.	9,65	4,39	1,12	3,03	1,11	- 0,94	- 0,79
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	.	- 0,95	- 0,32	- 0,53	- 0,04	- 0,06	0,02	0,10
Börsennotierte Aktien des Auslands	.	.	13,01	0,30	7,63	2,33	2,75	2,47	6,22
Übrige Anteilsrechte 1)	47,99	43,74	- 0,28	8,93	- 15,13	2,88	3,05	8,82	1,38
Anteile an Investmentfonds	8,25	- 0,20	7,65	3,66	0,19	1,45	2,35	1,17	- 2,18
Geldmarktfonds	0,29	0,03	- 0,15	- 0,03	- 0,07	0,22	- 0,27	0,48	- 0,16
Sonstige Investmentfonds	7,96	- 0,22	7,80	3,69	0,26	1,23	2,62	0,68	- 2,02
Versicherungstechnische Rückstellungen	- 0,15	- 0,21	- 0,26	- 0,08	- 0,06	- 0,06	- 0,06	- 0,10	- 0,08
Finanzderivate	-13,52	0,74	6,44	1,92	2,38	1,54	0,61	- 1,20	1,00
Sonstige Forderungen	63,59	101,72	122,59	31,14	16,40	65,74	9,31	1,36	- 22,65
Insgesamt	69,71	110,23	144,44	- 1,22	- 8,00	135,82	17,84	- 13,39	- 12,49
Außenfinanzierung									
Schuldverschreibungen insgesamt	7,57	18,72	12,78	9,11	3,22	- 0,49	0,94	1,18	- 6,30
kurzfristige Schuldverschreibungen	4,89	- 1,58	- 1,12	5,28	- 1,03	- 1,24	- 4,13	- 2,75	- 6,35
langfristige Schuldverschreibungen	2,68	20,30	13,90	3,84	4,24	0,75	5,07	3,93	0,05
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	.	.	5,29	3,33	0,50	1,23	0,23	2,45	1,78
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	.	0,81	1,06	- 0,11	0,41	- 0,55	0,03	0,34
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	.	3,03	1,65	0,58	0,05	0,77	2,31	1,11
Staat	.	.	- 0,05	0,00	- 0,02	- 0,04	0,00	- 0,01	0,00
Private Haushalte	.	.	1,50	0,63	0,05	0,81	0,01	0,11	0,32
Schuldverschreibungen des Auslands	.	.	7,49	5,78	2,71	- 1,72	0,71	- 1,26	- 8,07
Kredite insgesamt	39,73	-11,15	- 0,41	11,87	7,11	- 16,68	- 2,71	19,17	21,96
kurzfristige Kredite	33,37	-19,63	- 3,29	5,02	5,61	- 16,54	2,63	8,84	13,71
langfristige Kredite	6,35	8,48	2,88	6,86	1,50	- 0,14	- 5,34	10,33	8,25
nachrichtlich:									
Kredite von inländischen Sektoren	32,67	-18,49	-32,20	3,82	- 6,93	- 12,27	- 16,81	25,97	18,98
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	0,81	8,94	-16,55	- 1,00	- 7,63	2,32	- 10,24	3,92	1,29
finanzielle Kapitalgesellschaften	10,90	- 5,58	10,41	10,43	6,48	1,94	- 8,44	15,23	8,62
Staat	20,96	-21,85	-26,06	- 5,62	- 5,78	- 16,53	1,87	6,82	9,07
Kredite aus dem Ausland	17,68	21,77	31,74	4,65	15,83	- 3,16	14,42	- 3,52	6,76
Anteilsrechte insgesamt	26,77	12,29	11,99	1,63	2,19	1,35	6,81	2,31	2,88
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	.	.	- 4,54	5,29	- 4,91	2,10	- 7,01	3,35	- 0,34
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	.	9,65	4,39	1,12	3,03	1,11	- 0,94	- 0,79
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	.	- 5,02	2,50	- 5,57	2,03	- 3,98	4,41	- 0,01
Staat	.	.	- 0,95	- 0,02	- 0,86	- 0,06	- 0,01	0,03	- 0,01
Private Haushalte	.	.	- 8,21	- 1,58	- 0,40	- 2,90	- 4,13	- 0,15	0,47
Börsennotierte Aktien des Auslands	.	.	7,87	- 4,66	6,41	- 2,27	8,39	- 2,73	2,21
Übrige Anteilsrechte 1)	18,46	8,99	8,65	1,01	0,69	1,52	5,43	1,69	1,01
Versicherungstechnische Rückstellungen	6,38	7,69	6,00	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	14,83	8,09	3,72	- 8,90	14,96	1,68	- 4,03	5,44	5,82
Sonstige Verbindlichkeiten	46,66	28,22	-12,49	- 1,20	- 16,92	16,90	- 11,27	- 2,48	- 0,92
Insgesamt	141,94	63,85	21,59	14,02	12,06	4,26	- 8,76	27,12	24,94

1 Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2011	2012	2013	2013				2014	
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.
Geldvermögen									
Bargeld und Einlagen	380,3	416,8	411,9	372,7	359,1	395,4	411,9	373,1	359,5
Schuldverschreibungen insgesamt	49,6	48,8	48,2	50,0	47,4	48,9	48,2	49,7	50,2
kurzfristige Schuldverschreibungen	6,3	3,6	5,1	5,4	4,7	5,5	5,1	6,9	6,8
langfristige Schuldverschreibungen	43,3	45,2	43,0	44,6	42,7	43,4	43,0	42,8	43,4
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	.	.	24,6	27,0	25,2	25,8	24,6	24,4	25,5
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	.	4,7	5,0	4,8	5,2	4,7	4,7	5,0
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	.	13,8	16,0	14,3	14,1	13,8	13,5	13,6
Staat	.	.	6,1	6,0	6,1	6,5	6,1	6,2	6,9
Schuldverschreibungen des Auslands	.	.	23,6	23,0	22,2	23,1	23,6	25,3	24,7
Kredite insgesamt	347,1	349,4	339,4	354,2	354,0	357,7	339,4	346,2	344,3
kurzfristige Kredite	233,9	228,4	236,7	237,6	236,0	238,1	236,7	244,5	244,7
langfristige Kredite	113,2	121,0	102,7	116,5	118,0	119,6	102,7	101,7	99,6
nachrichtlich:									
Kredite an inländische Sektoren	238,7	252,9	233,4	251,9	242,7	245,6	233,4	238,2	239,0
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	190,8	199,8	183,2	198,8	191,1	193,4	183,2	187,1	188,4
finanzielle Kapitalgesellschaften	42,1	46,9	43,6	46,8	45,2	45,7	43,6	44,6	44,1
Staat	5,8	6,3	6,5	6,3	6,4	6,5	6,5	6,5	6,5
Kredite an das Ausland	108,4	96,5	106,1	102,3	111,3	112,1	106,1	108,0	105,3
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	1 436,5	1 597,6	1 756,5	1 647,4	1 607,5	1 669,4	1 756,5	1 761,3	1 780,1
Anteilsrechte insgesamt	1 313,3	1 468,7	1 618,4	1 513,2	1 475,6	1 533,8	1 618,4	1 620,4	1 638,2
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	.	.	275,4	226,2	235,2	251,9	275,4	266,3	266,0
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	.	269,8	221,2	230,1	246,7	269,8	260,5	260,5
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	.	5,7	5,0	5,1	5,2	5,7	5,7	5,5
Börsennotierte Aktien des Auslands	.	.	63,8	50,6	57,8	60,8	63,8	66,9	73,3
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	1 084,2	1 199,7	1 279,2	1 236,5	1 182,6	1 221,1	1 279,2	1 287,3	1 298,9
Anteile an Investmentfonds	123,1	129,0	138,1	134,1	131,9	135,6	138,1	140,9	141,9
Geldmarktfonds	-	-	1,1	1,1	1,1	1,4	1,1	1,6	1,5
Sonstige Investmentfonds	123,1	129,0	137,0	133,1	130,8	134,2	137,0	139,3	140,4
Versicherungstechnische Rückstellungen	41,9	43,3	44,7	43,6	44,0	44,3	44,7	45,1	45,4
Finanzderivate	17,2	18,1	16,8	17,6	17,6	17,7	16,8	14,2	14,0
Sonstige Forderungen	790,9	829,6	857,0	862,4	841,0	852,5	857,0	835,3	818,6
Insgesamt	3 063,4	3 303,6	3 474,4	3 347,8	3 270,6	3 385,9	3 474,4	3 424,8	3 412,1
Verbindlichkeiten									
Schuldverschreibungen insgesamt	110,7	130,9	138,9	139,6	141,3	137,5	138,9	142,5	138,0
kurzfristige Schuldverschreibungen	16,1	14,6	13,4	19,8	18,8	17,6	13,4	10,7	4,4
langfristige Schuldverschreibungen	94,6	116,3	125,4	119,8	122,4	119,9	125,4	131,8	133,6
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	.	.	51,7	50,2	50,2	51,4	51,7	55,3	58,0
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	.	4,7	5,0	4,8	5,2	4,7	4,7	5,0
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	.	31,4	29,6	30,4	30,4	31,4	34,9	36,8
Staat	.	.	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Private Haushalte	.	.	15,6	15,5	14,9	15,7	15,6	15,7	16,2
Schuldverschreibungen des Auslands	.	.	87,2	89,4	91,0	86,1	87,2	87,2	80,0
Kredite insgesamt	1 304,6	1 319,7	1 345,1	1 337,1	1 350,0	1 343,5	1 345,1	1 358,0	1 382,8
kurzfristige Kredite	386,2	381,7	394,0	392,4	403,1	400,1	394,0	404,3	422,0
langfristige Kredite	918,3	938,1	951,1	944,8	946,9	943,4	951,1	953,6	960,8
nachrichtlich:									
Kredite von inländischen Sektoren	1 048,2	1 041,6	1 035,2	1 054,4	1 051,5	1 048,1	1 035,2	1 051,7	1 069,7
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	190,8	199,8	183,2	198,8	191,1	193,4	183,2	187,1	188,4
finanzielle Kapitalgesellschaften	810,5	796,5	789,1	807,2	812,9	798,7	789,1	802,2	811,9
Staat	46,9	45,4	63,0	48,4	47,4	56,0	63,0	62,3	69,4
Kredite aus dem Ausland	256,3	278,1	309,8	282,8	298,6	295,4	309,8	306,3	313,1
Anteilsrechte insgesamt	1 851,9	2 124,3	2 426,0	2 182,7	2 143,5	2 259,1	2 426,0	2 435,8	2 458,1
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	.	.	567,9	484,6	486,0	525,0	567,9	565,0	569,4
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	.	269,8	221,2	230,1	246,7	269,8	260,5	260,5
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	.	120,3	107,5	101,6	113,0	120,3	124,4	125,6
Staat	.	.	31,2	24,4	24,4	28,0	31,2	30,5	32,0
Private Haushalte	.	.	146,6	131,6	129,8	137,3	146,6	149,6	151,2
Börsennotierte Aktien des Auslands	.	.	674,8	543,8	552,5	594,2	674,8	684,2	696,5
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	1 048,6	1 129,3	1 183,4	1 154,3	1 105,0	1 139,9	1 183,4	1 186,7	1 192,2
Versicherungstechnische Rückstellungen	229,8	237,5	243,5	239,0	240,5	242,0	243,5	245,0	246,5
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	31,9	40,2	37,3	26,0	47,5	45,1	37,3	39,5	42,0
Sonstige Verbindlichkeiten	909,2	929,4	928,4	947,2	909,6	918,8	928,4	907,4	907,3
Insgesamt	4 438,0	4 782,0	5 119,2	4 871,6	4 832,3	4 946,0	5 119,2	5 128,2	5 174,6

¹ Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2011	2012	2013	2013				2014	
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.
Geldvermögensbildung									
Bargeld und Einlagen	57,45	74,59	66,59	8,81	18,50	10,20	29,08	13,04	19,18
Bargeld	- 2,53	0,12	10,81	2,62	4,30	3,81	0,07	5,27	3,52
Einlagen insgesamt	59,98	74,47	55,79	6,19	14,20	6,39	29,01	7,77	15,67
Sichteinlagen	33,64	90,08	89,41	18,45	25,65	16,37	28,95	8,42	19,91
Termineinlagen	17,75	- 5,21	- 9,78	- 3,97	- 2,34	- 4,94	1,47	2,37	1,31
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	8,60	-10,39	-23,85	- 8,28	- 9,12	- 5,04	- 1,40	- 3,03	- 5,56
Schuldverschreibungen insgesamt	- 3,03	-17,39	-17,81	- 6,74	- 6,21	- 2,39	- 2,47	- 2,12	- 2,52
kurzfristige Schuldverschreibungen	0,07	- 0,26	- 0,36	0,10	0,01	- 0,28	- 0,20	0,11	- 0,08
langfristige Schuldverschreibungen	- 3,10	-17,13	-17,45	- 6,84	- 6,22	- 2,11	- 2,28	- 2,24	- 2,44
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren			-14,86	- 4,47	- 5,26	- 2,61	- 2,53	- 2,27	- 2,64
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften			1,24	0,55	0,00	0,75	- 0,07	0,09	0,27
finanzielle Kapitalgesellschaften			-12,46	- 4,10	- 4,26	- 2,31	- 1,79	- 1,77	- 2,25
Staat			- 3,64	- 0,92	- 1,00	- 1,05	- 0,67	- 0,60	- 0,65
Schuldverschreibungen des Auslands			- 2,94	- 2,27	- 0,95	0,22	0,06	0,15	0,12
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	6,79	- 3,51	9,63	9,33	6,34	- 2,15	- 3,89	8,19	10,69
Anteilsrechte insgesamt	19,41	- 0,08	- 0,41	4,07	2,94	- 3,05	- 4,36	3,44	3,79
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren			- 5,63	1,65	1,10	- 3,49	- 4,89	0,51	2,07
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften			- 5,29	1,41	0,32	- 2,88	- 4,13	- 0,15	0,44
finanzielle Kapitalgesellschaften			- 0,35	- 4,47	- 5,26	- 2,61	- 2,53	0,66	1,63
Börsennotierte Aktien des Auslands			2,99	1,60	0,71	0,18	0,50	1,91	0,65
Übrige Anteilsrechte 1)	5,63	2,58	2,24	0,81	1,13	0,26	0,03	1,02	1,06
Anteile an Investmentfonds	-12,63	- 3,42	10,04	5,27	3,40	0,90	0,47	4,75	6,91
Geldmarktfonds	- 0,37	0,65	- 0,30	- 0,26	- 0,16	- 0,02	0,14	- 0,20	- 0,16
Sonstige Investmentfonds	-12,26	- 4,07	10,34	5,53	3,56	0,92	0,33	4,95	7,07
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	13,12	19,87	16,73	4,76	4,22	3,88	3,88	3,84	3,77
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	13,05	29,66	33,45	15,56	9,11	4,73	4,06	13,66	6,24
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	34,88	32,48	31,34	7,20	6,48	6,70	10,95	10,33	8,38
Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Forderungen 2)	21,33	11,15	7,08	7,03	- 2,16	10,42	- 8,20	- 0,41	- 9,69
Insgesamt	143,59	146,85	147,02	45,95	36,28	31,39	33,40	46,52	36,06
Außenfinanzierung									
Kredite insgesamt	11,57	15,08	11,38	- 3,66	5,70	8,81	0,54	0,47	5,93
kurzfristige Kredite	- 2,13	- 1,16	- 3,27	- 1,52	- 0,36	0,04	- 1,43	0,83	0,50
langfristige Kredite	13,70	16,24	14,65	- 2,15	6,06	8,76	1,97	- 0,35	5,43
nachrichtlich:									
Wohnungsbaukredite	11,24	18,02	18,27	0,93	5,26	8,40	3,68	0,86	5,75
Konsumentenkredite	5,22	- 0,99	- 0,30	- 2,65	1,85	1,69	- 1,19	1,46	0,13
Gewerbliche Kredite	- 4,90	- 1,95	- 6,59	- 1,95	- 1,41	- 1,28	- 1,95	- 1,84	0,04
nachrichtlich:									
Kredite von Monetären Finanzinstituten	9,10	15,17	12,60	- 3,04	5,26	8,31	2,07	- 0,99	6,10
Kredite von sonstigen Finanzinstituten	2,47	- 0,08	- 1,22	- 0,63	0,44	0,50	- 1,53	1,46	- 0,17
Kredite vom Staat und Ausland	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Finanzderivate	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	1,60	1,36	0,32	0,17	0,06	0,02	0,08	0,23	- 0,01
Insgesamt	13,16	16,44	11,71	- 3,50	5,76	8,82	0,62	0,70	5,92

1 Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. 2 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

IX. Finanzierungsrechnung

4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2011	2012	2013	2013				2014	
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.
Geldvermögen									
Bargeld und Einlagen	1 772,2	1 847,8	1 914,2	1 856,4	1 874,9	1 885,1	1 914,2	1 926,9	1 946,1
Bargeld	104,5	104,6	115,4	107,2	111,5	115,3	115,4	120,7	124,2
Einlagen insgesamt	1 667,7	1 743,2	1 798,8	1 749,2	1 763,4	1 769,8	1 798,8	1 806,2	1 821,9
Sichteinlagen	727,1	818,3	907,8	836,8	862,5	878,8	907,8	916,0	935,9
Termineinlagen	261,2	255,9	245,9	251,7	249,4	244,4	245,9	248,2	249,5
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	679,4	669,0	645,1	660,7	651,6	646,5	645,1	642,1	636,5
Schuldverschreibungen insgesamt	211,0	200,1	179,0	193,1	184,1	182,0	179,0	177,7	176,4
kurzfristige Schuldverschreibungen	3,1	3,1	2,7	3,1	3,1	2,8	2,7	2,8	2,8
langfristige Schuldverschreibungen	208,0	197,0	176,3	190,0	181,0	179,2	176,3	174,9	173,6
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren			116,9	129,2	122,3	119,8	116,9	115,1	112,9
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften			14,2	14,2	13,6	14,4	14,2	14,2	14,7
finanzielle Kapitalgesellschaften			90,7	99,9	94,7	92,5	90,7	89,4	87,4
Staat			12,0	15,1	13,9	12,9	12,0	11,5	10,9
Schuldverschreibungen des Auslands			62,0	63,9	61,8	62,2	62,0	62,7	63,4
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	759,3	820,2	885,9	845,5	835,6	857,2	885,9	901,6	923,4
Anteilsrechte insgesamt	403,8	446,8	487,6	458,8	453,6	467,8	487,6	496,3	502,8
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren			167,4	149,4	148,4	156,5	167,4	170,5	171,5
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften			140,4	125,9	124,5	131,7	140,4	143,3	144,9
finanzielle Kapitalgesellschaften			26,9	23,5	23,9	24,8	26,9	27,1	26,6
Börsennotierte Aktien des Auslands			55,8	51,0	49,4	52,7	55,8	57,9	60,6
Übrige Anteilsrechte 1)	237,4	255,7	264,4	258,4	255,7	258,7	264,4	267,9	270,7
Anteile an Investmentfonds	355,5	373,4	398,3	386,7	382,0	389,4	398,3	405,3	420,6
Geldmarktfonds	23,5	23,9	4,4	3,0	4,3	4,3	4,4	4,2	4,1
Sonstige Investmentfonds	332,0	349,5	393,8	383,7	377,7	385,1	393,8	401,0	416,5
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	266,2	283,1	297,5	286,8	290,4	293,9	297,5	301,3	305,1
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	774,3	809,1	845,6	825,9	835,8	841,1	845,6	860,1	867,0
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	641,3	675,6	706,1	683,1	689,2	695,4	706,1	715,0	721,9
Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Forderungen 2)	38,4	37,1	36,5	37,0	37,0	36,7	36,5	36,5	36,5
Insgesamt	4 462,7	4 672,9	4 864,8	4 727,8	4 747,1	4 791,5	4 864,8	4 919,2	4 976,4
Verbindlichkeiten									
Kredite insgesamt	1 523,9	1 537,9	1 548,4	1 534,3	1 539,9	1 548,0	1 548,4	1 548,9	1 554,8
kurzfristige Kredite	72,8	71,5	66,4	69,1	68,8	68,7	66,4	67,2	67,7
langfristige Kredite	1 451,0	1 466,4	1 482,0	1 465,2	1 471,2	1 479,4	1 482,0	1 481,6	1 487,1
nachrichtlich:									
Wohnungsbaukredite	1 053,4	1 072,2	1 091,7	1 073,7	1 079,4	1 087,9	1 091,7	1 092,6	1 098,4
Konsumentenkredite	200,4	194,3	188,7	190,7	191,9	190,2	188,7	190,1	189,9
Gewerbliche Kredite	270,1	271,4	268,0	269,8	268,6	270,0	268,0	266,2	266,5
nachrichtlich:									
Kredite von Monetären Finanzinstituten	1 432,5	1 446,6	1 458,4	1 443,6	1 448,8	1 456,4	1 458,4	1 457,4	1 463,5
Kredite von sonstigen Finanzinstituten	91,3	91,3	90,0	90,6	91,1	91,6	90,0	91,5	91,3
Kredite vom Staat und Ausland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzderivate	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	13,1	14,9	15,5	17,1	16,1	16,2	15,5	16,8	16,6
Insgesamt	1 536,9	1 552,8	1 563,9	1 551,4	1 556,0	1 564,3	1 563,9	1 565,7	1 571,4

1 Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. 2 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in Maastricht-Abgrenzung

Zeit	Mrd €					in % des BIP				
	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherungen	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherungen
Finanzierungssaldo ¹⁾										
2008	- 0,5	- 14,7	- 1,5	+ 9,3	+ 6,4	- 0,0	- 0,6	- 0,1	+ 0,4	+ 0,3
2009	- 74,5	- 38,0	- 19,3	- 2,7	- 14,4	- 3,0	- 1,5	- 0,8	- 0,1	- 0,6
2010 ²⁾	- 104,8	- 82,2	- 20,4	- 6,2	+ 3,9	- 4,1	- 3,2	- 0,8	- 0,2	+ 0,2
2011 p)	- 23,3	- 27,1	- 13,0	+ 1,4	+ 15,4	- 0,9	- 1,0	- 0,5	+ 0,1	+ 0,6
2012 p)	+ 2,6	- 14,7	- 5,7	+ 4,7	+ 18,3	+ 0,1	- 0,5	- 0,2	+ 0,2	+ 0,7
2013 p)	+ 4,2	- 4,5	- 2,8	+ 5,3	+ 6,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2
2012 1.Hj. p)	+ 9,4	- 6,1	- 0,5	+ 4,2	+ 11,8	+ 0,7	- 0,5	- 0,0	+ 0,3	+ 0,9
2.Hj. p)	- 6,8	- 8,6	- 5,2	+ 0,5	+ 6,4	- 0,5	- 0,6	- 0,4	+ 0,0	+ 0,5
2013 1.Hj. p)	+ 7,8	- 2,3	- 0,1	+ 6,2	+ 3,9	+ 0,6	- 0,2	- 0,0	+ 0,4	+ 0,3
2.Hj. p)	- 3,6	- 2,2	- 2,7	- 0,9	+ 2,2	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,1	+ 0,2
2014 1.Hj. ts)	+ 17,4	+ 4,3	- 0,0	+ 6,0	+ 7,1	+ 1,2	+ 0,3	- 0,0	+ 0,4	+ 0,5
Schuldenstand ³⁾										
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende										
2008	1 660,2	1 010,8	539,1	125,6	1,5	64,9	39,5	21,1	4,9	0,1
2009	1 778,5	1 079,7	581,3	132,0	1,3	72,4	43,9	23,7	5,4	0,1
2010 p)	2 067,4	1 318,4	628,0	137,4	1,3	80,3	51,2	24,4	5,3	0,1
2011 p)	2 095,6	1 327,4	642,8	141,8	1,3	77,6	49,2	23,8	5,3	0,0
2012 p)	2 173,6	1 372,3	671,5	145,6	1,2	79,0	49,9	24,4	5,3	0,0
2013 ts)	2 159,5	1 376,1	652,5	148,2	1,3	76,9	49,0	23,2	5,3	0,0
2012 1.Vj. p)	2 125,8	1 348,2	649,8	145,1	1,3	78,2	49,6	23,9	5,3	0,0
2.Vj. p)	2 172,0	1 377,1	669,1	144,4	1,3	79,6	50,5	24,5	5,3	0,0
3.Vj. p)	2 166,7	1 360,7	678,9	143,8	1,3	79,1	49,7	24,8	5,2	0,0
4.Vj. p)	2 173,6	1 372,3	671,5	145,6	1,2	79,0	49,9	24,4	5,3	0,0
2013 1.Vj. ts)	2 162,1	1 372,5	663,3	147,0	1,2	78,6	49,9	24,1	5,3	0,0
2.Vj. ts)	2 162,6	1 380,3	653,1	146,7	1,1	78,1	49,8	23,6	5,3	0,0
3.Vj. ts)	2 143,9	1 365,8	646,1	147,4	1,1	76,9	49,0	23,2	5,3	0,0
4.Vj. ts)	2 159,5	1 376,1	652,5	148,2	1,3	76,9	49,0	23,2	5,3	0,0
2014 1.Vj. ts)	2 147,4	1 373,0	642,4	147,5	1,2	75,6	48,3	22,6	5,2	0,0
2.Vj. ts)	2 154,7	1 381,4	640,2	148,3	1,1	75,4	48,3	22,4	5,2	0,0

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. **1** Der Finanzierungssaldo gemäß ESVG 2010 entspricht der Maastricht-Abgrenzung. **2** Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in Höhe von 4,4 Mrd €. **3** Vierteljahresangaben in

% des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen.

2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen *)

Zeit	Einnahmen				Ausgaben						Finanzierungssaldo	Nachrichtlich: Fiskalische Belastung insgesamt ¹⁾
	insgesamt	davon: Steuern	Sozialbeiträge	sonstige	insgesamt	davon: Sozialleistungen	Arbeitnehmerentgelte	Zinsen	Bruttoinvestitionen	sonstige		
Mrd €												
2008	1 111,8	585,9	412,4	113,4	1 112,3	592,5	189,1	68,5	51,4	210,8	- 0,5	1 003,1
2009	1 090,8	554,5	415,6	120,6	1 165,3	625,2	197,8	64,8	56,2	221,2	- 74,5	974,1
2010	1 110,4	556,2	426,2	128,1	²⁾ 1 215,3	634,7	203,5	63,3	58,9	²⁾ 254,8	²⁾ - 104,8	986,5
2011 p)	1 179,5	598,9	442,2	138,3	1 202,7	634,6	208,2	67,1	61,2	231,7	- 23,3	1 045,8
2012 p)	1 217,8	624,1	454,3	139,5	1 215,2	645,6	212,7	63,2	62,1	231,7	+ 2,6	1 082,9
2013 p)	1 249,4	642,5	465,4	141,6	1 245,3	666,8	217,6	56,3	62,8	241,8	+ 4,2	1 112,2
in % des BIP												
2008	43,5	22,9	16,1	4,4	43,5	23,2	7,4	2,7	2,0	8,2	- 0,0	39,2
2009	44,4	22,6	16,9	4,9	47,4	25,4	8,1	2,6	2,3	9,0	- 3,0	39,7
2010	43,1	21,6	16,5	5,0	²⁾ 47,2	24,6	7,9	2,5	2,3	²⁾ 9,9	²⁾ - 4,1	38,3
2011 p)	43,7	22,2	16,4	5,1	44,6	23,5	7,7	2,5	2,3	8,6	- 0,9	38,7
2012 p)	44,3	22,7	16,5	5,1	44,2	23,5	7,7	2,3	2,3	8,4	+ 0,1	39,4
2013 p)	44,5	22,9	16,6	5,0	44,3	23,7	7,7	2,0	2,2	8,6	+ 0,1	39,6
Zuwachsraten in %												
2008	+ 2,9	+ 3,3	+ 2,0	+ 3,8	+ 3,7	+ 1,8	+ 2,7	+ 2,0	+ 7,9	+ 9,8	.	+ 2,8
2009	- 1,9	- 5,4	+ 0,8	+ 6,4	+ 4,8	+ 5,5	+ 4,6	- 5,4	+ 9,3	+ 5,0	.	- 2,9
2010	+ 1,8	+ 0,3	+ 2,5	+ 6,2	+ 4,3	+ 1,5	+ 2,9	- 2,4	+ 4,8	+ 15,1	.	+ 1,3
2011 p)	+ 6,2	+ 7,7	+ 3,8	+ 8,0	- 1,0	- 0,0	+ 2,3	+ 6,0	+ 3,8	- 9,1	.	+ 6,0
2012 p)	+ 3,3	+ 4,2	+ 2,7	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,7	+ 2,1	- 5,9	+ 1,6	+ 0,0	.	+ 3,5
2013 p)	+ 2,6	+ 3,0	+ 2,4	+ 1,5	+ 2,5	+ 3,3	+ 2,3	- 10,8	+ 1,0	+ 4,3	.	+ 2,7

Quelle: Statistisches Bundesamt. * Ergebnisse gemäß ESVG 2010. **1** Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen. **2** Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in

Höhe von 4,4 Mrd €, die in den VGR von den sonstigen Ausgaben abgesetzt werden.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)									Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt			
	Einnahmen			Ausgaben						Saldo	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
	insgesamt 4)	darunter:		insgesamt 4)	darunter: 3)											
		Steuern	Finanzielle Transaktionen 5)		Personal-ausgaben	Laufen-de Zu-schüsse	Zins-ausgaben	Sach-investitionen	Finanzielle Transaktionen 5)							
2007	642,8	538,2	18,1	644,0	176,5	256,5	66,0	33,7	9,5	- 1,2	475,3	466,5	+ 8,8	1 023,6	1 016,0	+ 7,6
2008	665,7	561,2	13,9	674,9	180,2	272,8	67,2	35,0	18,5	- 9,2	485,5	479,0	+ 6,5	1 055,1	1 057,7	- 2,7
2009	623,0	524,0	7,1	713,1	187,1	286,6	63,4	38,6	34,8	- 90,1	492,1	506,0	- 14,0	1 013,5	1 117,5	- 104,0
2010	634,6	530,6	7,9	713,6	190,7	308,5	57,7	39,7	11,4	- 78,9	516,5	512,9	+ 3,7	1 033,7	1 108,9	- 75,2
2011 p)	689,6	573,4	22,8	711,6	194,3	301,3	56,8	38,5	13,7	- 22,0	526,3	511,3	+ 15,0	1 104,2	1 111,2	- 7,0
2012 ts)	745,2	600,0	14,6	769,9	217,9	285,3	70,3	43,3	25,5	- 24,7	536,1	518,8	+ 17,3	1 171,1	1 178,6	- 7,5
2013 ts)	761,5	619,7	14,7	771,3	224,4	286,6	66,2	42,5	23,8	- 9,8	537,4	531,7	+ 5,7	1 198,4	1 202,5	- 4,1
2012 1.Vj. p)	173,9	142,9	2,5	191,4	51,7	75,6	28,0	6,9	3,4	- 17,5	129,1	128,5	+ 0,7	274,7	291,5	- 16,9
2.Vj. p)	190,3	150,4	2,7	178,5	52,8	68,0	17,2	8,2	3,2	+ 11,8	132,2	128,0	+ 4,2	296,1	280,2	+ 16,0
3.Vj. p)	177,9	147,5	4,3	181,3	53,7	66,6	17,7	10,4	3,9	- 3,4	130,2	128,9	+ 1,3	282,4	284,5	- 2,1
4.Vj. p)	200,2	159,4	4,9	212,5	58,7	73,6	7,2	16,5	14,9	- 12,3	143,4	133,3	+ 10,1	314,4	316,6	- 2,2
2013 1.Vj. p)	177,7	148,6	2,6	186,1	53,5	74,8	22,5	5,9	2,9	- 8,3	128,5	132,3	- 3,8	281,0	293,2	- 12,2
2.Vj. p)	193,4	155,3	4,8	182,9	54,4	68,6	14,2	8,4	8,0	+ 10,5	133,1	132,6	+ 0,5	301,6	290,6	+ 11,0
3.Vj. p)	183,2	151,8	2,4	190,2	54,9	70,8	20,1	11,4	3,2	- 7,0	131,6	132,6	- 1,0	299,8	297,8	+ 2,0
4.Vj. p)	204,8	164,1	4,6	205,9	60,6	70,9	10,5	15,5	8,3	- 1,1	142,7	134,2	+ 8,5	322,0	314,6	+ 7,5

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Jahresangaben gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes. Eigene Zuschätzungen für die noch nicht vorliegenden Berichtsjahre nach 2011. Die Vierteljahresangaben enthalten zwar nicht die in den Rechnungsergebnissen einbezogenen Zweckverbände, dafür aber zahlreiche weitere Extrahaushalte, die dem Staatssektor in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zuzurechnen sind. Ab 2012 auch einschl. Bad Bank FMSW. 2 Die Jahresergebnisse weichen darüber hinaus von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei Letzte-

ren stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. 3 Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. 5 Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabenseite Beteiligungserwerbe und Darlehensvergaben. 6 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit.

4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder 2) 3)			Gemeinden 3)		
	Einnahmen 1)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2007	278,1	292,8	- 14,7	273,1	265,5	+ 7,6	169,7	161,5	+ 8,2
2008	292,8	304,6	- 11,8	276,2	275,7	+ 0,5	176,4	168,0	+ 8,4
2009	282,6	317,1	- 34,5	260,1	287,1	- 26,9	170,8	178,3	- 7,5
2010	288,7	333,1	- 44,4	266,8	287,3	- 20,5	175,4	182,3	- 6,9
2011 p)	307,1	324,9	- 17,7	286,5	295,9	- 9,4	183,9	184,9	- 1,0
2012 ts)	312,5	335,3	- 22,8	312,0	320,3	- 8,3	199,8	198,5	+ 1,3
2013 ts)	313,2	335,6	- 22,4	324,2	324,6	- 0,4	207,8	206,3	+ 1,5
2012 1.Vj. p)	65,4	83,1	- 17,7	74,6	76,2	- 1,7	39,6	44,6	- 4,9
2.Vj. p)	78,0	72,2	+ 5,8	75,8	74,4	+ 1,4	48,8	47,0	+ 1,8
3.Vj. p)	77,1	85,1	- 8,0	77,5	78,7	- 1,2	50,7	48,9	+ 1,8
4.Vj. p)	91,9	94,8	- 2,9	83,2	90,7	- 7,5	58,7	56,5	+ 2,3
2013 1.Vj. p)	66,9	79,9	- 13,0	77,4	77,9	- 0,5	42,1	46,4	- 4,3
2.Vj. p)	78,7	77,8	+ 0,9	81,5	78,1	+ 3,3	51,7	48,3	+ 3,3
3.Vj. p)	77,4	85,2	- 7,8	78,7	78,9	- 0,2	51,5	52,0	- 0,5
4.Vj. p)	90,2	92,7	- 2,5	85,8	89,0	- 3,3	60,4	57,9	+ 2,5
2014 1.Vj. p)	69,8	80,5	- 10,7	80,3	81,0	- 0,7	45,1	49,9	- 4,8

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Soweit die Gewinnabführung der Bundesbank nach Überschreiten eines Schwellenwerts bei Sondervermögen des Bundes zur Schuldentilgung eingesetzt wird, bleibt sie hier unberücksichtigt. 2 Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaaten. 3 Für Länder ab 2011, für Gemeinden ab 2012 Quartalsdaten der Kern- und der

zum Staatssektor zählenden Extrahaushalte, bis einschl. 2013 ohne Zweckverbände. Jahresangaben bis einschl. 2011 ohne Extrahaushalte, aber mit Zweckverbänden und Sonderrechnungen gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes, für die Folgejahre eigene Zuschätzungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €

Zeit	Insgesamt	Bund, Länder und Europäische Union				Gemeinden 3)	Saldo nicht verrechneter Steueranteile 4)		Nachrichtlich: Im Bundeshaushalt abgesetzte Beträge 5)
		zusammen	Bund 1)	Länder 1)	Europäische Union 2)				
2007	538 243	465 554	251 747	191 558	22 249	72 551	+	138	21 643
2008	561 182	484 182	260 690	200 411	23 081	77 190	-	190	21 510
2009	524 000	455 615	252 842	182 273	20 501	68 419	-	34	24 846
2010	530 587	460 230	254 537	181 326	24 367	70 385	-	28	28 726
2011	573 352	496 738	276 598	195 676	24 464	76 570	+	43	28 615
2012	600 046	518 963	284 801	207 846	26 316	81 184	-	101	28 498
2013	619 708	535 173	287 641	216 430	31 101	84 274	+	262	27 775
2012 1.Vj.	143 334	122 846	62 467	50 558	9 821	13 945	+	6 543	6 831
2.Vj.	150 393	129 545	72 573	51 679	5 293	20 978	-	131	6 878
3.Vj.	147 755	127 189	70 803	50 981	5 404	20 522	+	44	7 643
4.Vj.	158 564	139 383	78 958	54 628	5 798	25 739	-	6 558	7 145
2013 1.Vj.	148 936	126 532	63 351	52 078	11 103	15 051	+	7 353	6 494
2.Vj.	155 507	133 820	72 708	54 570	6 542	21 934	-	246	6 914
3.Vj.	151 383	130 589	71 238	52 601	6 750	20 948	-	155	7 554
4.Vj.	163 882	144 230	80 343	57 181	6 706	26 341	-	6 690	6 813
2014 1.Vj.	153 971	130 986	64 962	54 529	11 495	15 287	+	7 698	6 638
2.Vj.	...	135 358	72 082	56 178	7 098	6 803
2013 Juli	.	41 533	22 339	17 001	2 193	.	.	.	3 051
Aug.	.	38 053	20 992	14 780	2 281	.	.	.	2 251
2014 Juli	.	42 842	23 111	17 896	1 834	.	.	.	3 059
Aug.	.	39 413	22 405	15 317	1 691	.	.	.	2 259

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. **1** Vor Abzug bzw. Zusetzung der vom Bund an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), Anteile am Energiesteuerertrag, Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund und Konsolidierungshilfen. Zum Umfang dieser im Bundeshaushalt von den Steuereinnahmen abgesetzten Beträge siehe letzte Spalte. **2** Zölle sowie die zulasten der Steuereinnahmen des Bun-

des verbrachten Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel. **3** Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. **4** Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tabelle X. 6) und dem im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen. **5** Umfang der in Fußnote 1 genannten Positionen.

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €

Zeit	Insgesamt 1)	Gemeinschaftliche Steuern									Bundessteuern 7)	Ländersteuern 7)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern
		Einkommensteuern 2)					Steuern vom Umsatz 5)							
		zu-sammen	Lohn-steuer 3)	Ver-anlagte Ein-kommen-steuer	Körper-schaft-steuer	Kapital-ertrag-steuer 4)	zu-sammen	Umsatz-steuer	Einfuhr-umsatz-steuer	Ge-werb-steuer-umla-gen 6)				
2007	493 817	204 698	131 774	25 027	22 929	24 969	169 636	127 522	42 114	6 975	85 690	22 836	3 983	28 263
2008	515 498	220 483	141 895	32 685	15 868	30 035	175 989	130 789	45 200	6 784	86 302	21 937	4 002	31 316
2009	484 880	193 684	135 165	26 430	7 173	24 916	176 991	141 907	35 084	4 908	89 318	16 375	3 604	29 265
2010	488 731	192 816	127 904	31 179	12 041	21 691	180 042	136 459	43 582	5 925	93 426	12 146	4 378	28 501
2011	527 255	213 534	139 749	31 996	15 634	26 155	190 033	138 957	51 076	6 888	99 133	13 095	4 571	30 517
2012	551 785	231 555	149 065	37 262	16 934	28 294	194 635	142 439	52 196	7 137	99 794	14 201	4 462	32 822
2013	570 213	245 909	158 198	42 280	19 508	25 923	196 843	148 315	48 528	7 053	100 454	15 723	4 231	35 040
2012 1.Vj.	130 623	56 569	34 106	8 456	5 471	8 537	48 966	36 340	12 626	275	20 059	3 629	1 126	7 777
2.Vj.	137 597	59 832	36 148	10 010	4 995	8 679	46 600	32 871	13 730	1 661	25 235	3 255	1 013	8 052
3.Vj.	135 170	54 841	36 582	8 877	2 532	6 850	49 147	36 232	12 915	1 841	24 423	3 718	1 200	7 981
4.Vj.	148 394	60 313	42 230	9 919	3 936	4 228	49 922	36 995	12 926	3 360	30 077	3 600	1 123	9 011
2013 1.Vj.	135 026	59 835	36 468	10 750	6 014	6 603	49 167	37 466	11 701	125	20 971	3 889	1 039	8 493
2.Vj.	142 450	64 448	38 827	11 084	5 427	9 110	47 136	35 052	12 083	1 799	24 355	3 762	950	8 630
3.Vj.	138 958	56 791	38 008	9 815	3 309	5 659	50 033	37 661	12 372	1 875	25 011	4 111	1 137	8 369
4.Vj.	153 779	64 834	44 896	10 631	4 757	4 551	50 507	38 136	12 372	3 254	30 116	3 961	1 106	9 548
2014 1.Vj.	140 035	62 941	39 035	11 808	5 610	6 487	50 533	38 904	11 629	134	20 893	4 481	1 053	9 049
2.Vj.	144 418	65 233	40 767	11 963	5 068	7 435	49 166	37 194	11 972	1 785	22 874	4 318	1 042	9 059
2013 Juli	43 958	16 444	13 780	- 338	- 57	3 059	15 952	12 024	3 928	1 603	8 188	1 442	329	2 425
Aug.	40 253	12 903	12 355	- 398	- 555	1 502	17 256	12 834	4 422	271	8 050	1 375	397	2 199
2014 Juli	45 404	17 473	14 792	- 471	- 335	3 487	16 572	12 638	3 934	1 651	7 825	1 512	372	2 563
Aug.	41 743	14 310	13 261	- 408	292	1 165	17 264	12 783	4 482	255	8 104	1 372	438	2 329

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. **1** Im Gegensatz zur Summe in Tabelle X. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. **2** Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %): Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge 44/44/12. **3** Nach Abzug von Kin-

dergeld und Altersvorsorgezulage. **4** Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. **5** Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %) für 2013: 53,4/44,6/2,0. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. **6** Anteile von Bund/Ländern (in %) für 2013: 22,3/77,7. **7** Aufgliederung s. Tabelle X. 7.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)								Ländersteuern 1)				Gemeindesteuern		
	Energie- steuer	Tabak- steuer	Soli- daritäts- zuschlag	Versi- cherung- steuer	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Strom- steuer	Brannt- wein- abgaben	sonstige	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Grund- erwerb- steuer	Erb- schaft- steuer	sonstige 3)	ins- gesamt	darunter:	
														Gewerbe- steuer	Grund- steuern
2007	38 955	14 254	12 349	10 331	.	6 355	1 959	1 488	8 898	6 952	4 203	2 783	51 401	40 116	10 713
2008	39 248	13 574	13 146	10 478	.	6 261	2 126	1 470	8 842	5 728	4 771	2 596	52 468	41 037	10 807
2009	39 822	13 366	11 927	10 548	3 803	6 278	2 101	1 473	4 398	4 857	4 550	2 571	44 028	32 421	10 936
2010	39 838	13 492	11 713	10 284	8 488	6 171	1 990	1 449	.	5 290	4 404	2 452	47 780	35 712	11 315
2011	40 036	14 414	12 781	10 755	8 422	7 247	2 149	3 329	.	6 366	4 246	2 484	52 984	40 424	11 674
2012	39 305	14 143	13 624	11 138	8 443	6 973	2 121	4 047	.	7 389	4 305	2 508	55 398	42 345	12 017
2013	39 364	13 820	14 378	11 553	8 490	7 009	2 102	3 737	.	8 394	4 633	2 696	56 549	43 027	12 377
2012 1.Vj.	4 406	2 305	3 308	5 180	2 328	1 714	576	241	.	1 876	1 057	696	12 986	9 981	2 717
2.Vj.	9 707	3 550	3 644	2 011	2 258	1 966	490	1 610	.	1 683	972	601	14 457	11 166	3 048
3.Vj.	10 015	3 610	3 183	2 161	2 005	1 567	506	1 376	.	1 913	1 210	594	14 426	10 545	3 604
4.Vj.	15 177	4 678	3 489	1 785	1 852	1 727	549	820	.	1 917	1 066	617	13 529	10 652	2 648
2013 1.Vj.	4 672	2 141	3 473	5 429	2 304	1 797	580	575	.	2 144	1 007	738	14 035	10 912	2 803
2.Vj.	9 472	3 504	3 843	2 050	2 284	2 009	471	721	.	1 942	1 137	683	14 858	11 377	3 205
3.Vj.	10 101	3 858	3 314	2 255	2 053	1 602	507	1 320	.	2 203	1 261	647	14 299	10 339	3 659
4.Vj.	15 119	4 316	3 748	1 818	1 849	1 600	545	1 121	.	2 106	1 227	628	13 357	10 400	2 710
2014 1.Vj.	4 675	2 477	3 577	5 642	1 861	1 550	556	555	.	2 385	1 314	782	14 070	10 829	2 880
2.Vj.	9 868	3 708	3 955	2 096	2 517	1 718	470	- 1 458	.	2 149	1 501	668
2013 Juli	3 309	1 300	918	569	775	512	170	635	.	743	488	211	.	.	.
Aug.	3 255	1 263	785	1 166	662	558	157	204	.	766	395	213	.	.	.
2014 Juli	3 320	1 185	953	620	846	557	155	189	.	787	482	243	.	.	.
Aug.	3 149	1 299	856	1 244	580	596	174	205	.	762	390	219	.	.	.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Für die Summe siehe Tabelle X. 6. 2 Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu. Buchungen bei den Ländern in der

Zeit danach sind kassentechnisch bedingt. 3 Insbesondere Rennwett- und Lotteriesteuer sowie Biersteuer.

8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1) 2)			Ausgaben 1) 2)			Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Vermögen 1) 5)					
	ins- gesamt	darunter:		ins- gesamt	darunter:			insgesamt	Ein- lagen 6)	Wertpa- piere	Beteili- gungen, Darlehen und Hypo- theken 7)	Grund- stücke	Nach- richtlich: Verwal- tungsver- mögen
		Beiträge 3)	Zahlun- gen des Bundes		Renten	Kranken- versiche- rung der Rentner 4)							
2007	236 642	162 225	72 928	235 459	201 642	13 665	+ 1 183	12 196	11 270	765	46	115	4 819
2008	242 770	167 611	73 381	238 995	204 071	14 051	+ 3 775	16 531	16 313	36	56	126	4 645
2009	244 689	169 183	74 313	244 478	208 475	14 431	+ 211	16 821	16 614	23	64	120	4 525
2010	250 133	172 767	76 173	248 076	211 852	14 343	+ 2 057	19 375	18 077	1 120	73	105	4 464
2011	254 968	177 424	76 200	250 241	212 602	15 015	+ 4 727	24 965	22 241	2 519	88	117	4 379
2012	259 700	181 262	77 193	254 604	216 450	15 283	+ 5 096	30 481	28 519	1 756	104	102	4 315
2013	260 166	181 991	77 067	258 268	219 560	15 528	+ 1 898	33 114	29 193	3 701	119	100	4 250
2012 1.Vj.	62 038	42 411	19 318	62 883	53 747	3 779	- 845	24 261	21 839	2 219	88	116	4 366
2.Vj.	64 721	45 318	19 086	62 885	53 532	3 772	+ 1 836	26 026	23 950	1 869	92	115	4 356
3.Vj.	63 669	44 188	19 193	64 275	54 788	3 866	- 606	25 968	23 265	2 509	94	100	4 328
4.Vj.	68 656	49 337	19 059	64 262	54 683	3 858	+ 4 394	30 935	28 483	2 256	95	101	4 336
2013 1.Vj.	62 211	42 779	19 173	64 193	54 940	3 871	- 1 982	28 616	26 044	2 356	106	110	4 292
2.Vj.	64 751	45 399	19 090	64 188	54 660	3 858	+ 563	29 380	26 938	2 221	111	110	4 294
3.Vj.	63 610	44 194	19 154	64 775	55 169	3 898	- 1 165	28 647	25 262	3 161	113	110	4 291
4.Vj.	69 503	49 609	19 626	64 855	55 108	3 894	+ 4 648	33 667	29 201	4 251	114	101	4 290
2014 1.Vj.	64 138	44 355	19 534	64 615	55 266	3 897	- 477	32 669	28 668	3 781	121	99	4 251
2.Vj.	66 857	47 145	19 453	64 697	55 085	3 891	+ 2 160	35 181	31 167	3 791	126	97	4 260

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Deutsche Rentenversicherung. * Ohne „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn/See“ 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von den Vierteljahresergebnissen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. 2 Einschl. Finanzausgleichsleistungen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. 3 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher

Geldleistungen. 4 Bis 1.Vj. 2004 einschl. Pflegeversicherung der Rentner. 5 Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. 6 Einschl. Barmittel. 7 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung ^{*)}

Mio €

Zeit	Einnahmen				Ausgaben							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss zum Defizit-ausgleich bzw. Darlehen des Bundes
	ins-gesamt 1)	darunter:			ins-gesamt	darunter:							
		Beiträge	Insolvenz-geld-umlage	Bundes-beteiligung		Arbeits-losen-geld 2)	Kurz-arbeiter-geld 3)	berufliche Förderung 4)	Ein-gliederungs-beitrag 5)	Insolvenz-geld	Ver-waltungs-ausgaben 6)		
2007	42 838	32 264	674	6 468	36 196	16 934	533	8 259	1 945	696	3 896	+ 6 642	-
2008	38 289	26 452	673	7 583	39 407	13 864	544	8 586	5 000	654	4 495	- 1 118	-
2009	34 254	22 046	711	7 777	48 057	17 291	5 322	9 849	4 866	1 617	5 398	- 13 804	-
2010	37 070	22 614	2 929	7 927	45 213	16 602	4 125	9 297	5 256	740	5 322	- 8 143	5 207
2011	37 563	25 433	37	8 046	37 524	13 776	1 324	8 369	4 510	683	5 090	+ 40	-
2012	37 429	26 570	314	7 238	34 842	13 823	828	6 699	3 822	982	5 117	+ 2 587	-
2013	32 636	27 594	1 224	245	32 574	15 411	1 082	6 040	.	912	5 349	+ 61	-
2012 1.Vj.	9 709	6 175	69	2 693	8 452	3 773	449	1 924	- 0	211	1 185	+ 1 257	-
2.Vj.	8 331	6 620	78	872	7 816	3 457	229	1 762	0	329	1 191	+ 515	-
3.Vj.	7 501	6 508	80	70	7 539	3 307	82	1 462	368	218	1 249	- 37	-
4.Vj.	11 888	7 267	86	3 603	11 035	3 286	68	1 551	3 454	223	1 493	+ 853	-
2013 1.Vj.	7 762	6 429	276	245	8 612	4 301	494	1 493	.	194	1 193	- 850	-
2.Vj.	8 041	6 870	310	-	8 230	3 969	384	1 498	.	204	1 266	- 189	-
3.Vj.	7 898	6 708	303	-	7 580	3 644	109	1 420	.	228	1 284	+ 318	-
4.Vj.	8 935	7 587	335	-	8 153	3 497	96	1 630	.	287	1 606	+ 782	-
2014 1.Vj.	7 844	6 696	299	-	8 693	4 379	311	1 605	.	199	1 239	- 849	-
2.Vj.	8 352	7 143	331	-	8 036	3 902	197	1 593	.	211	1 259	+ 316	-

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. * Ohne Versorgungsfonds. 1 Ohne Zuschuss zum Defizitausgleich bzw. Darlehen des Bundes. 2 Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit. 3 Einschl. Saison- und Transferkurzarbeitergeld, Transfermaßnahmen und Erstattungen von Sozialbeiträgen. 4 Berufliche Bildung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Re-

habilitation, Entgeltsicherung und Förderung von Existenzgründungen. 5 Bis einschl. 2012. Von 2005 bis 2007: Aussteuerungsbetrag. 6 Einschl. Einzugskostenvergütung an andere Sozialversicherungsträger, ohne Verwaltungskosten im Rahmen der Grundversicherung für Arbeitsuchende.

10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)								Saldo der Einnahmen und Ausgaben
	ins-gesamt	darunter:		ins-gesamt	darunter:							
		Beiträge 2)	Bundes-mittel 3)		Kranken-haus-behand-lung	Arznei-mittel	Ärztliche Behand-lung	Zahn-ärztliche Behand-lung 4)	Heil- und Hilfsmittel	Kranken-geld	Ver-waltungs-ausgaben 5)	
2007	156 058	149 964	2 500	154 314	50 850	27 791	24 788	10 687	8 692	6 017	8 472	+ 1 744
2008	162 516	155 883	2 500	161 334	52 623	29 145	25 887	10 926	9 095	6 583	8 680	+ 1 182
2009	169 837	158 662	7 200	170 825	55 977	30 696	27 635	11 219	9 578	7 258	8 949	- 988
2010 6)	179 529	160 797	15 700	175 804	56 697	30 147	28 432	11 419	10 609	7 797	9 554	+ 3 725
2011	189 049	170 875	15 300	179 599	58 501	28 939	29 056	11 651	11 193	8 529	9 488	+ 9 450
2012	193 314	176 388	14 000	184 289	60 157	29 156	29 682	11 749	11 477	9 171	9 711	+ 9 025
2013	196 405	182 179	11 500	194 537	62 886	30 052	32 799	12 619	12 087	9 758	9 979	+ 1 867
2012 1.Vj.	46 433	42 249	3 500	45 971	15 579	7 424	7 502	2 971	2 664	2 336	2 195	+ 462
2.Vj.	47 942	43 739	3 500	46 178	15 115	7 419	7 515	3 015	2 874	2 281	2 244	+ 1 764
3.Vj.	47 653	43 648	3 499	45 842	15 049	7 221	7 342	2 843	2 872	2 220	2 283	+ 1 811
4.Vj.	51 162	46 727	3 501	46 576	14 548	7 305	7 465	2 989	3 065	2 333	2 936	+ 4 586
2013 1.Vj.	47 115	43 645	2 875	48 030	15 955	7 445	8 258	3 139	2 786	2 518	2 256	- 915
2.Vj.	48 604	45 199	2 875	48 577	15 815	7 486	8 227	3 142	3 007	2 465	2 336	+ 26
3.Vj.	48 337	44 917	2 875	48 435	15 839	7 456	8 149	3 070	3 043	2 356	2 378	- 98
4.Vj.	52 127	48 392	2 875	49 451	15 295	7 759	8 200	3 218	3 264	2 409	2 958	+ 2 676
2014 1.Vj.	49 164	45 113	3 500	50 990	16 868	8 097	8 582	3 262	3 029	2 693	2 313	- 1 827
2.Vj.	49 290	46 757	1 769	51 332	16 463	8 234	8 600	3 304	3 282	2 651	2 404	- 2 042

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Ohne Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Risikostruktur-ausgleichs. 2 Einschl. Beiträge aus geringfügigen Beschäftigten. 3 Bundeszuschuss und Liquiditätshilfen. 4 Einschl. Zahnersatz. 5 Netto, d. h. nach Abzug der Kostener-

stattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger. Einschl. Verwaltungsausgaben für Disease-Management-Programme. 6 Angaben zu einzelnen Ausgabenkategorien für 2010 wegen geänderter statistischer Abgrenzung nur begrenzt mit Vorjahresangaben vergleichbar.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)		Ausgaben 1)					Saldo der Einnahmen und Ausgaben		
	insgesamt	darunter: Beiträge 2)	insgesamt	darunter:						
				Pflegesachleistung	Vollstationäre Pflege	Pflegegeld	Beiträge zur Rentenversicherung 3)	Verwaltungsausgaben		
2007	18 036	17 858	18 385	2 475	8 831	4 050	861	896	-	350
2008	19 785	19 608	19 163	2 605	9 054	4 225	868	941	+	622
2009	21 300	21 137	20 314	2 742	9 274	4 443	878	984	+	986
2010	21 864	21 659	21 539	2 933	9 567	4 673	869	1 028	+	325
2011	22 294	22 145	21 962	3 002	9 700	4 735	881	1 034	+	331
2012	23 082	22 953	22 988	3 135	9 961	5 073	881	1 083	+	95
2013	24 972	24 891	24 405	3 389	10 058	5 674	896	1 155	+	567
2012 1.Vj.	5 493	5 450	5 700	774	2 469	1 248	223	283	-	207
2.Vj.	5 713	5 686	5 656	758	2 478	1 254	217	276	+	57
3.Vj.	5 726	5 694	5 774	783	2 507	1 269	219	262	-	49
4.Vj.	6 113	6 087	5 811	791	2 511	1 310	225	265	+	302
2013 1.Vj.	5 907	5 871	5 916	805	2 489	1 359	212	294	-	9
2.Vj.	6 229	6 207	6 037	827	2 498	1 436	217	289	+	192
3.Vj.	6 183	6 166	6 205	868	2 534	1 441	223	290	-	21
4.Vj.	6 635	6 619	6 171	865	2 537	1 451	221	278	+	464
2014 1.Vj.	6 168	6 141	6 290	871	2 542	1 463	229	315	-	123
2.Vj.	6 404	6 386	6 260	848	2 554	1 466	236	309	+	144

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige

Angaben handelt. 2 Seit 2005: Einschl. Sonderbeitrag Kinderloser (0,25 % des beitragspflichtigen Einkommens). 3 Für nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme

Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt 1)		darunter: Veränderung der Geldmarktkredite	Veränderung der Geldmarkteinlagen
	brutto 2)	netto		
2007	+ 214 995	+ 6 996	+ 1 086	- 4 900
2008	+ 233 356	+ 26 208	+ 6 888	+ 9 036
2009	+ 312 729	+ 66 821	- 8 184	+ 106
2010	+ 302 694	+ 42 397	- 5 041	+ 1 607
2011	+ 264 572	+ 5 890	- 4 876	- 9 036
2012	+ 263 334	+ 31 728	+ 6 183	+ 13 375
2013	+ 246 781	+ 19 473	+ 7 292	- 4 601
2012 1.Vj.	+ 72 603	+ 12 524	+ 8 251	- 2 380
2.Vj.	+ 68 851	+ 13 623	+ 2 836	+ 19 969
3.Vj.	+ 60 504	- 8 627	- 8 281	- 14 911
4.Vj.	+ 61 376	+ 14 208	+ 3 376	+ 10 697
2013 1.Vj.	+ 62 030	+ 9 538	+ 1 303	- 11 879
2.Vj.	+ 73 126	+ 8 483	+ 11 024	+ 9 979
3.Vj.	+ 48 764	- 11 984	- 13 555	- 18 090
4.Vj.	+ 62 862	+ 13 436	+ 8 521	+ 15 389
2014 1.Vj.	+ 43 862	- 3 551	- 9 267	- 9 556

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. 1 Einschl. „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ sowie der Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ und „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 2 Nach Abzug der Rückkäufe.

13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern *)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	insgesamt	Bankensystem		Inländische Nichtbanken		Ausland ts)
		Bundesbank	Kreditinstitute ts)	Sozialversicherungen	sonstige 1)	
2007	1 540 381	4 440	456 900	68	317 473	761 500
2008	1 564 590	4 440	435 600	62	314 588	809 900
2009	1 657 842	4 440	438 700	59	317 743	896 900
2010	1 732 531	4 440	399 900	21	385 270	942 900
2011	1 752 476	4 440	356 600	102	412 134	979 200
2012	1 791 406	4 440	426 700	70	290 796	1 069 400
2013 p)	1 818 818	4 440	442 200	53	268 425	1 103 700
2012 1.Vj.	1 766 324	4 440	398 800	91	353 993	1 009 000
2.Vj.	1 780 408	4 440	410 600	92	324 376	1 040 900
3.Vj.	1 772 573	4 440	430 100	92	284 442	1 053 500
4.Vj.	1 791 406	4 440	426 700	70	290 796	1 069 400
2013 1.Vj. p)	1 801 773	4 440	429 900	20	265 513	1 101 900
2.Vj. p)	1 805 465	4 440	424 200	23	289 603	1 087 200
3.Vj. p)	1 793 464	4 440	422 700	28	276 996	1 089 300
4.Vj. p)	1 818 818	4 440	442 200	53	268 425	1 103 700
2014 1.Vj. ts)	1 808 826	4 440	437 900	28	241 693	1 124 765

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. 1 Als Differenz ermittelt.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten *)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	Ins- gesamt	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Tages- anleihe	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden	
									Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	Aus- gleichs- forde- rungen 5)	sonstige 5) 6)
Gebietskörperschaften												
2008	1 564 590	44 620	337 511	172 037	9 649	584 144	3 174	325 648	62	83 229	4 443	73
2009	1 657 842	105 970	361 727	174 219	9 471	594 999	2 495	300 927	59	103 462	4 442	71
2010	1 732 531	87 042	391 851	195 534	8 704	628 957	1 975	302 396	21	111 609	4 440	2
2011	1 752 476	60 272	414 250	214 211	8 208	644 894	2 154	292 179	102	111 765	4 440	2
2012 1.Vj.	1 766 324	54 692	410 585	226 486	7 869	647 077	2 134	303 188	91	109 759	4 440	2
2.Vj.	1 780 408	55 392	410 186	224 607	7 518	663 695	2 137	295 910	92	116 431	4 440	2
3.Vj.	1 772 573	53 325	409 957	237 746	7 110	654 513	1 893	286 823	92	116 673	4 440	2
4.Vj.	1 791 406	57 172	417 469	234 355	6 818	667 198	1 725	288 793	70	113 364	4 440	2
2013 1.Vj. p)	1 801 773	56 911	416 586	248 589	6 354	666 922	1 580	288 855	20	111 515	4 440	2
2.Vj. p)	1 805 465	57 919	415 548	234 612	5 890	679 394	1 516	294 488	23	111 634	4 440	2
3.Vj. p)	1 793 464	54 808	417 120	247 942	4 970	672 115	1 464	278 690	28	111 886	4 440	2
4.Vj. p)	1 818 818	50 128	423 441	245 372	4 488	684 728	1 397	294 578	53	110 190	4 440	2
2014 1.Vj. ts)	1 808 826	41 870	417 260	259 344	4 130	687 424	1 314	282 673	28	110 341	4 440	2
Bund 7) 8) 9) 10)												
2008	966 197	40 795	105 684	172 037	9 649	583 930	3 174	35 291	-	11 122	4 443	72
2009	1 033 017	104 409	113 637	174 219	9 471	594 780	2 495	18 347	-	11 148	4 442	70
2010	1 075 415	85 867	126 220	195 534	8 704	628 582	1 975	13 349	-	10 743	4 440	2
2011	1 081 304	58 297	130 648	214 211	8 208	644 513	2 154	9 382	-	9 450	4 440	2
2012 1.Vj.	1 093 828	52 161	126 956	226 486	7 869	646 696	2 134	17 894	-	9 190	4 440	2
2.Vj.	1 107 451	52 578	122 937	224 607	7 518	663 314	2 137	20 827	-	9 092	4 440	2
3.Vj.	1 098 824	51 638	120 240	237 746	7 110	654 132	1 893	12 646	-	8 979	4 440	2
4.Vj.	1 113 032	56 222	117 719	234 355	6 818	666 775	1 725	16 193	-	8 784	4 440	2
2013 1.Vj.	1 122 570	54 962	113 866	248 589	6 354	666 499	1 580	17 469	-	8 811	4 440	2
2.Vj.	1 131 053	56 494	111 826	234 612	5 890	678 971	1 516	28 735	-	8 568	4 440	2
3.Vj.	1 119 069	54 539	110 074	247 942	4 970	671 692	1 464	15 246	-	8 702	4 440	2
4.Vj.	1 132 505	50 004	110 029	245 372	4 488	684 305	1 397	23 817	-	8 652	4 440	2
2014 1.Vj.	1 128 954	41 608	107 914	259 344	4 130	687 001	1 314	14 551	-	8 651	4 440	2
Länder												
2008	483 875	3 825	231 827	179 978	3	68 241	.	1
2009	505 359	1 561	248 091	167 310	8	88 389	.	1
2010	528 619	1 176	265 631	167 353	1	94 459	.	1
2011	537 491	1 975	283 601	154 465	62	97 387	.	1
2012 1.Vj.	535 494	2 531	283 629	153 643	51	95 639	.	1
2.Vj.	536 354	2 814	287 249	143 830	52	102 409	.	1
3.Vj.	537 827	1 687	289 717	143 606	52	102 764	.	1
4.Vj.	540 822	950	299 750	138 684	52	101 386	.	1
2013 1.Vj. p)	541 322	1 949	302 720	137 141	2	99 510	.	1
2.Vj. p)	538 301	1 425	303 722	133 278	5	99 871	.	1
3.Vj. p)	537 836	270	307 046	130 521	10	99 989	.	1
4.Vj. p)	549 774	125	313 412	137 859	35	98 343	.	1
2014 1.Vj. ts)	540 233	261	309 346	132 119	10	98 495	.	1
Gemeinden 11)												
2008	114 518	.	-	.	.	214	.	110 379	60	3 866	.	.
2009	119 466	.	-	.	.	219	.	115 270	52	3 925	.	.
2010	128 497	.	-	.	.	375	.	121 695	20	6 407	.	.
2011	133 681	.	-	.	.	381	.	128 331	40	4 929	.	.
2012 1.Vj.	137 001	.	-	.	.	381	.	131 651	40	4 930	.	.
2.Vj.	136 603	.	-	.	.	381	.	131 252	40	4 930	.	.
3.Vj.	135 922	.	-	.	.	381	.	130 571	40	4 930	.	.
4.Vj.	137 552	.	-	.	.	423	.	133 916	18	3 195	.	.
2013 1.Vj. p)	137 881	.	-	.	.	423	.	134 245	18	3 195	.	.
2.Vj. p)	136 111	.	-	.	.	423	.	132 475	18	3 195	.	.
3.Vj. p)	136 559	.	-	.	.	423	.	132 923	18	3 195	.	.
4.Vj. p)	136 538	.	-	.	.	423	.	132 902	18	3 195	.	.
2014 1.Vj. ts)	139 639	.	-	.	.	423	.	136 003	18	3 195	.	.

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. 1 Einschl. Finanzierungsschätze. 2 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. 3 Die Länderschätzanweisungen decken auch den langfristigen Laufzeitbereich ab. 4 Im Wesentlichen Schuld-scheindarlehen und Kassenkredite. Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. Sonstige Darlehen von Nichtbanken einschl. Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungskassen und der Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. 5 Ohne Gegenrechnung offener Forderungen. 6 Hauptsächlich auf fremde Wäh-rung lautende Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen, Wohnungsbau-Alt-verbindlichkeiten sowie NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten; ohne im eige-

nen Bestand befindliche Stücke. 7 Die durch die gemeinsame Emission von Bundes-wertpapieren aufgenommenen Schulden sind hier – im Gegensatz zur Kapitalmarktsta-tistik – entsprechend dem vereinbarten Aufteilungsverhältnis beim Bund und den Son-dervermögen nachgewiesen. 8 Ab Dezember 2008 einschl. Verschuldung des „Sonder-fonds Finanzmarktstabilisierung“. 9 Ab März 2009 einschl. Verschuldung des Sonder-vermögens „Investitions- und Tilgungsfonds“. 10 Ab Januar 2011 einschl. Verschul-dung des Sondervermögens „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 11 Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände, Angaben für andere Termine als Jah-resende geschätzt.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position	2011	2012	2013	2011	2012	2013	2012					2013		2014	
	2011	2012	2013	2011	2012	2013	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	1.Vj.	2.Vj.
	Index 2010 = 100			Veränderung gegen Vorjahr in %											
Preisbereinigt, verkettet															
I. Entstehung des Inlandsprodukts															
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	105,8	107,3	107,5	5,8	1,4	0,2	0,1	- 3,5	0,9	1,1	2,5	3,3	- 0,3		
Baugewerbe	104,0	104,1	103,8	4,0	0,1	- 0,3	- 3,4	- 6,9	- 0,4	1,8	2,7	11,6	1,3		
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	104,0	101,6	101,6	4,0	- 2,3	0,0	- 3,2	- 2,5	0,3	1,3	0,8	2,9	1,2		
Information und Kommunikation	111,0	116,8	118,2	11,0	5,3	1,2	4,6	1,1	1,2	1,1	1,2	1,8	1,5		
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	100,8	102,8	101,3	0,8	2,0	- 1,5	2,3	1,3	- 2,8	- 2,4	- 2,0	0,1	- 0,1		
Grundstücks- und Wohnungswesen	103,4	101,3	101,9	3,4	- 2,0	0,5	- 2,2	0,7	0,3	0,4	0,7	0,9	1,2		
Unternehmensdienstleister ¹⁾	102,2	102,8	103,8	2,2	0,6	0,9	- 0,2	- 0,9	1,4	1,5	1,8	2,8	1,6		
Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	101,1	102,2	102,1	1,1	1,0	- 0,1	1,1	- 0,5	- 0,0	- 0,0	0,3	1,3	0,7		
Sonstige Dienstleister	100,7	100,7	99,1	0,7	0,1	- 1,6	0,3	- 2,8	- 1,2	- 1,1	- 1,3	0,8	- 0,5		
Bruttowertschöpfung	103,6	104,0	104,1	3,6	0,5	0,1	- 0,3	- 1,7	0,3	0,7	1,2	2,5	0,7		
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	103,6	104,0	104,1	3,6	0,4	0,1	- 0,3	- 1,8	0,5	0,8	1,0	2,5	0,8		
II. Verwendung des Inlandsprodukts															
Private Konsumausgaben ³⁾	102,3	103,0	103,8	2,3	0,7	0,8	0,4	- 0,4	1,0	2,0	0,7	1,0	1,0		
Konsumausgaben des Staates	100,7	101,9	102,7	0,7	1,2	0,7	1,0	1,1	0,3	1,0	0,4	0,8	1,0		
Ausrüstungen	105,8	102,8	100,0	5,8	- 2,9	- 2,7	- 4,0	- 9,8	- 0,9	- 0,3	- 0,3	6,9	2,1		
Bauten	108,4	109,1	109,0	8,4	0,6	- 0,1	- 1,1	- 6,7	0,7	2,6	2,2	12,7	0,7		
Sonstige Anlagen ⁴⁾	106,8	106,9	108,2	6,8	0,1	1,3	0,0	2,0	1,3	0,7	1,1	1,6	1,7		
Vorratsveränderungen ^{5) 6)}	.	.	.	0,1	- 1,4	0,2	- 0,8	- 0,2	0,1	0,6	0,2	0,1	0,3		
Inländische Verwendung	103,0	102,1	102,7	3,0	- 0,9	0,7	- 0,9	- 1,4	0,9	2,3	1,0	2,5	1,4		
Außenbeitrag ⁶⁾	.	.	.	0,7	1,3	- 0,5	0,6	- 0,4	- 0,4	- 1,4	0,0	0,2	- 0,5		
Exporte	108,0	111,1	112,8	8,0	2,8	1,6	0,1	- 1,5	1,9	1,6	4,3	4,3	2,5		
Importe	107,2	107,1	110,5	7,2	- 0,0	3,1	- 1,3	- 0,7	3,1	5,2	4,9	4,4	4,1		
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	103,6	104,0	104,1	3,6	0,4	0,1	- 0,3	- 1,8	0,5	0,8	1,0	2,5	0,8		
In jeweiligen Preisen (Mrd €)															
III. Verwendung des Inlandsprodukts															
Private Konsumausgaben ³⁾	1 506,8	1 539,5	1 571,5	4,2	2,2	2,1	1,8	0,8	2,4	3,3	1,8	2,2	2,1		
Konsumausgaben des Staates	505,7	521,3	541,2	2,4	3,1	3,8	3,2	4,2	3,3	4,6	3,2	3,9	4,0		
Ausrüstungen	184,5	180,6	176,1	6,2	- 2,1	- 2,5	- 3,1	- 9,5	- 0,7	- 0,2	- 0,2	7,2	2,6		
Bauten	264,7	273,9	279,2	11,6	3,4	1,9	1,3	- 4,9	2,7	4,6	4,2	14,6	2,1		
Sonstige Anlagen ⁴⁾	93,6	95,6	98,8	8,3	2,1	3,3	1,8	4,1	3,2	2,7	3,3	3,8	3,8		
Vorratsveränderungen ⁵⁾	13,3	- 22,7	- 20,5		
Inländische Verwendung	2 568,7	2 588,2	2 646,2	5,2	0,8	2,2	0,9	0,3	2,6	3,7	2,3	4,0	2,7		
Außenbeitrag	130,4	161,7	163,3		
Exporte	1 209,4	1 262,9	1 280,1	11,0	4,4	1,4	1,7	- 1,2	1,9	1,0	3,8	3,9	2,0		
Importe	1 078,9	1 101,1	1 116,9	12,8	2,1	1,4	0,4	- 1,3	1,3	3,1	2,6	2,5	2,2		
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	2 699,1	2 749,9	2 809,5	4,8	1,9	2,2	1,4	0,3	2,8	2,7	2,9	4,5	2,6		
IV. Preise (2010 = 100)															
Privater Konsum	101,9	103,4	104,7	1,9	1,5	1,2	1,5	1,2	1,3	1,3	1,1	1,1	1,1		
Bruttoinlandsprodukt	101,1	102,7	104,8	1,1	1,5	2,1	1,7	2,1	2,3	1,9	1,9	1,9	1,8		
Terms of Trade	97,6	97,1	98,5	- 2,4	- 0,5	1,5	- 0,1	1,0	1,8	1,5	1,7	1,5	1,4		
V. Verteilung des Volkseinkommens															
Arbeitnehmerentgelt	1 338,7	1 389,7	1 428,3	4,3	3,8	2,8	3,8	2,9	2,6	2,8	2,8	3,8	3,6		
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	688,7	665,7	671,6	7,7	- 3,3	0,9	- 6,9	- 5,5	4,7	1,3	4,5	7,0	- 1,2		
Volkseinkommen	2 027,3	2 055,3	2 099,9	5,4	1,4	2,2	0,6	- 0,1	3,2	2,3	3,3	4,9	2,1		
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	2 768,5	2 822,2	2 881,9	5,3	1,9	2,1	1,4	0,2	3,0	2,3	2,8	4,3	2,1		

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2014. **1** Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. **2** Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert mit Gütersubven-

tionen). **3** Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. **4** Geistiges Eigentum (u. a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. **5** Einschl. Nettozugang an Wertsachen. **6** Wachstumsbeitrag zum BIP.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe ¹⁾

Arbeitstäglich bereinigt ^{o)}

	davon:											
	Produzierendes Gewerbe ¹⁾	Baugewerbe ²⁾	Energie ³⁾	Industrie				darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige				
				zusammen	Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	Gebrauchsgüterproduzenten	Verbrauchsgüterproduzenten	Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
2010=100												
Gewicht in % ⁴⁾	100.00	11.24	10.14	78.62	31.02	33.31	2.49	11.80	10.41	10.37	12.17	11.62
Zeit												
2010	99,5	99,2	100,1	99,4	99,5	99,3	99,4	99,5	99,5	99,3	99,3	99,2
2011	106,7	107,0	95,7	108,1	107,0	111,9	104,2	101,3	109,2	110,2	113,2	112,6
2012	106,2	105,9	97,3	107,5	104,6	113,3	100,5	99,8	107,3	107,8	115,2	112,8
2013	106,4	105,6	96,4	107,8	104,4	114,0	100,1	100,7	108,3	106,0	113,7	114,8
2013 2.Vj.	106,0	108,7	90,0	107,7	105,5	113,8	98,1	98,1	109,2	105,0	113,7	115,9
3.Vj.	107,3	117,4	91,1	108,0	106,0	112,9	98,8	101,3	109,4	106,1	112,2	114,0
4.Vj.	111,0	119,3	99,7	111,2	103,6	121,0	102,8	105,8	109,2	108,3	123,1	116,8
2014 1.Vj.	105,1	87,5	99,0	108,4	106,6	113,4	102,3	100,4	111,5	106,6	107,7	123,1
2.Vj. ^{r)}	107,2	109,3	85,7	109,6	107,3	115,8	98,1	100,4	112,8	106,7	112,2	122,4
2013 Aug.	101,7	113,1	89,3	101,7	101,2	104,2	85,3	99,1	102,5	101,8	102,7	104,8
Sept.	112,6	119,3	92,8	114,2	108,8	122,7	114,2	104,4	114,9	111,3	120,7	128,0
Okt.	112,3	120,0	99,1	112,9	110,9	116,9	107,1	108,2	115,5	110,4	112,9	120,4
Nov.	116,1	121,2	99,4	117,6	110,1	128,1	111,7	109,1	117,5	115,5	122,9	134,0
Dez.	104,5	116,8	100,6	103,2	89,7	117,9	89,7	100,1	94,6	99,1	133,6	96,1
2014 Jan.	98,1	73,2	103,9	100,8	101,4	101,4	93,5	98,7	105,3	98,3	96,9	108,3
Febr.	102,4	85,3	94,3	105,9	103,8	111,6	101,0	96,4	108,4	104,5	103,5	124,0
März	5) 114,9	5) 104,1	98,9	118,6	114,5	127,2	112,4	106,1	120,9	117,1	122,8	137,0
April ^{r)}	5) 106,8	5) 107,4	88,5	109,1	107,8	113,6	98,1	101,9	112,7	105,4	108,1	123,1
Mai ^{r)}	5) 105,1	5) 106,4	85,5	107,4	105,6	113,2	94,7	98,4	110,5	103,7	108,9	120,9
Juni ^{r)}	5) 109,6	5) 114,2	83,0	112,3	108,6	120,6	101,5	100,9	115,3	110,9	119,5	123,2
Juli ^{x)6)}	5) 110,6	5) 119,0	82,4	113,0	110,0	120,6	96,5	102,7	114,8	111,3	114,4	130,3
Aug. ^{x)p)6)}	5) 98,9	5) 110,2	81,6	99,5	101,3	98,6	85,3	100,4	104,2	104,3	106,3	82,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
2010	+ 10,3	.	+ 3,3	+ 11,7	+ 14,8	+ 12,8	+ 9,2	+ 1,8	+ 16,4	+ 16,4	+ 10,2	+ 24,8
2011	+ 7,2	+ 7,9	- 4,4	+ 8,8	+ 7,5	+ 12,7	+ 4,8	+ 1,8	+ 9,7	+ 11,0	+ 14,0	+ 13,5
2012	- 0,5	+ 1,0	+ 1,7	- 0,6	- 2,2	+ 1,3	- 3,6	- 1,5	- 1,7	- 2,2	+ 1,8	+ 0,2
2013	+ 0,2	- 0,3	- 0,9	+ 0,3	- 0,2	+ 0,6	- 0,4	+ 0,9	+ 0,9	- 1,7	- 1,3	+ 1,8
2013 2.Vj.	- 0,3	- 0,4	- 2,1	- 0,2	- 1,4	+ 0,6	- 1,1	+ 1,2	- 0,2	- 2,5	- 1,0	+ 1,7
3.Vj.	± 0,0	+ 1,0	- 0,8	- 0,1	- 0,4	+ 0,1	- 0,7	+ 0,2	+ 0,9	- 3,7	- 1,7	+ 1,8
4.Vj.	+ 2,9	+ 2,5	- 0,5	+ 3,4	+ 3,4	+ 4,0	+ 2,3	+ 1,7	+ 4,4	+ 1,7	+ 2,4	+ 8,0
2014 1.Vj.	+ 3,9	+ 13,7	- 5,6	+ 4,1	+ 3,9	+ 4,7	+ 1,6	+ 3,0	+ 5,9	+ 2,0	+ 1,7	+ 9,6
2.Vj. ^{r)}	+ 1,1	+ 0,6	- 4,8	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,8	± 0,0	+ 2,3	+ 3,4	+ 1,6	- 1,4	+ 5,6
2013 Aug.	+ 0,5	+ 2,2	- 2,5	+ 0,6	- 1,0	+ 2,2	- 3,1	+ 0,4	+ 0,7	- 3,0	- 1,2	+ 8,8
Sept.	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,7	+ 1,2	- 0,4	+ 2,3	- 1,6	+ 0,3	+ 3,2
Okt.	+ 1,3	+ 0,3	- 0,3	+ 1,6	+ 2,2	+ 1,9	- 0,4	± 0,0	+ 3,1	- 0,3	+ 0,2	+ 4,0
Nov.	+ 3,8	+ 1,6	- 1,0	+ 4,7	+ 3,8	+ 6,0	+ 4,5	+ 3,4	+ 6,0	+ 3,1	+ 3,8	+ 10,7
Dez.	+ 3,8	+ 5,8	- 0,1	+ 3,8	+ 4,5	+ 4,0	+ 3,0	+ 1,7	+ 3,8	+ 2,3	+ 3,0	+ 9,7
2014 Jan.	+ 4,9	+ 13,3	- 2,0	+ 4,9	+ 3,7	+ 7,2	+ 0,4	+ 2,5	+ 6,0	+ 1,5	+ 6,0	+ 12,6
Febr.	+ 4,4	+ 16,4	- 5,4	+ 4,4	+ 5,2	+ 4,2	+ 2,4	+ 3,5	+ 6,0	+ 5,2	- 0,7	+ 9,7
März	5) + 2,7	5) + 11,9	- 9,3	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,2	+ 1,9	+ 3,0	+ 5,6	- 0,4	+ 0,6	+ 7,2
April ^{r)}	5) + 1,7	5) + 2,4	- 6,2	+ 2,5	+ 4,2	+ 0,6	+ 0,4	+ 4,6	+ 4,9	+ 4,2	- 3,0	+ 4,1
Mai ^{r)}	5) + 1,5	5) - 0,5	- 2,8	+ 2,3	+ 0,5	+ 4,6	+ 3,0	- 0,1	+ 3,3	+ 0,9	+ 2,0	+ 9,3
Juni ^{r)}	5) + 0,1	5) - 0,2	- 5,4	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,3	- 3,1	+ 2,5	+ 1,9	± 0,0	- 2,8	+ 3,6
Juli ^{x)6)}	5) + 2,7	5) - 0,7	- 9,5	+ 4,5	+ 1,9	+ 8,0	- 0,5	+ 2,3	+ 3,5	+ 5,8	+ 1,1	+ 19,3
Aug. ^{x)p)6)}	5) - 2,8	5) - 2,6	- 8,6	- 2,2	+ 0,1	- 5,4	± 0,0	+ 1,3	+ 1,7	+ 2,5	+ 3,5	- 20,9

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.10 bis II.12. ^{o)} Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. ¹⁾ Bis Dezember 2009 ohne, ab Januar 2010 einschl. Ausbaugewerbe. ²⁾ Daten erst ab Januar 2010 verfügbar. ³⁾ Ab Januar 2010 Entwicklung einschl. Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien (Wind- und Photovoltaikanlagen). ⁴⁾ Gewicht für die Angaben ab 2010: Anteil an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Produ-

zierenden Gewerbes im Basisjahr 2010. ⁵⁾ Vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der jährlichen Totalerhebung im Bauhauptgewerbe (durchschnittlich + 3%). ⁶⁾ Beeinflusst durch Verschiebung der Ferientermine. ^{x)} Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung bzw. der Vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

3. Auftragseingang in der Industrie *)

Arbeitstäglich bereinigt ^{o)}

Zeit	Industrie		davon:									
			Vorleistungsgüter- produzenten		Investitionsgüter- produzenten		Konsumgüter- produzenten		davon:			
	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten	
insgesamt												
2009	79,8	- 24,4	77,8	- 26,3	79,4	- 24,5	94,6	- 12,2	86,8	- 14,5	97,2	- 11,7
2010	99,5	+ 24,7	99,5	+ 27,9	99,5	+ 25,3	99,6	+ 5,3	99,5	+ 14,6	99,6	+ 2,5
2011	109,9	+ 10,5	109,1	+ 9,6	111,2	+ 11,8	103,8	+ 4,2	105,3	+ 5,8	103,3	+ 3,7
2012	106,9	- 2,7	104,2	- 4,5	109,2	- 1,8	103,8	+ 0,0	99,5	- 5,5	105,3	+ 1,9
2013	109,4	+ 2,3	103,2	- 1,0	114,3	+ 4,7	105,9	+ 2,0	101,8	+ 2,3	107,4	+ 2,0
2013 Aug.	99,8	+ 2,1	95,7	- 2,0	102,1	+ 5,5	103,8	- 1,2	91,6	- 1,2	107,9	- 1,4
Sept.	112,3	+ 7,3	102,0	+ 1,5	119,7	+ 11,5	111,9	+ 4,4	111,5	+ 0,0	112,2	+ 6,1
Okt.	111,2	+ 2,9	107,6	+ 3,6	113,7	+ 2,5	112,0	+ 3,9	110,0	+ 7,3	112,8	+ 2,8
Nov.	114,6	+ 6,9	106,0	+ 2,7	120,8	+ 9,3	112,8	+ 8,6	107,6	+ 9,9	114,6	+ 8,0
Dez.	107,8	+ 5,5	90,2	+ 0,7	122,0	+ 8,6	94,8	+ 2,5	88,5	+ 6,2	97,1	+ 1,5
2014 Jan.	111,4	+ 6,3	108,0	+ 2,8	113,7	+ 8,4	112,6	+ 10,7	100,8	+ 1,9	116,7	+ 13,6
Febr.	113,0	+ 5,9	106,0	+ 4,1	117,4	+ 6,6	116,8	+ 8,7	97,6	+ 2,2	123,5	+ 10,7
März	120,4	+ 0,5	113,7	- 1,4	126,1	+ 1,4	113,4	+ 3,5	113,1	+ 1,6	113,4	+ 4,1
April	112,4	+ 5,9	105,7	+ 2,6	117,9	+ 8,4	107,2	+ 4,9	108,2	+ 7,3	106,9	+ 4,1
Mai	110,5	+ 5,0	103,1	+ 0,2	116,3	+ 8,2	106,4	+ 5,2	99,6	+ 1,1	108,7	+ 6,6
Juni	113,3	- 2,2	106,2	+ 1,7	119,0	- 5,5	108,5	+ 6,1	105,4	- 2,7	109,5	+ 9,3
Juli	115,4	+ 6,0	106,2	+ 1,8	122,2	+ 9,4	113,6	+ 1,9	97,2	- 1,8	119,4	+ 3,0
Aug. ^{p)}	98,7	- 1,1	94,6	- 1,1	100,1	- 2,0	110,2	+ 6,2	94,5	+ 3,2	115,7	+ 7,2
aus dem Inland												
2009	83,8	- 22,2	77,2	- 26,2	88,0	- 19,5	98,2	- 15,9	95,1	- 16,1	99,2	- 15,9
2010	99,5	+ 18,7	99,5	+ 28,9	99,5	+ 13,1	99,6	+ 1,4	99,4	+ 4,5	99,6	+ 0,4
2011	109,8	+ 10,4	109,7	+ 10,3	110,8	+ 11,4	103,5	+ 3,9	110,2	+ 10,9	101,1	+ 1,5
2012	104,0	- 5,3	103,3	- 5,8	105,4	- 4,9	99,2	- 4,2	101,9	- 7,5	98,2	- 2,9
2013	104,4	+ 0,4	101,9	- 1,4	107,5	+ 2,0	100,4	+ 1,2	102,9	+ 1,0	99,5	+ 1,3
2013 Aug.	100,1	+ 3,8	96,5	- 1,1	103,6	+ 9,7	101,4	+ 0,1	92,8	- 4,0	104,4	+ 1,5
Sept.	106,0	+ 3,6	100,9	+ 0,0	111,2	+ 7,3	105,1	+ 2,1	113,6	- 1,0	102,1	+ 3,4
Okt.	105,4	+ 2,1	103,6	+ 0,9	107,2	+ 3,7	105,5	+ 1,0	117,3	+ 4,6	101,4	- 0,4
Nov.	109,6	+ 5,3	105,4	+ 1,4	114,6	+ 9,0	104,5	+ 5,9	108,7	+ 4,9	103,0	+ 6,2
Dez.	94,0	+ 1,6	87,9	+ 1,7	101,7	+ 1,3	84,5	+ 3,3	81,4	+ 1,2	85,6	+ 4,0
2014 Jan.	106,2	+ 3,3	106,2	+ 1,2	106,5	+ 5,0	104,9	+ 6,3	102,6	- 1,8	105,7	+ 9,3
Febr.	107,0	+ 3,3	104,2	+ 2,8	109,4	+ 3,8	109,7	+ 3,6	99,9	- 1,9	113,1	+ 5,3
März	116,8	+ 1,1	109,3	- 3,4	125,3	+ 5,0	111,0	+ 4,2	113,8	- 0,4	110,0	+ 6,1
April	107,7	+ 5,0	104,3	+ 2,7	112,3	+ 7,3	100,0	+ 4,7	107,5	+ 5,1	97,4	+ 4,6
Mai	104,7	+ 4,6	102,8	+ 1,6	107,8	+ 8,1	96,9	+ 1,8	96,8	+ 1,3	96,9	+ 1,9
Juni	105,7	- 0,8	102,9	+ 0,4	109,4	- 2,5	100,3	+ 3,5	107,1	+ 4,0	97,9	+ 3,4
Juli	108,0	+ 1,3	103,8	- 0,3	112,3	+ 2,6	107,9	+ 3,1	100,3	+ 1,3	110,6	+ 3,7
Aug. ^{p)}	98,0	- 2,1	94,7	- 1,9	100,5	- 3,0	102,8	+ 1,4	95,6	+ 3,0	105,4	+ 1,0
aus dem Ausland												
2009	76,7	- 26,0	78,5	- 26,5	74,1	- 27,7	91,5	- 8,7	79,5	- 12,8	95,6	- 7,5
2010	99,6	+ 29,9	99,6	+ 26,9	99,6	+ 34,4	99,6	+ 8,9	99,5	+ 25,2	99,6	+ 4,2
2011	110,0	+ 10,4	108,4	+ 8,8	111,4	+ 11,8	104,1	+ 4,5	101,0	+ 1,5	105,2	+ 5,6
2012	109,3	- 0,6	105,2	- 3,0	111,6	+ 0,2	107,8	+ 3,6	97,4	- 3,6	111,3	+ 5,8
2013	113,5	+ 3,8	104,7	- 0,5	118,5	+ 6,2	110,7	+ 2,7	100,9	+ 3,6	114,1	+ 2,5
2013 Aug.	99,5	+ 0,7	94,8	- 3,1	101,2	+ 3,1	105,8	- 2,3	90,6	+ 1,6	110,9	- 3,5
Sept.	117,5	+ 10,1	103,4	+ 3,4	124,9	+ 13,8	117,8	+ 6,3	109,6	+ 0,8	120,7	+ 8,2
Okt.	116,0	+ 3,6	112,4	+ 6,6	117,7	+ 1,8	117,6	+ 6,2	103,6	+ 10,1	122,5	+ 5,2
Nov.	118,6	+ 8,0	106,8	+ 4,4	124,7	+ 9,5	119,9	+ 10,6	106,6	+ 14,7	124,5	+ 9,4
Dez.	119,0	+ 8,2	93,0	- 0,4	134,5	+ 12,4	103,7	+ 2,0	94,6	+ 10,1	106,8	- 0,3
2014 Jan.	115,7	+ 8,7	110,1	+ 4,5	118,2	+ 10,4	119,2	+ 14,3	99,2	+ 5,4	126,0	+ 16,9
Febr.	117,8	+ 7,8	108,1	+ 5,7	122,3	+ 8,2	122,9	+ 13,0	95,6	+ 6,1	132,3	+ 14,8
März	123,3	+ 0,0	118,9	+ 0,8	126,6	- 0,7	115,4	+ 2,9	112,5	+ 3,6	116,3	+ 2,6
April	116,3	+ 6,7	107,3	+ 2,5	121,4	+ 9,0	113,4	+ 5,1	108,9	+ 9,4	114,9	+ 3,7
Mai	115,2	+ 5,3	103,4	- 1,3	121,6	+ 8,3	114,5	+ 7,8	102,1	+ 1,1	118,8	+ 10,1
Juni	119,5	- 3,3	110,0	+ 3,1	125,0	- 7,0	115,5	+ 8,0	104,0	- 8,0	119,4	+ 13,9
Juli	121,5	+ 9,8	109,1	+ 4,3	128,3	+ 13,4	118,5	+ 0,9	94,5	- 4,5	126,8	+ 2,4
Aug. ^{p)}	99,3	- 0,2	94,4	- 0,4	99,8	- 1,4	116,5	+ 10,1	93,6	+ 3,3	124,4	+ 12,2

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.14

bis II.16. ^{o)} Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *)

Arbeitsmäßig bereinigt o)

Zeit	Gliederung nach Bauarten										Gliederung nach Bauherren 1)					
	Hochbau										Tiefbau					
	zusammen		Wohnungsbau		gewerblicher Hochbau		öffentlicher Hochbau		gewerbliche Auftraggeber						öffentliche Auftraggeber 2)	
	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %
2009	98,4	- 5,2	94,2	- 12,2	90,9	- 0,4	95,3	- 21,3	97,0	- 1,1	102,5	+ 2,2	94,3	- 14,9	105,4	+ 3,6
2010	99,7	+ 1,3	99,7	+ 5,8	99,6	+ 9,6	99,7	+ 4,6	99,9	+ 3,0	99,7	- 2,7	99,7	+ 5,7	99,8	- 5,3
2011	107,2	+ 7,5	112,2	+ 12,5	120,5	+ 21,0	113,6	+ 13,9	91,8	- 8,1	102,2	+ 2,5	112,8	+ 13,1	96,0	- 3,8
2012	114,5	+ 6,8	121,4	+ 8,2	132,4	+ 9,9	124,2	+ 9,3	91,6	- 0,2	107,6	+ 5,3	118,5	+ 5,1	103,3	+ 7,6
2013	119,1	+ 4,0	126,4	+ 4,1	140,6	+ 6,2	128,1	+ 3,1	93,7	+ 2,3	111,7	+ 3,8	121,8	+ 2,8	107,6	+ 4,2
2013 Juli	142,5	+ 14,5	141,9	+ 14,6	158,1	+ 14,1	142,4	+ 12,4	108,8	+ 26,7	143,0	+ 14,3	133,1	+ 9,5	145,8	+ 19,7
Aug.	123,8	- 1,2	124,1	- 11,8	144,8	+ 5,9	121,1	- 19,3	92,4	- 23,3	123,4	+ 12,2	119,3	- 10,8	119,9	+ 7,1
Sept.	125,9	+ 5,0	135,7	+ 4,9	152,8	+ 10,1	132,8	+ 1,4	110,8	+ 4,5	116,1	+ 5,1	130,5	+ 3,0	110,4	+ 4,6
Okt.	117,5	- 11,1	128,6	- 2,4	141,4	+ 3,9	134,7	- 2,1	85,6	- 19,2	106,5	- 19,7	125,4	- 9,2	100,0	- 19,7
Nov.	106,6	+ 16,6	119,6	+ 18,4	122,9	+ 0,7	132,4	+ 34,1	75,0	+ 12,4	93,6	+ 14,4	123,1	+ 30,8	83,2	+ 8,9
Dez.	106,3	+ 13,8	120,0	+ 11,0	136,9	+ 11,8	121,3	+ 6,9	82,9	+ 29,9	92,5	+ 17,5	113,6	+ 8,0	86,5	+ 24,3
2014 Jan.	93,1	+ 13,4	106,5	+ 17,8	112,9	+ 10,8	113,3	+ 22,4	73,7	+ 20,8	79,7	+ 7,8	110,7	+ 27,8	67,1	- 3,7
Febr.	102,3	+ 4,2	112,9	+ 12,0	134,0	+ 23,7	114,3	+ 9,6	67,0	- 11,4	91,7	- 4,1	106,4	+ 2,0	85,3	- 3,0
März	138,8	+ 6,0	146,4	+ 9,9	165,1	+ 9,1	147,9	+ 12,7	105,1	+ 1,7	131,1	+ 1,9	141,1	+ 8,7	125,8	+ 1,5
April	134,0	+ 8,4	133,3	+ 2,5	170,1	+ 17,2	121,6	- 3,1	95,9	- 16,2	134,7	+ 15,0	125,4	+ 6,5	128,3	+ 6,1
Mai	127,7	+ 1,8	130,9	- 3,3	157,1	+ 10,5	122,9	- 12,5	103,0	- 3,5	124,5	+ 7,6	120,3	- 5,4	123,5	+ 5,6
Juni	132,0	- 9,5	139,9	- 11,2	163,0	- 10,4	133,0	- 15,9	114,7	+ 6,2	124,2	- 7,5	131,7	- 13,0	120,0	- 4,7
Juli	136,6	- 4,1	139,9	- 1,4	144,0	- 8,9	147,4	+ 3,5	109,5	+ 0,6	133,3	- 6,8	139,6	+ 4,9	130,5	- 10,5

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Angaben ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.21. o) Mithilfe des Verfahrens

Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 Ohne Wohnungsbauaufträge. 2 Einschl. Straßenbau.

5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen *)

Kalenderbereinigt o)

Zeit	Einzelhandel															
	darunter nach dem Sortimentsschwerpunkt der Unternehmen: 1)															
	insgesamt		Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren 2)		Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren		Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik		Baubedarf, Fußbodenbeläge, Haushaltsgeräte, Möbel		Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen und kosmetischen Artikeln		Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen 3)			
	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in Preisen von 2010	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %		
2010	100,1	+ 2,5	100,0	+ 1,2	100,2	+ 0,8	99,8	+ 4,4	99,9	+ 3,0	100,0	+ 2,5	100,2	+ 3,8	99,3	- 4,7
2011	102,6	+ 2,5	101,1	+ 1,1	102,5	+ 2,3	101,6	+ 1,8	99,4	- 0,5	103,7	+ 3,7	100,5	+ 0,3	107,0	+ 7,8
2012	104,5	+ 1,9	100,9	- 0,2	105,2	+ 2,6	102,3	+ 0,7	99,0	- 0,4	104,5	+ 0,8	100,4	- 0,1	105,8	- 1,1
2013 4)	106,3	+ 1,7	101,4	+ 0,5	109,1	+ 3,7	103,4	+ 1,1	95,4	- 3,6	102,4	- 2,0	103,3	+ 2,9	104,7	- 1,0
2013 Aug.	103,4	+ 1,7	98,9	+ 0,5	108,0	+ 4,0	97,5	+ 4,3	87,5	- 3,2	98,1	- 5,8	99,2	+ 3,1	97,8	+ 0,3
Sept.	104,7	+ 1,3	99,6	+ 0,3	103,6	+ 1,3	115,0	+ 1,7	93,6	+ 0,3	101,9	- 1,7	101,7	+ 6,0	105,4	- 0,4
Okt.	109,5	+ 0,9	103,9	± 0,0	110,8	+ 3,6	117,9	- 0,3	96,3	- 2,6	109,1	- 2,6	106,4	+ 4,3	115,8	+ 2,8
Nov.	112,1	+ 2,6	106,6	+ 1,7	112,2	+ 5,0	110,9	+ 6,8	106,1	- 2,1	110,2	- 1,5	106,5	+ 3,1	112,6	+ 3,2
Dez.	122,7	+ 1,2	117,1	+ 0,3	124,3	+ 1,7	120,2	- 1,6	141,1	- 4,5	103,4	- 3,0	116,5	+ 7,7	97,9	+ 4,3
2014 Jan.	99,3	+ 2,1	94,9	+ 1,1	101,5	+ 1,9	89,6	+ 3,5	98,8	- 2,1	88,0	- 1,0	105,0	+ 5,1	92,1	+ 8,5
Febr.	96,1	+ 3,2	91,4	+ 2,2	100,6	+ 2,8	81,6	+ 6,8	82,6	- 3,1	90,5	+ 2,7	102,5	+ 6,7	96,3	+ 6,4
März	111,1	+ 2,7	104,9	+ 1,9	115,7	+ 3,5	109,3	+ 11,2	86,2	- 9,9	111,6	+ 3,3	109,2	+ 3,8	119,6	+ 4,9
April	108,5	+ 1,6	102,4	+ 0,9	113,6	+ 4,8	104,2	- 5,1	82,9	- 2,6	108,5	+ 0,3	109,5	+ 7,6	113,9	+ 2,2
Mai	107,7	+ 0,1	101,8	- 0,2	111,6	+ 1,2	106,1	+ 1,9	84,0	+ 1,2	104,3	- 3,3	106,7	+ 5,5	110,7	+ 0,6
Juni	107,1	+ 2,7	101,5	+ 2,4	113,8	+ 3,4	101,5	+ 0,6	83,2	- 1,3	99,9	- 1,4	109,2	+ 10,2	111,8	+ 1,5
Juli	107,8	+ 1,4	102,6	+ 1,1	112,2	+ 0,4	102,6	- 0,3	89,9	+ 5,3	100,3	- 2,8	113,9	+ 7,0	109,7	+ 3,2
Aug.	106,3	+ 2,8	101,2	+ 2,3	109,0	+ 0,9	105,8	+ 8,5	84,5	- 3,4	100,1	+ 2,0	107,9	+ 8,8

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.24. o) Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 In Verkaufsräumen. 2 Auch an Verkaufsständen und auf Märkten. 3 Ab Januar 2011 basierend

auf Daten aus Umsatzsteuer-Voranmeldungen und Primärerhebungen, davor Stichprobenbefragung. 4 Ergebnisse ab Januar 2013 vorläufig, teilweise revidiert und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

7. Preise

Zeit	Verbraucherpreisindex						Baupreis- index	Index der Erzeu- ger- preise gewerb- licher Produkte im Inlands- absatz 3)	Index der Erzeu- ger- preise landwirt- schaft- licher Pro- dukte 3)	Indizes der Preise im Außenhandel		Index der Weltmarkt- preise für Rohstoffe 4)		
	insgesamt	darunter:								Ausfuhr	Einfuhr	Energie 5)	sonstige Rohstoffe 6)	
		Nah- rungs- mittel	andere Ver- u. Ge- brauchs- güter ohne Energie 1)	Energie 1)	Dienstlei- stungen ohne Wohnungs- mieten 2)	Wohnungs- mieten 2)								
	2010 = 100													
	Indexstand													
2009	98,9	98,6	99,4	96,2	99,5	98,8	99,1	98,5	88,1	97,0	93,4	72,8	74,5	
2010	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	
2011	7) 102,1	102,2	100,8	110,1	101,0	101,3	102,9	105,3	113,0	103,3	106,4	132,2	113,5	
2012	7) 104,1	105,7	102,0	116,4	102,4	102,5	105,7	107,0	119,0	104,9	108,7	141,9	110,4	
2013	105,7	110,4	103,0	118,0	103,8	103,8	107,9	106,9	120,4	104,3	105,9	133,1	101,0	
2012 Nov.	104,7	107,0	102,8	116,7	102,7	102,9	106,3	107,4	125,2	105,1	108,0	138,5	107,0	
2012 Dez.	105,0	108,0	102,7	115,5	104,0	102,9		107,1	124,4	104,8	107,4	136,2	106,5	
2013 Jan.	104,5	109,0	101,7	118,1	101,9	103,2		107,7	123,7	104,8	107,3	138,6	106,2	
2013 Febr.	105,1	108,9	102,2	119,5	103,0	103,3	107,1	107,5	124,2	104,7	107,6	141,7	106,9	
2013 März	105,6	109,9	103,2	117,8	103,7	103,4		107,2	123,8	104,9	107,6	136,3	107,7	
2013 April	105,1	110,0	103,3	118,2	101,8	103,5		107,1	124,4	104,7	106,4	127,8	104,0	
2013 Mai	105,5	111,1	103,2	117,7	103,2	103,6	107,7	106,8	124,1	104,5	106,0	129,0	103,3	
2013 Juni	105,6	111,5	102,9	117,6	103,7	103,7		106,7	121,7	104,1	105,3	127,1	100,7	
2013 Juli	106,1	111,2	102,4	118,8	105,1	103,9		106,6	119,0	104,2	105,4	133,7	99,9	
2013 Aug.	106,1	110,3	102,4	118,6	105,3	104,0	108,2	106,5	118,8	104,2	105,5	135,3	98,1	
2013 Sept.	106,1	109,9	103,4	119,1	104,3	104,1		106,8	120,5	104,2	105,5	135,7	97,3	
2013 Okt.	105,9	110,1	103,9	117,5	103,6	104,1		106,6	121,0	103,9	104,8	130,1	95,3	
2013 Nov.	106,1	110,4	103,9	116,4	104,3	104,4	108,4	106,5	122,0	103,9	104,9	130,3	96,3	
2013 Dez.	106,5	112,1	103,3	116,8	105,5	104,5		106,6	122,1	103,8	104,9	131,5	96,6	
2014 Jan.	105,9	112,9	102,8	116,0	104,1	104,7		106,5 p)	119,7	104,0	104,8	129,4	96,0	
2014 Febr.	106,4	112,7	103,2	116,3	105,1	104,8	109,2	106,5 p)	119,5	104,0	104,7	129,3	97,2	
2014 März	106,7	112,3	104,2	115,9	105,4	104,9		106,2 p)	120,4	103,8	104,1	126,0	96,9	
2014 April	106,5	112,0	104,2	116,7	104,7	105,1		106,1 p)	120,9	103,9	103,8	126,2	99,3	
2014 Mai	106,4	111,6	103,9	116,7	104,3	105,2	109,5	105,9 p)	118,4	103,9	103,8	129,2	98,9	
2014 Juni	106,7	111,5	103,5	117,3	105,4	105,3		105,9 p)	117,0	104,0	104,0	133,0	97,4	
2014 Juli	107,0	111,3	103,2	117,0	106,7	105,4		105,8 p)	113,2	104,1	103,6	127,7	95,6	
2014 Aug.	107,0	110,6	103,5	116,4	106,9	105,6	110,0	105,7 p)	111,0	104,1	103,5	123,6	96,3	
2014 Sept.	107,0	110,9	104,5	116,5	105,8	105,6		122,2	95,0	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %													
2009	+ 0,3	- 1,3	+ 1,3	- 5,4	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,2	- 4,2	- 19,0	- 2,2	- 8,5	- 33,6	- 19,0	
2010	+ 1,1	+ 1,4	+ 0,6	+ 4,0	+ 0,5	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,5	+ 13,5	+ 3,1	+ 7,1	+ 37,4	+ 34,2	
2011	7) + 2,1	+ 2,2	+ 0,8	+ 10,1	+ 1,0	+ 1,3	+ 2,9	+ 5,3	+ 13,0	+ 3,3	+ 6,4	+ 32,2	+ 13,5	
2012	7) + 2,0	+ 3,4	+ 1,2	+ 5,7	+ 1,4	+ 1,2	+ 2,7	+ 1,6	+ 5,3	+ 1,5	+ 2,2	+ 7,3	- 2,7	
2013	+ 1,5	+ 4,4	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,3	+ 2,1	- 0,1	+ 1,2	- 0,6	- 2,6	- 6,2	- 8,5	
2012 Nov.	+ 1,9	+ 4,3	+ 1,1	+ 3,8	+ 1,8	+ 1,1	+ 2,5	+ 1,2	+ 10,2	+ 1,5	+ 1,0	+ 3,0	+ 3,9	
2012 Dez.	+ 2,0	+ 4,7	+ 1,4	+ 3,6	+ 1,9	+ 1,2		+ 1,4	+ 10,9	+ 1,1	± 0,0	+ 1,0	+ 2,7	
2013 Jan.	+ 1,7	+ 4,5	+ 0,9	+ 3,9	+ 1,0	+ 1,2		+ 1,5	+ 10,9	+ 0,4	- 1,3	- 1,8	- 2,9	
2013 Febr.	+ 1,5	+ 3,1	+ 1,0	+ 3,6	+ 1,1	+ 1,2	+ 2,2	+ 0,9	+ 8,9	± 0,0	- 1,7	- 4,5	- 2,2	
2013 März	+ 1,4	+ 3,7	+ 1,1	+ 0,5	+ 1,5	+ 1,3		+ 0,1	+ 6,2	+ 0,1	- 2,2	- 12,1	- 2,5	
2013 April	+ 1,2	+ 4,1	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 1,3		- 0,2	+ 6,2	- 0,4	- 3,0	- 14,0	- 5,6	
2013 Mai	+ 1,5	+ 5,4	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,3	+ 2,1	- 0,2	+ 8,0	- 0,5	- 2,9	- 8,2	- 6,2	
2013 Juni	+ 1,8	+ 5,4	+ 1,0	+ 3,0	+ 1,7	+ 1,8		+ 0,1	+ 7,4	- 0,7	- 2,2	+ 2,1	- 7,5	
2013 Juli	+ 1,9	+ 5,7	+ 1,2	+ 2,9	+ 1,4	+ 1,4		± 0,0	+ 4,0	- 0,8	- 2,6	- 2,1	- 14,5	
2013 Aug.	+ 1,5	+ 4,9	+ 0,8	+ 0,5	+ 1,7	+ 1,4	+ 2,1	- 0,5	+ 0,8	- 1,0	- 3,4	- 9,3	- 14,1	
2013 Sept.	+ 1,4	+ 4,7	+ 0,9	- 0,2	+ 1,7	+ 1,4		- 0,5	- 0,7	- 1,0	- 2,8	- 5,2	- 13,0	
2013 Okt.	+ 1,2	+ 4,2	+ 0,9	- 0,5	+ 1,2	+ 1,3		- 0,7	- 1,4	- 1,0	- 3,0	- 7,0	- 12,3	
2013 Nov.	+ 1,3	+ 3,2	+ 1,1	- 0,3	+ 1,6	+ 1,5	+ 2,0	- 0,8	- 2,6	- 1,1	- 2,9	- 5,9	- 10,0	
2013 Dez.	+ 1,4	+ 3,8	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,6		- 0,5	- 1,8	- 1,0	- 2,3	- 3,5	- 9,3	
2014 Jan.	+ 1,3	+ 3,6	+ 1,1	- 1,8	+ 2,2	+ 1,5		- 1,1 p)	- 3,2	- 0,8	- 2,3	- 6,6	- 9,6	
2014 Febr.	+ 1,2	+ 3,5	+ 1,0	- 2,7	+ 2,0	+ 1,5	+ 2,0	- 0,9 p)	- 3,8	- 0,7	- 2,7	- 8,8	- 9,1	
2014 März	+ 1,0	+ 2,2	+ 1,0	- 1,6	+ 1,6	+ 1,5		- 0,9 p)	- 2,7	- 1,0	- 3,3	- 7,6	- 10,0	
2014 April	+ 1,3	+ 1,8	+ 0,9	- 1,3	+ 2,8	+ 1,5		- 0,9 p)	- 2,8	- 0,8	- 2,4	- 1,3	- 4,5	
2014 Mai	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,7	- 0,8	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,7	- 0,8 p)	- 4,6	- 0,6	- 2,1	+ 0,2	- 4,3	
2014 Juni	+ 1,0	± 0,0	+ 0,6	- 0,3	+ 1,6	+ 1,5		- 0,7 p)	- 3,9	- 0,1	- 1,2	+ 4,6	- 3,3	
2014 Juli	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,8	- 1,5	+ 1,5	+ 1,4		- 0,8 p)	- 4,9	- 0,1	- 1,7	- 4,5	- 4,3	
2014 Aug.	+ 0,8	+ 0,3	+ 1,1	- 1,9	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,7	- 0,8 p)	- 6,6	- 0,1	- 1,9	- 8,6	- 1,8	
2014 Sept.	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,1	- 2,2	+ 1,4	+ 1,4		- 9,9	- 2,4	

Quelle: Statistisches Bundesamt bzw. eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts; für den Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe: HWWI. 1 Strom, Gas und andere Brennstoffe sowie Kraftstoffe. 2 Netto-

mieten. 3 Ohne Mehrwertsteuer. 4 HWWI-Rohstoffpreisindex „Euroland“ auf Euro-Basis. 5 Kohle und Rohöl (Brent). 6 Nahrungs- und Genussmittel sowie Industrie- rohstoffe. 7 Ab Mai 2011 sowie ab Januar 2012 Erhöhung der Tabaksteuer.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

8. Einkommen der privaten Haushalte *)

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
2006	938,1	1,5	630,7	0,5	358,9	- 0,5	989,6	0,2	1 514,0	2,6	151,6	2,3	10,0
2007	969,3	3,3	648,9	2,9	356,4	- 0,7	1 005,3	1,6	1 540,7	1,8	157,1	3,6	10,2
2008	1 008,1	4,0	670,8	3,4	358,4	0,6	1 029,2	2,4	1 579,0	2,5	165,1	5,1	10,5
2009	1 009,5	0,1	672,6	0,3	383,5	7,0	1 056,1	2,6	1 564,2	- 0,9	155,7	- 5,7	10,0
2010	1 039,0	2,9	702,2	4,4	388,0	1,2	1 090,1	3,2	1 605,1	2,6	159,4	2,4	9,9
2011	1 087,7	4,7	728,5	3,7	383,2	- 1,2	1 111,6	2,0	1 666,2	3,8	159,4	- 0,0	9,6
2012	1 131,7	4,0	756,4	3,8	389,4	1,6	1 145,7	3,1	1 699,1	2,0	159,6	0,2	9,4
2013	1 165,5	3,0	777,2	2,8	398,3	2,3	1 175,6	2,6	1 729,0	1,8	157,5	- 1,3	9,1
2013 1.Vj.	271,0	3,1	181,2	2,9	101,5	2,6	282,7	2,8	427,8	0,2	53,3	- 3,9	12,4
2.Vj.	284,4	2,8	185,6	2,5	99,0	2,5	284,6	2,5	429,8	1,9	37,3	- 2,3	8,7
3.Vj.	288,1	3,1	196,4	3,1	99,9	2,3	296,3	2,8	436,6	3,1	34,3	1,2	7,9
4.Vj.	321,9	3,0	214,0	2,6	98,0	1,8	311,9	2,3	434,8	1,8	32,6	1,6	7,5
2014 1.Vj.	281,6	3,9	187,6	3,5	103,9	2,4	291,5	3,1	437,8	2,3	55,1	3,5	12,6
2.Vj.	294,9	3,7	192,0	3,4	100,4	1,4	292,4	2,7	439,1	2,1	38,4	2,9	8,7

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2014. * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 1 Inländerkonzept. 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. 3 Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich empfangene mo-

netäre Sozialleistungen. 5 Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 6 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex 1)								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer 3)	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis				Grundvergütungen 2)			
	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr
2006	92,8	1,0	92,5	1,2	92,0	0,8	91,6	0,8	94,1	0,7
2007	93,9	1,2	93,7	1,4	93,4	1,5	93,0	1,4	95,3	1,4
2008	96,5	2,7	96,4	2,8	96,2	3,0	95,9	3,2	97,6	2,4
2009	98,4	2,0	98,3	2,0	98,4	2,3	98,3	2,4	97,6	- 0,1
2010	100,0	1,6	100,0	1,7	100,0	1,7	100,0	1,8	100,0	2,5
2011	101,8	1,8	101,8	1,8	101,8	1,8	101,8	1,8	103,3	3,3
2012	104,5	2,7	104,5	2,6	104,7	2,9	104,7	2,9	106,1	2,7
2013	107,0	2,4	107,0	2,5	107,3	2,5	107,3	2,5	108,4	2,1
2013 1.Vj.	99,1	2,8	99,1	2,9	99,4	2,9	106,4	2,9	101,8	2,1
2.Vj.	100,2	2,1	100,2	2,1	100,4	2,1	106,7	2,2	106,1	1,9
3.Vj.	109,0	2,3	109,1	2,3	109,4	2,4	107,9	2,4	106,8	2,2
4.Vj.	119,7	2,4	119,8	2,5	120,1	2,5	108,1	2,4	118,5	2,2
2014 1.Vj.	102,3	3,2	102,3	3,2	102,1	2,7	109,3	2,7	104,8	3,0
2.Vj.	103,6	3,3	103,5	3,3	103,8	3,3	110,3	3,4	108,9	2,6
2014 Febr.	101,6	2,6	101,6	2,5	101,9	2,5	109,1	2,5	.	.
März	102,2	3,0	102,1	3,0	102,5	3,1	109,7	3,0	.	.
April	103,5	3,0	103,5	3,0	103,7	3,1	109,8	3,1	.	.
Mai	104,1	3,4	104,0	3,4	104,2	3,3	110,5	3,5	.	.
Juni	103,2	3,6	103,1	3,6	103,4	3,6	110,7	3,6	.	.
Juli	129,6	2,9	129,6	2,8	130,0	2,9	110,9	3,0	.	.
Aug.	103,3	2,7	103,3	2,6	103,6	2,6	111,0	2,8	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert. 2 Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (VermL, Sonder-

zahlungen z.B Jahresgratifikation, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen). 3 Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2014.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen ^{*)}

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende

Zeit	Aktiva									Passiva						
	Bilanzsumme	langfristige Vermögenswerte	darunter:			kurzfristige Vermögenswerte	darunter:			Eigenkapital	Schulden					
			immaterielle Vermögenswerte	Sachanlagen	finanzielle Vermögenswerte		Vorräte	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	Zahlungsmittel ¹⁾		langfristig		kurzfristig			
											insgesamt	zusammen	darunter Finanzschulden	zusammen	darunter:	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
Insgesamt (Mrd. €)																
2010	1 748,4	1 077,5	334,5	459,6	213,2	670,9	169,5	170,2	132,6	514,7	1 233,7	657,9	354,8	575,8	147,1	151,4
2011	1 838,5	1 116,0	340,0	477,4	232,9	722,5	190,6	180,4	119,3	537,8	1 300,7	663,6	347,3	637,2	176,8	161,1
2012	1 904,5	1 178,1	380,2	490,5	240,8	726,4	189,8	179,1	126,0	561,5	1 343,0	719,5	380,8	623,5	179,5	160,6
2013	1 938,3	1 196,1	387,1	499,5	241,0	742,2	189,0	179,8	139,0	576,1	1 362,2	726,3	383,0	635,9	191,5	166,8
2013 2.Vj.	1 946,6	1 196,1	394,8	494,0	247,7	750,5	195,7	195,0	118,0	552,4	1 394,2	743,7	385,6	650,5	203,9	160,0
3.Vj.	1 933,1	1 197,6	392,6	495,6	250,5	735,4	196,3	183,9	130,3	566,5	1 366,6	730,5	375,6	636,1	200,7	161,5
4.Vj.	1 938,3	1 196,1	387,1	499,5	241,0	742,2	189,0	179,8	139,0	576,1	1 362,2	726,3	383,0	635,9	191,5	166,8
2014 1.Vj. ^{p)}	1 970,1	1 202,5	387,9	501,8	252,6	767,6	196,5	192,9	142,2	576,9	1 393,2	740,1	383,5	653,1	194,1	163,9
in % der Bilanzsumme																
2010	100,0	61,6	19,1	26,3	12,2	38,4	9,7	9,7	7,6	29,4	70,6	37,6	20,3	32,9	8,4	8,7
2011	100,0	60,7	18,5	26,0	12,7	39,3	10,4	9,8	6,5	29,3	70,8	36,1	18,9	34,7	9,6	8,8
2012	100,0	61,9	20,0	25,8	12,6	38,1	10,0	9,4	6,6	29,5	70,5	37,8	20,0	32,7	9,4	8,4
2013	100,0	61,7	20,0	25,8	12,4	38,3	9,8	9,3	7,2	29,7	70,3	37,5	19,8	32,8	9,9	8,6
2013 2.Vj.	100,0	61,5	20,3	25,4	12,7	38,6	10,1	10,0	6,1	28,4	71,6	38,2	19,8	33,4	10,5	8,2
3.Vj.	100,0	62,0	20,3	25,6	13,0	38,1	10,2	9,5	6,7	29,3	70,7	37,8	19,4	32,9	10,4	8,4
4.Vj.	100,0	61,7	20,0	25,8	12,4	38,3	9,8	9,3	7,2	29,7	70,3	37,5	19,8	32,8	9,9	8,6
2014 1.Vj. ^{p)}	100,0	61,0	19,7	25,5	12,8	39,0	10,0	9,8	7,2	29,3	70,7	37,6	19,5	33,2	9,9	8,3
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe (Mrd. €) ²⁾																
2010	1 383,0	814,2	213,9	355,8	189,5	568,8	152,2	135,1	105,4	400,6	982,4	515,3	258,3	467,1	125,4	108,1
2011	1 474,2	860,6	221,7	373,8	214,9	613,6	172,3	143,6	92,7	421,6	1 052,6	530,5	260,8	522,2	151,2	116,7
2012	1 540,6	921,2	258,9	387,9	222,1	619,5	172,5	140,4	98,1	443,8	1 096,8	581,7	286,6	515,1	161,0	116,5
2013	1 559,5	933,2	259,1	398,7	224,1	626,3	172,7	140,0	106,6	457,3	1 102,3	580,9	285,9	521,4	170,6	118,6
2013 2.Vj.	1 575,4	932,4	265,3	392,0	231,7	642,9	179,7	152,9	92,3	438,1	1 137,3	601,2	293,2	536,1	180,9	117,2
3.Vj.	1 565,4	936,1	263,3	395,1	234,4	629,3	180,7	143,1	104,2	450,4	1 114,9	593,6	287,8	521,3	174,7	118,1
4.Vj.	1 559,5	933,2	259,1	398,7	224,1	626,3	172,7	140,0	106,6	457,3	1 102,3	580,9	285,9	521,4	170,6	118,6
2014 1.Vj. ^{p)}	1 594,1	941,0	259,9	400,6	236,3	653,1	180,6	152,0	110,2	456,5	1 137,6	596,7	289,8	540,9	173,7	121,4
in % der Bilanzsumme																
2010	100,0	58,9	15,5	25,7	13,7	41,1	11,0	9,8	7,6	29,0	71,0	37,3	18,7	33,8	9,1	7,8
2011	100,0	58,4	15,0	25,4	14,6	41,6	11,7	9,7	6,3	28,6	71,4	36,0	17,7	35,4	10,3	7,9
2012	100,0	59,8	16,8	25,2	14,4	40,2	11,2	9,1	6,4	28,8	71,2	37,8	18,6	33,4	10,5	7,6
2013	100,0	59,8	16,6	25,6	14,4	40,2	11,1	9,0	6,8	29,3	70,7	37,3	18,3	33,4	10,9	7,6
2013 2.Vj.	100,0	59,2	16,8	24,9	14,7	40,8	11,4	9,7	5,9	27,8	72,2	38,2	18,6	34,0	11,5	7,4
3.Vj.	100,0	59,8	16,8	25,2	15,0	40,2	11,6	9,1	6,7	28,8	71,2	37,9	18,4	33,3	11,2	7,6
4.Vj.	100,0	59,8	16,6	25,6	14,4	40,2	11,1	9,0	6,8	29,3	70,7	37,3	18,3	33,4	10,9	7,6
2014 1.Vj. ^{p)}	100,0	59,0	16,3	25,1	14,8	41,0	11,3	9,5	6,9	28,6	71,4	37,4	18,2	33,9	10,9	7,6
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor (Mrd. €)																
2010	365,4	263,3	120,6	103,8	23,7	102,1	17,4	35,1	27,2	114,0	251,4	142,6	96,5	108,8	21,7	43,3
2011	364,3	255,4	118,3	103,6	17,9	108,9	18,3	36,8	26,6	116,2	248,1	133,1	86,5	115,0	25,6	44,4
2012	363,8	256,9	121,3	102,6	18,7	106,9	17,4	38,7	27,9	117,7	246,1	137,7	94,2	108,4	18,4	44,2
2013	378,8	262,9	128,0	100,8	16,8	115,9	16,3	39,8	32,4	118,8	260,0	145,4	97,1	114,5	20,9	48,2
2013 2.Vj.	371,2	263,7	129,5	102,0	16,0	107,5	16,0	42,1	25,7	114,3	256,9	142,5	92,4	114,4	23,0	42,9
3.Vj.	367,7	261,5	129,3	100,4	16,1	106,2	15,5	40,8	26,2	116,0	251,7	136,9	87,8	114,8	26,0	43,3
4.Vj.	378,8	262,9	128,0	100,8	16,8	115,9	16,3	39,8	32,4	118,8	260,0	145,4	97,1	114,5	20,9	48,2
2014 1.Vj. ^{p)}	376,0	261,5	128,0	101,2	16,4	114,6	16,0	40,8	32,0	120,4	255,6	143,4	93,8	112,3	20,3	42,5
in % der Bilanzsumme																
2010	100,0	72,1	33,0	28,4	6,5	27,9	4,8	9,6	7,4	31,2	68,8	39,0	26,4	29,8	5,9	11,9
2011	100,0	70,1	32,5	28,5	4,9	29,9	5,0	10,1	7,3	31,9	68,1	36,5	23,8	31,6	7,0	12,2
2012	100,0	70,6	33,4	28,2	5,1	29,4	4,8	10,6	7,7	32,4	67,7	37,9	25,9	29,8	5,1	12,1
2013	100,0	69,4	33,8	26,6	4,4	30,6	4,3	10,5	8,6	31,4	68,6	38,4	25,6	30,2	5,5	12,7
2013 2.Vj.	100,0	71,0	34,9	27,5	4,3	29,0	4,3	11,4	6,9	30,8	69,2	38,4	24,9	30,8	6,2	11,6
3.Vj.	100,0	71,1	35,2	27,3	4,4	28,9	4,2	11,1	7,1	31,6	68,4	37,2	23,9	31,2	7,1	11,8
4.Vj.	100,0	69,4	33,8	26,6	4,4	30,6	4,3	10,5	8,6	31,4	68,6	38,4	25,6	30,2	5,5	12,7
2014 1.Vj. ^{p)}	100,0	69,5	34,0	26,9	4,4	30,5	4,3	10,9	8,5	32,0	68,0	38,1	24,9	29,9	5,4	11,3

* In Deutschland börsennotierte nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die vierteljährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. Ohne Grundstücks- und Wohnungs-

wesen. **1** Einschl. Zahlungsmitteläquivalente. **2** Einschl. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft.

XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion *)

Mio €

Position	2011	2012	2013	2013		2014			
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	Mai	Juni	Juli p)
A. Leistungsbilanz	+ 12 059	+ 133 091	+ 227 810	+ 87 712	+ 31 629	+ 56 353	+ 12 716	+ 24 844	+ 32 259
1. Warenhandel									
Ausfuhr (fob)	1 792 948	1 921 514	1 936 218	496 397	482 542	489 317	163 051	164 170	173 956
Einfuhr (fob)	1 792 075	1 832 463	1 770 911	448 305	445 626	438 387	146 519	145 494	152 941
Saldo	+ 874	+ 89 048	+ 165 309	+ 48 092	+ 36 916	+ 50 932	+ 16 533	+ 18 676	+ 21 015
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	590 798	633 551	663 058	173 346	158 192	170 540	57 406	59 141	65 580
Ausgaben	512 900	538 515	549 854	142 879	138 601	136 036	43 620	47 807	50 073
Saldo	+ 77 897	+ 95 037	+ 113 202	+ 30 467	+ 19 592	+ 34 504	+ 13 786	+ 11 334	+ 15 506
3. Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Saldo)	+ 39 571	+ 56 262	+ 69 847	+ 23 555	+ 17 645	+ 67	- 10 792	+ 6 356	+ 3 656
4. Laufende Übertragungen									
fremde Leistungen	95 827	98 623	99 800	34 667	28 279	19 717	6 712	7 131	5 290
eigene Leistungen	202 112	205 881	220 347	49 070	70 802	48 870	13 524	18 655	13 210
Saldo	- 106 284	- 107 257	- 120 547	- 14 403	- 42 523	- 29 152	- 6 811	- 11 524	- 7 919
B. Saldo der Vermögensübertragungen und Kauf/Verkauf von immateriellen nicht-produzierten Vermögensgütern	+ 10 687	+ 6 477	+ 21 497	+ 9 281	+ 5 527	+ 2 736	+ 159	+ 1 382	+ 413
C. Kapitalbilanz (Nettokapitalexport: -)	- 50 943	- 165 046	- 252 854	- 101 571	- 28 667	- 58 512	- 11 031	- 28 344	- 37 800
1. Direktinvestitionen	- 101 719	- 71 566	- 32 164	- 16 305	- 24 376	- 189	+ 10 644	+ 7 875	- 2 790
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 500 864	- 410 125	- 360 726	- 188 432	+ 8 675	- 32 040	- 15 146	- 1 516	- 4 348
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 399 147	+ 338 559	+ 328 561	+ 172 127	- 33 051	+ 31 852	+ 25 791	+ 9 391	+ 1 558
2. Wertpapieranlagen	+ 238 594	+ 95 440	+ 110 264	+ 58 989	+ 65 631	- 9 825	+ 58 286	+ 18 363	- 14 505
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	+ 53 663	- 194 261	- 250 519	- 50 682	- 74 526	- 151 733	- 37 635	- 38 469	- 24 261
Aktien	+ 66 257	- 57 983	- 163 667	- 39 626	- 23 475	- 58 363	- 20 499	- 4 683	- 9 729
Anleihen	+ 21 785	- 133 895	- 78 591	- 12 350	- 36 253	- 64 224	- 3 002	- 31 016	- 8 363
Geldmarktpapiere	- 34 379	- 2 384	- 8 259	+ 1 295	- 14 798	- 29 146	- 14 133	- 2 771	- 6 169
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 184 930	+ 289 703	+ 360 782	+ 109 671	+ 140 157	+ 141 908	+ 95 921	+ 56 832	+ 9 757
Aktien	+ 64 393	+ 164 940	+ 241 801	+ 63 550	+ 76 297	+ 119 507	+ 27 149	+ 67 667	+ 10 259
Anleihen	+ 165 290	+ 128 769	+ 77 846	+ 87 619	+ 72 383	+ 43 168	+ 64 169	- 19 995	+ 542
Geldmarktpapiere	- 44 752	- 4 009	+ 41 136	- 41 498	- 8 522	- 20 768	+ 4 603	+ 9 159	- 1 044
3. Finanzderivate	- 5 552	+ 5 294	+ 17 332	+ 3 402	+ 2 935	+ 6 015	- 472	+ 3 567	+ 3 686
4. Übriger Kapitalverkehr (Saldo)	- 171 998	- 179 260	- 343 875	- 147 349	- 70 301	- 54 205	- 79 032	- 58 637	- 24 833
Eurosysteem	+ 137 861	+ 13 179	- 58 932	- 9 298	- 23 488	- 16 706	+ 4 627	- 17 475	- 14 409
Staat	+ 69 918	- 3 712	+ 7 126	- 14 015	+ 3 073	+ 1 116	- 3 462	+ 2 859	+ 2 483
Monetäre Finanzinstitute (Ohne Eurosysteem)	- 341 608	- 111 858	- 267 279	- 112 429	- 69 021	- 71 036	- 64 916	- 50 989	- 17 219
langfristig	- 16 768	+ 6 476	+ 43 463	+ 19 872	- 12 318	+ 1 243	- 4 987	+ 6 036	- 3 081
kurzfristig	- 324 842	- 118 337	- 310 743	- 132 300	- 56 703	- 72 277	- 59 929	- 57 023	- 14 138
Unternehmen und Privatpersonen	- 38 172	- 76 872	- 24 794	- 11 609	+ 19 136	+ 32 421	- 15 282	+ 6 969	+ 4 312
5. Veränderung der Währungsreserven des Eurosysteems (Zunahme: -)	- 10 266	- 14 957	- 4 409	- 308	- 2 556	- 308	- 457	+ 488	+ 641
D. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	+ 28 197	+ 25 477	+ 3 545	+ 4 577	- 8 489	- 575	- 1 844	+ 2 119	+ 5 128

* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 5. Auflage des Internationalen Währungsfonds.

XII. Außenwirtschaft

2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Leistungsbilanz						Vermögens- änderungs- bilanz 4)	Kapitalbilanz (Zunahme an Nettoauslands- vermögen: + / Abnahme: -)			Statistisch nicht auf- gliederbare Trans- aktionen 5)
	Insgesamt	Warenhandel (fob/fob) 1)	darunter: Ergänzungen zum Außen- handel, Saldo 2)	Dienst- leistungen (fob/fob) 3)	Primär- einkommen	Sekundär- einkommen		Insgesamt	darunter: Währungs- reserven		
1999	- 29 220	+ 68 017	+ 983	- 53 298	- 17 237	- 26 702	- 937	+ 4 590	- 12 535	+ 34 747	
2000	- 36 958	+ 64 061	+ 1 645	- 58 346	- 12 747	- 29 927	+ 5 091	- 42 531	- 5 844	- 10 664	
2001	- 7 907	+ 101 273	+ 3 321	- 62 833	- 17 195	- 29 151	- 3 258	+ 947	- 6 032	+ 12 112	
2002	+ 41 656	+ 142 103	+ 6 008	- 45 440	- 25 600	- 29 408	- 4 010	+ 25 935	- 2 065	- 11 710	
2003	+ 31 725	+ 130 021	+ 2 105	- 48 695	- 18 513	- 31 088	+ 5 920	+ 63 349	- 445	+ 25 703	
2004	+ 102 057	+ 153 166	- 6 859	- 38 748	+ 17 657	- 30 018	- 119	+ 127 106	- 1 470	+ 25 167	
2005	+ 107 399	+ 157 010	- 6 068	- 40 660	+ 22 173	- 31 124	- 2 334	+ 118 364	- 2 182	+ 13 299	
2006	+ 138 066	+ 161 447	- 4 205	- 34 759	+ 43 627	- 32 249	- 1 328	+ 178 011	- 2 934	+ 41 273	
2007	+ 173 132	+ 201 989	- 922	- 36 958	+ 41 835	- 33 733	- 1 597	+ 213 938	+ 953	+ 42 402	
2008	+ 147 821	+ 184 521	- 3 586	- 32 026	+ 29 675	- 34 349	- 893	+ 168 457	+ 2 008	+ 21 530	
2009	+ 143 173	+ 141 167	- 6 064	- 21 430	+ 58 365	- 34 930	- 1 858	+ 136 851	- 3 200	- 4 464	
2010	+ 146 652	+ 161 146	- 5 892	- 28 892	+ 54 049	- 39 651	+ 1 219	+ 112 031	+ 1 613	- 35 839	
2011	+ 163 970	+ 163 241	- 9 043	- 33 661	+ 69 204	- 34 815	+ 1 690	+ 161 039	+ 2 836	- 4 621	
2012	+ 196 242	+ 197 116	- 10 086	- 36 849	+ 74 668	- 38 692	+ 1 298	+ 213 430	+ 1 297	+ 15 890	
2013 r)	+ 191 946	+ 210 499	- 4 513	- 47 957	+ 72 747	- 43 343	+ 2 013	+ 245 802	+ 838	+ 51 843	
2011 3.Vj.	+ 37 553	+ 41 307	- 2 229	- 14 775	+ 19 703	- 8 682	+ 248	+ 13 162	+ 639	- 24 639	
4.Vj.	+ 52 512	+ 40 055	- 2 310	- 3 788	+ 26 073	- 9 828	+ 193	+ 33 891	+ 366	- 18 815	
2012 1.Vj.	+ 46 888	+ 49 318	- 1 708	- 7 914	+ 19 435	- 13 951	- 259	+ 33 717	+ 963	- 12 912	
2.Vj.	+ 44 482	+ 49 896	- 2 976	- 8 303	+ 8 329	- 5 439	+ 632	+ 46 454	+ 769	+ 1 339	
3.Vj.	+ 48 376	+ 52 429	- 2 137	- 15 357	+ 19 731	- 8 426	+ 846	+ 52 846	+ 59	+ 3 624	
4.Vj.	+ 56 495	+ 45 473	- 3 265	- 5 275	+ 27 173	- 10 876	+ 79	+ 80 413	- 494	+ 23 838	
2013 1.Vj.	+ 45 590	+ 52 747	- 1 625	- 11 256	+ 19 283	- 15 184	+ 756	+ 41 503	+ 86	- 4 842	
2.Vj.	+ 46 837	+ 56 031	+ 2 842	- 11 658	+ 9 905	- 7 441	+ 847	+ 67 186	+ 72	+ 19 502	
3.Vj.	+ 39 400	+ 49 649	- 4 085	- 17 879	+ 17 188	- 9 557	+ 369	+ 62 211	- 785	+ 22 442	
4.Vj. r)	+ 60 119	+ 52 072	- 1 644	- 7 164	+ 26 371	- 11 160	+ 41	+ 74 901	+ 1 464	+ 14 741	
2014 1.Vj. r)	+ 49 410	+ 53 108	+ 1 335	- 7 138	+ 18 219	- 14 780	+ 1 667	+ 66 747	- 565	+ 15 670	
2.Vj. r)	+ 46 304	+ 55 400	- 727	- 8 732	+ 6 556	- 6 919	+ 624	+ 64 175	+ 610	+ 17 246	
2012 März	+ 19 942	+ 18 308	- 646	- 2 314	+ 7 065	- 3 116	+ 121	+ 17 848	+ 276	- 2 214	
April	+ 13 082	+ 14 818	- 634	- 1 458	+ 2 043	- 2 320	+ 282	+ 15 061	+ 581	+ 1 697	
Mai	+ 11 515	+ 16 307	- 1 312	- 3 592	- 19	- 1 181	+ 363	+ 20 504	+ 207	+ 8 626	
Juni	+ 19 886	+ 18 772	- 1 029	- 3 253	+ 6 305	- 1 938	- 13	+ 10 889	- 19	- 8 983	
Juli	+ 17 010	+ 17 659	- 752	- 4 906	+ 6 453	- 2 197	- 35	+ 1 700	- 48	- 15 274	
Aug.	+ 13 749	+ 17 085	- 793	- 6 509	+ 6 508	- 3 335	+ 610	+ 19 153	+ 389	+ 4 795	
Sept.	+ 17 618	+ 17 685	- 592	- 3 942	+ 6 769	- 2 894	+ 271	+ 31 992	- 281	+ 14 103	
Okt.	+ 16 095	+ 16 318	- 1 084	- 4 358	+ 7 296	- 3 160	+ 195	+ 18 059	+ 176	+ 1 769	
Nov.	+ 19 510	+ 17 584	- 724	- 2 211	+ 7 112	- 2 974	+ 409	+ 30 705	- 308	+ 10 786	
Dez.	+ 20 890	+ 11 571	- 1 458	+ 1 295	+ 12 766	- 4 742	- 525	+ 31 649	- 361	+ 11 284	
2013 Jan.	+ 11 111	+ 14 750	- 520	- 4 058	+ 5 837	- 5 419	+ 50	- 9 365	+ 493	- 20 526	
Febr.	+ 12 721	+ 16 586	- 1 633	- 3 732	+ 6 623	- 6 756	+ 92	+ 16 620	- 321	+ 3 807	
März	+ 21 758	+ 21 411	+ 528	- 3 466	+ 6 823	- 3 010	+ 614	+ 34 249	- 86	+ 11 877	
April	+ 16 846	+ 20 262	+ 662	- 2 752	+ 1 675	- 2 339	+ 309	+ 22 471	+ 56	+ 5 316	
Mai	+ 12 818	+ 16 744	+ 1 997	- 4 511	+ 2 819	- 2 235	+ 247	+ 13 502	- 22	+ 438	
Juni	+ 17 174	+ 19 025	+ 182	- 4 395	+ 5 411	- 2 867	+ 291	+ 31 213	+ 38	+ 13 748	
Juli	+ 12 264	+ 16 271	- 1 081	- 6 783	+ 6 027	- 3 250	+ 141	+ 10 408	- 654	- 1 997	
Aug.	+ 7 931	+ 12 769	- 1 786	- 7 130	+ 5 851	- 3 560	+ 121	+ 30 078	+ 425	+ 22 027	
Sept.	+ 19 205	+ 20 609	- 1 218	- 3 966	+ 5 310	- 2 747	+ 107	+ 21 725	- 556	+ 2 413	
Okt.	+ 17 102	+ 19 457	- 170	- 6 140	+ 6 427	- 2 643	+ 479	+ 19 684	- 212	+ 2 104	
Nov.	+ 21 519	+ 18 893	- 257	- 1 961	+ 6 831	- 2 244	+ 176	+ 22 382	+ 407	+ 687	
Dez. r)	+ 21 498	+ 13 722	- 1 217	+ 937	+ 13 112	- 6 273	- 614	+ 32 834	+ 1 269	+ 11 950	
2014 Jan. r)	+ 13 562	+ 16 096	- 753	- 3 176	+ 5 060	- 4 419	+ 867	+ 4 153	- 375	- 10 276	
Febr. r)	+ 14 229	+ 17 456	+ 128	- 2 289	+ 6 199	- 7 137	+ 455	+ 24 451	- 898	+ 9 767	
März r)	+ 21 619	+ 19 556	+ 1 960	- 1 673	+ 6 961	- 3 224	+ 345	+ 38 143	+ 708	+ 16 179	
April r)	+ 16 892	+ 18 513	- 121	- 2 034	+ 3 789	- 3 375	+ 145	+ 30 524	+ 151	+ 13 488	
Mai r)	+ 12 241	+ 18 199	- 1 519	- 2 647	- 2 010	- 1 301	+ 41	+ 17 190	- 631	+ 4 907	
Juni r)	+ 17 171	+ 18 688	+ 913	- 4 051	+ 4 777	- 2 243	+ 439	+ 16 461	- 130	- 1 148	
Juli r)	+ 20 079	+ 23 184	- 1 648	- 5 912	+ 5 857	- 3 051	+ 11	+ 17 008	+ 431	- 3 082	
Aug. p)	+ 10 322	+ 14 454	- 864	- 7 630	+ 5 993	- 2 496	+ 441	+ 19 787	+ 166	+ 9 024	

1 Ohne Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 2 Unter anderem Lager-
 verkehr auf inländische Rechnung und Absetzungen der Rückwaren. Absetzungen
 der Aus- bzw. Einfuhren in Verbindung mit Lohnveredelung sowie einschl. der Fracht-
 und Versicherungskosten des Außenhandels. 3 Einschl. Fracht- und Versicherungs-

kosten des Außenhandels. 4 Einschl. Nettoerwerb/veräußerung von nichtproduzier-
 ten Sachvermögen. 5 Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo
 der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungs-
 bilanz abbildet.

XII. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungen sowie Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen									Primäreinkommen	
	Insgesamt	darunter:								Arbeitnehmer-entgelt	Vermögens-einkommen
		Fertigungs-dienst-leistungen 1)	Transport-dienst-leistungen	Reise-verkehr 2)	Finanz-dienst-leistungen	Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum	Telekommuni-kations-, EDV- und Infor-mationsdienst-leistungen	Sonstige unternehmens-bezogene Dienst-leistungen	Regierungs-leistungen 3)		
2009	- 21 430	+ 1 264	- 3 259	- 33 341	+ 8 449	+ 120	+ 932	- 3 122	+ 2 644	+ 872	+ 55 375
2010	- 28 892	+ 1 070	- 8 381	- 32 775	+ 7 347	+ 871	+ 670	- 3 912	+ 2 863	+ 1 557	+ 50 896
2011	- 33 661	+ 567	- 8 615	- 33 755	+ 6 833	+ 2 407	+ 817	- 6 871	+ 2 939	+ 1 787	+ 66 336
2012	- 36 849	+ 178	- 10 201	- 33 566	+ 6 806	+ 2 753	+ 1 356	- 10 017	+ 3 117	+ 2 594	+ 71 121
2013	- 47 957	+ 84	- 12 241	- 37 764	+ 5 794	+ 3 379	- 929	- 6 711	+ 3 084	+ 354	+ 17 199
2012 4.Vj.	- 5 275	+ 100	- 2 769	- 5 678	+ 1 354	+ 1 218	+ 1 270	- 2 485	+ 738	+ 1 455	+ 21 755
2013 1.Vj.	- 11 256	- 32	- 3 209	- 5 687	+ 920	+ 650	- 1 771	- 2 136	+ 795	+ 618	+ 19 611
2.Vj.	- 11 658	- 6	- 2 807	- 8 187	+ 932	+ 638	- 473	- 1 971	+ 807	- 141	+ 10 921
3.Vj.	- 17 879	- 38	- 2 608	- 16 868	+ 2 094	+ 794	+ 256	- 1 351	+ 760	- 474	+ 18 583
4.Vj.	- 7 164	+ 160	- 3 618	- 7 022	+ 1 848	+ 1 297	+ 1 059	- 1 252	+ 722	+ 351	+ 22 083
2014 1.Vj.	- 7 138	+ 170	- 3 670	- 4 893	+ 791	+ 1 049	+ 152	- 580	+ 754	+ 605	+ 18 614
2.Vj.	- 8 732	+ 64	- 3 223	- 8 519	+ 1 447	+ 947	+ 560	- 374	+ 779	- 179	+ 7 583
2013 Okt.	- 6 140	+ 44	- 1 289	- 4 506	+ 307	+ 323	+ 32	- 1 181	+ 259	+ 101	+ 6 710
Nov.	- 1 961	+ 122	- 1 338	- 1 778	+ 531	+ 520	+ 27	- 81	+ 265	+ 116	+ 7 099
Dez.	+ 937	- 6	- 991	- 738	+ 1 010	+ 453	+ 1 000	+ 11	+ 198	+ 134	+ 8 275
2014 Jan.	- 3 176	+ 18	- 1 305	- 1 483	+ 211	+ 276	- 122	- 510	+ 259	+ 199	+ 5 198
Febr.	- 2 289	+ 40	- 1 185	- 1 181	+ 94	+ 426	- 139	- 382	+ 241	+ 202	+ 6 301
März	- 1 673	+ 112	- 1 180	- 2 229	+ 486	+ 347	+ 413	+ 312	+ 254	+ 204	+ 7 115
April	- 2 034	+ 4	- 1 178	- 1 760	+ 522	+ 397	- 49	- 192	+ 288	- 56	+ 4 101
Mai	- 2 647	+ 21	- 1 029	- 2 407	+ 612	+ 451	- 82	- 519	+ 239	- 46	- 1 708
Juni	- 4 051	+ 38	- 1 016	- 4 352	+ 314	+ 100	+ 691	+ 337	+ 252	- 76	+ 5 190
Juli	- 5 912	- 53	- 1 134	- 4 895	+ 839	+ 334	- 341	- 658	+ 236	- 183	+ 6 285
Aug. p)	- 7 630	+ 2	- 1 098	- 7 207	+ 712	+ 314	+ 95	- 495	+ 255	- 164	+ 6 507

1 Enthält Entgelte für die Be- und Verarbeitung von Waren, die sich nicht im Eigentum des Bearbeiters befinden. 2 Seit 2001 werden auf der Ausgabenseite die Stichprobenergebnisse einer Haushaltsbefragung genutzt. 3 Einnahmen und Aus-

gaben öffentlicher Stellen für Dienstleistungen, soweit sie nicht unter anderen Positionen ausgewiesen sind; einschl. den Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen.

5. Sekundäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Staat				Alle Sektoren ohne Staat 2)					
	Insgesamt	Insgesamt	darunter:		Insgesamt	Insgesamt	darunter:			
			Übertragungen im Rahmen von internationaler Zusammen-arbeit 1)	Laufende Steuern auf Einkommen, Vermögen u.a.			Persönliche Über-tragungen 3)	darunter: Heimat-überweisungen		
2009	- 34 930	- 20 922	- 3 944	+ 4 329	- 14 008	- 2 995	- 2 995	- 1 858	+ 34	- 1 891
2010	- 39 651	- 24 935	- 4 702	+ 4 156	- 14 717	- 3 035	- 3 035	+ 1 219	+ 2 304	- 1 085
2011	- 34 815	- 21 264	- 4 436	+ 6 715	- 13 551	- 2 977	- 2 977	+ 1 690	+ 1 137	+ 553
2012	- 38 692	- 24 792	- 4 570	+ 5 270	- 13 900	- 3 080	- 3 080	+ 1 298	+ 1 366	- 68
2013	- 43 343	- 28 978	- 4 332	+ 6 825	- 14 365	- 3 250	- 3 229	+ 2 013	+ 2 339	- 327
2012 4.Vj.	- 10 876	- 6 817	- 1 337	+ 84	- 4 060	- 770	- 770	+ 79	+ 666	- 587
2013 1.Vj.	- 15 184	- 11 866	- 1 630	+ 1 038	- 3 318	- 807	- 807	+ 756	+ 545	+ 211
2.Vj.	- 7 441	- 3 937	- 871	+ 3 588	- 3 504	- 807	- 807	+ 847	+ 661	+ 185
3.Vj.	- 9 557	- 6 211	- 825	+ 1 164	- 3 347	- 820	- 807	+ 369	+ 666	- 298
4.Vj.	- 11 160	- 6 965	- 1 006	+ 1 035	- 4 196	- 815	- 807	+ 41	+ 466	- 426
2014 1.Vj.	- 14 780	- 11 917	- 1 577	+ 1 308	- 2 863	- 870	- 863	+ 1 667	+ 367	+ 1 300
2.Vj.	- 6 919	- 2 853	- 732	+ 5 014	- 4 066	- 869	- 863	+ 624	+ 889	- 265
2013 Okt.	- 2 643	- 1 622	- 230	+ 219	- 1 021	- 273	- 269	+ 479	+ 225	+ 254
Nov.	- 2 244	- 1 424	- 156	+ 99	- 820	- 271	- 269	+ 176	+ 218	- 42
Dez.	- 6 273	- 3 919	- 619	+ 718	- 2 354	- 271	- 269	- 614	+ 23	- 637
2014 Jan.	- 4 419	- 3 442	- 1 112	+ 591	- 977	- 291	- 288	+ 867	+ 26	+ 841
Febr.	- 7 137	- 6 254	- 335	+ 305	- 883	- 290	- 288	+ 455	+ 185	+ 270
März	- 3 224	- 2 221	- 130	+ 413	- 1 004	- 290	- 288	+ 345	+ 156	+ 189
April	- 3 375	- 1 757	- 242	+ 936	- 1 619	- 289	- 288	+ 145	+ 125	+ 19
Mai	- 1 301	- 75	- 318	+ 2 665	- 1 226	- 290	- 288	+ 41	+ 451	- 410
Juni	- 2 243	- 1 021	- 171	+ 1 414	- 1 222	- 289	- 288	+ 439	+ 313	+ 126
Juli	- 3 051	- 2 045	- 489	+ 237	- 1 006	- 289	- 288	+ 11	+ 251	- 240
Aug. p)	- 2 496	- 1 617	- 323	+ 259	- 879	- 291	- 288	+ 441	+ 263	+ 178

1 Ohne Vermögensübertragungen, soweit erkennbar. Enthält unentgeltliche Leistungen im Rahmen internationaler Kooperationen und sonstiger laufender Übertragungen. 2 Enthält Prämien und Leistungen von Versicherungen (ohne Lebens-

versicherungen). 3 Übertragungen zwischen inländischen und ausländischen Haushalten.

6. Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Insgesamt	Nicht produzierte Sachvermögen	Vermögens-übertragungen
2009	- 1 858	+ 34	- 1 891
2010	+ 1 219	+ 2 304	- 1 085
2011	+ 1 690	+ 1 137	+ 553
2012	+ 1 298	+ 1 366	- 68
2013	+ 2 013	+ 2 339	- 327
2012 4.Vj.	+ 79	+ 666	- 587
2013 1.Vj.	+ 756	+ 545	+ 211
2.Vj.	+ 847	+ 661	+ 185
3.Vj.	+ 369	+ 666	- 298
4.Vj.	+ 41	+ 466	- 426
2014 1.Vj.	+ 1 667	+ 367	+ 1 300
2.Vj.	+ 624	+ 889	- 265
2013 Okt.	+ 479	+ 225	+ 254
Nov.	+ 176	+ 218	- 42
Dez.	- 614	+ 23	- 637
2014 Jan.	+ 867	+ 26	+ 841
Febr.	+ 455	+ 185	+ 270
März	+ 345	+ 156	+ 189
April	+ 145	+ 125	+ 19
Mai	+ 41	+ 451	- 410
Juni	+ 439	+ 313	+ 126
Juli	+ 11	+ 251	- 240
Aug. p)	+ 441	+ 263	+ 178

XII. Außenwirtschaft

7. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Position	2011	2012	2013	2013		2014				
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	Juni	Juli	Aug. p)
I. Inländische Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: +)	+ 263 085	+ 388 492	+ 38 789	- 17 014	- 36 639	+ 92 513	+ 109 572	+ 14 226	+ 25 034	+ 17 722
1. Direktinvestitionen	+ 78 164	+ 89 900	+ 61 568	+ 8 573	+ 1 130	+ 27 095	+ 23 151	+ 3 738	+ 3 083	+ 4 907
Beteiligungskapital	+ 63 213	+ 68 215	+ 43 065	+ 10 980	+ 4 072	+ 19 992	+ 18 711	+ 2 731	+ 4 609	+ 4 792
darunter:										
Reinvestierte Gewinne 1)	+ 31 349	+ 31 692	+ 30 054	+ 8 668	+ 6 126	+ 11 349	+ 8 452	+ 2 955	+ 3 172	+ 3 449
Direktinvestitionskredite	+ 14 951	+ 21 685	+ 18 504	- 2 407	- 2 942	+ 7 103	+ 4 439	+ 1 007	- 1 526	+ 115
2. Wertpapieranlagen	+ 21 627	+ 109 814	+ 140 956	+ 32 644	+ 23 661	+ 40 511	+ 41 344	+ 16 020	+ 7 711	- 5 171
Aktien 2)	- 2 713	+ 11 736	+ 19 206	+ 8 667	- 2 861	+ 3 443	+ 4 944	+ 3 044	+ 321	- 1 452
Investmentsfondanteile 3)	+ 1 277	+ 21 696	+ 31 321	+ 7 696	+ 8 340	+ 9 686	+ 8 649	+ 5 473	+ 4 433	+ 2 134
Langfristige Schuldverschreibungen 4)	+ 18 272	+ 76 487	+ 86 676	+ 16 610	+ 17 704	+ 22 487	+ 27 554	+ 6 860	+ 2 560	- 4 606
Kurzfristige Schuldverschreibungen 5)	+ 4 791	- 105	+ 3 754	- 329	+ 478	+ 4 895	+ 196	+ 642	+ 398	- 1 246
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen 6)	+ 26 709	+ 25 619	+ 18 146	+ 1 620	+ 6 043	+ 5 030	+ 9 024	- 247	+ 1 908	+ 1 550
4. Übriger Kapitalverkehr 7)	+ 133 749	+ 161 862	- 182 718	- 59 066	- 68 937	+ 20 441	+ 36 664	- 5 155	+ 11 900	+ 16 270
Monetäre Finanzinstitute 8)	- 50 275	- 66 082	- 56 647	- 49 580	- 6 557	+ 31 733	+ 45 182	+ 8 681	+ 39 512	- 14 095
langfristig	+ 12 977	- 47 913	- 50 495	- 13 226	- 12 314	+ 3 254	- 4 487	+ 6 897	- 1 198	+ 4 243
kurzfristig	- 165 691	- 79 733	- 6 152	- 36 354	+ 5 757	+ 28 479	+ 49 669	+ 15 578	+ 40 710	- 18 338
Unternehmen und Privatpersonen 9)	+ 24 890	- 14 332	+ 11 209	- 7 936	- 7 814	+ 27 273	- 1 970	- 6 889	- 11 763	+ 6 936
langfristig	- 311	+ 401	+ 943	- 601	+ 1 432	- 685	- 1 108	- 1 358	+ 295	+ 633
kurzfristig	+ 25 381	- 17 468	+ 10 266	- 7 335	- 9 246	+ 27 958	- 863	- 5 531	- 12 057	+ 6 303
Staat	+ 21 061	+ 49 597	+ 8 238	+ 3 603	+ 5 601	+ 2 086	+ 1 709	- 1 902	+ 2 420	+ 2 674
langfristig	+ 2 232	+ 49 608	+ 15 919	+ 3 057	+ 3 939	- 4 424	+ 3 279	- 2 225	- 422	- 434
kurzfristig	+ 18 829	- 10	- 7 681	+ 546	+ 1 662	+ 6 510	- 1 570	+ 323	+ 2 842	+ 3 108
Bundesbank	+ 138 073	+ 192 679	- 145 519	- 5 153	- 60 167	- 40 651	- 8 258	- 5 045	- 18 268	+ 20 754
5. Währungsreserven	+ 2 836	+ 1 297	+ 838	- 785	+ 1 464	- 565	- 610	- 130	+ 431	+ 166
II. Ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)	+ 102 046	+ 175 062	- 207 013	- 79 225	- 111 540	+ 25 766	+ 45 397	- 2 235	+ 8 026	- 2 065
1. Direktinvestitionen	+ 63 624	+ 39 053	+ 38 638	+ 4 931	+ 11 086	+ 1 750	+ 7 358	+ 4 607	- 4 465	+ 5 387
Beteiligungskapital	+ 15 527	+ 11 109	+ 5 918	+ 1 394	+ 5 757	+ 3 222	+ 513	- 1 354	+ 872	+ 1 085
darunter:										
Reinvestierte Gewinne 1)	- 701	+ 6 039	+ 3 580	+ 688	+ 188	+ 3 601	+ 712	- 752	+ 845	+ 1 039
Direktinvestitionskredite	+ 48 097	+ 27 944	+ 32 720	+ 3 537	+ 5 329	- 1 472	+ 6 844	+ 5 961	- 5 337	+ 4 302
2. Wertpapieranlagen	+ 49 581	+ 45 076	- 24 113	- 5 721	- 10 326	+ 9 344	+ 18 647	+ 10 713	- 9 928	+ 17 214
Aktien 2)	- 11 325	+ 1 094	+ 5 328	+ 3 975	+ 4 180	- 5 315	+ 7 668	+ 11 279	- 3 364	+ 1 390
Investmentsfondanteile 3)	+ 7 095	- 3 799	+ 6 001	+ 1 223	+ 5 351	- 80	+ 655	+ 1 249	- 375	+ 144
Langfristige Schuldverschreibungen 4)	+ 51 088	+ 52 220	- 12 402	- 5 274	+ 10 945	+ 7 914	+ 10 969	- 1 494	- 12 340	+ 7 253
Kurzfristige Schuldverschreibungen 5)	+ 2 723	- 4 438	- 23 040	- 5 645	- 30 801	+ 6 825	- 645	- 322	+ 6 152	+ 8 427
3. übriger Kapitalverkehr 7)	- 11 160	+ 90 934	- 221 538	- 78 435	- 112 300	+ 14 672	+ 19 392	- 17 555	+ 22 418	- 24 666
Monetäre Finanzinstitute 8)	- 96 708	+ 51 508	- 158 453	- 65 025	- 70 382	+ 32 528	+ 3 347	- 12 686	+ 39 682	- 9 374
langfristig	- 18 368	- 10 250	- 16 955	- 2 678	- 1 586	- 3 213	- 5 172	- 3 824	- 3 428	- 2 704
kurzfristig	- 78 340	+ 61 758	- 141 498	- 62 347	- 68 796	+ 35 741	+ 8 519	- 8 862	+ 43 110	- 6 671
Unternehmen und Privatpersonen 9)	+ 35 056	+ 10 264	- 11 743	- 2 625	- 29 728	+ 8 861	+ 2 019	+ 934	+ 5 314	- 6 228
langfristig	- 840	+ 1 711	- 16 916	- 3 467	- 7 757	- 3 288	- 269	- 688	+ 633	+ 1 608
kurzfristig	+ 35 896	+ 8 553	+ 5 173	+ 843	- 21 971	+ 12 149	+ 2 288	+ 1 622	+ 4 680	- 7 837
Staat	+ 18 539	- 30 775	- 2 066	- 7 600	- 3 470	+ 3 952	+ 5 207	+ 3 675	+ 3 459	- 7 491
langfristig	+ 5 104	+ 36 230	+ 9 474	+ 1 896	+ 689	- 1 793	+ 1 429	- 87	+ 37	- 34
kurzfristig	+ 13 436	- 67 005	- 11 540	- 9 496	- 4 160	- 2 159	+ 3 777	+ 3 763	+ 3 422	- 7 457
Bundesbank	+ 31 952	+ 59 936	- 49 275	- 3 185	- 8 720	- 22 766	+ 8 820	- 9 478	- 26 036	- 1 573
III. Saldo der Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 161 039	+ 213 430	+ 245 802	+ 62 211	+ 74 901	+ 66 747	+ 64 175	+ 16 461	+ 17 008	+ 19 787

1 Geschätzt auf der Grundlage der Angaben über den Stand der Direktinvestitionen im Ausland und in der Bundesrepublik Deutschland (siehe Statistische Sonderveröffentlichung 10). 2 Einschl. Genussscheine. 3 Einschl. reinvestierter Erträge. 4 Bis einschl. 2012 bereinigt um Stückzinsen. Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. 5 Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit

bis zu einem Jahr. 6 Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften. 7 Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. 8 Ohne Bundesbank. 9 Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

XII. Außenwirtschaft

8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank bis zum Jahresende 1998 *)

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva						Auslandsverbindlichkeiten				Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 8)
	Währungsreserven					Kredite und sonstige Forder- ungen an die EZB 2) netto	insgesamt	Verbind- lichkeiten aus dem Auslands- geschäft 4)	Verbind- lichkeiten aus Liquiditäts- U-Schätzen		
	insgesamt	zusammen	Gold	Devisen und Sorten 1)	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte					Forde- rungen an die EZB 2) netto	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1997	127 849	126 884	13 688	76 673	13 874	22 649	966	16 931	16 931	-	110 918
1998	135 085	134 005	17 109	100 363	16 533	-	1 079	15 978	15 978	-	119 107

* Bewertung des Goldbestandes und der Auslandsforderungen nach § 26 Abs. 2 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank und den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, insbesondere § 253. Im Jahresverlauf Bewertung zu den Bilanzkursen des Vorjahres. **1** Hauptsächlich US-Dollar-Anlagen. **2** Europäische Zentralbank (bis 1993 Forderungen an den Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit –

EFWZ). **3** Einschl. Kredite an die Weltbank. **4** Einschl. der durch die Bundesbank an Gebietsfremde abgegebenen Liquiditätspapiere; ohne die von März 1993 bis März 1995 an Gebietsfremde verkauften Liquiditäts-U-Schätze, die in Spalte 10 ausgewiesen sind.

9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der Europäischen Währungsunion o)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsforderungen						sonstige Forderungen außerhalb des Euro- Währungs- gebiets 1) 3)	Forderungen innerhalb des Euro- systems (netto) 2)	sonstige Forderungen an Ansässige in anderen EVU- Ländern	Auslands- verbind- lichkeiten 3) 4)	Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 9)
	Währungsreserven										
	insgesamt	zusammen	Gold und Goldforde- rungen	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte	Devisen- reserven						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
1999 Jan. 5)	95 316	93 940	29 312	8 461	56 167	140	1 225	11	8 169	87 146	
1999	141 958	93 039	32 287	8 332	52 420	9 162	39 746	11	6 179	135 779	
2000	100 762	93 815	32 676	7 762	53 377	313	6 620	14	6 592	94 170	
2001	76 147	93 215	35 005	8 721	49 489	312	17 385	5	8 752	67 396	
2002	103 948	85 002	36 208	8 272	40 522	312	18 466	167	9 005	94 942	
2003	95 394	76 680	36 533	7 609	32 538	312	17 945	456	10 443	84 951	
2004	93 110	71 335	35 495	6 548	29 292	312	20 796	667	7 935	85 175	
2005	130 268	86 181	47 924	4 549	33 708	350	42 830	906	6 285	123 983	
2006	104 389	84 765	53 114	3 011	28 640	350	18 344	931	4 819	99 570	
2007	179 492	92 545	62 433	2 418	27 694	350	84 064	2 534	16 005	163 488	
2008	230 775	99 185	68 194	3 285	27 705	350	128 668	2 573	30 169	200 607	
2009	323 286	125 541	83 939	15 969	25 634	350	189 936	7 460	9 126	314 160	
2010	524 695	162 100	115 403	18 740	27 957	50	337 869	24 676	14 620	510 075	
2011	714 662	184 603	132 874	22 296	29 433	50	475 942	54 067	46 557	668 106	
2012	921 002	188 630	137 513	22 344	28 774	50	668 617	63 706	106 496	814 506	
2013	721 741	143 753	94 876	20 798	28 080	50	523 103	54 834	57 214	664 527	
2013 Juli	807 165	158 611	109 338	21 650	27 623	50	589 372	59 133	71 106	736 059	
Aug.	808 649	164 477	114 714	21 434	28 330	50	586 531	57 591	69 088	739 560	
Sept.	796 646	156 452	107 819	21 296	27 337	50	583 271	56 874	65 950	730 697	
Okt.	785 449	154 486	106 477	20 922	27 086	50	574 400	56 514	85 712	699 737	
Nov.	761 730	148 010	99 631	20 907	27 473	50	557 391	56 280	70 398	691 332	
Dez.	721 741	143 753	94 876	20 798	28 080	50	523 103	54 834	57 214	664 527	
2014 Jan.	716 868	149 930	100 432	21 110	28 388	50	512 734	54 154	53 965	662 902	
Febr.	718 317	152 432	104 678	20 589	27 165	50	511 610	54 225	43 789	674 528	
März	687 557	150 615	102 179	20 586	27 850	50	482 453	54 440	34 434	653 123	
April	692 956	150 048	101 564	20 950	27 534	50	490 066	52 792	53 041	639 916	
Mai	680 888	148 949	100 274	21 125	27 550	50	479 240	52 649	52 748	628 140	
Juni	678 136	153 017	104 600	20 795	27 622	50	474 195	50 875	43 267	634 869	
Juli	660 521	154 885	105 317	21 162	28 406	50	455 926	49 660	17 254	643 267	
Aug.	681 324	156 411	106 079	21 133	29 199	50	476 681	48 182	15 697	665 626	
Sept.	696 802	156 367	104 629	21 864	29 873	50	492 298	48 088	18 051	678 751	

o) Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Währungsunion. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsstände zu Marktpreisen bewertet. **1** Einschl. Kredite an die Weltbank. **2** Enthält auch die Salden im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr der Bundesbank innerhalb des Euro-

systems. Ab November 2000 einschl. der TARGET-Positionen, die zuvor als bilaterale Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber nationalen Zentralbanken außerhalb des Eurosystems dargestellt wurden (in Spalte 6 bzw. 9). **3** Vgl. Anmerkung 2. **4** Ohne vom Internationalen Währungsfonds (IWF) zugeteilte Sonderziehungsrechte in Höhe von 12 059 Mio SZR. **5** Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

XII. Außenwirtschaft

10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland ^{*)}

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Forderungen an das Ausland						Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland							
	insgesamt	Guthaben bei ausländischen Banken	Forderungen an ausländische Nichtbanken				insgesamt	Kredite von ausländischen Banken	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken					
			zusammen	aus Finanzbeziehungen	aus Handelskrediten				zusammen	aus Finanzbeziehungen	aus Handelskrediten			
					zusammen	gewährte Zahlungsziele					geleistete Anzahlungen	zusammen	in Anspruch genommene Zahlungsziele	empfangene Anzahlungen
Alle Länder														
2010	670 695	242 028	428 667	272 426	156 241	143 032	13 209	807 185	162 091	645 094	498 310	146 784	88 288	58 496
2011	698 599	242 387	456 212	285 123	171 089	155 392	15 697	871 795	172 099	699 696	538 839	160 857	95 131	65 726
2012	740 715	271 964	468 751	294 248	174 503	158 818	15 685	910 746	170 262	740 484	578 340	162 145	94 288	67 857
2013	779 511	280 238	499 272	319 792	179 480	164 391	15 089	916 078	142 399	773 679	611 566	162 113	95 166	66 947
2014 März	816 282	307 513	508 769	326 173	182 596	167 889	14 707	925 458	147 759	777 699	616 458	161 241	94 702	66 540
April	813 925	298 994	514 931	335 161	179 770	165 077	14 692	928 221	154 873	773 348	615 525	157 823	90 812	67 011
Mai	831 113	319 202	511 911	333 937	177 974	162 750	15 225	932 776	152 666	780 110	621 757	158 352	90 387	67 965
Juni	825 847	309 917	515 930	332 352	183 578	168 744	14 834	942 936	147 829	795 108	633 759	161 349	94 028	67 320
Juli	815 742	300 651	515 091	334 090	181 001	165 994	15 007	945 118	159 873	785 246	624 520	160 726	92 648	68 078
Aug.	825 518	305 787	519 731	341 206	178 525	163 514	15 012	946 229	153 661	792 568	634 330	158 238	89 413	68 825
Industrieländer ¹⁾														
2010	598 167	240 915	357 252	249 497	107 755	98 428	9 327	725 644	159 522	566 122	464 105	102 017	73 987	28 030
2011	615 925	240 265	375 660	258 453	117 207	104 915	12 292	785 925	169 535	616 390	502 139	114 251	80 491	33 760
2012	653 158	269 560	383 598	265 387	118 211	104 954	13 256	824 054	167 853	656 201	542 924	113 276	79 106	34 170
2013	690 027	276 935	413 092	291 029	122 063	108 731	13 332	829 313	141 030	688 282	574 176	114 106	79 440	34 667
2014 März	725 179	303 385	421 794	296 529	125 265	112 254	13 011	839 608	146 302	693 306	579 664	113 642	79 157	34 485
April	718 393	294 457	423 937	301 820	122 117	109 151	12 966	843 799	153 628	690 171	579 058	111 113	76 251	34 862
Mai	738 646	314 655	423 990	303 480	120 510	107 033	13 477	847 645	151 404	696 241	585 388	110 853	75 704	35 149
Juni	731 122	304 870	426 252	301 832	124 420	111 287	13 132	856 420	146 540	709 879	597 103	112 776	78 059	34 717
Juli	719 604	295 436	424 168	302 989	121 179	108 025	13 154	860 155	158 795	701 361	588 482	112 878	77 365	35 513
Aug.	729 415	300 415	429 000	310 426	118 573	105 380	13 193	859 506	152 514	706 992	597 886	109 106	73 398	35 708
EU-Länder ¹⁾														
2010	494 360	230 746	263 614	184 862	78 752	71 525	7 227	618 145	150 817	467 328	395 566	71 762	50 035	21 727
2011	508 071	225 583	282 488	196 132	86 356	76 472	9 884	660 137	157 465	502 672	421 679	80 993	54 370	26 623
2012	541 517	247 534	293 983	209 426	84 556	74 165	10 392	695 091	156 550	538 541	458 437	80 104	53 606	26 499
2013	582 447	262 506	319 942	233 051	86 891	76 363	10 528	694 266	126 283	567 983	488 528	79 456	53 132	26 324
2014 März	618 436	288 166	330 270	240 015	90 255	80 031	10 225	708 011	133 350	574 661	493 351	81 311	54 649	26 662
April	610 199	279 036	331 162	242 729	88 433	78 155	10 277	710 807	141 161	569 646	491 031	78 616	51 741	26 875
Mai	629 025	299 702	329 322	242 178	87 145	76 425	10 720	714 789	139 132	575 657	497 208	78 449	51 346	27 103
Juni	621 582	289 928	331 655	241 665	89 989	79 495	10 494	723 671	136 325	587 346	507 180	80 166	53 353	26 813
Juli	610 635	280 679	329 957	242 618	87 339	76 751	10 588	725 176	147 010	578 166	498 206	79 961	52 880	27 081
Aug.	620 821	285 532	335 289	250 099	85 190	74 576	10 614	722 360	140 298	582 062	505 611	76 451	49 129	27 322
darunter: EWU-Mitgliedsländer ²⁾														
2010	366 774	184 299	182 475	130 430	52 045	47 239	4 806	497 433	98 177	399 256	351 352	47 904	33 444	14 460
2011	372 493	171 907	200 586	142 530	58 056	52 125	5 931	529 244	103 827	425 417	370 898	54 519	37 188	17 331
2012	392 618	188 317	204 301	149 452	54 849	48 973	5 877	572 421	110 053	462 368	408 434	53 934	36 740	17 194
2013	422 879	195 819	227 060	171 141	55 918	49 743	6 175	587 507	99 659	487 848	434 589	53 259	36 427	16 832
2014 März	445 854	212 204	233 650	175 838	57 813	51 709	6 103	599 221	105 521	493 701	439 811	53 889	36 561	17 328
April	438 434	205 356	233 078	176 611	56 467	50 279	6 189	605 200	115 502	489 698	437 096	52 602	35 117	17 485
Mai	453 598	222 928	230 671	174 955	55 715	49 502	6 213	606 495	108 519	497 976	445 488	52 487	34 844	17 643
Juni	451 200	220 019	231 181	174 352	56 830	50 767	6 063	619 449	107 496	511 953	458 374	53 579	36 175	17 404
Juli	445 191	214 407	230 784	175 492	55 291	49 171	6 121	622 285	120 143	502 142	448 623	53 519	36 036	17 483
Aug.	453 108	218 380	234 728	181 079	53 649	47 478	6 171	617 354	112 056	505 298	454 375	50 923	33 387	17 536
Schwellen- und Entwicklungsländer ³⁾														
2010	72 528	1 113	71 415	22 929	48 486	44 604	3 882	81 541	2 569	78 972	34 205	44 767	14 301	30 466
2011	82 674	2 122	80 552	26 670	53 882	50 477	3 405	85 870	2 564	83 306	36 700	46 606	14 640	31 966
2012	87 544	2 404	85 139	28 858	56 281	53 853	2 428	86 661	2 409	84 252	35 415	48 837	15 178	33 659
2013	89 477	3 303	86 175	28 762	57 412	55 656	1 757	86 762	1 757	85 005	37 390	48 003	15 723	32 280
2014 März	91 101	4 128	86 973	29 643	57 330	55 634	1 696	85 849	1 457	84 392	36 794	47 599	15 544	32 055
April	95 529	4 537	90 992	33 340	57 652	55 926	1 726	84 421	1 245	83 176	36 467	46 709	14 560	32 150
Mai	92 465	4 547	87 919	30 455	57 464	55 716	1 748	85 130	1 262	83 868	36 369	47 498	14 682	32 816
Juni	94 723	5 047	89 676	30 519	59 158	57 456	1 702	86 516	1 289	85 227	36 656	48 572	15 969	32 603
Juli	96 136	5 215	90 920	31 099	59 821	57 968	1 853	84 962	1 078	83 884	36 037	47 847	15 282	32 565
Aug.	96 100	5 371	90 729	30 778	59 951	58 133	1 818	86 722	1 147	85 575	36 444	49 131	16 014	33 117

* Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch bedingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle XI. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar. Ab Berichtsmontat Dezember 2012 basieren die Ergebnisse auf einer erweiterten

Erhebung und einem neuen Berechnungsverfahren. **1** Ab Juli 2013 einschl. Kroatien. **2** Ab Januar 2011 einschl. Estland; ab Januar 2014 einschl. Lettland. **3** Alle Länder, die nicht als Industrieländer gelten. Bis Dezember 2010 einschl. Niederländische Antillen; ab Januar 2011 einschl. Bonaire, St.Eustatius, Saba und Curacao und St.Martin (niederl.Teil); bis Juni 2013 einschl. Kroatien.

XII. Außenwirtschaft

11. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen *)

1 EUR = ... Währungseinheiten

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien AUD	China CNY 1)	Dänemark DKK	Japan JPY	Kanada CAD	Norwegen NOK	Schweden SEK	Schweiz CHF	Vereinigte Staaten USD	Vereinigtes Königreich GBP
1999	1,6523	.	7,4355	121,32	1,5840	8,3104	8,8075	1,6003	1,0658	0,65874
2000	1,5889	2) 7,6168	7,4538	99,47	1,3706	8,1129	8,4452	1,5579	0,9236	0,60948
2001	1,7319	7,4131	7,4521	108,68	1,3864	8,0484	9,2551	1,5105	0,8956	0,62187
2002	1,7376	7,8265	7,4305	118,06	1,4838	7,5086	9,1611	1,4670	0,9456	0,62883
2003	1,7379	9,3626	7,4307	130,97	1,5817	8,0033	9,1242	1,5212	1,1312	0,69199
2004	1,6905	10,2967	7,4399	134,44	1,6167	8,3697	9,1243	1,5438	1,2439	0,67866
2005	1,6320	10,1955	7,4518	136,85	1,5087	8,0092	9,2822	1,5483	1,2441	0,68380
2006	1,6668	10,0096	7,4591	146,02	1,4237	8,0472	9,2544	1,5729	1,2556	0,68173
2007	1,6348	10,4178	7,4506	161,25	1,4678	8,0165	9,2501	1,6427	1,3705	0,68434
2008	1,7416	10,2236	7,4560	152,45	1,5594	8,2237	9,6152	1,5874	1,4708	0,79628
2009	1,7727	9,5277	7,4462	130,34	1,5850	8,7278	10,6191	1,5100	1,3948	0,89094
2010	1,4423	8,9712	7,4473	116,24	1,3651	8,0043	9,5373	1,3803	1,3257	0,85784
2011	1,3484	8,9960	7,4506	110,96	1,3761	7,7934	9,0298	1,2326	1,3920	0,86788
2012	1,2407	8,1052	7,4437	102,49	1,2842	7,4751	8,7041	1,2053	1,2848	0,81087
2013	1,3777	8,1646	7,4579	129,66	1,3684	7,8067	8,6515	1,2311	1,3281	0,84926
2013 Juni	1,3978	8,0905	7,4576	128,40	1,3596	7,7394	8,6836	1,2322	1,3189	0,85191
Juli	1,4279	8,0234	7,4579	130,39	1,3619	7,8837	8,6609	1,2366	1,3080	0,86192
Aug.	1,4742	8,1477	7,4580	130,34	1,3853	7,9386	8,7034	1,2338	1,3310	0,85904
Sept.	1,4379	8,1690	7,4579	132,41	1,3817	7,9725	8,6758	1,2338	1,3348	0,84171
Okt.	1,4328	8,3226	7,4592	133,32	1,4128	8,1208	8,7479	1,2316	1,3635	0,84720
Nov.	1,4473	8,2221	7,4587	134,97	1,4145	8,2055	8,8802	1,2316	1,3493	0,83780
Dez.	1,5243	8,3248	7,4602	141,68	1,4580	8,4053	8,9597	1,2245	1,3704	0,83639
2014 Jan.	1,5377	8,2368	7,4614	141,47	1,4884	8,3927	8,8339	1,2317	1,3610	0,82674
Febr.	1,5222	8,3062	7,4622	139,35	1,5094	8,3562	8,8721	1,2212	1,3659	0,82510
März	1,5217	8,5332	7,4638	141,48	1,5352	8,2906	8,8666	1,2177	1,3823	0,83170
April	1,4831	8,5984	7,4656	141,62	1,5181	8,2506	9,0329	1,2189	1,3813	0,82520
Mai	1,4755	8,5658	7,4641	139,74	1,4951	8,1513	9,0298	1,2204	1,3732	0,81535
Juni	1,4517	8,4698	7,4588	138,72	1,4728	8,2149	9,0914	1,2181	1,3592	0,80409
Juli	1,4420	8,3940	7,4564	137,72	1,4524	8,3880	9,2327	1,2150	1,3539	0,79310
Aug.	1,4306	8,1965	7,4551	137,11	1,4548	8,2522	9,1878	1,2118	1,3316	0,79730
Sept.	1,4246	7,9207	7,4449	138,39	1,4196	8,1798	9,1929	1,2076	1,2901	0,79113

* Eigene Berechnungen der Durchschnitte auf Basis der täglichen Euro-Referenzkurse der EZB; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistisches Beiheft 5 Devisenkurs-

statistik. 1 Bis März 2005 Indikativkurse der EZB. 2 Durchschnitt vom 13. Januar bis 29. Dezember 2000.

12. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ab	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 EUR = ... Währungseinheiten
1999 1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399
	Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583
	Finnland	Finnmark	FIM	5,94573
	Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957
	Irland	Irishes Pfund	IEP	0,787564
	Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27
	Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399
	Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371
	Österreich	Schilling	ATS	13,7603
	Portugal	Escudo	PTE	200,482
	Spanien	Peseta	ESP	166,386
2001 1. Januar	Griechenland	Drachme	GRD	340,750
2007 1. Januar	Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2008 1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300
	Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274
2009 1. Januar	Slowakei	Slowakische Krone	SKK	30,1260
2011 1. Januar	Estland	Estnische Krone	EEK	15,6466
2014 1. Januar	Lettland	Lats	LVL	0,702804
2015 1. Januar	Litauen	Litas	LTL	3,45280

XII. Außenwirtschaft

13. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft *)

1. Vj. 1999 = 100

Zeit	Effektiver Wechselkurs des Euro				Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft								
	EWK-20 1)				EWK-39 2)		auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes 3)				auf Basis der Verbraucherpreisindizes		
	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	real, auf Basis der Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts 3)	real, auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	25 ausgewählte Industrieländer 4)			37 Länder 5)	25 ausgewählte Industrieländer 4)	37 Länder 5)	56 Länder 6)
							insgesamt	EWU-Länder	Länder außerhalb der EWU				
1999	96,2	96,1	95,9	96,2	96,5	95,8	97,7	99,4	95,7	97,6	98,2	98,0	97,6
2000	87,0	86,6	86,1	85,4	87,9	85,8	91,5	97,1	85,0	90,7	92,9	91,9	90,9
2001	87,7	87,2	86,6	84,5	90,4	87,1	91,3	96,1	85,8	90,0	92,9	91,4	90,8
2002	90,1	90,3	89,6	87,8	94,9	90,7	91,9	95,1	88,3	90,6	93,5	91,9	91,7
2003	100,6	101,4	100,6	98,7	106,8	101,6	95,4	94,2	97,5	94,9	97,0	96,5	96,7
2004	104,4	105,2	103,4	102,4	111,4	105,2	95,7	93,1	99,8	95,2	98,4	97,9	98,2
2005	102,9	103,7	101,4	100,4	109,4	102,7	94,5	91,8	98,8	93,0	98,4	96,9	96,5
2006	102,8	103,7	100,7	99,3	109,4	102,0	93,4	90,2	98,4	91,3	98,5	96,4	95,7
2007	106,2	106,4	102,7	101,0	112,8	104,0	94,3	89,4	102,3	91,7	100,8	97,8	96,9
2008	109,3	108,5	103,9	103,8	117,0	106,0	94,5	88,0	105,4	90,7	102,2	97,7	97,0
2009	110,6	109,1	104,8	106,1	119,8	106,9	94,6	88,7	104,5	91,2	101,7	97,9	97,3
2010	103,6	101,6	96,7	98,8	111,5	98,2	92,1	88,4	98,0	87,7	98,8	93,8	92,2
2011	103,4	100,7	95,0	96,8	112,2	97,7	91,8	88,1	97,5	87,0	98,2	93,1	91,7
2012	97,9	95,6	89,8	91,6	107,1	92,9	90,0	88,1	92,5	84,6	96,0	90,3	88,8
2013	101,7	98,9	93,4	94,0	112,0	96,2	92,3	88,6	98,2	86,5	98,3	92,1	90,8
2011 April	105,8	103,4			114,1	99,7					99,5	94,3	92,8
2011 Mai	104,8	102,1	96,9	99,4	113,3	98,7	92,7	88,1	100,0	87,9	98,9	93,7	92,1
2011 Juni	104,9	102,2			113,5	98,8					99,0	93,7	92,2
2011 Juli	104,0	101,0			112,4	97,8					98,6	93,3	91,7
2011 Aug.	103,8	100,8	94,9	97,3	113,0	98,1	91,7	88,1	97,4	87,0	98,2	93,0	91,8
2011 Sept.	102,8	99,9			112,1	97,5					97,8	92,7	91,5
2011 Okt.	103,0	100,2			112,6	97,9					97,9	92,9	91,8
2011 Nov.	102,6	99,9	93,7	93,6	112,1	97,4	91,0	88,0	95,4	86,2	97,6	92,7	91,5
2011 Dez.	100,8	98,2			110,3	95,8					96,9	91,8	90,6
2012 Jan.	99,0	96,3			108,1	93,8					96,2	90,8	89,4
2012 Febr.	99,7	97,3	91,3	93,7	108,4	94,3	90,2	87,9	93,5	85,0	96,8	91,3	89,7
2012 März	99,9	97,4			108,7	94,4					96,9	91,2	89,6
2012 April	99,5	97,2			108,5	94,3					96,7	91,1	89,5
2012 Mai	98,1	95,7	90,2	92,5	107,3	93,1	90,0	88,1	92,6	84,7	95,9	90,4	88,9
2012 Juni	97,2	94,9			106,6	92,5					95,5	89,9	88,6
2012 Juli	95,4	93,2			104,3	90,7					94,9	89,1	87,5
2012 Aug.	95,2	93,1	88,1	90,2	104,5	90,6	89,3	88,2	90,5	83,8	95,0	89,0	87,5
2012 Sept.	97,2	95,0			106,6	92,5					95,6	89,9	88,5
2012 Okt.	97,8	95,5			107,3	92,9					95,9	90,1	88,6
2012 Nov.	97,2	94,9	89,7	90,2	106,7	92,3	90,3	88,3	93,2	84,8	95,8	89,8	88,4
2012 Dez.	98,7	96,3			108,3	93,6					96,6	90,6	89,2
2013 Jan.	100,4	98,0			109,9	94,9					97,4	91,5	89,9
2013 Febr.	101,6	99,0	92,6	94,8	111,1	95,7	91,6	88,2	96,7	86,0	98,1	92,0	90,4
2013 März	100,2	97,9			109,5	94,5					97,7	91,5	89,7
2013 April	100,5	97,9			109,8	94,4					97,5	91,3	89,5
2013 Mai	100,5	98,1	93,1	94,5	110,0	94,6	92,2	88,6	97,8	86,4	98,1	91,7	89,9
2013 Juni	101,6	98,9			112,0	96,2					98,3	92,2	90,8
2013 Juli	101,5	98,9			112,0	96,2					98,4	92,1	90,8
2013 Aug.	102,2	99,5	93,5	95,3	113,4	97,3	92,4	88,6	98,4	86,5	98,5	92,4	91,3
2013 Sept.	102,0	99,1			113,3	97,0					98,5	92,3	91,3
2013 Okt.	102,8	99,7			114,2	97,4					98,8	92,6	91,5
2013 Nov.	102,6	99,5	94,3	91,3	114,2	97,3	93,2	89,0	99,9	87,3	99,0	92,8	91,8
2013 Dez.	103,9	100,7			115,8	98,6					99,2	93,1	92,3
2014 Jan.	103,4	100,3			115,9	98,6					99,1	93,0	92,3
2014 Febr.	103,6	100,4	95,4	93,5	116,3	98,9	93,5	89,1	100,5	87,9	99,0	93,0	92,4
2014 März	104,6	101,4			117,5	99,6					99,3	93,5	92,8
2014 April	104,5	101,1			117,0	99,0					99,0	93,3	92,4
2014 Mai	103,8	100,1	95,0	92,3	116,1	97,8	93,3	...	99,8	87,9	98,7	92,9	91,9
2014 Juni	103,0	99,2			115,1	96,9					98,3	92,5	91,4
2014 Juli	102,6	98,8			114,6	96,4					98,1	92,3	91,1
2014 Aug.	101,9	98,1			114,0	95,9					98,0	92,0	90,9
2014 Sept.	100,4	96,6			112,4	94,4					97,6	91,3	90,1

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff., Mai 2007, S. 32 ff. und Februar 2012, S. 36 f.). Zur Erläuterung der Methode siehe Occasional Paper Nr. 134 der EZB (www.ecb.int). Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. 1 Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnittsreihe der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes König-

reich und Vereinigte Staaten. Soweit die Preis- bzw. Lohnindizes noch nicht vorliegen, sind Schätzungen berücksichtigt. 2 Berechnungen der EZB. Umfasst die EWK-20-Gruppe (siehe Fußnote 1) zzgl. folgender Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Russische Föderation, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei und Venezuela. 3 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte. 4 EWU-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. Slowakei, ab 2011 einschl. Estland, ab 2014 einschl. Lettland) sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. 5 EWU-Länder sowie EWK-20-Länder. 6 EWU-Länder sowie EWK-39-Länder (siehe Fußnote 2).

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Externe Kommunikation zu beziehen. Außerdem kann gegen Kostenerstattung eine monatlich aktualisierte Datei mit circa 40 000 veröffentlichten Zeitreihen der Bundesbank auf CD-ROM oder zum Herunterladen im Bundesbank-ExtraNet über die Abteilung Statistisches Informationsmanagement, mathematische Methoden bezogen werden. Bestellungen werden schriftlich unter den im Impressum angegebenen Anschriften erbeten. Eine Auswahl von Zeitreihen steht auch im Internet zum Herunterladen bereit.

■ Geschäftsbericht

- Finanzsystem im Wandel: neue Bedeutung der Repomärkte

■ Finanzstabilitätsbericht

Januar 2014

- Anpassungsprozesse in den Ländern der Wirtschafts- und Währungsunion

■ Monatsbericht

Über die von 2000 bis 2013 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 2014 beigefügte Verzeichnis.

Februar 2014

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2013/2014

März 2014

- Das Schattenbankensystem im Euro-Raum: Darstellung und geldpolitische Implikationen
- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2013
- Zur Krisenanfälligkeit von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland – Ergebnisse einer Risikoanalyse mit Jahresabschlussdaten

Aufsätze im Monatsbericht

November 2013

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2013

Dezember 2013

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2014 und 2015
- Perspektiven im europäischen Massenzahlungsverkehr
- Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2012

April 2014

- Zur Verlässlichkeit der Schätzungen internationaler Organisationen zur Produktionslücke
- Implikationen der Geldmarktsteuerung des Eurosystems während der Finanzkrise

- Einige Erklärungsansätze zur Inflationsentwicklung seit der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise

Mai 2014

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2014

Juni 2014

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2014 und 2015 mit einem Ausblick auf das Jahr 2016
- Die neuen europäischen Regeln zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten
- Änderungen in der Methodik und Systematik der Zahlungsbilanz und des Auslandsvermögensstatus
- Bargeldabhebungen am Point-of-Sale: Nutzungsmotive und Konsequenzen für die Geldhaltung

Juli 2014

- Wechselkurse und Finanzstress
- Entwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung und Herausforderungen für die Zukunft
- Die Konzernabschlussstatistik als Beitrag zur erweiterten Unternehmensanalyse: Konzeption und erste Ergebnisse
- Untersuchungen zur Bedeutung der Versicherungswirtschaft für die Finanzstabilität

August 2014

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2014

September 2014

- Eigentümerstruktur am deutschen Aktienmarkt: allgemeine Tendenzen und Veränderungen in der Finanzkrise
- Zur Reform der föderalen Finanzbeziehungen
- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2013

Oktober 2014

- Methodische Änderungen in der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung – Motivation, Konzeption und ausgewählte Ergebnisse
- Die deutsche Wirtschaft in der internationalen Arbeitsteilung: ein Blick auf die Wertschöpfungsströme
- Der Start in die Bankenunion – Der einheitliche Aufsichtsmechanismus in Europa

Statistische Beihefte zum Monatsbericht

- 1 Bankenstatistik ¹⁾
- 2 Kapitalmarktstatistik ¹⁾
- 3 Zahlungsbilanzstatistik ¹⁾
- 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen ¹⁾
- 5 Devisenkursstatistik

Sonderveröffentlichungen

Makro-ökonometrisches Mehr-Länder-Modell, November 1996 ²⁾

Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997 ²⁾

Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999 ²⁾

Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000

Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000

Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002

Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2013 ²⁾

Die Europäische Union: Grundlagen und Politikbereiche außerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, April 2005 ²⁾

Die Deutsche Bundesbank – Aufgabenfelder, rechtlicher Rahmen, Geschichte, April 2006 ²⁾

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, April 2008

11 Zahlungsbilanz nach Regionen, Juli 2013

12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Juni 2011 ²⁾

■ Statistische Sonderveröffentlichungen

1 Statistik der Banken und sonstigen Finanzinstitute, Richtlinien, Januar 2014 ³⁾

2 Bankenstatistik Kundensystematik, Januar 2014 ²⁾³⁾

3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Juli 2013 ²⁾³⁾

4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 2008 bis 2013, Juni 2014 ³⁾

5 Hochgerechnete Angaben aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2006 bis 2012, Dezember 2013 ³⁾

6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2010 bis 2011, Mai 2014 ²⁾³⁾

7 Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis für die Zahlungsbilanz, September 2013

8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990 ⁰⁾

9 Wertpapierdepots, August 2005

10 Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2014 ¹⁾

■ Diskussionspapiere ^{*)}

17/2014

International banking and liquidity risk transmission: lessons from across countries

18/2014

Interbank lending and distress: observables, unobservables, and network structure

19/2014

Mitigating financial stress in a bank-financed economy: equity injections into banks or purchases of assets?

20/2014

The multivariate option iPoD framework – assessing systemic financial risk

21/2014

Do correlated defaults matter for CDS premia? An empirical analysis

22/2014

A network analysis of the evolution of the German interbank market

23/2014

Contagious herding and endogenous network formation in financial networks

24/2014

Inflation, deflation, and uncertainty: What drives euro area option-implied inflation expectations and are they still anchored in the sovereign debt crisis?

⁰⁾ Diese Veröffentlichung ist nicht im Internet verfügbar.
^{*} Diskussionspapiere ab dem Veröffentlichungsjahr 2000 sind im Internet verfügbar. Seit Anfang 2012 keine Unterteilung mehr in „Reihe 1“ und „Reihe 2“.
 Weitere Anmerkungen siehe S. 86 •.

■ Bankrechtliche Regelungen

- 1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998
- 2 Gesetz über das Kreditwesen, Januar 2008 ²⁾

2a Solvabilitäts- und Liquiditätsverordnung, Februar 2008 ²⁾

1 Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.

2 Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

3 Nur im Internet verfügbar.